

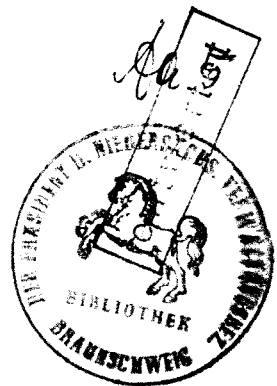


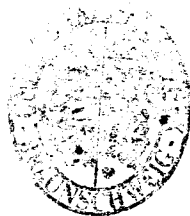
last
entwertet

UB Braunschweig 84



4725-962-3



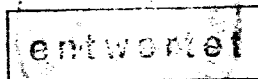


1005-9623

Inhalts - Verzeichniß
über die
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig

im Jahre 1896/97.

10012328



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

(Anm. Die Zahlen hinter den Gegenständen bedeuten die Seiten in den Berichten.)

I. 23. April 1896.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	2
2. Erwerb einer Straßenfläche an der Beckenwerperstraße	2
3. Verkauf von Baupläzen am Augustplatz nebst Terraineraustausch	2
4. Feststellung der Kosten des Ausbaues der Straße „am Gaußberge“	4
5. Gesuch um theilweisen Erlaß der Straßenbaukosten an der Campestraße	4
6. Gesuch um Befreiung von den Straßenbaukosten an der Campestraße	6
7. Anträge auf Ausbau verschiedener Straßen	6
8. Veränderung der Wegeverhältnisse am Burgplatz	7
9. Ausbau der Juliusstraße zwischen Broikemer- und Sophienstraße	8
10. Hundesteuer-Erlaßgesuche	9
11. Verkauf von Böschungsterrain am Wendenringe	9
12. Verkauf einer Fläche an der Roßstraße	9
13. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Hoftheater	9
14. Vertheilung der Aufkünfte des Wetter'schen Nachlasses	13
15. Wahl einer Deputation für das Kieselgut zc.	13
16. Verkauf einer Fläche an der Husarenstraße	13
17. Aenderung des Ortsbauplanes an der Broikemerstraße zc.	13
18. Austausch einer verpachteten Wiese vor dem Augustthore	14
19. Verkauf einer Fläche an der Cellerstraße	14
20. Statut, betr. die kaufmännische Fortbildungsschule	14
21. Bauproject für die neue Markthalle	20
22. Ausbau der Hagenstraße	21

23.	Anfrage Brückmann: Verunreinigung der Oser	22
24.	Anfrage Wollenweber: Einrichtung der Freibank	22
25.	Antrag Wolters und Gen.: Abänderung des Wegestatuts	23
26.	Anfrage Ebeling: Förderung des Bahnprojectes Braunschweig—Debisfelde	23

II. 21. Mai 1896.

27.	Anträge Böschigt und Koch: Wiedereinrichtung einer ständigen Polizeistelle am Hauptbahnhofe und Einrichtung polizeilicher Hülfe während der Nacht	26
28.	Aufbesserung von Lehrergehältern an den beiden städt. Mädchenschulen	26
29.	Antrag Wolters u. Gen.: Abänderung des Wegestatuts	33
30.	Aufnahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen	33
31.	Zulassung von Wohngebäuden an der Elmstraße	33
32.	Gesuch um Erlass von Canalsteuer	34
33.	Hundesteuer-Erlassgesuche	34
34.	Verkauf einer Fläche an der Wilhelmstraße	34
35.	Anschaffungen für das Gaswerk und Auswechslung von Gasröhren	35
36.	Regulirung eines Theiles des Werder	35
37.	Erwerb von Flächen zur Wabestraße und zum Hagenringe	35
38.	Erwerb einer Fläche zur Giesmaroderstraße	35
39.	Kosten der Wiederaufstellung des Säulenvorbaues im Bürgerparke	36
40.	Erwerb einer Fläche zum Büstenwege	40
41.	Gesuch um Ermäßigung von Straßenbaukosten	41
42.	Festsetzung der Kosten für die verlängerte Kaiserstraße	45
43.	Statut, betr. die kaufmännische Fortbildungsschule	45
44.	Anlage der elektrischen Straßenbahn nach Wolfenbüttel	46
45.	Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Schuh- und Schützenstraße	54
46.	Erwerb von Flächen zur Husarenstraße u.	55
47.	Entsendung von Kindern in die Kinderheilstätte zu Norderney	56
48.	Abortanlagen in der Schule an der Heinrichstraße	56
49.	Erwerb einer Fläche zur Straße am Hopfengarten	57
50.	Aufnahme eines weiteren Vorschußdarlehns	57
51.	Anfrage Brückmann: Verunreinigung der Oser	57
52.	Anfrage Böschigt: Einfriedigung des Grundstücks am Augustplatz	58
53.	Anfrage Ebeling: Förderung des Bahnprojectes Braunschweig—Debisfelde	58

III. 18. Juni 1896.

54.	Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Hoftheater	60
55.	Kosten des Plattenbelages am Königstiege	61
56.	Neupflasterung der Straße „an der Martinikirche“	61
57.	Verkauf einer Straßenfläche im „Saß“	63
58.	Ausleiher eines Hypothekencapitals	63
59.	Hundesteuer-Erlassgesuche	63
60.	Terrainerwerb zur Hagen- und Humboldtstraße	63

IV

61.	Proceßführung wegen Löschung einer Hypothek	64
62.	Ausgabe von Schuldverschreibungen der Kreiscommunalanleihe	64
63.	Terrainaustausch an der Friedrich-Wilhelmstraße	64
64.	Gehaltsaufbesserung für Lehrer und Lehrerinnen an den gehobenen Mädchenschulen	65
65.	Terrainaustausch am Werder	75
66.	Regulirung des Grundstücks des ehem. Husarenpferdestalles am Augustplatz	75
67.	Neuaufstellung und Verlegung von Straßenlaternen	75
68.	Vertrag mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft	77
69.	Regulirung des Markthallengrundstücks	87
70.	Kosten für Holzerkleinerung	87
71.	Terrainerwerb zur Beckenwerperstraße	88
72.	Anfrage Lange: Beschaffung von Dampffeuersprizen	88
73.	Antrag Halle: Prüfung der Feuerlösch-einrichtungen	89
74.	Antrag Büdel: Ausbau einer projectirten Straße	91
75.	Anfrage Hauswaldt: Fußweg Bükten—Querumerholz	91

IV. 25. Juni 1896.

76.	Einführung einer Biersteuer	94
77.	Canalisirung eines Theiles der Heinrichstraße	114
78.	Antrag Halle: Prüfung der Feuerlösch-einrichtungen	114
79.	Antrag Büdel: Ausbau einer projectirten Straße zc.	114
80.	Gesuch wegen Beleuchtung des letzten Theiles der Giesmaroderstraße mit Gas	119
81.	Antrag Nieß u. Gen.: Normaletat für die Bürger-schullehrer	119
82.	Umlegung einer Canalstrecke am Wendenringe	119
83.	Erwerb von Straßenflächen zur Bodestraße	120
84.	Verkauf einer Fläche an der Juliusstraße	120
85.	Gesuch um Stiftung von Ehrenpreisen für das 3. deutsche Bundesfest	120

V. 13. August 1896.

86.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	122
87.	Kosten des Ausbaues eines Theiles der Sophienstraße	122
88.	Kosten für Zeichnungen interessanter Grundstücke	122
89.	Abänderung des Ortsbauplanes für die Gegend am Büktenwege	123
90.	Mittel zur weiteren Drucklegung des Urkundenbuches	123
91.	Wahl von Commissionsmitgliedern	123
92.	Ueberrnahme eines Gasandalabers am Windmühlenberge	123
93.	Einsegnung des städtischen Bauplatzes am Augustplatz	124
94.	Ausbau von Straßen vor dem Wilhelmthore	125
95.	Canalisirung eines Theiles der Carlstraße	126
96.	Verlängerung des Canals in der Carlstraße	128
97.	Uebertragung früher bewilligter Canalbaumittel auf 1896/97	128
98.	Anschaffung einer Dampffeuersprize	128

99.	Anfrage Ebeling: Verhinderung der Verlegung größerer Schlachtereien auf außerstädtisches Gebiet	134
100.	Antrag Lange: Erneuerung des Bohlenbelages der Ferdinandbrücke	135
101.	Antrag Löschigt: Besserung des Spielplatzes der Schule an der Osterstraße	136

VI. 10. September 1896.

102.	Abkommen wegen Terrainerwerbs zum Hopfengarten	138
103.	Verlegung von Gasröhren in der Gliesmaroder- und Vindestraße	139
104.	Antrag Löschigt: Besserung eines Schulsplatzes	139
105.	Drucklegung des städt. Verwaltungsberichts	141
106.	Entschädigungen an Feuerwehrlente	141
107.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	141
108.	Anderweite Verpachtung eines Grundstücks	141
109.	Verkauf von Doubletten der Stadtbibliothek	141
110.	Erneuerte Bewilligung von Kosten für Feuerlösch-Einrichtungen	142
111.	Einrichtung eines Zimmers für die Sanitätswache	142
112.	Uebnahme von zwei neuen Straßen als Ortsstraßen	143
113.	Canalisierung der verlängerten Olfermannstraße	144
114.	Ausbau der Capellenstraße	144
115.	Vertrag mit dem Gastwirth Dietrich	144
116.	Umlegung des Gas- und Wasserrohrs in der Juliusstraße	146
117.	Ausbau der Casernensstraße	146
118.	Gesuch wegen Führung der Straßenbahn über die Gliesmaroderstraße	147
119.	Terrainerwerb zur Salzdhumerstraße	152
120.	Ausbau der verlängerten Olfermannstraße	152
121.	Ausbau einer weiteren Strecke der Bodestraße	153
122.	Auswechslung der Gas- und Wasserrohre in der Carlstraße	154
123.	Verlängerung des Gasrohrs im Büldenwege	154
124.	Feststellung der Kosten der Wehrstraße	154
125.	Feststellung von Plattenbelagskosten	154
126.	Ausbau der Ringstraße zwischen Wabe- und Husarenstraße	155
127.	Einrichtung electricischer Centralstationen	155
128.	Project nebst Kostenberechnung eines Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße	155
129.	Einsprache gegen den Ortsbauplan für den Madamerweg	157
130.	Klageerhebung	157
131.	Anfragen Blasius, Lord und Wolff: Beginn der Arbeiten für die electriche Straßenbahn	158

VII. 22. October 1896.

132.	Antrag Lange: Erneuerung des Bohlenbelages der Ferdinandbrücke	160
133.	Mittheilungen wegen der Feuerlösch-Einrichtungen	161
134.	Verlängerung des Gasrohrs in der Hildesheimerstraße	163
135.	Antrag der Bauunfall-Commission, betr. die Verhütung von Unfällen	163

VI

136.	Abkommen mit dem Bauunternehmer Gnadt	174
137.	Hundsteuer-Erlaßgesuch	175
138.	Einrichtung eines Zimmers für die Sanitätswache	175
139.	Ueberrahme der Oßermannstraße	175
140.	Terrainerwerb zur Koffstraße	175
141.	Verlegung eines Wasserrohrs durch die Wolfenbüttlerstraße	176
142.	Theilortsbauplan für die östliche Außenstadt	176
143.	Terrainerwerb zur Koffstraße	176
144.	Erwerb und Verkauf von Terrain an der Bodestraße	177
145.	Verwerthung der vorm. Husarencaferne am Magnithore	177
146.	Bekrönung der Kaiser-Wilhelm-Brücke	188
147.	Erwerb und Verkauf von Terrain an der Juliusstraße 2c.	188
148.	Unterstützung eines Feuerwehrmanns	189
149.	Unterstützung der hiesigen Volksküche	189

VIII. 12. November 1896.

150.	Befestigung der Schulhöfe	192
151.	Beihilfe für das Männerasyl	193
152.	Antrag der hiesigen Buchbinderinnung	195
153.	Ausbau eines weiteren Theiles der Juliusstraße	196
154.	Terrainerwerb zur Elmstraße	196
155.	Kosten der Ringstraße zwischen Husaren- und Wabestraße	197
156.	Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Carl- und Giesmaroderstraße	198
157.	Verforgung der Stadt mit Quellwasser	198
158.	Antrag Bues und Gen.: Maßregelungen hiesiger Einwohner	217
159.	Antrag Löschigt: Umfegung einer Anschlagssäule	219
160.	Antrag Wollenweber: Instandsetzung des Regidentenkirchhofes	219
161.	Antrag Günther und Gen.: Instandsetzung des Hasenwinkels	219
162.	Anfrage Reiß: Transport Verstorbener aus dem Krankenhaus	220
163.	Anfrage Almann: Entlassung eines Arbeiters	220
164.	Anfrage Nolte: Säulenvorbau im Bürgerparke	222

IX. 3. December 1896.

165.	Änderung im Vertragssentwurfe betr. die elektrische Straßeneisenbahn.	224
166.	Festsetzung des Anfangspunktes der Straßenbahn nach Wolfenbüttel	225
167.	Hundsteuer-Erlaßgesuche	225
168.	Antrag Löschigt: Umfegung einer Anschlagssäule	226
169.	Antrag Günther und Gen.: Instandsetzung des Hasenwinkels	227
170.	Gesuch um weiteren Ausbau der Ringstraße	228
171.	Anlage einer Gassenbrücke	228
172.	Kosten der Friedrichstraße	228
173.	Anschmelzung des Wasserrohrs in der Spinnerstraße	229
174.	Gesuch um einstweilige Befreiung von Straßenbaufkosten	229
175.	Ankauf eines Grundstücks an der Pflegehausstraße	230

176.	Antrag K a t h e: Anbringung einer Straßenlaterne und Beseitigung eines Hydranten	233
177.	Antrag K a t h e: Säumige Förderung der städtischen Banten	234
178.	Antrag U h d e: Abkappen von Bäumen	235

X. 7. Januar 1897.

179.	Antrag D u e s u. Gen.: Maßregelungen hiesiger Einwohner	238
180.	Antrag W o l l e n w e b e r: Instandsetzung des Negidientkirchhofes	241
181.	Antrag K a t h e: Anbringung einer Laterne und Beseitigung eines Hydranten	242
182.	Antrag K a t h e: Säumige Förderung städtischer Banten	242
183.	Antrag U h d e und Gen.: Abkappen von Bäumen	255
184.	Kosten der Chemnitzstraße	258
185.	Verlängerung des Straßencanals zc. in der Cellerstraße	258
186.	Instandsetzung der St. Andreas- und der St. Martinikirche	258
187.	Einrichtung von Wasserclosets für eine Bürgerschule	260
188.	Terrainerwerb für einen Kirchenbau	260
189.	Ausbau eines Theiles der Koffstraße	261
190.	Kosten des ausgebauten südlichen Theiles der Uhlandstraße	261
191.	Hundesteuer-Erlaßgejuche	261
192.	Terrainerwerb zur verl. Olfemannstraße	262
193.	Kosten der ausgebauten Wabestraße	262
194.	Ausbau der Mestwete	262
195.	Terraintenschädigung für das neue Gaswerk	262
196.	Benutzung des Holländischen Gartens	263
197.	Ausbau eines Theiles der Juliusstraße	264
198.	Errichtung einer mittleren Mädchenbürgerschule	265
199.	Anfrage L ö s c h i g t: Beseitigung der Anschlagssäule auf dem Altstadtmarkte	267
200.	Antrag U h d e: Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek	268

XI. 28. Januar 1897.

201.	Gefuch der Fleischer-Innung um Ausdehnung des Schlachthauszwanges	270
202.	Erweiterung des Wirthschaftsgebäudes im Stadtparke	279
203.	Kosten der Eulen- und Gartenstraße	280
204.	Anträge L a n g e, L o r d und K o l t e: Privatbauthätigkeit der städt. Baubeamten	280
205.	Baulicheiten im Wirthschaftsgebäude des Bürgerparks	283
206.	Erweiterung der Gasanstalt an der Taubenstraße	287
207.	Verkauf von Bauplätzen am Augustplatz	288
208.	Aufnahme eines Vorschußdarlehns und Coursfestsetzung für Obligationen	291
209.	Änderungen in dem projectirten Straßenbahnnege	291
210.	Einrichtung von Arbeiterwohnungen auf dem Rieselgute	292
211.	Ausschließung von Quellwasser	293
212.	Verzinsung zurückgezahlter Straßenkosten	294

VIII

213.	Kosten eines Theiles der Rußbergstraße	295
214.	Anlage eines Brausebades in der Schule an der Reichenstraße	295
215.	Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen	295
216.	Terrainerwerb zur verlängerten Bodestraße	296
217.	Anfrage Löschigt: Beseitigung einer Anschlagssäule	296
218.	Anfrage Löschigt: Stand der Vorarbeiten für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung	296
219.	Anfrage Kiefe: Lagerung der Schneemassen	296
220.	Antrag Wollenweber: Ausdehnung des Schlachthauszanges	297

XII. 25. Februar 1897.

221.	Antrag U h d e: Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek	300
222.	Neupflasterung der Straße „Hintern Brüdern“ u.	302
223.	Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardsplatze	303
224.	Anlage von Spielplätzen im Bürgerparke	304
225.	Mittel zur Herausgabe einer Festschrift	306
226.	Mittel zur Besoldung neuer Lehrkräfte	307
227.	Kosten der Marthastrasse	307
228.	Einsprache gegen die Abänderung des Ortsbauplans für die nordöstliche Außenstadt	307
229.	Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke im Jahre 1895/96	308
230.	Kosten einer Straße am Friedrichplatze	309
231.	Verkauf und Verpachtung von Grundflächen an der Wabestraße	310
232.	Änderung des Ortsbauplanes für die Helenenstraße	310
233.	Anordnung von Vorgärten für die Leisewigstraße	310
234.	Credit zur Feier des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelm's I	311
235.	Verkauf von Baupläzen des alten Mäschplatzes	312
236.	Antrag B l a s i u s: Öffentlicher Wettbewerb für die beiden neuen Kirchen	312
237.	Anfrage R o c h: Ausbau der kl. Vertramstraße	313
238.	Antrag R o c h: Plattenbelag auf der Campestraße	313
239.	Antrag B r i c k m a n n und G e n.: Beihilfe für die kaufmännische Fortbildungsschule	313

XIII. 30. März 1897.

240.	Der Stadthaushalteplan für 1897/98	316
241.	Erhebung einer Grundsteuer und einer Steuer vom Bier	331
242.	Baulinie für einige Grundstücke der Schuhstraße	351

B. Nach den Gegenständen.

Abkappen von Bäumen 235, 255.

Abkommen mit Gnadt 174.

Abortanlage in einer Schule 56.

Änderung des Ortsbauplanes 13, 123, 176, 310, 310, 351.

Änderung des Wegestatuts 23, 33.

Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren:
 Aßmann: Entlassung eines Arbeiters 220;

Blasius: Elektrische Straßenbahn 158;

Brückmann: Verunreinigung der Oker 22, 57;

Ebeling: Bahnproject Braunschweig—
 Debitzfelde 23, 58,

Verlegung größerer Schlachtereien 134;

Hauswaldt: Fußweg nach dem
 Quernerer Holze 91;

Koch: Ausbau der fl. Vertramstr. 313;

Lange: Beschaffung von Dampffeuer-
 spritzen 88;

Löschigt: Beseitigung einer Anschlag-
 säule 267, 296,

Einfriedigung eines Grundstücks 58,
 Vorarbeiten für die elektrische Be-
 leuchtung 296;

Nieß: Transport Verstorbener aus dem
 Krankenhaus 220;

Nolte: Säulenvorban im Bürgerparke
 222;

Nieke: Lagerung von Schneemassen 296;

Wollenweber: Einrichtung einer Frei-
 bank 22.

Ankauf von Grundstücken und Straßenflächen
 f. Erwerb von . . .

Anlage einer elektr. Straßenbahn n. Wolfen-
 büttel 46.

Anlage einer Gassenbrücke 228.

Anlage einer Verbindungsstraße zw. Schuh-
 und Schützenstraße 54.

Anschaffungen für das Gaswerk 35.

Anschlagssäulen betr. 219, 226, 267, 296.

Anträge, selbstständige der Herren:

Blasius: Öffentlicher Wettbewerb f.
 d. beiden neuen Kirchen 312;

Brückmann: Beihilfe f. d. kaufm.
 Fortbildungsschule 313;

Bues: Maßregelungen hiesiger Ein-
 wohner 217, 238;

Günther: Instandsetzung des Hasen-
 winkels 219, 227,

Straßenreinigung betr. 326;

Halle: Prüfung der Feuerlöscheinrich-
 tungen 89, 114;

Jüdel: Ausbau einer proj. Straße 91,
 114;

Kathe: Anbringung einer Straßen-
 laterne und Beseitigung eines Hydran-
 ten 233, 242,

Säumnige Förderung städtischer
 Bauten 234, 242;

Koch: Plattenbelag auf der Campestraße
 313,

Polizeiliche Hülfe während der Nacht
 26;

Lange: Erneuerung eines Brücken-
 Bohlenbelages 135, 160,

Private Bauthätigkeit d. städt. Be-
 amten 244, 280;

Löschigt: Beschaffung von Lehrmitteln
 323,

Besserung von Schulspielflächen 136,
 139, 192,

Polizeistelle am Bahnhofe 26,

Umsetzung einer Anschlagssäule 219,
 226;

- Lord:** Private Bauhätigkeit der städt. Beamten 245, 280;
Nieß: Normaletat f. d. Bürgerschullehrer 71, 119;
Nolte: Private Bauhätigkeit der städt. Beamten 249, 280;
Nhde: Abkappen von Bäumen 235, 255, Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek 268, 300;
Wollenweber: Ausdehnung des Schlachthauszwanges 297, Instandsetzung des Regidienkirchhofes 219, 241;
Wolters: Abänderung des Wegestatuts 23, 33.
Archiv-Unterbringung 268, 300.
Aufbesserung von Lehrergehältern 26, 65, 71, 119.
Aufnahme von Vorschußdarlehen 57, 291.
Aufstellung von Straßenlaternen 60, 75, 119, 123, 233, 242.
Ausbau von Straßen 6, 8, 21, 91, 114, 125, 144, 146, 152, 153, 155, 155, 196, 198, 261, 262, 264, 313.
Ausdehnung des Schlachthauszwanges 134, 270, 297, 315, 330.
Ausgabe von Schuldverschreibungen 64.
Ausleihung von Hypothekcapitalien 63.
Ausscheiden eines Stadtverordneten 314.
Austausch von Grundstücken und Straßenflächen 2, 14, 64, 75, 75.
Bahnproject Braunschweig—Debsfelde 23, 58.
Bauproject für die neue Markthalle 20, 87, 144.
Bedürfnisanstalten betr. 9, 60, 303.
Beihilfe für das Männerasyl 193.
Bekrönung der Kaiser-Wilhelmbrücke 188.
Benutzung des Holländischen Gartens 263.
Besoldung neuer Lehrkräfte 307.
Biersteuer-Erhebung 94, 315, 331.
Brausebad betr. 295.
Brücken betr. 135, 160.
Bürgerpark betr. 36, 76, 222, 283, 304.
Bundesregeln betr. 120.
Canalisation betr. 114, 119, 126, 128, 128, 144, 258, 329.
Casernements betr. 174.
Commissionsmitglieder-Wahl 123.
Credit zur Feier des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelm's I. 311.
Dampffeuerspritze betr. 88, 128, 317.
Drucklegung des städt. Verwaltungsberichtes 141.
Ehrenpreis f. d. Bundesregeln 120.
Einebnung eines städt. Bauplatzes 124.
Einfriedigung eines städt. Grundstückes 58.
Einführung einer Biersteuer 94, 315, 331.
Einführung eines Stadtverordneten 315.
Einrichtung von Wasserclosets für eine Schule 260.
Einsprachen gegen den Ortsbauplan 157, 307.
Elektrische Beleuchtung betr. 155, 296.
Straßenbahn 46, 77, 147, 158, 224, 225, 291.
Entlassung eines Arbeiters 220.
Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke 308.
Entschädigung für einen Feuerwehrmann 141.
Entsendung von Kindern nach Norderny 56.
Erhebung einer Grund- und einer Biersteuer 315, 331.
Erlaß oder Ermäßigung von Straßenbaukosten 4, 6, 41, 294.
Erlaß von Steuern 34.
Errichtung einer mittleren Mädchenschule 265.
„ von Bedürfnisanstalten 9, 60, 303.
Erweiterung des Wirtschaftsgebäudes im Stadtpark 279.
Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen 2, 35, 35, 40, 55, 57, 63, 88, 120, 138, 152, 175, 176, 177, 188, 196, 230, 260, 262, 296.
Festschrift-Herausgabe 306.
Festsetzung von Straßenbaukosten 4, 45, 61, 122, 154, 154, 197, 228, 258, 261, 262, 280, 295, 307, 309.

Feuerlöscheinrichtungen u. betr. 88, 89, 114,
128, 141, 142, 161, 317.
Feuerwehr betr. 141, 160, 189.
Förderung eines Bahnprojectes 23, 58.
Freibank betr. 22.

Gasrohre betr. 139, 146, 154, 154, 163.
Gaswerke betr. 35, 262, 287, 308.
Gesuche hiesiger Einwohner um Erlaß der
Hundesteuer 9, 34, 63, 122, 141, 175,
225, 261.
Gesuche hiesiger Einwohner um verschiedene
andere Sachen 4, 6, 34, 41, 60, 119,
120, 138, 147, 160, 163, 192, 192,
195, 228, 229, 238, 270, 315.
Grundsteuer-Erhebung 315, 331.

Herausgabe einer Festschrift 306.
Holland's Garten betr. 263.
Hundesteuer-Erlaßgesuche 9, 34, 63, 122, 141,
175, 225, 261.
Hufarencaserne, ehemalige, betr. 177, 320.
Hydrantenbeseitigung 233, 242.

Instandsetzung von Kirchen 258.
" " Straßen und Plätzen 219,
219, 227, 241.

Kaiser-Wilhelm-Brücke betr. 188.
Kaufmännische Fortbildungsschule 14, 45, 313.
Kinderheilstätten betr. 56.
Kirchen betr. 238, 258, 260, 312.
Kosten der Wiederaufstellung des Säulenvor-
hauses 36, 222.
Kosten für Holzzerkleinerung 87.
" " Zeichnungen interessanter Grund-
stücke 122.
Kosten von Plattenbelägen 61, 154, 313.
Kreiscommunalanleihe betr. 64, 291.

Landesbrandversicherungsanstalt betr. 316.
Lehrer-Anstellung 307.
" Gehälter 26, 65, 71, 119.
Lehrmittel-Beschaffung 160, 195, 322.
Lehrwerke betr. 35, 262, 287, 308.

Männer-Asyl 193.
Markthalle betr. 20, 87, 144.
Maßregelungen hiesiger Einwohner 217, 238.
Mittel zur Drucklegung des Urkundenbuches
123.
Mühlen betr. 295, 327.

Nachtwachwesen betr. 318.
Neupflasterung von Straßen 61, 302.

Ortsbauplan = Aenderungen 13, 123, 176,
310, 310, 351.
Ortsbauplan. Einsprachen gegen den 157, 307.

Pflasterung von Straßen 61, 302.
Plattenbelagskosten 61, 154, 313.
Polizeiliche Hülfe betr. 26.
Privatthätigkeit der städt. Baubeamten 244,
280.
Proceßführungen 64, 157.

Quellwasser-Anlage betr. 24, 198, 293.
Zuerinner Holz-Fußweg 91.

Regulirung von Straßen 35, 75, 87.
Rieselgut betr. 13, 292.

Säulen-Vorbau im Bürgerparke 36, 222.
Täunige Förderung städtischer Bauten 234,
242.

Sanitätswache betr. 142, 175.
Schlachthaus betr. 134, 270, 297, 315, 330.
Schneecabfuhr betr. 296.
Schulen betr. 56, 136, 139, 192, 260, 265,
295, 321, 323.
Spielplätze im Bürgerparke 304.
Stadtbibliothek betr. 141, 268, 300.
Stadthaushaltsplan für 1897/98 316.
Stadtpark betr. 279.
Statut, betr. die kaufm. Fortbildungsschule
14, 45.
Steuererlaß betr. 34.
Straßenbahn betr. 46, 77, 147, 158, 224,
225, 291.
Straßenbaukosten = Erlaß oder Ermäßigung 4,
6, 41, 294.

XII

Straßenbaukosten - Festsetzung f. Festsetzung
von . . .

Straßenbeleuchtung betr. 60, 75, 119, 123,
155, 233, 242, 296.

Straßenpolizeiordnung betr. 320, 324.

Straßenreinigung 324.

Straßenübernahme betr. 33, 143, 175.

Straßen, welche in irgend einer Weise be-
handelt sind:

Abelnfarrre 76;

Aegidienkirchhof 219, 241;

Aegidienmarkt 76;

Altstadtmarkt 226, 267, 296;

Augustplatz 2, 58, 75, 124, 288;

Befenwerperstraße 2, 88;

Bertramstraße kl. 313;

Bienenstraße 76;

Bindestraße 139;

Bodestraße 33, 120, 153, 177, 296;

Böhlweg 76;

Broitzemerstraße 13;

Büllowweg 40, 76, 91, 123, 154, 233,
242, 308;

Burgplatz 7;

Campestraße 4, 6, 313;

Capellenstraße 6, 144, 176, 260;

Carlstraße 76, 126, 128, 154, 198;

Casernenstraße 146;

Catharinenstraße 76;

Cellerstraße 7, 14, 258;

Chemnitzstraße 255;

Ehrenbrechtstraße 76;

Elmstraße 33, 196;

Eulenstraße 280;

Fallerslebenthorpromenade 35;

Ferdinandstraße 135, 160;

Franfurterstraße 76, 125, 143, 154;

Friedrichplatz 309;

Friedrichstraße 228;

Friedrich-Wilhelmstraße 64;

Gartenstraße 280;

Gaußberg, am 4;

Gliesmaroderstraße 35, 76, 77, 119,
139, 147, 198, 307;

Goslarstraße 76;

Grünstraße 76;

Hagenring 35;

Hagenstraße 21, 63;

Hafenwinkel 76, 219, 227;

Heinrichstraße 56, 114;

Helenenstraße 310;

Hilbesheimerstraße 76, 163;

Hintern Brüdern 302;

Hopfgarten, am 57, 138;

Humboldtstraße 63;

Husarenstraße 13, 55;

Jerusalemstraße 235, 255;

Juliusstraße 7, 8, 76, 120, 146, 188,
196, 264;

Kaiserstraße 41, 45;

Kaiser-Wilhelmstraße 155, 188;

Kalandstraße 188;

Königstiege 61;

Kramenstraße 125, 143;

Kreuzstraße 76;

Kängercamp 76;

Leisewitzstraße 310;

Leonhardplatz 77, 303;

Leonhardstraße 260;

Madonnenweg 157;

Magnithor, am 177;

Marthastraße 307;

Martinikirche, a. d. 61, 228;

Maschplatz 312;

Mießwete 262;

Neue Promenade 35;

Nordstraße 308;

Rußbergstraße 295;

Oferstraße 136, 139, 176;

Oßermannstraße 33, 144, 152, 175,
262;

Ottmerstraße 76;

Pflegehausstraße 230, 265;

Reichenstraße 295;

Ringstraße 155, 197, 228;

Ritterstraße 76;

Rosenhagen 76;

Rößstraße 9, 76, 175, 261;

Sack 63;

Salzdahlumerstraße 76, 152;

Schützenstraße 54;

Schuhstraße 54, 351;

Sophienstraße 122, 294;
 Spargelstraße 76, 233, 242, 308;
 Spinnerstraße 229;
 Stobenstraße 76;
 Taubenstraße 233, 242, 287;
 Theaterpromenade 35, 76;
 Thomaestraße 33;
 Uhlstraße 261;
 Wabestraße 35, 262, 310;
 Wehrstraße 154;
 Wendenmatschstraße 76;
 Wendenring 9, 119;
 Wendenthor, am 229;
 Wendenstraße 76, 141;
 Werder 35, 75;
 Wilhelmithorpromenade 76;
 Wilhelmstraße 34;
 Wilmerdingstraße 33;
 Windmühlenberg, am 123;
 Wolfenbüttlerstraße 7, 176, 225.

Transport Verstorbener aus dem Krankenhause 220.

Übernahme eines Gascaudelabers 123.
 " von Straßen 33, 143, 175.
 Uebertragung von Canalbaumitteln 128.
 Umliegung von Gas- und Wasserrohren 146.
 Unfall-Verhütung betr. 138, 163.
 Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek 268, 300.
 Unterstützung der Volksküche 189.
 " eines Feuerwehrmanns 189.
 Urkundenbuch betr. 123.

Veränderung der Wegeverhältnisse am Burgplatz 7.
 Verbindungsstraße zw. Schuh- und Schützenstraße 54.

Verhütung von Unfällen 138, 163.
 Verkauf von Doubletten der Stadtbibliothek 141.
 Verkauf von Grundstücken 2, 9, 177, 288, 312.
 Verkauf von Landeseisenbahnactien 138.
 " " Straßenflächen 9, 13, 14, 34, 63, 120, 188, 310.
 Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen 295.
 " von Grundstücken 141, 310.
 Versorgung der Stadt mit Quellwasser 198, 293.
 Vertheilung der Einkünfte des Better'schen Nachlasses 13.
 Vertrag mit dem Gastwirth Dietrich 144.
 " " der Straßeneisenbahn-Gesellschaft 46, 77, 147, 224, 225, 291.
 Verunreinigung der Oker 22, 57.
 Verwaltungsbericht betr. 141.
 Volksküche betr. 189.
 Vorgärten für die Leisewitzstraße 310.
 Vorschußdarlehen betr. 57, 291.

Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters 2.
 Wahl einer Deputation für das Nieselgut 13.
 " von Commissionsmitgliedern 123.
 Wasserrohr-Verlegung 146, 154, 176, 229.
 Wasserversorgung der Stadt 24, 198, 293.
 Wasserwerk betr. 308.
 Wegestatut-Aenderung 23.
 Wirthschaftsgebäude im Stadt- und im Bürgerpark 279, 283.

Zulassung von Wohngebäuden an der Elmstraße 33.

1896|97.

N. 1.**Bericht**

über die

**Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 23. April 1896.

Tagesordnung:

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	Seite 2
II. Erwerb einer Straßenfläche an der Bedenwerferstraße	" 2
III. Verkauf von Bauplätzen am Augustplatz nebst Terrainaustausch	" 2
IV. Feststellung der Kosten des Ausbaues der Straße „am Gaußberge“	" 4
V. Gesuch um theilweisen Erlaß der Straßenbaukosten an der Campestraße	" 4
VI. Gesuch um Befreiung von den Straßenbaukosten an der Campestraße	" 6
VII. Anträge auf Ausbau verschiedener Straßen	" 6
VIII. Veränderung der Wegeverhältnisse am Burgplatz	" 7
IX. Ausbau der Juliusstraße zwischen Broitzemer- und Sophienstraße	" 8
X. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 9
XI. Verkauf von Böschungsterrain am Wendenringe	" 9
XII. Verkauf einer Fläche an der Kositstraße	" 9
XIII. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Hoftheater	" 9
XIV. Vertheilung der Einkünfte des Better'schen Nachlasses	" 13
XV. Wahl einer Deputation für das Rieselgut etc	" 13
XVI. Verkauf einer Fläche an der Huiarenstraße	" 13
XVII. Aenderung des Ortsbauplanes an der Broitzemerstraße etc	" 13
XVIII. Austausch einer verpachteten Wiese vor dem Augustthore	" 14
XIX. Verkauf einer Fläche an der Cellerstraße	" 14
XX. Statut, betr. die kaufmännische Fortbildungsschule	" 14
XXI. Bauproject für die neue Markthalle	" 20

XXII.	Ausbau der Hagenstraße	Seite 21
XXIII.	Anfrage Brückmann: Verunreinigung der Oker	" 22
XXIV.	Anfrage Wollenweber: Einrichtung der Freibank.	" 22
XXV.	Antrag Wolters und Gen.: Abänderung des Wegestatuts	" 23
XXVI.	Anfrage Ebeling: Förderung des Bahnprojectes Braunschweig-Debis- felde	" 23

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götke, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Ackmann, Kathe und Lohbecke.

Gemäß der Bestimmung im §. 54 der Städteordnung übernimmt Herr Meyer als ältestes Mitglied der Versammlung den Vorsitz und eröffnet die Sitzung.

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Nachdem der Herr Vorsitzende dem bisherigen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die auch im verflossenen Finanzjahre bethätigte Umsicht, sowie für die unparteiische Leitung der Verhandlungen und die prompte Erledigung der übrigen Vorstandsgeschäfte den Dank der Versammlung ausgesprochen und diese ihr Einverständnis durch Erheben von den Sigen bekundet hatte, wird zur Wahl geschritten. Auf Antrag aus der Versammlung, der keinen Widerspruch findet, wird die Wahl durch Zurf vorgenommen und Herr Semler wiederum zum Vorsitzenden gewählt. Derselbe nimmt die Wahl an und läßt, den Vorsitz übernehmend, zur Wahl seines Stellvertreters schreiten. Auch hier wird der bisherige Stellvertreter, Herr Wolff, durch Zurf wiedergewählt und nimmt derselbe die Wahl gleichfalls an.

II. Erwerb einer Straßenfläche an der Beckenwerperstraße.

Von dem an der Beckenwerperstraße gelegenen Grundstücke des Architekten Karl Munte ist eine Fläche von 1,2 qm zur Straße abzutreten und giebt der Magistrat anheim, hierfür den vereinbarten Gesamtpreis von 100 M zu bewilligen, was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

III. Verkauf von Bauplänen am Augustplaze nebst Terrainaustausch.

Die seit längerer Zeit zwischen dem Magistrate und verschiedenen Unternehmern gepflogenen Verhandlungen wegen Ueberlassung des am Augustplaze belegenen Grundstückes des ehemaligen Husarenpferdestalles zur Errichtung eines massiven Circusgebäudes haben sich zerschlagen, weshalb das Grundstück versteigert worden ist. Zuvor hat der Magistrat aber eine Vereinbarung mit der

Herzogl. Baudirection dahin getroffen, daß die in die Promenade vorspringenden drei geringen Theilflächen des Grundstücks von zusammen 15 qm gegen eine 12 qm große Fläche der Promenade ausgetauscht werden. Das vom Bauunternehmer Rosenthal auf das ganze Grundstück mit 120 500 M abgegebene Höchstgebot erschien indessen dem Magistrate zu niedrig, wenngleich sich nicht verkennen lasse, daß die vertragsmäßig festgestellten Baubeschränkungen, nach welchen nach der Promenade zu ein 3 m breiter Vorgarten gehalten werden müsse, auch höhere als dreigeschoßige Gebäude ohne Genehmigung nicht zulässig sein sollen und nicht anders als in Abständen gebaut werden dürfe, auf den Preis nicht unwesentlich drücken würden. Der Magistrat hat deshalb den Zuschlag verweigert und auf verschiedene Anfragen den Kauflustigen erwidert, daß für die vorderen drei Baupläze 115 000 M und für den 7,60 a großen Bauplatz IV an der Mönchstraße 15 000 M, mithin für das ganze Grundstück 130 000 M gefordert würden. Herr Rosenthal hat sich bereit erklärt, diesen Preis zu zahlen, sofern auf die Innehaltung eines Vorgartens an der Ostseite des Grundstücks stadtseitig verzichtet und nach Anzahlung von 30 000 M auf die Verichtigung des mit 4 % zu verzinjenden Restkaufgeldes vor dem 1. April 1897 verzichtet werde. Diese Bedingungen zuzugestehen, hat der Magistrat keine Bedenken getragen. Inzwischen ist nun aber bekannt geworden, daß die an den Bauplatz IV angrenzenden Gebäude in ihren Außenwänden verschiedene Fenster und Luftöffnungen haben, die im Falle einer Bebauung des Platzes zugebaut werden würden. Der Magistrat hielt es deshalb, um spätere Erfassungsansprüche auszuschließen, für unbedingt erforderlich, zunächst zu ermitteln, ob den Nachbarn ein Recht auf Beibehaltung jener Öffnungen zustehe. Diese Ermittlungen sind noch nicht zum Abschlusse gekommen. Auf Ansuchen von Rosenthal ist demselben vielmehr zunächst nur auf die drei vorderen Baupläze zum Preise von 115 000 M, unter Bewilligung der vorgedachten Erleichterung, der Zuschlag erteilt worden, und wird ersucht, nicht nur dieser Zuschlagserteilung, sondern auch dem erwähnten Terrainaustausch zuzustimmen.

Wie Herr Nieß berichtet, empfiehlt die Baucommission der Versammlung, den Verkauf nicht zu genehmigen, den Ausgleich mit der Promenaden-Verwaltung aber gutzuheißen. Zunächst sei der erzielte Preis, wenn auch vielleicht im gegenwärtigen Augenblicke angemessen, jedoch gegenüber anderen Verkäufen nicht erheblich hoch zu nennen, so daß in der Verzögerung des Verkaufes eine Schädigung der Stadt nicht erblickt werden könne. Außerdem sei die Baucommission der Meinung, daß mit dem Zerschneiden des Platzes die letzte Möglichkeit verloren gehe, irgend einen Unternehmer zu finden, welcher auf dieses Grundstück ein feststehendes Gebäude für Circus- und andere derartige Zwecke stellen würde. Da also aus der Verzögerung des Verkaufes für die Stadt eine Schädigung nicht erwachse, so schlage die Baucommission vor, nur den Ausgleich mit der Promenaden-Ver-

waltung zu genehmigen, den Verkauf des Grundstücks selbst aber bis auf weitere Anträge des Magistrates anstehen zu lassen.

Die Versammlung beschließt dem Commissionsantrage gemäß.

IV. Feststellung der Kosten des Ausbaues der Straße am Gaußberge.

Nach der vorliegenden Kostenberechnung für den Ausbau der Straße am Gaußberge beläuft sich der Anliegerbeitrag auf 123,391 M für 1 m Frontlänge. Dem Antrage des Magistrates, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, zu.

V. Gesuch um theilweisen Erlaß der Straßenbaukosten an der Campestraße.

Verschiedene Anlieger der Campestraße haben gebeten, ihnen die durch den Ausbau der Campestraße erwachsenen Kosten zu ermäßigen, indem sie zur Begründung des Gesuches im Wesentlichen anführen, daß der fragliche Straßenbau namentlich hinsichtlich der Breite der Straße vorwiegend im allgemeinen städtischen Interesse liege und den Anliegern auch aus den Straßenkostenbeiträgen eine unverhältnißmäßige Last erwachse. In solchen Fällen könne aber nach §. 12 des Ortsbaustatuts den Anliegern ein Theil der Kosten erlassen werden. Als ferneres Motiv wird angeführt, daß die Kosten des vom Bieweg'schen Garten abgetretenen Terrains nicht baar bezahlt, sondern demnächst auf die Kosten des Ausbaues des östlichen Theiles der Campestraße angerechnet werden. Dieser Ausbau solle aber in absehbarer Zeit nicht ausgeführt werden, gleichwohl sollen indessen die Anlieger auch diese Kosten einzahlen, wodurch das Ersuchen um Stundung oder Erlaß eines Theiles der Kosten ebenfalls begründet sein dürfte. Auch den Anliegern der Goslarschenstraße habe man etwa ein Drittel der Straßenbaukosten mit Rücksicht darauf erlassen, daß die Straße im Interesse des Verkehrs gepflastert worden sei, während hier der Fall insofern ähnlich liege, als die Campestraße im Interesse des Verkehrs vorbereitet sei.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Halle auf Grund eingehender Beratungen zu dem Ergebnisse gekommen, daß es ganz unmöglich sei, den Anliegern irgend welche Straßenbaukosten zu erlassen, so gern die Commission solches auch befürworten möchte. Der Hinweis auf die Goslarschenstraße sei insofern nicht zutreffend, als dort die Ermäßigung der Pflasterungskosten nur allein deshalb zugestanden worden, weil die Stadt hinterher weniger Unterhaltungskosten zu tragen habe. Die Commission schlägt deshalb vor, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen, gleichzeitig aber den Magistrat zu ersuchen, den Anliegern so weit als möglich entgegenzukommen, indem ihnen eine möglichst lange Befristung mit der Zahlung der Straßenbaukosten zugesichert werde.

Herr Koch hat bei Prüfung der Sachlage gefunden, daß hier eine gewisse Härte vorliege. Namentlich müsse man diese Härte in dem Umstande erblicken, daß die Anlieger auch ca. 4000 M Grunderwerbskosten für das dem Vieweg'schen Garten entnommene Terrain tragen müssen, für welches die Stadt nicht eine baare Entschädigung zu zahlen, sondern in weiter Ferne einmal an anderer Stelle Terrain von der Straße abzutreten habe, so daß die Stadt dieses Capital inzwischen lange Jahre hindurch für sich nutzen könne. Es scheine ihm daher nicht unbillig zu sein, wenn diese 4000 M wenigstens zur Zeit noch nicht eingefordert würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will zur Klarstellung der Sachlage Folgendes vortragen. Mit der Frau Vieweg sei ein Vertrag abgeschlossen worden, nach welchem sie für das von ihr zur Campestraße abzutretende größere Areal nicht durch Geld, sondern in natura durch eine Fläche im oberen Theile der Campestraße, gegenüber der kl. Campestraße, entschädigt werde. Es handle sich dabei um dieselbe Fläche, welche der Magistrat nach langen Verhandlungen vor mehreren Jahren von dem verstorbenen Verlagsbuchhändler Vieweg erlangt habe und über deren Eigenthumsverhältnisse seit Jahrzehnten ein Streit zwischen Herrn Vieweg und der Stadt geschwebt habe, bis endlich der Magistrat gezwungen gewesen sei, das Eigenthumsrecht des Herrn Vieweg anzuerkennen. Durch einen neuen Vertrag zwischen Herrn Vieweg und der Stadt sei dann u. A. dieser Terrainstreifen wiederum der Stadt zugefallen und jetzt wechsele der Streifen zum dritten Male den Besitzer, indem die Stadt den Streifen wieder an die Vieweg'schen Erben abtrete und dafür das zum unteren Theile der Campestraße erforderliche, hier in Frage stehende Terrain eintausche. Es sei nun die Frage entstanden, ob der Erwerb dieses Theiles des Straßenterrains in der Kostenrechnung zu erscheinen habe, oder nicht, und habe der Magistrat den Standpunkt vertreten, daß es bei Bemessung der Straßenkosten keinen Unterschied ausmache, ob zu der Straße Terrain gegen baar oder gegen Austausch erworben sei. Es würde zu den wunderbarsten Consequenzen führen, wenn die Stadt in solchem Falle die Kosten des Terrains nicht mit anrechnete, da sie dann ein Stück Terrain im Interesse eines Straßenbauunternehmers verschenke. Diesen Standpunkt habe in einem anderen Falle auch der Maurermeister Bernfeld eingenommen, sei damit aber vom Gerichte zurückgewiesen worden, ebenso wie das Herzogl. Staatsministerium die Bittsteller mit ihrer Beschwerde abgewiesen habe. Im Uebrigen habe auch die Versammlung die Kosten des Ausbaues der Campestraße einschließlich dieser Terrainerwerbskosten bereits genehmigt, so daß der Magistrat wohl habe annehmen dürfen, daß er auch in diesem Punkte das Einvernehmen der Versammlung besitze. Wenn nun auch ein Billigkeitsanspruch sich geltend machen lasse, so erscheine es doch wunderbar, daß man etwas, was man im Wege der Beschwerde nicht erlangen könne, nun im Wege einer Petition aus Rechtsgründen zu erlangen suche. Außer

dem könnten die Straßenbaukosten durchaus nicht als so exorbitant hoch bezeichnet werden, da dieselben nur 62,50 bezw. 74,00 M. betragen, während an anderen Stellen 200 M. bis hinauf zu 800 M. für 1 m Frontlänge gezahlt werden müßten. Wollte man in solchem Falle Gnade walten lassen, führe das auf eine schiefe Ebene.

Herr Koch möchte dem Magistrate trotz dieser Ausführungen anheimgeben, die Sache noch einmal wohlwollend zu prüfen und den Anliegern in irgend einer Weise entgegenzukommen. Es erscheine ihm doch hart, daß die Anlieger ein Terrain bezahlen sollen, was die Stadt erst in späterer Zeit zu ersetzen habe.

Der Antrag der Statutencommission wird darauf angenommen

VI. Gesuch um Befreiung von den Straßenbaukosten an der Campestraße.

Der Kaufmann Gustav Thormeyer ist bei der Versammlung dahin vorstellig geworden, daß man ihn von Straßkosten befreien möchte, weil er das vor seinem an der Campestraße gelegenen Grundstück befindliche Wegeterrain von 264 qm im Jahre 1887 der Stadt unentgeltlich überlassen habe und er damals noch nicht habe wissen können, daß das Ortsbaustatut in einer für die Grundstücksbesitzer so ungünstigen Weise werde geändert werden. Wenn er dieses vorausgesehen hätte, würde er sich bei der Abtretung des Terrains ein entsprechendes Aequivalent gesichert haben.

Wie Herr Wolff namens der Statutencommission berichtet, liegen die Verhältnisse hier ähnlich, wie bei den übrigen in dem vorigen Punkte der Tagesordnung behandelten Anliegern. Herr Thormeyer habe in seiner Eingabe aber nicht genügend gewürdigt, daß das von ihm unentgeltlich zur Straße abgetretene Terrain mit einer Wegefervitut belastet gewesen sei und daher seine aus dieser Ueberlassung gezogenen Folgerungen nicht zuträfen. Die Commission empfehle auch hier Uebergang zur Tagesordnung mit dem Anheimgeben an den Magistrat, Herrn Thormeyer eine möglichst lange Befristung mit der Zahlung der Straßenbaukosten, und zwar unter Berücksichtigung der Verhältnisse zinslos, zu ertheilen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

VII. Anträge auf Ausbau verschiedener Straßen.

Die in der vorigen Sitzung gelegentlich der Etatsberathung gestellten Anträge auf Ausbau verschiedener Straßen sind in der Baucommission vorberathen worden, und berichtet darüber namens derselben Herr Uhde: Was zunächst den Antrag Günther auf Ausbau der Capellenstraße anlange, so sei derselbe von dem Antragsteller vorläufig zurückgezogen, nachdem Herr Bürgermeister Metemeyer in Aussicht gestellt habe, wenigstens die Fußwege in einen leidlich guten Zustand zu bringen.

Bezüglich der den Ausbau der Celler- und der Wolfenbüttlerstraße betreffenden Anträge schlage die Baucommission vor, den Magistrat zu ersuchen, entsprechende Projecte mit Kostenanschlägen einzureichen, damit demnächst eine Vereinbarung getroffen werden könnte, ob der Ausbau im Ganzen oder im Einzelnen ausführbar sei.

Hinsichtlich des Antrages Lange, betreffend den Ausbau eines Theiles der Juliusstraße, gebe die Commission anheim, den Magistrat zu ersuchen, die Instandsetzung dieser Straßenstrecke in den nächstjährigen Etat aufzunehmen, und habe sich der Antragsteller hiermit einverstanden erklärt.

Herr Günther will bemerken, daß er seinen Antrag jetzt wieder aufrecht halte, nachdem er erfahren habe, daß der Maurermeister Koloff bereit sei, die noch nicht eingezahlten, bzw. nicht sichergestellten Straßenkosten vorläufig zu übernehmen. Hiernach dürfte kein Grund vorliegen, mit dem Ausbau der Capellenstraße noch weiter zu zögern und ersuche er, den Antrag an die Commission zurückzuverweisen, damit der Magistrat in der Lage sei, mit den Anliegern nochmals in Verbindung zu treten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß seinem Erstaunen Ausdruck geben, daß Herr Koloff gegenüber Herrn Günther etwas zusage, was er dem Magistrate ablehne. Nach mehrmaliger Verhandlung mit Herrn Koloff sei endlich ein Vertrag aufgesetzt worden, den derselbe aber hinterher trotz Zuredens seines Notars doch nicht vollzogen und sich geweigert habe, etwas für die Straße zuzuschießen. Bei solcher Sachlage wisse der Magistrat nicht mehr, was er thun solle.

Herr Nieß möchte bitten, vorläufig den Antrag der Baucommission anzunehmen, da man sich auf solche privaten Verhandlungen und Versprechungen nicht einlassen könne. Wenn Herr Koloff die Erklärung bei dem Magistrate abgebe, könne dem Ausbau immer noch nähergetreten werden.

Die sämtlichen Anträge finden darauf im Sinne der von der Baucommission gefaßten Beschlüsse ihre Erledigung.

VIII. Veränderung der Wegeverhältnisse am Burgplatze.

Vor dem Schrader'schen Neubau am Burgplatze ist mit Rücksicht auf den dort vorhandenen starken Verkehr eine Veränderung der Fahrbahn und des Trottoirs nothwendig geworden, für welche die Stadt einen Betrag von $\frac{5200 \text{ M}}{6} = 866\frac{2}{3} \text{ M}$ aufzuwenden hat. Der Magistrat ersucht diesen Betrag zu verwilligen. Gleichzeitig wird bemerkt, daß geplant wird, auf dem Burgplatze in der Umgebung des Burglöwen einen Rasenplatz anzulegen und den Platz mit Bäumen zu bepflanzen.

Die Baucommission erklärt sich nach dem Berichte des Herrn Uhde mit der Vorlage einverstanden, sie möchte indessen der Versammlung anheimgeben, den

Magistrat gleichzeitig zu ersuchen, daß bei der demnächstigen Ausführung der Pflasterung und nach der Umlegung des Pferdebahngleises in den Markstall auch die verlorene Steigung auf der Strecke vom Burgplatze ab bis zu der Kl. Burg nach Kräften heruntergesetzt werden möge.

Nachdem Herr Lord noch gebeten hatte, den Burgplatz recht bald mit Rasen und grünem Strauchwerk zu belegen, da derselbe sich zu derartigen Anlagen vorzüglich eigne,

wird der Commissionsantrag gutgeheißen.

IX. Ausbau der Juliusstraße zwischen Broihemer- und Sophienstraße.

In Sachen betr. den Ausbau der Juliusstraße hat der Magistrat folgende Vereinbarungen getroffen: Für die dem Ortsbauplane zufolge der Straße zuzulegenden Theilflächen der anliegenden Grundstücke ist durchweg eine Entschädigung von 20 M für 1 qm gefordert und zugestanden worden. Eine besondere Vergütung von 700 M erhält die Firma Bremer & Brückmann für das in Wegfall kommende Portierhaus bei gleichzeitiger Ueberlassung der Baumaterialien. Ein Theil des von der reformirten Gemeinde abzutretenden Friedhofsterrains ist mit Gräbern belegt und die Abtretung dieser Theilfläche daher abgelehnt worden. Da solche Abtretung nicht erzwungen werden kann, so hat die städt. Bauverwaltung empfohlen, am Süd- und Nordende des Friedhofes den Fußweg einstweilen in geringerer Breite anzulegen, welcher Vorschlag von der Gemeinde gebilligt worden ist. Mit derselben ist auch vereinbart worden, daß die dem Friedhofe zuzulegende Theilfläche der Straße (32 qm) gegen die jetzt an die Stadt abzutretenden 57 qm ausgetauscht, die überschießenden 25 qm gleichfalls mit 20 M pro qm bezahlt und die Einfriedigung unter Leistung eines Zuschusses von 574 M von der Gemeinde hergerichtet werde. Endlich hat die Braunschweigische Dampfmühlen-Gesellschaft beantragt, daß ihr das ganze dort liegende Grundstück von 7,80 a, welches zur Anlage eines freien Platzes bestimmt ist, abgenommen werde. Hierfür sind gefordert ein Einheitspreis von 20 M pro qm, eine Vergütung für die noch gute Einfriedigung etc mit 2180 M und die Zusicherung der städtischen Behörden, daß der Platz, so lange das gegenüberliegende Grundstück für den Betrieb der Gesellschaft benutzt wird, mit Gebäuden nicht besetzt werden solle. Der Magistrat hat diese Forderungen als angemessen zuerkannt. Unter Ueberreichung des Bauprojectes mit Kostenanschlag und Vertheilungsberechnung wird ersucht, den notariellen Vertrag vom 16. März 1896 zu genehmigen, den Magistrat zum Ankaufe des ganzen Grundstücks unter vorstehenden Bedingungen zu ermächtigen und das Project nebst Kostenanschlag und Vertheilungsberechnung, nach welcher der Anliegerbeitrag 85 M für 1 m und für das Grundstück 12 ass. 3007 I. für 1 m 158 M beträgt, zu genehmigen.

Die Baucommission läßt die Genehmigung der ganzen Vorlage durch Herrn Rieß empfehlen und die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

X. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Das Gesuch des Händlers Schmidtman um Freigabe eines Ziehundes wird genehmigt, und das Gesuch des früheren Barackenwächters Claus um fernere Befreiung von der Steuer für einen Wachhund abgelehnt.

XI. Verkauf von Böschungsterrain am Wendenringe.

Auf Antrag des Auktionators Bertram ersucht der Magistrat, demselben das vor dessen Grundstücke am Wendenringe gelegene Böschungsterrain im Umfange von 1,49 a zum Preise von 5 M für 1 qm zu überlassen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Rieße berichtet, geschieht.

XII. Verkauf einer Fläche an der Roßstraße.

Dem Antrage des Magistrates, dem Bauunternehmer Andreas Otto die dem Grundstücke desselben an der Roßstraße zuzulegende Straßenfläche von 2 qm zum Einheitspreise von 10 M zu verkaufen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Meyerhoff, welcher für die Baucommission berichtet, zu.

XIII. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Hoftheater.

In Sachen der Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf der südlichen Seite des Hoftheaters hat sich die Herzogl. General-Hof-Intendantur nachträglich bereit erklärt, eine 14,6 qm große Theilfläche des Theaterparkes der Stadtgemeinde zur Errichtung einer solchen Anstalt zu überlassen, hierbei jedoch die Bedingung gestellt, daß die Stadt sich ausdrücklich verpflichten müsse, in der Nähe des Hoftheaters eine weitere Bedürfnisanstalt nicht errichten zu wollen. Der Magistrat ersucht, diesem Verzicht zu zustimmen und die Ausführung des vorliegenden Projectes unter Verwilligung der Kosten zu 2400 M zu genehmigen.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Seele anheimgeben, die Bedingung zuzugestehen, zumal da der in Aussicht genommene Platz allgemein für den besten gehalten werde. In diesem Falle könne allerdings der Antrag des Herrn Rieße auf Errichtung einer weiteren Bedürfnisanstalt am Hoftheater, welcher bei dieser Gelegenheit gleich mit berathen werden solle, vorläufig nicht ausgeführt werden. Bei Beurtheilung dieser Frage komme ganz wesentlich die Frequenzstatistik über die beiden vorhandenen Anstalten für Frauen am Kohlmarke und am Hagenmarke mit in Betracht. Er wolle deshalb darüber Folgendes mittheilen: Die Anstalt am

Kohlmarkte sei in der Zeit vom 12. Januar 1893 bis zum 31. Mai 1895 zusammen von 3666 Frauen in I. Classe und von 12150 Frauen in II. Classe benutzt worden, was auf den Tag durchschnittlich 4,2 und 14 Besuche ausmache. Hierbei sei ja allerdings zu berücksichtigen, daß der Besuch im Anfange sehr gering gewesen, aber im Laufe der Zeit erheblich gewachsen sei und die Möglichkeit fernerer Wachstums noch vorliege. Die Anstalt am Hagenmarkte sei während der Zeit vom 7. Februar 1893 bis zum 1. April 1896 von 9042 Männern und Frauen in erster und von 13175 Männern und Frauen in zweiter Classe besucht worden, was einer Durchschnitts-Tagesziffer von 8 Personen in erster und 11 Personen in zweiter Classe entspreche. Demnach müsse zugegeben werden, daß diese Anstalten einem Bedürfnisse entsprochen haben, aber es sei auch zu bedenken, daß sie an den belebtesten Plätzen der Stadt liegen, deren regelmäßiger Verkehr theilweise noch durch Wochenmärkte erheblich verstärkt werde. Zugleich zeigen aber die statistischen Zahlen, daß die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht in der Nähe des Theaters z. B. noch nicht so dringend nothwendig erscheine, denn selbst die beiden Anstalten am Kohlmarkte und am Hagenmarkte vermöchten nicht einmal das Gehalt der Wärterinnen aufzubringen, so daß man schon dazu übergegangen sei, den Wärterinnen das Auskommen aus den Anstalten zu überweisen, ohne ihnen Gehalt weiter zu zahlen, wobei sich die Frauen durchaus nicht gut stehen sollen. Aus allen diesen Gründen empfehle die Finanzcommission, der Magistratsvorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Löschigt möchte bitten, auf die Bedingung der Herzogl. General-Hofintendantur nicht einzugehen, weil sich sonst die Stadt für alle Zeiten die Hände binde. Besser wäre es dann schon, auf das erste Project, nämlich die Errichtung der Bedürfnisanstalt hinter dem Theater, zurückzukommen, denn das Bedürfnis der Errichtung einer Anstalt für Frauen an dieser Stelle werde immer dringender. Jedenfalls bitte er, die Sache behufs nochmaliger Prüfung an die Commission zurückzuverweisen.

Herr Südel will bemerken, daß diese Frage in der Finanzcommission auch schon besprochen und dabei die Anschauung vertreten sei, daß die Herzogl. Hofhaltung mit ihrem Verzicht nur die nächste Nähe des Hoftheaters im Auge haben könne, so daß es trotzdem zulässig sein würde, auf der Kaiser-Wilhelmstraße eine zweite Anstalt zu errichten. Aus diesem Grunde sei es der Commission nicht bedenklich erschienen, auf die Bedingung einzugehen. Da es nun außerdem recht schwer sein dürfte, in der unmittelbaren Nähe des Hoftheaters eine zweite Anstalt in praktischer und dem Bedürfnisse an Schönheit entsprechender Weise aufzustellen, so ersuche die Finanzcommission um Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Rieke ist der Meinung, daß die Hofhaltung recht wohl in der Lage sein dürfte, ein um ein Geringes größeres Terrain für diesen Zweck herzugeben, da man

dann an der Stelle eine Doppelanstalt für Männer und für Frauen errichten könne. Uebrigens werde die Anstalt auf dem Hagenmarke kaum eine größere Fläche als 14 qm einnehmen. Ein Bedürfnis zur Errichtung einer solchen Anstalt an jener Stelle liege ganz bestimmt vor und die beiden vorhandenen Anstalten würden entschieden noch fünf Mal so stark benutzt werden, wenn die Bezahlung fortfallen könnte. Da nun die Errichtung einer zweiten Anstalt der Stadt zu hohe Opfer auferlegen würde, so empfehle er, dem zwingenden Bedürfnisse an jener Stelle durch Errichtung einer Doppelanstalt abzuhehlen.

Herr Günther kann sich auch nicht dafür aussprechen, auf den Verzicht einzugehen, wenn sich an jener Stelle nicht eine Doppelanstalt für Frauen und Männer errichten lasse. Im Uebrigen würde er die Anstalt auf der anderen Seite des Theaters der Theaterbesucher wegen für praktischer halten, weil hier oft die Leute stundenlang auf die Oeffnung des Theaters warteten und dann leicht in Verlegenheit kommen könnten; jedoch lasse sich die Ausführung dort vielleicht nicht ermöglichen.

Herr Müller möchte sich für den Vorschlag der Commission erklären, da er sich freue, daß die Errichtung der Anstalt auf der Südseite des Theaters nun endlich verwirklicht werden könne. Eine zweite Anstalt für Frauen zu errichten, würde sich des Kostenpunktes wegen z. B. nicht empfehlen.

Herr Meyerhoff ist dafür, mit der Hofhaltung nochmals in Verhandlung zu treten, um die Errichtung einer Anstalt für beide Geschlechter zu ermöglichen. Die Anregung des Herrn Sidel, auf der Kaiser-Wilhelmstraße eine zweite Anstalt zu errichten, lasse sich des Kostenpunktes wegen doch nicht so schnell durchführen, auch müßte die Anstalt auf den mittleren Fußweg gestellt werden, was sich gar nicht empfehle. Auch dem Wunsche des Herrn Günther, noch eine Anstalt auf die andere Seite des Theaters zu stellen, könne er sich nicht anschließen.

Herr Wagner muß sich gleichfalls für eine nochmalige Verhandlung mit der Herzogl. Hofhaltung erklären. Sofern diese verlange, es solle in der Nähe des Theaters keine weitere Anstalt errichtet werden, so würde ihr wohl die Erklärung genügen, daß an dem Wege, der um das Theater herum führe, eine Anstalt nicht mehr erbaut werden solle. Wenn sich später das Bedürfnis zur Errichtung einer zweiten Anstalt in jener Gegend geltend mache, könne dieselbe auf dem wenig benutzten Mittelwege der Kaiser-Wilhelmstraße recht gut Platz finden. Gegen die Benutzung der Nordseite des Theaters müsse er sich aber ganz entschieden erklären, weil es unschön sein würde, eine solche Anstalt in die unmittelbare Nähe des Abdenkmales zu stellen.

Herr Bürgermeister Netemeyer glaubt nicht, daß von der Herzogl. Hofhaltung noch weitere Concessionen zu erwarten seien und sei auch der Magistrat nicht der Ansicht, daß ein Bedürfnis vorliege, in der Nähe des Hoftheaters noch eine Anstalt für Frauen zu errichten. Um indessen die Sache nicht zum Scheitern

zu bringen, möchte er persönlich zur Erwägung verstellen, ob man nicht gut thue, südlich vom Herzogl. Hoftheater eine leichtere Bedürfnisanstalt nur für Männer, ähnlich der Anstalt vor dem Hohenthore, zu errichten. Eine solche Anstalt halte sich ungefähr zehn Jahre und lasse sich leicht an einer anderen Stelle aufstellen, wenn sie beseitigt werden solle. Das Herzogl. Hofmarschallamt werde später wohl auch nichts dagegen haben, wenn dort eine größere Anstalt für Frauen und Männer, nach Beseitigung der kleineren Anstalt, errichtet werden solle. Baue man jetzt aber die geplante Anstalt für 2400 M. dorthin, so werde das Umsetzen derselben eventuell ebensoviel kosten, wie eine ganz neue Anstalt. Darum halte er dieses noch für den besten Ausweg.

Herr Nieß möchte der Ansicht widersprechen, als ob auf dem Mittelwege der Kaiser-Wilhelmstraße eine Bedürfnisanstalt errichtet werden könnte, weil man dann nicht nöthig gehabt hätte, die Straße in der Breite anzulegen. Wenn die Passage der Straße durch eine solche Anstalt unterbrochen werde, so liege darin der Beweis, daß die Breite der Straße unnöthig gewesen sei, was er nicht zugeben könne, da es sich hier um eine Straße der Zukunft handle. Darum möchte er bitten, von einer Einengung der Straße Abstand zu nehmen. Was die Vorlage anlange, so möchte er auch für eine Zurückverweisung derselben an die Commission sich aussprechen, damit in Erwägung genommen werden könne, ob sich dort nicht gleich eine Anstalt für Frauen und Männer errichten lasse, in welchem Falle die Verzichtserklärung an das Hofmarschallamt recht gut abgegeben werden könne, weil dann kein Bedürfniß vorliege, dort noch eine weitere Anstalt zu errichten. Wenn man diesen Vorschlag ablehne, beschließe man damit, daß auf eine Anstalt für Frauen keine Rücksicht genommen werden solle und begrabe diese Angelegenheit vollständig.

Bei dieser Gelegenheit möchte er noch die Beseitigung der unfreiwilligen Bedürfnisanstalt auf dem Bohlwege am Herzogl. Finanzgebäude und bei dem gegenwärtigen Zeughause anregen. Man habe jetzt noch eine Laterne dabeigestellt, damit die Anlieger Alles recht angenehm beobachten können. Auch die Kinder zögen sich in diesen Winkel zurück und verunreinigten ihn. Die Planke befände sich dort in einem so unwürdigen Zustande, daß deren Beseitigung sicher schon durch Strafmandate erzwungen wäre, wenn die beiden Grundstücke Privatleuten gehörten. Er möchte fragen, ob es kein Mittel gebe, diesem anstößigen Zustande ein Ende zu bereiten.

Herr Löschigk spricht sich ebenfalls für den Antrag Niese aus, dahin zu wirken, daß dort eine Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter errichtet werde.

Die Vorlage wird darauf an die Finanzcommission zurückverwiesen, um zu prüfen, ob sich an der betr. Stelle nicht eine Doppelanstalt errichten lasse.

XIV. Vertheilung der Einkünfte des Vetter'schen Nachlasses.

Der Nachlaß des im Jahre 1880 verstorbenen Particuliers Friedrich Vetter ist der Stadt zwecks Gründung der in dem Vetter'schen Testamente bezeichneten milden Stiftung zugefallen. Nach den §§. 6 und 8 des Testaments sind die Einkünfte des Nachlasses, soweit sie nicht durch Legate absorbiert worden, der Frau Schaffair, einer Nichte des Erblassers, und dem Cigarrenmacher Otto Vetter zur gleichmäßigen Vertheilung auf Lebenszeit überwiesen. Dieser Bestimmung ist bisher nachgekommen worden. Nach dem jetzt erfolgten Tode des Otto Vetter ist nun die Frage aufzuwerfen, ob die für diesen ausgesetzte Hälfte der Einkünfte der Frau Schaffair zu zahlen ist, oder aber der Vetter'schen Stiftung zukommt. Zur Vermeidung eines in seinem Ausgange mindestens zweifelhaften Processes beabsichtigt der Magistrat, vom Todestage des Otto Vetter ab die ganzen Einkünfte der Frau Schaffair zu zahlen und ersucht die Versammlung, sich hiermit einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, geschieht.

XV. Wahl einer Deputation für das Kieselgut u.

Für die Verwaltung des Kieselgutes mit Einschluß der Pumpstation war zunächst provisorisch eine Deputation eingesetzt worden, welche nunmehr definitiv zu bestellen ist. Auf entsprechenden Vorschlag aus der Versammlung werden die bisherigen Mitglieder der Deputation, nämlich die Herren Blasius, Bültmann, Ebeling und Lange, durch Zuzuf wiederum als Deputationsmitglieder gewählt.

XVI. Verkauf einer Fläche an der Husarenstraße.

Zwischen dem Grundstücke des Maurermeisters Wiethake und der Husarenstraße liegt noch ein 15 qm großer Streifen verlassenen Wegeterrains, welches der vorigen Besitzerin des Grundstücks nicht mit aufgelassen worden ist. Letztere hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Fläche stadtheilig dem p. Wiethake aufgelassen werde, sich auch verpflichtet, den Kaufpreis zu 320 M zu bezahlen. Der Magistrat ersucht, dem Verkaufe der Fläche an Wiethake zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, geschieht.

XVII. Aenderung des Ortsbauplans an der Broißenmerstraße u.

Auf Antrag der städt. Bauverwaltung erucht der Magistrat, für die Broißenmerstraße zwischen der Goslar'schenstraße und dem Altstadtringe eine neue Flucht-

linie zu genehmigen, durch welche die Breite der Straße auf 17 m festgesetzt werde. Ebenso wird die Abänderung der Fluchtlinie für die zwischen dem Madamenwege und der Broißemerstraße gelegene Verbindungsstraße anheimgegeben.

Beide Anträge gelangen auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Nieß berichtet, zur Annahme.

XVIII. Austausch einer verpachteten Wiese vor dem Augustthore.

Die dem Gärtner Heinrich Lühr verpachtete, 4^{1/2} Morgen große Bullenwiese soll jetzt mit in den Bürgerpark einbezogen werden. Der Magistrat schlägt daher vor, das Angebot des p. Lühr, ihm für den Rest seiner Pachtzeit an Stelle dieser Wiese die nördlich von Eisenbüttel zwischen der Oker und dem an der Militairbadeanstalt vorbeiführenden Fußwege gelegene Wiese zu dem gleichen Pachtpreise zu überlassen, anzunehmen.

Namens der Finanzcommission empfiehlt Herr Hauswaldt, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

XIX. Verkauf einer Fläche an der Cellerstraße.

Der Kaufmann Iken ist veranlaßt worden, sein auf Delper Feldmark dicht am Herzoglichen Krankenhause gelegenes Grundstück einzufriedigen und die Einfriedigung in die Flucht der Einfriedigung des Herzoglichen Krankenhauses heranzurücken. Zu diesem Zwecke ist dem Genannten eine ca. 4,5 qm große Fläche von der Cellerstraße zu überlassen und giebt der Magistrat anheim, demselben diese Fläche zum Gesamtpreise von 20 M zu verkaufen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Nieß berichtet, geschieht.

XX. Statut, betr. die kaufmännische Fortbildungsschule.

Das Herzogliche Staats-Ministerium hat Bedenken getragen, den von den städtischen Behörden beschlossenen Entwurf eines Statuts über die Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule zu genehmigen und führt dabei Folgendes aus.

1. Nach §. 1 des Statutentwurfes sollen alle männlichen Handlungslehrlinge, welche das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet sein. Da zu befürchten steht, daß einzelne Lehrherren der ihnen auferlegten Pflicht sich zu entziehen versuchen werden, indem sie ihre Lehrlinge vor der Zeit zu unbezahlten Handlungsgehilfen ernennen, oder dieselben als Schreiber oder Volontaire u. dergl. aufführen, so wird empfohlen, dem Eingange des Paragraphen die Fassung zu geben: „Alle in der Stadt Braunschweig in Stellung befindlichen Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge und diesen gleich zu erachtenden Personen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, sind

verpflichtet“ 2. Die Ausnahmebestimmung unter Ziffer 1 des §. 1, wonach diejenigen Lehrlinge von dem Besuche der kaufmännischen Fortbildungsschule befreit sein sollen, welche eine Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besuchen, erscheint nicht recht passend und wird zur Streichung empfohlen. 3. In das Statut müssen Vorschriften aufgenommen werden über die Entrichtung und etwaige zwangsweise Einziehung des Schulgeldes, über die Organisation der Schule und die Zusammensetzung des Schulvorstandes. Es wird in dieser Beziehung vorgeschlagen, zu sagen: „Das für den Besuch der Schule zu entrichtende Schulgeld ist von dem Lehrherrn halb- (viertel=?) jährlich an dem von dem Schulvorstande bekannt zu machenden Termine an die Schulkasse zu entrichten und wird erforderlichen Falls im Verwaltungswege zwangsweise eingezogen. Freiwillig die Anstalt besuchende Schüler haben das Schulgeld selbst an die Schulkasse zu entrichten. Die Anstalt steht unter der Oberleitung der Handelskammer und der Obergewalt des Herzoglichen Staats-Ministeriums. Die zwecks Organisation der Anstalt zu erlassenden Satzungen, die Schulordnung, der Lehrplan und der Etat bedürfen der Zustimmung des Magistrates und der Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums. Der Schulvorstand besteht aus einem Vertreter des Magistrates und vier Vertretern der Kaufmannschaft“. Der §. 7 des Entwurfes kann dann fortfallen. 4. Die für die An- und Abmeldung der Schüler festgesetzte Frist erscheint dem Herzogl. Staats-Ministerium zu lang und wird empfohlen, dieselbe entsprechend abzukürzen, damit nicht zu viel Schulzeit verloren geht.

Der Magistrat hat hierzu Folgendes zu bemerken. Die Unterwerfung der noch nicht 18 Jahre alten Handlungsgehilfen unter das Statut wird für gerechtfertigt angesehen, wogegen der Hinzufügung der Worte „und diesen gleich zu erachtenden Personen“, sowie dem Wegfall des Wortes „männlichen“ nicht beigezogen werden kann. Mit der Streichung der Ausnahmebestimmung unter 2 ist der Magistrat einverstanden. Bestimmungen über die Leistung des Schulgeldes aufzunehmen, hält der Magistrat für vorteilhaft, kann jedoch den Vorschlag, die Verpflichtung zur Entrichtung des Schulgeldes dem Lehrherrn aufzuerlegen, nicht für annehmbar halten, weil der grundlegende § 120 der Reichsgewerbeordnung weder aus Text noch Motiven die Annahme zulasse, daß der Gesetzgeber solche Schullasten dem Arbeitgeber habe auferlegen wollen. Der Magistrat kann sich daher nur mit einer Bestimmung einverstanden erklären, durch welche der Schüler zur Entrichtung des Schulgeldes verpflichtet wird, und giebt anheim, statt „dem Lehrherrn“ zu sagen „dem Schüler resp. dessen gesetzlichem Vertreter“. Da ferner dem Magistrate nicht allein daran gelegen ist, bei Feststellung des Etats für die Schule mitzuwirken, sondern auch und insbesondere bei Festsetzung des Schulgeldes ein entscheidendes Wort mitzusprechen, so wünscht derselbe, hinter „Etat“ die Worte „insbesondere die Festsetzung des Schulgeldes“ einzuschließen. Gegen die weiteren Abänderungen hat

der Magistrat nichts einzuwenden, und wird die Versammlung ersucht, die von Herzogl. Staats-Ministerium gewünschten Aenderungen nach den Vorschlägen des Magistrates gutzuheißen.

Die Statutencommission stimmt nach dem Berichte des Herrn Wolff mit den Vorschlägen des Magistrates im Allgemeinen überein, sie glaubt jedoch, daß der §. 7 des Entwurfs einen weiteren Zusatz in der Richtung erhalten müsse, daß die Principale für das Schulgeld derjenigen Lehrlinge zc. verantwortlich zu machen seien, deren gesetzliche Vertreter nicht in der hiesigen Stadt wohnen. Bei nochmaliger Prüfung dieser Sache habe Referent Folgendes zu bemerken gefunden. Wenn der Magistrat meine, daß die grundlegende Bestimmung im §. 120 der Reichsgewerbeordnung keinen Raum gebe für die Auserlegung des Schulgeldes auf den Lehrherrn, so sei er darüber anderer Meinung. Man könne allerdings zweifelhaft sein, ob die Gewerbeordnung überhaupt die Auserlegung eines Schulgeldes zulasse, wenn dieses aber bejaht werde, dann stehe auch nichts im Wege, die Lehrherren mit der Auserlegung desselben zu bedenken. Andererseits empfehle es sich aber nicht, dem Lehrherren solche Lasten materiell unbedingt aufzubürden. Es komme in Betracht, daß einerseits durch das Statut nicht solche Personen zur Zahlung des Schulgeldes verpflichtet werden können, die nicht in der hiesigen Stadt wohnen, und daß andererseits viele der von auswärts nach hier gekommenen Lehrlinge so wenig pfändbare Sachen besitzen, daß das Zwangsverfahren bei ihnen ergebnislos sein würde. Das sei ein unannehmbarer Zustand. Ausreichend erscheine aber, wenn, wie die Statutencommission jetzt vorschläge, folgender Zusatz zu §. 7 gemacht werde:

„Die Lehr- und Dienstherrn derjenigen Schulpflichtigen, deren gesetzliche Vertreter außerhalb der Stadt Braunschweig wohnen, haben bei allen nach Erlaß dieses Statuts zum Abschluß gelangenden Lehr- und Dienstverträgen ohne Verzug die schriftliche Verpflichtung der gesetzlichen Vertreter zur Zahlung des Schulgeldes für die Dauer des schulpflichtigen Aufenthalts der Betheiligten am hiesigen Orte dem Schulvorstande beizubringen, widrigenfalls die Lehr- und Dienstherrn für den Eingang des Schulgeldes haften“.

Hierdurch werde eine Belangbarkeit der Lehrlinge von auswärts sachlich in gleichem Maße, wie bei den ortsangehörigen Schulpflichtigen erzielt, was ausreichend erscheine.

Sowie die bezeichnete Verpflichtung beigebracht werde, solle eine persönliche Verpflichtung des Lehr- und Dienstherrn zur Zahlung des Schulgeldes nicht weiter eintreten, insbesondere auch dann nicht, wenn die Eltern zc. einmal nicht in der Lage sein sollten, das Schulgeld zu bezahlen. Im Uebrigen würden die Anträge des Magistrates zur Annahme empfohlen.

Auf die Frage des Herrn Bührmann, wie hoch sich das Schulgeld voraussichtlich belaufen werde, erwidert

Herr Fiedel, daß dasselbe für das erste Jahr auf 40 M. festgesetzt werde, weil die Handelschule für das laufende Jahr auf den Zuschuß des Herzogl. Staatsministeriums und des Stadtmagistrates verzichten müsse.

Herr Stadtrath Meyer will mittheilen, daß es der Magistrat für ausgeschlossen halte, das Schulgeld von den Principalen fordern zu können. Der Vorschlag des Herrn Wolff scheine allerdings viel für sich zu haben und er glaube, daß sich der Magistrat mit demselben wohl insoweit einverstanden erklären werde, als die Lehrherren angehalten werden sollen, mit den Vätern der Lehrlinge einen Vertrag dahin abzuschließen, daß von ihnen das Schulgeld zu entrichten sei. Ob aber der Magistrat sich damit einverstanden erklären werde, daß bei der Unterlassung dieser dem Lehrherrn auferlegten Verpflichtung von Letzterem das Schulgeld eingezogen werden solle, könne er noch nicht übersehen. Der Magistrat habe grundsätzlich den Lehrherren zur Tragung des Schulgeldes nicht heranziehen wollen und werde auch dabei beharren. Richtig sei es, daß die Gewerbeordnung sich darüber ausspreche, wer die Kosten der Einrichtung zu tragen habe, indem nur gesagt sei, daß die entsprechenden Vorschriften durch Statut erlassen werden könnten. Wenn man aber dem Lehrherrn die Kosten auferlegen wolle, so könnte man sie auch jeder beliebigen dritten Person auferlegen, denn der Lehrherr habe von der Schule auch keinen directen Vortheil, so daß der innere Zusammenhang vollständig fehle. Nur der Schüler habe einen Nutzen von der Einrichtung und deshalb könne man auch nur von ihm eine Gegenleistung fordern, wenn solche Jemandem auferlegt werden solle. Demnach würde hier nur die gleiche Einrichtung wie bei den städtischen Schulen eingeführt werden. Magistratsseitig könnten auch die hervorgehobenen Bedenken nicht in vollem Umfange getheilt werden, daß das Schulgeld sich von dem Schüler nicht betreiben lasse. Eine Anzahl Schüler werde allerdings das Lehrgeld nicht zahlen können, aber die Handelskammer werde wohl so vorsichtig gewesen sein, einen solchen Ausfall in ihrem Etat mit zu berücksichtigen, andererseits glaube er aber nicht, daß diese Zahl so groß sein werde, um die Durchführung der Schule bei der Annahme des Magistratsvorschlages wegen mangelnder Mittel in Frage zu stellen. Selbst die weniger bemittelten Lehrlinge von außerhalb würden von ihren Eltern durchschnittlich wohl so gestellt sein, daß im Falle Nichtbezahlung des Schulgeldes irgend welche pfandbaren Objecte bei ihnen vorhanden sein dürften. Wenn aber die Vorschläge des Herrn Referenten angenommen werden sollten, so bitte er, sie wenigstens nicht als Bedingung für die Annahme des ganzen Statuts aufzustellen, sondern dem Magistrate nur anheimzugeben, die Vorschläge dem Statute zuzufügen.

Herr Wolff kann den Standpunkt des Magistrates in keiner Weise als

richtig anerkennen. Das Gesetz gebe den Gemeinden und Communalverbänden das Recht, die zur Durchführung der obligatorischen Einrichtung von Fortbildungsschulen erforderlichen Bestimmungen zu treffen und schweige sich über die Erhebung des Schulgeldes aus. Der Lehrling werde gezwungen, die Schule zu besuchen, so daß von einem Rechte desselben, für das sich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen eine Vergütung von Berechtigten beanspruchen lasse, nicht die Rede sein könne. Aus dem Gesetze lasse sich nur folgern: entweder dürfe die Stadt gar kein Schulgeld erheben, oder aber, wenn sie es dürfe, sei sie auch berechtigt, es nach bestem Ermessen aufzuerlegen, wem sie wolle. Nun sei ja allerdings die Statutencommission der Ansicht, daß eine materielle Verpflichtung dem Lehrherrn gar nicht auferlegt werden solle, daß geschehe aber auch nicht, sondern man wolle denselben gewissermaßen nur in eine Conventionalstrafe nehmen für die etwa versäumte Einholung einer Verpflichtung der Eltern des Lehrlings zur Zahlung des Schulgeldes. Eine solche Verpflichtung könne aber der Lehrherr mit Leichtigkeit in den Dienstvertrag aufnehmen. Was nun die Pfändbarkeit der Lehrlinge anlange, so möge es wohl junge Leute in großen Bank- und sonstigen Geschäften geben, welche pfändbare Sachen besitzen, aber viele andere Lehrlinge werden kaum ein pfändbares Stück besitzen und dann sei es auch ein eigenes Ding, darauf auszugehen, solche jungen Leute auszupfänden. Darum empfehle er, den Zusatz der Commission anzunehmen.

Herr Hauswaldt ist bis zu einem gewissen Grade mit dem Vorredner einverstanden, da die Commune es seiner Meinung nach in der Hand habe, das Schulgeld einzufordern von wem sie wolle, wenn sie überhaupt das Recht zu der Einziehung habe. Andererseits stehe er aber auf dem Standpunkte des Herzogl. Staatsministeriums, daß man die Principale verantwortlich machen müsse für das Schulgeld, denn es würde häufig zu einer Unmöglichkeit führen, dasselbe von den Lehrlingen einzuziehen. Der Kaufmann habe auch einen Nutzen von dem Lehrlinge, der in die Schule gehe, und man werde nach Inkrafttreten des Statuts von den Eltern seines Lehrlings eventuell verlangen, daß sie das Schulgeld vorher bezahlen. Bei allen Lehrlingszüchtereien aber finde er es ganz in der Ordnung, daß der Lehrherr wenigstens das Geringe thue und das bißchen Schulgeld bezahle, damit seine Lehrlinge etwas lernen. Jedenfalls würde die ganze Schule verlieren, wenn man das Schulgeld den Lehrlingen aufdrücken wolle, deshalb bitte er dringend, sich auf den Standpunkt des Staatsministeriums zu stellen.

Herr Engelbrecht muß bezüglich des Schulgeldes den Standpunkt des Magistrates für den einzig richtigen halten. Es gehe dieses schon daraus klar hervor, daß man bei allen Volksschulen den Zwang des Schulbesuches besitze und Niemand daran denke, das Schulgeld von einem Anderen, als den Eltern der Kinder einzuziehen. Hier liege es ebenso, man könne das Schulgeld nicht einem Dritten auferlegen, der nicht den directen Vortheil des Unterrichts habe.

Herr Stadtrath G ö t t e will noch hervorheben, daß der Magistrat bei seinen Erwägungen in erster Linie mit im Auge gehabt habe, die kleinen Geschäftsinhaber, welche Lehrlinge halten, nicht zu beschweren. Bei den Lehrlingszüchtern, um den Ausdruck von vornhin zu gebrauchen, resp. denjenigen Leuten, welche sich besonders befähigt erweisen zur Ausbildung von Lehrlingen, würde es ihm nicht darauf ankommen, denselben das Schulgeld aufzuerlegen, aber diejenigen Lehrherren in dem kleinen Handelsstande, welche gezwungen werden, ihre Lehrlinge während der Arbeitszeit zeitweise zu entbehren, sollten unter keinen Umständen noch durch das Schulgeld belastet werden.

Herr Brückmann möchte erwähnen, daß der preussische Staat, welcher bislang für derartige Sachen sehr wenig übrig gehabt habe, jetzt eine Schwenkung nach entgegengesetzter Richtung vollzogen habe. In verschiedenen preussischen Städten seien Statuten in Kraft getreten, nach welchen das Schulgeld den Principalen zur Last gelegt werde und sei es ihm unverständlich, wie eine Stadt wie Bielefeld mit einem solchen Statut durchkomme. Er bitte namentlich auch den Magistrat dringend, hierbei nicht zu viele Schwierigkeiten zu machen, sondern bei allen Erwägungen, welche zu Zweifeln Anlaß geben könnten, ein etwas weiteres Herz zu haben und damit der Sache selbst zu dienen. Wenn darum hier nicht möglich sei, was in Preußen durchführbar erscheine, so möchte er wenigstens bitten, den Vorschlag des Herrn Wolff anzunehmen.

Herr Wolff will noch auf den großen Unterschied des Schulzwanges in der Volksschule und in dieser Schule aufmerksam machen. Bei der Volksschule bestehe der Zwang da, wo die gesetzlichen Vertreter des Kindes wohnen, am Wohnsitz des Kindes im Rechtsinne, während bei dieser Schule der Zwang da bestehen solle, wo sich die Lehrlinge aufhalten, gleichgültig, wo die gesetzlichen Vertreter derselben wohnen, und wenn dieses Ausländer wären.

Herr Halle bittet, die Vorschläge des Magistrates mit dem Ergänzungsantrage des Herrn Wolff anzunehmen; dagegen möchte er warnen, zu bestimmen, daß das Schulgeld von den Principalen getragen werde, zumal da diese durch die Schule schon in ganz erheblicher Weise belastet würden. Man müsse hierbei auch den kleinen Händler mit berücksichtigen, der nicht in der Lage sei, das theure Schulgeld aufzubringen. Durch den Vorschlag des Herrn Wolff werde der Sache in jeder Weise gedient.

Herr Stadtrath Meyer glaubt, daß der Magistrat mit dem Wolff'schen Zusatzantrage wohl einverstanden sein werde, nur könne er der Ansicht nicht beipflichten, daß die Lehrherren eventuell mit einer Ordnungsstrafe in Höhe des Schulgeldes bestraft werden sollen. Auch stimme er im Wesentlichen dem, was Herr Wolff hinsichtlich der Volksschule gesagt habe, zu, wenn er auch den Unterschied nicht so schroff zu ziehen vermöge, da doch der Lehrling wisse, daß er hier dem

Zwange unterliege. Das Bielefelder Statut könne für hier nicht maßgebend sein, weil die gesetzlichen Unterlagen in Preußen andere seien, indem dort auch noch ein preußisches Gesetz vom Jahre 1849 mit herangezogen werde.

Herr Wolff: Wenn gesagt werde, daß die Lehr- und Dienstherrn nur dann für das Schulgeld haften sollen, sobald sie nicht für eine vertragliche Verpflichtung der Vertreter der Lehrlinge sorgen, so sei das nicht als eine Strafe im Sinne des Gesetzes, sondern als die Erfüllung einer Verpflichtung anzusehen. Mangels besonderer Bestimmungen könne die Zahlungspflicht dem Dienstherrn oder dem Lehrlinge auferlegt werden und wenn man diesen Standpunkt als richtig anerkenne, so lasse sich das auch in bedingter Form thun.

Herr F ü d e l: Die Handelskammer vertrete die Ansicht, daß die Zahlung des Schulgeldes durch Vermittelung des Lehrherrn geschehen solle und sei dabei angenommen, daß dieser sich bei dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings die Zurückerstattung der Auslage sichern werde. In Halberstadt werde die Handelskammer genau auf denselben Grundlagen wie hier eine Handelsschule errichten und habe der Staat auch Mittel zur Verfügung gestellt. Hier seien die Schwierigkeiten größer, als in Sachsen und Württemberg, weil dort allgemeine Fortbildungsschulen zwangsweise bestehen. Er bitte dringend, den Zusatz der Commission anzunehmen und möchte den Magistrat ersuchen, sich zur Erleichterung der Sache mit dem Zusatz einverstanden zu erklären. Hierdurch würde kein Lehrherr bedrückt werden, weil die bestehenden Verträge ausgeschlossen sein sollen. Ohne diesen Zusatz würde aber die Schule in große Verlegenheit gesetzt werden.

Herr Nolte möchte sich auch dafür aussprechen, daß zur Zahlung des Schulgeldes der gesetzliche Vertreter des Zöglings verpflichtet werde, mit welchem, sobald er außerhalb der Stadt wohne, der Principal einen entsprechenden Vertrag abzuschließen habe. Er bitte demnach, den Zusatzantrag des Herrn Wolff anzunehmen.

Herr Brückmann ist durch die Bedenken des Magistrates überrascht worden, umso mehr, als von Seiten des Ministeriums ganz andere Vorschläge gemacht seien. Letzteres scheine der Ansicht zu sein, daß die Einziehung des Schulgeldes auch auf andere Weise zu machen sei. Da nun das Herzogl. Staatsministerium hier als letzte Instanz gelte, so bitte er, schon mit Rücksicht hierauf den neuesten Vorschlag anzunehmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge des Magistrates mit dem Zusatzantrage Wolff angenommen.

XXI. Bauproject für die neue Markthalle.

Die städtische Bauverwaltung überreicht die Pläne zum Neubau einer Markthalle auf den zwischen Hagenmarkt und Werder gelegenen Grundstücken mit einem ausführlichen Erläuterungsberichte, aus welchem Folgendes hervorgehoben werden

soll. Die Grundrißgestaltung des Neubaus weicht von derjenigen des Vorentwurfes insofern ab, als zur Erzielung einer besseren Ausfahrt nach dem Werder die Halle an ihrer nordöstlichen Ecke, unter Mitbenutzung eines Theiles der zur Erweiterung des Markthallengrundstückes am Werder erworbenen Grundstücke auf eine Tiefe von etwa 28 m um 10 m verbreitert, die Länge des mittleren und westlichen Theiles der Halle aber um 7 m verkürzt worden ist und die zur Unterbringung der Nebenräume bestimmten Anbauten an anderer Stelle und in veränderter Gestaltung angeordnet worden sind. Der Magistrat legt das Project mit dem Anheimgeben vor, dasselbe unter Verwilligung der zu 355 500 M (d. i. eines Mehrbetrages von 28 500 M gegen das erste Project) veranschlagten Kosten zu genehmigen, auch sich damit einverstanden zu erklären, daß die festen Verkaufsstände in der Halle nicht erhöht, sondern in der Höhe des angrenzenden Durchganges, auf dem die Wagen verkehren, hergerichtet werden.

Wie Herr Uhde berichtet, ist das Bauproject von der Markthallendeputation und von der Baucommission vorgeprüft und für gut befunden worden. Die gegen den Hagenmarkt etwas erhöhte Lage der Markthalle werde durch eine Steigung von 1 : 25 erreicht und genüge dieses, um die zuerst projectirten Stufen zu den Verkaufsständen in Fortfall zu bringen. Die Preissteigerung gegen den ersten Anschlag sei durch die in Aussicht genommenen Vergrößerungen und Verbesserungen, sowie namentlich auch durch die Erhöhung der Eisenpreise hervorgerufen. Jedensfalls beabsichtige man eine solide Bauausführung, für welche die veranschlagte Summe nicht zu hoch bemessen sei. Die Wände im Innern sollen mit glasirten Steinen und die Dächer mit Cementsteinen hergerichtet werden. Der Antrag der Baucommission auf Genehmigung der gesammten Magistratsvorlage

wird von der Versammlung ohne weitere Besprechung angenommen.

XXII. Ausbau der Hagenstraße.

Nachdem die Hagenstraße auf der Strecke zwischen Wiesen- und Heinrichstraße ausgebaut worden ist, erscheint der Ausbau auch der nördlichen Theilstrecke dieses Weges dringend geboten. Die Bauunternehmer Utermark & Weinhausen haben sich bereit erklärt, die Kosten dieses Ausbaues einschließlich der Kosten für den dazu nöthigen Grunderwerb zu übernehmen unter der Bedingung, daß ihnen die in Wegfall kommende Theilstrecke des jetzigen Interessentenweges überlassen und ihnen eine fünfjährige Unterhaltungslast nur so weit auferlegt werde, als sie Anlieger der auszubauenden Wegestrecke seien, bezw. innerhalb fünf Jahren etwa noch werden sollten. Der Magistrat findet hiergegen nichts zu erinnern und giebt anheim, den mit der genannten Firma abgeschlossenen Vertrag, sowie das Project und die Kostenberechnung, nach welcher der Anliegerbeitrag 62,50 M für 1 m betragen werde, zu genehmigen.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Kiefe zur Annahme empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

XXIII. Anfrage Brückmann: Verunreinigung der Oker.

Die schon in der vorigen Sitzung bekannt gegebene Anfrage lautet:

„Ist den städtischen Behörden bekannt, daß von Seiten des Kalwerkes Hedwigsburg beabsichtigt sein soll, die bei dessen Abteufungsarbeiten vorkommenden stark salzhaltigen Wassermengen der Oker zuzuführen? Ist der Magistrat zutreffendenfalls geneigt, durch das Herzogl. Staats-Ministerium bei dem Königl. Preussischen Staats-Ministerium wegen der etwa eintretenden Wasserverunreinigung vorstellig zu werden?“

Zur Begründung führt Herr Brückmann aus, daß dem Vernehmen nach die Unternehmer in Hedwigsburg bei den Abteufungsarbeiten mit dem Zuflusse großer Wassermengen zu kämpfen haben, welche sie der Oker zuzuführen gedenken. Soweit diese Wassermengen rein seien, lasse sich gegen deren Zuführung nichts einwenden, wohl aber erzeuge es Bedenken, daß auch die aus einer Tiefe von 100 m hervorgebrachten sehr salzreichen Wassermengen, welche auf die städtische Wasserversorgung von nachtheiligem Einflusse sein würden, der Oker zugeführt werden sollen. Die nächsten Anlieger sollen hiergegen bereits Widerspruch erhoben haben, jedoch wisse er nicht, mit welchem Erfolge.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß dem Magistrat die näheren Verhältnisse nicht bekannt seien, derselbe die Sache aber fortgesetzt im Auge behalten werde.

XXIV. Anfrage Wollenweber: Einrichtung der Freibank.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wie steht es mit der seiner Zeit von Herrn Ebeling beantragten Freibank?“

führt Herr Wollenweber aus, daß in den letzteren Jahren, namentlich nachdem in verschiedenen Nachbarstädten schärfere Maßregeln getroffen seien, die hiesige Stadt sehr viel mit minderwerthigem Fleisch belästigt werde und er den Magistrat daher bitte, recht bald die in Aussicht genommene Freibank einzurichten.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß der Magistrat beschlossen habe, diese Sache bis nach Eröffnung der Markthalle ruhen zu lassen, um dann dort einen Stand für den Verkauf minderwerthigen Fleisches einzurichten. Im Uebrigen glaube er, daß die von Herrn Wollenweber hervorgehobenen Uebelstände auch durch die Errichtung einer Freibank nicht ausgeschlossen würden, denn man werde auch dann minderwerthiges Fleisch, sobald es von der Untersuchungsstelle für genuß-

fähig erklärt sei, nicht der Freibank zuführen, sondern direct in den Verkehr bringen. Da die Markthalle noch in diesem Jahre fertiggestellt werden würde, so möchte man sich mit der Einrichtung der Freibank bis dahin gedulden.

XXV. Antrag Wolters u. Gen.: Abänderung des Wegestatuts.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, im §. 9 des Wegestatuts die Worte „gewerbliche Etablissements“, umzuändern in „Gewerbebetriebe“.

Zur Begründung führt Herr Wolters etwa Folgendes aus: Bei den Verathungen der Deputation zur Veranlagung der Wegebausteuer habe sich herausgestellt, daß es nicht möglich gewesen sei, alle Fuhrwerksbesitzer im Verhältnisse zu den Unkosten, welche sie veranlassen, zu dieser Steuer heranzuziehen, weil im §. 9 des Wegestatuts der Ausdruck „gewerbliche Etablissements“ stehe, welcher einen maschinellen Betrieb voraussetze. Danach könne aber ein größerer Fuhrherr und wenn er 100 Pferde besitze und die Straße im höchsten Maße benutze, zu der Steuer nicht in entsprechender Weise herangezogen werden. Es liege also ein praktisches Bedürfnis vor, den vorstehenden Antrag anzunehmen, damit die größeren Fuhrwerksbesitzer zu der Wegebausteuer ebenfalls herangezogen werden können. Bei dieser Gelegenheit würde auch noch ein wichtiger Punkt zu entscheiden sein, ob nämlich der Besteller oder der Lieferant, bezw. der Vermittler einer größeren Anzahl von Fuhren zur Leistung der Wegebausteuer heranzuziehen sei. Die Ansichten in der Deputation seien hierüber getheilt gewesen und habe man auf der einen Seite geglaubt, daß Derjenige als steuerpflichtig angesehen werden müsse, zu dessen Gewerbebetriebe die Unterhaltung eines Fuhrwerkes in hervorragender Weise nöthig gewesen sei. Dieser Punkt könne demnächst bei der Verathung des Antrages ebenfalls mit festgestellt werden, wenn ihm jetzt auch hauptsächlich daran liege, den Ausdruck „gewerbliche Etablissements“ aus dem Statute beseitigt zu sehen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXVI. Anfrage Ebeling: Förderung des Bahnprojectes Braunschweig-Debsiefelde.

Herr Ebeling führt zur Begründung der Anfrage:

„Hat der Magistrat schon Schritte unternommen zur Förderung des Eisenbahnprojectes Braunschweig-Debsiefelde, oder gedenkt derselbe solche zu thun?“

Folgendes aus: Es herrsche wohl ziemlich allgemein die Ansicht, daß es für die Stadt von großem Interesse sein würde, wenn der Eisenbahnverbindung mit

Hannover die Strecke nach Debissfelde angeschlossen werden könnte. Dem Vernehmen nach sollen bezüglich Verhandlungen zwischen der preussischen und der braunschweigischen Regierung auch schon gepflogen sein, jedoch solle man sich noch nicht klar darüber geworden sein, ob der Anschluß an die bestehende Bahnstrecke in Weddel oder in Schandelah zweckmäßig zu nehmen sei. Da nun der Landtag sich voraussichtlich im nächsten Monate mit der Frage beschäftigen werde, so erscheine es ihm wünschenswerth, wenn auch die Stadt zu der Frage Stellung nehme und das Unternehmen zu fördern suche.

Herr Stadtrath Meyer muß sich vorbehalten, hierüber Näheres später mitzutheilen, da er ohne Einsicht der Magistratsacten nicht wisse, wie die Angelegenheit zur Zeit stehe.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch mitgetheilt hatte, daß von einem sogenannten Wasserfinder Gebhardt eine, auch den sämtlichen Mitgliedern der Versammlung zugesandte Eingabe eingegangen und dieselbe zu den Acten genommen sei, wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 Uhr bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1896/97.. 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. Mai 1896.

Tagesordnung:

I. Anträge Löschigt und Koch: Wiedereinrichtung einer ständigen Polizeistelle am Hauptbahnhofe und Einrichtung polizeilicher Hülfe während der Nacht	Seite 26
II. Aufbesserung von Lehrergehältern an den beiden städt. Mädchenjshulen	" 26
III. Antrag Wolters u. Gen.: Abänderung des Begeßtatuts	" 33
IV. Aufnahme verschiedener Straßen als Crisßtraßen	" 33
V. Zulassung von Wohngebäuden an der Elmßstraße	" 33
VI. Gefuch um Erlaß von Canalsteuer.	" 34
VII. Hundesteuer-Erlaßgefuche	" 34
VIII. Verkauf einer Fläche an der Wilhelmßstraße.	" 34
IX. Anschaffungen für das Gaswerk und Auswechßelung von Gasröhren	" 35
X. Regulirung eines Theiles des Werber.	" 35
XI. Erwerb von Flächen zur Wabestrafße und zum Hagenringe	" 35
XII. Erwerb einer Fläche zur Gliesmaroderßtraße	" 35
XIII. Kosten der Wiederaufstellung des Säulenvorbaues im Bürgerparke	" 36
XIV. Erwerb einer Fläche zum Büllenwege	" 40
XV. Gefuch um Ermäßigung von Straßenbaulosten	" 41
XVI. Festsetzung der Kosten für die verlängerte Kaiserßstraße	" 45
XVII. Statut, betr. die kaufmännische Fortbildungsschule.	" 45
XVIII. Anlage der elektrischen Straßenbahn nach Wollenbüttel	" 46

XIX.	Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Schul- und Schützenstraße. . .	Seite 54
XX.	Erwerb von Flächen zur Husarenstraße etc.	" 55
XXI.	Entsendung von Kindern in die Kinderheilstätte zu Norderney	" 56
XXII.	Abortanlagen in der Schule an der Heinrichstraße.	" 56
XXIII.	Erwerb einer Fläche zur Straße am Hopfengarten	" 57
XXIV.	Aufnahme eines weiteren Vorschußdarlehns.	" 57
XXV.	Anfrage Brückmann: Verunreinigung der Oker	" 57
XXVI.	Anfrage Löschigt: Einfriedigung des Grundstücks am Augustplatz . .	" 58
XXVII.	Anfrage Ebeling: Förderung des Bahnprojectes Braunschweig – Debitfeld	" 58

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Ramdohr, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Lange und Meyer; später erscheint Herr Löschigt.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet und geleitet.

I. Anträge Löschigt und Koch: Wiedereinrichtung einer ständigen Polizeistelle am Hauptbahnhofe und Einrichtung polizeilicher Hülfe während der Nacht.

Wie Herr Halle namens der Statutencommission berichtet, haben die beiden in der Sitzung vom 31. October 1895 (Seite 189 und 191 des Berichts) gestellten und begründeten Anträge ihre Erledigung gefunden, indem der Magistrat sich bereit erklärt habe, an entsprechender Stelle in der gewünschten Weise vorstellig zu werden. Beide Antragsteller haben sich damit befriedigt erklärt.

II. Aufbesserung von Lehrergehältern an den beiden städtischen Mädchenschulen.

Gelegentlich der Feststellung des zum 1. April 1895 eingeführten Normalgehaltsetats der Lehrer an der Oberrealschule hat der Magistrat eine Prüfung der Vorlage in Aussicht gestellt, ob und inwieweit eine abermalige Abänderung auch desjenigen Gehaltsetats geboten erscheine, der seit 1891 für die Lehrkörper der beiden gehobenen Mädchenschulen bestehe. Der Schulvorstand derselben vertritt die Ansicht, daß die Directoren, sowie die wissenschaftlichen und die seminarisch gebildeten Lehrer an beiden Mädchenschulen in ihren Befoldungsverhältnissen dem Lehrkörper der Oberrealschule gleichzustellen seien und empfiehlt daneben eine Aufbesserung auch der Gehaltsbestimmungen für die Lehrerinnen. Der Magistrat möchte indessen mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage der Stadt so weit nicht gehen, sondern nur die nothwendigsten Aufbesserungen in Vorschlag bringen, weil sonst auch ein nicht ganz von der Hand zu weisender Anlaß zu Berufungen für die an den Bürgerschulen beschäf-

tigten Lehrer und Lehrerinnen vorliege. Es kommt hinzu, daß im Königreich Preußen unterm 31. Mai 1894 Normativbestimmungen über die innere Einrichtung und über die Regelung der äußeren Verhältnisse der höheren Mädchenschulen ergangen sind und daß diese Bestimmungen, sobald sie durchgeführt und erprobt sein werden, wohl auch für die Gestalt der hiesigen höheren Mädchenschulwesens maßgebend werden dürften. Hierbei will der Magistrat daran erinnern, daß die hiesige städtische Mädchenschule als höhere Mädchenschule behandelt wird und insbesondere ihrer Schwesteranstalt hinsichtlich der Lehrerbefoldung im Allgemeinen gleichgestellt ist, obwohl sie nur 8 Stufenklassen zählt und in nur einer fremden Sprache Unterricht erteilt. Die preussischen Normativbestimmungen stellen den Grundsatz auf, daß an höheren Mädchenschulen die Arbeit aller Lehrerkategorien bei der Eigenartigkeit aller Mädchenbildung als gleichwerthig zu behandeln sei, daß die Einreihung der Lehrer in bevorzugte Gehaltsklassen nicht durch den Gang der Vorbildung, sondern durch das Maß der Bewährung und Befähigung bedingt werden müsse, daß mithin die seminarisch gebildeten den wissenschaftlichen Lehrern gleichzustellen seien, sowie endlich, daß den Lehrerinnen eine erhöhte Theilnahme am Unterrichte einzuräumen sei. Um nun die Gewinnung tüchtiger wissenschaftlicher Mädchenlehrer nicht allzusehr zu erschweren und den berechtigten Wünschen dieser Lehrer an den beiden Anstalten möglichst entgegenzukommen, bringt der Magistrat folgende Aenderungen in Vorschlag:

- 1) Das Anfangsgehalt der Directoren der beiden Schulen von 4200 M auf 4600 M zu erhöhen.
- 2) Das Anfangsgehalt derjenigen Lehrer, die im Besitze eines Oberlehrerzeugnisses sich befinden, auf 2600 M zu erhöhen und denselben nach je 3 Jahren 400 M Zulage bis zur Erreichung des Salzes von 5400 M, und von da an 300 M Zulage bis zum Höchstbetrage von 6000 M zu gewähren; dagegen die Gehaltsverhältnisse derjenigen wissenschaftlichen Lehrer, die nicht im Besitze eines Oberlehrerzeugnisses sind, im Einzelfalle durch Dienstvertrag zu ordnen.
- 3) Die gegenwärtigen Inhaber der vorgenannten Dienststellen in die neuen Gehaltsstufen nach Maßgabe ihres jetzigen Dienstalters mit der Bestimmung einzureihen, daß der Lauf der Zulagefristen, insofern derselbe bisher noch mit dem 1. Januar begonnen hat, auf den nachfolgenden 1. April hinausgeschoben werde.
- 4) Das Gehalt des Titular-Oberlehrers Dr. Fröhlich von 4800 M auf 5000 M mit der Bestimmung zu erhöhen, daß er seinem Dienstalter entsprechend die erste fernere Zulage zum 1. April 1898 erhalten solle.

Für das Finanzjahr 1896/97 würde bei Durchführung dieser Aenderungen eine Mehrausgabe von 1600 M entstehen, welche im Etat schon Berücksichtigung gefunden hat.

Die Schulcommission hat nach dem Berichte des Herrn Nolte die Vorlage be-
rathen und ist dabei zu dem einstimmigen Entschlusse gekommen, dieselbe der Ver-
sammlung zur Genehmigung zu empfehlen. Die Commission sei aber auch ferner
einstimmig der Ansicht gewesen, daß der in dem Magistratschreiben erwähnte Antrag
des Schulvorstandes, auch die Gehälter der seminarisch gebildeten Lehrer und der
Lehrerinnen an den beiden Mädchenschulen aufzubessern, befürwortet werden müsse.
Dabei wolle es aber die Commission dahingestellt sein lassen, ob die Forderung des
Schulvorstandes, die seminarisch gebildeten Lehrer an den Mädchenschulen mit den
gleichen Lehrern an der Oberrealschule im Gehalte gleichzustellen, berechtigt sei oder
nicht. Es werde dabei wohl mit maßgebend sein, daß in Preußen der Grundsatz
befolgt werde, die Mädchenschullehrer wegen der Eigenartigkeit des Unterrichts an
Mädchenschulen im Wesentlichen als gleichwerthig mit den Lehrern an gehobenen
Knabenschulen anzusehen, und nicht so sehr auf die Vorbildung der Lehrer, als viel-
mehr darauf Gewicht zu legen, ob sie sich practisch bewährt und welche Resultate sie
beim Unterricht erzielt haben. Jedenfalls glaube die Commission, dringend empfehlen
zu müssen, daß eine Aufbesserung der Gehälter der seminarisch gebildeten Lehrer und
der Lehrerinnen an beiden Anstalten erfolge. Hierbei habe die Commission ins-
besondere erwogen, daß es leicht böses Blut machen könne, wenn an einer und der-
selben Schule der einen Kategorie von Lehrern eine Aufbesserung bewilligt werde, der
andern aber nicht, sowie daß in vielen preußischen Städten die Gehälter der Lehre-
rinnen höher seien, als in Braunschweig.

Der Magistrat habe in der Commissionsitzung die Erklärung abgegeben, daß er
gern bereit sei, eine Vorlage wegen mäßiger Aufbesserung der an den beiden Mädchen-
schulen angestellten seminarisch gebildeten Lehrer zu machen, wenn die Versammlung
sich damit einverstanden erkläre, daß aus dieser Gehaltserhöhung keine Consequenzen
für die Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen zu ziehen seien. Nach der
Ansicht der Commission könne sich die Versammlung hiermit einverstanden erklären,
denn es dürfte unzweifelhaft sein, daß, abgesehen von der Frage der besseren Vor-
bildung, auch der Unterricht an den höheren Mädchenschulen ein ganz erheblich
höheres Maß von Arbeit verlange, als an den Volksschulen. Ferner erscheine es
zweifellos, daß den seminarisch vorgebildeten Lehrern an den gehobenen Mädchen-
schulen dadurch höhere Ausgaben erwachsen, daß sie mit wissenschaftlich gebildeten
und erheblich besser besoldeten Lehrern in einem Collegium sitzen und daß die Schüle-
rinnen der gehobenen Mädchenschulen durchweg den wohlhabenden Familien der
Stadt angehören. Die Commission empfehle also der Versammlung, in diesem
Sinne zu beschließen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte in Bezug auf das von der Schul-
commission beantragte Ersuchen um Aufbesserung der Gehaltsverhältnisse der seminarisch
gebildeten Lehrer und Lehrerinnen einige Mittheilungen machen, um den Standpunkt

des Magistrates in dieser Frage darzulegen. Bei der Prüfung der Frage, ob und in welchem Umfange etwa den seminarisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen an den beiden Mädchenschulen Gehaltsverbesserungen zu Theil werden könnten, seien dem Magistrate ganz besondere Schwierigkeiten entgegengetreten, welche zunächst hervorgingen aus der Unsicherheit über die Organisation des höheren Mädchenschulwesens. Jedenfalls lasse sich nicht in Abrede stellen, daß die schon erwähnten preussischen Normativbestimmungen über die innere Einrichtung der höheren Mädchenschulen, sobald sie erst vollständig in die Praxis übersezt sein würden, mehr oder weniger auch für die hiesigen Schulen maßgebend sein müßten. Ein weiteres Bedenken gegen diese Gehaltsaufbesserung sei herzuleiten aus dem Umstande, daß bisher beide Mädchenschulen als höhere hinsichtlich der Lehrergehälter angesehen worden, während in Wirklichkeit nach Maßgabe der preussischen Bestimmungen die hiesige städtische Mädchenschule mit achtschuligem und nur in einer fremden Sprache verbindlichem Unterrichte keine höhere Mädchenschule sei. Bisher habe man dieselbe aber im Wesentlichen der höheren Mädchenschule gegenüber als gleichwerthig erachtet und es werde nun in Frage kommen, ob man dieses Verhältniß auch ferner aufrecht erhalten wolle. Außerdem habe man mit der Befürchtung zu rechnen, daß die städtischen Bürgereschullehrer und Bürgereschullehrerinnen aus einer Aufbesserung der Gehälter ihrer Collegen und Colleginnen an den beiden Mädchenschulen für sich Consequenzen ziehen könnten, was im hohen Grade bedenklich erscheinen müßte. Die Gehaltsätze der seminarisch gebildeten Lehrer und der Lehrerinnen an den Mädchen- und Bürgereschulen seien im großen Ganzen hier durchaus keine schlechten zu nennen. Wenn es auch einzelne Städte gebe, welche höhere Gehaltsätze zahlen, so bezahle die große Mehrheit von Städten doch geringere Sätze. Daß aber solche Consequenzen gezogen werden könnten und schon gezogen seien, gehe daraus hervor, daß der Magistrat derartige Gesuche erhalten habe, sobald kundgeworden sei, welche Beschlüsse der Schulvorstand seinerseits dem Magistrate unterbreiten wolle. Mit Rücksicht auf die augenblickliche Finanzlage der Stadt habe man aber solche Consequenzen zu fürchten. Ohne sich über die Finanzlage heute auslassen zu wollen, möchte er nur bemerken, daß die Stadt in sehr große, ohne weitere Steuererhöhung nicht zu bewältigende Verlegenheit kommen würde, wenn die Bürgereschullehrer und Lehrerinnen eine mäßige Gehaltszulage erhalten sollten, da es sich bei diesen um ungefähr 300 Köpfe handle. Wenn aber die Versammlung der Ansicht sei und ihr Ausdruck geben wolle, daß aus einer mäßigen Erhöhung der Gehaltsätze für die seminarisch gebildeten Lehrer und die Lehrerinnen an den gehobenen Mädchenschulen keine Consequenzen für die Lehrer und die Lehrerinnen an den Bürgereschulen herzuleiten seien, so würde es sich wohl mit den finanziellen Verhältnissen der Stadt vertragen, eine solche mäßige Erhöhung vorzunehmen. Eine mäßige Gehaltserhöhung würde gerechtfertigt sein, da an dieses Lehrpersonal eine größere Anforderung gestellt und auch ein größerer Aufwand

von ihm verlangt werde. Ein je höheres Ziel aber eine Schule habe, desto wünschenswerther erscheine es, bessere Lehrkräfte zu besitzen, so daß man bei Bewilligung guter Gehaltssätze auch darauf rechnen könne, die Lehrkräfte für die beiden Mädchenschulen sich recrutiren zu lassen aus den besten Lehrern und Lehrerinnen der Bürgerschulen. Der Magistrat werde also nicht abgeneigt sein, eine entsprechende Vorlage zu machen, wenn die Versammlung ihrerseits die Möglichkeit abschneiden würde, daß auch für die Lehrer und die Lehrerinnen der Bürgerschulen etwas verlangt werden könnte.

Herr Lord stimmt den Vorschlägen der Commission zu. Gleichzeitig sei er ermächtigt, zu erklären, daß die Bürgerschullehrer von dem Augenblicke an, wo sie die Finanzlage der Stadt als kritisch erkannt haben, von jeder weiteren Preßion hinsichtlich der Erhöhung ihrer Gehälter abzuhehen gedenken. Dabei müsse aber ausgesprochen werden und sei auch in dem Magistratschreiben schon zum Ausdruck gekommen, daß bei einer Besserung der Finanzlage der Stadt die Ansprüche der Bürgerschullehrer auf Gehaltserhöhungen nicht ganz von der Hand zu weisen sein würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Herr Lord habe die Magistratsvorlage nicht ganz richtig aufgefaßt. Der Magistrat habe die Beschlüsse des Schulvorstandes vorangestellt, welche darin gipfelten, daß die seminarisch gebildeten Lehrer der beiden Mädchenschulen den seminarisch gebildeten Lehrern der Oberrealschule gleichgestellt werden möchten. Daran sei aber nicht zu denken, weil es sich um zwei Anstalten handle, die gar nicht mit einander verglichen werden könnten. An der Oberrealschule habe man im Allgemeinen wissenschaftliche Lehrer (Philologen) und nur für einen beschränkten Theil des Elementarunterrichts seien einige seminarisch gebildete Lehrer vorhanden. Anders liege es bei den Mädchenschulen, wo man Philologen, Theologen, Rectoren, seminarisch gebildete Lehrer und Lehrerinnen habe. Die in Preußen geplante Reform des Mädchenschulwesens werde sich auch hier im Laufe der Zeit in der Richtung geltend machen, daß es bei der Eigenartigkeit des Mädchenunterrichtes hier wie dort hinfort nur zwei Gruppen von Lehrern gebe, nämlich Oberlehrer und sonstige Lehrer. Die Oberlehrer können dann Philologen und Seminaristen sein und die sonstigen Lehrer ebenfalls. Preußen stelle sich auf den Standpunkt, daß es ganz gleichgültig sei, welche Vorbildung der Mädchenlehrer genossen, ob er studirt oder das Seminar besucht habe; lediglich seine Tüchtigkeit solle ihn in seinem Gehalte verbessern und seien von diesem Grundsatz auch zum größeren Theile die Städte ausgegangen, welche den Normaletat angenommen haben. Man sage sich, wir haben so und so viele Lehrerstellen, davon werden $\frac{1}{3}$ Oberlehrerstellen sein, ausgezeichnet durch einen höheren Gehaltssatz; in diese Stellen kommen nach ihrer Tüchtigkeit Philologen oder Seminaristen. Der Magistrat sei nun weiter der Meinung, wenn etwa in einem wesentlichen Umfange die Gehaltsverhältnisse der seminarisch gebildeten Lehrer an

den Mädchenschulen aufgebessert werden sollten, so würden von den Bürgerschullehrern Konsequenzen zu ziehen sein, die sich vielleicht nicht ganz von der Hand weisen ließen; dieses Bedenken würde aber fortfallen, wenn man die Gehaltsaufbesserungen in mäßigem Umfange durchführe. Außerdem ständen die Gehälter der hiesigen Lehrer im Vergleiche zu denen anderer deutschen Städte in einer guten Mitte, wenn es auch einzelne Städte gebe, welche ihre Lehrer besser besolden. Ein Fehler sei es, daß die hiesigen Lehrer bei Vergleichen ihrer Gehälter immer nach den Städten hinsehen, welche höhere Gehaltsätze zahlen, dagegen die große Zahl der Städte, welche weniger zahlen, außer Acht lassen.

Herr Günther wird für die hier beantragte Gehaltsaufbesserung stimmen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß auch die Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen eine Aufbesserung erhalten. Die Annahme des Antrages werde auch für dieses Personal ein Sporn sein, eine Gehaltsverbesserung zu bekommen. Ueber die Erklärung des Herrn Lord, welche unmöglich von den sämtlichen Lehrern kommen könne, müsse er sich wundern, da er nicht zu glauben vermöge, daß die Gesamtheit der Lehrerschaft eine solche Erklärung abgegeben habe. Wenn die Lehrer und Lehrerinnen an den Mädchenschulen eine Aufbesserung verdienen, so verdienen sie noch viel mehr die Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen. Darum sei es eine ganz natürliche Folge, daß auch das Lehrpersonal an den Bürgerschulen aufgebessert werden müßte.

Herr Wagner will sich auch für den Commissionsantrag aussprechen, da er die Aufbesserung für gerechtfertigt halte, und ihn die Finanzlage der Stadt nicht veranlassen könne, die schon länger geplante und im Etat vorgesehene Gehaltserhöhung zu verweigern, zumal da keine erhebliche Mehrausgabe entstehe. Man dürfe hierbei aber unmöglich damit rechnen wollen, ob in Folge der Bewilligung auch die Bürgerschullehrer eine Gehaltserhöhung wünschen könnten, denn das liege in der Zukunft. Er stimme für das, was er für recht halte, und nehme keine Rücksicht darauf, ob dann noch etwas anderes kommen könne. Wenn die Versammlung später einsehe, daß die Finanzlage weitere Gehaltsaufbesserungen nicht gestatte, so werde man leider gezwungen sein, dieselben abzulehnen: er glaube aber auch nicht, daß die Bürgerschullehrer unter den vorliegenden Verhältnissen auf eine Verbesserung ihrer Gehälter dringen werden. Außerdem sei wohl zu berücksichtigen, daß die Einnahmen der höheren Mädchenschule durch die im vorigen Jahre erfolgte Erhöhung des Schulgeldes und den stärkeren Besuch der Schule erheblich gestiegen sei; auch müsse in Betracht gezogen werden, daß namentlich das Lehrpersonal dieser Schule gegenüber den Lehrern und Lehrerinnen an den Bürgerschulen immerhin eine etwas bevorzugte Stellung einnehme, auch an dasselbe in Betreff des Verkehrs, der Kleidung und überhaupt des äußeren Lebens andere Anforderungen gestellt würden.

Herr Nieß möchte warnen vor einer einseitigen Aufbesserung der Gehälter für die seminarisch gebildeten Lehrer und die Lehrerinnen an den beiden Mädchenschulen, da man sonst zwei Classen solcher Lehrer schaffe. Dazu komme noch, daß die seminaristischen Lehrer an den Töchterschulen wöchentlich nur 20—24 Stunden unterrichten und ihr Höchstgehalt von 3600 M schon nach 24 Jahren erreichen, während die Bürgerschullehrer erst in 27 Jahren das Höchstgehalt von 3100 M erhalten und 28 Schulstunden wöchentlich zu geben haben. Nebenbei erscheine es ihm auch viel angenehmer, wenn er als Lehrer an einer Mädchenschule sich mit den Kindern über Hermann und Dorothea unterhalten könne, als wenn er in der Bürgerschule seine Noth habe, bei den Kindern den Glauben an eine gütige Vorsehung aufrecht zu erhalten. Der Dienst an einer Mädchenschule sei sehr viel angenehmer, als an den Bürgerschulen, darum brauche man aber die Mädchenschullehrer nicht noch durch besondere Gehaltsverhältnisse auszuzeichnen. Aus diesen Gründen müsse er sich gegen solche einseitige Aufbesserung aussprechen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will Herrn Wagner gegenüber noch bemerken, daß bei der Annahme der Vorschläge des Schulvorstandes die etatisirte Summe für die beiden Schulen nicht ausreiche, sondern neben den in den Stats vorgesehenen Summen noch eine weitere Summe von 4200 M erforderlich werde. Gegen die Angaben des Herrn Nieß lasse sich insofern nicht viel erinnern, als es richtig sei, daß die Lehrer an den Bürgerschulen im großen Ganzen eine größere Anzahl Unterrichtsstunden erteilen, als ihre Collegen an den Mädchenschulen. Im Uebrigen werde aber Herr Nieß nicht behaupten wollen, daß eine große Zahl von seminarisch gebildeten Lehrern an den Bürgerschulen auch wirklich 28 Unterrichtsstunden geben. Das sei nur die Norm, welche aber nicht so streng innegehalten werde. Dagegen hätten die Lehrer an den Mädchenschulen eine größere Zeit auf ihre Vorbereitung und auf das Corrigiren der Hausarbeiten zu verbringen, so daß sich dieses wohl ziemlich ausgleiche. Für eine mäßige Verbesserung der Lehrergehälter an den Mädchenschulen spreche aber der Umstand mit, daß man sich sagen müsse, je höher das Ziel einer Schule, desto wünschenswerther erscheine es, die besten Kräfte unter den vorhandenen Lehrern zu haben. Wenn aber bei den höheren städtischen Schulen keine Lehrerstelle von Auswärts besetzt werde, so lange qualifisirte Kräfte an den hiesigen Bürgerschulen vorhanden seien, werde auch die Aussicht für die Bürgerschullehrer und Lehrerinnen auf besser dotirte Stellen wachsen, was ihrem wissenschaftlichen Streben nur zu Statten kommen könne.

Herr Lord möchte noch anführen, daß er auch gegenüber der Aeußerung des Herrn Günther seine Erklärung aufrecht erhalte. Wenn es sich auch von selbst verstehe, daß er nicht von allen hiesigen Bürgerschullehrern zu seiner Erklärung ermächtigt sein könne, so werde doch die Stelle, welche ihn dazu autorisirt habe, den Lehrern genügen. Trotzdem sei er aber der Meinung, daß später die zwei Classen

von Lehrern aus der Welt zu schaffen seien und auch den Bürgerschullehrern ein besseres Gehalt gegeben werden müsse.

Bei der nun folgenden **A b s t i m m u n g** wird die Magistratsvorlage nach dem Antrage der Schulcommission genehmigt, und auch der von dem Magistrate gewünschte Erklärung, nach welcher der Magistrat bereit sei, eine Vorlage wegen mäßiger Erhöhung der Gehälter für die seminarisch gebildeten Lehrer und Lehrerinnen an den beiden Mädchenschulen einzubringen, wenn die Versammlung sich damit einverstanden erkläre, daß aus dieser Erhöhung keine Consequenzen bezüglich der Gehälter für die Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen zu ziehen seien, mit knapper Mehrheit zugestimmt.

III. Antrag Wolters u. Gen.: Abänderung des Wegestatuts.

Wie Herr Wolff namens der Statutencommission mittheilt, hat Herr Wolters den in der Sitzung vom 23. April d. J. — Seite 23 des Berichts — gestellten Antrag vorläufig zurückgezogen und zwar mit Rücksicht darauf, daß in der Gesetzgebung bezüglich der Unterhaltung der Communicationswege wesentliche Änderungen bevorstehen.

IV. Aufnahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen.

Der Magistrat hält für angezeigt, daß auf folgende Ortsstraßen, als: die Straße am Hauptgraben (V o d e s t r a ß e) zwischen Fusaren- und Wabestraße, sowie zwischen Carl- und Giesmaroderstraße, die Olfermannstraße, die verlängerte Thomaestraße zwischen Kloster- und Pflgehausstraße, den freien Platz am Zusammenstoß von Chemnitz-, Thoma- und Pflgehausstraße, sowie endlich auf die Wilmerdingstraße die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts für anwendbar erklärt werden. Dem Ersuchen, diesem Antrage gemäß zu beschließen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtet, zu.

V. Zulassung von Wohngebäuden an der Elmstraße.

Der Maurermeister Reiners, welcher das ehemals Ferdinand Meyer'sche Gartengrundstück an der Elmstraße erworben hat und auf diesem Wohnhäuser zu erbauen beabsichtigt, ist vom Stadtbauamte auf seine eingereichten Bauanträge abschlägig beschieden, weil der betr. Theil der Elmstraße noch nicht ausgebaut sei. In wiederholten Eingaben hat derselbe darauf dem Magistrate gegenüber Rechts- und Billigkeitsgründe geltend gemacht, um die Bauerlaubnis zu erhalten, gegenüber der Anregung des Magistrats aber, die Kosten des Ausbaues der Elmstraße vorläufig allein zu tragen, sich ablehnend verhalten. Die hierbei vorgebrachten Rechtsgründe kann der Magistrat nicht für zutreffend erachten; um aber bei Reiners nicht das

Gefühl aufkommen zu lassen, daß ihm Unrecht geschehe, da auch dem Kunstgärtner Grabbe gestattet ist, dort einen Neubau zu errichten, so spricht sich der Magistrat namentlich auch mit Rücksicht darauf, daß nach der Verlegung des Güterbahnhofes nach dem Ostbahnhofe der Ausbau der Elmstraße in ihrem östlichen Theile durchaus erforderlich wird, für die Zulassung von Wohnhäusern an der Elmstraße überhaupt aus. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß für die jetzt zu errichtenden Wohngebäude Caution behufs Sicherung der Straßenkosten in Gemäßheit der Vorschrift im §. 6 des Ortsbaustatuts hinterlegt werden und daß ferner auch das Stadtbauamt solche Bauten zulassen werde. Die Versammlung wird ersucht, der Zulassung von Wohngebäuden an der östlichen Theilstrecke der Elmstraße in Gemäßheit des §. 6 des Ortsbaustatuts zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baucommission, namens welcher Herr U h d e berichtet, geschieht.

VI. Gesuch um Erlaß von Canalsteuer.

Der Restaurateur Sievers bittet um Erlaß der Canalsteuer von 2,40 M jährlich auf das Haus Marstall *M* 7, weil dasselbe schon seit zwei Jahren nicht bewohnt sei. Indem der Magistrat dieses Gesuch zur Beschlußfassung vorlegt, weist derselbe darauf hin, daß der Erlaß dieser Steuer zu berechtigten Berufungen Anlaß geben würde, daß aber auch jetzt noch von dem fraglichen Gebäude, obwohl dasselbe nicht bewohnt werde, das Regenwasser dem Canal zussieße.

Die Statutencommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht den Bedenken des Magistrats im vollen Umfange angeschlossen und giebt Ablehnung des Gesuchs anheim.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

VII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Einwohnerinnen Göhmann und Helwig um Erlaß der Steuer für einen Ziehund werden genehmigt und die Gesuche der Einwohner Rosenhagen und Sölter um Erlaß der Steuer für einen Wachhund verworfen.

VIII. Verkauf einer Fläche an der Wilhelmstraße.

Dem Grundstücke des Tischlermeisters Wilhelm Ritter, Wilhelmstraße *M* 83 sind bei der Neubebauung 11 qm Straßenfläche anzuschneiden, welche für den Einheitspreis von 25 M zu verkaufen der Magistrat anheimgiebt,

und die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, genehmigt.

IX. Anschaffungen für das Gaswerk und Auswechselung von Gasröhren.

Der Verbrauch an Gas ist auf 4744380 cbm gestiegen und hat damit die Grenze der Leistungsfähigkeit beider Gaswerke erreicht. Es müssen daher Einrichtungen getroffen werden, welche geeignet sind, die Leistungsfähigkeit der Werke wieder zu erhöhen. Für diesen Zweck schlägt die Direction der Licht- und Wasserwerke die Aufstellung eines zweiten Gasfangers und eines zweiten Theerscheiders auf dem Gaswerke an der Taubenstraße und ferner den Bau eines zweiten Gasbehälters daselbst vor. Im Einvernehmen mit der Deputation ersucht der Magistrat, z. B. noch von dem Bau eines zweiten Gasbehälters abzusehen, dagegen zu verwilligen 3200 M für einen Gasfanger, 3000 M für einen Theerscheider und 23619,60 M für die Legung von neuen, 300mm weiten Gasröhren (an Stelle der jetzigen 80 mm weiten Röhren) im Zuge der Neuen Promenade, der Fallersleberthorpromenade und der Theaterpromenade bis zum Hoftheater, um hierdurch die vermehrte Gas-erzeugung voll ausnützen zu können.

Auf Vorschlag der Finanzcommission, für die Herr F ü d e l berichtet, wird der gesammten Vorlage zugestimmt.

X. Regulirung eines Theiles des Werder.

Das Stadtbauamt hat für den Werder einen neuen Theilortsbauplan ausgearbeitet, dessen Genehmigung vom Magistrate befürwortet

und von der Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr B ü l t e m a n n berichtet, beschloffen wird.

XI. Erwerb von Flächen zur Wabestraße und zum Hagenringe.

In Folge der nachträglich vorgenommenen Aenderung der Einmündung der Wabestraße in den Hagenring sind noch zwei Terrainabschnitte von zusammen 34 qm zur Straße zu erwerben. Die Besitzer, Bauunternehmer Utermark, Weinhausen und Manegold, haben ihre ursprüngliche Forderung von 65 M für 1 qm auf 15 M ermäßigt und giebt der Magistrat anheim, nunmehr den Ankauf der Flächen gutzuheißen,

was geschieht, nachdem sich auch Herr B ü l t e m a n n namens der Baucommission für den Ankauf ausgesprochen hatte.

XII. Erwerb einer Fläche zur Gliesmaroderstraße.

Zur Regulirung der Gliesmaroderstraße zwischen der Humboldt- und der Carlstraße sind von dem Grundstücke der Bauunternehmer Utermark, Weinhausen und Manegold 24 qm zur Straße abzutreten. Nachdem die ursprüngliche Forderung

von 35 M pro qm inzwischen auf 15 M ermäßigt worden ist, ersucht der Magistrat, den Ankauf zu genehmigen.

Auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIII. Kosten der Wiederaufstellung des Säulenvorbaues im Bürgerparke.

In der Sitzung vom 24. October 1895 — Seite 154 des Berichts — hat die Versammlung den Stadt-Magistrat ersucht, den Säulenvorbau der ehemaligen Caserne am Augustthore im Bürgerparke an der Südseite der bei der Oertheilung angelegten Anhöhe aufstellen zu lassen. Während der Promenaden-Inspector Kreiß gegen dieses Project Bedenken geäußert hat, empfiehlt die städtische Bauverwaltung seine Ausführung mit dem Bemerken, daß die Größenverhältnisse des gewählten Platzes der Aufstellung des Vorbaues nicht hinderlich seien und daß eine Abtragung der Höhe nicht erforderlich werde. Die Baukosten sind zu 4400 M veranschlagt worden. Der Magistrat ist mit der Ausführung des Projectes einverstanden und hält, da es sich bei demselben um eine nothwendige Ausgabe nicht handelt, für angezeigt, die Kosten auf den aus den Ueberschüssen der Licht- und Wasserwerke gebildeten Schulhausbaufonds zu nehmen. In demselben werden, da die Licht- und Wasserwerke aus dem Jahre 1895/96 einen höheren Ueberschuß als im Etat vorgesehen, zur Ablieferung bringen, die Mittel zur Bestreitung jener Kosten schon in nächster Zeit vorhanden sein. Es wird deshalb ersucht, den Betrag von 4400 M zu dem Zwecke zu verwilligen.

Die Baucommission ist nach dem Berichte des Herrn Rieß über die Aufstellung des Säulenvorbaues nochmals in Berathung getreten und bringt in Vorschlag, um allen Bedenken, welche früher in der Versammlung geltend gemacht seien, nach Möglichkeit gerecht zu werden, daß der Säulenvorbau auf der Anhöhe einen Platz erhalte, auf welchem er die Aussicht in keiner Weise versperre. Das würde sich erreichen lassen, wenn der Vorbau auf dem nördlichen Abhange des kleinen Hügels Platz finde. Die Baucommission gebe deshalb anheim, die geforderten 4400 M zu bewilligen und gleichzeitig zu genehmigen, daß das Project in dieser Weise zur Ausführung komme und die Front des Vorbaues der Stadt zugekehrt werde.

Herr Koch kann sich mit dem Antrage nicht einverstanden erklären, weil dessen Ausführung zu viel Geld koste, das namentlich bei der jetzigen Finanzlage der Stadt besser gespart werden könne. Er empfehle, die vielen schönen Projecte, welche hier der Versammlung im Wilde vorgeführt werden, zu einem Album zu vereinigen und dasselbe den Liebhabern des Aufbaues zur Ansicht zu überlassen. Seiner Ansicht nach liege in dem Wiederaufbau des Porticus gar kein Werth, da derselbe eine historische Bedeutung nicht besitze. Man möge die im Bürgerparke liegenden Steine

auf einen Platz fahren, wo sie verwendbar seien und die 4400 M im Stadtsäckel behalten, das sei entschieden vorzuziehen.

Herr Hauswaldt ist der Meinung, daß man sich jetzt nicht mehr über die Schönheit oder Nichtschönheit des Bauwerkes zu unterhalten brauche, da es sich nur noch um die finanzielle Seite der Vorlage handle. Aus dem früheren Projecte sei jetzt der umgekehrte „Uhd“ geworden. Da nun die Sache nur vom finanziellen Standpunkte aus zu betrachten sei, so halte er es mit Herrn Koch für ein Unrecht, was auch die Bürgerschaft nicht werde begreifen können, wenn für solche Schnurpfeifereien bei der jetzigen Finanzlage der Stadt 4400 M ausgegeben würden. Aus welchem Fonds diese Summe fließe, sei dabei nebensächlich, denn sie komme doch schließlich aus dem Beutel der Steuerzahler. Dieses Project des Wiederaufbaues der Säulen stamme noch aus jener Zeit, da die finanziellen Verhältnisse der Stadt in etwas rosigerem Lichte geschildert seien und man sich noch der Hoffnung hingeeben habe, die Kaiser Wilhelmbrücke mit großen Figuren zu schmücken. Augenblicklich sei man dagegen in sehr großer Geldverlegenheit, aus welcher man ohne Aufschließung von weiteren Steuerquellen nicht herauskommen werde, so daß es unmöglich sei, 4400 M für solchen Zweck auszugeben. Wenn die Aufstellung der Säulen irgend welchen Zweck hätte und sie z. B. zum Unterschlupf für die den Park besuchenden Kinder dienen sollte, oder wenn der Magistrat eine Ruhmeshalle daraus machen wollte, um die Bildsäulen solcher Leute darin aufzustellen, welche sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben (Heiterkeit), dann würde er vielleicht mit sich reden lassen, aber so könne er unter keinen Umständen dafür Geld bewilligen. Wer würde wohl für die in Aussicht genommene ominöse Biersteuer stimmen und gleichzeitig solche Ausgaben bewilligen, und wer würde gegen die Biersteuer auftreten und nicht gleichzeitig Sparsamkeit walten lassen? Hier komme es darauf an, zu sparen, deshalb bitte er dringend, für die Aufstellung des Mauerwerkes nicht eine Mark auszugeben. (Zustimmung.)

Herr Lord ist von jeher gegen die Wiederaufstellung des Porticus in jeder Form gewesen und steht noch auf demselben Standpunkte. Was die Frage der Geldbewilligung anlange, so wolle er seinem Bedauern Ausdruck geben, daß dieser Ausgabeposten nicht im Etat vorgeesehen gewesen sei, da er glaube, ohne Weiteres behaupten zu dürfen, daß unter dem damaligen Drucke der Finanzlast die kleine Mehrheit sich in eine starke Minderheit verwandelt und die Ausgabe abgelehnt haben würde. Indessen gebe er sich der Hoffnung hin, daß die damalige Schilderung der Finanzlage so nachhaltig gewirkt habe, um auch heute noch die Ablehnung der Forderung zu veranlassen.

Herr Nieß: Wenn die Magistratsvorlage nicht gutgeheißen und der frühere Beschluß der Versammlung aufgehoben werden sollte, so lasse sich dazu nichts sagen. Dagegen bedauere er die Äußerungen des Herrn Hauswaldt, daß es sich hier um

Schnurpfeifereien handle und er sich nur dafür interessiren könne, wenn sich das Bauwerk zu einem Kinderaufenthalte herausbilden lasse. Wer solche Aeußerungen lese, ohne zu wissen, mit welcher Gehässigkeit Herr Hauswaldt dem Projecte gegenüberstehe, der müsse sich fragen, auf welchen Bildungsanstalten derselbe diese Weisheit wohl eingefogen habe. Es handle sich doch nur allein darum, ein Bildwerk von der einen Stelle nach einer anderen zu verschieben. Wenn Herr Koch sich mit der Sache näher beschäftigt hätte, würde er für das Bauwerk auch einen historischen Hintergrund gefunden haben, jedoch nehme er ihm das nicht weiter übel. Die Säulen haben nämlich ursprünglich vor dem Gefängniß der 14 Schill'schen Hufaren gestanden, welche bei St. Leonhard erschossen seien, so daß die Säulen doch nicht ganz des historischen Hintergrundes entbehren. Wem noch ein Blick, sei es durch Uebung oder durch Schulung, geblieben sei für das, was schön sei, der könne sich auch dafür erwärmen, daß hier die Reste schöner Architectur aufgestellt werden sollen, und das werde geschehen, wenn die Versammlung bei ihrem früheren Beschlusse bleibe. Gegen die Aeußerungen der beiden Vorredner wolle er sich aber ganz besonders verwahren.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Vorlage sei eingebracht nach einem früheren Beschlusse und einer entsprechenden Erklärung der Versammlung. Inzwischen haben sich zwar die Verhältnisse insofern getrübt, als die veränderte finanzielle Lage der Stadt Veranlassung geben könnte, die Vorlage zurückzuweisen. Seiner Ansicht nach er scheine indessen in dieser Richtung eine Zurückweisung der Vorlage nicht geboten. Bekanntlich sei aus den Gewinnüberschüssen der städtischen Betriebsanstalten ein Fonds gebildet zu dem Zwecke, aus demselben zunächst die Lasten der Bürgerschulbauten zu bestreiten und sodann mit den etwaigen Ueberschüssen solche Einrichtungen zu schaffen, die allerdings nicht nothwendig oder im Interesse der Wohlfahrt der Stadt wünschenswerth, aber doch immerhin angenehm seien, also entbehrliche Ausgaben einmaliger Natur. Bei der Aufstellung des Etats für das laufende Jahr habe nun noch nicht in Aussicht genommen werden können, daß dieser Schulhausbaufonds die Mittel bieten würde, um solche außerordentlichen Ausgaben in diesem Jahre zu bestreiten. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse insofern geklärt, als mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten sei, daß die Gewinne des Gas- und Wasserwerkes den etatirten Betrag mehr oder weniger erheblich übersteigen werden. Außerdem sei der Stadt noch unerwartet ein erheblicher Zuschuß zugeflossen, über welchen er sich augenblicklich noch nicht näher äußern möchte, so daß also die erforderlichen Mittel zur Verwirklichung des Projectes vorhanden seien. Er betone dieses besonders gegenüber der Aeußerung, daß die Ausgaben den Steuerzahlern zur Last fallen würden, was nicht der Fall wäre.

Herr Wolff möchte bei dieser Gelegenheit den Magistrat bitten, die Angelegenheit, betr. die Aus schmückung der Kaiser-Wilhelmbrücke, recht bald zum Abschluß zu bringen.

Herr *Asmann* kann sich durch den früheren Beschluß und die jetzigen Erörterungen nicht veranlaßt finden, für ein solches monumentales Bauwerk 4400 M zu bewilligen in einer Zeit, wo nicht einmal die Mittel vorhanden seien, um für die Volksschullehrer eine Gehaltserhöhung zu ermöglichen, und wo so manche Abstriche an nothwendigen Aufwendungen gemacht seien. Die Versammlung vergeblich sich nichts, wenn sie durch Ablehnung der Vorlage ihren früheren Beschluß hinfällig mache und sage: Da die finanziellen Verhältnisse der Stadt so schlecht seien, um sogar eine indirecte Steuer einführen zu müssen, habe man alle Ursache, bei solchen Ausgaben vorsichtig zu sein und dieselben möglichst einzuschränken.

Herr *Uhde*: Herr *Koch* habe gesagt, historischer Werth sei in den Bauüberresten nicht vorhanden. Wenn Herr *Koch* diesen historischen Werth nicht kenne, so thue es ihm leid, jedoch könne er es nicht ändern; es handle sich um Ueberreste von dem alten Thore nach Wolfenbüttel, welches der Inschrift gemäß Ludwig Rudolf gebaut habe, und darüber seien doch schon einige Jahre hingegangen. Ferner wären die Gedächtnistafeln als die letzten Ueberreste von der Stadtbefestigung wohl werth, erhalten zu werden. Den Porticus habe später Peter Josef Krahe, welcher zu seiner und der Ehre Braunschweigs manche schöne Bauten, z. B. die Holländische Villa u. A. ausgeführt habe, vor die Caserne gestellt, und seien die Reste schön genug, um sie zu erhalten. Wenn Herr *Hauswaldt* kein Verständniß habe für dortige Architectur, so bedauere er sein auch in dieser Beziehung geringes Kunstverständniß. Andere Generationen haben darüber eine andere Meinung gehabt, doch solle darüber hier nicht zu Gericht geessen werden. Jedenfalls würde er sein großes Bedauern darüber ausdrücken müssen, wenn die Aufrichtung dieses althehrwürdigen Denkmals nicht beschlossen werden sollte, denn wenn die Gemeinde so wenig für die Erhaltung ihrer alten monumentalen Bauüberreste thäte, würde sie sich ein Armuthszeugniß ausstellen, selbst wenn sie sich in noch so schlechten finanziellen Verhältnissen befände. Ein wahres Armuthszeugniß würde sie sich geben, wenn sie beschlösse, diese ehrwürdigen Steine zu Chaufseezwecken verarbeiten zu lassen; das sei der alten Stadt Braunschweig im höchsten Grade unwürdig.

Herr *Wollenweber* möchte mit Rücksicht auf den früheren Beschluß der Versammlung für die Bewilligung der geforderten Summe eintreten, wenn er sich auch früher für das Project nicht habe erwärmen können. Ohne Geld lasse sich der Beschluß einmal nicht ausführen.

Herr *Engelbrecht* will nur mit Rücksicht auf die letzteren Äußerungen des Herrn *Uhde* bemerken, daß es nicht stimme, wenn bei diesen Säulen von einem althehrwürdigen Bauwerke gesprochen werde, auch stimme es nicht, daß die Säulen von dem ehemaligen Wolfenbüttler Thore stammten. Es handle sich vielmehr nur um einen Bau, der an die durch Fortnahme des Walles freigelegte Seite des alten Thores gesetzt sei, damit die Sache nicht so schlecht ausfähe, so daß die Säulen dort,

allerdings in sehr geschickter Weise, nur als Nothbehelf angebracht seien. (Zustimmung.) Er habe sich zu dieser Bemerkung nur veranlaßt gesehen, weil gesagt sei, daß sich die Versammlung ein Schandmal aufstelle, wenn sie die Forderung ablehne. Es sei aber immer noch kein Baudenkmal vorhanden, wenn Steine 80 Jahre lang als Schürze an einer Stelle gestanden hätten.

Herr Wagner steht auf dem Standpunkte, daß die Ueberbleibsel doch eine gewisse Bedeutung haben, wenn es sich bei denselben auch vielleicht nicht um ein altes historisches Bauwerk handle. Seiner Meinung nach werden die Säulen nach ihrer Aufstellung doch einen hübschen Eindruck machen und werde er, da Geld vorhanden sei, auch die geforderten Mittel gern bewilligen. Wissen möchte er wohl, welche Kosten entstehen würden, wenn die Steine von ihrer jetzigen Stelle im Bürgerparke wieder entfernt werden, denn sie könnten an dem Platze unmöglich länger liegen bleiben. Es lasse sich annehmen, daß diese Kosten, namentlich wenn man auch das Beschädigen der Wege mit berücksichtige, gar nicht so unbedeutend seien, und müßten die Abfuhrkosten von den 4400 M abgesetzt werden, um die Mehrausgabe für die Aufstellung der Säulen zu ermitteln. Für die Bewilligung eines dann etwa noch erforderlichen Betrages von 3000 M trete er gern ein.

Herr Hauswaldt will noch bemerken, daß ihn die Herren Uhde und Nieß nun völlig gerichtet hätten und wenn er von ihnen auch nicht an den Galgen gebracht sei, so habe ihm doch Herr Nieß jede Bildung und Herr Uhde jeglichen Kunstgeschmack abgesprochen. Er ertrage dieses indessen, wie er schon manches andere ertragen habe, denn sein Ehrgeiz werde nie so weit gehen, sich mit der kunstverständigen Bildung des Herrn Nieß zu messen; zumal es ihm auch nicht möglich sei, seine Mängel in der Kunstbildung durch Reisen in Italien aufzubessern. Die beiden einzigen, wirklich historischen und interessanten Sachen von dem ganzen Säulenworbau seien seiner Meinung nach die beiden Tafeln, welche zer schlagen auf dem Hügel im Bürgerparke liegen und diese müßte man an einem geeigneten Platze zu erhalten suchen, was keine Schwierigkeiten verursachen würde. Im Uebrigen würde er vorschlagen, die Steine zu verkaufen, wenn sie nicht zum Brückenbau u. dgl. Verwendung finden könnten. Wenn aber die beiden Herren die Steine geschenkt haben oder kaufen wollen, so werde er gern den Antrag, sie ihnen zu schenken, unterstützen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIV. Erwerb einer Fläche zum Büldenwege.

Von dem am Büldenwege gelegenen Grundstücke des Civilingenieurs Königsdorf sind 38 qm zur Straße abzutreten, deren Erwerb der Magistrat zum Einheitspreise von 8 M anheimgiebt,

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Nieß berichtet, beschließt.

XV. Gesuch um Ermäßigung von Straßenbaukosten.

Die Maurermeister Bannow & Schmincke hatten unterm 28. April d. Js. den Magistrat gebeten, die Straßenbaukosten für die Kaiserstraße zu ermäßigen, welches Gesuch aber abgelehnt worden ist. Dieselben wenden sich nunmehr an die Versammlung mit dem gleichen Ersuchen und führen zur Begründung etwa Folgendes aus. Die neu angelegte Verbindungsstraße von der Kaiserstraße bis zur Wendenstraße habe sehr hohe Erwerbs- und Ausbaukosten verursacht, welche vom Magistrate auf 800 M für 1 m festgesetzt seien. Nach der Ansicht der beiden Unternehmer können diese enormen Kosten nicht allein auf den kurzen Straßenzug verrechnet werden, weil sonst die Bauplätze dort zu theuer werden würden, sondern es müßte, wie bei andern Straßendurchbrüchen, auch die Stadt, deren Interesse hierbei wesentlich in Betracht komme, einen Theil tragen. Der Antrag der Unternehmer geht dahin, die Straßenkosten auf 400 M für 1 m herunterzusetzen. — Die Eingaber haben ferner bei dem Stadtbauamte die Zeichnung zum Neubau eines Wohnhauses für das Grundstück Werder *Az.* 32 eingereicht und soll die Zeichnung erst freigegeben werden, nachdem die Kosten der Kaiserstraße bezahlt sein werden. Da mit diesem Neubau die Fluchtlinie der Kaiserstraße nicht berührt wird, so bitten die Unternehmer, die Freigabe der Zeichnung unabhängig von der Zahlung der Straßenbaukosten zu veranlassen.

Wie Herr Wolff namens der Statutencommission berichtet, ist bei Beurtheilung des Antrages zunächst zu constataren, daß geleglich die Unternehmer zweifellos schon jetzt verpflichtet seien, die Straßenkosten, welche auf ihr Terrain entfallen, in der angelegten Höhe zu zahlen; es würde sich nur fragen, ob nicht besondere Umstände vorliegen, welche eine Ermäßigung der Kosten rechtfertigen. Der Magistrat habe in der Commissionsitzung hervorgehoben, es sei wichtig, bei Prüfung dieser Frage zu constataren, um wieviel die betreffenden Grundstücke durch den Straßendurchbruch im Werthe gestiegen seien, und stelle sich bei dieser Berechnung heraus, daß der Werth der Grundstücke um mehr als die Straßenbaukosten gestiegen sei, mithin kein Grund vorliege, eine Ermäßigung derselben eintreten zu lassen. Das gesammte Grundstück sei im Jahre 1866 für 39600 M, im Jahre 1889 für 58600 M und im Jahre 1894 für 103000 M verkauft worden, woraus sich ergebe, daß der Werth desselben um mehr als die Straßenbaukosten gestiegen sei. Die Unternehmer stellen sich auf den Standpunkt, sie hätten das Terrain theuer bezahlt und könnten nicht auch noch die hohen Straßenbaukosten bezahlen: diese Frage interessire indeß, wie der Magistrat richtig ausführe, die Stadt nicht, weil die Lage der jetzigen Besitzer hierbei nicht in Betracht komme. Da das Eigenthum eine Werthsteigerung erfahren habe, welche die Höhe der Straßenbaukosten übersteige, so auch nach der Ansicht der Com-

mission ein Grund zur Ermäßigung derselben nicht vorhanden. — Was die Freigebung des Baues am Werder anlange, so sei wohl zuzugeben, daß derselbe dieses Terrain nicht berühre, jedoch bilde das ganze Terrain eine Einheit, unter welchen Umständen man es den zuständigen Behörden nicht verdenken könne, wenn sie den Bau erst nach der Zahlung der Straßenbaukosten an der Kaiserstraße freigeben wollen. Es müsse hierbei auch dem Magistrate überlassen werden, ob er es für angezeigt erachte, die Zahlungspflicht umzuwandeln in die Verpflichtung zur Stellung einer Caution. Die Commission gebe aus diesen Gründen anheim, die Anträge abzulehnen.

Herr Rieke hält es für zweifelhaft, ob bei einer solchen Höhe der Straßenbaukosten Jemand seine Rechnung finden könne, auch wisse er nicht, ob seiner Zeit bei der Abtretung des Terraintückes an den Schlossermeister Bergert und bei dem Terrain für das Volksbad mit dem gleichen Maße gemessen sei und man diese Flächen gleichmäßig mit den Straßenbaukosten belastet habe. Die Stadt habe doch ein bedeutend größeres Interesse daran, wenn in der inneren Stadt gebaut und Terrain aufgeschlossen werde als außerhalb, deshalb dürfe man solche Unternehmer nicht durch gar zu hohe Straßenbaukosten abschrecken. Es liege wohl auch im Interesse der Stadt, den Eckbauplatz recht bald zu verkaufen, da derselbe sonst zu viel Zinsen koste. Wenn man aber die Straßenkosten so ungeheuer hoch bemesse, werde sich wohl Niemand finden, der dort bauen wolle, denn die ganze Umgebung der Kaiserstraße sei nicht darnach angethan, so bedeutende Straßenkosten zu rechtfertigen, selbst wenn sich der Verkehr durch den Straßendurchbruch etwas gehoben habe. Eine ins Gewicht fallende Verkehrshebung könne aber erst dann eintreten, wenn die electrische Straßenbahn von dem Wenden nach dem Petrithore über die Kaiserstraße gelegt werden sollte. Vor den Thoren lege man große Straßenzüge an und verzinsse die Straßenbaukosten theilweise auf viele Jahre und hier wolle man nichts beitragen, obwohl doch die Stadt in ästhetischer und finanzieller Beziehung das größte Interesse daran habe, daß diese Lücke ausgefüllt werde.

Herr Bürgermeister Kistemeyer erwidert, daß das Terraintstück an den Schlossermeister Bergert mit Zustimmung der Versammlung verhältnißmäßig billig für 10000 M weggegeben sei, weil dasselbe nur ein kleines Dreieck ohne Tiefe gebildet habe, welches die Stadt nicht hätte verwenden können. Auf die Badeanstalt entfallen dieselben Kosten, wie sie jetzt ausgeschrieben seien. Den Eckplatz habe der Magistrat noch nicht verkauft, obwohl schon verschiedene Offerten darauf abgegeben seien, weil er sich gesagt habe, daß es im finanziellen Interesse der Stadt liege, mit dem Verkaufe bis nach der Eröffnung der Markthalle zu warten. Sollte die Versammlung anderer Meinung sein, könne der Platz sofort zur Versteigerung gestellt werden. Die Straßenbaukosten erscheinen nach den vorliegenden Verhältnissen auch nicht zu hoch, da an dem Bauplatze in Folge des Straßendurchbruches 45000 M

verdient seien und nur die Anlegung der Straße das Baugterrain aufgeschlossen und die Preissteigerung zur Folge gehabt habe. Im Uebrigen seien die Kosten vorläufig nur auf 800 M bemessen worden, jedoch decke dieser Satz die wirklichen Kosten noch durchaus nicht, indem die Stadt dann noch einen Zuschuß von ca. 47000 M zu leisten habe, abgesehen von ihren schon bebauten Plätzen.

Herr Nieß muß an und für sich die Ausführungen des Commissionsreferenten für unanfechtbar halten. Dabei bleibe aber die Thatsache bestehen, daß die Kosten von 800 M recht erhebliche seien und ein Unternehmer, welcher aufs Ungewisse hinaus solche Lasten tragen müsse für ein Unternehmen, von dessen Ertragsfähigkeit er sich nur ein Zukunftsbild zu machen vermöge, vor solchen Kosten wohl erschrecken könne. Bei künftigen Gelegenheiten müsse die Stadt zu einem solchen, als nothwendig angesehenen Straßendurchbruche zu ihrem Theile doch wohl etwas mehr beitragen und könne die Kosten nicht in solchem Maße auf Andere abwälzen, wie das hier geschehe. Der Betrag von 800 M für 1 m Straßenfront sei entschieden zu hoch und hätte die Stadt doch wohl noch einen höheren Zuschuß leisten können. Wenn der Magistrat empfohlen hätte, die Straßenbaukosten weiter zu ermäßigen, würde er dafür gewesen sein.

Herr Meyerhoff möchte empfehlen, die Frage der Ermäßigung doch noch einmal zu prüfen, da man bei anderen Straßen, z. B. bei dem Wendenringe die Straßenbaukosten auch ermäßigt habe. Auch könne er nicht anerkennen, daß bei einem solchen als nothwendig befundenen Straßendurchbruche nur die kurze Durchbruchstrecke zu den Kosten herangezogen werden solle. Bei dem Durchbruche am Büldenwege habe er auch die Ansicht verfolgt, daß die anderen Grundstücke mit beitragspflichtig seien. Er bitte um nochmalige Prüfung der Sache, damit eine Ermäßigung der Straßenbaukosten erwogen werden könne. Der Durchbruch habe eine höhere Werthung auch der Grundstücke auf der Beckenwerperstraße bis zum Petri-thore hin zur Folge gehabt und trotzdem solle nur die kurze Durchbruchstrecke die gesamten Kosten tragen. Das könne er nicht für richtig halten und bitte, für solche Fälle Remedur eintreten zu lassen.

Herr Bürgermeister Kete Meyer kann diesen Standpunkt nicht für richtig halten, da eine Härte höchstens dann vorliegen könnte, wenn die Stadt bebauten Grundstücken, welche in einem solchen Straßenzuge liegen, Straßenbaukosten auferlegen würde. Hier und am Büldenwege habe es sich um unbebaute Grundstücke gehandelt, welche durch die Straßenanlage aufgeschlossen seien. Die Eigenthümer des Grundstücks könnten daselbe nach wie vor als Kohlgarten benutzen und brauchten dann die Straßenbaukosten nicht zu bezahlen, wenn sie es aber bebauten, wäre es auch richtig, sie an den Kosten des Durchbruchs theilnehmen zu lassen. Auf der gegenüberliegenden Seite habe der Bäckermeister Brauckmeyer die Kosten auch bezahlt, die Stadt müßte also bei Ermäßigung derselben den zuviel gezahlten Betrag wieder herauszahlen.

Herr Seele ist auch der Ansicht, daß die Straßenbaukosten eine colossiale Höhe erreicht haben. Er möchte indessen noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Auf dem Grundstücke solle seines Wissens eine Karavanerei mit großen Stallungen und ausgedehntem Hofraum errichtet werden, welche Platz für die Unterbringung einer großen Zahl von Pferden und Wagen biete. Wenn solche Einrichtung nicht im Centrum der Stadt geschaffen werde, müßten die Leute mit ihren Fuhrwerken vor den Thoren bleiben, weil in der Innenstadt große Wagenburgen nicht gestattet würden. Es frage sich nun, ob es nicht für die Stadt von Interesse sei, ein solches Unternehmen zu besitzen, um den von Außen kommenden Leuten ein bequemes Unterkommen zu bieten. Wenn ein solches nicht vorhanden sei, würden die Fremden aus dem Hinterlande der Stadt sich mehr nach anderen Städten, wie Hildesheim, Hannover u. gewöhnen, so daß die Stadt doch wohl ein Interesse daran haben dürfte, eine solche Karavanerei an einem geeigneten Platze entstehen zu sehen. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse man ein solches Unternehmen unterstützen und stelle er aus diesem Grunde den Antrag, die Straßenbaukosten für dieses Grundstück von 800 M auf 500 M für 1 m zu ermäßigen.

Herr Wolff: Die Lage der Herren Bannow & Schmincke sei in diesem Falle nicht angenehm, aber die Gerechtigkeit erfordere, hier alle diejenigen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, welche auch früher auf Grund der bestehenden Gesetzgebung Berücksichtigung gefunden haben. Wenn man finde, daß der letzte Verkäufer des Platzes, Herr Haake, Vortheil gehabt habe, so dürfe das hierbei Niemand beirren, weil sonst in Zukunft bei ähnlicher Gelegenheit ein Platz absichtlich zu einem sehr hohen Preise erworben werden und der Erwerber hinterher sagen könne, er habe den Platz zu hoch bezahlt und könne die Straßenbaukosten nicht mehr tragen. Der neue Gesichtspunkt des Herrn Seele scheine ihm nicht von der Hand zu weisen zu sein, jedoch fehle ihm jeder Maßstab dafür, ob die Herabsetzung des Beitragsjahres von 800 M auf 500 M sich empfehle. Die Unternehmer hätten den Platz nicht zum Vergnügen, sondern zu ihrem eigenen Vortheil erworben, was man berücksichtigen müsse, jedoch empfehle sich, die Anregung des Herrn Seele nicht unbeachtet zu lassen.

Herr Stadtrath von Frankenberg will darauf hinweisen, daß die Unternehmer sich im Laufe des Winters um die Concession für eine solche Karavanerei beworben haben, jedoch von der collegialen Gewerbebehörde abschläglich beschieden seien. Wenn es nun auch denkbar sei, daß dieselben mit ihrem Antrage noch durchkommen, so haben sie doch vorläufig die Concession noch nicht erhalten. In der Nähe befinde sich das der Stadt gehörende Grundstück der ehemals Jürgens'schen Brauerei, dessen Hof ziemlich viel Raum für Wagen biete, ferner der Hagenmarkt, welcher nach Eröffnung der Markthalle nicht mehr zur Aufstellung von Verkaufsständen benutzt werde und daher ziemlich viel Wagen aufnehmen könne. Diese Ver-

hältnisse müßten bei Bemessung der Anregung des Herrn Seele auch Berücksichtigung finden.

Herr Böschigt möchte bitten, keine Ermäßigung der Straßenbaukosten eintreten zu lassen, da man sonst auf eine schiefe Ebene gerathe. Die Herren hätten mit dem Bau des Grundstücks ein Geschäft gemacht, dessen Risiko sie tragen müßten. Wenn hier eine Ermäßigung eintrete, würden die betr. Anlieger des Bültensweges schnell mit einem gleichen Antrage kommen.

Herr Seele möchte seinen Antrag dahin modificiren, daß die ganze Vorlage an die Commission zurückverwiesen würde, um zu ermitteln, in wie weit es möglich sei, aus den geschilderten Gesichtspunkten heraus die Straßenbaukosten zu ermäßigen.

Herr Rathe: Als die Herren Bannow & Schüncke das Grundstück kauften, haben sie gewußt, daß 800 M Straßenbaukosten zu zahlen seien. Wenn sie das Risiko nicht hätten tragen wollen, brauchten sie das Grundstück nicht zu kaufen. Jetzt jagten die Herren wohl, sie wollten einen großen Hof frei lassen, aber man könne nicht wissen, ob sie nicht hinterher Wohnhäuser auf den Platz stellten ohne solchen großen Hofraum. Darum möchte er bitten, den Commissionsvorschlag anzunehmen.

Der Antrag der Commission wird sodann genehmigt.

XVI. Festsetzung der Kosten für die verlängerte Kaiserstraße.

Die durch die Anlage der verlängerten Kaiserstraße zwischen dem Nickelnsulke und der Wendenstraße entstandenen Kosten betragen nach der vorliegenden Berechnung 138 786,06 M. Da hierbei eine Frontlänge von 134,85 m in Frage kommt, so würde sich der Anliegerbeitrag auf 1029,20 M für 1 m belaufen. Bezüglich der hier noch verfügbar bleibenden Straßenfläche, welche die Stadt veräußern wird, hält es der Magistrat für zulässig und angezeigt, dieselbe frei von Straßenkosten bei vorläufiger Feststellung der letzteren in Aussicht zu nehmen. Bei der Ungewißheit über die nach dem Verfaufe dieser Fläche sich ergebenden Kosten und im Hinblick darauf, daß das Stadtbauamt i. Z. nur 800 M für 1 m veranschlagt hatte, dieser Betrag auch nach der Ansicht des Magistrates schon sehr hoch ist, so giebt Lesterey anheim, die Kosten vorläufig auf 800 M für 1 m Front festzustellen, die endgiltige Entscheidung aber darüber, ob und event. welchen Zuschuß die Stadt zu dem ganzen Unternehmen leisten solle, bis zur endgiltigen Kostenberechnung vorzubehalten.

Herr Wolff giebt anheim, diese Anträge zu genehmigen, dabei aber zu ersuchen, auf keinen Fall mehr als 800 M zu erheben.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XVII. Statut. betr. die kaufmännische Fortbildungsschule.

Zu dem von den städtischen Behörden beschlossenen Entwurfe eines Statuts über die Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule in der Stadt Braun-

schweig war die Verpflichtung zum Besuche der Schule anfänglich nur für die Handlungslehrlinge vorgesehen und erst später auf Wunsch des Herzoglichen Staatsministeriums ist dieselbe auch auf die Handlungsgehilfen unter 18 Jahren ausgedehnt worden. In nothwendiger Folge dieser Beschlußfassung hätten in den Bestimmungen des Statuts mehrere Ergänzungen resp. Aenderungen vorgenommen, insbesondere hätten durchweg hinter „Lehrlinge“ die Worte „und Handlungsgehilfen“ eingeschoben und an Stelle von „Lehrherr“ gesagt werden müssen „Lehr- und Dienstherr“ oder bezeichnender „Prinzipal“. Der Magistrat ersucht, diese Aenderungen zu genehmigen.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff anheingeben, dem Antrage zuzustimmen. Uebrigens empfehle es sich, wenn der Magistrat sich ermächtigen ließe, in Zukunft derartige redactionelle Aenderungen ohne Weiteres selbst vorzunehmen, da sich solches auch in anderen organischen Einrichtungen ermöglichen lasse, wenn es sich lediglich um offensichtliche kleine Irrthümer handle.

Nachdem die Anfrage des Herrn Hauswaldt, ob es möglich sei, auf das Statut selbst noch einmal einzugehen, verneint war, wird die Vorlage angenommen.

XVIII. Anlage der elektrischen Straßenbahn nach Wolfenbüttel.

Die wegen Benützung der Wolfenbüttlerstraße zur Anlage einer elektrischen Bahn vom Magistrat gestellten Bedingungen hat die hiesige Straßenbahn-Gesellschaft theilweise mit dem Bemerken abgelehnt, daß sie zu ihrer Erfüllung finanziell nicht in der Lage sei. Da der Magistrat glaubt, annehmen zu sollen, daß bei dem etwaigen Scheitern des Unternehmens in Folge dieser Forderungen der Stadtverwaltung der Vorwurf nicht erspart bleiben würde, sie habe durch übertrieben hohe Forderungen ein Unternehmen zum Scheitern gebracht, dessen baldige Vollendung von der ganzen Einwohnererschaft dringend gewünscht werde, so legt derselbe die ergangenen Verhandlungen der Versammlung mit folgenden Bemerkungen vor. Die einzelnen Punkte, über welche man eine Einigung nicht erzielt habe, seien folgende:

- 1) Die Construction der Masten,
- 2) die Pflasterung des Bahnkörpers,
- 3) die Reinigung des Bahnkörpers von Schnee,
- 4) die Bemessung der Unternehmerrcaution.

Der Magistrat hat hierzu Folgendes zu bemerken:

Zu 1. Während die Gesellschaft auf beiden Seiten der Straße Gittermasten aufstellen will, an denen die quer über die ganze Fahrbahn gespannten, zum Tragen der Arbeitsleitung dienenden Drähte befestigt werden sollen, ist der Magistrat, gestützt auf practische Versuche, zu der Ueberzeugung gelangt, daß doppelarmige, zwischen den beiden Gleisen aufzustellende Rohrmasten den Vorzug verdienen und

daß diese zu fordern seien auf der Strecke vom Augustthore bis zu der Brauerei Feldschlößchen. Auf dieser Strecke hat die Wolfenbüttlerstraße nicht, wie die Gesellschaft erklärt, den Character einer Landstraße, und es würde nicht gerechtfertigt sein, den schönen Anblick der altherwürdigen Linden-Allee durch die oben gedachten Querdrähte zu verunzieren. Die Anschaffungskosten für Rohrmasten können diejenigen für Gittermasten, wenn überhaupt, nur unerheblich übersteigen; auch brauchen die Masten, wenn sie einen hellen Anstrich erhalten, in der Regel dann nicht beleuchtet zu werden, wenn sie, was technisch zulässig, gerade vor den Straßenlaternen aufgestellt werden. Bei nebligem Wetter wird ihre Beleuchtung allerdings vielleicht nicht zu umgehen sein. Die Gesellschaft hat schließlich sich mit Aufstellung von Rohrmasten einverstanden erklärt, die Uebernahme der Beleuchtungskosten aber abgelehnt. Der Magistrat würde den Rohrmasten auch in dem Falle den Vorzug geben, daß die Beleuchtungskosten für die in Frage kommenden ca. 21 Masten stadtseitig übernommen werden müssen.

Zu 2. Der Wagenverkehr auf der Wolfenbüttlerstraße ist schon jetzt ein sehr lebhafter und wird noch gesteigert werden, wenn der Güterbahnhof nach dem Ostbahnhofe verlegt wird. Die Elm- und Riedestraße werden dann jedenfalls Haupt- Zu- und Abfuhrstraßen werden, und es erscheint daher dringend nöthig, die Gleise vom Augustthore bis zur Riedestraße in bisher üblicher Weise zu pflastern. Die Gesellschaft hat solche Pflasterung zugestanden bis zur Elmstraße, zur Uebernahme der Kosten der Pflasterung auf der ca. 300 m langen Strecke zwischen Elm- und Riedestraße erklärt sie, finanziell außer Stande zu sein. Sie hält diese Forderung auch nicht für gerechtfertigt, weil die Motowagen die Fahrbahn nicht abnutzten. Das Letztere ist richtig. Aber der Bahnkörper ist, wenn ihn auch Lastfuhrwerke thunlichst vermeiden sollen, dem übrigen Fahrverkehr nicht entzogen und für diesen entstehen arge Belästigungen und Schädigungen, wenn die Schienen, was bei fehlendem Pflaster gar nicht ausbleiben kann, um mehrere Centimeter aus der Fahrbahn hervorragen. Hiernach kann der Magistrat von der Pflasterung des Bahnkörpers bis zur Riedestraße und ebenso vor dem Eingange zur Eisenbüttlerstraße nicht Abstand nehmen.

Zu 3. Die städtische Bauverwaltung hatte empfohlen, der Gesellschaft die Verpflichtung aufzuerlegen, den von dem Bahnkörper abgeräumten Schnee abfahren zu lassen. Nachdem sich die Gesellschaft dazu außer Stande erklärt, hat der Magistrat die Forderung dahin eingeschränkt, daß, wenn der Schnee seitens der Gesellschaft vom Bahnkörper auf die daneben liegende Fahrbahn geschafft, hierdurch aber der Verkehr auf dieser nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung erschwert und besondere Abhilfsmaßregeln erforderlich werden sollten, die dadurch erwachsenden Kosten seitens der Gesellschaft getragen werden müßten. Eine bestimmte Erklärung ist hierauf nicht eingegangen.

Zu 4. Der Magistrat hat die Hinterlegung einer Caution von 10000 M gefordert. Nach längerem Verhandeln hat die Gesellschaft erklärt, daß sie diese Forderung zugestehen wolle, indeß gleichzeitig abermals um Ermäßigung der Summe auf 2000 M ersucht. Auf die Erwiderung, daß diese Forderung aufrecht erhalten werden müßte, ist eine zustimmende Erklärung nicht abgegeben, vielmehr die Anfrage gestellt, ob die Entschlüsse des Magistrates als endgültige aufzufassen seien.

Der Magistrat ist auch jetzt noch der Ansicht, daß das Straßenbahnunternehmen für die hiesige Stadt von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein würde, muß jedoch darauf hinweisen, daß die Concession auf 50 Jahre erteilt werden solle, und daß die städtischen Behörden daher allen Grund haben, Zugeständnisse von der Hand zu weisen, die im Laufe der Zeit der Stadt nicht zum Vortheil gereichen möchten. Wenn die Ausführung der geplanten Bahnanlage an der Aufrechterhaltung der oben gedachten verhältnißmäßig geringfügigen Forderungen aus finanziellen Gründen scheitern sollte, so dürfte wohl die Annahme gerechtfertigt sein, daß für das neue Unternehmen genügendes Capital überhaupt noch nicht zur Verfügung stehe. Während der Magistrat die Forderungen zu 2—4 aufrecht erhält, giebt derselbe anheim, der stadtseitigen Uebernahme der unter 1 gedachten Beleuchtungskosten zuzustimmen.

Die Vorlage ist von der Statutencommission vorberathen, namens welcher Herr Wolff berichtet, daß unter Zugrundelegung einer Besprechung des Referenten mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsraths der Straßenbahn-Gesellschaft folgendes Ergebnis zu constatiren sei.

Die Commission stehe bezüglich der Construction der Masten auf dem Standpunkte des Magistrates und empfehle, die Beleuchtung derselben auf städtische Kosten zu übernehmen, so daß in dieser Beziehung völlige Uebereinstimmung zwischen den Wünschen der Straßenbahn und des Magistrates vorliege. — Hinsichtlich des Punktes 3 sei ebenfalls ein Einverständniß erzielt worden, indem sich die Gesellschaft nachträglich mit der eingeschränkten Forderung des Magistrates einverstanden erklärt habe. — Was den Punkt 4, die Cautionseistung der Gesellschaft, betreffe, so gebe die Commission anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß eine Caution von 10000 M gefordert, zugleich aber die Erwartung ausgesprochen werde, die gesammte Caution der Gesellschaft, welche z. B. 15000 M betrage, höchstens auf 30000 M zu bemessen. Auch in diesem Punkte würde an sich durchaus kein Streit zwischen der Gesellschaft und dem Magistrate vorhanden sein, da die bloße Bitte der Gesellschaft auf Ermäßigung der Caution nicht in Betracht kommen könne. In diesen drei Punkten bestehe also eine irgendwie erhebliche Meinungsverschiedenheit nicht mehr. — Zu dem Punkte 2, die Pflasterung des Bahnkörpers, übergehend, habe die Statutencommission, in Anlehnung an eine frühere Stellungnahme der Deputation und auf das Angebot des Magistratsreferenten, folgenden Vorschlag zu machen:

Der Gesellschaft werde auferlegt, die Pflasterung bis zur Elmstraße vorzunehmen und werde gleichzeitig dem Magistrate das Recht eingeräumt, die Pflasterung bis zur Niederestraße jederzeit zu verlangen. Für diesen Fall werden aber die Pflastersteine der Gesellschaft von der Stadt frei zur Verfügung gestellt. Diese Bedingung wolle die Gesellschaft gleichfalls acceptiren. Die Pflasterung würde erst dann als im höchsten Grade erwünscht erscheinen müssen, wenn der Güterbahnhof nach dem Ostbahnhofe verlegt sei. Die Mitglieder des Magistrates haben sich gegenüber diesen Vereinbarungen in der Commission nicht ablehnend verhalten, so daß sich annehmen lasse, der Magistrat werde dieselben gutheißen. Nach der Ansicht der Statutencommission würde bei Annahme dieser Vorschläge eine Unterlage geschaffen, durch welche die Differenzen bezüglich der Bahn Wolfenbüttel — Braunschweig als beseitigt zu betrachten seien.

Herr Rieke beklagt das langsame Fortschreiten dieser Angelegenheit, mit welchem die Bürgerchaft durchaus unzufrieden sei. Wenn die Gesellschaft ihren engherzigen Standpunkt nicht aufgebe und die Acten überall so lange herumliegen, würde in diesem Jahrhundert aus der ganzen Sache nichts werden. Man stoße sich hier an die Masten und Drähte, während andere Städte sich dadurch gar nicht genirt fühlen. Eine Stadt wie Hamburg bewältige ihren Verkehr mit der elektrischen Straßenbahn, auf welcher man für 10 S durch die ganze Stadt fahren könne, glatt und schön, darum solle man sich auch hier nicht an Kleinigkeiten stoßen. Wolle man warten, bis das elektrische Straßenbahnsystem bis zur höchsten Vollendung ausgebildet sei, dann werde aus der ganzen Geschichte nichts; man müsse vielmehr auch die Uebergangszeit wahrnehmen, sonst dürfe man sich nicht darüber beklagen, daß Braunschweig keinen Fremdenverkehr habe. Die Stadt Hildesheim sei z. B. viel jehenswerther als Braunschweig, und Magdeburg habe den Vorzug, daß man von dort den Harz billiger erreichen könne, als von hier aus. Die Bildungsanstalten seien anderwärts eben so gut wie hier, er wüßte also gar nicht, weshalb sich die sogenannten Besitzenden gerade nach hier sehnen sollten. Er möchte schließlich noch fragen, ob bei einer Concessionirung der elektrischen Bahn der Contract volle 50 Jahre vom Tage der Concessionirung ab laufe.

Herr Bürgermeister Kettemeyer erwidert, daß die elektrische Straßenbahn mit Genehmigung der Versammlung auf 50 Jahre concessionirt sei und für die Strecke nach Wolfenbüttel eine gleiche Concessionsdauer bewilligt werde. Wenn der von Herrn Rieke erhobene Vorwurf der Verhinderung der Straßenbahnangelegenheit auch den Magistrat treffen solle, so sei derselbe unbegründet, weil die Sachen niemals lange bei dem Magistrate gelegen haben, wenn sich solche Sache auch nicht in den Backofen schieben lasse. Selbst wenn aber auch die Stadt schon Alles erlitten hätte, würde die Gesellschaft doch immer noch mit der Herzoglichen Baudirection wegen der Straße nach Wolfenbüttel zu verhandeln haben.

Herr Wolff hält es für angezeigt, nachdem die Angelegenheit wenigstens im Principe ihre Erledigung gefunden habe, ein Wort darüber zu sagen, daß den städtischen Behörden fortwährend Vorwürfe über eine Verschleppung der Sache gemacht seien. Jeder Eingeweihte werde die Ueberzeugung gewonnen haben, daß hierbei eine unendliche Menge von Factoren in Betracht kommen, welche nicht in der Hand der städtischen Behörden liegen und die eine gründliche Prüfung erfahren müßten. Wenn in anderen Städten die Verhandlungen sich schneller abgewickelt haben, so liege das darin, daß in diesen Städten mit ihrem größeren Verkehr und dem zu erwartenden erheblicheren Verdienste die betr. Gesellschaft gern alle Forderungen der Städte bewilligte. Hier könne dagegen die Gesellschaft nicht auf einen größeren Gewinn rechnen und verhalte sich deshalb zögernd. Man dürfe jetzt die Zuversicht hegen, daß die Sache in ein schnelleres Tempo komme, jedoch halte er die vielen Vorwürfe, welche in dieser Beziehung den städtischen Behörden seitens der Presse und von Privatpersonen gemacht seien, nicht für angezeigt.

Herr Wagner möchte wissen, wie die Pflasterung gedacht sei, ob man verlange, daß die Fahrbahn 2 m breit gepflastert werde. In Bremen habe man auf chaussirten Straßen nur zu beiden Seiten des Gleises je eine Reihe Granitpflastersteine liegen, die ihren Zweck vollständig erfüllen und wodurch sich die Anlage, welche die Straßenbahn im Stande zu erhalten habe, erheblich verbillige.

Herr Bürgermeister Ktemeyer will nicht bestreiten, daß hierdurch eine wesentliche Kostenersparniß herbeigeführt werden könne. Die städtische Bauverwaltung habe indessen darauf hingewiesen, daß für die lebhaft befahrenen Straßen unmittelbar vor der Innenstadt, so für die Wolfenbüttler-, die Hamburgerstraße u. a. eine Pflasterung des Bahnkörpers unentbehrlich sei. Die Breite von 4 m auf der Wolfenbüttlerstraße ergebe sich daraus, daß die Gesellschaft dort ein Doppelgleis legen wolle, sonst genügen 2 m, wie auf allen bisherigen Strecken der Pferdebahn. Die Annahme der städtischen Bauverwaltung, daß eine Saumischicht ungünstig wirke, werde sich in Bezug auf die Unterhaltung durchaus bestätigen. Wenn man einen verhältnißmäßig schmalen Streifen Pflaster nehme, dann einen Streifen Macadam und dann wieder einen Streifen Pflaster, so könne es nicht ausbleiben, daß die Fahrbahn leiden müsse. Diese Forderung könne also auf den lebhaft befahrenen Straßen nicht fallen gelassen werden.

Herr Bues muß der Gesellschaft den Vorwurf machen, daß sie stets mehr gefordert habe, als sie zu fordern berechtigt gewesen sei. Den Magistrat treffe höchstens der Vorwurf, daß er zu allen Verdächtigungen in der Presse still geschwiegen habe, wodurch das Publicum in den Glauben versetzt sei, der Magistrat trage die Schuld an den Verzögerungen. Jetzt sei man aber im Publicum anderer Meinung geworden und lege die Schuld auf die Seite der Straßenbahn-Gesellschaft. Ein Grund für die Verschleppung der Verhandlungen sei auch in dem vorliegenden Contracte mit

der Straßenbahn und in der Person zu suchen, welche die Verhandlungen mit der Stadt geführt habe. Einen Vorwurf gegen den Magistrat könne man dagegen nicht mehr erheben, nachdem die Sache nunmehr geklärt sei und kein vernünftiger Mensch verstehen werde, wie sich die Gesellschaft auf solche Kleinigkeiten steifen könne. Letztere scheine zu glauben, je mehr sie nörgelse, desto mehr erreiche sie auch.

Herr Hauswaldt: Es sei unglaublich, daß das Publicum über die wirkliche Sachlage so habe getäuscht werden können. Die leitende Stelle der Pferdebahn verstehe es meisterhaft, die öffentliche Meinung nach ihrem Interesse zu beeinflussen und zu leiten. Alle die in der Vorlage enthaltenen Einwürfe gegen die Forderungen des Magistrates seien nichtig. Es sei an der Zeit, hier auszusprechen, daß die fortwährenden Klagen und Verdächtigungen in der Bürgererschaft aufhören müßten, als wenn von Seiten der städtischen Behörden die Stadt durch die Verschleppung der Verhandlungen geschädigt würde. Die Gesellschaft, welche zuerst mit ganzem Dampfe gefahren sei, bremse jetzt, um von manchen Versprechungen wieder herunterzukommen, und daß die Straßenbahn nach Wolfenbüttel nicht gebaut werde, liege ihm so klar wie möglich vor Augen. (Heiterkeit.)

Herr Rathe kann die Aeußerungen des Herrn Riecke, daß hier in der Stadt nichts los sei, zur Ehre der Stadt nicht unbeantwortet lassen. Er glaube, man könne mit den hiesigen Verhältnissen recht zufrieden sein und Braunschweig halte mit allen anderen Städten einen Vergleich aus. Wenn man hier in Folge eigenthümlicher Verhältnisse nicht so vielen Fremdenverkehr habe, wie in dieser und jener anderen Stadt, so fühle er sich doch trotzdem mit vielen seiner Mitbürger hier recht wohl.

Herr Lord will Herrn Hauswaldt zugeben, daß die in dieser Angelegenheit von der Straßenbahn-Gesellschaft von Anfang an entwickelte schriftstellerische Thätigkeit recht zu beklagen sei, wobei allerdings zugestanden werden müsse, daß auch die schriftstellerische Thätigkeit der Deputation im Anfange ihrer Wirksamkeit ebenso zu beklagen gewesen sei. Obwohl es sich eigentlich hier nur um die Bahn nach Wolfenbüttel, soweit sie städtisches Gebiet berühre, handle, werde doch die innerstädtische Straßenbahn mit der Vorlage z. B. in der Cautionsangelegenheit verknüpft, so daß es zweckmäßig erscheine, um beiden Theilen gerecht zu werden, beide Projecte mit einander zu behandeln. Es scheine allerdings, als ob man jetzt einen Schritt in der Sache weiter gekommen sei, jedoch scheine es auch nur so und man werde gleich wieder feststehen. Was den Hauptpunkt, die Pflasterungsangelegenheit betreffe — die anderen Punkte seien doch nur decorativer Natur —, so werde man, wenn man der Gesellschaft jetzt das Zugeständniß mache, die Pflasterung von der Elm- bis zur Niedestraße erst auf Verlangen des Magistrates ausführen zu brauchen, auf den Widerstand der Gesellschaft stoßen, wenn sie die Giesmaroderstraße bis nach Gies-

marode, die Cellerstraße bis zum Krankenhause, die Hamburgerstraße bis zum Schützenhause u. pflastern solle. Einen Vergleich mit anderen Städten könne man in dieser Beziehung nicht anstellen, da die hier aus den Einkünften zu erwartenden Mittel doch nur verhältnißmäßig beschränkt seien und man daher auch der Gesellschaft nichts zumuthen dürfe, was nicht unbedingt nothwendig sei. So z. B. könne er die Pflasterung der Bahngleise durchaus nicht für absolut nothwendig halten. Wenn der Güterbahnhof nach dem Osten der Stadt verlegt werde, müßten schon aus Verkehrsrücksichten die Wolfenbüttler-, die Riede-, die Campe- und die Elmstraße in ihrer ganzen Ausdehnung gepflastert werden, so daß die Straßenbahn damit nicht besonders belastet zu werden brauche. Andererseits müsse er auch daran erinnern, daß die Stadt Mittel und Wege in der Hand habe, die Straßenbahn zu zwingen, jede Beschädigung der Straßen innerhalb 3 Tagen ausbessern zu lassen, so daß die Befürchtung einer Erschwerung des Wagenverkehrs auf den nicht gepflasterten Strecken der Straßenbahn ziemlich grundlos sei. Außerdem werde auch von Fachleuten sehr bestritten, daß in dieser Hinsicht durch die Pflasterung eine Besserung erzielt werden könnte. Seiner Erfahrung nach entstehen gerade dort die schlechtesten Stellen auf den Pferdebahnstrecken, wo die Pflasterung anfangt, so daß den Schäden mit dem Pflastern allein nicht abgeholfen werde. Es scheine fast, als ob man in dieser Angelegenheit jetzt auch noch nicht weiter komme, denn nach seinen Informationen werde die Straßenbahn lieber das ganze Project fallen lassen, als die Pflasterung zuzugestehen. Man werde gut thun, auch in diesen Punkten etwas nachzugeben, damit die Verhandlungen nicht vollständig scheitern, zumal da auch in anderen Städten, wie Bremen u., die Pflasterung nicht überall verlangt sei.

Der Herr Vorsitzende bittet, hier allein die Bahnstrecke nach Wolfenbüttel zu behandeln, da die innenstädtischen Bahnanlagen dabei nicht in Frage kommen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte nur die eine Bemerkung richtigstellen. Die Deputation habe sich einer schriftstellerischen Thätigkeit nicht hingegeben, sondern nur einige Mitglieder derselben haben es für angezeigt gehalten, einmal einen Aufsatz zu veröffentlichen.

Herr Wolff will noch besonders constatiren, daß eine absolute Uebereinstimmung bezüglich der Bahnanlage nach Wolfenbüttel vorhanden sei und die Gesellschaft wegen der Höhe der Caution keinen Antrag gestellt, sondern eine Ermäßigung derselben nur anheingegeben habe. Es sei allerdings klar, daß die Gesellschaft gewünscht habe, die Pflasterungsfrage im Principe einer Erörterung unterzogen zu sehen, indessen erscheine es zweckmäßig, diese Frage ganz selbstständig zu behandeln und hier außer Betracht zu lassen. Wenn man meine, die Gesellschaft wolle die Frage mit dem vorliegenden Projecte verquicken, so brauche man nur die Magistratsacten anzusehen, um zu finden, daß ein solcher Standpunkt weder gerechtfertigt noch zu fürchten sei. Die Gesellschaft wolle das nicht und die Befürchtungen des Herrn Lord seien daher

nicht begründet. Zu Gunsten der Vertreter der Straßenbahn-Gesellschaft möchte er noch hervorheben, daß offensichtlich die Differenz wegen der Pflasterung eine principielle sei, da durch die Pflasterung auch der übrigen in Betracht kommenden außerstädtischen Straßen eine erhebliche finanzielle Belastung der Gesellschaft erfolgen werde. Die städtischen Behörden würden in eine erneute Prüfung dieser Frage demnächst eintreten müssen und habe er diese Bemerkung heute nicht unterdrücken wollen, damit nicht der Glaube Bestätigung finde, als ob die Gesellschaft nur die oben-erwähnten vier Differenzpunkte aufgestellt habe, die Gesellschaft habe vielmehr die Pflasterungsfrage bei dieser Gelegenheit anscheinend principiell zum Austrage bringen wollen.

Herr Günther möchte darauf hinweisen, daß, wenn es sich hier auch nur um die Strecke nach Wolfenbüttel handle, doch die Frage übrig bleibe, wie es mit der innenstädtischen Bahnanlage werde. Nach dem Schreiben der Straßenbahn scheine die Verzögerung der Sache allein an den Behörden zu liegen, denn Erstere sage besonders, wenn die Genehmigung zum Bau der Bahn bis Ende Juni vorliege, könnte die Bahn bis Ende Februar 1897 fertiggestellt werden. Da es hiernach nicht an der Direction liegen könne, so wäre es erwünscht, wenn der Magistrat hierüber eine Erklärung abgeben wolle. Im Uebrigen stehe er auf dem Standpunkte des Herrn Lord und wünsche, daß die Sache nicht durch eine Kleinigkeit scheitere, und man der Straßenbahn lieber etwas entgegenkomme. Braunschweig könne den Fremden niemals so viel bieten, wie z. B. Hannover, darum solle man Alles anbieten, um auch solche Einrichtungen für die Fremden mit zu schaffen. Daß es trotzdem manchem hiesigen Einwohner, wie z. B. Herrn Rathe, hier gut gehe, wolle er wohl glauben.

Herr Bürgermeister Metemeyer: Wenn Herr Günther behaupte, die Verzögerung könne an der Direction der Pferdebahn nicht liegen, so sei damit gesagt, daß den Magistrat die Schuld treffe, denn ein Dritter sei bei dieser Sache nicht theiligt. Die Angelegenheit habe folgenden Verlauf genommen. Die Versammlung habe den Antrag wegen Zulassung der oberirdischen Kraftzuleitung angenommen, darauf sei der Gesellschaft anheimggegeben, ein Project einzureichen. Nachdem dieses geschehen, sei dasselbe der städtischen Bauverwaltung zur gutachtlichen Aeußerung zugesandt und nach Eingang eines entsprechenden Berichtes dieser der Straßenbahn-Gesellschaft zugestellt, woraufhin Letztere vor Kurzem mit dem Antrage hervorgetreten sei, der Magistrat möchte auf allen außerstädtischen Linien die Pflasterung fallen lassen. Auf diese neue Forderung sei indeß der Magistrat nicht eingegangen, und müsse nun abgewartet werden, was die Gesellschaft darauf antworte.

Die Anträge der Statutencommission finden sodann die Genehmigung der Versammlung.

XIX. Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Schuh- und Schützenstraße.

Die Verhandlungen wegen Herrichtung einer Verbindungsstraße zwischen Schuhstraße und Altstadtmarkt sind, soweit es sich um die Theilstrecke zwischen Schützenstraße und Altstadtmarkt handelt, gescheitert. Die Anlieger der östlichen Theilstrecke haben indessen gebeten, wenigstens die Strecke zwischen Schützen- und Schuhstraße zur Ausführung zu bringen und zwar mit der Maßgabe, daß der Stadt das zur Verbreiterung der Meßgasse auf 10 m erforderliche Terrain und ebenso das vom Herbst'schen Grundstücke zur Schuhstraße abzutretende Terrain (8 qm) unentgeltlich und lasten- und kostenfrei überwiesen, der ober- und unterirdische Ausbau der Straße aber auf Kosten der Stadt ausgeführt werde. Die Kosten des oberirdischen Ausbaues werden rund 12000 M. und für die unterirdischen Anlagen 4300 M., sowie für die erforderlichen Gascondelaber 250 M. betragen. Obwohl der Magistrat einen Vortheil von dem in Rede stehenden Unternehmen für den Verkehr nur dann als vorliegend erachten kann, wenn auch die Verbindungsstraße zwischen Schützenstraße und Altstadtmarkt hergerichtet und somit eine Entlastung der engen Neuenstraße erzielt würde, so muß derselbe doch anerkennen, daß die Verbreiterung der Meßgasse auch ohne Fortführung derselben bis zum Altstadtmarke insofern der Förderung werth erscheine, als auf andere Weise die durchaus unleidlichen Zustände dieser schmalen Gasse schwerlich gebessert werden können und überdies auch durch dieses eingeschränkte Unternehmen werthvoller Baugrund mitten in der Innenstadt aufgeschlossen und insbesondere eine durchaus wünschenswerth erscheinende Neubebauung des Grundstücks „Prinz Wilhelm“ erzielt werde. Der Magistrat hat sich deshalb entschlossen, auch die Verbreiterung lediglich der Meßgasse durch Aufwendung der vorhin genannten Summen stadtseitig zu fördern und hat daher mit den Anliegern einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen, in welchem die schon bei den früheren Verfolgen festgestellten Bedingungen Aufnahme gefunden haben, jedoch mit der Aenderung, daß die Baulinien für die neu herzurichtende Ortsstraße etwas geändert werden und daß auch die Eckgrundstücke nur mit dreigeschoßigen Gebäuden sollen bebaut werden dürfen. Die Versammlung wird ersucht, die Abänderung der früher festgestellten Baulinie für die zu verbreiternde Meßgasse, sowie den vorliegenden Vertrag zu genehmigen.

Die Baucommission ist nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff zu der Annahme gekommen, daß es wünschenswerth sei, wenigstens den Anfang zu einer Durchgangsstraße nach dem Altstadtmarke zu machen, um es einer späteren Zeit zu überlassen, auch das Ende dieser Straße, welche z. B. an dem Begehren eines Einzelnen gescheitert sei, fertigzustellen. Wenn man jetzt nicht den Anfang mit dem Straßenzuge mache, werde auf unabsehbare Zeit die Möglichkeit der Durchführung desselben ausgeschlossen sein. Die Versammlung werde deshalb gebeten, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Koch kann sich mit der beantragten Bewilligung nicht einverstanden erklären. Die neue Straßenstrecke enthalte Gebäude, welche dem betr. Stadttheile nicht mehr angemessen seien und gerade diesen Gebäuden komme der Durchbruch zu Gute. Da man bei dem Durchbruche nach der Kaiserstraße den Standpunkt vertreten habe, daß die Kosten den Anliegern zur Last fallen, so dürfe man hier nicht abweichend davon verfahren, zumal da namentlich die Eigenthümer des Prinz Wilhelm und der Hintergebäude nach dem Kohlmarke zu den Vortheil von dem Durchbruch haben, indem diese Grundstücke einen höheren Werth erhalten.

Herr Löffelgk möchte dem gegenüber hervorheben, daß die Sache doch etwas anders liege, als sie Herr Koch geschildert habe. Die Stadt erhalte hier als Aequivalent das Terrain der Straße frei überwiesen, während bei der Kaiserstraße nichts gegeben sei. Die alte Meßwete solle übrigens auch noch ein streitbares Object bilden, indem die Anlieger behaupten, sie sei ihr Privateigenthum, während der Magistrat sie als öffentliche Straße für sich in Anspruch nehme. Er bitte die Versammlung, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will entgegen den Ausführungen des Herrn Koch nochmals darauf hinweisen, daß zu dem Durchbruche an der Kaiserstraße die Stadt 47000 M gezahlt habe, während es sich bei diesem Straßendurchbruche nur um 12000 M Zuschuß handle, so daß die Stadt hierbei viel besser wegkomme.

Herr Müller stimmt diesem Projecte viel eher zu, als dem ursprünglichen Durchbruchprojecte bis zum Altstadtmarke, durch welches die Anlieger der Neuenstraße geschädigt sein würden, während man hier die Caserne des Prinz Wilhelm und die schlechte Twete beseitige. Außerdem werde durch diese Straße die Schuhstraße nicht be-, sondern entlastet, so daß er bitte, dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Herr Meyerhoff möchte Herrn Koch auch noch erwidern, daß die Unternehmer ungefähr 300 qm Terrain unentgeltlich zur Straße abtreten, welches doch mindestens einen Werth von 15000 M habe.

Herr Alßmann bedauert im Gegentheile zu Herrn Müller lebhaft, daß das Durchbruchproject bis zum Altstadtmarke nicht perfect geworden sei. Trotzdem stimme er auch diesem Projecte gerne zu und freue sich, wenn die Stadt mit so geringen Kosten zu einer solchen neuen Verbindungsstraße komme. Er möchte wünschen, daß der Bürgerschaft hierdurch Anregung gegeben werde, solche Durchbruchprojecte noch recht oft in Scene zu setzen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der gesammten Magistratsvorlage zugestimmt.

XX. Erwerb von Flächen zur Husarenstraße etc.

Von dem dem Stadtparke gegenüber gelegenen Gröppler'schen Grundstücke sind zur Husarenstraße 3,66 a und zu einer von dieser abzweigenden projectirten Straße

24 qm an die Stadt abzutreten. Der Magistrat giebt anheim, hierfür dem p. Gröppler einen Einheitspreis von 11 M zu gewähren. Die Höhe des Preises rechtfertigt sich dadurch, daß das betreffende Grundstück nicht sehr tief sei und deshalb durch die Abtretung in seinem Werthe etwas vermindert werde.

Die von der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, empfohlene Genehmigung dieser Vorlage wird von der Versammlung beschloffen.

XXI. Entsendung von Kindern in die Kinderheilstätte zu Norderney.

Der hiesige Zweigverein für die Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten hat sich bereit erklärt, drei scrophulöse Kinder, von denen zwei im Pflegehause sind und eins einem städtischen Vorarbeiter gehört, in die Kinderheilstätte nach Norderney zu entsenden, sofern die Stadt hierzu einen Zuschuß von 150 M gewährt. Der Magistrat giebt anheim, diesen Betrag zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Statutencommission, für die Herr Eugelbrecht berichtet, geschieht.

XXII. Abortanlagen in der Schule an der Heinrichstraße.

Zur Vermeidung der mancherlei Unzuträglichkeiten, welche sich im Laufe der Zeit aus der Einrichtung von mittelst Torfstreu desinficirten Abortgruben bei den Schulen ergeben haben, erscheint es dem Magistrate angezeigt, zunächst bei der neuen Schule an der Heinrichstraße Closets mit Wasserspülung einzurichten, die in ein Sammelrohr entleert und in einem besonderen Gebäude untergebracht werden sollen. Mit dem Bemerken, daß die Kosten für diese Einrichtung bereits verwilligt sind, ersucht der Magistrat, die Anlage zu genehmigen. Sofern sich dieselbe bewährt, wird beabsichtigt, demnächst die Abortanlagen in den ältern Schulen entsprechend umbauen zu lassen.

Die Baucommission giebt nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Blasius möchte warnen, bei den Abortanlagen die Closettrichter noch einmal in einen Holzkasten zu setzen, da solche ganz überflüssigen Kasten nur zur Ansammlung von üblen Gerüchen Veranlassung geben. Man stelle deshalb den Trichter, oben mit einem Holzrand versehen, frei in den Abtritt hinein, und lasse die Holzbekleidung fort.

Herr Meyerhoff ist der Ansicht, daß sich solche Einrichtung nach dem von einer Hamburger Firma gelieferten Projecte nicht werde treffen lassen. Die Spülung werde immer erst nach Schluß der Schule vorgenommen und sammeln sich bis dahin die Excremente in einem Rohre, um sodann durch einen kräftigen Druck in den Canal getrieben zu werden.

Herr Blasius bittet nochmals, den Holzkasten fortzulassen, was auch unter Beibehaltung der sonstigen Einrichtungen durchführbar erscheine.

Herr Lössigk fragt an, ob die Hamburger Firma nur die Sachen zu der Einrichtung liefere, oder ob auch die ganzen Arbeiten von derselben ausgeführt werden.

Herr Meyerhoff kann darauf nur mittheilen, daß die betr. Firma eine Eingabe gemacht habe, welche von der städtischen Bauverwaltung für gut befunden sei.

Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

XXIII. Erwerb einer Fläche zur Straße am Hopfengarten.

Die Straße am Hopfengarten bildet an einer Stelle einen scharfen Knick, welchem im Interesse des Verkehrs eine gewisse Abrundung gegeben werden muß. Der Magistrat empfiehlt, zu diesem Zwecke eine 3,5 qm große Fläche des angrenzenden Grundstücks des Herzoglichen Waisenhauses zum Einheitspreise von 8 M zu erwerben,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, zustimmt.

XXIV. Aufnahme eines weiteren Voranschuldarlehns.

In den nächsten Wochen wird die Stadtgemeinde für zu Zwecken des Kieselverfahrens exproprierte Grundstücke größere Summen zu zahlen haben. Die definitive Bestreitung dieser Kosten wird durch Ausgabe von Schuldverschreibungen aus der Anleihe des Kreiscommunalverbandes von 1895 zu erfolgen haben, welche zum 1. Juli d. Jrs. in Antrag gebracht werden sollen. Der Magistrat ersucht um die Ermächtigung, die bezeichneten Entschädigungsgelder, insoweit dieselben vor dem 1. Juli fällig werden, durch ein an diesem Tage rückzahlbares Voranschuldarlehn der Herzogl. Leihhausanstalt im Höchstbetrage von 400 000 M verzinslich mit höchstens 3 % jährlich flüssig zu machen.

Die Ermächtigung wird von der Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, ertheilt.

XXV. Anfrage Brückmann: Verunreinigung der Efer.

Die in der Sitzung vom 23. April d. Jrs. — Seite 22 des Berichts — gestellte Anfrage wegen der Verunreinigung des Eferwassers durch das Kalibergwerk in Hedwigsburg kann Herr Bürgermeister Netemeyer jetzt dahin beantworten, daß nach einer Mittheilung der Herzogl. Kreisdirection in Wolfenbüttel von dem Bergwerksbesitzer Sauer in Berlin allerdings die Anlegung eines Kalibergwerkes in der Nähe von Hedwigsburg beabsichtigt werde, daß es aber nicht in dessen Absicht liege,

mit dem Bergwerke eine Fabrik zur Verarbeitung der in ersterem gewonnenen Producte zu verbinden. Die Bergwerksproducte sollen vielmehr in anderen, außerhalb des hiesigen Landes und des Flußgebietes der Oker gelegenen Fabriken verarbeitet werden und würden deshalb schädliche Wässer aus dem Betriebe in die Oker überhaupt nicht gelangen. Die Wässer, welche jetzt bei dem Niederbringen des Schachtes in den oberen Schichten des Gebirges sich zeigen und welche nach vorgängiger Klärung durch die Chausséeegräben in die Altenau und aus dieser in die Oker abfließen, seien theils eine mit der weiteren Förderung des Schachtes aufhörende vorübergehende Erscheinung, theils seien sie völlig unschädlich, da sie weder Laugen noch Salze enthalten.

XXVI. Anfrage Böschigt: Einfriedigung des Grundstücks am Augustplatz.

Die Anfrage, ob das Terrain der früheren Hufarenställe am Augustplatz nicht durch eine Einfriedigung abgeschlossen werden solle, beantwortet Herr Bürgermeister Ketemeyer dahin, daß nach der Veranschlagung der städtischen Bauverwaltung eine solche Einfriedigung 500 M. kosten würde. Da indessen dem Magistrate die Sache eine solche Summe nicht werth sei, so werde man am besten thun, entweder den Platz bis zu seinem Verkaufe als Spielplatz freizugeben, oder aber denselben als Lagerplatz Jemandem miethweise zu überlassen. (Zustimmung.)

XXVII. Anfrage Gbeling: Förderung des Bahnprojectes Braunschweig—Debisfelde.

Die in der Sitzung vom 23. April d. Jrs. — Seite 23 des Berichts — gestellte Frage will Herr Gbeling als erledigt betrachten, nachdem inzwischen die hiesige Landesversammlung sich mit dem das ganze Land interessirenden Projecte beschäftigt und auch der Magistrat ihm die Versicherung gegeben habe, die Angelegenheit im Auge behalten zu wollen.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¹/₄ Uhr.

1896|97.N 3.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. Juni 1896.

Tagesordnung:

I.	Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Hoftheater	Seite 60
II.	Kosten des Plattenbelages am Königstiege	" 61
III.	Neupflasterung der Straße „An der Martinikirche“	" 61
IV.	Verkauf einer Straßenfläche im „Sad“	" 63
V.	Ausleihung eines Hypothekcapitals	" 63
VI.	Hundesteuererlaßgesuche	" 63
VII.	Terrainerwerb zur Hagen- und Humboldtstraße	" 63
VIII.	Proceßführung wegen Löschung einer Hypothek	" 64
IX.	Ausgabe von Schuldverschreibungen der Kreiscommunalanleihe	" 64
X.	Terrainaustausch an der Friedrich-Wilhelmstraße	" 64
XI.	Gehaltsaufbesserung für Lehrer und Lehrerinnen an den gehobenen Mädchenschulen	" 65
XII.	Terrainaustausch am Werder	" 75
XIII.	Regutirung des Grundstücks des ehem. Husarenpferdestalles am Augustplatz	" 75
XIV.	Neuaufstellung und Verriegelung von Straßenlaternen	" 75
XV.	Vertrag mit der Straßenbahn-Gesellschaft	" 77
XVI.	Regutirung des Markthallengrundstücks	" 87
XVII.	Kosten für Holzzerkleinerung	" 87
XVIII.	Terrainerwerb zur Beckenwerperstraße	" 88

XIX. Anfrage Lange: Beschaffung von Dampf-Heizerpfeifen	Seite 88
XX. Antrag Halle: Prüfung der Feuerlöcheinrichtungen	" 89
XXI. Antrag Jüdel: Ausbau einer projectirten Straße	" 91
XXII. Anfrage Hauswaldt: Fußweg Büthen—Luerumerholz	" 91

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Sievers und von Frankenberg; später erscheint noch Herr Stadtrath Götte.

Entschuldigt fehlen die Herren Bäsecke, Blasius, Brückmann und Engelbrecht; später erscheinen die Herren Günther und Meyerhoff.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt der Vorsitzende, Herr Semler, den Eingang eines Gesuches von Anwohnern der Gliesmaroderstraße jenseits der Bindestraße mit, welche bitten, ihren Straßentheil mit Gasbeleuchtung zu versehen. Die Eingabe wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

Sodann schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

1. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Hoftheater.

Die Finanzcommission ist nach dem Berichte des Herrn Seele bei nochmaliger eingehender Prüfung der durch Beschluß der Versammlung vom 23. April d. Jrs. — Seite 12 des Berichts — an sie zurückverwiesenen Vorlage zu dem Ergebnisse gekommen, daß es unmöglich sei, auf dem von der Herzoglichen General-Hofintendantur zur Verfügung gestellten Plage zwei Anstalten, nämlich eine für Männer und eine für Frauen, zu errichten und eine solche Errichtung auch gegen die von der General-Hofintendantur gestellten Bedingungen verstoße. Die fernere Frage, ob nicht eine Anstalt leichterer Construction, vielleicht aus Wellblech, dort errichtet werden könnte, um dieselbe nöthigenfalls leichter an einen anderen Platz stellen und dafür eine erweiterte Anstalt errichten zu können, sei von der Commission verneint worden, weil die leichtere Bauconstruction sich nur um ein Geringes billiger stellen und die solidere Construction schon wegen ihrer größeren Dauerhaftigkeit den Vorzug verdienen würde. Aus diesen Gründen schlägt die Finanzcommission vor, lediglich die frühere Magistratsvorlage anzunehmen und die für Errichtung einer Bedürfnisanstalt geforderten 2400 M zu bewilligen, auch den Antrag Rieke auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen — Seite 306 des Berichts — als hierdurch erledigt anzusehen. Die Commission sei sich bei Fassung dieses Beschlusses darüber einig gewesen, daß im Augenblicke sich nichts Besseres erreichen lasse.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Commission zu.

II. Kosten des Plattenbelages am Königstiege.

Die Herstellung des Plattenbelages auf dem westlichen Fußwege des Königstieges vor den Grundstücken *N. ass.* 5390 und 6276 hat 574,57 *M* gekostet, und ersucht der Magistrat, hiernach diese Kosten auf 9,155 *M* für 1 m Frontlänge festzusetzen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Kieße berichtet, geschieht.

III. Neupflasterung der Straße „An der Martinikirche“.

In der Sitzung vom 27. Februar 1896 — Seite 299 des Berichts — war beschlossen worden, den Magistrat zu ersuchen, mit Herzogl. Baudirection in Unterhandlung darüber zu treten, ob das Pflaster der Straße „An der Martinikirche“ nicht in Holz oder Asphalt auszuführen sei. Die städt. Bauverwaltung, zum Bericht aufgefordert, äußerte sich dahin, daß die Befestigung der Fahrbahn mit Stampfasphalt im Hinblick auf die Kürze der Strecke nicht empfohlen werden könne, weil die Zugthiere erst bei größerer Ausdehnung der Asphaltpfahrbahnen die erforderliche Sicherheit erlangen und weil gerade der Wechsel zwischen Pflaster und Asphalt sehr leicht ein Stürzen der Pferde hervorrufe. Die Kosten der Befestigung einer Fahrbahn mit Stampfasphalt auf Betonunterlage stellten sich z. B. nicht höher, als bei Reihenspflaster, nämlich auf 12 bis 12½ *M* pro qm, jedoch seien die Unterhaltungskosten für Asphalt wesentlich höher, als für Steinpflaster. Gleiche Uebelstände für die Zugthiere wie der Asphalt habe das Holzpflaster nicht, hierfür bringe dieses aber andere Mißstände mit sich, welche wesentlich vom hygienischen Standpunkte als bedenklich zu bezeichnen seien. Besonders würde die ungleiche Beschaffenheit des Holzes und die hierdurch verursachte ungleichmäßige Abnutzung der einzelnen Holzflöße, ferner das leichte Durchdringen des Holzes mit Abfällen und säulnißerregenden Stoffen und die in Folge hiervon entstehenden starken Ausdünstungen des Holzpflasters zu erwähnen sein. Die Anlagekosten des Holzpflasters stellen sich auf 14–20 *M* pro qm, die Unterhaltungskosten sind keinesfalls geringer anzunehmen, als diejenigen des Stampfasphalts. Unter allen diesen Umständen wird anheimgegeben, auf der fraglichen Strecke auch von einer Befestigung der Fahrbahn mit Holzpflaster Abstand zu nehmen. Der Kreisbauinspector Lieff schließt sich diesen Bedenken vollständig an und ist außerdem der Meinung, daß für den Fiskus ohne Weiteres keine Veranlassung vorliegen dürfte, innerhalb des Gebietes des allgemeinen Pflasterfonds eine kostspieligere Pflasterungsart als die bisherige einzuführen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß im Hinblick auf die geltend gemachten Bedenken von der Wahl eines anderen Befestigungsmateriales Abstand zu nehmen sein dürfte und er daher seinen früheren Antrag wiederhole.

Wie Herr Bültemann berichtet, stellt sich die Baucommission auf den Standpunkt des Magistrates, und giebt anheim, sich für Steinpflaster zu entscheiden.

Herr Ebeling möchte wünschen, mit dem Asphaltpflaster einmal den Anfang zu machen, um zu sehen, wie sich die Pferde daran gewöhnen. Immerhin verkenne er nicht, daß auf Asphalt und Beton die Pferde sehr häufig fallen und habe man in London ermittelt, daß von 6000 gestürzten Pferden 50 % auf Beton, 30 % auf Holz- und 20 % auf Granitpflaster gefallen seien. Bei Verwendung guter Kopfsteine sei das Pflaster auch nicht so sehr geräuschvoll.

Herr Bültemann muß gerade diese Stelle zum Probiren des Asphaltpflasters für sehr ungeeignet halten, weil die Strecke zu kurz sei und dort ganz bedeutende Lasten von Steinen transportirt würden.

Herr Bauernmeister macht darauf aufmerksam, daß bei der Verwendung von Asphaltpflaster die Pferde ein anderes Eisen, das sog. Pantoffeleisen tragen müßten, weil sie sonst das Asphaltpflaster bald zu Grunde richten würden. Er könne sich für dieses Pflaster nicht erwärmen.

Herr Lange will auch nicht verkennen, daß auf dem Asphaltpflaster viele Pferde stürzen und sei in Berlin schon Anordnung getroffen, daß bei der Rückkehr der Cavallerie vom Tempelhofer Felde auf den asphaltirten Straßen Grand gestreut werden müßte. Er könne sich deshalb nur für Steinpflaster aussprechen und empfehle zum Zwecke der Milderung des Geräusches die Fugen des Pflasters mit Asphalt auszugießen, wodurch die Steine auch geschont würden.

Herr Böschigt hätte im Interesse der Martinikirche wohl gewünscht, daß auf dieser Strecke mit dem Asphaltpflaster einmal der Anfang gemacht würde. Wenn die Fuhrwerksleiter wüßten, daß ihre Pferde auf dem Pflaster leicht stürzten, könnten sie im Schritt fahren, dann sei die Gefahr vermieden. Jedenfalls sei die Sache nicht so schlimm, wie sich die Baucommission denke, sonst würde man in Hannover jetzt nicht ganze Straßen, die auch von schweren Fuhrwerken passirt werden, asphaltiren lassen. Nur bitte er, den Asphalt recht dick legen zu lassen, dann werde er auch länger halten. In seiner Hauseinfahrt, welche er mit Asphalt habe belegen lassen, sei in 16 Jahren noch niemals ein Pferd gefallen. Sollte die Versammlung aber wider Erwarten gegen die Verwendung von Asphaltpflaster stimmen, so bitte er wenigstens, anzuordnen, daß an der Martinikirche nur im Schritt vorbeigefahren werden dürfe.

Herr Bürgermeister Netemeyer will daran erinnern, daß die Stadt nur ein Sechstel der Pflasterungskosten trage und die Herzogl. Baudirection als Hauptträgerin der Kosten einer Verwendung von Asphaltpflaster nicht zustimmen würde.

Herr Bültemann weist darauf hin, daß in Berlin bei Regenwetter Hunderte von Pferden auf dem Asphaltpflaster stürzen und er es für gefährlich halten müsse, diese kleine Strecke zu asphaltiren.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hatte, daß schon nach den Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung während des Gottesdienstes in der Nähe der Kirchen im Schritt gefahren werden müßte,

wird die Magistratsvorlage auf Verwendung von Steinpflaster angenommen und der Antrag Böschigt abgelehnt.

IV. Verkauf einer Straßenfläche im „Sack“.

Dem Grundstücke des Kaufmanns Langerfeldt im „Sack“ ist nach dem Ortsbauplane eine Straßenfläche von 1 qm anzuschneiden, deren Verkauf zum Preise von 100 M der Magistrat zu genehmigen bittet,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, geschieht.

V. Ausleihung eines Hypothekencapitals.

Zum 1. Juli d. Js. wird ein von der Stadt ausgeliehenes Capital zu 18000 M frei, welches sich zu diesem Zeitpunkte nicht wieder hat verleihen lassen. Dagegen ist es möglich geworden, hiervon 17000 M nach Ablauf von 6 Monaten auf das an der Kreuzstraße Nr. 6180 belegene Grundstück zu 4 % auszuleihen, und giebt der Magistrat anheim, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Die Finanzcommission läßt den Antrag durch Herrn Meyer befürworten.

Herr Bührmann bittet, derartige Angelegenheiten doch möglichst in vertraulicher Sitzung zu behandeln.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

VI. Hundesteuererlasse etc.

Die Gesuche des Tischlers Hesse, der Wittve Petermann, des Schuhmachers Weiß und der Wittve Ehlers um Erlaß der Steuer für einen Zieh hund werden genehmigt. Dagegen verwirft die Versammlung ein gleiches Gesuch des Arbeiters Langkopf, weil derselbe im Stande sein soll, die Steuer aufzubringen, und das Gesuch des Kammerjägers Schneider um Befreiung von der Steuer für einen Schutzhund.

VII. Terrainerwerb zur Hagen- und Humboldtstraße.

Von dem Bierbaum'schen Grundstücke sind zu der verlängerten Hagenstraße noch 11 a 65 qm und zu der Humboldtstraße 2 a 80 qm abzutreten. Da der Eigentümer gebeten hat, dieses Terrain im Wege der Zwangsenteignung zu erwerben, so ersucht der Magistrat, der Einleitung derselben zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Kiefe den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

VIII. Proceßführung wegen Löschung einer Hypothek.

Die auf dem jetzt der Stadt gehörigen, *Nr.* 136, Blatt I des Feldrisses Hagen, an der Heinrichstraße gelegenen Grundstücke sammt 2 Wohnhäusern ruhende Hypothek von 900 *M* Kaufgeld ist im Jahre 1885 zurückbezahlt, jedoch nicht gelöscht worden. Die Stadt hat dieses Grundstück am 9. October 1894 von der derzeitigen Eigentümerin, der Wittwe des Musikus Heinrich Kiele, für 27 000 *M* käuflich erworben gegen die Verpflichtung der Verkäuferin, dasselbe hypothekensfrei der Stadtgemeinde aufzulassen. Diese Auflassung ist erfolgt, jedoch konnte die Löschung jener 900 *M* nicht bewerkstelligt werden, weil einige Antheilsberechtigte ausgewandert sind, und hat die Stadt von der Wittwe Kiele s. B. einen Betrag von 1500 *M* zur Sicherung der städtischen Interessen zurückbehalten. Der Antrag des Magistrats geht nun dahin, sich damit einverstanden zu erklären, daß gegen die Ehefrau Lingemann geb. Kiele und den abwesenden Otto Kiele auf Kosten und im Einverständniß mit der Verkäuferin wegen Bewilligung der Löschung der Antheile der beiden abwesenden Antheilsberechtigten Klage erhoben werde.

Die von Herrn Wolff namens der Statutencommission befürwortete Genehmigung der Proceßführung wird von der Versammlung erteilt.

IX. Ausgabe von Schuldverschreibungen der Kreiscommunalanleihe.

Behufs Rückzahlung der beim Herzogl. Leihhause aufgenommenen Vorschußdarlehen von 850 000 *M* und zur Bestreitung von sonstigen etatsmäßig festgestellten außerordentlichen Ausgaben zu 350 000 *M* ist eine Anleihe von 1 200 000 *M* flüssig zu machen. Die Versammlung wird ersucht, den Magistrat zu ermächtigen, zum 1. Juli den Nennwerth von 1 200 000 *M* Schuldverschreibungen der Anleihe des Kreiscommunalverbandes vom Jahre 1895 gegen einen mit der Finanzcommission festzustellenden Cours zu verfilbern.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

X. Terrainaustausch an der Friedrich-Wilhelmstraße.

Von dem an der Ecke des Kohlmarktes und der Friedrich-Wilhelmstraße gelegenen Grundstücke des Kaufmanns Leopold Kay sind 2 qm zur Straße abzutreten und ist dem Grundstücke dagegen 1 qm anzuschneiden. Der Eigentümer ist bereit, in einen Austausch beider Flächen zu willigen, sofern die Kosten der ersten Belegung der abzutretenden Fläche mit Platten stadtseitig übernommen und die Kosten der hypotheksfreien Auflassung jeder der beiden auszutauschenden Flächen vom Er-

werber getragen werden. Dem Ersuchen des Magistrates, dieses Abkommen zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, zu.

XI. Gehaltsaufbesserung für Lehrer und Lehrerinnen an den gehobenen Mädchenschulen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in der letzten Sitzung eine Aufbesserung der Gehaltsverhältnisse der an den beiden gehobenen Mädchenschulen angestellten Lehrerinnen und der seminarisch gebildeten Lehrer in Anregung gebracht und dabei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß aus solcher in mäßigen Grenzen sich haltenden Aufbesserung dem Lehrkörper der hiesigen Bürger Schulen ein Anlaß zu Berufungen nicht erwachse. Der Magistrat theilt diese Ansicht und bemerkt dazu noch, daß er die Lehrer- und Lehrerinnenstellen an den gehobenen Mädchenschulen grundsätzlich soweit möglich mit besonders tüchtigen und durch längere Dienstzeit bewährten Kräften aus der Zahl der an den hiesigen Bürger Schulen angestellten Lehrer und Lehrerinnen besetze, so daß denselben dadurch eine das wissenschaftliche Streben und die Diensttreue fördernde Aussicht auf Verbesserung ihrer Einkommensbezüge eröffnet worden sei. Der Magistrat hat zu dem daraufhin von ihm ausgearbeiteten neuen Normaletat der bezeichneten Lehrergruppen folgende Bemerkungen zu machen: Ein bei den früheren Gehaltsätzen wohl nicht gehörig gewürdigter Grund, den Lehrern und Lehrerinnen an den gehobenen Mädchenschulen gegenüber ihren Kollegen an den Bürger Schulen eine bevorzugte Gehaltsstellung zu geben, liege darin, daß denjenigen Lehrkräften, die an einer in ihren Lehraufgaben über die Ziele der Bürger Schulen hinausgehenden Anstalt unterrichten, auch ein größeres Maß von Bildung beizubringen solle. Diese Erwägung führe dahin, das bisher befolgte Princip einer gleichmäßigen Bezahlung der Lehrer und Lehrerinnen an der einen, wie an der anderen Mädchenschule nicht beizubehalten, vielmehr die Gehaltsaufbesserungen für die Lehrer und Lehrerinnen an der zehnstufigen höheren Mädchenschule in etwas höher zu bemessen, wie diejenigen für die Lehrer und Lehrerinnen an der nur achtstufigen, in ihren Lehrzielen hinter der Schwesteranstalt erheblich zurückstehenden Mädchenschule. Aus denselben Erwägungen, die zur Beseitigung der besonders gehaltenen Gruppe der pro rectoratu geprüften Lehrer an der Oberrealschule geführt haben, werde diese Lehrergruppe auch hier auf den Ausßerbetat zu setzen sein mit der Maßgabe, daß denjenigen Lehrern, welche, nachdem sie die Rectorenprüfung bestanden haben, wissenschaftlichen Unterricht erteilen, neben den tarifmäßigen Gehaltsätzen besondere Gehaltszulagen bis zu 500 M bewilligt werden können. Der hier in Vorschlag gebrachte Normaletat werde, wenn der Termin seiner Einführung auf den 1. April d. Js. zurück-

bezogen werde, im laufenden Rechnungsjahre die finanzielle Wirkung haben, daß bei der höheren Mädchenschule 1200 M und bei der anderen Mädchenschule 650 M mehr zu verausgaben seien.

Hiernach beantragt der Magistrat, den vorgelegten Normaletat mit der Maßgabe zu genehmigen, daß den gegenwärtigen Inhabern der betr. Dienststellen die neuen Gehaltsätze und Gehaltsstufen nach Verhältniß ihres Dienstalters vom 1. April d. J. an gerechnet zu gewähren seien.

Der bisherige und der neu in Vorschlag gebrachte Normaletat der seminariisch gebildeten Lehrer und der Lehrerinnen an den beiden gehobenen Mädchenschulen stellt sich wie folgt:

1. Lehrer.

	Bisheriger Normaletat für beide Schulen		Neuer Normaletat für die höhere Mädchenschule		Mädchenschule	
	M		M		M	
Anfangsgehalt		1600		1600		1600
Nach 3 Jahren		1800		1800		1800
" 6 "		2000		2000		2000
" 9 "		2200		2300		2250
" 12 "		2400		2500		2450
" 15 "		2600		2700		2650
" 18 "		2800		2900		2850
" 21 "		3000		3100		3050
" 24 "		3200		3300		3200
" 27 "		3300		3400		3300

2. Ordentliche Lehrerinnen I. Classe.

	Bisheriger Normaletat für beide Schulen		Neuer Normaletat für die höhere Mädchenschule		Mädchenschule	
	M		M		M	
Anfangsgehalt		1200		1200		1200
Nach 3 Jahren		1350		1350		1350
" 6 "		1500		1500		1500
" 9 "		1600		1600		1600
" 12 "		1700		1700		1700
" 15 "		1800		1800		1800
" 18 "		1800		1900		1900
" 21 "		1800		2000		1900

3. Fachlehrerinnen.

Bisheriger Normaletat Neuer Normaletat
für beide Schulen

	<i>M</i>	<i>M</i>
Anfangsgehalt	1000	1000
Nach 3 Jahren	1100	1100
" 6 "	1200	1200
" 9 "	1300	1300
" 12 "	1400	1400
" 15 "	1400	1500

Die Schulcommission hat nach dem Berichte des Herrn Nolte über den Antrag verhandelt und ist, nachdem ihr einige Aufklärungen von dem Vertreter des Magistrats gegeben, einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, die Magistratsvorlage zur Annahme empfehlen zu müssen. Insbesondere habe der Herr Oberbürgermeister erklärt, daß die Anforderungen an die seminarisch gebildeten Lehrer und die Lehrerinnen der höheren Mädchenschule rücksichtlich ihrer wissenschaftlichen Leistungen erheblich höhere seien, als bei dem betr. Lehrpersonal der Mädchenschule.

Herr Löschigk gönnt dem Lehrpersonal der beiden Mädchenschulen die Gehaltserhöhung gern, muß aber bedauern, daß hieraus keine Konsequenzen für die Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen gezogen werden sollen. Auch wisse er nicht, warum man nun sogar drei Kategorien von Lehrern und Lehrerinnen schaffen wolle. Wenn bei solchem Vorgehen nicht eine Gehässigkeit und mindere Freudigkeit am Lehren bei den vielen leer ausgehenden städtischen Lehrern und Lehrerinnen Platz greife, sei es zu verwundern. Seiner Ueberzeugung nach seien alle drei Lehrerkategorien als gleichwerthig anzusehen, denn auch an den Bürgerschulen gelange kein Lehrer zur Anstellung, der nicht tüchtig sei. Letztere müssen mehr leisten, als die Lehrer an den Mädchenschulen, welche nur 40 Kinder gegen 60 Kinder in den Bürgerschulen zu unterrichten haben; er wolle aber umgekehrt lieber 60 Kinder in einer gehobenen Mädchenschulklasse, als 40 Kinder in der Volksschule unterrichten, zumal da bei den ersteren die Nachhülfe der Eltern wirksamer sei. Die beantragten Gehaltserhöhungen für die Lehrer müßten ein Aequivalent für erhöhte Leistungen sein und diese könne er nicht erblicken. Die Lehrer an den gehobenen Mädchenschulen fangen schon mit 1600 *M* Gehalt an und steigen bis 3300 *M*, während die Bürgerschullehrer mit 1350 *M* beginnen und mit 3100 *M* schließen; trotzdem aber wolle man diese Sonderstellung der ersteren noch verschärfen. Da er es mit seinem Gerechtigkeitsgeföhle nicht vereinbaren könne, einer solchen Vorlage zuzustimmen, so bitte er die Vorlage so lange zurückzustellen, bis auch den Bürgerschullehrern eine Aufbesserung zu Theil werden könne.

Herr Kiefe: Es sei voranzusehen gewesen, daß die vorige Verhandlung eine tiefe Mißstimmung unter den Bürgerschullehrern hervorrufen würde, obwohl Herr Lord erklärt habe, daß solche nicht zu befürchten sei. Diese Lehrer müßten auch auf einem sehr niedrigen Standpunkte stehen, wenn ein solches Vorgehen nicht auf sie einwirken sollte. Vom Magistrate sei wohl noch keine sonderbarere Erklärung abgegeben worden, als daß aus dieser Gehaltserhöhung keine Konsequenzen gezogen werden sollten, und müsse er dieses vom allgemeinen und vom moralischen Standpunkte aus entschieden zurückweisen. Wie erst jetzt bekannt geworden, unterrichten die Lehrer an den Bürgerschulen durchschnittlich 60 Kinder in einer Classe, während die Mädchenschullehrer 17 zu unterrichten haben, außerdem ertheilen diese 25 und jene 28 Stunden wöchentlich Unterricht, so daß die Bürgerschullehrer entschieden mehr zu thun haben. Wenn man sich aber auf den Standpunkt stelle, daß die Mädchenschullehrer, weil sie Kinder besser situirter Eltern unterrichten und sich daher in höheren Sphären zu bewegen haben, auch besser besoldet werden müßten, so dürfe man in der Dünkelhaftigkeit nicht zu weit gehen. Es sei ferner kein Grund, den Bürgerschullehrern eine Gehaltserhöhung vorzuenthalten, weil sie ihrer zu viele seien, sondern man müsse den Grundsatz aufrecht halten, was dem Einen recht, ist dem Anderen billig, und dürfe dabei die finanziellen Verhältnisse nicht mitsprechen lassen.

Herr Koch kann ebenfalls nicht für die Gehaltserhöhung eintreten, weil die Lehrer an den Mädchenschulen ihren Collegen an den Bürgerschulen gegenüber schon große Vorzüge besitzen. Ein Lehrer an den Bürgerschulen erhalte zuerst eine Hilfslehrerstelle, müsse dann ein Probejahr ableisten und werde erst darauf mit 1350 M angestellt, während ein Lehrer an den städtischen Mädchenschulen sofort mit 1600 M Anstellung erhalte. Betreffs ihrer Ausbildung stehen diese Lehrer keineswegs höher da, als die Bürgerschullehrer und sehe er nicht ein, weshalb man solche Ausnahmen schaffen wolle. In der Beamtenchaft komme es auch vor, daß Subalternbeamte mit höheren Beamten verkehren müssen, trotzdem erhalten aber jene aus diesem Grunde kein höheres Gehalt. Daß außerdem den Lehrern an den höheren Mädchenschulen mehr Gelegenheit zum Nebenerwerb geboten sei, als den Bürgerschullehrern, bedürfe keiner Erwähnung. Da nun ferner über kurz oder lang die Lehrer an den Bürgerschulen doch um Gehaltserhöhung einkommen würden, wenn diese Vorlage zur Annahme gelange, und die Stadt sich der Sache dann nicht entziehen könne, so bitte er um Ablehnung der Magistratsvorlage.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Magistrat habe die Vorlage eingebracht auf Grund des Beschlusses der Versammlung, daß eine mäßige Erhöhung des Gehaltstarifs für die Lehrer und Lehrerinnen an den Mädchenschulen keine

Consequenzen für die Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen hervorgerufen solle. Wenn jetzt verschiedene Herren sich auf einen anderen Standpunkt stellen, so wolle er darauf nicht weiter eingehen. Der Herr Referent habe ihn übrigens in der Commissionsitzung insofern mißverstanden, als er nicht gesagt habe, es würden an die Leistungsfähigkeit der Lehrer und Lehrerinnen an den Mädchenschulen größere Anforderungen gestellt, als an das Lehrpersonal der Bürgerschulen, denn dieses könnte so ausgelegt werden, als ob er damit hätte sagen wollen, daß erstere mehr leisten und tüchtiger seien als letztere. Das sei aber nicht seine Absicht gewesen, sondern er habe nur den schon einmal in der letzten Sitzung ausgesprochenen Grundsatz wiederholen wollen: je höher die Ziele einer Schule seien, desto wünschenswerther erscheine es auch, daß die besten Kräfte an ihr wirken. Herr Löschigt habe sich auf den Standpunkt der Minorität der vorigen Sitzung gestellt und wolle darnach die Vorlage so lange ablehnen, bis eine Vorlage auf Gehaltserhöhung für die Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen eingebracht werden könne. Man finde übrigens in allen Dienstzweigen des öffentlichen Lebens, daß in der Besoldung ein Unterschied gemacht werde auch bei Denjenigen, die eine gleiche Vorbildung genossen haben, je nach der Anforderung des betr. Amtes, welches sie bekleiden. Wenn Herr Riese meine, es sei unnötig, daß die Lehrer und Lehrerinnen an den Mädchenschulen größere Ansprüche zu befriedigen haben, so wolle er darauf erwidern, daß dieses doch nöthig sei, weil der Lehrkörper an den Mädchenschulen ganz anders zusammengesetzt sei, als bei den Bürgerschulen, denn an den Mädchenschulen gebe es zu verschiedene Arten von Lehrern, als Theologen, Philologen und andere Fachlehrer. Diese ganz heterogenen Lehrkräfte sollen aber einen einheitlichen Lehrkörper bilden und die nothwendige Folge davon sei, daß die sämmtlichen Lehrer und Lehrerinnen mit einander gleich stehen und sich gleich fühlen müssen, damit sie nicht allein dienstlich, sondern auch gesellschaftlich zu einander in Verkehr treten können, wodurch ihnen sicher größere Ausgaben verursacht werden. Wenn von Herrn Koch hervorgehoben sei, es wäre für die Lehrer an den Mädchenschulen schon ein Vorzug, daß sie mit einem Gehaltsfaze von 1600 M anfangen, so sei das gar kein Vorzug, weil diese Lehrer erst in einem höheren Lebensalter angestellt werden und daher leicht eine Verschlechterung statt einer Verbesserung der schon mit dem 25. Lebensjahre angestellten Bürgerschullehrer eintreten könnte, wenn diese zu einer der Mädchenschulen überträten. Herr Riese habe sich in seinen Ausführungen auch auf eine von einem Lehrer unterschriebene Eingabe bezogen, die auch ihm gestern zugesandt sei. Er habe indessen zu viel zu thun gehabt, als daß er sich schon hätte herbeilassen können, die Eingabe des Näheren zu prüfen; es seien darin aber manche Behauptungen enthalten, welche erst von anderer Seite beleuchtet werden müßten, denn einige sogenannte Klarstellungen in der Eingabe seien keine Klarstellungen, sondern Verdunkelungen

des wahren Sachverhaltes, welche theilweise auf ganz unrichtigen Voraussetzungen und Auffassungen beruhen. Er werde seine Stellung zu dieser Eingabe später nehmen und dieselbe entsprechend corrigiren.

Herr Nieß steht auf dem Standpunkte der Gegner der Vorlage. Obwohl er nicht gegen eine Aufbesserung der Lehrergehälter sei, so müsse er sich doch dagegen aussprechen, daß aus der großen Gruppe der seminariisch gebildeten Lehrer einzelne Abtheilungen mit Zulagen herausgezogen werden sollen, welche man anderen nicht bewilligen wolle, wodurch nur Zwiespalt und Unmuth in die Reihen der Lehrer getragen werde. Es sei auch darauf hingewiesen worden, daß die seminariisch gebildeten Lehrer an den Mädchenschulen höhere Dienste zu leisten hätten, als die Lehrer an den Bürgerschulen, das sei aber eine irrthümliche Auffassung selbst bei dem Magistrate, indem jene Lehrer nur bis zur fünften Classe unterrichten, während in den höheren Classen der Unterricht von Fachlehrern und Fachlehrerinnen erteilt werde. Man stelle also an die in Frage stehenden Lehrer keine höheren Ansprüche, als an die Bürgerschullehrer. In der letzten Sitzung habe er sich auch darüber belehren lassen müssen, daß nur einige wenige Lehrer der Bürgerschulen 28 Stunden wöchentlich unterrichten, darauf könne er jetzt erwidern, daß von 188 angestellten Lehrern 107 Lehrer wöchentlich 28 Stunden Unterricht erteilen. Ferner sei durch das an die Stadtverordneten versandte Schriftstück festgelegt worden, daß es an den 24classigen Schulen sogenannte schwebende Classen gebe, die überhaupt keinen Classenlehrer haben, wodurch die früher bewilligten Gehaltszulagen wieder eingebracht würden. Auch sei es weniger erbauend, wenn ein Lehrer 60 Kinder, die zum Theil wenig oder gar nicht im Hause vorbereitet seien, zu unterrichten habe, als wenn er 20 oder 30 Mädchen der höheren Mädchenschule unterrichte. Außerdem möchte er wohl wünschen, daß die Volksschullehrer den von ihnen zu unterrichtenden Kindern so gut wie möglich gegenübertreten, um schon durch ihr Auftreten zu zeigen, wie sich Jemand halten solle, da er es für unthunlich halte, daß eine Prämie darauf gesetzt werde, sich in den mittleren und unteren Bürgerschulen nachlässig zu halten. Endlich müsse er sich noch gegen eine Aeußerung wenden, gegen die auch der Schuldirector Schaar Schmidt schon Stellung genommen haben solle, daß nämlich zu den Lehrern der höheren Mädchenschulen die besten Kräfte der Bürgerschullehrer herangezogen würden. Wenn das wirklich der Fall sei, müsse die Versammlung dagegen protestiren, daß die besten Kräfte den Bürgerschulen entzogen würden und bei diesen der Abhub der Lehrer bliebe. An den Bürgerschulen müßten ebenso tüchtige Lehrer sein, als an den gehobenen Mädchenschulen. Alle diese Verhältnisse veranlaßten ihn, im Verein mit den Herren Bues, Ebeling, Lange, Meyerhoff und Wollenweber folgenden Antrag zu stellen:

„Die Versammlung wolle den vorliegenden Normaletat gegenwärtig ablehnen und den Magistrat ersuchen, bei Wiedervorlage desselben gleichzeitig einen neuen Normaletat für die Bürgerschullehrer vorzulegen“.

Der Herr Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß eine colossale Masse Schund unter den hiesigen Bürgerschullehrern vorhanden sein müßte, wenn die wenigen Lehrer, welche zu den gehobenen Mädchenschulen übergehen, bewirken könnten, daß in den Bürgerschulen nur Schund verbliebe.

Herr Halle stimmt der Ansicht des Herrn Löschigt bei, weil er nicht einsehen könne, weshalb diese eine Classe der Lehrer mit Gehaltszulagen herausgegriffen werden solle. Wenn Herr Lord in der vorigen Sitzung gesagt habe, die Bürgerschullehrer würden mit ihren Ansprüchen einstweilen zurückhalten, so glaube er das wohl, jedoch sei für ihn die Vorlage dadurch nicht annehmbarer geworden. Daher möchte er bitten, die Gehaltserhöhung zurückzustellen, bis den sämtlichen Lehrern eine Aufbesserung gegeben werden könne.

Herr Günther hat seine Meinung schon in der vorigen Sitzung dahin ausgesprochen, daß er der Vorlage zustimmen werde, wenn aus derselben die vom Magistrat gewünschten Consequenzen nicht gezogen würden. Unbegreiflich sei es ihm, wie man an die Versammlung derartige Forderungen stellen könne, da sich die finanzielle Lage in Braunschweig nie bessern werde (Widerspruch) und die Bürgerschullehrer demnach niemals eine Gehaltsaufbesserung erfahren könnten. So lange diese Consequenzen gezogen werden, könne er also dem Antrage nicht zustimmen. Schon in der vorigen Sitzung habe er bezweifelt, daß die Lehrer der Gemeindeschulen mit einer Gehaltsaufbesserung warten wollten, bis die finanzielle Lage der Stadt sich gebessert habe, und das an die Versammlung gerichtete Schreiben der Lehrerschaft beweise, wie Recht er gehabt habe. Wenn auch an eine Zahl seminarisch gebildeter Lehrer der Mädchenschulen höhere Anforderungen in Bezug auf ihre Studien gestellt werden möchten als bei den Bürgerschulen, so lasse sich daraus doch nicht folgern, daß die Lehrer an den Bürgerschulen geringer bezahlt werden könnten, zumal da von diesen eine höhere Arbeitsleistung gefordert werde, und es auch anstrengender sei, die Kinder in den unteren Schulen zu unterrichten. Wenn noch gesagt sei, daß die Töchtereschullehrer besser gekleidet sein und gesellschaftlich eine bessere Stellung einnehmen müßten, so sei das durchaus nicht der Fall, auch brauchten sie für ihre Lebenshaltung nicht mehr, als die anderen Lehrer, da beide Kategorien ihren Kindern kein Handwerk lernen lassen wollten. Die jetzt gültige Gehaltskala für die Bürgerschullehrer halte er außerdem für vollständig verkehrt, weil dieselben in den ersten sechs Jahren eine zu geringe Gehaltssteigerung erhalten. Viel besser würde es sein, die Steigerung in den ersten Jahren stärker wachsen, sodann eine Stockung eintreten zu lassen und darauf das Gehalt nochmals zu steigern, damit der verheirathete Lehrer im Stande sei, für seine Kinder,

wenn sie klein seien, oder sich später verheirathen bezw. studiren wollen, besser zu sorgen. Er schließe sich dem Antrage Böschigt an.

Herr Südel würde es ebenfalls für wünschenswerth halten, wenn den gesammten Bürgerschullehrern Gehaltserhöhungen bewilligt werden könnten. Der Wunsch, den Lehrern der gehobenen Mädchenschulen eine Gehaltserhöhung zu Theil werden zu lassen, sei dem Umstande entsprungen, daß die academisch gebildeten Lehrer derselben Anstalten eine Erhöhung der Gehaltskala erfahren haben und diese Lehrer nun leer ausgehen sollen. Der hier verschiedentlich ausgesprochenen Ansicht, daß die seminarisch gebildeten Lehrer der gehobenen Mädchenschulen nicht mehr leisten, als die Bürgerschullehrer, stimme er vollständig bei, nichts destoweniger müsse man auf die vorliegenden Verhältnisse Rücksicht nehmen. Daher bitte er, der in der vorigen Sitzung im Principe beschlossenen Erhöhung der Gehälter zuzustimmen.

Herr Nolte fühlt sich verpflichtet namens der Commission noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Vorlage allein dem Wunsche der Versammlung entsprungen sei, die seminarisch gebildeten Lehrer an den gehobenen Mädchenschulen nicht dadurch vor den Kopf zu stoßen, daß die academisch gebildeten Mitglieder derselben Lehrkörper, sowie die sämtlichen Lehrer der Oberrealschule eine Gehaltserhöhung erfahren haben und nur sie leer ausgehen sollen. Die Schulcommission habe nach dem Beschlusse der Versammlung vom 21. Mai d. Js. auch keine Veranlassung gehabt, auf die heute zur Sprache gebrachten principiellen Fragen näher einzugehen. Der Grundsatz lasse sich aber nicht abweisen, daß die seminarisch gebildeten Lehrer an den höheren Schulen eine andere Stellung als ihre Kollegen an den Bürgerschulen einnehmen. Man müsse insbesondere berücksichtigen, daß erstere, gerade weil der Lehrkörper der gehobenen Schulen aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt sei und die wissenschaftlich gebildeten Mitglieder des Lehrkörpers eine erheblich höhere Besoldung erhalten, thatsächlich zu größeren Ausgaben veranlaßt werden, welche den Bürgerschullehrern nicht erwachsen. Damit habe aber seitens der Commission durchaus nicht behauptet werden sollen, daß nun die Elementarlehrer an den gehobenen Mädchenschulen auch wirklich eine gegenüber den Bürgerschullehrern bevorzugte Classe von Lehrern seien. Wenn aber die Versammlung aus den mehrfach angeführten Gründen die Vorlage rücksichtlich der seminarisch gebildeten Lehrer nicht annehmen sollte, so bitte er, wenigstens die Aufbesserung der Gehälter der Lehrerinnen zu beschließen. In dieser Beziehung wolle er noch darauf hinweisen, daß nach der Angabe des Magistrates diesen Lehrerinnen allerdings ein erheblich höheres Maß an geistiger Arbeit zugemuthet werde, als den Lehrerinnen der Bürgerschulen, insofern, als erstere auch vielen Sprachunterricht erteilen müssen. Gerade die Lehrerinnen an den höheren Mädchenschulen seien aber in manchen anderen Städten günstiger gestellt als hier. Vom Magistrate sei auch der Umstand

mit in Erwägung gezogen, daß die Lehrerinnen an der städtischen Mädchenschule nicht ein solches Maß wissenschaftlicher Thätigkeit zu leisten haben, als die Lehrerinnen an der höheren Mädchenschule, und seien deshalb letztere in dem Höchstgehaltssatze um 100 M. besser gestellt als erstere. Hiermit könne sich die Commission nur einverstanden erklären. Die Fachlehrerinnen seien dagegen an beiden Schulen gleichgestellt, weil der Unterricht für diese auch an den beiden Schulen ein gleicher sei.

Herr Hauswaldt wird der Vorlage zustimmen, ob mit oder ohne „Consequenzen“ sei ihm gleich, und zwar im Interesse der hiesigen Bürgerschullehrer. Wie er den Ausführungen der verschiedenen Herren entnommen habe, seien auch sie von Lehrern aufgesucht und informiert. Er habe den betreffenden Herren aus der Lehrerschaft gesagt, daß die den Mitgliedern der Versammlung zugegangene Auslassung des Lehrers vom Standpunkte des Realpolitikers aus ihm bedauerlich erscheine, denn wenn man die Frage beantworten wolle, wie man zuerst zu höheren Gehältern für die Bürgerschullehrer gelange, müsse man sagen: nur dadurch, daß man dieser Vorlage keinen Stein in den Weg lege. Die mit der Vorlage verknüpften Consequenzen seien für ihn gar nicht so schlimm, indem er bereit sei, an Consequenzen zu versprechen, was man wolle, denn er sei sicher, daß in den nächsten Jahren die Gehaltserhöhungen für die Bürgerschullehrer doch kommen. Wenn man heute die Gehaltserhöhung ablehne, werde es unendlich viel schwieriger sein, dieselbe später für den großen Lehrkörper der Bürgerschulen herbeizuführen. Bei Gehaltserhöhungen dürfe man sich nicht von dem Einen auf den Anderen beziehen, weil solche Vergleiche immer zweifelhafter Natur seien und der wirkliche Grund in der Bedürfnisfrage liege. Er wolle gern zugeben, daß für die Bürgerschullehrer eine Gehaltserhöhung wünschenswerth sei, wenn das aber augenblicklich wegen der finanziellen Lage der Stadt nicht geschehen könne, so sei er doch fest überzeugt, daß die Frage nicht einschlafen werde und zwar am wenigsten, wenn die jetzigen Magistratsvorschläge zur Annahme gelangen. Deshalb bitte er dringend, im Interesse der hiesigen Bürgerschullehrer die Magistratsvorlage anzunehmen, und wenn der Magistrat nicht anders wolle, auch mit der „Consequenz“, die ihm keine grauen Haare mache. Gegenüber der von Herrn Niese in erregter Weise gethanen Aeußerung daß er begreifen könnte, wenn die Bürgerschullehrer, falls sie keine Gehaltszulage erhalten, die Liebe zu ihrem Amte verlören, wolle er bemerken, daß er zu hoch von diesen Lehrern denke, als daß er annehme, diese Frage könne Einfluß haben auf ihre Liebe zur Thätigkeit und zum Amte. Im Interesse der Lehrer und vom reinen practischen Standpunkte aus bitte er um Annahme der Vorlage.

Herr Oberbürgermeister Pöckel: Wenn Herr Niese sage, die seminarisch gebildeten Lehrer an den gehobenen Mädchenschulen unterrichteten in den Elementen genau so, wie die Bürgerschullehrer, und es liege deshalb keine Veranlassung vor,

sie besser zu besolden, als die Letzteren, so sei das nicht richtig. Bei den Mädchenschulen müsse der Unterricht in den Elementen viel intensiver ertheilt werden, als bei den Volksschulen, weil jene Schulen zu viel Zeit auf die fremden Sprachen, auf Physik, Litteratur u. zu verwenden haben, und daher der Unterricht in den Elementen auf einen ganz kurzen Zeitraum beschränkt werden müsse, während man in den Bürgerschulen viele Jahre darauf verwenden könne. Auf eine Entgegnung auf die einigermaßen bedenklichen Aeußerungen des Herrn Hauswaldt wolle er verzichten. Dem Herrn Vorsitzenden möchte er aber anheimgeben, eine getrennte Abstimmung über die Gehaltserhöhung für die Lehrer und die Lehrerinnen vorzunehmen zu lassen, weil die Lehrerinnen einer Gehaltserhöhung im mäßigen Grade besonders bedürftig seien, nicht allein aus dem vom Herrn Referenten angeführten Grunde, weil sie zu einem großen Theile in fremden Sprachen unterrichten, sondern auch, weil sie sich durch Studienreisen u. auf der Höhe erhalten müssen. Die Fachlehrerinnen stehen sich aber z. B. unter Umständen schlechter, als ihre Colleginnen an den Bürgerschulen, weil diese nach Verhältniß der ertheilten Unterrichtsstunden besoldet werden und jene im festen Gehalte stehen. Da für eine Stunde 32—48 M an den Bürgerschulen bezahlt werden, so könne hier eine Fachlehrerin schon nach wenigen Jahren den Satz von 1200 M erreichen, wenn sie 30 Stunden zu unterrichten vermöge. Bei der Pensionirung werde die von einer solchen Lehrerin ertheilte höchste Stundenzahl eines Jahres zu Grunde gelegt, so daß sie sich hierbei unter Umständen ungleich besser stehe, als eine gleiche Lehrerin an der höheren Mädchenschule.

Herr Löschigt bittet, die Zulagen für die Lehrerinnen anzunehmen, für die Lehrer aber heute abzulehnen. Da sich erhoffen lasse, daß sich die finanzielle Lage der Stadt schon in einem Jahre bessere (Widerspruch), so könnten dann die sämtlichen seminarisch gebildeten Lehrer mit Zulagen bedacht werden. Gegenüber dem Herr Referenten wolle er noch bemerken, daß der betr. Beschluß in der vorigen Sitzung nur mit knapper Mehrheit gefaßt sei und an denselben bei Beurtheilung dieser Vorlage Niemand sich zu binden brauche.

Herr Günther kann die Ausführungen und Consequenzen des Herrn Hauswaldt nicht für richtig halten, da der einmal zugestandene Vorbehalt des Magistrates beachtet werden müsse, sobald die Vorlage zur Annahme gelange. Er finde es auch nicht schön, daß man eine Aufbesserung der Gehälter für die Lehrer an den höheren Schulen für nothwendig halte, während man den übrigen Lehrern und den Lehrerinnen sage, es solle für sie erst dann etwas gethan werden, wenn solches die finanziellen Verhältnisse gestatten. Bei getrennter Abstimmung könne er wohl für die Gehaltserhöhung hinsichtlich der Lehrerinnen stimmen, sofern nicht auch hieraus keine Consequenzen für die Lehrerinnen an den Bürgerschulen

gezogen werden dürfen. Sollte die Sache anders liegen, könnte er auch dieser Gehaltsaufbesserung nicht zustimmen, um sich nicht die Hände zu binden.

Der Herr Vorsitzende kann den Antrag Nieß nicht als Amendement zu dieser Vorlage betrachten, zumal da auch die finanziellen Ergebnisse des Antrages so bedeutend seien, um eine Vorberathung desselben nothwendig zu machen. Er überweise den Antrag daher der Schulcommission zur Vorberathung.

Bei der nun folgenden Abstimmung über die Magistrate'svorlage wird der neue Normaletat für die seminarisch gebildeten Lehrer an den gehobenen Mädchen-schulen mit 18 : 13 Stimmen abgelehnt; dagegen der neue Normaletat für die ordentlichen Lehrerinnen I. Cl. mit 21 : 10 Stimmen und derjenige für die Fachlehrerinnen mit 22 : 9 Stimmen angenommen.

XII. Terrainaustausch am Werder.

Nach dem Ortsbauplane ist von dem Grundstücke Werder N. 32 eine Fläche von 5,2 qm der Stadt abzutreten. Die Eigenthümer erklären sich damit einverstanden, daß diese Fläche der Stadt unentgeltlich überwiesen werde, sofern letztere bereit sei, ihnen von dem angrenzenden städtischen Bauplatze eine gleich große Fläche zu überlassen.

Dem Antrage des Magistrates, sich hiermit einverstanden zu erklären, schließt sich die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtet, an.

XIII. Regulirung des Grundstücks des ehem. Husarenpferdestalles am Augustplaze.

Der Magistrat giebt anheim, zu genehmigen, daß den Finiüber'schen Erben gegen Abtretung einer Theilfläche von 8,2 qm des Grundstücks N. 20 eine Fläche von 6,5 qm des Grundstücks des ehemaligen Husarenpferdestalles am Augustplaze nebst der darauf stehenden Mauer und außerdem den Eheleuten Binder eine 3 qm große Fläche dieses Grundstücks nebst der auf dieser Fläche stehenden Mauer zum Preise von 35 M für 1 qm überlassen werde. Die Entscheidung darüber, bis wann die Binder'schen Eheleute den Kaufpreis zu zahlen haben, bittet der Magistrat ihm zu überlassen. Eine Auflassung der Fläche soll erst nach Zahlung des Preises erfolgen.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr U h d e die Genehmigung der Vorlage, welche darauf von der Versammlung gutgeheißen wird.

XIV. Neuaußstellung und Verfassung von Straßenlaternen.

Behufs der alljährlich stattfindenden allgemeinen Erweiterung bezw. Verbesserung der Straßenbeleuchtung beabsichtigt der Magistrat 25 Candelaberlaternen,

4 Wandlaternen, 6 Candelaberlaternen mit Glühlicht, 1 Wandlaterne mit Glühlicht und 11 Petroleumlaternen neu aufzustellen, sowie 17 Laternen zu versehen. Außerdem sind zur Beleuchtung des Bürgerparks 8 Candelaberlaternen und 4 Wandlaternen aufgestellt, deren Beleuchtungskosten von dem Pächter des Parkhauses vergütet werden. Der Magistrat giebt anheim, die gesamten Einrichtungskosten mit 6059 M zu bewilligen. Die Beleuchtungskosten für die 17 neuen Laternen werden jährlich 3290 M betragen.

Die Laternen sollen folgende Plätze erhalten: a. Candelaberlaternen je 1 auf der Roß- und der Kreuzstraße, je 3 auf der Goßlarischen und der Juliusstraße, je 2 auf der Salzdhallumer- und der Hilbesheimerstraße und je eine auf der Catharinen-, Wendenmaisch-, Spargel-, Carl- und Grünstraße, sowie an der Wilhelmthorpromenade und der Dttmerbrücke; b. Wandlaternen 3 auf der Wendenstraße und 1 auf der Ritterstraße; c. Candelaberlaternen mit Glühlicht 2 auf dem Bohlwege und je 1 auf dem Regidienmarkte, der Abelnlarre, der Ehrenbrechtstraße und der Theaterpromenade; 1 Wandlaterne mit Glühlicht an der Ecke von Rosenhagen und Stobenstraße; endlich Petroleumlaternen je 3 an der Gliesmaroberstraße und im Hasenwinkel, je 2 an der Frankfurterstraße und dem Bültenwege und 1 an der Vienenstraße.

Herr Wagner bittet namens der Finanzcommission, den Anträgen zuzustimmen und die Bewilligung der geforderten Beträge auszusprechen.

Herr Rieke will an der Vorlage im Allgemeinen nichts bemängeln, zumal da man der Deputation vertrauen müsse, daß sie die richtigen Stellen für die Laternen ausgesucht habe. Bedauern wolle er nur, daß man im Bürgerparke Petroleumlaternen aufgestellt habe, welche der Pächter, da deren Kosten auf seine Rechnung gehen, nicht anzünden lasse. Außerdem habe er zu rügen, daß es in der Nähe des Parkhauses nach der Bedürfnisanstalt rieche, daß das Parkhaus selbst mehr oder weniger starke Risse zeige und daß an Stelle der alten unbrauchbaren Defen moderne Defen aufgestellt werden müßten. Endlich bedaure er, daß der schönste Platz im Bürgerparke an die Töchter besitzender Eltern zu Spielen vermietet sei.

Der Herr Vorsitzende unterbricht den Redner mit dem Bemerken, daß diese Sachen nicht zu dem vorliegenden Gegenstande der Tagesordnung gehören.

Herr Meyerhoff bittet, die Frage der Beleuchtung des Langencampes zu prüfen.

Herr Lange bedauert, auf die Aeußerungen des Herrn Rieke bezüglich des Parkhauses nach der Geschäftsordnung nicht antworten zu können. Was die Aufstellung von Petroleumlaternen im Bürgerparke anlange, so werde es von dem

Promenadeninspector Kreiß für bedenklich gehalten, dort Gasröhren zu legen, weil die Pflanzen darunter leiden sollen. Eine Besserung lasse sich deshalb erst dann erwarten, wenn einmal die elektrische Beleuchtung eingeführt sei.

Herr Nieß möchte anfragen, weshalb die Theatercandelaber noch keine Glühlampen haben und daher immer noch den Steinweg hinunterdüstern.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß die Herzogl. Hofhaltung vor einigen Tagen gebeten sei, die Umwandlung der Laternen zu gestatten.

Herr Günther möchte mehr Licht auf dem Leonhardplatz haben, welcher Nachts in vollständiges Dunkel gehüllt sei.

Herr Baumeister bittet, auf der Gliesmaroderstraße keine Petroleum-, sondern Gaslaternen anzubringen, da der Verkehr dort eine bessere Beleuchtung erheische.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XV. Vertrag mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft.

Die hiesige Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat in Sachen der Einführung des elektrischen Betriebes ein Project eingereicht, gegen welches der Magistrat, abgesehen von geringfügigen, seitens der Gesellschaft gutgeheißenen Aenderungen, in der Föhrung der einzelnen Linien nichts zu erinnern findet. Die Forderung des Magistrates, daß wie auf den vorhandenen, so auch auf den neuen Linien der Bahnkörper in voller Breite gepflastert werde, glaubt die Gesellschaft wegen der damit verbundenen hohen Kosten nicht erfüllen zu können. Diese Kosten sind von der städtischen Bauverwaltung auf rund 200 000 M veranschlagt worden. Da für dieselben bei dem Erlöschen der Concession stadtseitig Ersatz nicht geleistet wird, so kann die ablehnende Haltung der Gesellschaft nach der Ansicht des Magistrates als ungerechtfertigt nicht erachtet werden. Andererseits könne aber auch die Stadt auf die Pflasterung des Bahnkörpers nicht verzichten, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wolle, die Pflasterkosten demnächst selbst bezahlen zu müssen. Unter diesen Umständen hat der Magistrat, um das Unternehmen nicht scheitern zu lassen, abermals in einer Verlängerung der mit dem 31. März 1929 ablaufenden Concession den von der Gesellschaft schon früher erbetenen Ausgleich der beiderseitigen Interessen suchen zu sollen geglaubt und mit der Gesellschaft vereinbart, daß die Dauer der jetzigen Concession um fünf Jahre, also bis zum 31. März 1934 verlängert werde. Demgemäß hat der Magistrat den Entwurf eines neuen Concessionsvertrages aufgestellt, mit dessen einzelnen Bestimmungen sich der Vertreter der Gesellschaft einverstanden erklärt hat, abgesehen von der im §. 14 enthaltenen Vorschrift, daß die Gesellschaft die Stadt auch in dem Falle vertreten soll, wenn

wegen eines durch Umstürzen eines Baumes veranlaßten Unglücksfalles bei dem Betriebe der Bahn Entschädigungsforderungen gegen die Stadt erhoben werden sollten. Diese Vorschrift möchte indessen der Magistrat nicht fallen lassen, zumal die Gesellschaft die in Rede stehende Gefahr dadurch vermeiden kann, daß sie an den wenigen Tagen, an denen erfahrungsmäßig in Folge starken Sturmes die Linden an der Wolfenbüttlerstraße gefährdet sind, den Betrieb auf der fraglichen Linie einstellt.

Der Magistrat ersucht um Genehmigung des Vertragsentwurfes.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorlage Herr Wolff: Der hier vorliegende und jedem Mitgliede der Versammlung zugestellte Vertragsentwurf entspreche gegenwärtig, abgesehen von seiner Behandlung in der Statutencommission, nicht ganz dem früheren Standpunkte der betheiligten Organe insofern, als mehrfach Anträge auf Abänderung gestellt seien. Alle diese Anträge seien aber keineswegs so wesentlicher Natur, als daß dieselben nicht während der Beleuchtung des Vertrages im Einzelnen zum Vortrage gebracht werden könnten. Nur ein Punkt, die weitere Verlängerung der Concessionsdauer um 5 Jahre, sei so bedeutungsvoller Art, daß er aus dem Rahmen der übrigen Verhandlungen herausgenommen werden müsse. Die Commission habe sich hierbei auf den Standpunkt des Magistrates gestellt. Wenn an dieser Stelle auch schon wiederholt die Rede davon gewesen sei, daß der öffentlichen Meinung nur mit Vorsicht ein Platz in den Entschlüssen der Versammlung gewährt werden könne, so gebe es aber doch Fälle, wo die Versammlung entschieden der öffentlichen Meinung Rechnung tragen müsse. Ein solcher Fall liege hier vor. Für jeden Einsichtigen sei unverkennbar, daß die gesammte Bevölkerung der Stadt den außerordentlich starken Wunsch habe, mit einem großen Netze electricischer Straßenbahnen versehen zu werden. Dieses Verlangen sei so groß, daß bei dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen und in Erwägung der vom Magistrate vorgeführten Gründe die Concessionsverlängerung wohl bewilligt werden müsse. Die Statutencommission sei der Ansicht, daß es unverantwortlich sein würde, deshalb die Verhandlungen scheitern zu lassen, und sie gebe daher anheim, die Verlängerung zu genehmigen. Was den Vertrag selbst anbelange, so müsse die Commission sagen, daß es dem Magistrate gelungen sei, einen Vertrag herzustellen, welcher die Interessen der Stadt im Allgemeinen decke, und wenn die Commission in einzelnen Punkten desselben kleine Abänderungen vorschläge, so thue das dem Vertrage an sich keinen Eintrag. Die Stadt werde durch den Vertrag nach jeder Richtung hin genügend geschützt und es sei wirklich anerkennenswerth, daß dieses in der vorliegenden Weise gelungen sei.

Zu den §§. 1 und 2 des Vertrages übergehend, müsse erwähnt werden, daß naturgemäß die einzelnen Bewohner der Stadt Sonderwünsche in Bezug auf die

Legung der verschiedenen Linien haben. Die Commission sei der Ansicht gewesen, daß hierbei allein das öffentliche Interesse entscheiden müsse und dieses durch die in Vorschlag gebrachte Führung der Linie allseitig gewahrt erscheine. Auch wolle er darauf aufmerksam machen, daß trotz der oberirdischen Zuleitung doch eine thunlichste Schonung der Plätze der Innenstadt, speciell des Altstadtmarktes und des Hagenmarktes, ermöglicht werde. Im Uebrigen habe die Statutencommission gar keinen Wunsch in Bezug auf die Aenderung der Linienführung.

Herr Bauermeister muß es für ein Unrecht halten, daß die Carlstraße von der Straßenbahn befahren werden solle. Diese Straße sei nur 6 m breit, während die Gliesmaroderstraße eine Breite von 11—12 m besitze und bei ihrer Benutzung auch die kurzen Curven vermieden würden. Außerdem könne man im letzteren Falle die Straßenbahn vom Büldenwege aus übersehen und sich über deren Fahrt besser orientiren. Deshalb bitte er, die Bahn von vornherein über die Gliesmaroderstraße zu leiten.

Herr Wolff erwidert, daß die Anwohner beider Straßen Eingaben an den Magistrat gerichtet hätten und auf Grund derselben Verhandlungen über die Frage stattgefunden haben. Von der Verwaltung der Straßenbahn und auch vom Magistrate sei hierbei erwogen worden, daß die Wahl der Carlstraße insofern einen Vortheil von allgemeinerem Interesse biete, als sie für die Bewohner des in der Erschließung begriffenen, südlich von der Carlstraße gelegenen Stadttheils bequemer liege, als die Gliesmaroderstraße. Der Straßenbahn-Verwaltung solle es außerdem überlassen bleiben, diese Linie entweder über die Bindestraße, oder aber nach Fertigstellung des weiteren Tractus der Bodestraße erst über diese der Gliesmaroderstraße zuzuführen. Außerdem solle auch die außerordentliche Wagenfrequenz der Gliesmaroderstraße einen wesentlichen Grund gegen die volle Benutzung derselben durch die Straßenbahn bilden. Im Uebrigen habe die Gesellschaft erklärt, es sei ihr ganz gleich, welche Strecke gewünscht werde, sie füge sich hier ganz den Wünschen des Magistrates.

Herr Meyerhoff hält es für verkehrt, für die Straßenbahn eine Nebenstraße zu wählen, wo eine breite Hauptstraße vorhanden sei. Vor allen Thoren würden die Hauptstraßen benutzt und nur hier wolle man eine Nebenstraße nehmen, in welcher es von einer Curve in die andere übergehe. Dem Districte um die neue Schule herum könne er gar keine besondere Bedeutung beimessen. Was die Frequenz auf beiden Straßen betreffe, so behaupte er, daß die meisten leichten Fuhrwerke, also die schlimmsten Gegner der Straßenbahn, von der Gliesmaroderstraße in die Bindestraße einbiegen und dann die Carlstraße hinunterjagen. Letztere sei außerdem namentlich unten sehr schmal und könnten viele Jahre hingehen, ehe sie dort verbreitert würde. Für noch verkehrter müßte er es halten,

wenn die Straßenbahn später durch die Bodestraße geführt werden sollte. Der richtige natürliche Weg sei und bleibe die Gliesmaroderstraße.

Herr Bues schließt sich diesen Ausführungen an. Die Gegend um die neue Schule herum könne auf die Führung dieser Linie über die Carlstraße schon deshalb keinen Einfluß ausüben, weil auch die Kaiser-Wilhelmstraße eine Linie erhalte und diese dann für die Gegend ebenso nahe liege, wie die Carlstraße.

Herr Löschigk ist der gleichen Meinung. Man müsse außerdem berücksichtigen, daß die Einbiegung von der Gliesmaroderstraße in die Carlstraße den Verkehr erschweren und gefährbringend machen würde, weil sich die Strecke nicht frühzeitig genug übersehen lasse, auch würde bei der Verlegung einer Weiche in die Bindestraße dort kein Platz für die Anwohner übrig bleiben, Kohlen und sonstigen Hausbedarf abladen zu können. Im Interesse der Bahnverwaltung und auch im allgemeinen Verkehrsinteresse liege es, die Linie ganz über die Gliesmaroderstraße zu leiten.

Herr Nieß bittet ebenfalls, das Wort „Carlstraße“ ganz zu streichen. Neu und wenig begründet erscheine es ihm, daß man mit der Bahnlinie dem stärkeren Verkehr ausweichen wolle. Wenn dieser Grund gelten solle, dürfe man in der Sonnenstraße auch keine Bahnlinie haben, und die Gliesmaroderstraße sei doch bei schwächerem Verkehr noch erheblich breiter als die Sonnenstraße. Es scheinen ihm daher andere Gründe maßgebend gewesen zu sein, welche die Carlstraße in den Entwurf gebracht haben.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will hierzu bemerken, daß der Magistrat seinerseits anerkannt habe, es erscheine wünschenswerth, diejenige Straße zu wählen, auf welcher sich der weniger starke Lastenverkehr bewege, und das sei unbestritten die Carlstraße. Hinterher seien die Anwohner der Gliesmaroderstraße gegen diese Wahl vorstellig geworden und darauf sei eine Gegenvorstellung von Anwohnern der Carlstraße eingegangen. Die Straßenbahn-Gesellschaft habe die Carlstraße gewählt, weil sie dichter bewohnt sei, als die Gliesmaroderstraße. Der Magistrat habe sich im Allgemeinen auf den Standpunkt gestellt, daß er bei dem Wunsche der Gesellschaft, auf diese oder jene Straße ein Gleis legen zu wollen, nur zu prüfen habe, ob dieses zulässig sei, oder ihm ein öffentliches Interesse entgegenstehe. Wenn dieser Grund versage, genehmige er den Antrag. Uebrigens solle der Gesellschaft nur dann das Recht zustehen, das Gleis durch die Bodestraße zu legen, wenn dieselbe bis dahin schon angelegt sein sollte, nicht aber werde beabsichtigt, später eine Umlegung des Gleises der Bindestraße vorzunehmen.

Herr Uhde möchte wünschen, bei Legung der Gleise auf dem Ruhfäutchen-Platze zu berücksichtigen, daß dort vielleicht das Herzog-Wilhelm-Denkmal Aufstellung finde.

Herr Wolff will noch besonders hervorheben, daß die von den Anwohnern der Gliesmaroder- und der Carlstraße vorgebrachten Gründe in der Commissionsverhandlung eingehend geprüft seien und daß die Commission mit dem Magistrate die Führung über die Carlstraße für practischer gehalten habe, nachdem die Straßenbahn-Gesellschaft die Wahl den städtischen Behörden vollständig überlassen habe. Herrn Nieß wolle er erwidern, daß zweifellos die Bahnlinie durch eine weniger frequenten Parallelstraße der Sonnenstraße gelegt sein würde, wenn eine solche vorhanden wäre.

Herr Günther muß es für überflüssig halten, hierüber so lange zu verhandeln, da es schließlich ganz gleich sei, über welche Straße die Bahnlinie geführt werde. Jedenfalls habe die Carlstraße auch viel für sich.

Herr Meyerhoff ist der Ansicht, daß die Gliesmaroderstraße mindestens ebenso stark bevölkert sei, als die Carlstraße, und dieser Grund daher für letztere wegfallen. Wenn man zwei Parallelstraßen habe, so nehme man für die Straßenbahn doch nicht die schmalere, sondern die breitere Straße, und würde man über einen entgegenstehenden Beschluß der Versammlung in wenigen Jahren schon lachen. (Widerspruch.) Hätte man eine Parallelstraße, so würde beispielsweise auch die Neuestraße nicht befahren werden. Der Wagenverkehr auf der Gliesmaroderstraße sei auch nicht so schlimm, um deshalb die Carlstraße wählen zu müssen, und die gerade Straße bleibe für die Straßenbahn doch immer die beste.

Herr Löschigt bittet nochmals, die Carlstraße schon im Interesse der Sicherheit des Verkehrs zu wählen, und werde diese Wahl auch für die Gesellschaft keinen Unterschied in der Einnahme ergeben.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß ein Schlußantrag eingegangen sei. Da sich Niemand gegen den Schluß wendet, gilt der Antrag als angenommen. Aus practischen Gründen möchte er anheingeben, nicht etwa zu beschließen, die Carlstraße in dem Entwurfe zu streichen, sondern event. den Magistrat zu ersuchen, mit der Straßenbahn-Gesellschaft zu vereinbaren, daß die eine oder die andere der beiden Straßen gewählt werde, soweit dieser Wahl nicht besondere Schwierigkeiten entgegenstehen.

Die Versammlung entscheidet sich in diesem Sinne mit 17 : 14 Stimmen für die Gliesmaroderstraße.

Herr Günther möchte bitten, viel mehr zweigleisige Strecken vorzusehen, weil sonst der Betrieb doch nicht schneller als bei der Pferdebahn abgewickelt werden könne. Wenn er auch wisse, daß viele Straßen der Innenstadt zu schmal seien, um die Legung von zwei Schienensträngen zu ermöglichen, so wolle er doch

darauf hinweisen, daß es noch eine Menge der in Frage kommenden Straßen gebe, auf welchen recht gut Doppelgleise liegen könnten. Sollte sich dieses aber trotzdem nicht ermöglichen lassen, so empfehle er, wenigstens darauf hinzuwirken, daß möglichst viele Weichen eingerichtet werden, damit ein Wagen bis zu einer der folgenden Weichen fahren könne, sofern der Gegenwagen sich verspätet habe.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß die Deputation ihr Augenmerk ebenfalls auf Doppelgleise gerichtet habe, daß sich aber hierzu z. B. wohl keine Gesellschaft bereit finden lasse und man sich mit dem begnügen müsse, was geboten werde. Auf dem Steinwege sei nur deshalb ein Doppelgleis vorgesehen, weil dort zwei verschiedene Linien laufen. Uebrigens sei eine Versäumniß bei dem electrischen Betriebe viel leichter einzuholen, als bei dem Pferdebahnbetriebe. Wenn der Verkehr sich steigere, werde die Gesellschaft es schon nicht an der Legung von Doppelgleisen fehlen lassen.

Herr Schmidt möchte fragen, was zu geschehen habe, wenn die Electricität durch eine andere Betriebskraft überboten werde, ob dann die Verhandlungen mit der Gesellschaft wieder von vorn anfangen, oder ob dieselbe in der Lage sei, diesen Betrieb ohne Weiteres einführen zu dürfen.

Herr Bürgermeister Metemeyer entgegnet, daß bei dem Auffinden einer besseren Betriebskraft nicht nur die Stadt diese fordern, sondern auch die Gesellschaft im eigensten Interesse sie einführen werde. Eine derartige Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, habe keinen Zweck.

Herr Wolff muß es auch für unthunlich halten, eine solche Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen. Die Gesellschaft werde eine bessere Betriebskraft schon im eigensten Interesse selbst einführen.

Zum §. 3 des Vertragsentwurfes findet sich nichts zu bemerken.

Für den §. 4 Absatz 3 wird folgende Fassung vorgeschlagen:

„Der Stadt Braunschweig bzw. dem Staate wird das volle und uneingeschränkte Eigenthumsrecht an dem Straßenkörper der seitens der Gesellschaft für ihre Bahnanlage benutzten Straßen und Plätze vorbehalten, so daß demgemäß nach wie vor das Recht besteht, nach freiem Belieben die in Betracht kommenden Straßen und Plätze zu verändern, bzw. ganz aufzuheben“.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

In dem §. 5 wird auf Antrag der Commission vor den Schlussworten „zu unterwerfen“ eingeschaltet: „bzw. der Herzoglichen Baudirection“ und der §. 5 in dieser Fassung nach einigen Bemerkungen des Herrn Hauswaldt gutgeheißen.

Zum §. 6 beantragt die Commission, den Schluß des ersten Satzes wie folgt zu fassen:

„ , daß der Genehmigung des Stadtmagistrates, der Herzoglichen Polizeidirection und bezw. der Herzoglichen Baudirection (§. 2 a und c) in allen Einzelheiten unterliegt“;

außerdem unter b, Absatz 2 zu fassen:

„Sollte von der zuständigen städtischen, bezw. staatlichen Betriebsverwaltung . . .“

und unter e den Eingang wie folgt zu fassen:

„Der Stadt, bezw. der zuständigen staatlichen Wegebaubehörde . . .“

Diese Anträge werden, ebenso wie der Antrag des Herrn Löffbecke, unter b, Absatz 1 statt „ . . . oder ähnliche . . .“ zu setzen „ . . . oder andere . . .“ gutgeheißen und gelangt mit diesen Aenderungen der §. 6 zur Annahme.

§. 7 wird unverändert angenommen.

Zum §. 8 beantragt Herr Hauswaldt im vorletzten Satze zu sagen:

„Der beim Aufräumen der Schienen und Schienenrillen zusammengebrachte Straßenkehricht muß von der Gesellschaft auf Anordnung der städtischen Deputation sofort beseitigt werden“.

Durch die (gesperrt gedruckten) Worte wolle er der Reinigungsdeputation das Recht einräumen, auf eine zweckmäßige Beseitigung des aus den Schienenrillen zc. entfernten Kehrichts hinzuwirken.

Herr Bürgermeister Ketschmer hält eine solche Bestimmung für überflüssig, da die Stadt in dieser Beziehung schon weitgehende Rechte besitze. Außerdem höre die Zuständigkeit der Straßenreinigungsdeputation auch an den Thoren und an den Promenaden auf.

Der §. 8 wird darauf unverändert angenommen.

Zum §. 9 werden Erinnerungen nicht erhoben.

Bei dem §. 10 bemerkt Herr Wolff, daß die Gesellschaft gebeten habe, über die Aufstellung der einzelnen Masten zc. keine zu bindenden Vorschriften zu geben und zu erwägen, ob bei divergirenden Ansichten nicht vielleicht einer dritten Stelle die Entscheidung über die Zweckmäßigkeit der Aufstellung zugesprochen werden könne. Die Statutencommission sei indessen der Ansicht, daß auf keinen Fall hierauf eingegangen werden dürfe. Dagegen sei von der Gesellschaft zu Punkt 5 eine Ausstellung gemacht, welche sich nicht ganz von der Hand weisen lasse. Die Gesellschaft bitte nämlich, die Ausstattung der Wagen ihrem alleinigen Ermessen zu überlassen, weil sie sonst zu sehr kostspieligen, luxuriösen Ausgaben gezwungen werden könnte. Sie werde, wie bisher, die neuen Wagen anständig ausstatten lassen und schlage vor, die jetzigen Bedingungen beizubehalten, nach welchen die Gesellschaft sich hinsichtlich der zu verwendenden Wagen den Anordnungen des

Magistrates und der Herzoglichen Polizeidirection zu fügen habe und die Wagen sauber lacirt, anständig ausgestattet 2c. sein müßten. Außerdem ersuche sie, ihr die Vorschriften im §. 10 6 und im §. 12 über die Anlage und Einrichtung der Kraftstation nicht zu machen. Die Statutencommission glaube, diesen berechtigten Einwänden dadurch zu begegnen, daß man unter 5 die Worte „und Ausstattung“, sowie den ganzen Punkt 6 streiche.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Dem fernerem Wunsche der Gesellschaft, ihr das Recht zuzusprechen, Masten setzen zu dürfen, falls von Hauseigenthümern die Anbringung von Rosetten verweigert werde, glaube die Commission insoweit entgegenkommen zu sollen, als sie vorschlage, dem vorletzten Absätze des §. 10 folgenden Zusatz zu geben:

„Falls die Erlaubniß zu der angeordneten Anbringung von Drähten seitens der Hauseigenthümer nicht zu erlangen ist, soll, soweit nicht erhebliche Bedenken entgegenstehen, die Erlaubniß zur Aufstellung von Masten ertheilt werden, ein Rechtsanspruch dieserhalb jedoch der Gesellschaft nicht zustehen“.

Herr Meyerhoff hält diesen Zusatz für ganz gerechtfertigt, da man der Gesellschaft einen Rechtsanspruch auf die Anbringung von Masten nicht einräumen dürfe. Wenn die Gesellschaft nicht verstehe, sich mit den Anliegern in ein gütliches Einvernehmen zu setzen, brauche die Stadt nicht dazwischenzutreten.

Herr Hauswaldt möchte wissen, weshalb der Magistrat Werth darauf lege, zu bestimmen, ob Masten aufgestellt, oder Querdrähte gezogen werden sollen, wenn es nicht in seiner oder der Macht der Gesellschaft liegen solle, an bestimmten Stellen die Drähte fortzulassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, der Magistrat wolle in der Lage sein, zu bestimmen, daß an dieser Stelle nur Masten und an jener nur Querdrähte angebracht werden dürfen, da namentlich an einigen Plätzen Querdrähte unzumuthig sein würden.

Auf die Anfrage des Herrn Lord, ob ein besonderer Grund vorliege, die Breite der Straßenbahnwagen auf 2,2 m festzusetzen, während sie nach einer generellen Bestimmung der Straßenpolizeiordnung 2,25 m breit sein können, entgegnet

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß man diese Vorschrift anderen Verträgen entnommen habe.

Herr Löschig bittet, die Gesellschaft zu veranlassen, die großen Schilder an den Straßenbahnwagen mit Geschäftsempfehlungen lieber zu ersetzen durch Schilder, welche den Bestimmungsort des Wagens deutlich enthalten.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Südel und Bürgermeister Ketemeyer wird der ganze §. 10 mit den Zusatzanträgen der Statutencommission genehmigt.

Bezüglich des §. 11 hat die Gesellschaft gebeten, bei Bemessung der Baufrist von einem Jahre diejenigen Verzögerungen, welche durch die Prüfung der technischen Einzelheiten etc. entstehen, ihr nicht zur Last zu legen. Die Statutencommission ist aber der Ansicht, daß eine solche dehnbare Bestimmung nicht aufnahmefähig sei, wohl aber unter Berücksichtigung dieses Umstandes vorgeschlagen werden könne, an der betr. Stelle zu sagen: „... spätestens ein Jahr und drei Monate . . .“.

Der §. 11 wird mit dieser Aenderung genehmigt.

Zum §. 12 beantragt Herr Wolff, im zweiten Absätze die Worte „einschließlich desjenigen der Kraftstation“ zu streichen.

Der zu diesem §. gestellte Antrag des Herrn Hauswaldt, an Stelle von „der Genehmigung des Stadtmagistrates“ zu sagen: „der Genehmigung der städtischen Behörden“, wird abgelehnt, nachdem sich die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Wolff dagegen ausgesprochen hatten.

Der Wunsch des Herrn Löschigt, seitens des Magistrates darauf hinzuwirken, daß das Klingeln während der Zeit des Gottesdienstes in der Nähe der Kirchen unterbleibe,

wird durch einen Hinweis auf das Betriebsreglement erledigt.

Die Versammlung genehmigt sodann den §. 12 mit der von der Commission beantragten Aenderung.

Zu §. 13 findet sich nichts zu erinnern.

Der §. 14 wird auf Antrag der Statutencommission mit der Maßgabe genehmigt, daß der Eingang lautet:

Die Gesellschaft ist verpflichtet, für jeden Schaden aufzukommen, welcher der Stadt oder dem Staate durch die Anlage . . .“

und im zweiten Absätze hinter dem Worte „Unglücksfällen“ eingeschaltet wird „im Bahnbetriebe“. Ueber die letztere, sowie über die vorgeschlagene Aenderung des Wortes „Straßenkörpers“ in „Bahnkörpers“ entstand eine längere Besprechung, an welcher sich die Herren Wolff, Hauswaldt, Fiedel, Nolte und der Herr Vorsitzende beteiligten.

Den §. 15 beantragt die Statutencommission in folgender Fassung anzunehmen:

„§. 15. Die Gesellschaft ist verpflichtet, dauernd ihren Sitz in der Stadt Braunschweig zu behalten und einen daselbst wohnhaften Vertreter zu bestellen, welcher befugt ist, die Gesellschaft rechtsverbindlich zu vertreten. Bei allen aus diesem Vertrage, dem Bau und dem Betriebe der Bahnanlage etwa entspringenden Rechtsstreitigkeiten hat die Gesellschaft — vorbehaltlich der Zuständigkeit des Reichsgerichts — ausschließlich bei den braunschweigischen Gerichten Recht zu suchen und zu nehmen. Ueber-

tragungen der Concession oder des Betriebes auf andere Personen oder Gesellschaften sind ohne Genehmigung des Stadtmagistrats und der Herzoglichen Polizei-Direction nicht zulässig“.

Herr Hauswaldt möchte bitten, am Schlusse statt „des Stadtmagistrats“ zu setzen „der städtischen Behörden“, da es der Versammlung nicht gleichgültig sein könne, ob sie selbst, oder der Magistrat das Recht besitze, Einspruch zu erheben.

Der Herr Referent und Herr Bürgermeister Ketemeyer erklären sich mit dieser Aenderung einverstanden.

Der §. 15 wird sodann in der Fassung der Commission und mit der von Herrn Hauswaldt beantragten Aenderung angenommen.

Zu den §§. 16—18 hat die Statutencommission nichts zu bemerken.

Herr Meyerhoff vermißt in dem §. 18 die Festsetzung einer Conventionalstrafe für den Fall, daß die Gesellschaft die electriche Bahn gar nicht baue.

Herr Wolff weist demgegenüber darauf hin, daß der §. 11 des Entwurfes die Stadt genügend schütze. Wenn die Gesellschaft nicht baue, werde sich hierzu bald eine andere leistungsfähige Gesellschaft bereit finden.

Herr Hauswaldt bittet, im §. 18 unter 3 die Frist von 2 Monaten auf 2 Wochen zu ermäßigen, da die Gesellschaft einmal renitent werden und ihren Betrieb auf der einen oder anderen Strecke 2 Monate einstellen könne.

Herr Löschigk erklärt sich gegen diese Aenderung, da die Gesellschaft auch dann noch die Stadt schänken könne, indem sie den Betrieb 13 Tage einstelle und wieder einen Tag aufnehme.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will dazu bemerken, daß sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt habe, es liege im eigensten Interesse der Gesellschaft selbst, so viel als möglich zu fahren, und werde dieselbe, wenn sich eine Strecke nicht rentire, mit dem Antrage kommen, den Betrieb auf dieser Strecke einzustellen.

Herr Hauswaldt zieht darauf seinen Antrag zurück.

Der §. 18 wird sodann genehmigt.

Zum §. 19 sind seitens der Commission Bemerkungen nicht zu machen.

Herr Hauswaldt will anregen, die Coupons zu den Cautionspapieren nicht alljährlich im Voraus, sondern erst bei Fälligkeit herauszugeben, damit die Cautions auch stets ihren vollen Werth repräsentire.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß dieses Verfahren nur unnötige Belästigungen mit sich bringen würde. Wenn ein Theil der Cautions von der Stadt versilbert werden müßte, werde der Werth der fehlenden Coupons von der Verkaufssumme abgezogen, so daß es keinen Unterschied mache, ob die Papiere mit oder ohne Coupons verkauft werden. Sollte aber einmal in Folge von Ersatzansprüchen die ganze Cautions versilbert werden müssen, so gehe über dem Verfahren,

die Gesellschaft ins Unrecht zu setzen, doch wohl ein Jahr hin. Es könnte sich also höchstens um die Coupons für ein halbes Jahr handeln.

§. 19 wird in seiner ursprünglichen Fassung darauf angenommen und erklärt sich die Versammlung auch mit dem Wortlaute der §§. 20 und 21 ohne Besprechung einverstanden.

Herr Wolff möchte zum Schluß noch constataren, daß in der Sitzung vom 21. Mai d. Js. — Seite 49 des Berichts — bezüglich der Pflasterung auf der Strecke nach Richmond beschlossen sei, von der Pflasterung der Theilstrecke Elmstraße—Riedestraße einstweilen abzusehen, jedoch den städtischen Behörden jederzeit die Forderung der Pflasterung offenzuhalten, im Falle diese Forderung aber gestellt werde, der Gesellschaft die Pflastersteine städtischerseits zu liefern. Dieser Beschluß sei durch den gegenwärtigen Vertrag hinfällig geworden und müsse die Gesellschaft bei der Forderung der Pflasterung auch die Steine liefern.

Herr Bürgermeister K e t e m e y e r bemerkt, daß dieses die Absicht des Magistrates gewesen sei und der Vertreter der Straßenbahn-Gesellschaft sich damit einverstanden erklärt habe.

Nunmehr erfolgt die Abstimmung über den Vertrag im Ganzen und wird derselbe von der Versammlung genehmigt.

XVI. Regulirung des Markthallengrundstücks.

Die städtische Bauverwaltung hat empfohlen, zwecks Begrabigung der Grenzen des Markthallengrundstücks einige entbehrliche Theilflächen desselben gegen Theilflächen der angrenzenden Grundstücke von Dietrich und Störig's Erben einzutauschen, auch eine 6 qm große Fläche des Münstedt'schen Grundstücks anzukaufen. Da die Verhandlungen mit Dietrich und Münstedt gescheitert sind, so ersucht der Magistrat, den Ausgleich mit Störig's Erben dahin zu genehmigen, daß denselben für eine 23 qm große Theilfläche eine 28,2 qm große Theilfläche eingetauscht werde und die Stadt die zu 170 M veranschlagten Kosten der Umsetzung einer Planke zc. übernimmt.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn F ü d e l empfehlen. Die Commission zweifle nicht daran, daß der Austausch mit Dietrich binnen Kurzem erfolgen müsse, da der Vortheil bei der ganzen Sache nur auf Seiten Dietrich's liege.

Die Vorlage wird angenommen.

XVII. Kosten für Holzerkleinerung.

Unter der Voraussetzung der Zustimmung der Versammlung hat der Magistrat auch im Winter 1895/96 hiesige unterstützungswohnstättberechtigte Arbeitslose mit

Zerkleinern von auf dem Terrain des Kieselgutes Steinhof gewonnenen Holzstufen beschäftigt, wodurch insgesammt eine Ausgabe von 8899,39 M. nothwendig geworden ist. Von dem zerkleinerten Holze ist für 2120 M. an die städtischen Schulen abgegeben worden und verbleiben darauf noch etwa 210 Raummeter Splitteln, welche zum Verkaufe gebracht werden sollen. Hiernach ist noch ein Fehlbetrag von 6779,39 M. vorhanden, um dessen Deckung die Versammlung mit dem Bemerken ersucht wird, daß, falls eine stadtseitige Beschäftigung von Arbeitslosen nicht stattgefunden hätte, mindestens eine gleiche Summe als Unterstützung hätte gezahlt werden müssen.

Nach dem Berichte des Herrn F ü d e l empfiehlt die Finanzcommission, den Betrag aus der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß die Erträge aus den noch vorrätigen Splitteln dieser Cassé auch wieder zugeführt werden.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

XVIII. Terrainerwerb zur Beckenwerperstraße.

Zur Verbreiterung der Beckenwerperstraße sind von dem Grundstücke des Deconomen August Bode 19,5 qm abzutreten. Die von dem Eigenthümer gestellte Forderung eines Einheitspreises von 150 M. muß der Magistrat für viel zu hoch erachten, weshalb er anheimgiebt, der Zwangsenteignung dieser Fläche zuzustimmen.

Auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr B ü l t e m a n n berichtet, wird der Antrag genehmigt.

XIX. Anfrage Lange: Beschaffung von Dampf-Feuersprizen.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wie weit sind die Unterhandlungen mit Herzoglichem Staats-Ministerium gediehen bezüglich der Beschaffung einer oder mehrerer Dampf-Feuersprizen für unsere Stadt?“

führt Herr Lange aus, daß die Beschaffung wenigstens einer Dampf-Feuersprize von der Versammlung und auch vom Magistrate längst als nothwendig anerkannt sei. Bei der Etatsberathung habe man einen Betrag hierfür nur der finanziellen Verhältnisse wegen abgeseht. Der letzte Brand in der Jutespinnerei habe aber wiederum gezeigt, wie nothwendig es sei, eine solche Sprize zu erhalten. Es sei auch schon darauf hingewiesen, daß es mit im Interesse des Herzoglichen Staats-Ministeriums liege, solche Sprizen zu besitzen und dasselbe wohl bereit sein würde, die Stadt nach dieser Richtung hin mit Mitteln zu unterstützen. Da dem Vernehmen nach der Magistrat schon Verhandlungen mit dem Herzogl. Staats-Ministerium eingeleitet habe, so möchte er wissen, wie weit dieselben gediehen seien, um hiernach in der Sache weiter vorgehen zu können.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Herzogliche Landesregierung sich unter der Hand geneigt erklärt habe, der Stadt bei Beschaffung der Mittel für eine Dampf-Feuerspritze kräftig zu Hülfe zu kommen. Daraufhin habe der Magistrat beschlossen, der Versammlung eine entsprechende Vorlage zu machen, welche zu erwarten stehe, nachdem die Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staats-Ministerium in eine greifbare Gestalt gebracht seien.

XX. Antrag Halle: Prüfung der Feuerlöscheinrichtungen.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob bei der heutigen Größe und Ausdehnung unserer Stadt unsere jetzigen Feuerlösch-Einrichtungen genügen, um größere Brände wirksam zu bekämpfen“.

Wie Herr Halle zur Begründung anführt, ist der Antrag durch den Brand in der Zuteilpinnerei veranlaßt worden. Er habe Gelegenheit gehabt, diesen Brand mehrere Stunden zu beobachten und habe die Löscharbeit auf ihn durchaus keinen günstigen Eindruck gemacht. Namentlich sei ihm der Mangel eines einheitlichen, energischen Obercommandos aufgefallen, und habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß bei der Abwesenheit des Branddirectors Wohllich ein Stellvertreter vorhanden sein müsse, der befähigt sei, ihn in jeder Weise zu vertreten. Nach der Feuerlösch-ordnung solle den Branddirector der älteste Hauptmann vertreten, jedoch sei dieser nicht immer befähigt, solche großen Feuer wirksam zu bekämpfen. Außerdem sei ihm bei dem Brande ein gewisses Herumbummeln der Feuerwehrmannschaften aufgefallen und habe nach seiner Beobachtung der energische Zug gefehlt, welcher die Mannschaften an die Spritzen banne. Wenn man in Berlin einmal gesehen habe, mit welcher Ruhe und Präcision die Mannschaften an der Spritze arbeiten, dann müsse man sich wundern, daß hier so wenig Disciplin herrsche. Dort würde man es Niemandem rathen, während der dringendsten Löscharbeit in die Budiken zu gehen und Bier zu holen. Jeder Zugführer müsse seine Mannschaften zusammenhalten, damit sie nicht die Spritze verlassen, und in dieser Beziehung sehe es hier schlecht aus. Für Maschinen und Geräthe gebe man eine Menge Geld aus, um die Feuerwehren ordentlich auszustatten, dann müsse man aber auch erwarten, daß sie im Falle der Noth auf dem Posten seien. Es sei allerdings damit zu rechnen, daß man es hier mit freiwilligen Wehren zu thun habe und man müsse diesen Leuten Anerkennung dafür zollen, daß sie sich Tag und Nacht bereit halten, für das Wohl der Bürgerschaft einzutreten. Ohne Vorwürfe im Einzelnen machen zu wollen, sei aber doch die Thatfache nicht wegzuleugnen, daß die nothwendige Energie und Schlagfertigkeit bei verschiedenen Wehren fehle. Was die Thätigkeit der Luther'schen Dampfspritze anbelange, so sei er überzeugt, daß eine Viertel

Million Mark gerettet worden wäre, wenn diese Spritze eine Stunde früher gekommen wäre. In diesem Falle würden nicht so viele Arbeiter so lange brotlos geworden sein. Daß aber die Dampfspritze nicht rechtzeitig zur Stelle gewesen, sondern erst um 8 Uhr gekommen sei, habe an den Führern der Feuerwehr gelegt. Wenn die Dampfspritze nicht gekommen wäre, so hätte können das ganze Etablissement verloren gehen. (Widerspruch.)

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Bau commission zur Vorberathung überwiesen.

Auf die Anfrage des Herrn Bauermeister, ob es ihm als Sachverständigem nicht gestattet sei, darauf sofort zu antworten,

erwidert der Herr Vorsitzende, daß dieses unzulässig sei, Herr Bauermeister aber das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erhalten könne.

Herr Bauermeister bedauert zunächst, daß er im Rahmen der persönlichen Bemerkung sich Herrn Halle gegenüber nicht so äußern könne, wie er es für nöthig halte. Herr Halle sei so spät gekommen, daß derselbe den Brand gar nicht habe übersehen können, denn während er selbst $\frac{3}{4}$ Uhr auf der Brandstelle gewesen sei, hätte er Herrn Halle erst um die Frühstückszeit dort gesehen. Während dieser zwei Stunden sei schon außerordentlich stark gearbeitet worden und nicht allein der Dampfspritze sei es zu danken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt sei, sondern die freiwilligen Feuerwehren hätten ihre volle Schuldigkeit gethan. Als der Hauptmann Unger ihm gesagt habe, er hätte zur Dampfspritze geschickt, habe er demselben erwidert, das hätte er lieber nicht thun sollen, sonst heiße es, die Dampfspritze habe Alles gemacht. Man glaubte, damals schon des Feuers Herr zu sein und sei nur die mangelhafte Construction der Dächer an der großen Ausbreitung des Feuers schuld. Herr Halle müsse als früherer Feuerwehrmann selbst wissen, wie weit man die Disciplin unter der freiwilligen Feuerwehr treiben könne und glaube er, daß dieselbe genügend disciplinirt sei, um ein solches Feuer bewältigen zu können. Man vergegenwärtige sich nur, daß die Dampfspritze das Feuer erst mit 2 und dann mit 4 Strahlen bekämpft habe, während die Feuerwehren mit 18 Strahlen gearbeitet haben. Als die Dampfspritze eingetroffen sei, habe man das Feuer nach der Spinnerstraße zu schon vollständig gelöscht gehabt und auch der übrige Theil wäre ohne die Dampfspritze bald bewältigt worden. Er möchte bitten, auch Herrn Schmidt hierüber zu hören.

Herr Schmidt fragt an, ob nicht eine Besprechung über das Feuer stattfinden könne.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß dieses nicht zulässig sei.

XXI. Antrag F ü d e l: Ausbau einer projectirten Straße u.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, entgegen dem der Braunschweigischen Baugenossenschaft erteilten ablehnenden Bescheide vom 26. Mai d. Js. den Ausbau der neuen, von der Helmstedterstraße abzweigenden Straße wenigstens zu einem kleinen Theile zu gestatten, den Hauptcanal auf der Helmstedterstraße entsprechend zu verlängern und einen provisorischen Canal in der neu auszubauenden Straße zu verlegen unter der Bedingung, daß die Baugenossenschaft die sämmtlichen entstehenden Kosten vorläufig übernimmt“.

Herr F ü d e l trägt, den Antrag begründend, etwa Folgendes vor: Ein Theil des an der Helmstedterstraße gegenüber dem Centralfriedhofe gelegenen Grundstücks, für welches kürzlich ein neuer Ortsbauplan genehmigt worden, sei mit erheblichen Kosten von der Baugenossenschaft erworben und jetzt trage der Magistrat Bedenken, die Bauerlaubnis zu erteilen, weil in letzterer Zeit schon verschiedene, theils ältere, theils neuere Wege ausgebaut seien. Es müsse anerkannt werden, daß theoretisch diese abschlägige Antwort vollständig begründet sei, aber man habe es hier mit einer ganz eigenartigen Gesellschaft zu thun, welche für ihre dem Arbeiterstande angehörigen Mitglieder gern bauen wolle und deren Thätigkeit an bereits ausgebauten Straßen vollständig ausgeschlossen sei, weil sie nur Grundstücke bebauen könne, die noch so billig seien, um das Bauen für sie zu ermöglichen. Es komme noch hinzu, daß der hier in Frage stehende Plan hauptsächlich in der Absicht erworben sei, dem Wunsche von 8 Arbeitern zu entsprechen, welche dort Häuser bauen wollen. In ganz Deutschland sei man bemüht solche Bestrebungen zu unterstützen und auch hier könnte man sich freuen, wenn es gelingen würde, recht vielen Arbeitern zu einem Eigenthum zu verhelfen. Es handle sich also darum, den Magistrat zu ersuchen, seinen abschlägigen Bescheid rückgängig zu machen.

Der genügend unterstützte Antrag geht zunächst der Statutencommission zur Vorberathung zu.

XXII. Anfrage H a u s w a l d t: Fußweg Bülten—Querumerholz.

Die Anfrage:

„Ist es dem Stadtmagistrate bekannt, daß der Fußweg Bülten—Querumerholz durch Arbeiten, welche augenblicklich an demselben vorgenommen werden, für Fußgänger unbrauchbar gemacht wird?“

begründet Herr H a u s w a l d t etwa folgendermaßen: Es sei bekannt, daß alle möglichen Schritte gethan seien, den lange erstrebten Fußweg nach dem Querumer-

holze mit Bäumen zu besetzen, was jedoch nicht habe gelingen wollen. Der Weg sei nun doch aber wenigstens vorhanden und zu passiren gewesen, nachdem sich auf demselben eine Grasnarbe gebildet habe. Jetzt sei man aber seit einiger Zeit dabei beschäftigt, diesen Weg, wie gesagt werde, zu verbessern, in Wirklichkeit aber zu verschlechtern, denn der Zustand desselben spotte jetzt jeder Beschreibung. Die Arbeiter haben dort den grünen Grasrain wegnehmen und die lose Sandfläche über den ganzen Weg vertheilen müssen, so daß es für Fußgänger unmöglich sei, den Weg noch zu passiren. Wenn er auch nicht so weit gehe, zu behaupten, daß man den Fußgängern den ganzen Weg habe verleiden wollen, so halte er es doch für an der Zeit, daß die städtischen Behörden einschreiten, um wenigstens die Passage des Weges wieder zu ermöglichen. Er bitte den Magistrat, diese Anfrage gleichzeitig als Bitte um Hülfe in der Sache aufzufassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Verbindung von Anfragen und Anträgen nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei. Die Anfrage könne er nur dahin beantworten, daß dem Magistrate von der Sache nichts bekannt sei.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

1896/97.N^o 4.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. Juni 1896.



Tagesordnung:

I. Einführung einer Biersteuer	Seite 94
II. Canalisirung eines Theiles der Heinrichstraße	" 114
III. Antrag Halle: Prüfung der Feuerlösch Einrichtungen	" 114
IV. Antrag Fiedel: Ausbau einer projectirten Straße etc.	" 114
V. Gesuch wegen Beleuchtung des letzten Theiles der Gliesmaroderstraße mit Gas	" 119
VI. Antrag Kieß u. Gen.: Normaletat für die Bürgerichullehrer	" 119
VII. Umlegung einer Canalstrecke am Wendenringe	" 119
VIII. Erwerb von Straßenflächen zur Bodestraße	" 120
IX. Verkauf einer Fläche an der Juliusstraße	" 120
X. Gesuch um Stiftung von Ehrenpreisen für das 3. deutsche Bundesfest	" 120

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Haake, Ramdohr, Heymann, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt Herr Fiedel; später erscheinen die Herren Semler und Ahmann.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung.

I. Einführung einer Biersteuer.

Wie der Magistrat schon in dem Begleitschreiben zum diesjährigen Stadthaushaltsplan hervorgehoben hat, ist derselbe der Meinung, daß der nach dem Etatsentwurfe noch zu deckende Theilbetrag der Einnahme zu 56 000 M durch indirecte Steuern aufzubringen und zu dem Zwecke die Einführung einer Biersteuer in Aussicht genommen sei. Wenngleich nun inzwischen durch die Abstriche im Etat der noch zu deckende Fehlbetrag der Stadtcasse auf 38 600 M herabgemindert ist, so wird doch, da das Deficit des vorigen Jahres voraussichtlich größer sein wird, als im Etat vorgesehen ist und im Hinblick auf das stetige Wachsen der laufenden Ausgaben (insbesondere für Schulen und Armenwesen) die Aufschließung einer besonderen Steuerquelle unumgänglich nöthig. Denn wenngleich die Gemeinde-Einkommensteuer eine übermäßige Höhe noch nicht erreicht hat, so wird sie doch — besonders im Gegenjage zu allen indirecten Abgaben — hart empfunden, und es kann die Besorgniß, daß ihre weitere Steigerung den Zuzug wohlhabender Fremder hindern, bezw. den Wegzug steuerkräftiger Einwohner veranlassen möchte, nicht von der Hand gewiesen werden. Aus diesem Grunde erachtet der Magistrat die Einführung indirecter Steuern auch jetzt noch und ungeachtet des inzwischen gegen ihre Einführung und insbesondere gegen Einführung einer Biersteuer von einem Theile der hiesigen Einwohnerschaft erhobenen Widerspruchs für angezeigt und geboten. Bei der Auswahl des Steuerobjectes wird die Erwägung maßgebend sein müssen, daß diejenige Steuer den Vorzug verdient, die einerseits ergiebig, andererseits aber leicht, d. h. ohne Belästigung des großen Publicums und ohne kostspielige Controlmaßregeln zu erheben ist, ohne eine Preiserhöhung der für die Lebensführung der Einwohnerschaft nothwendigen Bedarfsartikel im Gefolge zu haben. Als geeignetes Steuerobject erscheint danach das Bier, wie denn dasselbe auch im Zollvereinsvertrage vom 8. Juli 1867 unter den der Communalbesteuerung freigegebenen, zur örtlichen Consumtion bestimmten Artikeln an erster Stelle erwähnt wird, und eine geringe Abgabe von diesem Artikel zu erheben, dürfte nach der Ansicht des Magistrates um so unbedenklicher sein, als ein sehr erheblicher Procentsatz desselben fortdauernd nicht als Nahrungs-, sondern als Genußmittel verzehrt wird, und als ferner eine sehr erhebliche Zahl anderer, insbesondere auch benachbarter Städte die gleiche Steuer mit dem besten Erfolge erhebt. Dazu kommt, daß die Einführung einer Biersteuer an jenen Plätzen eine Erhöhung der Bierpreise entweder gar nicht, oder nur in einem ganz geringfügigen Umfange zur Folge gehabt hat. Es erscheint dem Magistrate dieses auch durchaus erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß die Erhebung einer Biersteuer in Höhe von 65 S. vom Hektoliter nur eine durch die Steuer bedingte Erhöhung des Preises für einen $\frac{1}{10}$ Liter-Schoppen um ¹³/₅₀

oder rund $\frac{1}{4}$ S. rechtfertigen würde. Dieser Steuersatz ist denn auch, soweit es sich nicht um solche Städte handelt, die schon vor dem Jahre 1867 die Biersteuer eingeführt haben und daher zur Erhebung einer höheren Steuer berechtigt sind, durchweg zur Einführung gelangt und es hat die Erhebung der Steuer an anderen Orten weder erhebliche Schwierigkeiten bereitet, noch unverhältnißmäßig hohe Kosten verursacht. Unter Berücksichtigung der an anderen Orten erlassenen bezüglichen Steuerordnungen hat daraufhin der Magistrat den Statutenentwurf aufgestellt und richtet er an die Versammlung das Ersuchen, der Einführung einer Biersteuer von 65 S. pro Hektoliter des in hiesiger Stadt zum Verzehr kommenden Bieres zuzustimmen und den vorgelegten Statutenentwurf mit der Maßgabe zu genehmigen, daß die Bestimmung darüber, mit welchem Tage des laufenden Jahres das Statut in Geltung zu treten habe, dem Magistrate überlassen bleibe.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, ist diese Vorlage in gemeinsamer Sitzung der Statuten- und Finanzcommission vorberathen und ist hierbei ein Majoritätsbeschluß ergangen dahin, daß die vereinigten Commissionen den Antrag zur Annahme empfehlen. Maßgebend für diesen Beschluß sei wesentlich die Finanzlage der Stadt gewesen, denn es handle sich nicht allein um den Fehlbetrag von 38 600 M., sondern man müsse auch wesentlich dabei berücksichtigen, daß, wie seitens des Magistrates nachgewiesen sei, das Mißverhältniß zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Stadt in stetigem Wachsen begriffen sei, da der Unterschied zwischen den Ausgaben und Einnahmen während der letzten zehn Jahre durchschnittlich um jährlich 52 000 M. gestiegen sei, was voraussichtlich auch in Zukunft andauern werde. Vom Magistrate seien hierüber in der Commissionsitzung schon nähere Aufklärungen gegeben, und werde wohl Herr Oberbürgermeister Pockels Veranlassung nehmen, diese Mittheilungen der Versammlung zu wiederholen. Auf Grund dieser Darlegungen habe die Commission zunächst anerkannt, daß es unumgänglich nothwendig sei, die Einnahmen der Stadt zu vergrößern, und es außerdem wünschenswerth erscheine, schon jetzt dahin zu wirken, nicht allein den vorhandenen Fehlbetrag zu beseitigen, sondern auch insbesondere für die Zukunft der Möglichkeit vorzubeugen, daß sich der Fehlbetrag noch erhöhe. Hierzu müsse nach der Ansicht der Commissionen ein derartiger Betrag an Einnahmen geschaffen werden, der geeignet sei, das Mißverhältniß auszugleichen. Die Mehrheit der Commissionen habe sich dahin entschieden, im vorliegenden Falle zu einer indirecten Steuer überzugehen und zwar, weil man sich sage, daß eine absolut gerechte Steuer niemals werde gefunden werden und daß auch die Einkommensteuer gewisse Ungerechtigkeiten enthalte, die sich nicht beseitigen ließen. Der indirecten Steuer an sich werde vom theoretischen Standpunkte der Vorwurf gemacht, daß sie eine ungerechte Vertheilung mit sich brächte. Die Commissionen seien aber in der Mehrheit der Ansicht gewesen, daß man bei einer rein practischen Frage, wie der vorliegenden,

nicht mit allgemeinen theoretischen Bedenken kommen dürfte und der prinzipielle Standpunkt darüber, welche Steuer die einzig richtige sei, nicht entscheidend sein dürfe, wo es sich hier doch darum handle, einem practischen Bedürfnisse abzuhelfen. Nun sei die Biersteuer, wie sich durch die Erkundigungen in einer ganzen Reihe von Städten herausgestellt habe, eine sehr ergiebige Steuer; es gehe ferner aus den Berichten dieser Städte hervor, daß sie thatsächlich ohne Belästigung des Publicums und ohne große Controlmaßregeln und Kosten habe durchgeführt werden können. Dieselbe werde daher auch Erträgnisse von Bedeutung für die Stadt Braunschweig abwerfen. Eingeführt sei die Biersteuer bereits in den Städten Hildesheim, Hannover, Erfurt, Breslau, Königsberg, Cassel, Wiesbaden, Düsseldorf, Elberfeld, Unna, Aachen &c. und aus allen diesen Städten lauteten die Berichte wesentlich gleich günstig. In dem hier vorliegenden Falle lasse sich erwarten, daß die Steuer etwa 107 000 M für die Stadt Braunschweig abwerfen werde. Ein derartiger Betrag werde aber geeignet sein, das Mißverhältniß zwischen den Einnahmen und Ausgaben, welches hier vorliege resp. drohe, einigermaßen zu beseitigen. Ob diese neue Einnahme für die Dauer vollkommen genügen werde, lasse sich z. B. noch nicht übersehen bei der Unbestimmtheit der späteren Finanzlage der Stadt in Folge der Veränderungen im Steuerwesen, welche vom Staate eingeführt würden. Auf Grund dieser Erwägungen seien die Commissionen in ihrer Mehrheit dahin gekommen, die Vorlage zur Annahme zu empfehlen. Hinsichtlich des Statuts selbst hegen die Commissionen die Ansicht, daß es müßig wäre, über die einzelnen Bestimmungen desselben zu sprechen, weil der Entwurf den bereits bewährten Statuten anderer Städte mit Sorgfalt entnommen sei. Für die Versammlung handle es sich um ein fremdes Material, so daß es auf theoretische Befrittelungen hinauslaufen würde, wenn man an eine Einzelberathung des Statuts herantreten wollte. Vorläufig müsse man sich mit dem zufrieden geben, was sich in andern Städten bewährt habe, und könne man abwarten, ob sich das Statut auch hier später als practisch bewähre. Es werde daher empfohlen, das Statut so anzunehmen, wie es vorliege.

Der Herr Vorsitzende will zur Kenntniß der Versammlung bringen, daß sechs Mitglieder der Versammlung einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben. Er eröffne nunmehr die Generaldebatte über die Vorlage.

Zunächst nimmt das Wort Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Herr Referent habe schon hervorgehoben, daß Redner wohl Veranlassung nehmen würde, hier noch weitere Mittheilungen zur Begründung der Magistratsvorlage zu machen, um nachzuweisen, einmal, daß die laufenden Ausgaben einer längeren Zeitperiode im Verhältniß zu dem Steigen der Einnahmen überstark angewachsen seien und sodann weiter darüber, wie sich voraussichtlich im nächsten Jahre der Cämmereicassenetat gestalten würde. Zu diesem Zwecke habe er eine Zusammenstellung vervielfältigen lassen, welche den Mitgliedern der Versammlung soeben eingehändigt

sei und zu deren Erläuterung er noch Einiges hinzufügen möchte. Wie aus der Uebersicht zu entnehmen, habe in den letzten zehn Jahren das Anwachsen der laufenden Ausgaben im Verhältniß zu dem Steigen der laufenden Einnahmen durchschnittlich jährlich 52000 M. betragen. Nach menschlicher Voraussicht werde ein ähnliches Mißverhältniß zwischen dem Steigen der Ausgaben und dem Steigen der Einnahmen auch in den folgenden Jahren bestehen bleiben. Wenn er auch anerkennen wolle, daß möglichenfalls eine Besserung in diesem Verhältniß eintreten könne, so liege es doch ebenso nahe, daß noch eine weitere Verschlimmerung möglich sei. Es werden im Laufe der Zeit die Ausgaben für einzelne Verwaltungszweige, z. B. für die Stadtverwaltung möglichenfalls in einem geringeren Verhältnisse anwachsen, wie seither, aber es sei hierbei zu berücksichtigen, daß die Ausgaben anderer Verwaltungszweige dafür voraussichtlich weit höher anwachsen werden, als nach dem bisherigen zehnjährigen Jahresdurchschnitte angenommen werden könne, und in dieser Beziehung wolle er namentlich die Ausgaben für die Bürger Schulen hervorheben. Diese Ausgaben werden, soweit sich das jetzt übersehen lasse, in progressivem Verhältnisse während der nächsten Jahre noch anwachsen, und das liege in Folgendem begründet: Früher seien die mittleren Bürger Schulen, bei denen das Schulgeld 20 M. betrage, mehr oder weniger stärker besucht gewesen, als die unteren, bei denen ein mäßigeres Schulgeld von 5 M. erhoben werde. Dieses sei auch im Jahre 1887 noch der Fall gewesen, indem damals die mittleren Bürger Schulen noch ein Mehr von 183 Kindern aufzuweisen gehabt hätten. Im Laufe der Jahre sei dieses Verhältniß immer mehr zu Ungunsten der mittleren Bürger Schulen zurückgegangen, so daß gegenwärtig die unteren Bürger Schulen 1473 Kinder mehr zählen als die mittleren. Welch bedeutender Einnahmeausfall dadurch entstehe, lasse sich leicht herausrechnen. Dieses Mißverhältniß werde naturgemäß immer noch stärker werden, weil die Zunahme der hiesigen Bevölkerung und die Zunahme der schulpflichtigen Kinder wesentlich herbeigeführt werde durch die arbeitenden Classen, welche ihre Kinder in der Mehrzahl den unteren Bürger Schulen zuführen. Ein weiterer Grund für die Steigerung dieser Ausgaben liege in den Gehalts- bzw. Altersverhältnissen der Bürger Schullehrer. Das rasche Anwachsen der Stadt, sowie die Verbesserung des Schulwezens in der Richtung, daß die Zahl der Kinder in den einzelnen Schulclassen, welche früher 70—75 betragen habe, jetzt auf 50—60 heruntergedrückt sei, habe zur Folge gehabt, daß jetzt eine größere Anzahl von jüngeren Lehrern vorhanden sei. Nach dem Normalgehaltssatz werden die hiesigen ordentlichen Bürger Schullehrer bei Annahme einer Dienstzeit von nur 28 Jahren ein Normalgehalt von 2307 M. beziehen, während dieser Satz zur Zeit bei 186 ordentlichen Lehrern nur 1902 M. betrage. Wenn man einmal auf einem Beharrungszustande ankommen sollte, so würde allein an Lehrergehältern eine jährliche Mehrausgabe von 75330 M. entstehen. Man gehe also nicht fehl, anzunehmen, daß die Ausgaben

der Cämmereicasse in nächster absehbarer Zeit jährlich um 52 000 M mehr anwachsen werden, als die Einnahmen, so daß im nächstfolgenden Jahre ein Unterschied von $2 \times 52\,000$ M, im dritten Jahre um $3 \times 52\,000$ M u. s. f. entstehe. Nun sei in der Uebersicht weiter eine Andeutung über die Gestaltung des Cämmereicassenetats für das nächste Jahr gegeben, wobei vorausgesetzt worden, daß im großen Ganzen die laufenden Ausgaben dieselbe Höhe erreichen und innehalten werden, wie seither, nur daß ihnen das vorhin nachgewiesene Plus von jährlich 52 000 M zuzuschießen sei. Dabei setze er voraus, daß das Deficit des gegenwärtigen Etats noch im laufenden Jahre gedeckt werde. Im nächsten Jahre würden also 52 000 M ungedeckt bleiben und kämen hierzu noch einige neue Ausgaben hinzu. Einmal die Tilgungsquote von der 3 Millionenanleihe des Jahres 1891, deren Amortisation im nächsten Jahre beginne, mit 15 000 M; sodann eine wesentliche Mehrausgabe, welche demnächst das Kieselgut erfordere, indem dessen Unterhaltung dann voll auf den laufenden Etat genommen werden müsse und zwar mit der Wirkung, daß dann jährlich noch fernere 50 000 M zuzuschießen sein werden. Im laufenden Jahre, wo das Kieselgut noch nicht einen vollen Ertrag liefere, sei im Etat ein Zuschuß zur Verrückung der Verzinsung des Anleihecapitals und zu den Betriebskosten in Höhe von 65 000 M zu Lasten des Extraordinarii verrechnet worden, während das Ordinarium der Cämmereicasse noch 23 000 M zuzuschießen habe, was insgesamt 88 000 M ausmache. Als s. B. beschlossen sei, das Kieselgut auf der Grundlage einzuführen, wie sie jetzt zur Ausführung gebracht sei, habe man die Calculation mit dem Resultate gemacht, daß die Stadt aus ihren Mitteln zur Unterhaltung des Kieselgutes mit Einschluß der Verzinsung und Tilgung des Capitals jährlich bis 84 000 M zuzuschießen haben würde. Wenn nun in Zukunft außer diesen 28 000 M noch 50 000 M zuzuschießen seien, so bleibe diese Summe immer noch um 6000 M gegen die frühere Veranschlagung zurück.

Wenn man diese Summen zusammenzähle, so ergebe sich, daß im nächsten Jahre eine Ausgabe von 117 000 M ungedeckt bleibe; es frage sich deshalb, wie man aus dieser Verlegenheit herauskommen solle. Eine Erhöhung der Einkommensteuer um eine weitere Einheit erscheine an sich und namentlich unter den jetzigen Verhältnissen bedenklich und zwar aus dem Grunde, weil der Staat die Einführung einer Staats-Einkommensteuer mit der Wirkung beschlossen habe, daß an Stelle der Personalsteuer von ca. 120 000 M Netto dann jährlich 740 000 M Einkommensteuer hier in der Stadt erhoben werde. Wenn diese Staatssteuerreform durchgeführt sei, werde sich der Staat bezüglich der Verrückung seiner Ausgaben wesentlich angewiesen sehen auf die Staatseinkommensteuer. Aus diesem Grunde könne und dürfe der Staat nicht dulden, daß das Einkommen noch seitens der Gemeinden stark belastet werde, da der Staat vor allen Dingen sicher sein müsse, daß er diejenige Einnahme, welche er vom Einkommen zu erwarten habe, auch wirklich beziehen

könne. Wenn man etwa sagen wollte, es könne die Staatssteuerreform abgewartet werden, so müsse man sich doch fragen, wie sich die Stadtverwaltung bis zur Einführung derselben, also bis zum Jahre 1899/1900 helfen solle. Da der Bedarf des Staates im stetigen Wachsen begriffen sei und auch der Bedarf der Stadt fortwährend wachse, so werde dieselbe nothgedrungen eine neue oder eine vermehrte Einnahme aus den Steuern, directen oder indirecten, beschaffen müssen. Es könnte möglichenfalls in Frage kommen, ob man nicht zur Deckung des voraussichtlichen Mehrbedarfs auf die Grundsteuer greifen dürfe. Er sei aber der Meinung, daß dem Grundbesitze bei dessen notorischer Verschuldung, zumal derselbe schon starke Lasten zu tragen habe, nicht noch besondere Communallasten auferlegt werden sollten, so lange man ein anderes besseres Auskunftsmittel habe. Dieses Auskunftsmittel finde man magistratsseitig in der Einführung der Biersteuer. Dabei sei auch in Erwägung gezogen, daß ähnlich wie in Preußen, so wahrscheinlich auch hier ein Communalabgabegesetz erlassen werde, wodurch eine gewisse Directive, wenn auch ohne unmittelbaren Zwang, gegeben werde in Bezug auf die Benützung verschiedener Steuerquellen. In Preußen sei bei Unzulänglichkeit der Gebühren und Beiträge, die von Interessenten zu leisten seien, in erster Linie die Erhebung der indirecten Steuern vorgesehen, darauf folge ein Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer und am Schlusse erst die Einkommensteuer. Das seien die Gründe, welche den Magistrat bestimmt haben, der Versammlung die Einführung einer Biersteuer, als derjenigen indirecten Steuer vorzuschlagen, welche besondere Vorzüge habe, indem einerseits ihre Erhebung wenig Schwierigkeiten mache, andererseits aber sie ergiebig sei und sie außerdem in so geringfügigen Einzel-Beträgen zur Erhebung komme, so daß solche dem davon Betroffenen kaum fühlbar werden.

Herr Wolters ist überzeugt, daß ihm der Vorwurf, pro domo zu reden, nicht ganz erspart werden dürfte, nichtsdestoweniger wolle er versuchen, dadurch, daß er möglichst sachlich und nicht persönlich zu reden gedente, den Vorwurf thunlichst wenig zu verdienen. Was zunächst die Finanzlage betreffe, so lasse sich nach den Darlegungen des Herrn Oberbürgermeisters annehmen, daß für die kommenden Jahre die Nothwendigkeit, eine neue Steuerquelle zu schaffen, vorhanden sei, jedoch lasse sich dieses nicht auch ohne Weiteres auf das laufende Jahr schließen. Wenn auch mitgetheilt worden sei, daß 117 000 M. im folgenden Jahre zu decken sein werden, so müsse doch daran erinnert werden, daß alle Ursachen, welche zur Verschlechterung der späteren Jahre dienen, schon bei der Aufstellung des Etats berücksichtigt worden seien. Dazu komme, daß das Resultat des Executionsetats für das abgelaufene Jahr noch zu erwarten sei und nicht so ungünstig auszufallen scheine, wie man erst angenommen habe. Er wolle sich indessen dieser Frage enthalten und annehmen, als ob thatsächlich für das laufende Jahr die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Einnahme anerkannt werde.

(Herr Semler übernimmt den Vorsitz.)

Schon im Schreiben des Magistrates sei gesagt worden, daß zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben zwei Arten von Steuern in Betracht kämen, nämlich die directe und die indirecte Steuer. Bei dem Vergleiche dieser beiden Steuerarten sei dann gesagt worden, die directe Steuer wäre hier noch nicht besonders hoch, sie würde aber bei einer abermaligen Erhöhung doch recht empfindlich werden, besonders gegenüber einer indirecten Steuer. Nach dem Begleitschreiben zum letzten städtischen Etat sollen im Jahre 1892 in Braunschweig 13,¹⁹ M Gemeindesteuern auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, während dieser Satz bei 11 Einheiten 14,⁵⁰ M und bei 12 Einheiten 15,⁸⁹ M betrage. Betrachte man diese Zahlen gegenüber den Steuersätzen preussischer Städte, so finde man, daß in Hannover für das Jahr 1892/93 15,⁷⁴ M, in Magdeburg 16,⁷¹ M, in Köln 18,¹³ M, in Frankfurt a. M. sogar 36,⁸⁹ M erhoben seien. Es komme noch hinzu, daß Braunschweig bis jetzt eine Staatssteuer noch nicht gehabt habe, und es sei auch der Nachweis nicht schwer, daß selbst nach Eintritt der Staatssteuer der Vergleich zu Gunsten von Braunschweig ausfallen würde. Nun sei eingewandt worden, daß durch Vermehrung der directen Steuern der Zuzug wohlhabender Familien nach Braunschweig eingeschränkt und manche hier wohnende Familie veranlaßt werden könnte, von hier wieder fortzuziehen. Dem gegenüber wolle er bemerken, daß seiner Ansicht nach die Steuerverhältnisse hierbei von verschwindendem Einflusse seien. Bei Erhöhung um eine Steuereinheit würde man von einem steuerpflichtigen Einkommen von 10 000 M nur 42 M mehr bezahlen, welcher Betrag doch nicht von Belang sei. Wer ein solches Einkommen zu verzehren habe, werde dahin gehen, wo es ihm gefalle, und werden dabei namentlich gesellschaftliche, Verkehrs- und hygienische Rücksichten mitsprechen. Man ziehe einmal eine Parallele zwischen Hannover und Braunschweig. Wie ungünstig gestalten sich in Hannover die Steuerverhältnisse, aber welche vortreflichen Anschlüsse innerhalb des preussischen Staatseisenbahnnetzes, welche Concentration der militärischen und behördlichen Corporationen, welche schöne Umgebung bei der unmittelbaren Nachbarschaft der Eilenriede und welche kluge Fürsorge der Regierung für die Einrichtungen der Stadt treffe man hier an. Wie stehe es nun mit dem Wachsthum der beiden Städte? Hannover sei trotz schlechterer Steuerverhältnisse erheblich gewachsen, während man von Braunschweig das Gleiche nicht sagen könne. Die Steuerverhältnisse seien also thatsächlich im Verhältniß zu anderen Factoren nicht von der Bedeutung, wie man glaube annehmen zu sollen. Bei der Vergleichung der directen mit der indirecten Steuer habe man auch nicht berücksichtigt, daß jede directe Steuer sich der jeweiligen Finanzlage anschließe. Eine indirecte Steuer werde aber nicht auf Jahre, sondern auf Jahrzehnte gegeben und ein Zurückziehen derselben sei nicht so leicht möglich. Nichtsdestoweniger komme man zu dem Re-

sultate, der indirecten Steuer den Vorzug geben zu wollen, schreite zur Auswahl unter den indirecten Steuern und stelle als Erfordernisse auf: die Steuer solle ergiebig sein, nicht zu große Erhebungs- und Controllkosten verursachen und nicht eine Preiserhöhung der für die Lebensführung der Bevölkerung nothwendigen Verbrauchsartikel im Gefolge haben. Wenn ein einziges Gewerbe in die Lage versetzt werde, jährlich 108000 M durch indirecte Steuern aufzubringen, so lasse sich allerdings an der Ergiebigkeit desselben nicht zweifeln. Anders sei es schon mit den Erhebungskosten und komme es darauf an, ob die Brauereien geneigt sein würden, der Stadt dabei eventuell durch genaue Anzeige des hier verbrauchten Bieres entgegenzukommen, andernfalls sich die Controle doch wohl schwieriger gestalten dürfte. An einem guten Sommertage werde hier ein Durchschnittsabsatz von 1200 hl erzielt, jedoch liege ein sehr bedeutender Theil des Absatzes im Flaschenbierhandel und das Ignoriren dieses Umstandes sei ein charakteristisches Merkmal der Vorlage. Mit dem Augenblicke, wo die theilhaftigen Kreise erklären, sie wollten sich wie bei der Fabrication, so auch beim Verkauf der steueramtlichen Controle unterziehen, würden durch Einstellung eines ungeheuren Beamtenapparates riesenhafte Erhebungs- und Controllkosten entstehen. Von dem Gesichtspunkte der Vertheuerung eines für die Lebenshaltung der Einwohner nöthigen Bedarfsartikels wolle er hernach reden. Man glaube aber dennoch, alle diese günstigen Gesichtspunkte treffen bei der Biersteuer zu und führe noch an, daß in dem Zoll- und Handels-Vereinsvertrage vom Jahre 1867 das Bier unter den der Communalbesteuerung freigegebenen Artikeln an erster Stelle erwähnt sei; die dort beliebte Reihenfolge sei indessen bedeutungslos, weil die Gegenstände im Allgemeinen nach der alphabetischen, mitunter in wechselnder Reihenfolge aufgeführt worden seien und dabei das Bier an die erste Stelle gerathe. Ferner habe man gesagt, ein erheblicher Procentsatz des Bieres sei als Nahrungsmittel anzusehen, aber ein noch größerer Procentsatz diene als Genußmittel. Bei dem hierüber schon geführten großen Kampfe handle es sich oft nur um den Ausdruck der Sympathie oder Antipathie. Wer dem Biergenusse huldige, nenne das Bier ein Nahrungsmittel, ein Feind desselben sage, es sei ein Genußmittel. Wo die Nahrung aufhöre, fange der Genuß an. In Braunschweig herrsche geradezu ein Mißverhältniß zwischen einerseits der Höhe der Production im Verhältniß zur Einwohnerzahl und andererseits dem thatsächlichen Consume. Während die Stadt hinsichtlich der Production im Verhältniß zur Einwohnerzahl in Norddeutschland an erster Stelle stehe, sei der Consum hier außerordentlich gering, nämlich 125 l auf den Kopf der Bevölkerung, wogegen in Cassel 189, in Dresden 225, in dem Königreich Bayern 260 und in der Stadt München 520 l pro Kopf der Bevölkerung consumirt werden. Das hier in Braunschweig verbrauchte kleine Quantum könne man also noch als Nahrungsmittel bezeichnen. Wenn auf andere Städte, welche eine Biersteuer eingeführt haben, hingewiesen

werde, so müsse er doch dem gegenüber hervorheben, daß in neuerer Zeit in der Mehrzahl der Städte die zur Vorlage gebrachte Biersteuer abgelehnt sei, obwohl auch einige Städte, wie z. B. Hildesheim, die Steuer angenommen haben. Die geringe Gunst, welche die indirecten Steuern besitzen, habe sich überhaupt in letzter Zeit nicht verbessert, auch die fachgewerblichen Vereinigungen haben dagegen gewirkt. Gegen einen Zusammenschluß der Brauereien, wie er hier erfolgt sei, lasse sich durchaus nichts einwenden, so lange nicht eine Ausbeutung des Publicums, eine willkürliche Preissteigerung oder die Verletzung anderer berechtigter Interessen beabsichtigt sei. Die schon früher in der von dem Vereine Braunschweiger Gastwirthe veranlaßten Versammlung abgegebene Erklärung, daß die hiesigen Brauereien die Biersteuer nicht tragen werden, habe er heute hier Namens der vereinigten Brauereien zu wiederholen.

Nicht allein, daß es nicht möglich sei, die Steuer wieder herauszuschlagen, sondern es fehle überhaupt eine innere Berechtigung zu derselben. Wenn eine hiesige Brauerei 27000 hl braue und hiervon in diesem Jahre ein Reineinkommen von 40000 M beziehe, so müsse sie, falls 21000 hl in der hiesigen Stadt abgesetzt werden, rund 13500 M Biersteuer bezahlen, wodurch das Einkommen um $33\frac{1}{3}\%$ reducirt werde. Nach den vorliegenden Verhältnissen würde von den hiesigen Brauereien diejenige mit dem größten Lokalabsatz ungefähr 17000 M, die kleinste aber 7000 M Steuer zu zahlen haben, welche Beträge gar nicht im Verhältnisse zu einander ständen. Die Biersteuer würde auch insofern noch ungerecht wirken, als Jemand, der 40000 M durch Bierbrauen verdiene, plötzlich eine Reduction dieses Einkommens um $33\frac{1}{3}\%$ erfahren solle, während andere Gewerbe und Geschäfte frei ausgehen und im Vollgenusse ihres Verdienstes bleiben sollen. Ferner treffe die Biersteuer die großen Brauereien wenig, die kleinen aber sehr hart. Wenn eine andere Brauerei mit 80000 hl Jahreserzeugniß nur 20000 hl in der hiesigen Stadt absetze, so würde dieselbe nur eine Herabminderung ihres Einkommens um 10% erleiden, so daß sich diese größere Brauerei viel besser stehe, als die vorhin bezeichnete kleinere Brauerei. Außerdem würde die Biersteuer bei den Brauereien auch gar nicht die Rentabilität des betr. Geschäfts berücksichtigen, denn die rohe Zahl der in Braunschweig abgesetzten Hektoliter Bier reducire nicht allein das Einkommen, sondern verstärke auch noch die etwa vorhandene Unterbilanz einer Brauerei. Nicht alle Brauereien könnten Dividenden vertheilen, auch hätten einzelne Geschäfte in einem Jahre einmal Unglück; denn in den jetzigen Listen stehe eine Brauerei sogar als steuerfrei. Statt diesen Verlust anzuerkennen, lege man den Geschäften nun noch eine Steuer auf, und zwar nur aus dem Grunde, weil dieselben ihr Bier zum größten Theile in der Stadt Braunschweig abgesetzt haben. Hierdurch erkläre sich der Beschluß der vereinigten Brauereien. Die Abnehmer der Brauereien seien nun die Wirths und die direct bei den Brauereien bestellenden Flaschen-

bierkunden. Die Wirkung auf die Wirthhe zeige sich in folgender Weise. Wenn ein Wirth jährlich 400 hl abseze und daran vielleicht 2500 M verdiene, so werde dieses Einkommen durch die Biersteuer um 11—12 % herabgemindert, und müsse man dem Wirthhe das Recht zuerkennen, sich dagegen zu weigern.

Sodann werde hingewiesen auf das Verhältniß zwischen Süd- und Norddeutschland; man sage, hier koste das Liter Bier 40 S und in München nur 23—25 S. Bei solchen Vergleichen solle man doch die Verhältnisse genau so betrachten wie sie liegen. Die Renten und Gewinn gebenden Factoren seien dabei der Kauf- oder Pachtpreis der Wirthschaft, die Betriebs- und Ausstattungskosten und der Bier-Abatz. Hier seien die Kauf- und Pachtpreise 2—3 Mal theurer als bei gleich großen Geschäften in Süddeutschland. In Süddeutschland habe man die billige weibliche Bedienung und außerdem seien die Ansprüche in Bezug auf die Ausstattung der Locale hier erheblich größer als in Süddeutschland. Was sodann den Abatz betreffe, so erscheine hier eine Wirthschaft mit einem Verbrache von täglich 2 hl schon hoch ansehnlich, während dieses in München als eine Bagatelle betrachtet werde. Wenn man nun dem Wirth das Recht zuerkenne, die Steuer abzuwälzen, so müsse er doch auch die Möglichkeit dazu haben. Das gängigste Gemäß sei hier das $\frac{1}{4}$ l-Glas, auf welches vertheilt die Steuer 0,16 S bringe, so daß also bei 6 Glas 1 S herauskomme, welcher Betrag niemals erhoben werden könne. Aber auch durch die Gemäße selbst sei ein Ausgleich nicht möglich, denn während die 10 S-Gläser jezt 25 cl Inhalt haben, würden dieselben nach Einführung der Steuer 24,629 cl fassen müssen. Dabei sprechen auch noch zwei andere Factoren mit. Es seien hier 200 Wirthschaftsconcessionen vorhanden und bei einer so bedeutenden Anzahl von Interessenten sei eine Einigung in wirthschaftlichen Fragen ganz ausgeschlossen, denn der Stärkere werde denken, er vergrößere sein Geschäft und werde die Steuer tragen, während der Schwächere unterliegen müsse. Ferner sei das die Wirthschaften besuchende Publikum erfahrungsgemäß sehr schwer zur Zahlung eines höheren Preises zu bewegen. Der Flaschenbierhandel sei demgegenüber wohl in der Lage, diese Steuer sowohl durch die Anzahl der zu liefernden Flaschen, als durch deren Größe zu reguliren, so daß sich hier der Uebergang der Steuer an den Consumenten sehr schnell und leicht vollziehen werde. Soweit es die Wirthhe betreffe, bedeute die Steuer nicht allein eine Belastung eines einzelnen Gewerbezweiges, sondern auch zugleich der dritten Steuerklasse, da alle Wirthhe mit einigen wenigen Ausnahmen dieser angehörten. Redner werde später ausführen, daß die Biersteuer überhaupt völlig der dritten Steuerklasse zur Last falle. Nun sage Herr Lange bei der Einbringung seines Antrages in der Sitzung vom 6. Februar d. Js. — Seite 271 des Berichts, — die Biersteuer sei so gering, daß man sie eigentlich erst merke, wenn man recht viel Bier trinke, selbst wenn der Consument sie zahlen müßte. Redner weist auf das Beispiel des fallenden

Hausens hin: ein Schoppen und ein Trinker geben nicht den Ausschlag. Am Schlusse des Jahres seien aber 15 Millionen Liter umgesetzt und 108 000 M. Steuern gezahlt. Und wie vertheilen sich diese 108 000 M.? Der Bierconsum wachse mit der Entfernung von der ersten Steuerklasse, außerdem seien die Personenzahlen der dritten Classe zu berücksichtigen. 1890 gehörten an Wahlberechtigten zur 1. Cl. 248, zur 2. Cl. 935 und zur 3. Cl. 8161 Personen. Gleiche nun die 1. Cl. ihre kleine Zahl durch einen größeren Consum aus? Im Gegentheil seien die Mitglieder der ersten Classe mehr dem Weingenuße, oder dem Genuße fremder Biere zuge-
 than. Das fremde Bier würde aber bei seinem höheren Preise durch die Steuer nur um $\frac{1}{45}$ vertheuert werden, während sich das hiesige Bier um $\frac{1}{26}$ seines Werthes vertheuere. Die Hauptbelastung, nämlich 96—97 %, werde der dritten Steuerklasse aufgehängt, selbst Diejenigen, die wegen Geringfügigkeit ihres Einkommens dafür eine Steuer nicht zahlen, tragen zur Biersteuer sehr erheblich bei. Es betrage die Biersteuer den 15. bis 16. Theil der gesammten städtischen Einkommensteuer, und $\frac{1}{5}$ — $\frac{1}{6}$ des gesammten bisherigen Aufkommens der dritten Classe. Diese Vorlage bedeute überhaupt einen doppelten Widerspruch. Während im Jahre 1890 die der hiesigen Stadt angehörigen Mitglieder der Landesversammlung eine Aenderung der Steuergesetzgebung dahin anregten und veranlaßten, daß eine Steuervertheilung im Verhältnisse von 1:6 stattfinde, in dem richtigen Gedanken, die unteren Volksklassen schonen zu wollen, bezwecke die heutige Vorlage das gerade Gegentheil, indem sie, ohne diese Wirkung vielleicht beabsichtigt zu haben, eine Belastung der dritten Steuerklasse herbeiführe. Bei keinem zweiten, von der indirecten Steuer betroffenen Bedarfsartikel werde aber die Steuer zugleich in solchem Verhältnisse des Consums und nicht in solchen Steuerbeträgen nach unten zunehmen, denn wenn auch im Verhältnisse der Branntwein concurriren werde, so falle er doch in Bezug auf die Menge ab. Darum sei es auch nicht zu verwundern, daß sich die öffentliche Meinung gegen solche Steuer auflehne. Der Reichstag habe seit 1873 vier Mal die Braumalzsteuer abgelehnt und auch bei verschiedenen Städten und Handelskammern habe man die Ablehnung der Biersteuer beobachtet. Die Handelskammer in Leipzig und die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin haben im Jahre 1893 ein abweichendes Gutachten abgegeben und erklärt, die Biersteuer bedeute eine besondere Belastung eines einzelnen Gewerbebezweiges und müsse für unbillig und schädlich gehalten werden. Auch die hiesige Handelskammer werde vermuthlich einen gleichen Standpunkt einnehmen, und sei ihm überhaupt von keiner anderen Handelskammer ein zusagendes Urtheil bekannt geworden. Die Vorlage zeige aber noch einen anderen Widerspruch. Bisher sei die Steuerpflicht und Steuerhöhe dargestellt als eine Gegenleistung für die communalen Leistungen, welche der Einzelne empfangt. Nun wolle man nur die Entstehungsurache des jetzigen oder eines späteren Fehlbetrages betrachten. Da handle es sich um Ausgaben für

die Allgemeinheit, um Canalisation, Unterrichts-, Armenwesen, überhaupt um Einrichtungen, von denen jeder Einzelne den gleichen Nutzen habe. Wenn aber besondere Interessententeile vorhanden seien, welche bei irgend einer Einrichtung einen besonderen Nutzen haben, so müssen sie dafür auch besonders zahlen, so z. B. die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden bezüglich der Canalsteuer, der Wegebausteuer 2c. Die Ursachen des jetzigen und der noch zu erwartenden größeren Fehlbeträge seien nur auf Ausgaben zurückzuführen, welche für die Allgemeinheit getroffen seien. Schließlich verweise er noch auf die Ausführungsanweisungen des preussischen Communalsteuergesetzes vom Jahre 1873, Artikel 39, Seite 101, in welchen gesagt sei, daß alle diejenigen Aufwendungen, welche nach ihrem Wesen und ihrer Bestimmung allen Gemeindeangehörigen zu Gute kommen, durch Gemeindeabgaben zu decken seien, so daß in einer preussischen Stadt bei denselben Entstehungsursachen solche Steuer eigentlich nicht eingeführt werden könne. Deshalb bitte er die Versammlung um Ablehnung der Biersteuer und jeder anderen indirecten Steuer, dagegen empfehle er, den Magistrat zu bitten, eine Vorlage wegen Erhöhung der communalen Einkommensteuer zu machen.

Herr Rieke ist schon in der Versammlung der hiesigen Gastwirth zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese wohl begriffen haben, es solle, wenigstens in zweiter Reihe, die Steuer auf sie abgewälzt werden. Wenn der Magistrat bei Aufstellung des Etats die Ueberzeugung gewinne, daß sich die laufenden Ausgaben mit den bisherigen Einnahmen nicht decken lassen, so sei es dessen Pflicht und Schuldigkeit, auf neue Einnahmequellen zu sinnen und komme es hierbei nur darauf an, ob es zweckmäßiger sei, den Ausgabebedarf durch directe oder durch indirecte Steuern zu decken. Er sei principiell gegen alle indirecten Steuern, weil diese nicht allein ungerecht, sondern auch unmoralisch wirken, wie die Geschichte und die Thatfachen beweisen haben. Warum es ungerecht sein würde, die Steuer den Brauereien aufzuerlegen, habe der Vorredner schon auseinandergelegt. Die Brauereien bilden eine sachgewerbliche Vereinigung und diese würde einfach den Wirthen, von denen zwei Drittel in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu den Brauereien stehen, sagen, das Hektoliter Bier koste jetzt so viel mehr, dann wäre der Schlag parirt und die Wirthen könnten dann sehen, wie sie fertig würden. Letzteren würde es nicht so leicht werden, die Steuer auf das Publikum abzuwälzen, denn die Gläser könnten nicht viel kleiner und die Halsbinden nicht noch größer werden, als sie schon seien, da das Publikum für sein Geld doch schließlich auch etwas haben wolle. Endlich würde sich aber doch Gelegenheit finden, die Steuer auf das Publicum abzuwälzen und dann sei sie da, wo sie am ungerechtesten wirke, bei der großen Masse des werththätigen Volkes. Wenn der Herr Oberbürgermeister anführe, daß die Schüler und Schülerinnen der mittleren Bürgerschulen sich verringert haben gegen die unteren Bürgerschulen, so hänge dieses damit zusammen, daß die Lebens-

lage des Volkes eine schlechtere werde und dieses daher nicht noch mehr mit indirecten Steuern belastet werden könne. Dem Vorbilde von Preußen brauche man auf dem Gebiete der indirecten Steuern nicht zu folgen. Wenn er vor die Wahl gestellt werde, entweder eine Steuer auf Nahrungsmittel, oder ein zwölftes Simplum zu bewilligen, so werde er letzteres vorziehen, weil man dasselbe durch einen einfachen Beschluß wieder los werden könne, die indirecte Steuer aber nicht. Der Appetit komme beim Essen: wenn die Biersteuer nicht mehr ausreiche, käme der Brantwein oder das Petroleum an die Reihe. Man habe schon heutzutage keinen Vortheil mehr davon, ob die Fluren gut oder schlecht stehen, sondern es komme Alles auf die Steuerbewegung an. Das seien aber ungesunde Verhältnisse und deshalb müsse er sich gegen die Biersteuer aussprechen.

Herr Lord glaubt zwar, daß lange Reden an dem schließlichen Resultate nichts ändern werden, jedoch könne die Vorlage nicht ohne Sang und Klang der Abstimmung entgegengeführt werden. Auf die augenblickliche Situation scheine ihm die Aeußerung anwendbar, daß die Parlamente nicht mehr da seien, um zu belehren, sondern um abzustimmen. Wer in die heutige Versammlung gekommen sei, ohne zu wissen, wie er stimmen werde, der könne ihm leid thun. Er sei mit dem Voredner ein Gegner der indirecten Steuern und wenn er das nicht wäre, so würde er doch ganz entschieden ein Gegner dieser ungeheuerlichen Steuer sein, welche eine Last auf wenige Schultern wälze, die kaum im Stande sein würden, dieselbe zu tragen. In der Finanzcommission habe er schon bemerkt, daß diese Biersteuer anderwärts eine Revolversteuer genannt worden wäre, man drücke irgend einem Gewerbe die Pistole auf die Brust und sage, es müsse 108000 M zahlen. Eine sehr breite Rolle habe in der Finanzcommission auch die augenblickliche Bedürfnisfrage gespielt, und seien schon gegenüber dem in der Finanzcommission mündlich mitgetheilten großen Zahlenmateriale Bedenken aufgestiegen, ob die augenblickliche Finanzlage der Stadt dazu angethan sei, eine derartige ungerechtfertigte und in gewisser Beziehung unmoralische Steuer zu erheben. Er glaube nicht, daß auch nur ein Mitglied der Versammlung sich durch das nunmehr schriftlich vorliegende Zahlenmaterial über die Bedürfnisfrage klarer geworden sei, oder daß die Begründung derselben als eine so intensive angesehen werden könne, um die Ueberzeugung davon zu erhalten, daß Alles unabänderlich richtig sei, was dort stehe. Einzig und allein sei in der Commission als richtig anerkannt worden, daß augenblicklich ein Bedürfnis von 38600 M vorliege und daß, da der Executionsetat von 1895/96 noch nicht vorliege, man nicht wissen könne, ob dieses Deficit nicht noch herabgemindert werde. Auch sei darauf hingewiesen worden, daß die Steuerverhältnisse des Staates, welche einer vollständigen Umwandlung entgegengehen, in ihrer Wirkung auf die städtischen Finanzverhältnisse sich noch nicht übersehen lassen und daß vor allen Dingen die Uebergangsjahre 1897 und 1898 unklar blieben, während sich die

folgenden Jahre vielleicht einigermaßen übersehen ließen. Nach einer zweistündigen Besprechung in der Finanzcommission, welche sich hauptsächlich um die Dringlichkeit gedreht habe, habe er die Empfindung gehabt, daß es unbedingt unnöthig sei, in diesem Augenblicke von einer derartigen Steuer Gebrauch zu machen. Das Deficit von 38 600 M sei nicht danach angethan, mit einer Vorlage zu kommen, welche 108 000 M aufbringen solle, denn die in Aussicht gestellte weitere Steigerung der Ausgaben um jährlich 52 000 M stehe durchaus noch nicht so bombenfest, auch kenne man die Rückwirkung der Reformirung der Staatssteuern in Bezug auf die Jahre 1897 und 1898 noch nicht. Das Bestreben Einzelner in der Commission sei deshalb darauf hinausgegangen, die Biersteuer von vornherein an der Finanzfrage scheitern zu lassen, mit welcher Absicht man aber leider in der Minorität geblieben sei. Nach den sachkundigen Ausführungen des Herrn Wolters lasse sich nur noch wenig über die Steuer sagen. Es sei anerkannt worden, daß das Wirthsgewerbe in der Hauptsache die Steuer tragen müsse und sich vielleicht von dem Flaschenbierconsum ein kleiner Theil auf die Consumenten abwälzen lasse. Das Wirthsgewerbe sei aber seit Jahren hier in stetem Rückgange begriffen, denn man werde kaum einen Fall nennen können, in welchem ein größerer oder kleinerer Gastwirth hier in seinen Verhältnissen vorwärts gekommen sei. Einem solchen Gewerbe wolle man nun noch eine neue Steuer in dieser Höhe aufbürden, welche dasselbe nicht abwälzen könne und daher auf seinen schwachen Schultern behalten müsse. Für eine derartige Steuer könne er sich aber nicht erwärmen und empfehle er daher, sie abzulehnen.

Herr Bue s würde es nicht für nöthig halten, zu der Vorlage, welche bis jetzt von allen Rednern verurtheilt sei, noch das Wort zu nehmen, wenn nicht die Sache für die Gastwirthe so furchtbar ernst wäre. Es sei kein Zufall, daß die Gastwirthe sämmtlich in ihrem Einkommen zurückgegangen seien, sondern allein durch die colossalen Beschränkungen, welche auf diesem Gebiete von hoher und höchster Stelle angestrebt würden, komme es, daß die Einkommen der Gastwirthe durchschnittlich um die Hälfte verringert, ja, daß ein großer Theil der ausübenden Personen dieses Gewerbes im Laufe der letzten Jahre dem Ruine verfallen seien und in vielen Geschäften der Gerichtsvollzieher häufiger als jeder andere Gast sei. Da sich die Steuer auf einen Anderen nicht abwälzen lasse, so müsse man doch sagen, daß sie unmöglich diesem Gewerbe noch aufgehängt werden könne. Wenn er nicht ein principieller Gegner einer jeden Sondersteuer wäre, so würde er vorschlagen, z. B. den Lotteriepächtern mit ihrem Einkommen von 500 000 M eine ordentliche Steuer aufzuerlegen; sofern man aber bereit sei, den Gastwirthen die Lotterie zu übergeben, würden sie die Steuer gern übernehmen. Uebrigens lasse sich mit Jemand, der erkläre, für die Biersteuer eintreten zu wollen, weil er kein Bier trinke, hierüber gar nicht rechten. Ungefähr neun Zehntel der Gastwirthe gehören der dritten Steuerklasse an, indem dieselben ein Einkommen von 1000—2000 M haben, und es könne doch eigentlich Niemand einfallen, einem Manne, der sich unter solchen

Verhältnissen Tag und Nacht quälen müsse, noch eine derartige Steuer aufzuerlegen. Diese Frage müsse überhaupt den Wählern der dritten Steuerklasse die Augen öffnen, damit sie sich nur Candidaten aussuchen, welche die dritte und nicht die erste Classe vertreten. Im Namen der Gastwirthe bitte er, die Vorlage abzulehnen.

Herr Koch ist im Principe kein Freund von indirecten Steuern. Wenn noch einige, von ihm bekämpfte Ausgabeposten abgelehnt worden wären, so namentlich der Zuschuß zu dem Durchbruche Schützenstraße—Schußstraße und die Wiederaufstellung des Porticus im Bürgerparke, dann brauchte man gar keine neue Steuer. Da aber jetzt Geld geschafft werden müsse und die Einkommensteuer schon um ein Simplum erhöht sei, so daß man sich vor einer weiteren Erhöhung hüten müsse, wenn man nicht den Zugzug steuerkräftiger Personen noch mehr vermindern wolle, so bedaure er, daß die Brauereien die Tragung der Biersteuer ablehnen und sie auf die Wirthe und das Publicum abwälzen wollen. Die Brauereien hätten ihren entschiedenen und ablehnenden Standpunkt auch nur einnehmen können, weil sie ihrer wenige seien und sich in Folge ihres großen Verdienstes und des geschlossenen Ringes stark fühlten. Nur durch die Brauereien seien die großen Bierpalais entstanden und die Wirthe, welche darin sitzen, seien schlimm daran und müßten bluten. Die Bierpreise ständen seit 4 Jahren gar nicht im Einklange mit den Kornpreisen, da erstere nicht heruntergegangen seien, um so betrübender erscheine es ihm, daß die Brauereien auch diese Steuer noch abwälzen wollten, obwohl sie hohe Dividenden zahlen und große Summen ihren Reservefonds überweisen könnten. Wenn aber die Brauereien die Steuer nicht tragen wollten, könne er sich für dieselbe auch nicht erwärmen. Deshalb bitte er, in dieser Richtung zunächst noch Ermittlungen anzustellen und eine Commission zu wählen, welche sich mit den Brauereien dieserhalb ins Einvernehmen zu setzen habe. (Heiterkeit.)

Herr Wolff ist kein begeisterter Freund der Biersteuer, wird für dieselbe aber stimmen und möchte diesen Standpunkt kurz begründen. Er fühle sich indessen nicht berufen, für die Biersteuer ein eingehendes Plaidoyer zu halten, da ein solches zwecklos sei. Nach den Darlegungen des Magistrates über die finanzielle Lage könne füglich die Ablehnung der Vorlage nur erfolgen, entweder weil man jeder indirecten Steuer principiell feindlich entgegenstehe, oder weil man ein Feind gerade der Biersteuer sei. Niemand werde sich bei solchem Standpunkte durch die heutigen Reden in seinem Urtheile beeinflussen lassen und er verzichte auch darauf, Einfluß auszuüben. Jedenfalls glaube er sich nicht zu täuschen, wenn mit ihm einige Mitglieder der Versammlung der Vorlage zustimmen, weil sie diese Steuer für das kleinere von zwei Uebeln halten. Nach der jetzigen finanziellen Lage lasse sich eine weitere Verstärkung der Communalsteuer auf keinen Fall durchführen. Nach seiner Meinung würde es, unter Berücksichtigung der drohenden Staatseinkommensteuer und der lauen localen Verhältnisse, eine Gefahr für die Stadt darstellen, wenn nicht schon jetzt Stellung zu der Frage genommen würde,

ob nicht die erhöhten Anforderungen wenigstens theilweise durch indirecte Steuern gestillt werden möchten. Die Lage vieler, besonders der kleinen Rentner sei durch den Rückgang des Zinsfußes eine üble geworden, und doch sei der Zuzug steuerkräftiger Personen für die hiesige Stadt von ganz eminenter Bedeutung. Wenn andere Städte hierauf keinen so großen Werth zu legen brauchen, so liege das darin, weil dieselben in ihren inneren Einrichtungen derartige Annehmlichkeiten und Vorzüge bieten, daß die Leute trotz höherer Steuern der Stadt erhalten bleiben. Wenn Herr Wolters meine, daß die Steuerfrage bei begüterten Personen keine Rolle spielen dürfe, so möge das vom theoretischen Standpunkte aus richtig sein, wer indessen mit dem theilhaftigen Publicum in dieser Beziehung zu thun habe, der werde der Ueberzeugung sein müssen, daß diese Frage eine ganz enorme Rolle spiele und daß man hier in dieser Beziehung mit der äußersten Vorsicht vorgehen müsse und man einen besonderen Anlaß habe, die Erhöhung der Communalsteuern aufs Aergste zu scheuen. Jedenfalls werde man eine solche Erhöhung als ein großes Uebel ansehen müssen, gegen welches die Biersteuer als das mindere Uebel erscheine, so daß man von diesem Standpunkte aus der Vorlage zustimmen müsse, auch wenn man anerkenne, daß die Biersteuer ihre Mängel habe. Dabei spreche er die Hoffnung aus, daß es dem Wirthstande sehr bald gelingen möge, die Steuer auf das Publicum abzuwälzen. Alle Dinge seien wandelbar und auch der Preis des Bieres stehe nicht fest, denn er richte sich nach den Kosten der Rohproducte, den Löhnen &c. und dabei werde auch die Steuerfrage eine wesentliche Rolle spielen. Wenn man noch die Erfahrungen aus anderen Städten nehme, so werde man doch wohl der Ueberzeugung sein müssen, daß man der Vorlage mit Rücksicht auf das Wohl der Stadt und zur Vermeidung größerer Uebel zustimmen müsse.

Herr Rieß: Was Herr Koch gesagt habe, sei das Schlimmste, was gegen die Biersteuer hätte gesagt werden können, nicht etwa in seinem logischen Zusammenhange, sondern in der Ausführung. Der Herr Oberbürgermeister habe erwähnt, daß die Steigerung der öffentlichen Ausgaben wesentlich mit hervorgerufen sei durch die Verschiebung des Besuches der mittleren Bürgerschulen nach den unteren Bürgerschulen. Wenn Herr Rieße glaube, hieraus schließen zu sollen, daß in dem Ernährungsstande der Bürger eine Verschlechterung eingetreten sei, so treffe dieses nach seinen Erfahrungen nicht zu. Erst kürzlich habe er die Kinder einer unteren Bürgerschule bei einem Schulfeste beobachtet und sich über die nette Kleidung derselben gefreut. Darum meine er, daß nicht in einer Verringerung des Erwerbsstandes der hiesigen Einwohnerschaft der Grund für diese Erscheinung zu suchen sei, sondern derselbe darin liege, daß die unteren Bürgerschulen mit ihren hochgeschraubten Schulzielen einem Bürgerkinde genug bieten und dazu die Annehmlichkeit, weniger Schulgeld zu bezahlen, mitspreche. Herr Wolff meine, daß der Bierpreis beeinflusst werde durch den Preis für das Rohmaterial. Das sei nicht der

Fall, denn hierdurch werde nur der Gewinn der Brauereien beeinflusst, aber niemals der Bierpreis, da letzterer an die Gewohnheit des Publicums gebunden sei, so daß es keinem Schankwirth möglich sein werde, für ein Glas Bier, welches jetzt 10 S koste, demnächst 11 S zu erheben, wenn er sich durch diesen Versuch nicht die Gäste aus dem Hause treiben wolle. Der Ansicht des Herrn Koch, daß das Brauereigewerbe unrecht thäte, die Steuer von sich abzuwälzen, könne er nicht beistimmen. Wenn man hier ein einzelnes Gewerbe herausgreifen und belasten wolle, so sei es doch richtiger, sämmtliche Gewerbe mit einer Steuer zu belegen und den Fehlbetrag in den Ausgaben auch auf die Rechtsanwälte, Aerzte, Bankiers &c. mit zu vertheilen. Der Grundgedanke der Biersteuer liege darin, dieselbe auf das Publicum abzuwälzen, wenn sich dieses aber nicht ausführen lasse, habe man Veranlassung, die Steuer abzulehnen. Dazu komme noch die Unklarheit, wie sich die städtischen Steuerverhältnisse nach zwei Jahren gestalten werden, da es doch feststehe, daß vom Jahre 1898 ab 75 % der Grund- und Gewerbesteuer den Gemeinden zugeführt werden, was auf die Stadt Braunschweig, roh veranschlagt, 300 000 M im Jahre ausmache. Von den ländlichen Mitgliedern der Landesversammlung sei sogar verlangt worden, daß auch die letzten 25 % der Grund- und Gewerbesteuer den Gemeinden überlassen werden, so daß diese Steuer nur noch der Form nach als Staatssteuer bestehen bleibe, indem auf sie das ganze Wahlsystem des Landes gebaut sei. Also nur deshalb, weil sich keine Möglichkeit biete, für die Zusammensetzung des Landtages eine andere Form einzuführen, lasse sich die Grund- und Gewerbesteuer nicht aufheben, während man den Ertrag derselben mehr oder weniger den Gemeinden zuführen wolle. Hierdurch komme aber eine so wesentliche neue Einnahme in die Gemeinden, daß eine neue Belastung der hiesigen Einwohnerschaft nicht nur unnöthig sei, sondern daß sich sogar ein Theil der Einkommensteuer werde absetzen lassen. Da aber diese Verhältnisse noch vollständig unklar liegen, so empfehle er der Versammlung, keine neue Belastung irgend einer Classe von Bürgern anzunehmen, bevor man nicht das neue Communalsteuergesetz in seiner Wirkung klar überschauen könne und daher auch diese Magistratsvorlage abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Pöckel: Die Debatte mache auf ihn den Eindruck, als wäre es weniger die Unklarheit über das Bedürfniß der Erhöhung der städtischen Einnahmen, als eine gewisse Unbehaglichkeit, sich gerade für die Biersteuer zu erklären, von der die bisherigen Redner beherrscht seien. Wenn Herr Nieß hervorhebe, daß die Wirkung der Staatssteuerreform auf die städtischen Finanzen überall noch nicht zu übersehen sei und derselbe insbesondere sage, daß nach dem Jahre 1898 die Grund- und Gewerbesteuer, welche jetzt der Staat erhebe, den Gemeinden als Steuerquelle überwiesen werde, so sei darauf zu erwidern, daß dieses noch im weiten Felde liege. Zunächst sei principiell die Vereinbarung mit dem Landtage

getroffen, daß die Staatseinkommensteuer definitiv im Finanzjahre 1899/1900 eingeführt und daß, sofern diese den erhofften Ertrag liefere, den Gemeinden $\frac{3}{4}$ der Grund- und Gewerbesteuer überwiesen werden sollen, soweit mithin dieser Theil dem Staate entbehrlich sei. Wie schon angedeutet, müsse man aber hierbei berücksichtigen, daß auch der Bedarf des Staates an neuen Einnahmen aus Steuerquellen in stetigem Wachsen begriffen sei. Ohne sich auf steuerpolitische Excurse einzulassen, möchte er nur noch auf die Bedürfnisfrage zurückkommen, welche von den Herren Wolters und Lord bezweifelt sei, indem diese annähmen, es handle sich nur um das Deficit des jetzigen Etats in Höhe von 38 600 M. Wenn es sich um weiter nichts handele, würde der Magistrat unter keinen Umständen auf den Gedanken gekommen sein, eine solche Vorlage hier einzubringen; es handle sich hier aber um die Deckung eines von Jahr zu Jahr sich steigenden Mehrbedarfs der Stadt. Daß die laufenden Ausgaben der Stadt nicht erheblich und auf die Dauer eingeschränkt werden können, davon werde sich die Versammlung bei der Filtrirung des diesjährigen Etats wohl überzeugt haben. Man habe mit vieler Mühe einige 20 000 M von dem laufenden Etat abgeknöpft, habe sich dabei aber wohl gesagt, daß dafür im nächsten Jahre desto mehr bezahlt werden müsse, wie es denn auch wohl kommen werde. Es sei ferner unmöglich, die außerordentlichen Ausgaben für solche einmalige besondere Zwecke, die zur Erhaltung und Förderung der Stadt und ihrer Wohlfahrt dienen, dauernd abzuwenden, denn wenn man in der Entwicklung der Stadt und der Förderung ihrer Wohlfahrt still stehen wollte, würde dieses ein Rückschritt sein und würde dadurch die Stadt zu einer kümmerlichen Provinzialstadt herabsinken — und das beabsichtige man doch nicht. Von Herrn Wolff sei vorhin schon darauf hingewiesen, daß die Stadt Braunschweig augenblicklich allerdings in ihren Steueranforderungen gegenüber den anderen deutschen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern in einem günstigen Verhältnisse stehe. Dieses Verhältniß habe sich aber schon sehr verschoben insofern, als Braunschweig bisher die drittunterste Stelle eingenommen habe, jetzt aber schon in die siebentunterste Stelle eingerückt sei. Diese Verschiebung werde sich aber noch mehr geltend machen dadurch, daß jetzt der Staat an Stelle einer ganz geringfügigen Personalsteuer eine Einkommensteuer erheben wolle, welche für die hiesige Stadt 740 000 M betragen werde. Wenn hier also das directe Einkommen gleichzeitig vom Staate und von der Stadt höher besteuert werde, so werden auch die günstigen Steuerverhältnisse, deren man sich hier im Ganzen zu erfreuen gehabt habe, aufhören und werde Braunschweig dann mit den anderen großen und größeren Städten in Preußen auf eine gleich hohe Steuerstufe kommen, so daß die bisherige Anziehungskraft der Stadt Braunschweig aufhören werde. Wohlhabende Fremde werden dann nicht mehr hierherziehen und diese und jene hiesigen Einwohner werden der Stadt vielleicht den Rücken kehren,

sofern sie nicht an dieselbe gebunden seien. Die Folge davon würde sein, daß man dieselben Ausgaben, zu welchen bisher die eingewanderten Fremden mit beigetragen haben, ohne deren Hülfe, also in einem höheren Betrage werde bestreiten müssen. Die Zweckmäßigkeit der Einführung einer indirecten Steuer lasse sich also nicht verkennen und bitte er deshalb nochmals, die Vorlage anzunehmen.

Herr Löschigk ist der Meinung, daß die hier beabsichtigte Belastung eines einzelnen Gewerbes mit dem Gerechtigkeitsgeföhle eines Vertreters der Stadt nicht in Einklang zu bringen sei. Wenn Herr Wolff mit schwerem Herzen für die Vorlage stimme, so setze derselbe doch mit schwerem Herzen einem einzelnen Gewerbe die Pistole auf die Brust und fordere von ihm diese Steuer, denn es sei klar, daß nur das einzige Gewerbe die Steuer tragen werde. Er stimme deshalb entschieden und mit Freude gegen die Biersteuer und, wenn auch mit schwerem Herzen, für die Erhöhung der Einkommensteuer. Schließlich gehe eine solche Steuer doch auf Kosten des Products und das wolle doch wohl Niemand. Man müßte aus demselben Grunde auch das Bäcker- und Schlachtergewerbe, sowie alle anderen Gewerbe zur Steuer heranziehen. Ein Geschäftsmann wisse recht wohl, daß sich die Bierpreise nicht durch das Rohmaterial reguliren, denn die Brenner hätten im Jahre 1887 eine Reichssteuer bekommen, welche auch zum größten Theile von der Allgemeinheit getragen werde. Der Preis des Bieres lasse sich von den Brauereien wohl leicht heruntersetzen, aber den Preis einer Sache heraufzusetzen, sei in keinem Gewächte leicht. Im Interesse des Gerechtigkeitsgeföhles bitte er die Vorlage abzulehnen, damit nicht eine einzelne Classe belastet werde; dagegen lieber einer Erhöhung der allgemeinen Steuer zuzustimmen, selbst auf die Gefahr hin, daß verschiedene Fremde von hier fortziehen sollten. Auch unter den jetzigen Steuerverhältnissen habe es hier zugezogene Fremde gegeben, welche der Stadt nach einigen Jahren wieder den Rücken gekehrt haben, so daß die Höhe der Steuern hierbei auch nicht allein ausschlaggebend sei. Er bitte um Ablehnung der Vorlage.

Herr Blasius möchte bitten, die Biersteuer anzunehmen. Es könne für ihn nur einen Grund geben, die Vorlage abzulehnen, wenn er nämlich glauben müßte, daß dadurch auf die Dauer ein einzelnes Gewerbe besonders belastet würde. Das sei seiner Meinung nach aber nicht der Fall, indem er fest überzeugt sei, daß die Biersteuer später von allen Biertrinkern getragen und sich im Laufe der Zeit für die Wirthschaft ein Modus finden werde, dieselbe auf die Consumenten abzuwälzen. Wer aber Bier trinke, der könne auch diese Kleinigkeit mehr zahlen. Hinsichtlich der Behauptung, daß die Gastwirthschaft diese Steuer allein tragen müßten, lägen sichere Erfahrungen noch nicht vor. Bei der Branntweinsteuer habe man auch erlebt, daß nicht der Branntweinbrenner oder Schnapswirth, sondern das consumirende Publicum die Steuer getragen habe und dieses in Folge dessen mehr und mehr vom Branntweintrinken abgekommen sei. Was den Einwurf betreffe, die

dritte Steuerklasse habe die Steuer zu tragen, so könne dieses vielleicht so lange der Fall sein, wie hauptsächlich die Gastwirthe die Steuer aufzubringen haben. Die anderen Steuerklassen indessen, welche mehr Bier in Flaschen verbrauchen, werden die Steuer ebenfalls mit tragen, indem man ihnen für 3 M etwa eine Flasche Bier weniger gebe, so daß man hier an die Stelle komme, an welche man die Steuer haben wolle. Die Branntweinsteuer sei f. B. hauptsächlich damit motivirt, daß man den Genuß des Branntweins beschränken wolle, und dieser Zweck sei im großen Ganzen auch erreicht worden. Der Biergenuß habe darauf hin aber zugenommen und das sei Anfangs auch recht schön gewesen, indem man sich gesagt habe, es sei immer noch besser, man trinke Bier, als daß man Schnaps trinke. Dadurch sei man nun aber positiv in ein Fahrwasser gerathen, welches gerade für die dritte Classe einen bedrohlichen Charakter annehme. Der Genuß des Bieres habe nämlich derartig zugenommen, daß auf verschiedenen medicinischen Congressen darauf aufmerksam gemacht sei, wie die Krankheiten derjenigen Organe, welche bei dem übermäßigen Genuße leichter spirituöser Flüssigkeiten in unserm Körper besonders in Thätigkeit kommen, eine ganz auffallende Zunahme zeigen, indem Herz-, Nieren- und Leberkrankheiten viel häufiger auftreten als früher. Es geschehe jetzt sehr viel, um Epidemien, wie die Cholera oder Diphtheritis, sowie um die Tuberculose zu bekämpfen, aber zur Bekämpfung der Ursachen jener Krankheiten scheine man sich nicht entschließen zu können. Selbst wenn aber die dritte Steuerklasse den Genuß an Bier in Folge der Steuer herabsetzen sollte, so würde dieses für ihre Gesundheit und Erwerbsfähigkeit unendlich mehr Nutzen haben, als die geringe Steuer ihrem Vermögen schaden könne. Durch Annahme der Steuer würde man der Volkswohlfahrt nur nützen, so daß er sich freuen würde, wenn dadurch auch der Bierconsum in Braunschweig etwas herabgesetzt werden könnte.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingegangen sei.

Herr Günther wendet sich gegen den Schlußantrag, da er es nicht für am Plage halte, bei diesem Punkte einen solchen Antrag zu stellen.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß dem Vorredner solche Kritik nicht zustehe. Der Schlußantrag wird darauf angenommen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort Herr Rieke: Wenn er vorhin geltend gemacht habe, die schlechte Lebenshaltung eines großen Theiles der Einwohnerschaft sei daran schuld, daß die Kinder mehr und mehr von den mittleren nach den unteren Bürgerschulen übergingen, so habe er sich sein Urtheil auf Grund der Erfahrung und nicht einer gelegentlichen Beobachtung gebildet, und müsse er deshalb diese Ansicht aufrecht erhalten.

Die nun folgende namentliche Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

Es stimmten für die Vorlage die Herren: Blasius, Boller, Brückmann, Bührmann, Engelbrecht, Lange, Löbbecke, Meyer, Nolte, Seele, Uhde, Weber und Wolff.

Gegen die Vorlage stimmten die Herren: Ahmann, Bäsecke, Bauermeister, Bültmann, Bues, Ebeling, Günther, Halle, Hauswaldt, Kathe, Koch, Löschigt, Lord, Meyerhoff, Müller, Rieß, Riefe, Schmidt, Wagner, Wollentweber und Wolters.

Demnach ist die Vorlage mit 21 : 13 Stimmen abgelehnt worden.

II. Canalisirung eines Theils der Heinrichstraße.

Für die Canalisirung der zwischen der Hagenstraße und dem Hagenringe gelegenen Theilstrecke der Heinrichstraße sind noch 3200 M. erforderlich, deren Bewilligung der Magistrat beantragt

und die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Lord berichtet, beschließt.

III. Antrag Halle: Prüfung der Feuerlöscheinrichtungen.

Wie Herr Uhde berichtet, hat Herr Oberbürgermeister Pöckels bei Verathung des in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrages — Seite 89 des Berichts — in der Baucommission die Erklärung abgegeben, daß man wegen Reorganisation und verschiedener neuer Einrichtungen im Feuerlöschwesen in Verhandlung getreten sei. Daraufhin habe sich die Baucommission im Einverständniß mit dem Antragsteller veranlaßt gesehen, zu beantragen, daß man den Antrag vorläufig auf sich beruhen lasse.

Die Sache ist damit erledigt.

IV. Antrag Jüdel: Ausbau einer projectirten Straße 1c.

Der in der vorigen Sitzung eingebrachte und begründete Antrag — Seite 91 des Berichts — ist von der Statutencommission vorberathen worden. Nach dem Berichte des Herrn Halle handelt es sich dabei um die Anlegung einer von der Helmstedterstraße nach Süden zu abzweigenden Straße, welche auf dem von dem Architekten Zinkeisen erworbenen Terrain gegenüber der östlichen Hälfte des Centralfriedhofes gelegen sei. Wenn nun auch nicht verkannt werden solle, daß die Baugenossenschaft immerhin einen guten Zweck verfolge, so seien doch in der Commission ganz wesentliche Bedenken dagegen aufgetaucht, ob man so weit von der Stadt entfernt die Anlegung einer Straße gestatten solle. Schließlich sei indessen nach eingehender Erörterung die Commission zu dem Entschlusse gekommen, den Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Kathe ersucht um Ablehnung des Antrages. Ohne den guten Zweck der Baugenossenschaft zu verkennen, halte er es doch mit Rücksicht auf die schlechte

finanzielle Lage der Stadt für nothwendig, den Ausbau von Straßen möglichst zu beschränken, damit nicht noch mehr Capital zinslos angelegt werden müsse. Auch würde die Einrichtung eines neuen, von der Stadt ganz abgeschnittenen Straßenviertels der Stadt viele Verwaltungskosten auferlegen. Man habe hierbei auch zu bedenken, daß manche Einrichtungen der Stadt, wie das Gas- und Wasserwerk, für eine so große Erweiterung nicht zureichen und durch deren Vergrößerung große Kosten entstehen würden. Auch bei Feuerzgefähr hätte die städtische Feuerwehr einen außerordentlich weiten Weg zu machen. Es handle sich hierbei um ein Terrain von 33 Morgen, welches erst vor einigen Jahren der Stadt zugelegt sei und von dem die Baugenossenschaft 8 Morgen erworben habe. Sobald aber der Letzteren die Genehmigung zum Bauen erteilt sei, werde auch der Unternehmer Zinkeisen mit einem gleichen Gesuche kommen. So lange noch Häuser an den vorhandenen ausgebauten Straßen errichtet werden können, so lange brauchten neue Straßen nicht angelegt zu werden, zumal dadurch auch die vorhandenen Hausbesitzer nur geschädigt würden.

Herr Nieß möchte empfehlen, den Antrag anzunehmen, weil es sich bei der Baugenossenschaft um ein eigenartiges, die Wohlfahrt von Arbeitern förderndes und nicht um ein speculatives Unternehmen handle. Die Baugenossenschaft könne ihren Grundsätzen und Aufgaben nicht gerecht werden, wenn sie nicht in der Lage sei, billiges Baugterrain zu kaufen. Darum werde man ihre Thätigkeit lahm legen, wenn man sie zwingen wolle, an solchen Gebietstheilen der Stadt Bauplätze zu erwerben, wo schon aufgeschlossene Straßen liegen und der Grundpreis des Bodens festgelegt sei.

Herr Meyerhoff billigt wohl die Bestrebungen der Baugenossenschaft, kann sich aber nicht veranlaßt fühlen, sie in diesem Maße zu unterstützen. Die Frage, ob das Vorgehen solcher Baugenossenschaften richtig sei, bedürfe überhaupt noch der weiteren Klärung. Von der einen Seite bezubele man die humanitären Bestrebungen derselben, auf der anderen Seite thun sie aber vielen Schaden, indem immer noch mehr Wohnungen errichtet werden, obwohl ein Wohnungsmangel gar nicht vorhanden sei. Wenn man jetzt der Baugenossenschaft die Pauerlaubniß erteile, könne man sie auch dem Besitzer der übrigen Länderei nicht vorenthalten. Da nun noch genügendes anderes Baugterrain vorhanden sei, auch die Gefahr vorliege, daß für andere Besitzer von Terrain ein Präjudiz geschaffen werde, bitte er um Ablehnung des Antrages.

Herr Halle will nochmals hervorheben, daß die Statutencommission den Antrag dem Magistrate nur zur wohlwollenden Berücksichtigung empfehle und hierbei von einer Belastung der Stadt keine Rede sein könne, da die Baugenossenschaft alle Unkosten übernehmen wolle und auch von der Uebernahme der Straße vor-

läufig keine Rede sein könne. Es handle sich hierbei um die versuchsweise Errichtung von 12 Einfamilienhäusern.

Herr Löschigk möchte vor der Annahme des Antrages warnen, zumal in diesem Versuche auch eine indirecte Schädigung des städtischen Vermögens insofern liege, als der Grundbesitz wieder einmal geschwächt werde. Ein Wohnungsmangel sei hier auch für Arbeiter nicht vorhanden und außerdem würde von der Genehmigung doch nur eine verschwindende Minderheit Nutzen haben, während der Stadt große Kosten erwüchsen. Die Stadt Braunschweig habe schon eine so große Ausdehnung, daß es nicht gerathen erscheine, dieselbe noch zu erhöhen; er bitte daher um Ablehnung des Antrages.

Herr Uhde ersucht um Annahme dieses die Stadt in keiner Weise belastenden Antrages. Eine Concurrenz mit anderen Bauunternehmungen finde hier nicht statt, da es sich um den Bau von kleinen Privathäusern handle, welche von einzelnen Werkmeistern oder Arbeitern für ein Billiges erworben werden. Die Arbeiterschaft könne sich gratuliren, wenn sich eine Gesellschaft finde, die es ihr ermögliche, auf einer solchen Insel billige Grundstücke zu erhalten. Aus dieser Insel werde bald eine Halbinsel werden, da von der Helmstedterstraße herauf schon viele Grundstücke bebaut seien und der Zwischenraum gar nicht mehr so beträchtlich genannt werden könne. (Widerspruch.) Man sollte ein solches, wirklich gutes Unternehmen nach Kräften zu fördern suchen und nicht die Gesellschaft veranlassen, Grundstücke zu theuren Preisen zu kaufen, da die Mittel der Genossenschaft sowohl, als auch der Käufer dazu nicht hinreichen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um eine Magistratsvorlage, sondern um einen Antrag aus der Versammlung handle. Ihm scheine fast, als ob die Baugenossenschaft selber noch nicht klar sehe, wie hoch ihr das Terrain zu stehen kommen werde; sie habe für das rohe Terrain 3,50 M—3,60 M pro qm bezahlt und kommen hierzu noch die Kosten für den Straßenbau, welche man mindestens auf 50 M für das laufende Meter Straßenfront rechnen müsse, so daß auf jedes Haus bei einer Normalfront von 15 m allein 750 M Straßenbaukosten entfallen würden. Rechne man diese Kosten den Erwerbskosten zu, so werde sich der Preis des Terrains auf 6—7 M pro qm stellen. Dazu komme auch noch, daß die ganzen Kosten der Canalisation vorläufig von der Genossenschaft aufgebracht werden müßten und von ihr für eine Reihe von Jahren auch die Unterhaltungskosten der Straße zu fordern seien. Die Speculation der Genossenschaft scheine ihm daher keine richtige gewesen zu sein. Wenn nun ferner eine größere Zahl von Wohnungen gerade für Arbeiter dort errichtet werden solle, so entstände thatsächlich ein vollständiges neues Stadtviertel und weise er darauf hin, einen wie weiten Schulweg die Kinder von dort zu machen hätten; vielleicht werde man auch die Stadt zu ver-

anlassen suchen, in der Gegend wieder eine neue Schule zu bauen. Die Genossenschaft würde jedenfalls besser gethan haben, sich vor dem Ankauf des Grundstückes erst einmal zu erkundigen, ob sie auch die Genehmigung zur Errichtung von Wohnhäusern erhalten würde.

Herr Günther will zunächst bemerken, daß ein Mangel an guten billigen Wohnungen für Arbeiter immer noch bestehe und zwar namentlich in der Innenstadt. Trotzdem könne er sich für den Antrag nicht erwärmen, einmal weil die Straße zu weit von der Stadt liege und dann auch, weil nach seinem und seiner Gesinnungsgegnossen Grundsätzen ein Arbeiter durch den Besitz eines Hauses zu sehr an die Scholle gebunden sei. Auch stehe es fest, daß Viele durch den Besitz solcher Grundstücke nicht sehr erfreut seien, weil sie fortwährend mit Abzahlungen zu thun haben und nicht weiter kommen, indem es ihnen gehe, wie vielen Hausbesitzern, welche keinen Stein ihres Hauses ihr Eigen nennen können. Aus diesem Grunde könne er sich für den Commissionsantrag nicht erwärmen, wenn er auch eine besondere Gefahr in demselben nicht erblicke, da er dem Magistrate nur zur Erwägung überwiesen werden solle.

Herr Rathe ist im Gegensatz zu Herrn Nieß der Meinung, daß es sich hier doch um eine Speculation handle, denn die Baugenossenschaft habe für ihres Morgens Land seines Wissens 70000 M bezahlt, während für den ganzen Complex von 33 Morgen nur ein Einheitspreis von 2500 M gezahlt sein solle. Die Baugenossenschaft bestehe aus Arbeitgebern und Arbeitern und befolge den Grundsatz, daß alle Jahre drei der von ihr erbauten Häuser unter ihren der Arbeiterklasse angehörenden Mitgliedern verloost werden, soweit diese Mitglieder mindestens 200 M eingezahlt haben. Der betreffende Arbeiter erhalte dann ein schwer belastetes Haus und es erscheine ihm doch zweifelhaft, ob ein solcher Besitz als ein Vortheil anzusehen sei, wenn auch die Alters- und Invaliditätsversicherung das Capital zu mäßigem Zinsfuße hergebe. Es würde jedenfalls noch schöner und anerkennenswerther sein, wenn sich Leute fänden, die das Terrain für einen derartigen Zweck hergeben wollten, aber unter den jetzigen Verhältnissen draußen vor dem Thore solche Häuser zu errichten, sei doch bedenklich, weil dieselben theuer und schwer zu bewirtschaften seien.

Herr Meyerhoff kann auch nicht finden, daß ein großer Segen darin liege, wenn solche in sich abgeschlossene Arbeiterviertel gebaut werden, da er es für zweckmäßiger halten würde, daß die verschiedenen Bevölkerungsschlassen durcheinander wohnen.

Herr Günther würde gern jede Summe bewilligen, wenn die Stadt den Bau von Arbeiterhäusern in die Hand nehmen wollte, aber hier liege die Sache ganz anders, hier bilden die Häuser eine ewige Last für ihre Besitzer und darum sei er gegen den Antrag.

Herr Nieß muß Herrn Rathe dahin corrigiren, daß es sich ganz entschieden nicht um eine Speculation der Baugenossenschaft handle. Wenn der Vorbesitzer des Terrains Speculationen gemacht habe, so hänge das mit dieser Sache in keiner Weise zusammen, denn die Versammlung beschäftige sich hier nicht mit dem Architecten Zinkeisen, sondern mit der Baugenossenschaft. Was dann die Belastung der Besitzer anbetreffe, so bedaure er, daß Herr Fiedel nicht anwesend sei, um diesen Einwand zu widerlegen, da er hierüber nicht genügend informirt sei. Seines Wissens gebe die Alters- und Invaliditätsversicherung Geld zu einem sehr billigen Zinsfuße her, während die Eigenthümer der Häuser den üblichen Zinsfuß zahlen müssen. Die Differenz werde dazu benutzt, um den Preis der Häuser in absehbarer Zeit zu amortisiren, so daß die Leute recht günstig in den Besitz der Häuser kommen.

Herr Böschigt bittet, die Vorlage schon aus dem Grunde abzulehnen, weil hinterher der Architect Zinkeisen mit dem gleichen Antrage kommen werde und man denselben dann auch nicht ablehnen könne.

Herr Blasius kann Herrn Günther nicht verstehen, wie derselbe gegen diesen Antrag sein könne, der doch so sehr im Interesse der Arbeiter liege. Von Speculation könne hier gar keine Rede sein, man wolle vielmehr nur dem Arbeiter gesunde Wohnungen verschaffen und es sei doch wohl das glücklichste Loos, welches ein Arbeiter zu finden vermöge, wenn er sein eigenes Heim erhalte. Deshalb solle man doch wenigstens den Antrag dem Magistrate zur wohlwollenden Berücksichtigung empfehlen.

Herr Rieke findet es sehr erklärlich, daß man gegen den Antrag stimme, da schon jeder Hausbesitzer in seinem eigenen Interesse dagegen sein müsse. Man brauche ein Gemeinwesen, wo der Besenbinder mit der Bürgermeisterstochter tanzen könne, wie das früher gewesen wäre. (Heiterkeit.) Andere Städte und verschiedene Großfabrikanten haben den Versuch mit der Errichtung von Einzelhäusern schon gemacht und man wisse ganz genau, wie der ausgefallen sei. Hier habe man auch die Lage der Stadt zu berücksichtigen, welcher große Lasten auferlegt werden sollen, die sie z. B. nicht tragen könne. Es sei hier schon so viel Bauland, beispielsweise an der Ringstraße, aufgeschlossen, daß sich Braunschweig erst einmal arrondiren müsse, ehe es noch weiter herausbaue, und deshalb müssen die humanitären Rücksichten zurückstehen. Aus diesem Grunde stimme er gegen den Antrag.

Herr Bürgermeister Metemeyer will noch darauf hinweisen, daß der Magistrat sich mit der Sache schon befaßt habe und zu einem ablehnenden Votum gekommen sei. Die Genossenschaft habe sich mit dem Ersuchen an den Magistrat gewandt, den Bau zuzulassen. Nachdem sodann das Stadtbauamt sich gegen den Antrag ausgesprochen und der Magistrat denselben abgelehnt habe, wende sich

nunmehr die Genossenschaft an die Versammlung, damit diese auf den Magistrat einen Druck ausübe. Letzterer brauche indessen den Antrag nicht noch einmal zu prüfen, da er klar in der Sache sei.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag abgelehnt und Uebergang zur Tagesordnung beschloffen.

V. **Gesuch wegen Beleuchtung des letzten Theiles der Gießmaroderstraße mit Gas.**

Nach dem Berichte des Herrn Lord ist diese, schon in der letzten Sitzung — Seite 60 des Berichts — bekannt gegebene und der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesene Eingabe so wenig substantiirt, daß die Commission nur empfehlen könne, sie dem Magistrate zur näheren Prüfung zu überweisen, im Uebrigen aber über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

VI. **Antrag Nieß und Gen.: Normaletat für die Bürgerschullehrer.**

Der in der vorigen Sitzung von mehreren Mitgliedern der Versammlung gestellte Antrag — Seite 71 des Berichts — auf Erhöhung der Gehälter für die Bürgerschullehrer ist nach dem Berichte des Herrn Nolte in der Schulcommission vorberathen worden. Da Herr Nieß in der Commissionsitzung erklärt habe, der Antrag sei dahin zu verstehen, daß der Magistrat ersucht werden solle, in einem neu vorzulegenden Etat die Gehälter der Bürgerschullehrer zu erhöhen, der Magistrat darauf aber die Erklärung abgegeben habe, daß er mit Rücksicht auf die schlechten finanziellen Verhältnisse der Stadt nicht in der Lage sei, einen derartigen, mit einer ganz erheblichen Mehrausgabe verbundenen Etat vorzulegen, so habe die Schulcommission beschloffen, der Versammlung Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage der Commission.

VII. **Umlegung einer Canalstraße am Wendenringe.**

Zur zweckmäßigen Entwässerung des zwischen dem Wendenringe, der Reichenbergstraße und der sogenannten Uferstraße gelegenen Gebietes empfiehlt der Magistrat, behufs Schaffung einer endgiltigen Vorfluth, die Umlegung der am Wendenringe gelegenen Canalstraße mit einem Kostenaufwande von 2000 M. Hierzu wollen zwei Anlieger einen Zuschuß von 200 M leisten, so daß noch 1800 M zu verwilligen sein würden.

Die Verwilligung dieses Betrages wird von der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, empfohlen und von der Versammlung beschloffen.

VIII. Erwerb von Straßenflächen zur Bodestraße.

Zur Anlegung eines weiteren Theiles der Bodestraße ist der Erwerb verschiedener Theilgrundstücke erforderlich. Da für das im Zuge dieser Straße gelegene Denecke'sche Grundstück kürzlich im Expropriationsverfahren eine Entschädigung von 8 Al pro qm als angemessen geschätzt ist, so ersucht der Magistrat, ihn zum Ankauf der fraglichen Flächen zu einem gleichen Preise zu ermächtigen, für den Fall aber, daß höhere Forderungen gestellt werden sollten, der Zwangsenteignung der betreffenden Flächen zuzustimmen.

Die Vorlage gelangt zur Annahme, nachdem Herr Hauswaldt dieselbe namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

IX. Verkauf einer Fläche an der Juliusstraße.

Bei der früheren, die Regulirung der Juliusstraße betreffenden Vorlage ist übersehen worden, daß dem Grundstücke der hiesigen Dampfmühlengesellschaft eine Fläche von 6 qm zuzulegen ist. Namens des Magistrates ersucht Herr Bürgermeister Metemeyer, diese Fläche zu dem Einheitspreise von 20 Al, welcher auch an die Dampfmühlengesellschaft für eine abzutretende Fläche zu zahlen ist, zu veräußern, welchem Antrage die Versammlung stattgiebt.

X. Gesuch um Stiftung von Ehrenpreisen für das 3. deutsche Bundesfest.

Die von dem Vorstande des dritten deutschen Bundesfestes überreichte Eingabe um Stiftung von Ehrenpreisen für das hier im Monat Juli stattfindende Reglerfest wird auf Antrag der vertraulichen Sitzung zur Beschlußfassung überwiesen,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6³/₄ Uhr.

1896/97.

Nr 5.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. August 1896.

Tagesordnung:

I. Hundesteuer-Erlaßgesuche	Seite 122
II. Kosten des Ausbaues eines Theiles der Sophienstraße	" 122
III. Kosten für Zeichnungen interessanter Grundstücke	" 122
IV. Abänderung des Ortsbauplanes für die Gegend am Büttelwege	" 123
V. Mittel zur weiteren Drucklegung des Urkundenbuches	" 123
VI. Wahl von Commissionsmitgliedern	" 123
VII. Uebernahme eines Gaseandelaßers am „Windmühlenberge“.	" 123
VIII. Einebnung des städtischen Bauplatzes am Augustplatz	" 124
IX. Ausbau von Straßen vor dem Wilhelmsthore.	" 125
X. Canalisirung eines Theiles der Carlstraße	" 126
XI. Verlängerung des Canals in der Carlstraße	" 128
XII. Uebertragung früher bewilligter Canalbaumittel auf 1896/97	" 128
XIII. Anschaffung einer Dampfheizerpriße	" 128
XIV. Anfrage Gebeling: Verhinderung der Verlegung größerer Schlachtereien auf außerstädtisches Gebiet	" 134
XV. Antrag Lange: Erneuerung des Bohlenbelages der Ferdinandbrücke	" 135
XVI. Antrag Lößigkeit: Besserung des Spielplatzes der Schule an der Osterstraße.	" 136

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Heymann und Meyer.

Entschuldigt die Herren Bäsecke, Boller, Bührmann, Südel, Koch, Lorb, Müller, Nolte, Semler und Uhde; später erscheinen die Herren Ahmann und Günther.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst den Eingang verschiedener Anträge und einer Anfrage mit. Sodann wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

I. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden werden die Gesuche des Schweinezüchters Niederberger und des Milchhändlers Samse um Befreiung von der Steuer für einen Zieh- und Wachhund abgelehnt, dagegen die Gesuche des Zimmermanns Hardenberg, des Zimmermanns Däming und der Frau Schärf um Befreiung von der Steuer für einen Zieh- bzw. Wachhund genehmigt.

II. Kosten des Ausbaues eines Theiles der Sophienstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Sophienstraße zwischen Julius- und Cammannstraße sind von der städt. Bauverwaltung auf 13,812 M für 1 m Frontlänge berechnet worden. Hierbei ist angenommen, daß die Kosten der Instandsetzung der früheren Privatstraße vor deren Uebernahme als Ortsstraße den Anliegern zur Last fallen, soweit die Arbeiten nicht durch die Canalisation und die durch diese bewirkte Zerstörung der Fahrbahn veranlaßt wurden. Mit dem Bemerken, daß die vor dem Jahre 1890 mit Wohnhäusern bebauten Grundstücke nach Maßgabe der damals in Geltung gewesenen Vorschriften zu den fraglichen Kosten erst dann herangezogen werden können, wenn sie neu resp. weiter bebaut werden, ersucht der Magistrat, die Kosten nebst der Vertheilungs-Berechnung zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, geschieht.

III. Kosten für Zeichnungen interessanter Grundstücke.

Im Auftrage des Magistrates hat die städt. Bauverwaltung durch den Director Leigen eine Aufnahme der zum Theil schon beseitigten Gebäude auf dem Grundstücke A. 630 an der Ecke der Turnier- und Heinenstraße, sowie bildliche Darstellungen derselben anfertigen lassen. Hierfür sind an Kosten 481,45 M entstanden. Da für solche Zwecke im Etat nur 200 M vorgeesehen sind, so ersucht der Magistrat, noch 281,45 M nachzuverwilligen.

Der Antrag wird von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Nieß berichtet, angenommen.

IV. Abänderung des Ortsbauplanes für die Gegend am Bültenwege.

Auf Veranlassung des Civilingenieurs Königsdorf sind die Sectionen VII und IX des Ortsbauplanes für die Gegend zwischen der Gliesmaroderstraße und dem Wege am Bülten, sowie nördlich der Nebenstraße zwischen Bültenweg und Hasenwinkel umgestaltet worden, und ersucht der Magistrat, den vorgenommenen Aenderungen zuzustimmen.

Wie Herr Bültemann namens der Baucommission berichtet, zeigt schon der erste Blick auf die vorliegenden Zeichnungen, daß die beantragten Aenderungen einen wesentlichen Vortheil gegen den bisherigen Bauplan insofern bieten, als die vorhandenen Gemeinde- und Interessenschaftswege zum großen Theil zu den Straßen mit verwendet werden können. Die Baucommission habe sich deshalb einstimmig für die vorgeschlagenen Aenderungen, einschließlich der für die Grundstücke vorgesehenen Vorgärten, erklärt und gebe die Genehmigung der Vorlage anheim.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme

V. Mittel zur weiteren Drucklegung des Urkundenbuches.

Für die weitere Drucklegung des Urkundenbuches und zwar zunächst bis 1320 sind 1500 M erforderlich, deren Einstellung in den Etat verfehentlich unterblieben ist. Da die Drucklegung des Urkundenbuches im Principe bereits beschlossen ist, so giebt der Magistrat anheim, den vorstehenden Betrag nachträglich zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Engelbrecht den Antrag unterstützt und dabei bemerkt hatte, daß die bisher herausgegebenen Bände dieses Urkundenbuches die allgemeinste Anerkennung gefunden haben.

VI. Wahl von Commissionsmitgliedern.

Mit der Wahl des Deconomen Carl Wolters und des Kaufmanns Heinrich Wölke zu Mitgliedern der Commission zur Ueberwachung der Vertilgung des Franzosenkrautes erklärt sich die Versammlung einverstanden.

VII. Uebernahme eines Gascandelabers „am Windmühlenberge“.

Bei Genehmigung der Anlage der Straße „am Windmühlenberge“ war dem Unternehmer Wille auch die Verpflichtung auferlegt worden, die Straße auf eigene Kosten beleuchten zu lassen. Da bei der Belegung des dortigen Fußweges mit Platten jetzt einer der drei in dieser Straße aufgestellten Gascandelaber auf die Augustthorpromenade vorgerückt ist, um eine bessere Beleuchtung derselben herbeizuführen, so beantragt der Magistrat, dem Ersuchen der Anwohner um Uebernahme

dieses Candelabers auf Stadtkosten stattzugeben und zu dem Zwecke 105 M zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird der Antrag gutgeheißen.

VIII. Einebnung des städtischen Bauplatzes am Augustplatze.

Da der Platz der vormaligen Husaren-Pferdeställe am Augustplatze sich noch im Besitze der Stadt befindet und derselbe in seiner jetzigen Beschaffenheit nicht wohl länger bleiben kann, so giebt der Magistrat anheim, zu genehmigen, daß der Platz mit einem Kostenaufwande bis zu 200 M eingeebnet und als Spielplatz freigegeben wird.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Löbbecke empfehlen, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt möchte, ohne gegen die Vorlage etwas einwenden zu wollen, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf diesen Platz richten. Wenn auch der Verkauf des Platzes vorläufig abgelehnt sei, so glaube er doch, daß die Stadt sich nicht in der Lage befinde, mit einem so theuren Bauplatze zu speculiren, zumal es doch wohl zweifelhaft sei, ob sich ein Unternehmer finden werde, der dort, dem Wunsche der Versammlung folgend, einen Circus zu errichten Geneigtheit zeige. Da für den Platz bei einem Zinsfuße von $3\frac{1}{2}\%$ jährlich 4500 M Zinsen verloren gehen, so empfehle es sich doch vielleicht, den Verkauf desselben erneut ins Auge zu fassen.

Herr Nieß will dem gegenüber darauf aufmerksam machen, daß bisher mit dem Liegenlassen von Baugründen in brauchbarer Lage eine Verschlechterung der finanziellen Situation der Stadt noch nicht eingetreten sei, denn was man an Zinsen verloren habe, sei im Laufe der Zeit durch Erlangung eines höheren Kaufpreises immer gut wieder eingekommen. Hierbei brauche man nicht einmal auf die Erfahrungen der Stadtgemeinde zurückzugreifen, sondern könne auch Private zum Vergleiche heranziehen. So lasse z. B. die Firma Fröhlich & Baumkauff auf der Kaiser-Wilhelmstraße Baugründe ungenutzt liegen, und rechne doch ganz sicher darauf, daß sie ihr Capital mit Zinsen und Zinseszinsen später herausbekomme. Darum bitte er, in dieser Beziehung nicht zu ängstlich zu sein. Der Wunsch, auf dem hier in Rede stehenden Platze einen feststehenden Circus errichtet zu sehen, sei doch nicht das alleinige Motiv gewesen, den Bauplatz noch nicht zu verkaufen, sondern daß auf denselben abgegebene Gebot habe sich als so niedrig erwiesen, daß die Versammlung den Verkauf nicht habe empfehlen können. Uebrigens würde die jetzige Jahreszeit am ungünstigsten sein, den Platz von Neuem zum Verkauf zu stellen, weil gegen den Herbst hin selten eifrig auf Bauplätze geboten werde.

Herr Lange möchte sich dafür aussprechen, den Verkauf des Platzes nach Möglichkeit im Auge zu behalten und ihn nicht als ein Speculationsobject zu betrachten, weil er dazu doch wohl zu theuer sei. Bei den Plätzen der Firma Fröhlich & Baumkauff liege die Sache insofern anders, als die Firma jene Plätze sehr billig gekauft habe und sie daher das Weitere abwarten könne, ohne finanzielle Nachtheile befürchten zu brauchen, während es sich hier um einen sehr theuren Platz handle. Wenn er deshalb auch dafür sei, den Platz zunächst einzuebnen, so möchte er doch dem Magistrate ans Herz legen, ein annehmbares Gebot zu acceptiren. Bei der früheren Ablehnung des Verkaufes sei auch mit ausschlaggebend gewesen, daß eine Servitut wegen der Freihaltung von Fenstern eines Nachbargrundstückes noch nicht genügende Aufklärung gefunden hätte.

Herr Löschigt muß bitten, den Verkauf des Platzes vorläufig nicht vorzunehmen. Gerade in dem Augustthorbezirke werde sich über kurz oder lang die Nothwendigkeit zur Errichtung einer neuen Bürgerschule herausstellen und würde sich dieser Platz dazu vorzüglich eignen, zumal in der näheren Umgebung des Thores ein anderer geeigneter Platz nicht vorhanden sei.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

IX. Ausbau von Straßen vor dem Wilhelmithore.

Der Rentner August Pippelt und Genossen haben ersucht, die im Ortsbauplane vorgesehene Verbindungsstraße zwischen der Frankfurterstraße und der verlängerten Kramerstraße auf ihre Kosten auszubauen und sich auch dazu verstanden, die Kosten des Ausbaues der zwischen jener Verbindungsstraße und der Bergfeldstraße liegenden Theilstrecke der verlängerten Kramerstraße zu tragen. Unter Vorlage der bezüglichen Projecte, nach welchen sich die Anliegerbeiträge auf 141 M und bezw. 115 M für 1 m Frontlänge stellen, ersucht der Magistrat, den aufgenommenen Vertrag, die beiden Projecte, sowie die Kosten- und Vertheilungsberechnungen zu genehmigen.

Herr Nieß empfiehlt namens der Baucommission, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen, da das Interesse der Stadt in dem Vertrage voll und ganz gewahrt sei.

Herr Ebeling fragt an, ob mit denjenigen Anliegern der Kramerstraße, welche Terrain zu der Straße abzutreten haben, schon ein Abkommen getroffen sei.

Herr Nieß erwidert, daß die Unternehmer nach dem Vertrage berechtigt seien, das zur Straße nothwendige Terrain im Wege der Expropriation zu erwerben, soweit ihnen eine freihändige Erwerbung nicht möglich sei.

Herr Lange vermißt bei dem Projecte eine Verbindungsstraße zwischen der Eckert- und der Bahnhofstraße und möchte wissen, ob diese sehr nothwendige Ver-

bindung, welche jetzt nur durch eine Zwete vermittelt werde, sich mit dem Projecte nicht vereinigen lasse.

Herr Bürgermeister Metemeyer will dazu bemerken, daß das hier in Frage stehende Straßenunternehmen mit jener Verbindungsstraße gar nichts zu thun habe und es zu hart sein würde, dieselbe den Unternehmern auch noch aufzuerlegen. Letztere hätten sich nur auf den dringenden Wunsch des Magistrates dazu verstanden, das kleine Stück der verlängerten Kramerstraße noch mit auszubauen und zwar sei dieses gefordert worden, weil die neue Straße sonst eine Sackgasse geworden wäre.

Herr Nieß erkennt die Berechtigung des Lange'schen Wunsches vollkommen an, indem er gleichfalls der Ansicht sei, daß es wünschenswerth erscheine, die Straßenstrecke mit auszubauen. Da aber die Unternehmer die Kosten für alle Straßenbauten selbst aufzubringen haben, so könne man ihnen keine Straßenbauten zur Last legen, welche mit ihrem Unternehmen in keiner Beziehung stehen.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

X. Canalisirung eines Theiles der Carlstraße.

Der im Jahre 1873 in der Carlstraße verlegte Plattencanal ist derartig abgängig, daß der Ersatz desselben durch einen Thonröhrencanal vor der Herstellung der geplanten Anlage eines Gleises der Straßenbahn geboten erscheint, wenn der sichere Betrieb daselbst nicht gefährdet werden soll. Es sind dort wiederholt Canaleinstürze vorgekommen, welche durch Zusammenbrechen des Plattencanals veranlaßt waren. Da hiernach anzunehmen ist, daß sich die Einstürze umso mehr wiederholen werden, als die Beanspruchung der Straßendecke durch das größere Gewicht der Straßenbahnwagen in Zukunft eine größere wird, so giebt die städtische Canalbauleitung anheim, entweder diesen Plattencanal bis zur Bodestraße gegen einen Röhrencanal auszuwechseln, was eine Ausgabe von 16500 M. verursachen würde, oder die Gleisanlage in die Gliesmaroderstraße zu verlegen und den Plattencanal in der Carlstraße bis auf Weiteres liegen zu lassen. Der Magistrat bemerkt hierzu, daß er sich für die Führung der Straßeneisenbahn durch die Carlstraße entschieden habe, er aber auch abgesehen hiervon die Erneuerung des fraglichen Plattencanals, für den inzwischen die nöthige Vorfluth beschafft sei, für angezeigt erachtet. Der Antrag des Magistrates geht dahin, der Ausführung dieser Arbeit zuzustimmen und die Summe von 16500 M. zu verwilligen. — In einem hierzu eingegangenen Gesuche bitten verschiedene Anwohner der Carlstraße ebenfalls, den Umbau des Plattencanals vorzunehmen.

Namens der Finanzcommission ersucht Herr Meyer, dieser Vorlage zuzustimmen.

Herr Meyerhoff ist erstaunt, daß entgegen dem Beschlusse der Versammlung

nun doch die Carlstraße für die electrische Straßenbahn gewählt worden sei. Da ihm der Director der Straßenbahn erklärt habe, es sei der Gesellschaft ganz einerlei, ob die Straßenbahn über die Gliesmaroder- oder die Carlstraße gelegt werde, so möchte er den Magistrat um Auskunft bitten, weshalb derselbe sich für die erstere Straße entschieden habe. Würde dem Wunsche der Versammlung gemäß die Gliesmaroderstraße gewählt sein, so hätte man diese 16500 M noch manches Jahr ersparen können.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Magistrat ursprünglich die Carlstraße in den Vertrag aufgenommen und nach dem mit einer Stimme Mehrheit zu Gunsten der Gliesmaroderstraße gefaßten Beschlusse der Versammlung mit dem Vertreter der Gesellschaft nochmals über diesen Punkt verhandelt habe. Von diesem sei erklärt worden, daß er nach wie vor der Carlstraße den Vorzug gebe, indessen auch gegen die Gliesmaroderstraße nichts einwenden wolle, wenn man Werth darauf lege, diese zu wählen. Der Magistrat habe nun geprüft, welche Linie vom öffentlichen Interesse aus wünschenswerther erscheine und sei bei seinen Erwägungen zu dem Ergebnisse gekommen, daß der Carlstraße der Vorzug gebühre. Es lägen Gründe für die Gliesmaroder- und für die Carlstraße vor. Auf der einen Seite lasse sich nicht bestreiten, daß die Curve von der Carlstraße in die Binde- und Gliesmaroderstraße für den Verkehr nicht angenehm sei, andererseits habe man aber den Umstand als maßgebend angesehen, daß die Carlstraße dichter bewohnt sei, sowie einen lebhafteren Fußgängerverkehr besitze als die Gliesmaroderstraße, und zwar schon aus dem Grunde, weil selbst ein Theil der Anwohner der Gliesmaroderstraße die Binde- und Carlstraße benutze, um nach der Stadt zu gelangen. Dazu komme denn hauptsächlich noch, daß der Lastenverkehr entschieden lebhafter auf der Gliesmaroderstraße sei, als auf der Carlstraße und schon aus diesem Grunde letztere zweckmäßiger für den Straßenbahnverkehr erscheine. Redner sehe persönlich auf dem Standpunkte, daß es das Richtigste sein würde, die Gliesmaroderstraße ganz aus dem Straßenbahnverkehre fortzulassen und die Bahnlinie die Carlstraße vollständig hinaufzuführen, jedoch lasse sich dieses leider nicht ermöglichen, weil der letzte Theil dieser Straße nicht auf städtischem Terrain liege. Wenn nun gesagt sei, daß die Ausgabe von 16500 M nur wegen der Führung der Straßenbahn über die Carlstraße gemacht werden müsse, so sei dieses doch nur bedingt richtig insofern, als dieser Umstand wohl den Anlaß, nicht aber die Ursache zu der Ausgabe biete. Schon vor 2—3 Jahren habe die Canalbaudeputation anerkannt, daß der Canal in der Carlstraße abgängig sei und erneuert werden müsse, sie habe indessen einen bezüglichlichen Antrag damals zurückgewiesen, weil die nöthige Vorfluth nicht vorhanden gewesen sei. Da dieser Grund jetzt nicht mehr vorliege, so wäre die Vorlage wegen Erneuerung des Canals über kurz oder lang auch ohne die Straßenbahn gekommen.

Die Versammlung erklärt sich hierauf mit der Vorlage einverstanden.

XI. Verlängerung des Canals in der Carlstraße.

Der Bauunternehmer Andreas Otto hat gebeten, den in der Carlstraße zu verlegenden neuen Canal so weit auszudehnen, daß seine beiden, 16 Familienwohnungen enthaltenden Grundstücke *N* 36 a und 36 b daselbst noch mit entwässert werden. Bei Gewährung dieses Gesuches müßte der Canal um 50—60 m mit einem Aufwande von 1500 *M* verlängert werden und giebt der Magistrat die Verwilligung dieser Summe anheim.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung des Antrages durch Herrn Meyer empfehlen.

Herr Kathe bezweifelt, daß der Canal auf dieser Strecke noch Gefälle bekommen könne, weil die Carlstraße nach Gliesmarode zu falle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß das nöthige Gefälle vorhanden sein werde, weil der Oberingenieur Wittgau die Fortführung des Canals bis zu den Otto'schen Grundstücken selbst empfohlen habe.

Der Antrag wird sodann angenommen.

XII. Uebertragung früher bewilligter Canalbaumittel auf 1896/97.

Unter Ueberreichung eines Verzeichnisses über die veranschlagten, verausgabten und noch verfügbaren Beträge derjenigen Canalbauausführungen, über welche beim Abschlusse des Rechnungsjahres 1895/96 wegen der noch auszuführenden Arbeiten, bezw. noch zu leistenden Zahlungen Stückrechnungen haben gelegt werden müssen, ersucht die städtische Canalbauleitung, die Uebertragung der noch verfügbaren 27 326,02 *M* behufs Fertigstellung der betr. Canalbauten auf das Jahr 1896/97 zu veranlassen. Der Magistrat empfiehlt, sich mit diesem Antrage einverstanden zu erklären,

was geschieht, nachdem Herr Meyer denselben namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

XIII. Anschaffung einer Dampffeuerpritze.

Der hiesige Kreisbranddirector hatte mittelst Berichts vom 30. November 1895 die Anschaffung einer Dampffeuerpritze nebst Tenderwagen und Dampfpritzenschläuchen mit einem Kostenaufwande von 20 000 *M* beantragt. Bei Lage der städtischen Finanzen sah sich der Magistrat damals außer Stande, neben den sonst vorgeschlagenen und durch Feststellung des diesjährigen Stadthaushaltsetats bewilligten außerordentlichen Feuerlöschmitteln auf die, wenngleich auch von ihm als dringend wünschenswerth anerkannte Beschaffung einer Dampfpritze nebst Zubehör Bedacht zu nehmen. Veranlaßt durch die bei Bekämpfung des Brandes der Jute-

spinnerei gemachten Erfahrungen hat der Kreisbranddirector seinen Antrag dringend und mit der Erklärung wiederholt, daß er die gleichzeitige Anschaffung einer zweiten Reserverdampfprixe für wünschenswerth halte und daß Herzogliches Staatsministerium geneigt sein werde, die Kosten der Beschaffung einer Dampfprixe nebst Zubehör im Höchstbetrage von 20 000 M auf die Staatscasse zu übernehmen. Unter diesen Umständen giebt der Magistrat anheim, sich mit der Anschaffung und Indienststellung einer Dampfprixe nebst Zubehör unter dem Vorbehalt einverstanden zu erklären, daß der Staat die Anschaffungskosten bis zur Höhe von 20 000 M trage und daß ein etwaiger Mehraufwand der besonderen Genehmigung der Versammlung bedürfe. Der Frage wegen Beschaffung einer zweiten Dampfprixe schon jetzt näher zu treten, hält der Magistrat wegen Mangels an bereiten Mitteln und im Hinblick auf die Unzulänglichkeit der städtischen Remisen zu ihrer Unterbringung nicht für angezeigt.

Die Finanzcommission ist nach dem Berichte des Herrn Seele sehr erfreut über den Antrag und findet es sehr anerkennenswerth, daß das Herzogliche Staatsministerium sich bereit gefunden habe, der Stadt diese große Beihilfe zu gewähren. Es könne daher nur dringend empfohlen werden, den Antrag zu genehmigen.

Herr Schmidt findet unter den vorliegenden Umständen gegen die Beschaffung einer Dampfprixe nichts einzuwenden, denn wenn dieselbe vielleicht auch noch nicht ganz nothwendig sein möge, so gehe es doch damit, wie mit der guten Stube: man schaffe sie sich an, wenn die Mittel dazu vorhanden seien. Ebenso wie aber die gute Stube nur selten benutzt werde, werde voraussichtlich auch die Dampfprixe nur selten zur Verwendung kommen. Wenn er nun auch die Ueberweisung der Mittel aus der Staatscasse mit Freuden begrüße, so möchte er doch nicht glauben, daß diese Mittel der Stadt aus der Landesbrandcasse zufließen, weil es sich sonst nur um Gelder handle, welche die Stadt als selbstverständlich zu beanspruchen habe. Bei dieser Gelegenheit wolle er nochmals darauf hinweisen, daß die hiesige Stadt von der Landesbrandcasse etwas stiefmütterlich behandelt werde, denn dem Vernehmen nach sollen aus derselben wiederum nur 5000 M für die Stadt angewiesen sein, während diese ganz bedeutend mehr beanspruchen könne, nämlich ca. 7200 M von den 25 100 M, oder 5 % der insgesamt gezahlten Prämien, welche nach dem Geetze die Landesbrandcasse an die Gemeinden zur Förderung des Feuerlöschwesens abzuführen habe, ohne Berücksichtigung der von einigen Versicherungsgesellschaften zu demselben Zwecke an den Fiskus gezahlten Beiträge, die der Landesbrandcasse nicht zufließen. Leider habe sich eine Aenderung des Gesetzes von 1886 zu Gunsten der Stadt noch nicht durchsetzen lassen. Einige Zahlen mögen die ungünstige Lage der Stadt beleuchten: Im Jahre 1895 seien von den Grundbesitzern der Stadt 142 000 M an die Landesbrandcasse mehr

gezahlt worden, als die Stadt an Entschädigungen erhalten habe, und für die letzten zehn Jahre belaufe sich dieses Mehr auf über eine Million Mark. Ziehe man aber die ländlichen Besitze in Betracht, so kommen ganz horrenden Zahlen heraus. Das versicherte Capital der ländlichen Besitzungen habe 342 Millionen und dasjenige der Stadt Braunschweig 203 Millionen Mark betragen; dem Lande seien 511 000 M aus der Landesbrandcasse zurückgezahlt und der Stadt Braunschweig 1379 M, während sie nach dem Verhältniß ihrer Betheiligung rund 300 000 M hätte erhalten müssen, so daß sie in Folge der Gesetzgebung von 1886 um 298 000 M geschädigt sei. Bei Zugrundelegung der Prämien stelle sich das Verhältniß etwas günstiger für das Land, es zahlte dieses 278 000 M und die Stadt Braunschweig 144 000 M Prämien. Dieses ungünstige Verhältniß liege allein in der Höhe der Prämien, welche durch Gesetz vorgeschrieben sei und handle es sich dabei hauptsächlich um Grundstücke, welche lediglich landwirthschaftlichen Zwecken dienen, denn in der Stadt habe man für solche Gebäude erheblich mehr zu bezahlen. Das Land habe unter seiner Versicherungssumme von 342 Millionen allein 90 Millionen zu dem niedrigeren Prämienfusse, während die hiesige Stadt nur eine halbe Million zu diesem niedrigen Procentsatze versichert habe. Darum müßten Mittel und Wege gefunden werden, um dieses Mißverhältniß zu ändern und möchte er den Magistrat bitten, Veranlassung zu nehmen, daß eine Besserung für die Stadt eintrete. Nach einer von dem Herzogl. Finanzcollegium gemachten Aufstellung kommen von 1000 M Versicherungssumme auf die Stadt Braunschweig 1 S und auf die Landgemeinden 150 S Entschädigung. Nach den Prämien vertheilt habe die Stadt auf 1000 M Prämie 9,6 M und das Land 1840 M zurück-erhalten. Bei den landwirthschaftlichen Gebäuden stelle sich das Verhältniß noch wesentlich anders, indem die Stadt für 1000 M Prämie 9,6 M und das Land 4700 M, also das 500fache, zurückbekomme. Das Finanzcollegium habe diese Zahlen absichtlich unberührt gelassen und gesagt, das letzte Jahr könne bei solcher Berechnung nicht maßgebend sein, sondern es müßten wenigstens zehn Jahre abgewartet werden. Wenn man aber noch zehn Jahre warten solle, so trage die hiesige Stadt mehr als zwei Millionen zu viel bei, wozu sie nicht verpflichtet sei. Der Reservefonds der Landesbrandcasse setze sich zum großen Theil aus solchen Ueberschüssen zusammen, und diese betrügen 1 046 000 M in den letzten 10 Jahren.

Als Redner nunmehr zu einer Besprechung des Brandes der Futespinnerei übergehen will, wird er von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß in Folge des Halle'schen Antrages eine Untersuchung der Sache stattfinden und es sich empfehle, vor dem Abschlusse der Untersuchung den Fall nicht weiter zu erörtern. Außerdem biete diese ganz andere Vorlage keinen Raum, die von Herrn Halle erhobenen Beschuldigungen zu besprechen, es empfehle sich vielmehr, einen besonderen Antrag oder eine Anfrage einzubringen, wenn die Sache vor Abschluß

der Untersuchung noch besprochen werden sollte. Im Uebrigen wolle er noch besonders betonen, daß es ihm persönlich angenehm sein würde, wenn die Sache einmal öffentlich besprochen würde.

Herr Vues ist der Meinung, daß die von Herrn Schmidt nochmals angeregte Angelegenheit mit der Landesbrandcasse stets im Auge behalten und so bald als möglich eine Agitation in Fluß gebracht werden müsse, um die hervorgetretene Ungerechtigkeit auszugleichen, daß man aber trotzdem die hier gebotenen 20 000 M ruhig hinnehmen könne.

Herr Bauermeister ist erfreut, eine Dampfspriße zu erhalten, wenn er auch bei dem Brande der Jutespinnerei geäußert habe, daß die Zuziehung der Dampfspriße nicht nöthig gewesen wäre. Eine Dampfspriße könne namentlich als Wasserzubringerin gute Dienste leisten, da sie im Stande sei, das Wasser bis auf 1000 m zuzuführen. Bei weiteren Entfernungen müßten noch andere Mittel geschaffen werden und beabsichtige das Commando der Feuerwehr, Einrichtungen in Vorschlag zu bringen, um auf jedem größeren Etablissement genügende Wassermengen zu finden. Nach dem Abschlusse der bereits begonnenen Inspection dieser Etablissements würden entsprechende Vorschläge, um deren wohlwollende Behandlung er bitte, gemacht werden, und könne erst dann eine Dampfspriße recht nützen.

Der Herr Vorsitzende giebt nochmals anheim, zur weiteren Klärung der Frage, ob die anläßlich des Feuers auf der Jutespinnerei gegen die Feuerwehr erhobenen Beschuldigungen berechtigt gewesen seien, eine entsprechende Anfrage an den Magistrat zu richten und diejem die Frage so zeitig zuzustellen, daß derselbe sich zu informiren vermöge.

Herr Oberbürgermeister Pockels will mittheilen, daß die von dem Magistrate in dieser Sache angestellten Ermittlungen so weit abgeschlossen seien, daß sie der Versammlung in den nächsten Tagen zugehen werden.

Herr Lange glaubt, daß den Ausführungen des Herrn Schmidt wegen der Prämienvertheilung aus der Landesbrandcasse wohl Jeder zustimmen und der Magistrat schon dafür Sorge tragen werde, die Sache in Fluß zu bringen. Dem Herzoglichen Staatsministerium möchte er aber für das mit der Bewilligung der 20 000 M bewiesene Entgegenkommen den Dank aussprechen. Er freue sich, daß nun endlich zu der Beschaffung der Dampfspriße geschritten werden könne, wenn auch Herr Schmidt die Nothwendigkeit derselben in Abrede gestellt habe. Den größten Werth lege er auf die Verwendung der Dampfspriße als Wasserzubringerin, da es bei der großen Ausdehnung der Stadt gar nicht möglich sei, ein genügend weites Rohrnetz anzulegen, das bei größeren Bränden genügende Wassermengen zuführen könne. Deshalb sei es nothwendig, eine Vorrichtung zu schaffen, mittelst welcher sich den Löschmannschaften Wasser zuführen lasse. Die vollkommenste Feuerwehr könne nichts leisten, wenn sie nicht genügend Wasser habe, und das lasse sich

durch eine Dampfspritze herbeischaffen. Da er nicht wisse, welche Nummer der Dampfspritze beschafft werden solle, er aber glaube, daß N. 3 aus der Fabrik in Bausen gewählt werde, diese aber nach dem Cataloge nur 12 200 M koste und man daher von der staatlichen Bewilligung noch 8000 M übrig behalte, so möchte er dem Magistrate empfehlen, gleich die Beschaffung einer zweiten Dampfspritze in Aussicht zu nehmen. Man habe dann zugleich Dampfspritze und Wasseranbringer.

Herr Seele will hierauf erwidern, daß die in Aussicht genommene Dampfspritze N. 3 allerdings nur 12 200 M koste, daß aber außerdem ein Tenderwagen für 3500 M zur Mitführung des nöthigen Heizmaterials und der erforderlichen Reparaturwerkzeuge, sowie eine Schlauchlage für 4500 M beschafft werden müßten, so daß die Summe von 20 000 M doch gut herauskomme.

Herr Meyerhoff möchte dem Gefühl Ausdruck geben, daß man höheren Orts einzusehen beginne, wie schwer die Stadt seit Jahren geschädigt sei, denn wenn die Prämiensätze niedriger wären, würden nicht so hohe Ueberschüsse erzielt werden. Als Vorsitzender des Grundbesitzervereins spreche er seine Freude darüber aus, daß das Herzogliche Staatsministerium endlich anfange, in sich zu gehen.

Herr Nieß ist entgegen Herrn Schmidt der Ansicht, daß man die Dampfspritze hier doch recht dringend gebrauche, zumal sich hier der etwas eigenthümliche Zustand herausgebildet habe, daß man, wenn die eigenen Spritzen scheinbar nicht ausreichen, sich vom Dorfe müsse eine Dampfspritze zur Hülfe holen. Das wäre für ihn schon Motiv genug, der Vorlage zuzustimmen. Was das Landesbrandversicherungswesen anlange, so scheinen ihm die von Herrn Schmidt angeführten Zahlen richtig zu sein. Die Verhältnisse liegen für Braunschweig außerordentlich ungünstig insofern, als die hohen Prämien der Stadt durch die Brände im Lande und durch die Bestimmungen des Gesetzes aufgefressen werden. Einen Punkt habe Herr Schmidt ohne Zahlen angeführt, nämlich die Versicherung der lediglich der Landwirthschaft dienenden Gebäude. Bei dieser Abtheilung der Versicherung habe die Cassé 300 000 M an Brandentschädigungsgeldern gebraucht, während an Prämien nur 64 000 M eingingen, so daß 236 000 M aus anderen Mitteln der Landesbrandversicherungsanstalt, natürlich auch aus den Prämien, welche aus der Stadt Braunschweig kommen und aus den Zinsen des Reservefonds, zu decken gewesen seien. In Folge dessen werde auch der Reservefonds niemals die vorchriftsmäßige Höhe erreichen. Unter Zustimmung des größten Theiles der Landesversammlung habe er auch bereits einen Antrag eingebracht, in Betreff des Reservefonds eine andere gesetzliche Bestimmung zu schaffen, welche entweder den Procentsatz niedriger stelle, oder die Höhe des Reservefonds auf eine bestimmte Summe, nicht aber auf einen bestimmten Procentsatz der Versicherungssumme fixe. Im Uebrigen möchte er bitten, bei der Besprechung von Gegenständen der Landesversammlung recht vorsichtig zu Werke zu gehen, da die Mitglieder der Landesversammlung sich von der Stadt-

verordnetenversammlung keine Grobheiten sagen lassen wollen, sonst könne man erleben, daß man die Mehrheit der Landesversammlung schon aus Bosheit gegen sich habe.

Der Herr Vorsitzende möchte hierzu bemerken, daß sich seiner Meinung nach kein Redner in verletzender Form ausgedrückt habe, daß aber vermeintliche Mißstände in sachlicher Weise frank und frei zum Ausdruck gebracht werden könnten.

Herr Schmidt ist sich nicht bewußt, verletzende Äußerungen gegen den Landtag vorgebracht zu haben, sollte es aber doch der Fall sein, so nehme er sie gern zurück. Sobald eine Dampfpriße vorhanden sei, werden alle Etablissements kommen und sagen, man möchte nun auch für das nöthige Wasser sorgen. Die beiden letzten großen Feuer seien für die hiesige Feuerwehr nicht glücklich verlaufen. Braunschweig sei immer und mit Recht stolz auf seine Feuerwehr gewesen, aber bei diesen beiden Feuern hätte eine Feuerwehr unmöglich wirksam eingreifen können. Es sei ein Uebling, zu verlangen, daß die Feuerwehr bei einem solchen Etablissement, wie die Jutespinnerei mit ihren ca. 130 m langen, durch keine Brandmauern geschützten Sälen sei, wirksam eingreifen solle. Wenn dieselbe jetzt verlangen würde, daß die Wasserleitung vergrößert werde, so möchte er bemerken, daß die Stadt nicht dazu da sei, die großen Etablissements mit ausreichenden Wassermengen zu versehen. Ebenso könne ein Etablissement wie das Artmann'sche nicht verlangen, daß es von der Stadt gegen Feuersgefahr geschützt und die ihm überall verweigerte Versicherung dadurch unnöthig gemacht werde. Er trete trotzdem für die Anschaffung der Dampfpriße ein, wenn er sie auch nicht für unbedingt nöthig halte.

Herr L ö s c h i g k kann es nicht für so deprimirend ansehen, wenn mit der Firma Verkenbusch u. Co. ein Abkommen getroffen werde dahingehend, daß sie im Falle der Noth der Stadt mit der Dampfpriße zu Hülfe komme, während die Stadt andererseits auch der Firma bei großer Feuersgefahr Hülfe stelle. Man müsse es auch hoch anschlagen, daß die Firma ihre Feuerpriße forticksche, um der Stadt Hülfe zu leisten, während sie mit demselben Augenblicke ihr eigenes Etablissement hülflos zurücklasse.

Herr B a u e r m e i s t e r möchte hierauf erwidern, daß das Etablissement von Verkenbusch u. Co. doch nicht so ganz hülflos dastehe, indem die Rüniger Feuerwehr auch noch vorhanden sei.

Als die Herren B a u e r m e i s t e r und S c h m i d t versuchen, nochmals in eine Besprechung über den Brand der Jutespinnerei zu treten, werden dieselben durch den Herrn V o r s i z e n d e n daran mit dem Bemerken verhindert, daß die Angelegenheit nicht zu dem vorliegenden Gegenstande der Tagesordnung gehöre und es auch politisch gehandelt sei, die Debatte darüber bis zum Abschluß der Untersuchung zu unterlassen.

Die Anschaffung der Dampfspritze wird darauf mit dem erwähnten Vorbehalt genehmigt.

XIV. Anfrage E b e l i n g: Verhinderung der Verlegung größerer Schlachtereien auf außenstädtisches Gebiet.

Die Anfrage lautet:

„Gedenkt der Magistrat an geeigneter Stelle Schritte zu thun, um eventuell das Fortlegen größerer Schlachtereien auf außenstädtisches Gebiet zu verhindern?“

Zur Begründung führt Herr E b e l i n g etwa Folgendes aus: Die in den letzten Jahren erfolgte Verlegung dreier größeren Schlachtereien auf außenstädtisches Terrain biete für die Stadt insofern ein besonderes Interesse, als dadurch diese Schlachtereien sich der amtlichen städtischen Controle entziehen und außerdem die Rentabilität des hiesigen Schlachthauses dabei erheblich in Frage komme, auch die hier verbleibenden Geschäfte für die verlegten Schlachtereien die Kosten des Schlachthauses mit tragen müßten. Da nun zu befürchten stehe, daß dem gegebenen Beispiele noch mehrere Schlachtereien folgen könnten, hierbei aber das finanzielle Interesse der Stadt, sowie Wohl und Wehe der Consumenten in Frage kommen, so empfehle es sich, Mittel und Wege ins Auge zu fassen, um den ferneren Fortzug größerer Schlachtereien zu verhindern. Es handle sich hierbei also nicht um die Privatinteressen der hier verbleibenden Schlachter, sondern um das Allgemeinwohl der städtischen Bevölkerung.

Herr Stadtrath M e y e r erwidert, daß die von Herrn Ebeling angeregte Frage schon seit mehreren Monaten Gegenstand der Erwägung zunächst der Vertreter der Schlachterinnung und dann auch der Schlachthausdeputation und des Magistrates gewesen sei. Gegen einen solchen Fortzug von Gewerbetreibenden lasse sich indessen stadtseitig nicht leicht etwas direct unternehmen. Obwohl Jeder vollständig freie Bestimmung über sich und sein Geschäft habe, und man in der Richtung nicht viel werde erreichen können, so lasse sich doch vielleicht die für die Stadt eingeführte Controle des Fleisches auch über die Grenze derselben ausdehnen, wodurch man den Schlachtern die Lust zum Fortzuge nehmen werde. Von Seiten der Schlachterinnung sei auch gewünscht worden, daß man eine obligatorische Fleischschau für sämtliche Schlachtereien des ganzen Herzogthumes einführe und sei der Magistrat dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber auch schon vorstellig geworden. Ob und inwieweit Letzteres geneigt wäre, der Frage näher zu treten, lasse sich nicht sagen, jedoch erscheine es denkbar, daß dasselbe dem Landtage eine entsprechende Gesetzworlage unterbreite. Wenn nun aber auch wirklich ein solches Gesetz erlassen werde, so sei die Gefahr für die Stadt doch noch nicht beseitigt, weil sie zu nahe an den Landesgrenzen liege und

die Schlachter sich nicht darauf beschränken werden, innerhalb der blaugelben Pfähle zu bleiben, sondern sie auch darüber hinaus gehen werden. Man wisse ja, daß von hier aus schon ein größeres Etablissement in Wenden errichtet sei. Im Weiteren sei der Magistrat in Erhebungen darüber eingetreten, ob sich nicht einem anderen Wunsche der Schlachterinnung entgegenkommen lasse, daß nämlich sämmtliches Vieh, welches in einem gewissen Umkreise der Stadt für den Verkauf zum Schlachten komme, in der hiesigen Stadt geschlachtet werden müsse. In Preußen habe man eine ähnliche Bestimmung und sei bereits von einer größeren Reihe von Städten ein entsprechendes Statut erlassen. Die Schlachterinnung habe sogar noch weiter gehen und verlangen wollen, daß alles Vieh, welches von stehenden Gewerbetreibenden innerhalb der Stadt zum Verkauf komme, auf eine größere Entfernung von 20 und mehr Kilometern hin, in der hiesigen Stadt geschlachtet werden solle. Auf eine solche Forderung werde indessen die Landesvertretung schwerlich eingehen. Inzwischen habe sich aber der Magistrat zu der Befürwortung der von der Schlachterinnung geäußerten Wünsche bereit erklärt und werde hoffentlich recht bald ein Bericht an das Herzogliche Staatsministerium abgehen, um eine entsprechende Gesetzesvorlage zu erhalten.

XV. Antrag Lange, Erneuerung des Bohlenbelages der Ferdinandbrücke.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat um baldigste Erneuerung des Bohlenbelages der Ferdinandbrücke“.

führt Herr Lange aus, daß die Abnutzung dieses Bohlenbelages in der kurzen Zeit des Bestehens der Brücke eine außerordentlich große genannt werden müsse. Ob diese starke Abnutzung auf die Qualität des Holzes zurückzuführen sei, wolle er nicht untersuchen, jedenfalls bilde die außerordentliche Frequenz der Brücke mit die Hauptursache ihrer Abnutzung, denn nach wiederholt vorgenommenen Zählungen passiren die Brücke von Morgens 6 Uhr bis Abends 10 Uhr täglich wohl 12000 Menschen. Der Bohlenbelag befinde sich jetzt in einem so traurigen Zustande, daß er nicht länger so bleiben könne. Man habe an dem Belage schon viel herumgeflücht, so daß er nur noch aus kleinen Stücken bestehe und die Gefahr vorliege, daß ein die Brücke passirender schwerer Mensch durchbreche, da sich mit dem Abfalle schon Löcher in die Bohlen schlagen lassen. Deshalb bitte er dringend, der Sache näher zu treten, damit nicht noch ein Unglück entstehe.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Bau commission zur Vorberathung überwiesen.

XVI. Antrag Lössigk: Besserung des Spielplatzes der Schule an der Osterstraße.

Der Antrag:

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, zu veranlassen, daß der Schulhof der Schule an der Osterstraße in einen solchen Zustand gebracht werde, um zu verhüten, daß die Kinder beim Fallen Verletzungen davon tragen können“,

begründet Herr Lössigk damit, daß die vom Magistrate in Aussicht gestellte Abhülfe in der Anfuhr und Verstreuung einiger Fuder Grand bestanden habe, dieses Mittel aber zwecklos sei, weil der Grand bei dem dort vorhandenen Untergrunde nicht binde. Hierdurch werde aber die Gefahr des Fallens noch vergrößert und solle es auch fast täglich vorkommen, daß dort Jungen hinfallen und verbunden werden müssen. Er möchte bitten, daß diesem ganz haltlosen Zustande endlich gründlich abgeholfen werde.

Herr Oberbürgermeister Bockels will dazu bemerken, daß zu solchen Aufwendungen gerade in diesem Jahre das nöthige Geld fehle, indem die Versammlung bei der Feststellung des Stadthaushaltsplanes an den Ansätzen für die Aufwendungen zu Gunsten der Gebäude und Höfe der Bürgerschulen erhebliche Abstriche vorgenommen habe. Er werde sich aber nach den Verhältnissen näher erkundigen, wenn er auch nicht glauben könne, daß dieselben so schlecht seien, da doch der Platz von verschiedenen Damen zum Lawn-Tennis-Spiel benutzt werde und er deshalb nicht allzu schlecht sein könne. Jedenfalls lasse sich erst im nächsten Jahre gründlich Abhülfe schaffen, wenn die erforderlichen Mittel in den Etat eingestellt seien.

Auch dieser Antrag wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

Der Herr Vorsitzende schließt darauf die Sitzung.

Dauer von 4^{3/4} bis gegen 6^{1/2} Uhr.

1896/97.

Nr. 6.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. September 1896.

Tagesordnung:

I. Abkommen wegen Terrainerwerbs zum Hopfengarten	Seite 138
II. Verlegung von Gasröhren in der Gliesmaroder- und Bindestraße	" 139
III. Antrag Böschigt: Besserung eines Schulspielplatzes	" 139
IV. Drucklegung des städt. Verwaltungsberichts	" 141
V. Entschädigungen an Feuerwehrleute	" 141
VI. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 141
VII. Anderweite Verpachtung eines Grundstücks	" 141
VIII. Verkauf von Doubletten der Stadtbibliothek	" 141
IX. Erneuerte Bewilligung von Kosten für Feuerlösch-einrichtungen	" 142
X. Einrichtung eines Zimmers für die Sanitätswache	" 142
XI. Uebernahme von zwei neuen Straßen als Ortsstraßen	" 143
XII. Canalisirung der verlängerten Olfemannstraße	" 144
XIII. Ausbau der Capellenstraße	" 144
XIV. Vertrag mit dem Gastwirth Dietrich	" 144
XV. Umlegung des Gas- und Wasserrohrs in der Juliusstraße	" 146
XVI. Ausbau der Cajernenstraße	" 146
XVII. Gesuch wegen Führung der Straßenbahn über die Gliesmaroderstraße	" 147
XVIII. Terrainerwerb zur Salzdammerstraße	" 152
XIX. Ausbau der verlängerten Olfemannstraße u.	" 152

XX.	Ausbau einer weiteren Strecke der Bodestraße	Seite 153
XXI.	Auswechslung der Gas- und Wasserrohre in der Carlstraße	" 154
XXII.	Verlängerung des Gasrohrs im Bültenwege	" 154
XXIII.	Feststellung der Kosten der Wehrstraße	" 154
XXIV.	Feststellung von Plattenbelagskosten	" 154
XXV.	Ausbau der Ringstraße zwischen Wabe- und Muiarenstraße	" 155
XXVI.	Einrichtung elektrischer Centralstationen	" 155
XXVII.	Project nebst Kostenberechnung eines Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße	" 155
XXVIII.	Einsprache gegen den Ortsbauplan für den Madamenweg	" 157
XXIX.	Klageerhebung	" 157
XXX.	Anfragen Blasius, Lord und Wolff: Beginn der Arbeiten für die elektrische Straßenbahn	" 158

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Bäsecke, Boller, Brückmann, Halle, Lange, Meyer, Uhde, Weber und Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt den Eingang folgender Sachen mit:

- 1) Nach einem Schreiben des Magistrates hat derselbe mit Ermächtigung der Versammlung die zum Vermögen der Stadt gehörenden 75 000 Al Actien der Braunschweigischen Landeseisenbahn-Gesellschaft zum Preise von 118,50 Al verkauft.
- 2) Der Versammlung ist von dem Maurer August Wesemeier hieselbst im Auftrage der Bauunfall-Commission ein Gesetzesentwurf zur Verhütung von Unfällen bei Bauarbeiten mit der Bitte vorgelegt worden, denselben in Verathung zu ziehen und dahin zu wirken, daß dem Entwurf als Ortsstatut Gesetzeskraft gegeben werde.

Diese Eingabe wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen. Nunmehr schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Abkommen wegen Terrainerwerbs zum Hopfengarten.

Bei der Einleitung des Enteignungsverfahrens wegen stadtseitigen Erwerbs einer 17 qm großen Theilfläche des Hoze'schen Grundstücks „am Hopfengarten“ ist mit der Mehrzahl der Hoze'schen Erben die Güte dahin erreicht worden, daß für die abzutretende Fläche eine Entschädigung von 8 Al pro qm stadtseitig zugebilligt und auf die Straßenkosten verrechnet, der Rest der dem Grundstück zur Last fallenden Kosten aber erst dann fällig wird, wenn das Grundstück neu bebaut werden, oder den Besitzer wechseln sollte. Der Magistrat hält dieses Abkommen

für annehmbar und ersucht daher, der Vereinbarung zuzustimmen. Gegen den Feilenhauer Hoge in Emden, welchem $\frac{1}{4}$ Eigenthumsrecht an dem Grundstücke zusteht, wird, da derselbe jede gütliche Vereinbarung abgelehnt hat, das Enteignungsverfahren fortgesetzt werden.

Auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bültemann berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

II. Verlegung von Gasröhren in der Gliesmaroder- und Bindestraße etc.

Ein von einer Anzahl Anwohner der Gliesmaroderstraße jenseits der Bindestraße an die Versammlung gerichtetes Gesuch um Beleuchtung dieses Straßentheiles mit Gas war dem Magistrat zur Prüfung überwiesen worden. Auf Grund der angestellten Erhebungen ersucht nun der Magistrat, dem Antrage Folge zu geben. Für diesen Zweck würde die Legung eines 300 m langen und 100 mm weiten Gasrohres unter Anwendung von 2075 M ausreichend sein. Inzwischen hat nun die Firma Meyer & Severin, welche eine Fahrradfabrik an der Gliesmaroderstraße errichten will, gebeten, die Straßenstrecke bis zu der Fabrik mit Gas- und Wasserrohr zu versehen, sowie dieselbe auch canalisiren zu lassen. Um diesem Werke genügendes Gas zuführen zu können, ist die Legung eines 150 mm weiten Rohres erforderlich und müssen auch diejenigen Gasröhren, welche zur Speisung desselben dienen sollen, die genügende Weite haben, was z. B. nicht der Fall ist. Es wird deshalb beabsichtigt, ein 150 mm weites Gasrohr in der Gliesmaroder- und der Bindestraße zu legen. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten empfiehlt der Magistrat stadtseitig zu übernehmen. Es wird beantragt, für die Legung der erforderlichen Gasrohre 3735 M, sowie für die Umwandlung der vorhandenen vier Petroleumlaternen in Gaslaternen und an Mehrkosten für die bewilligten, aber noch aufzustellenden drei Gaslaternen 70 M zu bewilligen.

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, geschieht.

III. Antrag Löschigt: Besserung eines Schulschulplatzes.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 136 des Berichts — ist von der Baucommission eingehend geprüft worden und hat namens derselben Herr Meyerhoff Folgendes zu berichten: Es sei nicht wegzuleugnen, daß eine Besserung der Schulhöfe im Allgemeinen nothwendig erscheine, wenngleich die Baucommission bei der Besichtigung verschiedener Schulhöfe gefunden habe, daß der von Herrn Löschigt ins Auge gefaßte Spielplatz der Schule an der Oker-

straße noch der beste sei, indem sich beispielsweise der Spielplatz der Schule an der Maschstraße in einem viel schlechteren Zustande befinde. Herr Löschig habe deshalb auch erklärt, seinen Antrag für die Schule an der Osterstraße fallen zu lassen, und denselben auf die Schule an der Maschstraße zu übertragen. Bei der von der Commission vorgenommenen Prüfung habe sich ergeben, daß die Schulhöfe in anderer Weise befestigt werden müßten. Das jetzige System leide daran, daß bei einem Gewitterregen die Begrandung leicht fortgeschwemmt werde und die Steine des Untergrundes zu Tage treten; es sei deshalb zu erwägen, ob nicht entweder als Untergrund Schlacke mit darüber geschütteten fein gesiebten Schlacken und einer bindenden Grunddecke, oder aber wie am Rhein gar kein fester Untergrund und eine hohe Schüttung von Flußkies vorzuziehen sein würde. Das bisher befolgte System der Pflasterung der Zugangswege zu den Retiraden erscheine für die Schulhöfe auch nicht nöthig und empfehle es sich, statt der Pflasterung Cementplatten zu legen und sodann das Befahren der Schulhöfe durch Kohlenwagen zu verbieten. Wenn man die erheblichen Mehrkosten der Pflasterung gegen die Verwendung von Cementplatten berücksichtige, so werde man zu dem Resultat kommen, daß es billiger sei, die Kohlen in Säcken oder Körben in den Keller schaffen zu lassen, als daß man gepflasterte Wege für die Kohlenwagen herrichte. In Ansehung dieser Verhältnisse stelle die Baucommission folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, den Schulhof in der Heinrichstraße nach einem anderen Systeme zu befestigen, statt der gepflasterten Wege solche von Cementplatten herzustellen, das Befahren der Schulhöfe mit Kohlenfuhrn zu verbieten und alle Aufwendungen, wie frische Begrandung der vorhandenen Schulhöfe, so lange zu unterlassen, bis sich eine bessere Befestigungsart bewährt hat“.

Die Genehmigung dieses Antrages werde empfohlen.

Herr Löschig möchte berichtend hervorheben, daß er seinen Antrag nicht in Bezug auf die Schule an der Osterstraße zurückgezogen, sondern nur gemeint habe, der Spielplatz der Schule an der Maschstraße habe die Instandsetzung noch größer nöthig. Durch eine Begrandung sei eine Besserung absolut nicht zu erzielen, deshalb bitte er, dem Antrage der Baucommission beizutreten und dahin zu wirken, daß bei dem Schulhofe an der Heinrichstraße ein Versuch mit der Verwendung von Bodasche nebst groben Schlacken und Kies gemacht werde. Unzweckmäßig erscheine es ihm auch, das Gefälle eines Schulhofes nach einem einzigen Canalschachte zu legen und wäre es jedenfalls angebrachter, ein nur mäßiges Gefälle und zwar nach verschiedenen Stellen des Hofes vorzusehen, damit das Wasser langsam abfließen könne.

Der Antrag der Baucommission wird darauf genehmigt.

IV. Drucklegung des städt. Verwaltungsberichts.

Der Magistrat steht im Begriff, in Fortsetzung der für die Jahre 1880—1891 gelieferten Berichte über die Verwaltung und den Zustand der hiesigen städtischen Angelegenheiten einen, die Zeit von Anfang 1892 bis zum Schlusse des Finanzjahres 1895/96 umfassenden Verwaltungsbericht abzuschließen. Dem Antrage des Magistrates, für die Drucklegung des Berichts in einer Auflage von 750 Exemplaren einen Kostenaufwand von 2000 M. zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, zu.

V. Entschädigungen an Feuerwehrleute.

Bei der Bekämpfung des Brandes der Tutespinnerei haben vier Mitglieder der hiesigen freiwilligen Feuerwehr mehr oder minder schwere Verletzungen davon getragen, welche die Zahlung von Entschädigungsgeldern in Höhe von 273,25 M. erforderlich machen. Unter Bezugnahme auf §. 40 des Gesetzes vom 2. April 1874 betreffend das Feuerhülfswesen, ersucht der Magistrat, diesen Betrag aus der Kreiscommunalcasse zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Wagner berichtet, geschieht.

VI. Hundesteuer-Erlassgesuche.

Die Gesuche der Producten- bezw. Gemüsehändlerinnen Hölzge und Heuer um Freilassung von der Steuer für einen Ziehhund werden genehmigt.

VII. Aderweite Verpachtung eines Grundstücks.

Nachdem der Restaurateur Steinbrück, welcher das Grundstück Wendenstraße 5 gepachtet hatte, den Vertrag zum 1. October d. Js. gekündigt hat, giebt der Magistrat anheim, dasselbe der National-Actien-Bierbrauerei, vorm. J. Jürgens, zu einem jährlichen Pachtpreise von 2000 M. zunächst bis zum 1. October 1897 zu vermietthen.

Herr Hauswaldt empfiehlt namens der Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage und die Versammlung beschließt demgemäß.

VIII. Verkauf von Doubletten der Stadtbibliothek.

Für den Doublettenvorrath der Stadtbibliothek sind von einem hiesigen Antiquar 200 M. und von einem anderen 110 M. geboten worden, während ein größeres auswärtiges Antiquariat gar kein Gebot darauf abgegeben und ein

weiteres hiefiges Antiquariat für einen Theil der Bücher 90 M. geboten hat. Der Magistrat ersucht nun, sich mit dem Verkaufe der Doubletten zum Preise von 200 M. einverstanden zu erklären und von diesem Betrage 44,50 M. für von dem Käufer antiquarisch gelieferte Bücher zu bezahlen, den Rest aber zum Einbinden noch roher oder nur brochirter Bücher der Leiste'schen Sammlung zu verwenden und zu letzterem Zwecke noch weitere 400 M. zu verwilligen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht der Ansicht, daß beide Anträge zu genehmigen seien, weshalb um Ausnahme derselben gebeten werde.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

IX. Erneuerte Bewilligung von Kosten für Feuerlöscheinrichtungen.

Von den im Jahre 1895/96 bewilligten 9000 M. für Personen- und Geräthewagen, sowie für öffentliche Feuermelder sind 7125,71 M. noch nicht verwandt. Dem Antrage des Magistrates, diesen Betrag behufs nachträglicher Bestreitung der für diese Zwecke noch rückständigen Ausgaben erneuert zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, namens welcher Herr F ü d e l berichtet, zu.

X. Einrichtung eines Zimmers für die Sanitätswache.

Die von den städtischen Behörden beschlossene Unterbringung der Sanitätswache in dem Chargirtenzimmer der Berufsfeuerwehr hat erhebliche Störungen und sonstige Unzuträglichkeiten hervorgerufen, so daß der Magistrat beantragt, der Sanitätswache durch Ueberweisung und Ausstattung der südlich der Durchfahrt im Feuerlöschgebäude gelegenen Hausflur mit einem Kostenaufwande von 850 M. ein eigenes Heim zu schaffen. Da von der früher bewilligten Summe für Beschaffung eines Kranken-Transportwagens noch 400 M. übrig geblieben sind, so würde es sich hier noch um eine Nachverwilligung von 450 M. handeln.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, hat die Finanzcommission anerkannt, daß durch diesen Vorschlag etwas Mustergültiges nicht geschaffen werde und daß man demselben nur zustimme, weil man eine bessere Einrichtung nicht zu treffen vermöge.

Herr Bauermeister hält das betreffende Local für zu klein, da zwei Verwundete in demselben gleichzeitig nicht placirt werden können. Er wolle daher den Vorschlag machen, zu diesem Zwecke das nach dem Damm zu gelegene Zimmer des Feuerwehrgebäudes, in welchem das sogenannte Feuerwehrmuseum untergebracht sei, zu wählen. Das Zimmer sei ausreichend groß und eigne sich zu dem Zwecke, während das Feuerwehrmuseum, welches man einst mit großen Hoffnungen eingerichtet habe, doch keinen Anklang finde.

Herr Hauswaldt will persönlich bemerken, daß er die Sache nicht für so dringend halte, um nicht einen Beschluß heute noch aussetzen zu können. Wenn daher ein Weg zu einer besseren Einrichtung gewiesen werden könne, so gebe er anheim, diesen Vorschlag einer Prüfung zu unterziehen.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß das Zimmer so groß sei, um in demselben zwei Schwerverletzte gleichzeitig behandeln zu können. Der Magistrat werde indessen auch gegen die Wahl eines anderen geeigneten Zimmers nichts einzutenden haben, wenn dadurch die Einrichtungskosten sich nicht erhöhen. Das Zimmer des Feuerwehrmuseums sei ihm nicht genau bekannt, jedoch glaube er, daß zu demselben einige Stufen hinaufführen, wodurch es zu Sanitätszwecken weniger geeignet erscheine. Eine Aussetzung des Beschlusses halte er aber nicht für nothwendig, weil bei Verwilligung der Mittel dem Magistrate anheimgegeben werden könnte, auf die Wahl eines geeigneteren Zimmers Bedacht zu nehmen. Jedenfalls sei es wünschenswerth, das Chargirtenzimmer von den Verwundeten zu entlasten.

Herr Blasius hat die Einziehung eines ärztlichen Gutachtens über die Zweckmäßigkeit des betreffenden Zimmers vermißt. Deshalb ersuche er, ein solches Gutachten vom Stadtphysicus einzuziehen und den Beschluß bis dahin auszusetzen.

Herr Wagner ist gleichfalls für die Aussetzung des Beschlusses, da er das Zimmer sehr beschränkt finde.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Blasius auf Einziehung eines ärztlichen Gutachtens mit 15:11 Stimmen angenommen und die Vorlage damit an den Magistrat zurück verwiesen.

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, ob der Vorschlag des Herrn Baumeister in Wegfall komme, wenn das Zimmer von ärztlicher Seite als brauchbar anerkannt werde, erwidert

der Herr Vorsitzende, daß der Magistrat die Wünsche der Versammlung kennen gelernt habe und auf die Vereithaltung eines geeigneten Zimmers Bedacht nehmen werde.

XI. Uebernahme von zwei neuen Straßen als Ortsstraßen.

Nachdem die Versammlung in der Sitzung vom 13. August 1896 — Seite 126 des Berichts — den mit dem Rentner Lippelt und Gen. abgeschlossenen Vertrag, betreffend den Ausbau der Verbindungsstraße zwischen der Frankfurter- und der verlängerten Kramerstraße, sowie der zwischen dieser Verbindungsstraße und der Bergfeldstraße gelegenen Theilstrecke der verlängerten Kramerstraße genehmigt hat, ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß auf diese beiden Straßen, und zwar auf die verlängerte Kramerstraße in ihrer ganzen Ausdehnung von der Bergfeld- bis zur Ebertstraße, die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, angenommen.

XII. Canalisirung der verlängerten Olfermannstraße.

Zur Erzielung einer zweckmäßigen Entwässerungsanlage für das Schulgrundstück an der Heinrichstraße wird es erforderlich, die Rohrstränge im Zuge der verlängerten Olfermannstraße in den Canal der Heinrichstraße einzuleiten. Auf Antrag der städt. Bauverwaltung empfiehlt daher der Magistrat, einen Theil des für die verlängerte Olfermannstraße herzurichtenden Straßencanals in einer Länge von 55 m schon jetzt definitiv auszuführen und hierfür 1400 M zu verwilligen.

Die Vorlage gelangt auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Wagner berichtet, zur Annahme.

XIII. Ausbau der Capellenstraße.

Der mit dem Schlossermeister Krohne am 24. November 1891 abgeschlossene notarielle Vertrag, betr. den Ausbau der Capellenstraße, ist bislang nicht im vollen Umfange zur Ausführung gekommen, und hat der Magistrat auch Bedenken getragen, die weitere Vertragserfüllung zu erzwingen. Da auf eine Durchführung des Vertrages in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, so hat der Magistrat mit der Mehrzahl der Anlieger einen neuen Vertrag abgeschlossen, dessen Genehmigung anheimgegeben wird. Nach der aufgestellten Kosten- und Vertheilungsberechnung betragen die Baukosten 13 000 M, so daß auf die beitragspflichtigen Grundstücke ein rechnungsmäßiger Kostenbeitrag von 45 M für 1 m entfällt. Der Magistrat ersucht, das Project, sowie die Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen, was auf Empfehlung der Statutencommission, namens welcher Herr Wolff berichtet, geschieht.

XIV. Vertrag mit dem Gastwirth Dietrich.

Bezüglich der Aufführung der östlichen Außenwand des Markthallengebäudes sind Weiterungen dadurch entstanden, daß das Dach des benachbarten Dietrich'schen Stallgebäudes und ebenso die Flügel eines in diesem Gebäude befindlichen Fensters in das Markthallengrundstück hineinragen. Zur Beseitigung dieser Weiterungen hat sich der Magistrat nach längeren Verhandlungen dazu verstanden, mit dem Gastwirth Dietrich am 31. August d. Js. einen Vertrag abzuschließen, der dem Genannten sehr erhebliche Vortheile einräumt. Nach Lage der Umstände ersucht der Magistrat, diesen Vertrag zu genehmigen. Letzterer hat im Wesentlichen folgenden Inhalt: Die Stadt tritt vom Markthallengrundstücke zwei für sie werthlose,

15 und 28 qm große Theilflächen an Herrn Dietrich, dieser tauschweise eine 14 qm große Theilfläche an die Stadt ab, jedoch soll dieses Tauschgeschäft erst dann zur Ausführung gebracht werden, wenn die vor dem Dietrich'schen Grundstücke auf dem Hagenmarkt errichtete Bedürfnisanstalt beseitigt sein wird. Erfolgt die Ausführung des Tauschgeschäftes, ohne daß bis dahin die von Herrn Dietrich abgetretene Fläche von dem zur Zeit darauf stehenden alten Gebäudetheile befreit ist, so verpflichtet sich die Stadt, denselben bis dahin stehen zu lassen, daß Herr Dietrich das betr. Stallgebäude niederlegt, oder daß dasselbe sonst zu Grunde geht, oder aber sie hat die Beseitigung auf ihre Kosten auszuführen und den stehenbleibenden Rest des Gebäudes angemessen unter Anbringung eines Fensters in der neuen Grenz wand abzuschließen. Wenn Herr Dietrich die ihm stadtfreig abgetretenen Flächen bebaut, so soll ihm gestattet sein, unentgeltlich die östliche Außenwand der Markthalle als Brandgiebel zu benutzen. Dem gegenüber gestattet Herr Dietrich, daß die östliche Außenwand der Markthalle sofort ohne weitere Unterbrechung hochgeführt wird und räumt der Stadt das Recht ein, das vorstehende Dach seines Stallgebäudes so weit abzuschneiden, daß die östliche Außenwand der Markthalle ohne Anbringung von Oeffnungen u. s. w. hochgeführt werden kann. Auch verzichtet derselbe auf jeden Ersatzanspruch wegen Beeinträchtigung etwaiger Licht- und Luftgerechtigkeit. Alle aus dem Vertrage entspringenden Kosten trägt die Stadt, welche auch insbesondere die Dachrennen des Stallgebäudes auf ihre Kosten wieder anbringen zu lassen hat, ebenso muß sie das von dem Letzteren abfließende Himmelswasser aufnehmen und abführen. Außerdem erklärt sich der Magistrat bereit, Herrn Dietrich die Anbringung einer Thür innerhalb der westlichen Umfangswand seines Hintergebäudes südlich von der Nordseite des Markthallengebäudes zu gestatten, die indessen nur während der Tagesstunden offengehalten werden darf. Diese Erlaubniß wird widerrufen werden, wenn aus der Unterhaltung der Oeffnung nach dem Ermessen des Magistrates Unzuträglichkeiten entstehen, und die Erlaubniß soll jedenfalls dann aufhören, wenn die Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarkt beseitigt werden sollte.

Namens der Statutencommission berichtet über die Vorlage Herr Wolff: Wenn auch vielleicht eine Anzahl Mitglieder der Versammlung darauf bedacht sein möge, die Bedürfnisanstalt von der betr. Stelle des Hagenmarktes zu entfernen, so sei die Commission doch der Ansicht, daß man sich diese Beseitigung auf keinen Fall durch irgend welchen Druck abnöthigen lassen dürfe. Die Commission halte eine derartige Verquickung der Beseitigung der Anstalt mit dem Vertrage nicht für empfehlenswerth. Den Terrinaustausch zu bewilligen, erscheine unbedenklich, aber andererseits müsse dagegen Stellung genommen werden, Herrn Dietrich zu gestatten, daß er eine Thür seines Hintergebäudes nach dem Markthallengrundstücke anlege, und die Wand des Hallengebäudes benutze. Der Vertrag erscheine daher

nicht wohl annehmbar. Die Statutencommission sei aber erst dann zu einer direct ablehnenden Haltung gelangt, als der Herr Stadtbaurath Winter erklärt habe, daß durch Anbringung einer Nische in dem Markthallengebäude die Beeinträchtigung der Rechte des Herrn Dietrich beseitigt werde. Unter diesen Umständen halte es die Statutencommission für ihre Pflicht, der Versammlung die Ablehnung des Vertrages zu empfehlen.

Der Vertrag wird darauf abgelehnt.

XV. Umlegung des Gas- und Wasserrohrs in der Juliusstraße.

Durch den beschlossenen Ausbau der Juliusstraße zwischen der Proitzemer- und Sophienstraße wird die Verlegung der daselbst vorhandenen Gas- und Wasserröhren erforderlich. Da wegen Dringlichkeit der Sache diese Arbeit schon in Angriff genommen ist, so giebt der Magistrat anheim, nachträglich die Genehmigung zu der Verlegung zu ertheilen und die Kosten im Betrage von 4020 M zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Seele den Antrag namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

XVI. Ausbau der Casernenstraße.

Nach einem Berichte der städt. Bauverwaltung erscheint es gerechtfertigt, das an der Ecke von Fusaren- und Casernenstraße gelegene Rappmund'sche Grundstück zu den Kosten des Ausbaues der Casernenstraße nicht in Ansehung seiner ganzen Frontlänge von 20 m, sondern nur nach Verhältniß einer Theilfrontlänge von 10 m heranzuziehen, weil anerkannt werden müsse, daß vor dem übrigen Grundstückstheile die Straße bereits früher nach Art der Ortsstraßen ausgebaut sei. Der Magistrat schließt sich diesen Ausführungen an und giebt anheim, die hier nach ausfallenden Kosten im anschlagsmäßigen Betrage von 800 M auf die Stadtcasse zu übernehmen, da es nicht angängig erscheine, nachträglich die Berechnung der Kosten zu ändern und diesen Betrag den übrigen Anliegern noch aufzuerlegen. Dabei wird noch besonders bemerkt, daß der Fußweg, soweit er durch die jetzt aus dem Projecte und der Beitragspflicht ausscheidende Theilfront des Rappmund'schen Grundstücks begrenzt wird, bis auf Weiteres in unverändertem Zustande zu belassen, mithin auch nicht mit Platten zu belegen sein wird.

Nach dem Berichte des Herrn Rietke hat die Baucommission bei Prüfung der Vorlage wohl erwogen, daß es nicht sehr schön aussehen könne, wenn das Stück nicht mit Platten belegt werde. Da es indessen keinen Ausweg gebe, so werde die Genehmigung der Vorlage empfohlen.

Herr Blasius will bei der Gelegenheit die Anfrage an die Magistrat richten, ob derselbe nicht der Verbesserung der Casernenstraße in ihrem weiteren Laufe nach dem Fallersleberthore zu seine Aufmerksamkeit widmen könne. Die

jetzt in Folge der vielen dort entstandenen neuen Straßen mehr begangene und befahrene Casernenstraße bilde den Retiraden der Caserne gegenüber eine so gefährliche Ecke, daß es mit Gefahr verbunden sei, diese Stelle zu Fuß oder zu Wagen zu passiren. Eine Besserung dieser Verhältnisse sei um so mehr zu wünschen, als die Gefahr dort wachse, wenn nach Eröffnung der Schule an der Heinrichstraße die Stelle von einer größeren Menge von Schulkindern begangen werde.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

XVII. Gesuch wegen Führung der Straßenbahn über die Gliesmaroderstraße.

Verschiedene Anwohner der Gliesmaroderstraße sind bei der Versammlung nochmals vorstellig geworden, die neue projectirte Straßenbahnlinie nicht über die Carlstraße, sondern über die Gliesmaroderstraße zu legen. Indem die Vittelsteller eine kurze Schilderung des bisherigen Verlaufs der Verhandlungen geben, „appelliren sie an die Würde und das Rechtsgefühl der Vertreter der Bürgerschaft, gestützt auf den Majoritätsbeschluß vom 18. Juni d. Jrs., und ersuchen, dem Magistrat aufzugeben, dahin zu wirken, daß die Gliesmaroderstraße für die Linie der elektrischen Straßenbahn gewählt werde“.

Wie Herr Wolff namens der Statutencommission berichtet, hat die Angelegenheit folgenden Verlauf genommen: Der Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft habe die Bestimmung enthalten, daß als entsprechender Tractus die Carlstraße vorgesehen sei. In der Versammlung vom 18. Juni d. Jrs. sei sodann nach erschöpfender Behandlung des Für und Wider mit Mehrheit beschloffen worden, den Magistrat bei Genehmigung des Vertrages zu ersuchen, statt der Carlstraße die Gliesmaroderstraße als entsprechenden Tractus zu wählen. Hierauf habe der Magistrat beschloffen, es bei der Carlstraße zu belassen. Sodann sei von Herrn Meyerhoff Veranlassung genommen, den Magistrat über seinen Beschluß zu interpelliren, worauf Herr Bürgermeister Ketemeyer eine entsprechende Erklärung abgegeben habe; ein Antrag habe sich jedoch an diese Erörterungen nicht geknüpft. Nunmehr kommen die Interessenten der Gliesmaroderstraße und behaupten, indem sie an die Würde und das Rechtsgefühl der Versammlung appelliren, daß vom Magistrat auftragswidrig gehandelt sei und wünschen, daß die Sache in ein anderes Fahrwasser gelange. Die Statutencommission stehe aber auf dem Standpunkte, daß die Angelegenheit, wenn nicht neue Gründe vorgebracht würden, für die Versammlung ihre Erledigung gefunden habe, da die Begründung des Majoritätsbeschlusses erschöpfend und ausführlich geschehen sei. Wenn daher die Interessenten ohne neue Gründe nochmals vorstellig werden, so sei es nicht Sache der Versammlung, darauf näher einzugehen. Die Commission empfehle deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

Herr Nieß kann neue Gründe ebenfalls nicht vorbringen, will jedoch nochmals erklären, daß es ihm außerordentlich verwunderlich erschienen sei, einen solchen Antrag der Versammlung ohne zwingende Gründe über den Haufen zu stoßen. Aus der Bürgerschaft seien ihm hierüber Worte gesagt worden, welche nicht annehm hätten berühren können.

Herrn Bürgermeister Metemeyer erscheint es unverständlich, wie Herr Nieß sagen könne, es sei der Beschluß der Versammlung ohne zwingende Gründe nicht berücksichtigt worden. Wenn die in der vorigen Sitzung von ihm mitgetheilten Gründe Herrn Nieß nicht überzeugt haben, so ändere dieses nichts an der Stellung des Magistrates zu der Sache.

Herr Günther kann den Beschluß des Magistrates nicht verwunderlich finden, weil für denselben wahrscheinlich entscheidend gewesen sei, daß man an dieser Frage den Vertrag nicht habe scheitern lassen wollen. Nach den damaligen Erörterungen sei der Wagenverkehr in der Gliesmaroderstraße so bedeutend, daß man schon aus diesem Grunde für die Straßenbahn die Carlstraße gewählt habe. Bei dieser Wahl werde man auch beiden Theilen gerecht, indem die Straßenbahn dann beide Straßen berühre. Er empfehle Uebergang zur Tagesordnung.

Herr Löschigt will daran erinnern, daß man bei Benutzung der Carlstraße zwei Winkel mache, welche man auf so einer engen Straße vermeiden müsse. Bei der Burg Dankwarderode lege man die Straßenbahn wegen der Winkerei um und hier beabsichtige man eine neue Anlage mit zwei Winkeln zu machen, welche sich bei Benutzung der Gliesmaroderstraße vollständig vermeiden lassen. Er beantrage daher zu beschließen, die Petition der Anwohner der Gliesmaroderstraße dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen.

Herr Meyerhoff kann sich dem Beschlusse der Statutencommission ebenfalls nicht fügen. Wenn die Anlieger in ihrer Eingabe wirklich etwas incorrect gehandelt und keine neuen Gründe vorgebracht haben, so erscheine ihm dies nicht ausreichend, die Eingabe zurückzuweisen. Die Bittsteller haben wohl angenommen, daß die für die Gliesmaroderstraße sprechenden Gründe der Versammlung genügend bekannt seien und man könne doch aus dieser Veranlassung die Eingabe nicht zurückweisen. Als z. B. die erste Pferdebahn in der hiesigen Stadt begründet sei, hätten die Gründer Werth darauf gelegt, die Linie nach dem Nordbahnhofe über die Hamburgerstraße bis nach Bock's Keller und von da über die Nebenstraße zu projectiren, nachher sei aber aus unbekannten Gründen die Schleinitzstraße gewählt worden und das sei ein Fehler gewesen, der jetzt wieder gut gemacht werde, indem für die elektrische Straßenbahn die erstere Linie in Aussicht genommen sei. Hier wolle man nun wieder denselben Fehler machen und eine Nebenstraße wählen,

welche eine zu geringe Breite habe. Wenn gesagt werde, die Carlstraße liege für die Anwohner der Humboldtstraße, des Hagenringes u. günstiger als die Gliesmaroderstraße, so komme hierbei doch nur ein kleiner Theil der Anwohner dieses neuen Stadttheiles in Frage, denn die übrigen würden bei Benutzung der Straßenbahn nicht rückwärts gehen wollen, sondern sie benutzten die Linie der Kaiser-Wilhelmstraße. Der ferner für die Carlstraße ins Feld geführte Grund, daß sie dichter bebaut sei, als die Gliesmaroderstraße, werde schon binnen kurzer Zeit wegfällen, da sich die Speculation jetzt auch der nördlichen Seite der Gliesmaroderstraße bemächtige. Wenn in dem „Eingesandt“ einer Zeitung gesagt sei, daß die Curve an der Neuenstraße noch viel kleiner sei, als die an der Bindestraße geplante Curve, so liege hierin insofern eine irrthümliche Auffassung, als die letztere Curve viel gefährlicher sei als die erstere. Er stelle daher im Verein mit den Herren Bauernmeister, Bues, Ebeling, Löschigt, Meyerhoff, Müller, Rieß, Wagner und Wollenweber den Antrag, zu beschließen, der Magistrat werde ersucht, zu veranlassen, daß der Straßenbahnzug Carlstraße—Gliesmaroderstraße über die letztere Straße gelegt werde.

Herr Rieke steht ebenfalls auf dem Standpunkte, daß eine Straßenbahn in eine Heerstraße gehöre, soweit solche vorhanden sei. Man habe sich hier auf einen streng sachlichen Standpunkt zu stellen und solle keinen Schlangenweg einschlagen, wenn man einen geraden Weg besitze. Die Gliesmaroderstraße werde sich auch insofern besser für die Straßenbahn eignen, weil die dort verkehrenden schweren Fuhrwerke weniger zahlreich seien, als die in der Carlstraße fahrenden leichten Fuhrwerke.

Herr Blasius kann mittheilen, daß ihm der Director der Straßenbahn gestern gesagt habe, es sei der Straßenbahn ganz gleichgültig, ob die Carlstraße oder die Gliesmaroderstraße gewählt werde. Wenn daher jetzt die Carlstraße genommen werden sollte, so liege das nur an dem Magistrate. Schon aus den früheren Verhandlungen habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß es besser sei, mit der Straßenbahn möglichst auf den Hauptstraßen zu bleiben, in welchen man keine senkrechten Ecken zu überwinden habe. Außerdem lasse sich eine später in sicherer Aussicht stehende Verlängerung der Straßenbahn bei der Gliesmaroderstraße viel leichter durchführen, als bei der Carlstraße.

Herr Wolff bedauert, sich so undeutlich ausgedrückt zu haben, daß Herr Meyerhoff ihn mißverstanden habe. Eine Beeinflussung der Ansicht der Versammlung nach der Richtung, ob die Carl- oder die Gliesmaroderstraße gewählt werden solle, liege der Commission ganz fern. Es dürfte indessen der Stellung und, wenn man sich so ausdrücken dürfe, dem parlamentarischen Verhältnisse der Versammlung zu dem Magistrate allein entsprechen, daß, wenn nach ausführlicher und erschöpfender

Behandlung einer Materie einem Antrage des Magistrates zugestimmt und dabei der Magistrat lediglich ersucht sei, zu erwägen, ob nicht noch eine Aenderung zu erzielen sei, nach ablehnendem Verhalten des Magistrates auf das bloße Ersuchen von Interessenten ohne Angabe neuer Gründe, nicht nochmals ein gleiches Ersuchen an den Magistrat gerichtet werde. Nur aus diesem Gesichtspunkte, weil man nicht im Stande sei, die frühere Behandlung dieser Sache umzugestalten oder neues Begründungsmaterial hinzuzufügen, empfehle die Commission Uebergang zur Tagesordnung, ohne dabei das Für und Wider der beiden Linien zu berücksichtigen.

Herr Nieß ist der Ansicht, daß der formale Standpunkt des Vorredners wohl unangreifbar sein möge, daß indessen, wenn eine Angelegenheit aus irgend welchen Gründen zum zweiten Male in der Versammlung zur Sprache komme und nach der Ueberzeugung der Versammlung die Aenderung eines Beschlusses mehr den praktischen Interessen entsprechen würde, der Anlaß zu der nochmaligen Besprechung nicht maßgebend sein könne für die weitere Beschlußfassung. Da nun seiner festen Ueberzeugung nach der Beschluß des Magistrates in dieser Sache als ein irrthümlicher aufzufassen sei und aufgehoben werden müsse, so trete er für den Antrag Böschigt ein. Im Uebrigen habe er kein weiteres Interesse an der Gliesmaroder- oder der Carlstraße, sondern er meine nur, daß der natürliche Zug der Straßenbahn durch die Gliesmaroderstraße führe.

Herr Bürgermeister Kistemeyer will noch bemerken, daß es dem Magistrate ganz einerlei sein könne, welche Linie gewählt werde und derselbe sich nur auf den Standpunkt gestellt habe, den Wünschen der Straßenbahn-Gesellschaft Rücksicht zu tragen, soweit nicht öffentliche Interessen entgegenstehen, was hier nicht der Fall sei. Die Curven an der Vindestraße spielen nach den Angaben des Vorstandes keine Rolle, zumal da die Curve an der Neuenstraße einen Radius von nur 15 m habe und diese Curven hier einen Radius von 25 m erhalten würden. In anderen Städten wähle man noch viel engere Straßen für die Straßenbahn und hier auf der Carlstraße könne neben dem Straßenbahnwagen noch ein Rollwagen fahren, so daß in dieser Richtung keine Bedenken vorliegen. Außerdem gehöre seiner Meinung nach die Straßenbahn nicht auf die Heerstraße, sondern auf diejenige Straße, welche den lebhaftesten Personenverkehr habe, und das sei hier die Carlstraße. Unverständlich sei ihm die Aeußerung des Directors der Straßenbahn, daß es nur gewünscht zu werden brauchte, die Gliesmaroderstraße zu wählen, dann würde es geschehen; derselbe habe dem Magistrate erklärt, daß er einem Beschlusse der städtischen Verwaltung auf Wahl der Gliesmaroderstraße sich fügen würde und in einem am Morgen erst zur Verlesung gebrachten Gesuche habe die Direction noch zum Ausdruck gebracht, daß die Frage sich nur deshalb so zugespitzt hätte, weil die Anwohner nicht genügend berücksichtigten, daß in Zukunft statt des

bisherigen 11 Minutenbetriebes ein 6 Minutenbetrieb eingerichtet werden würde. Außerdem habe aber der Stadtbaumeister Menadier schon erklärt, daß bei der Entscheidung für die Gliesmaroderstraße bei dem dort vorhandenen schweren Lastverkehr ohne Pflasterung der Fahrbahn nicht auszukommen sein würde.

Herr Meyerhoff kann die für die Bindestraße nöthig werdende Curve nicht für eine zweckmäßige ansehen, auch wenn sie einen Radius von 25 m erhalte, weil die Gleise auf die eine Seite der Carlstraße und der Bindestraße gelegt werden müßten. Uebrigens habe er auch weder an der einen, noch an der anderen Straße ein Interesse. Der Director der Straßenbahn habe ihm auch erklärt, daß es der Gesellschaft vollständig gleich sei, welche Straße gewählt werde, und nur der Magistrat die Carlstraße wünsche. Sollte der Antrag der Statutencommission in der Versammlung eine Mehrheit finden, so würde er nochmals einen Antrag auf Wahl der Gliesmaroderstraße einbringen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer hält die Einbringung eines solchen Antrages nicht für erforderlich, da sich die sehr rührigen Anlieger der Gliesmaroderstraße schon an die Aufsichtsbehörde des Magistrates gewandt und versucht haben, den Magistratsbeschluß aufzuheben. Man könne daher vorerst abwarten, welchen Verlauf diese Sache nehme.

Herr Löschigt kann mittheilen, daß ihm der Director der Straßenbahn eine gleiche Erklärung wie Herrn Meyerhoff abgegeben habe.

Herr Blasius möchte diese Differenz dahin aufklären, daß die Straßenbahn-Gesellschaft wohl einen größeren Personenverkehr von der Carlstraße erwarte, daß sie indessen auf Wunsch der städtischen Behörden auch über die Gliesmaroderstraße bauen würde.

Der Herr Vorsitzende will noch darauf hinweisen, daß die Straßenbahn-Gesellschaft seiner Zeit erklärt habe, sie baue gern nur über die Carlstraße, sie mache aber nicht zur Bedingung, daß diese Straße gewählt werde, sondern füge sich auch einem Beschlusse, über die Gliesmaroderstraße zu bauen.

Auf die Frage des Herrn Wolff, ob die Beschlussfassung des Magistrates lediglich durch diese Stellungnahme der Direction, oder mit Rücksicht auf das öffentliche Interesse erfolgt sei, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß beide Gesichtspunkte dabei maßgebend gewesen seien. Der Magistrat habe sich auf den Standpunkt gestellt, den Wünschen der Direction zu entsprechen, soweit nicht das öffentliche Interesse entgegenstehe, und er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es mit Rücksicht auf den lebhaften Lastenverkehr der Gliesmaroderstraße wünschenswerther erscheine, die Straßenbahn auf der Carlstraße zu belassen. Wenn es nun auch möglich sei, daß sich der Ma-

gistrat könne geirrt haben, so sei doch die ganze Sache nicht so wichtig, daß sich dieserhalb zwei Corporationen so lange herumstreiten.

Herr Bues ist der Meinung, daß, wenn diese Gründe richtig seien, auch die Straßenbahn nach Wolfenbüttel nicht durch die Wolfenbüttlerstraße, sondern durch die Campe- und Salzdhulnerstraße zu legen sei. Er trete deshalb für die Gießmaroderstraße ein.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Meyerhoff und Genossen mit Mehrheit angenommen und wird dadurch die Eingabe als erledigt erklärt.

XVIII. Terrainerwerb zur Salzdhulnerstraße.

Der Bauunternehmer Rosenthal hat von dem an der Ecke von Leisewitz- und Salzdhulnerstraße gelegenen ehemals Grabbe'schen Grundstücke eine 233 qm große Theilfläche an die Stadt abgetreten und zwar die größere nördliche Hälfte zum Preise von 25 M, die südliche Restfläche aber zum Preise von 20 M für 1 qm. Dem Ersuchen des Magistrates, diesen Kauf zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, zu.

XIX. Ausbau der verlängerten Olfermannstraße zc.

Der Schlachtermeister Mauegold hat gebeten, denjenigen Straßenzug auf seine Kosten ausbauen zu lassen, welcher die Fortsetzung der Olfermannstraße in nördlicher Richtung bildet, sodann die südliche Hälfte des Kaiser-Wilhelmsplatzes im Süden und Westen begrenzt und an dem Punkte in die Kaiser-Wilhelmstraße mündet, bis zu dem letztere ausgebaut ist. Da von dem Magistrate hiergegen Bedenken nicht zu erheben sind, so hat derselbe mit dem genannten Unternehmer einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen, nach welchem dem Letzteren u. A. eine zehnjährige Unterhaltungspflicht auferlegt worden ist. Der in der fraglichen Straße zu verlegende Canal kann in angemessener Tiefe nur dann verlegt werden, wenn die erforderliche Vorfluth beschafft ist, und hat sich Mauegold verpflichtet, auch die Kosten des Vorfluthcanals mit 6850 M bis dahin angemessen zu verzinsen, daß der mit demselben zu belegende Straßenzug auch oberirdisch ausgebaut sein wird. Das Terrain dieses Straßenzuges (in nördlicher Richtung des Kaiser-Wilhelmsplatzes bis zur Heinrichstraße) haben die Eigenthümer bereits zum Einheitspreise von 8 M unter der Bedingung abgetreten, daß ihnen zwei andere, verfügbar bleibende Flächen von 260 qm zum Einheitspreise von 11 M und von 163 qm zum Einheitspreise von 8 M stadtsseitig abgetreten werden. Von dem die Straße durchschneidenden Graben tritt die Feldmarktsinteressentenschaft Hagen eine Fläche

von 94 qm zum Einheitspreise von 5 M ab. Die Versammlung wird ersucht, den mit Manegold abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen, sowie dem Ankauf der bezeichneten Straßenflächen zuzustimmen, auch das Project des auszubauenden Straßenzuges nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß nicht nur auf diese Straße, sondern auch auf ihre Fortsetzung bis zur Heinrichstraße die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden. Die Anliegerbeiträge werden sich stellen für die verl. Olfermannstraße auf 177 M, für die verl. Fasanenstraße auf 144 M und für die Straße an der Westseite des Kaiser-Wilhelmsplatzes auf 300 M für 1 m Frontlänge.

Die Baucommission hat nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff die Vorlage geprüft und giebt anheim, derselben zuzustimmen, was geschieht.

XX. Ausbau einer weiteren Strecke der Bodestraße.

In Bezug auf den Ausbau der Bodestraße zwischen Carl- und Gießmaroderstraße ist Folgendes mitzutheilen: Die Breite der Theilstrecke ist im Einklang mit dem übrigen Theile der Bodestraße auf 16 m festgesetzt worden. Während sich das Stadtbauamt für Anordnung beiderseitiger, je 2 m breiter Vorgärten erklärt hat, empfiehlt der Magistrat wegen eines im Wege stehenden Gebäudes nur auf der Ostseite der Straße einen 2 m breiten Vorgarten anzuordnen. Was den Grunderwerb betrifft, so ist eine 164,5 qm große Theilfläche bereits früher Eigenthum der Stadt geworden, außerdem wird eine 95 qm große Grabenfläche zum Einheitspreise von 5 M erworben. Für die vom Griesel'schen Grundstücke abzutretende Fläche zu 6 a 56,5 qm wird eine Vergütung von 50 M für 1 qm und Befreiung von Straßenkosten, soweit diese 700 M übersteigen, gefordert. Da diese Forderung dem Magistrate viel zu hoch erscheint, so wird beantragt, die Enteignung derselben zu beschließen. Eine weitere, 411 qm große Fläche des Meyer und Severin'schen Grundstücks wird der Stadt zu dem für das Griesel'sche Grundstück noch festzusetzenden Preise abgetreten. Wegen Erwerbs einer 15 qm großen Theilfläche des Luidde'schen Grundstücks sind die Verhandlungen noch nicht beendet. Nach dem vorliegenden Projecte soll die 8 m breite Fahrbahn chaussirt, der beiderseits in einer Breite von 4 m vorgesehene Fußweg aber in üblicher Weise befestigt und mit einem Plattenbelage versehen werden. Die Straßenkosten sind zu 30 500 M veranschlagt, wonach sich der Anliegerbeitrag auf 182 M für 1 m Frontlänge stellt. Auf diese Straßenstrecke werden die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts für anwendbar zu erklären sein. Der Magistrat ersucht, der Vorlage in der dargelegten Weise zuzustimmen.

Die Baucommission, namens welcher Herr Meyerhoff berichtet, hat auch gegen diese Vorlage nichts einzuwenden und giebt deren Genehmigung anheim, welche darauf beschloffen wird.

XXI. Auswechselung der Gas- und Wasserröhren in der Carlstraße.

Es wird empfohlen, die in der Carlstraße befindlichen 80 mm weiten Gas- und Wasserröhren, bei Gelegenheit der Ersetzung des dortigen Plattencanals durch einen Thonröhrencanal, gegen solche von 200 mm Weite auszuwechseln und die dafür erforderlichen Kosten von 6047 M zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt der Vorlage auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr F ü d e l berichtet, zu.

XXII. Verlängerung des Gasrohrs im Büldenwege.

Zur Versorgung von zwei am Büldenwege neu erbauten Häusern des Architekten Königsdorf mit Gas wird die Verlängerung des Gasrohrs im Büldenwege um 150 m erforderlich. Der Magistrat giebt anheim, diese Anlage zu genehmigen und für die Legung der Gasröhren 949 M, sowie für die Einrichtung von 3 Petroleumlaternen mit Gas 75 M zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Seele die Vorlage namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

XXIII. Feststellung der Kosten der Wehrstraße.

Die Kosten, welche durch die Anlage der Wehrstraße entstanden sind oder noch entstehen werden, betragen 8708 M 34 S., so daß sich der Kostenbeitrag der Anlieger auf 124,14 M für 1 m berechnet. Dem Antrage des Magistrates, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr R i e ß berichtet, zu.

XXIV. Feststellung von Plattenbelagskosten.

Bei Berechnung der für den Plattenbelag auf den Fußwegen der Frankfurterstraße zwischen der Luisen- und Bergfeldstraße entstandenen Kosten würde sich der Betrag der Anlieger auf 10,307 M für 1 m Frontlänge stellen. Mit Rücksicht auf das bisher gehandhabte Verfahren ersucht der Magistrat, die Feststellung des Anliegerbeitrages auf 10 M für 1 m Frontlänge zu genehmigen.

Der Antrag gelangt auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr R i e ß berichtet, zur Annahme.

XXV. Ausbau der Ringstraße zwischen Wabe- und Husarenstraße.

Der Bauunternehmer Wiethake hat ersucht, ihm die Errichtung eines Wohnhauses an der im Ortsbauplan vorgesehenen Ringstraße (Altewiekring), im Anschluß an sein daselbst an der Ecke von Husarenstraße und Altewiekring bereits erbautes Haus, zu gestatten. Der Magistrat ist der Ansicht, daß dem Gesuche entsprochen werden kann, sofern der Ausbau des Hagenringes für nächstes Jahr beschlossen werden sollte. Bis jetzt ist dieser Straßenbau wegen der dafür aufzuwendenden erheblichen Kosten zurückgestellt worden. Inzwischen sind nun aber für den Ankauf von im Zuge dieser Straße liegenden vier Grundstücken stadtseitig 150 000 M. aufgewandt, die sich nur mit etwa $1\frac{1}{2}$ % verzinsen. Es liegt deshalb im Interesse der Stadt, die Straße herzurichten. Dazu kommt nun aber, daß im laufenden Jahre die Ringstraße zwischen Carl- und Wabestraße ausgebaut ist und daher der Ausbau auch der zwischen dieser und dem bereits früher bis zur Husarenstraße fertiggestellten Altewiekring liegenden Theilstrecke des Ringes aus Verkehrsrücksichten wünschenswerth erscheint, sowie ferner, daß die theiligten Anlieger durchweg den Ausbau dringend wünschen und daß auch ein weiteres Abwarten aus finanziellen Rücksichten nicht rathsam erscheint. Noch weniger rathlich würde es sein, wollte man den betreffenden Straßenzug stückweise ausbauen, weil die erheblichen Grunderwerbskosten im Interesse der Anlieger auf die ganze Straßenstrecke vertheilt werden müssen. Der Antrag des Magistrates geht deshalb dahin, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Ausbau der betreffenden Straße für das nächste Jahr in Aussicht genommen und der Zulassung von Wohngebäuden an der projectirten Ringstraße zugestimmt werde.

Wie Herr Meyerhoff berichtet, bringt die Baucommission nach Prüfung dieser Vorlage in Vorschlag, den Betrag für Erwerb des Grund und Bodens in den nächstjährigen Etat einzustellen, dagegen den Ausbau der Straße nicht zu empfehlen, wohl aber dem Bauunternehmer Wiethake und anderen Interessenten die Bauerlaubnis zu ertheilen. Sollte sich dann im nächsten Jahre herausstellen, daß der Andrang nach Bauplätzen in der Straße ein großer sei, könnte der Ausbau immer noch beschlossen werden.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

XXVI. Einrichtung elektrischer Centralstationen.

In der Sitzung vom 21. Februar 1895 hat die Versammlung beschlossen, eine oder mehrere elektrische Centralstationen in hiesiger Stadt zu errichten. Die daraufhin eingesetzte gemischte Deputation hat nun einen Bericht erstattet, nach welchem auf entsprechende Aufforderung von sechs Firmen Entwürfe eingegangen sind, deren Ausführungskosten je nach der Leistungsfähigkeit sich zwischen 400 000 M. und

1 200 000 M bewegen, wobei Grundstück und Baulichkeiten nicht in Rechnung gezogen sind. Der Professor Peuckert hat diese Entwürfe begutachtet. Inzwischen sind behufs Beleuchtung der Straßen Versuche mit Auerlicht gemacht, welche ein so günstiges Resultat lieferten, daß seitdem eine Anzahl Straßen damit versehen sind, bezw. noch versehen werden sollen. Die Deputation ist nun der Ansicht, daß von der stadtseitigen Errichtung eines oder mehrerer elektrischer Centralstationen abzusehen sei, daß man aber bei einigen Firmen anfragen solle, ob und unter welchen Bedingungen dieselben geneigt sein würden, eine elektrische Centralstation in hiesiger Stadt auf eigene Kosten herzurichten, selbst wenn die elektrische Beleuchtung der Straßen ausgeschlossen werde. Die Deputation legt Werth darauf, daß in nicht zu ferner Zeit elektrischer Strom, namentlich für Motorenbetrieb, den Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellt werden könne. Der Magistrat schließt sich den Ausführungen der Deputation an, da auch ihm die Straßenbeleuchtung mit Auerlicht ausreichend erscheine und die Kosten derselben erheblich niedriger seien, als bei elektrischer Beleuchtung. Es lasse sich außerdem annehmen, daß verschiedene Firmen auch bei Ausschließung der Straßenbeleuchtung bereit sein würden, eine elektrische Centralstation hier zu errichten und der Stadt eine Gewinnbetheiligung zu gewähren. Demnach stellt der Magistrat das Ersuchen, zu genehmigen, daß von der Errichtung elektrischer Centralstationen seitens der Stadt Abstand genommen, aber bei einigen Firmen angefragt werde, ob und unter welchen Bedingungen dieselben geneigt sein würden, eine elektrische Centralstation in hiesiger Stadt, unter Ausschließung der Straßenbeleuchtung, auf eigene Kosten zu errichten.

Die Finanzcommission läßt der Versammlung durch Herrn F ü d e l empfehlen, dem Antrage des Magistrates zu entsprechen. Die Frage, ob die Stadt auch von einer späteren Uebernahme der elektrischen Centralstation absehen wolle, könne dann zur Entscheidung kommen, wenn der Versammlung etwa ein Angebot von Firmen vorgelegt werden würde.

Der Vorlage wird sodann zugestimmt.

XXVII. Project nebst Kostenberechnung eines Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße.

Das Project und der Kostenanschlag für die Kaiser-Wilhelmstraße zwischen Hagenring und Kaiser-Wilhelmsplatz wird von der städt. Bauverwaltung mit dem Bemerken vorgelegt, daß die Grunderwerbskosten zu 80000 M, die Baukosten zu 36700 M und der Anliegerbeitrag für 1 m Frontlänge zu 340,30 M anderweit ermittelt sind. Dem Ersuchen des Magistrates, das Project, die Kosten- und Vertheilungsberechnung, so wie sie jetzt aufgestellt sind, zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, zu.

XXVIII. Einsprache gegen den Ortsbauplan für den Madamenweg.

Gegen die beschlossene Abänderung der für den Madamenweg festgesetzten neuen Baulinien hat der Maurer Bartels Einsprache erhoben mit der Begründung, daß bei Feststellung der neuen Baulinie sein Wohnhaus ca. 25 m vom Madamenwege abgedrängt werden würde. Bartels hat sich gleichzeitig bereit erklärt, seinen Anspruch fallen zu lassen, sofern ihm eine Entschädigung von 10000 M gezahlt werden sollte. Obwohl der Magistrat die Einsprache nicht für begründet erachten kann, hat er doch noch einmal den Versuch gemacht, die sämtlichen Anlieger zu veranlassen, sich über die Aenderung der ursprünglichen geraden Baulinie zu äußern. Da es indessen nicht möglich gewesen ist, mit den Anliegern eine annehmbare Vereinbarung zu treffen, so wird die Geradelegung der Baulinie endgültig fallen zu lassen sein. Nach Lage der Umstände ersucht der Magistrat, sich mit der Verwerfung der Bartels'schen Einsprache einverstanden zu erklären.

Wie Herr Nieß berichtet, ist von der Baucommission bedauert worden, daß es auch jetzt noch nicht möglich gewesen sei, die Geradelegung der Wegestrecke, welche 48900 M kosten würde, bei den Anliegern durchzusetzen. Die Commission empfehle unter den gegebenen Verhältnissen, die dem letzten Beschlusse der Versammlung entgegenstehende Einsprache des Maurers Bartels zu verwerfen.

Herr Ebeling bedauert, daß die vom Magistrate beabsichtigte Geradelegung des sehr frequenten Madamenweges an der Eigensinnigkeit einiger weniger Anlieger scheitern müsse. Der Durchführung einer geraden Baulinie stehe kein Haus und kein Baum im Wege, und es liege eigentlich nur an zwei Anliegern, daß eine Verständigung nicht erzielt worden sei.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

XXIX. Klageerhebung.

Der Maurergesell Heinrich Knappe hat seine Ehefrau nebst Kind am 5. März 1893 hier verlassen und ist, ohne für deren Unterhalt zu sorgen, nach Bremen gezogen. Da die Frau Knappe von der Armenverwaltung verschiedentlich unterstützt worden ist, so hat Letztere Schritte gethan, den Ehemann zur Zahlung einer Unterstützung zu veranlassen. Dieser ist sodann von der Polizeidirection in Bremen verurtheilt worden, für seine Familie an Unterstützungsbeiträgen monatlich 8 M an die hiesige Armendirection zu zahlen. Knappe hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt und wird es daher nöthig, gegen ihn klagbar vorzugehen. Der Magistrat ersucht, solcher Klageerhebung zuzustimmen,

was auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden auch geschieht.

XXX. Anfragen Blasius, Lord und Wolff: Beginn der Arbeiten für die elektrische Straßenbahn.

Die Anfragen lauten:

- a. des Herrn Blasius: „Ist dem Magistrate bekannt, weshalb mit den Bauten und den Einrichtungen für den elektrischen Betrieb der Straßenbahn noch nicht begonnen ist?“
- b. des Herrn Lord: „Welche Gründe haben es veranlaßt, daß der vor mehreren Monaten von den städtischen Behörden vereinbarte Vertrag mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft — die Einführung des elektrischen Betriebs betreffend — von der Gesellschaft bis heute noch nicht vollzogen ist?“

Zur Begründung der Anfragen wird hervorgehoben, daß man Aufklärung über die Angelegenheit umsomehr erwarten müsse, als von manchen Seiten der Magistrat für die Verzögerung verantwortlich gemacht werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß man es der Straßenbahn-Gesellschaft nicht verdenken könne, wenn sie nicht eher zu bauen anfangen, bis der Vertrag vollzogen sei, und das sei noch nicht geschehen. Nach dem vorliegenden Vertrage habe die Straßenbahn-Gesellschaft die Pflicht übernommen, sich mit der Postverwaltung wegen Schutzes der Telephon- und der Telegraphendrähte ins Einvernehmen zu setzen und stehe die Gesellschaft auf dem Standpunkte, daß zunächst dieses Einvernehmen einzuholen sei, damit nicht nach Abschluß des Vertrages noch ein größerer Zeitraum von der gesetzten Frist von 1 $\frac{1}{4}$ Jahr verloren gehe. Diese Gründe der Gesellschaft habe der Magistrat anerkennen müssen und daher keine Veranlassung genommen, auf dieselbe einen Druck auszuüben. Die Verhandlungen mit der Post sollen sich noch im Gange befinden.

Auf die Frage des Herrn Wolff:

„Ist der Magistrat geneigt, sich mit der Telegraphendirection über die Erwägungen derselben ins Einvernehmen zu setzen?“

entgegnet Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß dieses zu weit gehen dürfte. Der Magistrat habe ein allzu lebhaftes Interesse an dem Zustandekommen des Straßenbahn-Unternehmens von Anfang an nicht bekundet, weil er sich gesagt habe, es werde vielleicht noch etwas Anderes kommen, um die Leitungsdrähte in der Innenstadt zu vermeiden. Jedenfalls glaube er nicht, daß der Magistrat sich in die Verhandlungen zwischen der Post und der Gesellschaft mischen werde.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 $\frac{1}{2}$ Uhr bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1896|97.

Nr. 7.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. October 1896.

Tagesordnung:

I. Antrag Lange: Erneuerung des Bohlenbelages der Ferdinandbrücke	Seite 160
II. Mittheilungen wegen der Feuerlöcheinrichtungen	" 161
III. Verlängerung des Gasrohrs in der Hildeheimerstraße	" 163
IV. Antrag der Baunfall-Commission, betr. die Verhütung von Unfällen	" 163
V. Abkommen mit dem Baumunternehmer Gnadt	" 174
VI. Hundesteuer-Erlaßgejuch	" 175
VII. Einrichtung eines Zimmers für die Sanitätswache	" 175
VIII. Uebernahme der Elfermannstraße	" 175
IX. Terrainerwerb zur Hoffstraße	" 175
X. Verlegung eines Wasserrohrs durch die Wolfenbüttelstraße	" 176
XI. Theilortsbauplan für die östliche Außenstadt	" 176
XII. Terrainerwerb zur Tierstraße	" 176
XIII. Erwerb und Verkauf von Terrain an der Bodestraße	" 177
XIV. Verwerthung der vorm. Hufarencaserne am Magnithore	" 177
XV. Bekrönung der Kaiser-Wilhelm-Brücke	" 188
XVI. Erwerb und Verkauf von Terrain an der Juliusstraße etc	" 188
XVII. Unterstützung eines Feuerwehrmanns	" 189
XVIII. Unterstützung der hiesigen Volksküche	" 189

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Ebeling und Löbbbecke; später erscheint Herr Günther.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet, welcher der Versammlung zunächst folgende Eingänge bekanntgibt:

- 1) Einladung des Kreisbranddirectors Weidlich zu einer Inspection und Uebung der Gesamtfeuerwehr für den 26. October, Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, nach dem Hagenmarke.
- 2) Eingabe des Vorstandes der hiesigen Buchbinderinnung, welche ersucht, die für die unteren Bürgerschulen zu beschaffenden Lehrmittel nicht von auswärtigen, sondern von hiesigen Gewerbetreibenden zu beziehen. Diese Eingabe erhält die Schulcommission zur Vorprüfung.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Lange: Erneuerung des Bohlenbelages der Ferdinandbrücke.

Der in der Sitzung vom 13. August d. Js. gestellte und begründete Antrag — Seite 135 des Berichts — ist der Baucommission zur Vorberathung überwiesen und berichtet Namens derselben Herr Meyerhoff: Nachdem die Brücke inzwischen einer Reparatur unterzogen sei, befinde sie sich jetzt in einem brauchbaren Zustande. Da aber ein Mitglied des Magistrates geäußert habe, man würde bald gezwungen sein, dort eine fahrbare Brücke anzulegen, so empfehle die Commission, den Magistrat zu ersuchen, in den nächsten Etat eine entsprechende Summe für einen neuen Bohlenbelag der Brücke einzustellen, sofern nicht schon in dem nächsten, oder dem darauf folgenden Jahre eine fahrbare Brücke hergestellt würde.

Herr Lange erklärt sich mit diesem Vorschlage im Hinblick auf die in Aussicht gestellte Anlegung einer neuen fahrbaren Brücke einverstanden. Im Uebrigen sei der jetzige Bohlenbelag nur nothdürftig reparirt worden und hoffe er, daß dort nicht noch ein Unglück passire, denn das Holz der Brücke sei faul, wie einige von ihm zur Besichtigung mitgebrachte Proben beweisen würden. Schon bei der Anlegung der jetzigen hölzernen Fußgängerbrücke habe man erwogen, ob nicht lieber gleich eine befahrbare Brücke angelegt werden solle, jedoch habe man der Kosten wegen davon Abstand genommen. Der von ihm damals gemachte Vorschlag, wenigstens eine eiserne Fußgängerbrücke zu wählen, sei zurückgewiesen mit der Begründung, daß man bei Anlegung einer der Vergänglichkeit mehr ausgesetzten

hölzernen Fußgängerbrücke viel eher eine Fahrbrücke erhalten werde. Er möchte den Magistrat nun dringend bitten, der Frage wegen Anlegung einer Fahrbrücke baldigst näherzutreten.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Commissionsantrage einverstanden.

II. Mittheilungen wegen der Feuerlösch-einrichtungen.

Am 3. Juni d. Js. vernichtete in Abwesenheit des Kreisbranddirectors Weidlich ein größeres Schadenfeuer einen Theil des Etablissements der hiesigen Zute- und Flachsendustrie-Gesellschaft an der Spinnerstraße. Dieses Vorkommniß veranlaßte nach dem Berichte des Herrn Lord den Stadtverordneten Halle, in der Sitzung vom 18. Juni d. Js. — Seite 89 des Berichts — den Antrag zu stellen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob bei der heutigen Größe und Ausdehnung der Stadt die jetzigen Feuerlösch-einrichtungen genügen, um größere Brände wirksam zu bekämpfen. Dieser Antrag habe seine Erledigung gefunden, indem er auf Vorschlag der Baucommission in der Sitzung vom 25. Juni d. Js. — Seite 114 des Berichts — als vorläufig erledigt betrachtet sei, nachdem der Herr Oberbürgermeister Boddeks die Erklärung abgegeben habe, daß man wegen Reorganisation zc. im Feuerlöschwesen in Verhandlung getreten sei. Inzwischen habe sich die Versammlung verschiedentlich mit feuertechnischen Fragen zu beschäftigen gehabt, indem Neuauflösungen zc. gemacht seien. Die Finanzcommission habe nun vom Magistrate die Acten über den Brand vom 3. Juni d. Js. zugestellt erhalten, welche im Wesentlichen aus drei Berichten, von dem Hof-Schornsteinfegermeister Unger, als dem stellvertretenden Commandeur der Gesamtfeuerwehr, von der Direction der Zute- und Flachsendustrie und von dem Kreisbranddirector Weidlich bestehen. Nach dem Beschlusse der Finanzcommission sollen diese Berichte der Versammlung zugänglich gemacht werden, jedoch werde die Commission weitere Erörterungen an die zur Verlesung kommenden Berichte nicht knüpfen, weil ein neues Eingehen auf diese 4 Monate zurückliegenden Dinge für zwecklos gehalten werde. Hingegen würde die Finanzcommission der Versammlung eine Resolution vorlegen, deren zweiter Theil absichtlich angefügt sei, um auf die Verhältnisse bei dem Brande vom 3. Juni d. Js. hinzuweisen.

Er wolle nunmehr die drei ausführlichen Berichte verlesen, was geschieht.

Der Bericht des Herrn Unger kommt zu dem Schlusse, daß für einen so bedeutenden Brand der Wasserzufluß nicht ausreichend gewesen sei, daß indessen die Feuerwehrmänner ihre Schuldigkeit nach besten Kräften und im vollsten Maße gethan haben, aber bei dem Brande eines solchen Etablissements menschliche Kräfte zur Bekämpfung des Feuers nicht ausreichen und die schnelligste Anschaffung einer Dampfspritze nicht genugsam empfohlen werden könne. — In dem Berichte der Direction der Zute- und Flachsendustrie wird der Ansicht Ausdruck

gegeben, daß die Anordnungen bei Bekämpfung des Feuers eine einheitliche Leitung vermissen ließen und daß nur durch das Eintreffen und das sofortige energische Eingreifen der Müninger Dampfspritze der Theil der Fabrik, welcher noch stehe, erhalten worden sei. Es werde dringend der eingehenden Ueberlegung der städtischen Behörden bedürfen, ob nicht zur Vervollkommnung der städtischen Wasserversorgung, zur Beschaffung einer weiteren Verstärkung der Löschmittel, namentlich zur Beschaffung einer Dampfspritze, und vor allen Dingen zu einer veränderten Organisation durch Vermehrung der Berufsfeuerwehr, baldigst Maßregeln zu ergreifen seien. —

Der Kreisbranddirector Weidlich giebt in seinem Berichte ebenfalls eine genaue Schilderung des Brandes und führt u. A. auch an, daß die von anderer Seite bemängelte nicht einheitliche Leitung seitens der Gesamtführerschaft bestritten werde. Der Bericht fährt dann wie folgt fort:

„Sedenfalls ist sowohl die Führerschaft wie die Mannschaft der freiwilligen Feuerwehren in der aufopferndsten und angestrengtesten Weise bemüht gewesen, den freiwillig übernommenen Pflichten gerecht zu werden.

Der unbedingt als erfolgreich zu bezeichnenden Thätigkeit der sämmtlichen Wehren dürfte in Anbetracht der ungemein schweren Aufgabe die schuldige Anerkennung nicht versagt werden können. Was eine etwaige Reorganisation des hiesigen Löschwesens anbelangt, so glaube ich behaupten zu dürfen, daß unsere Stadt soeben auf dem besten Wege ist, diese zu bewirken.

Die zur Zeit in der Ausführung begriffenen Neueinrichtungen, u. A. 1) die Einführung der Oberflurhydranten, 2) die vollkommenere Geräte-Ausrüstung der Berufsfeuerwehr, 3) die elektrischen Alarmierungseinrichtungen für etwa 40 freiwillige Feuerwehrleute, 4) die Anlage von öffentlichen Feuer- und Unfallmeldern in der Innenstadt, 5) die in Aussicht genommene Beschaffung von zwei Dampfspritzen werden, nachdem deren Durchführung, Herstellung und bezw. Beschaffung bewirkt sein werden, zweifellos gute Früchte tragen und bin ich der unmaßgeblichen Meinung, die Wirkung dieser Neu-Einrichtungen zunächst abzuwarten, bevor man jetzt mitten in der Entwicklung an eine allenfällige Reorganisation herantritt. Wie vorhin bereits erwähnt, bedürfen die Löschmittel, als auch die Steige- und Rettungsgeräte u. s. w. allmähig einer Aufbesserung bezw. Erneuerung; ein Theil der erforderlichen Verbesserungen ist bekanntlich bei den städtischen Behörden meinerseits beantragt und von denselben auch bewilligt worden. Der wohlwollende Stadt-Magistrat kann überzeugt sein, daß ich nicht verfehlen werde, die im Interesse einer durchaus sicheren und ausreichenden Feuerlöschhülfe etwa weiter erforderlichen Neuanschaffungen und bezw. Einrichtungen bei den städtischen Behörden rechtzeitig zu beantragen und gebe ich mich der Hoffnung hin, daß, wie bisher, ich williges Gehör wie wohlwollende Unterstützung stets finden werde.“

Die Finanzcommission sei nun, wie Herr Lord weiter ausführt, der Ansicht, daß die inzwischen beschlossenen und zum Theil schon erfolgten Neuanschaffungen für Feuerwehrzwecke vorläufig genügen werden, um die hiesige Feuerwehr bei etwaigen größeren Brandschäden schlagfertig zu machen. Zudem habe Herr Bürgermeister Pockels in der Commissionsitzung die Zusicherung gegeben, daß der Magistrat eventuell bereit sei, an eine Prüfung des gesammten Organisationsstatuts der Feuerwehr heranzutreten. Ehe er nun die Resolution mittheile, bleibe ihm noch übrig, namens der Finanzcommission an die außerhalb der Stadt gelegenen größeren Etablissements die Aufforderung zu richten, im eigensten Interesse auch ihrerseits Einrichtungen zu treffen, welche die sofortige Bekämpfung eines entstehenden Feuers mit Erfolg ermöglichen lassen. Es sei dabei namentlich an die Einrichtung größerer Wasserreservoirs gedacht. Die von der Finanzcommission in Vorschlag gebrachte Resolution habe folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung empfiehlt dem Stadt-Magistrate auf dem bereits eingeschlagenen Wege die Einrichtungen und Geräthschaften der hiesigen Wehren zu verbessern und zu vermehren, stetig vorwärts zu schreiten. Die Versammlung hält es aber auch für dringend erforderlich, daß in Zukunft bei einem ausbrechenden Großfeuer sofort alle zur Verfügung stehenden feuertechnischen Hülfsmittel an der Brandstelle in Dienst gestellt werden.“

Die Versammlung stimmt dieser Resolution ohne weitere Besprechung zu.

III. Verlängerung des Gasrohres in der Hildesheimerstraße.

Die Firma A. Bracke hat gebeten, die Gasleitung der Hildesheimerstraße bis an ihr dort gelegenes Grundstück zu verlängern und hat sich gleichzeitig verpflichtet, auf fünf Jahre für mindestens 100 M jährlich Gas zu entnehmen, bezw. zu bezahlen. Der Magistrat erachtet, dem Antrage zuzustimmen und zu dem Zwecke die Summe von 400 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, geschieht.

IV. Antrag der Bauunfall-Commission, betr. die Verhütung von Unfällen.

Der Versammlung war in der Sitzung vom 10. September d. Js. — Seite 138 des Berichts — von dem Maurer August Wesemeier namens der Bauunfall-Commission ein Gesetzentwurf zur Verhütung von Unfällen bei Bauarbeiten mit dem Ersuchen vorgelegt worden, dahin wirken zu wollen, daß dem Entwurfe als Ortsstatut Gesetzeskraft gegeben werde. Im Auftrage der Statutencommission berichtet hierüber Herr Wolff.

Auf die Einzelheiten des der Versammlung vorgelegten, eine große Anzahl von einzelnen Bestimmungen enthaltenden Entwurfs einzugehen, werde erübrigen, wenn die Versammlung den Standpunkt der Statutencommission einnehme, welcher in folgendem Antrage gipfeln:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die thunlichst baldige Einführung ausreichender Vorschriften für die Sicherheit und Wohlfahrt der bei Bauten beschäftigten Personen auf Grund des §. 120 e der Reichsgewerbeordnung zuständigen Orts zu befürworten“.

Die Begründung dieses Antrages finde sich in Folgendem. Der Magistrat habe anerkannt, daß auf dem in Frage stehenden Gebiete Mißstände herrschen und die bestehenden Vorschriften keineswegs dazu geeignet seien, alle Mißstände zu verhüten. Indessen sei der Magistrat der Meinung gewesen, daß unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Sachlage es sich nicht empfehle, einstweilen auf die Eingabe einzugehen, weil augenblicklich die Neubearbeitung der Bauordnung im Gange sei und bei deren Neubearbeitung Vorschriften aufgenommen werden würden, welche geeignet seien, Abhülfe in der gewünschten Weise zu schaffen. Bei Prüfung dieser Angelegenheit sei auch die Statutencommission der Meinung gewesen, daß die bestehenden Vorschriften durchaus nicht ausreichen, um nach allen Richtungen hin Unfälle zu verhüten und die Wohlfahrt der Arbeiter in jeder Beziehung zu gewährleisten. Auf der anderen Seite sei die Commission auch der Ansicht gewesen, daß die jetzige Handhabung der maßgebenden Verhältnisse keineswegs einen genügenden Schutz für den Bauunternehmer gewähre, um unrichtigen Beschuldigungen vorzubeugen oder sie zur Zurückweisung zu bringen. Es sei nun festzustellen, daß das Gesetz ausreichende Unterlagen für die Schaffung entsprechender Vorschriften gewähre. Einerseits seien die Unfallversicherungs-Genossenschaften befugt, derartige Vorschriften zu erlassen, was auch geschehen sei. Nach der Mittheilung des Herrn Rieß seien diese Genossenschaften schon dabei beschäftigt, eine Revision der bezüglichen Bestimmungen herbeizuführen und zeigten dieselben sich keineswegs abgeneigt, einer vorsichtigen Verschärfung einzelner Bestimmungen zuzustimmen. Indessen sei hervorzuheben, daß die Vorschriften, zu deren Erlaß die Genossenschaften verpflichtet seien, sich nur auf die Verhütung von Unfällen und nicht auf eigentliche Wohlfahrts Einrichtungen beziehen. Eine weitere Unterlage biete die Bauordnung. Diese enthalte Vorschriften, welche als baupolizeiliche und Sicherheitsvorschriften im Wege des Ortsstatuts erlassen werden können, während sich eigentliche Wohlfahrtsvorschriften auch hier nicht finden. Jedenfalls sei auch die Grenze zweifelhaft, bis zu welcher Maßregeln zur Sicherheit der Bauarbeiter auf Grund der Bauordnung getroffen werden können. Endlich aber biete die Gewerbeordnung eine Unterlage, für alle diejenigen Bauten, welche im Gewerbebetriebe

errichtet werden, entsprechende Vorschriften zu erlassen. Alles, was zur Sicherheit und Wohlfahrt der Arbeiter dienen solle, könne auf Grund des §. 120e der Gewerbeordnung durch den Bundesrath, oder durch die Landescentralbehörden, oder durch Polizeiverordnung bestimmt werden. Die Möglichkeit, auf diesem Wege bessere Zustände herbeizuführen, sei eine naheliegende und zwar umsomehr, als der bei Weitem überwiegende Theil der Bauten im Gewerbebetriebe erfolge. Das Einverständnis der Versammlung lasse sich wohl andererseits damit annehmen, daß, wenn der Magistrat, die theilhaftigten Arbeiter und in gewisser Beziehung die Genossenschaften der Meinung seien, daß die bestehenden Vorschriften nicht ausreichen, es sich nicht empfehle, hier auf die Einzelheiten solcher Vorschriften einzugehen. Vielmehr genüge es nicht, zu constatiren, daß in Bezug auf Unfallverhütungs- und Wohlfahrtsvorschriften noch Manches geschehen müsse. Wenn dieses aber anerkannt werde, so scheine es dringend wünschenswerth, nicht den Erlaß einer neuen Bauordnung abzuwarten, sondern in der von der Statutencommission vorgeschlagenen Richtung vorzugehen. Dazu empfehle es sich, das Material, welches die Antragsteller der Versammlung unterbreitet haben, zuständigen Orts vorzulegen und verstehe es sich von selbst, daß die Statutencommission zur Sache selbst keine Specialstellung nehme, sondern dem Magistrate überlasse, in welcher Richtung er vorgehen wolle. In diesem Sinne werde der Commissionsantrag zur Annahme empfohlen.

Herr R i e k e muß die Schaffung solcher Vorschriften für dringend nothwendig halten, da die Arbeiter bei der heutigen intensiven Bauweise des Schutzes bedürfen. Man solle indessen gleichzeitig zu verhüten suchen, daß die Vorschriften nur auf dem Papiere stehen und dann gar keinen Werth haben. Außerdem sei aber die Controle in den Händen der Polizei eine durchaus ungenügende, weil diese nichts von den Bauarbeiten verstehe und daher häufig ganz confuse Anordnungen z. B. in Bezug auf die Absperrung des Trottoirs zc. treffe. Die hier vorgekommenen zahlreichen schweren Unfälle, welche sich in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1896 auf 16 belaufen haben, von denen 2 tödtlich und 14 mit schweren Verletzungen verlaufen seien, während sich in der Zeit vom 1. Juli 1895 bis zum 30. Juni 1896 41 schwere Unfälle im Baugewerbe zugetragen haben, sprechen dafür, daß auf den Erlaß einer neuen Bauordnung nicht mehr gewartet werden könne, sondern rasch gehandelt werden müsse. Eile sei hier mindestens ebenso nöthig, wie bei der Beschaffung einer Dampfspritze, denn das Leben der Arbeiter sei ebenso werthvoll, wie das Eigenthum Anderer, welches durch die Dampfspritze beschützt werden solle. Den Arbeitern stehen die Rechte aller Menschen, daß ihnen Leben und Gesundheit geschont werden, ebenfalls zu, darum müsse man schnelle Abhülfe beanspruchen, damit die Knochen der Arbeiter besser geschont würden. Die bis jetzt gegebenen Vorschriften seien ganz gut, reichten aber nicht aus, und

auf die Unfall-Versicherungsgesellschaften könne man sich auch nicht verlassen, wenn sie auch womöglich alle 14 Tage ein neues Statut herausgeben. Daß sich ein solches Statut nicht von heute zu morgen schaffen lasse, wisse er wohl, aber man möge doch schnell die einleitenden Schritte unternehmen und wirklich sachverständige Leute zu den Berathungen zuziehen, auch müßten Fachmänner von der Arbeiterschaft selbst die Controle über die Einrichtungen führen, weil die Abhülfe-maßnahmen sonst gar keinen Werth besitzen und nur auf Halbhheiten hinauslaufen, die nichts nützen könnten. Bei dem Gerüste am Andreasthurm habe man schon beobachten können, daß die Baupolizei ihre Schuldigkeit nicht thue, denn die dringend nothwendigen Verbesserungen seien erst auf Veranlassung der Arbeiterschaft vorgenommen worden. Da es sich um eine so bedeutende Anzahl von Personen, welche hierbei in Betracht kommen, handle, so sei es Menschenpflicht, endlich einzuschreiten. Eine laufende Statistik über die vorgekommenen Unfälle werde geführt, so daß sich noch weiteres Material zur Verfügung stellen lasse.

Herr Nieß wird für die Vorschläge des Referenten stimmen und hofft, daß die Versammlung allgemein dafür eintreten werde, da es Jedem am Herzen liegen müsse, Sicherheitsvorrichtungen getroffen zu sehen, welche das Leben und die Gesundheit Derjenigen schützen, die in öffentlicher Thätigkeit für die Allgemeinheit dienstbar seien. Er könne indessen die Sache in dieser Allgemeinheit nicht durchgehen lassen und fühle sich verpflichtet, den Nimbus zu zerstoren, als wenn es der Anregung der Arbeiter bedurft hätte, um diese Sache ins Rollen zu bringen. Das sei nicht der Fall, denn lange bevor die Arbeiter daran nur gedacht hätten, seien schon andere Kreise thätig gewesen, die Sache zu befürworten. Es habe eine Zeit gegeben, in welcher von Unfallverhütungs-Vorschriften u. noch nicht die Rede gewesen sei und die Anregung hierzu sei nicht aus den Kreisen der Arbeiter, sondern der Betriebsunternehmer hervorgegangen. Schon lange, ehe Herr Nieß sich mit dieser Frage beschäftigt habe, sei man derselben in den Kreisen der Baugewerkmeister näher getreten, wie ein hier vorliegendes Actenstück aus dem Jahre 1878 beweise. Auch lange bevor der Staat in dieser Sache eingeschritten sei und Vorschriften gemacht habe, sei ganz privatim in dem Kreise der Baugewerkmeister dafür gewirkt worden, denn nachdem sich an der Hand der vorliegenden Statistiken herausgestellt habe, daß die Unfallversicherungsgesellschaften nur ungefähr 25 % der eingezogenen Prämien zur Zahlung der entstandenen Schäden verwenden könnten, während 75 % für Agenturgebühren, Bureaukosten, Directorgehälter und Dividende an die Actionaire gebraucht würden, sei in den Kreisen der Baugewerkmeister der Wunsch laut geworden, auf eigene Hand hin solche Gesellschaften zu gründen, bei welchen der volle Ertrag der eingezahlten Prämien den beschädigten Arbeitern zu Gute käme. In den Provinzen Schlesien, Posen und Pommern seien in den 70er Jahren solche Versicherungsgesellschaften begründet worden und

in Berlin sei die Begründung nur dadurch verhindert worden, daß der damalige Polizeipräsident die Versicherungsgesellschaft nicht anders genehmigen wollte, als wenn das dortige Baugewerbe 250 000 M. zur Sicherung der vorsorglich versicherten Arbeiter hinterlegen wollte, wozu sich dieses natürlich nicht habe verstehen können. Aus einem ferneren Documente gehe hervor, daß man sich habe mit der Privatversicherung so lange begnügen müssen, wie es an öffentlichen Einrichtungen gefehlt habe, daß aber schon damals seitens der Baugewerkmeister die einleitenden Schritte dazu unternommen seien. Demnach wären die Bestrebungen sehr viel älter, als nach den Aeußerungen des Vorredners angenommen werden könnte. Aus allen diesen Aeußerungen würde die Versammlung aber noch nicht entnehmen können, was für eine Bewandniß es mit dem vorliegenden Antrage der Bauunfallcommission habe. Zunächst müsse, wenn dabei von den Bauarbeitern der Stadt Braunschweig gesprochen werde, dieses etwas begrenzt werden, denn nur eine bestimmte Anzahl von hiesigen Arbeitern könne den Antrag eingebracht haben und zwar wahrscheinlich die socialdemokratisch organisirten (Rufe: Sehr richtig!), nicht aber auch die übrigen Arbeiter. Die hier vorgelegte Anregung sei seines Wissens von dem Centralvorstande in Hamburg ausgegangen, weil z. B. ein anderer Agitationsstoff nicht vorgelegen habe. (Herr Riefe: Unverschämtheit!) . . .

Der Herr Vorsitzende muß bitten, derartige Aeußerungen zu unterlassen und ruft Herrn Riefe zur Ordnung.

Herr Riefe (fortfahrend) bemerkt, daß dieselbe Vorlage auch das Reichsversicherungsamt beschäftigt habe, welches den Vorstand der deutschen Berufsgenossenschaft zusammenberufen und um Berichterstattung hierüber gebeten habe. Die Vorlage, an welcher er in Nürnberg mit thätig gewesen sei, habe man ebenfalls auf Befehl der Centralstelle in Hamburg eingebracht, weil es augenblicklich an anderem Agitationsstoff fehlte. Bei dieser Gelegenheit sei auch noch etwas Anderes erwähnt worden. Wenn man den socialdemokratischen Parteibericht nachlese, so finde man, daß aus einer größeren Anzahl von Reichstagswahlkreisen an die Centralcasse kein Geld gelangt sei, indem die Kreise die gesammelten Groschen, welche von den Arbeitern als Beiträge eingezogen werden, für sich verbrauchten und nichts an die Centralcasse abliefern. Die Centralcasse habe ein Vermögen von ca. 300 000 M., sie brauche aber sehr viel Geld, indem sie z. B. auch die Diäten für die 48 Reichstagsabgeordneten bezahle, und deshalb sei gesagt worden, daß es wünschenswerth erscheine, die Kosten für die localen Agitationskräfte auf andere Weise zu beschaffen. Herr Riefe habe gemeint, Halbheiten könnten nichts helfen, darum verlange man aber auf jener Seite Controleure aus Arbeiterkreisen, und verzichte, wenn dieses nicht durchgehe, gern auf den Erlaß weiterer Bestimmungen. Man solle also hier solche Controleure aus Arbeiterkreisen bewilligen und die Berufsgenossenschaften müßten die Kosten derselben übernehmen. Wenn

dieser Zug gelingen sollte, so würde man ein Denunciantensystem hereinbrechen sehen, wie man es sich nicht schlimmer vorstellen könnte, und zwar müßten die Kosten dieser Leute, welche unter dem Deckmantel der Controle für die Unfallverhütungsvorschriften jeden Bau auch gegen den Willen des Bauherrn betreten könnten, Diejenigen bezahlen, welche gezwungen seien, diese sogenannten Controleure auf ihren Bauten zu dulden. Wie sich diese ganze Angelegenheit abwickeln werde, wisse man genau, denn es sei bekannt, daß auf den Versammlungen, welche zu diesem Zwecke einberufen werden, die jungen Leute die größten Schreier seien. Mit Herrn Riefe lasse sich z. B. ganz gut verhandeln, aber, je weniger der Verstand gereift sei, je frecher pflegten die Anforderungen aufzutreten und zu solchen Controleuren würden muthmaßlich nicht die älteren, erfahrenen Gehülfen, sondern diejenigen aus den socialdemokratischen Kreisen gewählt werden, welche den Mund am weitesten aufzumachen verstehen. Wenn aber ein Meister controlirt werden solle, so müsse er doch wenigstens verlangen können, daß der Controleur mehr verstehe als er. Sehe man sich aber das Menschenmaterial an, welches in den Versammlungen das große Wort führe und man solle dann dulden, daß solche Leute als Controleure auftreten, so heiße das, die Welt auf den Kopf stellen, denn man solle in Bau Sachen von unerfahrenen, wenig reifen Leuten controlirt werden. Es können in jedem größeren Geschäft Unfälle passiren, trotzdem der Geschäftsführer sein Theil gelernt habe. Beispielsweise sei mitgetheilt worden, daß bei einem Gerüste an dem Nationalmuseum in München sich so bedenkliche Mängel herausgestellt haben, daß das Gerüst habe abgenommen werden müssen, und hierbei haben doch königliche Baubeamte die Oberaufsicht geführt. Welches Zutrauen sollte man nun aber wohl haben zu Leuten, welche aus den vorhin geschilderten Arbeiterkreisen als Controleure herangezogen seien. Wenn er auch nicht wisse, wie weit sich die Eingabe in ihren Forderungen erstrecke, so vermuthete er doch, daß es dieselbe sei, welche man auch an anderen Orten eingebracht habe. Bei dieser Eingabe müsse man auseinander halten, daß ein Theil der Forderungen in gesundheitlichen Einrichtungen bestehe, welche sich auf die Herstellung besserer Bedürfnisanstalten u. dgl. erstrecken, und diesen Forderungen könne man unbedingt zustimmen. Das seien aber keine Unfallverhütungsvorschriften. In den aufgestellten Forderungen, welche im Wesentlichen von einem in den sächsischen Landtag gewählten Töpfer ausgehen, werde u. A. auch verlangt, daß die Bauten bei einbrechender rauher Jahreszeit durch Fenster verschlossen werden sollen. Wenn man aber gesunde Wohnungen schaffen wolle, so verschließe man den Bau doch erst, nachdem er trocken geworden sei. Gegen eine Besserung der Wohlfahrts Einrichtungen werde Niemand etwas einzuwenden haben, da diese Sachen seiner Beobachtung nach zu wünschen übrig lassen. Die Besserung der Unfallverhütungsvorschriften befinde sich im fortwährenden Flusse, abgesehen davon, daß das Reichsversicherungsamt

dafür sorgen werde, diese Vorschriften in allen Berufsgenossenschaften mehr oder weniger gleichmäßig zu gestalten. In einer Sitzung zu Bremerhaven sei beschlossen worden, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Hannoverschen Baugewerks-Verufsgenossenschaft durchgesehen und verbessert werden sollen und vor der Beschlußfassung darüber der Hannoversche Provinzial-Verufsgenossenschafts-Vorstand Interessenten aus den Kreisen der Arbeiter hören solle, um von diesen zu erfahren, was etwa in der Richtung noch gewünscht werde. — Diese Ausführungen habe er für nöthig gehalten, um eine etwa auftauchende Legende von vornherein zu zerstören. Die Baugewerkmeister seien an die Feststellung von Unfallverhütungsvorschriften schon zu einer Zeit gegangen, als viele von denen, welche jetzt das große Wort führen, noch auf der Schulbank herumrutschten.

Herr Altmann kann nicht finden, daß eine solche Vorlage bekämpft werden müßte, weil sie vielleicht nicht ganz neu sei. Herr Rieß habe aber bei solcher Bekämpfung noch den weiteren Gedanken zu Grunde gelegt, daß die Socialdemokraten keinen Agitationsstoff mehr hätten, es ihnen auch an Geld fehle, um die Agitatoren zu bezahlen und sie deshalb die Forderung stellten, daß die Arbeiter als Controleure bezahlt würden, um auf diese Weise mehr bezahlte Agitatoren zu erhalten. Diese Aeußerung sei aber durchaus hinfällig, umsomehr, als Jeder wisse, daß die Socialdemokraten noch nie bei anderen Gesinnungsgegnossen haben betteln brauchen, um ihre Agitatoren bezahlen zu können. Das sei eine Redensart, welche andere Leute wohl gern gebrauchen, die aber bei den Arbeitern nie verfangen werde, indem dieselben ihre Agitatoren selbst bezahlen und sie dieses auch durch ihren Opfermuth stets bewiesen haben. Was läge nun wohl ferner daran, ob die Agitation für die Schaffung solcher Unfallverhütungsvorschriften von der Centralcommission in Hamburg, oder von den Bauhandwerkern der einzelnen Städte ausgehe. Mit dem Referenten halte er es auch für besser, solche Vorschriften nicht von der Stadt, sondern von den Landescentralbehörden oder dem Bundesrath herausgeben zu lassen, da sie dann durchgreifender würden. Man sehe hier bei dem Vorredner, daß der Antrag aus reiner Abneigung gegenüber der Socialdemokratie bekämpft werde. Wenn man aber dergleichen Anträge aus politischen Rücksichten bekämpfen wolle, so sei das zu bedauern. Herr Rieß habe auch gesagt, die grünen Zungen, die Schreier in den Arbeiterversammlungen würden als Controleure bestellt werden. Man solle aber doch, so lange man im Glashause sitze, nicht mit Steinen werfen, denn wenn man jeden Lebenslauf aufschlagen könnte, so würden sich auch bei solchen Leuten, welche heute groß darüber sprechen, manche Dummejungenstreiche aus der Jugend vorfinden, zumal da Herr Rieß auch selbst sage, in der Jugend würden die größten Dummheiten gemacht. Bei einer Gegenagitation müsse man recht vorsichtig sein und dürfe bei einer so wichtigen Sache nicht einfach sagen, daß nur die Socialdemokraten ein Interesse daran haben und die übrigen Arbeiter sie

nicht wollen. Letztere erhoben ihre Stimme nämlich nur deshalb nicht, weil sie nicht wagten, etwas zu sagen, was den Innungsmeistern nicht gefalle, um nicht Gefahr zu laufen, herauszufliegen. Daraus folge aber, daß die Socialdemokraten, welche im rüstigsten Mannesalter stehen, die Forderung aufstellen und wenn diese hier als dumme Jungen bezeichnet würden, so könnten sie das ruhig hinnehmen, denn Herr Rieß habe sich selbst dadurch widerlegt, daß er mitgetheilt habe, es seien selbst bei einem königlichen Bau Unregelmäßigkeiten vorgekommen, wieviel mehr könne solches also einmal bei dummen Jungen vorkommen. Von diesem Standpunkte aus könne man also die Vorlage nicht bekämpfen, sondern man müßte doch wohl anerkennen, daß, wenn die Arbeiter dafür eintreten, die Legende beseitigt werde, sie zerbrächen ihre Knochen deshalb sehr gern, weil sie nicht Lust hätten zu arbeiten und lieber die Unfallrente nähmen. Jeder Sachverständige werde aber den Ausführungen des Herrn Rieke zustimmen, daß es nicht zweckdienlich sei, den Polizeibeamten die Controle zu übertragen, weil diese unmöglich wissen können, wie ein Gerüst aussehen müsse. Die Arbeiter hätten doch auch selber ein Interesse an ihren gesunden Gliedmaßen und wären zu solchen Controleuren geeignetere Personen, als wenn man hierzu, wie bei den Fabrikinspectoren, Leute anstelle, die von der Praxis wenig Kenntnisse haben, oder wenn man so wenig Controleure anstelle, daß die Unfallverhütungsvorschriften durch sie nicht durchgeführt werden können. Er halte es also für Redensarten, wenn man solche Anträge nur bekämpfen wolle, weil man annehme, sie gingen von Agitatoren aus.

Herr Wolff möchte nochmals bitten, dem Antrage der Statutencommission zuzustimmen. Das Bedürfniß, auf dem vorliegenden Gebiete Besserung zu schaffen, sei anerkannt worden, ein städtisches Statut zu erlassen, erscheine nicht angängig, darum sei der von der Commission angestrebte Weg der einzige, auf dem sich Besserung erreichen lasse. Wenn die Landespolizeibehörde entsprechende Anregung erhielte, sei es selbstverständlich, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach allen Richtungen gehört werden, und habe dieser Gesichtspunkt die Commission veranlaßt, auf Einzelheiten nicht einzugehen, weil sonst auch ein leidenschaftliches Für und Wider aufeinander stoßen werde, was keinen Zweck habe.

Herr Rieke muß die Bekämpfung des Antrages durch Herrn Rieß gelinde ausgedrückt für eine sehr ungeschickte halten. Es werde ihm wohl jedes Mitglied der Versammlung das Zeugniß nicht verweigern, daß er stets sachlich, wenn auch manchmal derb vorgegangen sei, aber Unverschämtheiten von anderer Seite werde er niemals ruhig einstecken. Wenn Jemand bei der Bekämpfung einer Sache denunciatorisch vorgehe, so sei das gemein

Der Herr Vorsitzende will bemerken, daß er dem Redner das Wort entziehen werde, wenn derselbe derartige Ausdrücke weiter gebrauchen würde.

Herr Rieke (fortfahrend) weist darauf hin, daß man mit dem Antrage nur gerechte Zwecke und nichts weiter verfolgen wolle. Wenn daher erwähnt sei, daß diese Sache von der Centralstelle in Hamburg ausgehe, so sei ihm hiervon nichts bekannt, er wisse nur, daß ein solcher Entwurf zuerst in Frankfurt a. M. aufgetaucht sei und man sich diesen hier zu eigen gemacht habe. Darin liege durchaus nichts, denn das machten andere Leute ebenso. Die für Unfälle zur Auszahlung kommenden Entschädigungen seien heute noch zu gering, während es andererseits zu hoch sei, wenn ein Maurermeister 10 000 M für seine Reisen erhalte. Alles was Herr Rieß und dessen Kollegen geschaffen haben, bewege sich in dem Rahmen, daß die Unternehmer entschädigt würden und weiter sei nichts dabei herausgekommen. Wenn der Entwurf aber socialdemokratisch sein solle, so sei es keine Schande, für die Verbesserung der Kollegen einzutreten. Herr Rieß habe gar kein Recht, Andere mit Roth zu bewerfen, da er selber seinen Mantel stets nach dem Winde gehängt habe und der Genannte auch nicht mit dem Zeugnisse Ia. von der Baugewerkschule in Holzminden entlassen sei, also Andere ebensoviel als er verstanden haben. Redner habe diese Debatte nicht gewollt, sie möge daher auf Rechnung des Herrn Rieß geschrieben werden. Er werde, solange er lebe, stets die Interessen Derjenigen vertreten, welche am meisten gedrückt seien; was Andere in dieser Beziehung thun, sei deren Sache. Keineswegs sei aber der Sache durch diese Verhandlung ein Dienst geleistet worden. In dem vorliegenden Antrage stehe auch nichts von einem Töpfer in Dresden und empfehle es sich, mit solchen Äußerungen vorsichtiger zu sein. In der Zimmererbranche werde auch noch sehr oft gegen die Vorschriften gefehlt, indem an einem einfachen Baugerüste große Balken hochgezogen würden, ohne daß ein Richtbaum aufgestellt sei, und wenn Herr Rieß meine, daß er sich von grünen Jungen controliren lassen müsse, so scheine seine Sache nicht gut zu stehen, sonst brauchte er vor Niemand hange zu sein und müßte jede Controlle vertragen können. Jedenfalls bitte Redner, zu dieser Sache so bald als möglich Stellung zu nehmen, damit sie zum Wohle der Arbeiterschaft recht bald zum Austrage komme.

Herr Rieß möchte zunächst das Zeugniß für sich in Anspruch nehmen, daß er ganz besonders ruhig gesprochen habe. Herr Rieke müsse sich wohl außerordentlich über die Ausführungen geärgert haben, sonst würde er zu solchen Ausfällen nicht gelangt sein. Es wäre schlimm gewesen, wenn diese Sache so stillschweigend durchgegangen wäre, ohne daß die Schattenseiten des Antrages beleuchtet seien, deshalb werde ihm ein Theil der Versammlung für seine Ausführungen auch dankbar sein. Darum wiederhole er, daß Herr Rieke nicht das Recht habe, immer namens der Arbeiterschaft Braunschweigs zu sprechen, derselbe dürfte vielmehr nur sagen, namens der socialdemokratisch organisirten Arbeiter Braunschweigs, weil die übrigen Arbeiter nichts davon wissen wollen. Sodann müsse er feststellen und berufe er sich

hierbei auf den amtlichen Bericht, daß er den Ausdruck „Jungen“ und „grüne Jungen“ nicht gebraucht habe und dieser Ausdruck den Herren Asmann und Kiefe vorbehalten geblieben sei. Es habe ihm fern gelegen, solchen Ausdruck in verletzender Form zu gebrauchen, Herr Asmann habe sich also unnötig ereifert. Wenn Herr Kiefe dann ferner meine, es sei nicht gut, die politische Seite der Vorlage in die Debatte zu ziehen, so habe er nur zu dem Zwecke das Wort genommen, um zu zeigen, daß die socialdemokratische Partei nicht das Recht habe, diese Wohlfahrts-einrichtungen für sich in Anspruch zu nehmen. Man würde vielen Sachen ganz anders gegenüber stehen, wenn die Socialdemokratie nicht den Versuch machte, Alles für sich auszubeuten und in den Bann ihrer Parteitaktik zu ziehen. Um eine Verschleierung der Thatsachen zu verhüten, sei es nothwendig, dieses besonders festzustellen. Wenn dann Herr Kiefe sage, die Arbeitgeber seien nur auf ihren Geldbeutel bedacht, so sei diese Redensart ja billig. Sofern sich Jemand bemüht sei, ehrlich versucht zu haben, die Bestimmungen und den Geist der socialen Gesetze im Sinne der Programmarede Kaiser Wilhelms aus dem November 1881 zur Ausführung gebracht zu haben, so könne er ruhig über sich raisonniren lassen, wie er das auch thue. Herr Kiefe habe aber vergessen, auszusprechen, daß es nicht nur der Geldbeutel sei, welcher die Arbeitgeber treibe, in den Bestimmungen vorwärts zu gehen. Wer, so wie Redner, im öffentlichen Leben eine Geschäftsführung habe, der stehe ständig mit einem Fuß im Gefängnisse, so daß ihn nicht nur der Geldbeutel, sondern auch die bössartigen gesetzlichen Bestimmungen zwingen, sich außerordentlich vorzuziehen, wenn er nicht jeden Tag die Bekanntschaft mit dem Staatsanwalt machen wolle. Wie schon zugegeben sei, kommen Verstöße überall vor, er habe deshalb gesagt, Verstöße könnten vorkommen bei Leuten, die viel gelernt haben, wie viel mehr aber bei Leuten, die nichts gelernt haben. Er bitte die Versammlung, ihn darin zu unterstützen, daß er sich in dieser Weise ausgedrückt habe. Es liege ja in der Taktik mancher Leute, aus einer Rede einige Flicken zusammenzulegen und zu einer Rede zurecht zu machen, die natürlich niemals das richtige Bild abgebe. (Zustimmung.)

Herr Asmann ist der Meinung, daß die letztere Taktik allerdings sehr oft gegenüber den Socialdemokraten geübt werde und man sich daher nicht wundern dürfe, sofern sie einmal von Arbeitern angewandt werde. Wenn Herr Kiefe nicht von grünen Jungen gesprochen haben wolle, so stehe es doch fest, daß er es dem Sinne nach gethan habe, denn von unreifen jungen Leuten habe er jedenfalls gesprochen und der Ausdruck sei gleichbedeutend mit unreifen grünen Jungen. Wenn derselbe ferner sage, die Socialdemokraten zögen alle Wohlfahrts-einrichtungen in den Bann ihrer Parteitaktik, so erscheine es ganz selbstverständlich, daß die Vertreter dieser Partei, die zum größten Theile selbst Arbeiter seien, für die Interessen der Socialdemokraten, welche ihrerseits wieder ihre Großen opfern, eintreten, zumal da die Wohlfahrts-einrichtungen in erster Linie von Arbeitern benutzt würden.

Jedenfalls sei es ganz anerkennenswerth, wenn man für eine Verbesserung eintrete, namentlich, wenn diese im Interesse Aller liege und sie vom humanen Standpunkte aus betrieben werde. Während nun sehr oft gesagt würde, es möchten die Verhandlungen nicht zu socialdemokratischen Zwecken ausgenutzt werden, so wolle er darauf hinweisen, daß man die Debatte nur oft so führen möge, wie sie Herr Nieß angeschnitten habe, dann könne man hier ein lustiges Leben führen und aus dem Fenster hinausreden, wie es seiner Partei oft zum Vorwurf gemacht werde.

Herr Günther bedauert, die Ausführungen des Herrn Nieß nicht vollständig gehört zu haben, weil er etwas später in die Versammlung gekommen sei. Es habe indessen bei ihm den Anschein erweckt, als wenn aus Herrn Nieß der blasse Neid darüber gesprochen habe, daß die Socialdemokratie bei diesen Wohlfahrtseinrichtungen mitsprechen wolle. Die Socialdemokratie sei aber die wahre Schützerin dieser Wohlfahrtseinrichtungen (Widerspruch), denn ohne die Socialdemokratie würde man sie gar nicht geschaffen haben. Die Aeußerung des Herrn Nieße, daß vielfach der Geldbeutel die Schuld trage, wenn die Vorschriften nicht ordentlich beachtet würden, sei tausendfach als zutreffend anerkannt worden, denn sobald die Gerüste schlecht gemacht würden, habe meistens der Geldbeutel mitgesprochen. Es stehe fest, daß die socialdemokratische Partei die Wächterin dieser Einrichtungen sei. Sowohl auf die Mängel des Gerüstes an der Andreaskirche, als auch auf die Mängel an einem Gerüste des Herrn Nieß habe erst der „Volksfreund“ hingewiesen. Man solle der Partei daher dankbar sein, wenn sie darauf hinwirke, daß die Gesetze auch beobachtet werden. Wenn die Socialdemokratie und ihre Presse nicht wäre, würden diese Wohlfahrtseinrichtungen überhaupt nicht, oder nur sehr mangelhaft vorhanden sein. Seiner Meinung nach würde es auch wohl möglich sein, daß auf Grund der Gewerbeordnung von Seiten der Stadt Unfallverhütungsvorschriften geschaffen würden. Sollte dieses aber nicht angängig sein, so müßte zum Mindesten der Antrag der Commission angenommen werden. Auf Herrn Nieß werfe es aber ein eigenthümliches Licht, daß er bei einer so harmlosen, einfachen Sache der Socialdemokratie in gewisser Weise Ohrfeigen zu versetzen suche und seine Freunde veranlaßt habe, sich gegen solche Ausführungen zu wenden.

Herr Engelbrecht hat aus den Ausführungen des Herrn Nieß die Ueberzeugung gewonnen, derselbe habe wollen zum Ausdruck bringen, daß in den Kreisen der Arbeitgeber die wärmsten Gefühle für die Schaffung von Sicherheitsmaßnahmen zu Gunsten der Arbeiter herrschen. Diese Gefühle theilen aber wohl alle Mitglieder der Versammlung und werde deshalb dem Antrage der Statutencommission zugestimmt werden. Aus den hieran geknüpften Angriffen wolle er nur hervorheben, daß es doch ein großer Unterschied sei, die Mittel für eine Dampfspritze zu bewilligen, oder aber für Sachen zu stimmen, welche der gesetzlichen oder statutarischen Regelung unterliegen. Dort handle es sich nur um die einfache Bewilligung von

Gelbern, hier aber um die Schaffung von Vorschriften, welche auch müssen durchgeführt werden können. Es frage sich dabei, ob man schon jetzt mit einem Statut eingreifen könne und, da dieses nicht angängig sei, so könne man nur darauf hinwirken, daß entsprechende landesgesetzliche Vorschriften, welche die Angelegenheit direct regelten, oder die Grundlage für ein Statut bildeten, geschaffen würden. Diesen Vorgang aber mit der Beschaffung der Dampfspritze zu vergleichen, erscheine ihm unpassend, namentlich, wenn dadurch nachgewiesen werden solle, daß man auf der einen Seite schnell zugriffe, auf der anderen Seite aber lau sei.

Die Besprechung wird hierauf geschlossen.

In persönlicher Bemerkung führt sodann Herr Nieß noch aus, daß er auf die Angriffe des „Volksfreund“ nicht geantwortet habe, weil ihn dieselben persönlich angingen, jedoch möchte er hier die Auslassung des Herrn Günther richtigstellen. Bei dem Aufwinden von Holz pflege man hier den Rußbaum an das Gerüst zu binden, obwohl dieses auch noch in anderer Weise zu machen sei. Einen solchen Verstoß habe sich sein Geschäftsführer ohne sein Vorwissen einmal zu Schulden kommen lassen und sei die Unregelmäßigkeit beseitigt worden, sobald er davon erfahren habe. Nach bekannter Taktik citirte nun in Bezug auf diesen Fall der „Volksfreund“ in Gänsefüßchen einen Paragraphen der Bauunfallverhütungsvorschriften mit einem Schlußsatze, der gar nicht in den Vorschriften enthalten sei. Wie habe man wohl ein solches Verfahren zu nennen? Herr Günther irre sich, ihn bei solcher Sache fassen zu können. Uebrigens danke er Herrn Engelbrecht dafür, daß derselbe den Eingang seiner ersten Rede bestätigt habe.

Der Antrag der Statutencommission wird hierauf angenommen.

V. Abkommen mit dem Bauunternehmer Gnadt.

Durch die im April 1897 erfolgende Verlegung des 3. (Leib-) Bataillons des Braunschweigischen Infanterieregiments Nr. 92 in die hiesige Stadt wird es nöthig, noch für etwa 200 bis 220 Mann Quartiere bereit zu stellen. Da die Stadt für den Kopf und Tag 20 S. zuzuschießen hat, so würde ihr hieraus eine Ausgabe von 12000 bis 13000 M. jährlich erwachsen. Der Bauunternehmer Gnadt hat sich nun erboten, im Anschluß an diejenigen Gebäude an der Korfesstraße, in welchen mit einem städtischen Zuschusse von 2500 M. jährlich z. B. etwa 250 Mann des am 1. April 1897 zur Aufhebung gelangenden Halbbataillons Aufnahme gefunden haben, fernere Casernements zu errichten, und der Garnisonverwaltung gegen eine städtische, auf längstens 30 Jahre zu zahlende Beihilfe von 6000 M., unter Wegfall des bisherigen Zuschusses von 2500 M., zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat ersucht, auf diesen Vorschlag einzugehen und das mit dem p. Gnadt getroffene Abkommen, welches sich auch noch mit der Zahlung von Straßenbaukosten

und mit dem Nichtausbau einer unbedeutenden projectirten Straßenstrecke während der Dauer des Vertrages beschäftigt, zu genehmigen.

Herr Engelbrecht empfiehlt namens der Statutencommission die Genehmigung des Abkommens

und die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

VI. Hundesteuer-Erlassgesuch.

Das Gesuch des Fuhrgehilfen Hunze, ihm die Steuer für einen Wachhund zu erlassen, da er vermögenslos und der Hund bereits im October eingegangen sei, wird auf Empfehlung des Herrn Vorstehenden aus principiellen Rücksichten abgelehnt.

VII. Einrichtung eines Zimmers für die Sanitätswache.

In der Sitzung vom 10. September d. Jrs. — Seite 143 des Berichts — hat die Versammlung beschlossen, den Antrag des Magistrates auf Herstellung eines Zimmers im Feuerlöschgebäude zu Sanitätszwecken mit dem Ersuchen zurückzuweisen, zunächst noch ein ärztliches Gutachten darüber einzuholen, ob das in Aussicht genommene Zimmer dem gedachten Zwecke auch entspreche. Nach dem Gutachten des Chefarztes des städt. Krankenhauses, Herrn Dr. med. von Holwebe, wird der betreffende Raum seinem Zwecke nach passender Instandsetzung vollkommen genügen, und ersucht der Magistrat nunmehr, seinen früheren Antrag zu genehmigen.

was auf Empfehlung des Herrn Hauswaldt geschieht.

VIII. Uebernahme der Olfermannstraße.

Der Ziegeleibesitzer Franz Ed. Meyer hat gebeten, die auf seine Kosten ausgebaute Olfermannstraße als städtische Straße zu übernehmen. Da vom Magistrate Bedenken gegen die Uebernahme nicht zu erheben sind, so ersucht derselbe, dem Antrage stattzugeben,

was geschieht, nachdem Herr Bültemann die Annahme der Vorlage namens der Baucommission befürwortet hatte.

IX. Terrainerwerb zur Roßstraße.

Der Rentner Fulst hat von seinen an der Westseite der Roßstraße gelegenen Bauplätzen die zur Verbreiterung der Roßstraße erforderlichen Theilflächen zum Einheitspreise von 10 M abgetreten. Dem Ersuchen des Magistrates, den diehalb abgeschlossenen Kaufvertrag zu genehmigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet.

X. Verlegung eines Wasserrohrs durch die Wolfenbüttlerstraße.

Die Königliche Eisenbahn-Direction in Magdeburg beabsichtigt, zur Verbindung der beiden Wassertürme bei Eisenbüttel und auf dem Ostbahnhofe auf ihre Kosten ein Wasserrohr von 150 mm lichter Weite und 2 Atm. innerem Druck zu legen, welches den Straßenkörper der Wolfenbüttlerstraße durchschneiden muß. Der Magistrat ersucht, hierzu unter den näher angegebenen Bedingungen die Genehmigung zu ertheilen,

mit welchem Antrage sich die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, einverstanden erklärt.

XI. Theilortsbauplan für die östliche Außenstadt.

Die städtische Bauverwaltung hat beantragt, die anderweite Feststellung des Ortsbauplanes zur Schaffung eines Kirchenbauplatzes für die St. Johannis-Gemeinde an der Ecke der Capellen- und Leonhardstraße zu genehmigen und schließt sich der Magistrat diesem Antrage,

ebenso wie die Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, vollkommen an.

Herr G ü n t h e r muß es für an der Zeit halten, den Vorgarten des Grundstücks an der Ecke der Helmstedter- und Leonhardstraße im Interesse des dort sehr starken Verkehrs zu beseitigen, zumal da dieser Verkehr noch fortwährend im Wachsen begriffen sei. Er möchte sich deshalb die Frage an den Magistrat erlauben, ob diese Angelegenheit schon erwogen sei, und ob durch die Beseitigung nicht zu hohe Kosten entstehen.

Herr Bürgermeister K e t e m e h e r erwidert, daß sich der Magistrat mit dieser Frage noch nicht beschäftigt habe. Da indessen die ganzen Kosten der Stadt zur Last fallen würden, weil es sich um eine ausgebaute Straße handle, so sei er doch im Zweifel darüber, ob sich das Opfer im Hinblick auf die Vortheile der Anlage werde rechtfertigen lassen.

Die Vorlage gelangt sodann zur Annahme.

XII. Terrainerwerb zur Okerstraße.

Der Architekt Julius T ill, welcher auf dem ehemals Uhl'schen Grundstücke, Inselpromenade 1, an der Okerstraße Wohngebäude zu errichten beabsichtigt, hat diejenige Theilfläche dieses Grundstücks, welche zur Verbreiterung der Okerstraße erforderlich ist, unter der Voraussetzung an die Stadt abgetreten, daß seine Bauanträge genehmigt werden, und ist der Preis auf 30 M für 1 qm festgesetzt worden. Außerdem hat Herr T ill eine schon seit langer Zeit außerhalb der Einfriedigung liegende 30 qm große Theilfläche unentgeltlich an die Stadt abgetreten

unter der Bedingung, daß seinem Grundstücke Straßenkosten in höherem Betrage als 260 M. pro Ikd. m nicht zur Last gelegt werden. Da ein gleiches Zuständniß schon früher dem Tischlermeister Hattenhauer in Ansehung seiner dort liegenden Grundstücke gemacht ist, so ersucht der Magistrat, den mit Herrn Till abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß, nachdem Herr Meyerhoff denselben namens der Baucommission befürwortet hatte.

XIII. Erwerb und Verkauf von Terrain an der Bodestraße.

In Sachen, betreffend den Erwerb der zu dem demnächstigen Ausbau der Bodestraße erforderlichen Grundflächen haben die Reuter'schen Erben, welche eine 15,80 a große Theilfläche abzutreten haben würden, Abnahme des ganzen 39,62 a großen Planes zum Preise von 35 000 M., d. i. 8,84 M. für 1 qm, gefordert. Dieser Einheitspreis ist um 0,84 M. höher, als die städtischen Behörden s. B. bewilligt haben. Trotzdem giebt der Magistrat anheim, den Ankauf zu genehmigen und das gleichzeitig vorliegende Angebot der Firma Meyer & Severin auf Ankauf der zur Straße nicht erforderlichen Fläche zum Selbstkostenpreise anzunehmen.

Die Baucommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Rieke anheimgen und die Versammlung beschließt demgemäß

XIV. Verwerthung der vorm. Husaren-Caserne am Magnithore.

Zu denjenigen im Interesse der Wohlfahrt und Entwicklung der Stadt nothwendigen und bezw. wünschenswerthen außerordentlichen Gemeinbezwecken, behuf deren Erfüllung die Ausgabe von drei Millionen Mark Schuldverschreibungen und die Aufnahme von Baardarlehen in gleich hohem Gesammbetrage im Jahre 1895 beschlossen und seitdem in Ausführung begriffen ist, zählen: die damals zu 190 000 M. überschlagene Umgestaltung der vormaligen Husaren-Caserne am Magnithore zu einem Museumsgebäude, sowie der Neubau einer Fortbildungs- und Gewerbeschule, die nach der derzeitigen Mittheilung des Magistrats auf der hinter dieser Caserne belegenen städtischen Grundfläche mit einem Aufwande von 385 000 M. zu errichten sein würde. Die städtische Bauverwaltung hat einen auf 140 000 M. überschlagenen Vorentwurf zur Einrichtung des Museums in der ehemaligen Husaren-Caserne überreicht, während von der Anforderung eines Vorentwurfs zum Bau der Fortbildungs- und Gewerbeschule einstweilen noch abgesehen werden soll. Da mit der Ausführung des Museumsbaues nicht länger mehr gewartet werden kann, auch die örtliche Verbindung des Museums und der Schule auf dem für beide Zwecke geeigneten und genügenden Terrain zweckmäßig, das vormalige Mannschaftsgebäude aber nach dessen planmäßigem Umbau zu übersichtlicher und guter Unterbringung der Museumsammlungen, mit Ausnahme der

demnächst in ein besonderes Gebäude aufzunehmenden Gemäldegalerie, ausreichend erscheint, so legt der Magistrat folgende Anträge zur Beschlußfassung vor:

„1. Die Sammlungen des Museums, mit Ausnahme der Gemäldegalerie, gelangen in dem Gebäude der ehemaligen Husarencaferne, nachdem diese unter Aufwendung eines Betrages von etwa 140 000 M entsprechend umgebaut, mit größeren Fensteröffnungen versehen und durch einen eingeschossigen Anbau erweitert ist, zur Aufstellung.

2. Das Gebiet hinter der Caserne, zwischen dieser und der Ritterstraße, wird als Bauplatz für den Neubau einer Fortbildungs- und Gewerbeschule benutzt, der nach einem alsbald auszuarbeitenden einheitlichen Plane im bedarfsmäßigen Umfange in Angriff genommen werden soll, sobald die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

3. Der vor der ehemaligen Caserne, an der Steinthorpromenade belegene Platz wird mit Rücksicht auf ein dort später etwa aufzuführendes Gebäude für die Gemäldegalerie zc. verfügbar gehalten und einstweilen als Parkanlage behandelt.

4. Auch der am Magnithore belegene, zum vormaligen Casernement gehörende Bauplatz wird vorläufig für städtische Bauzwecke verfügbar gehalten.

5. Die endgültige Entschließung über die bauliche Umgestaltung der Caserne bleibt bis dahin vorbehalten, daß ein specieller Bauplan nebst zugehörigem Kostenanschlage vorgelegt und genehmigt sein wird“.

Die Statutencommission hat die Vorlage berathen und hat nach dem Berichte des Herrn Wolff beschlossen, der Versammlung folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

„Die Versammlung wolle den in dem Magistratsschreiben aufgestellten Grundsätzen zustimmen, mit der Abänderung jedoch, daß die in Punkt 3 und 4 des Schreibens bezeichneten Plätze bis auf Weiteres allgemein für städtische Zwecke zur Verfügung gehalten und mit Parkanlagen versehen werden. Dagegen erjucht die Versammlung den Magistrat, den Verkauf der verfügbaren Plätze am Augustplatze demnächst erneut zu versuchen“.

Die Statutencommission gehe hierbei von der Ansicht aus, daß der Umbau der Caserne zu einem Museum sich durchaus empfehle und hierzu die Zustimmung im Principe ausgesprochen werden könne, zumal da die endliche Entschließung vorbehalten bleibe bis zur Vorlage eines speciellen Bauplanes. Ferner halte die Commission dafür, daß der Platz hinter der Caserne sich außerordentlich gut eigne für den durchaus wünschenswerthen Bau einer neuen Fortbildungs- und Gewerbeschule. Dagegen sei die Commission der Ansicht, daß die unter 3 und 4 der

Magistratsvorschläge bezeichneten Plätze zwar einstweilen für städtische Zwecke verfügbar zu halten seien, daß es sich aber nicht empfehle, schon jetzt im Principe festzustellen, daß sie für städtische Bauzwecke, oder noch specieller, für die Errichtung einer Gemäldegallerie verfügbar bleiben sollen. Die Commission hege die Meinung, daß es sich hierbei um ideale Plätze für Bauten handle, deren Werth sich noch steigern und deren einstweiliges Verfügbarhalten der Stadt keinen Schaden bringen werde. Auf der anderen Seite glaube die Commission, daß sich die Festlegung der Plätze für städtische Bauzwecke jetzt nicht schon empfehle. Dagegen müsse nach der Ansicht der Commission erneut der Versuch gemacht werden, die Bauplätze am Augustplatz zu verkaufen, da dieselben nicht darnach angethan seien, auf ihren Verkauf vielleicht ganz zu verzichten.

Herr Halle kann sich nicht damit einverstanden erklären, das vor der Caserne liegende große Terrain noch weitere Jahre nutzlos liegen zu lassen. Wenn man dieses Terrain aufsparen und mit Parkanlagen versehen wolle, so sei das recht schön, koste aber der Stadt zu viel Geld, was sie zur Zeit nicht erübrigen könne. Darum sollte man suchen, das Terrain, welches mit Zinsen schon jetzt ca. 37 M für 1 qm koste, zu veräußern, sobald sich Gelegenheit dazu biete. Schon vor längerer Zeit sei ein Plan zur Verwerthung des Terrains aufgetaucht, dahingehend, die Caserne von der Promenade aus zugänglich zu machen und das vor der Caserne liegende Terrain zu veräußern. Er beantrage deshalb Ablehnung des Antrages, soweit derselbe sich auf die Nichtveräußerung des Vorderterrains beziehe.

Herr Lange schließt sich im Allgemeinen der Ansicht des Herrn Halle an. Die Nothwendigkeit, für die Schätze des städtischen Museums ein angemessenes Unterkommen zu schaffen, liege vor. Er halte deshalb den Umbau der Caserne zu einem Museum für sehr zweckmäßig, habe auch gegen die angeforderte Summe von 140000 M nichts einzuwenden, jedoch könne man nur wünschen, daß diese schon sehr hohe Summe auch eingehalten werde. Für den noch in Aussicht zu nehmenden Bau einer Gemäldegallerie halte er den Platz hinter der Caserne für ausreichend, da auf demselben recht gut die Gewerbeschule und die Gemäldegallerie stehen könne. Darum sei er entschieden dagegen, daß man den kostbaren Platz vor der Caserne zu einem derartigen Bau reservire und halte er es für nothwendig, aus diesem Platze eine hübsche Summe zur Deckung der Baukosten herauszuschlagen. Er beantrage deshalb, den Antrag 2 wie folgt zu fassen: „Das Gebiet hinter der Caserne, zwischen dieser und der Ritterstraße, wird als Bauplatz für die Fortbildungs- und Gewerbeschule und eventuell für den Bau einer Bildergallerie zc. verfügbar gehalten“; dem Antrage 3 aber folgenden Wortlaut zu geben: „Der vor der Caserne belegene Platz wird als Bauterrain verfügbar gehalten und einstweilen als Spielplatz behandelt“. Es sei nicht einzusehen, weshalb man den Platz mit hohen

Kosten erst noch in eine Parkanlage umwandeln solle, da er doch als Spielplatz ausgezeichnet sei und nichts koste.

Herr Koch möchte bitten, mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt doch etwas billiger zu arbeiten und auch an die nothwendige Verbreiterung der Brücke am Steinhore zu denken. (Widerpruch.) Sodann wolle er bitten, dem Plage in der Umgebung der Husarencaferne ein etwas würdigeres Aussehen zu geben. Die dort hinter einer alten Bretterplanke lagernden Stufen, sowie die auf der anderen Seite der Caserne aufgespeicherten Röhren bildeten im Vereine mit der schon halb verfaulten Einfriedigung und den großen Löchern im Boden durchaus keinen schönen Anblick. Bei Regenwetter wälzten sich riesige Schlammmassen nach dem Magnithore zu, welche diese Gegend vollständig überflutheten. Es sei an der Zeit, solchen Zuständen baldigst ein Ende zu machen. Im Uebrigen stehe er auf dem Boden der Magistratsvorlage.

Herr Meyerhoff will zunächst bemerken, daß betreffs der Steinhorbrücke den städtischen Behörden kein Verfügungsrecht zustehe, sondern dieselbe Sache des Staates sei. Herrn Lange könne er nicht begreifen, daß derselbe Alles versilbern wolle. Ihm würde die Vorlage noch sympathischer gewesen sein, wenn man zuerst die Gewerbeschule und dann das Museum bauen wollte. (Zustimmung.) Die Gewerbeschule sei am nöthigsten und wegen des Museums könne man sich viel eher noch behelfen. Wie Herr Lange empfehlen könne, die Gemäldegallerie hinter das demnächstige Museumsgebäude zu setzen, sei ihm unbegreiflich, da seiner Meinung nach ein solches Gebäude nicht versteckt hingestellt werden dürfe, sondern so erbaut werden müsse, daß sein Zweck schon aus seinem Aeußeren zu erkennen sei und es der Stadt auch zur Ehre gereiche. Er trete für den Commissionsvorschlag ein und sei gegen die Veräußerung der Plätze. Wenn Herr Halle sage, die Plätze müßten veräußert werden, weil die Stadt Geld nöthig habe, so sei solche Aeußerung nur zu bedauern, denn sie trage sich leicht hinaus in die Welt und schließlich wage Niemand mehr, in die arme Stadt Braunschweig zu ziehen. (Zustimmung.) Auf solche Weise werde etwas nach Deutschland hinausgetragen, was man gar nicht verantworten könne, und die Stadt komme dadurch in einen unverdient schlechten Ruf. Darum möchte er bitten, nicht immer die leidige Geldfrage hier anzuschneiden, denn damit könne man keinen Fremden herlocken. Zum Schluß bitte er, dem Antrage der Commission beizustimmen, jedoch wenn möglich zuerst die Gewerbeschule zu bauen.

Herr Wollenweber kann sich auch nicht für den Verkauf der Plätze aussprechen, da die ganze Gegend durch Privatbauten geschädigt werden könnte. Wenn Herr Lange meine, die Bausumme von 140 000 M. sei zu reichlich bemessen, so denke er darüber ganz anders und glaube, daß die Summe noch nicht ausreichen werde. Aus diesem Grunde möchte er anregen, in Erwägung zu nehmen, ob es nicht vorzuziehen sei, die alte Caserne ganz abzureißen und ein neues Gebäude

für das Museum hinzustellen, da man dann das Terrain ganz anders ausnützen könne.

Herr Nieß möchte den Einwand, daß der Platz der Stadt schon so vieles Geld gekostet habe, widerlegen und dazu bemerken, daß die Caserne zu städtischen Zwecken ausgenutzt sei und noch mehr ausgenutzt sein würde, wenn nicht die Nothwendigkeit des Umbaues vorläge. Verkaufe man dort jetzt fünf Bauplätze zu 150 000 M. und man gebrauche dort später einmal ein Grundstück, um ein Gebäude darauf zu stellen, so stehe der Stadt nicht der Anspruch auf das Enteignungsrecht zu, sondern sie müsse freihändig kaufen und bezahle vielleicht 250 000 M. (Zustimmung.) Deshalb würde es thöricht sein, die Plätze aus der Hand zu geben. Der größte Nachtheil für die Stadt sei, daß sie zu wenig Eigenbesitz habe, und deshalb müsse man beklagen, daß die Vorfahren sich nicht mehr Land zu Eigen gemacht haben. Die Stadtverwaltung würde mit wenig Vorbedacht handeln, wenn sie ihr eigenes Land aufgeben wollte, darum solle man nicht alle Augenblicke darauf bedacht sein, jedes Stück Land zu separiren. Herrn Lange begreife er nicht, daß derselbe der Stadt keinen Eigenbesitz überlassen wolle, da er selbst doch seine Fabrik nach allen Seiten arrondirt habe.

Herr Böschigt kann die hier geplanten Neubauten nicht für so nöthig halten, als den schon früher ins Auge gefaßten Um- oder Neubau des städtischen Krankenhauses, welchem endlich näher getreten werden müsse. Ehe er für einen Neubau des Museums und der Gewerbeschule stimme, müsse er erst wissen, was mit dem Vorderland geschehen solle. Jedenfalls dürfe der Eingang zum Museum, oder die ganze Gemäldegallerie nicht hinter den Leuten liegen. Wolle man auf das Vorderland später noch einen Bau setzen, habe er nichts dagegen, aber nachdem hier geäußert sei, man wolle dasselbe verkaufen, könne er sich heute über die Vorlage noch nicht schlüssig werden. Er möchte den Antrag der Commission dahin erweitert sehen, daß gesagt würde, es sollte das Vorderterrain überhaupt nicht veräußert, sondern im Besitze der Stadt belassen werden und es sollte die Stadterie ganz fortkommen und der Platz vorläufig als solcher erhalten bleiben, denn ein solcher Platz sei dort sehr gut und nöthig.

Herr Uhde muß Herrn Lange wegen seines Projectes, hinter der Husaren-caserne noch eine Gemäldegallerie zu bauen, angreifen. Wenn man dort eine vierstöckige Gewerbeschule hinstelle, bleibe absolut kein Raum für die Gemäldegallerie übrig. Damit würde der Bau einer solchen vollständig hinfällig werden. Die in dem städtischen Museum vorhandenen Sachen eignen sich sehr wenig dazu, sie mit den Gemälden wieder in einem gemeinschaftlichen Bau aufzustellen. Eine Bildergallerie sei eben ein ander Ding, als ein Museum mit seinen vielen Brunsvicensien. Das städtische Museum sei bekanntlich so vollgepfropft, daß es kaum noch Sachen aufnehmen könne, und daß die städtische Bildergallerie absolut unbekannt sei, liege

nur daran, daß die Bilder in allen möglichen städtischen Gebäuden vertheilt seien und man garnicht wisse, was man besitze, zumal da die Bilder kaum inventarisiert sein sollen. Soviel er gehört habe, besitze die Stadt mehr als 400 Bilder. Als ein großer Mangel müsse es beklagt werden, daß die Stadt keine Bildergalerie besitze, und ihr auch die Mittel fehlen, um ihre Sammlungen genügend zu vervollständigen. Bei solchem Mangel laufe man auch Gefahr, daß die Mitbürger den städtischen Sammlungen nichts stiften. Er erinnere nur an die v. Reinicke'sche Erbschaft, deren Bilder wegen Mangel an geeigneten Räumen in das Herzogliche Museum gebracht seien und nun auf dem Wege der Klage reclamirt werden müßten. Wenn nun auch der Bau einer Gewerbeschule wohl am nothwendigsten sein würde, so weisen doch die eben geschilderten Verhältnisse darauf hin, daß die Stadt auch so rasch wie möglich eine Bildergalerie haben müsse. Da indessen zur Zeit nicht mehr als 140 000 M für solche Zwecke flüssig zu machen seien, so bitte er, diese für das städtische Museum zu bewilligen und später zum Bau der Gewerbeschule und der Bildergalerie überzugeben. Wenn von der Commission gewünscht werde, den Namen „Bildergalerie“ vorläufig zu streichen und den Platz nur für irgend welche städtische Bauten zu behalten, so habe man damit nur andeuten wollen, daß die Zeit, in welcher man der Erbauung der Bildergalerie nähertreten wolle, noch so entfernt sei, um den Namen noch nicht nennen zu brauchen. Er empfehle deshalb die Annahme des Commissionsvorschlages.

Herr Hauswaldt will zunächst erklären, daß er der Aufforderung des Herrn Meyerhoff, hier die finanzielle Lage der Stadt nicht zu berühren, nicht folgen könne. Gerade hier in der Versammlung sei der Ort, wo man sich klar machen müsse, wie die finanziellen Verhältnisse liegen und theile er auch nicht die Ansicht, daß die hier gesprochenen Worte nach Deutschland hinausgeschallen und Jemanden abhalten können, nach hier zu ziehen. Es werde wohl kein Mensch bestreiten, daß die finanzielle Lage der Stadtgemeinde augenblicklich eine schwierige sei und deshalb müsse man durch diese schwierigen Zeiten wie ein guter Hausvater gehen. Wenn er die vorliegenden Anträge mit dem Herzen prüfe, so müsse er sagen, daß nichts schöner wäre, als die hier geplanten Einrichtungen, betrachte man aber die Sache vom finanziellen Standpunkte aus, so komme man entschieden zu einer Ablehnung der Vorlage, wenn man nicht die Steuern erhöhen wolle. Deshalb stimme er gegen die sämmtlichen fünf Punkte, obgleich er anerkennen müsse, daß der Museumsbau sehr wünschenswerth und fast nothwendig sei, um das Archiv an seiner jetzigen Stelle ausbreiten zu können. Sobald ihm indessen nachgewiesen werde, daß die erforderliche Summe aus den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke zur Verfügung gestellt werden können, würde er mit der Vorlage einverstanden sein. Die Kosten für die Gewerbeschule könnten möglicherweise auch aus Anleihen gedeckt werden, jedoch für den Museumsbau würde er nur Geld aus den bezeichneten

Ueberschüssen bewilligen. Hinsichtlich der Verwendung des Terrains vor der Fusarencajerne stimme er der Ansicht bei, daß eine Veräußerung desselben nicht im Interesse der Stadt liege und es sich mehr empfehle, den ganzen Platz zu behalten und nach Fortnahme des alten Stadets etwas in Stand zu setzen.

An dieser Seite der Stadt vermissen er indessen ein Volkssbad, und glaube er, daß dasselbe auf der Magnithorseite des Platzes recht gut untergebracht werden könne. Nachdem der Westen und Norden der Stadt ein Volkssbad erhalten habe, müsse auch der Osten ein solches beanspruchen. Was die Bauplätze am Siegesplatze anlange, so wolle er nochmals seine Ansicht dahin aussprechen, daß die Stadt nicht reich genug sei, um mit solchen Grundstücken speculiren zu können; er halte es deshalb für eine absolut nothwendige Forderung, dieses Grundstück unter allen Umständen zu Geld zu machen, um die hiesigen Steuerzahler nicht unnützer Weise zu beschweren. Sein Antrag gehe also dahin, den Museumsbau auszuführen, wenn die dazu erforderliche Summe dem Conto: „Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke“ entnommen werden könne.

Herr Züdel möchte die Annahme des Commissionsantrages empfehlen, und sich dafür aussprechen, daß auf dem Platze nicht eine Parkanlage geschaffen, sondern derselbe ohne erhebliche Kosten zu einem dort sehr nothwendigen Spielplatze umgewandelt werde.

Herr Lange will richtig stellen, daß er nicht gesagt habe, den Platz vor der Caserne jetzt verkaufen zu wollen, sondern ihn nur zum Verkaufe zu reserviren, als ein ausgezeichnetes Bauterrain, welches sich später vorzüglich werde verwerthen lassen. Einen neuen Park dort anzulegen erscheine gerade an der Stelle vollständig überflüssig, da dort durch den Monumentsplatz u. schon Anlagen genug vorhanden seien und er es für eine Verschwendung halten würde, wenn man auf der Stelle noch Parkanlagen schaffen wollte. Er sei vorhin vollständig mißverstanden worden, indem er nur eine anderweite Formulirung des Commissionsantrages gewünscht habe, dahingehend, daß das Terrain vor der Caserne nicht etwa für die Errichtung einer Gemäldegallerie, sondern vorläufig reservirt bleibe und später eventuell verkauft werden könne. Damit bleibe aber den städtischen Behörden überlassen, die zum Verkaufe geeignete Zeit zu bestimmen. Zu der Bemerkung des Herrn Meyers hoff, daß man die Anzugsfähigkeit einer Stadt herabsetze, wenn man darauf hinarbeite, aus ihrem Terrain Capital herauszuschlagen, wisse er nichts zu sagen, da er nicht verstehe, wie sich sollte Jemand davon abhalten lassen, hierher zu ziehen, wenn die Stadtverwaltung wirtschaftlich zu verfahren gedente. Die Bildergallerie hinter das jetzige Casernengebäude zu setzen, habe durchaus keine Bedenken, die Fremden würden sie auch dort schon auffinden, wenn sie nur sehenswerthe Bilder berge, und man brauche an der Stelle nicht einen Monumentalbau zu nehmen, könne also viel Geld sparen. Werde das Gebäude vorn auf den Präsentirteller

gesetzt, so könnte man sich auf eine schöne Kostenberechnung der städtischen Bauverwaltung gefaßt machen. Im Uebrigen ziehe er seinen Antrag gern zurück, wenn die Versammlung meine, die Sache lasse sich auch so durchführen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Blasius erklärt sich in erster Linie für die Magistratsanträge, welche eine geschlossene Marschroute bilden, und erst in zweiter Linie für den Commissionsantrag mit der von Herrn Lange gewünschten Aenderung auf Verwendung des Platzes als Spielplatz.

Herr Wolff würde es auch für besser halten, das Terrain vor der Caserne als Spielplatz zu verwenden. Im Uebrigen werde von einigen Herren geradezu gegen Windmühlen gefochten, denn was von denselben gewünscht werde, stehe schon in dem Commissionsantrage. Die Commission empfehle besonders, daß der Platz bis auf Weiteres für städtische Zwecke zur Verfügung gehalten, also nicht verkauft werde; es können demnach alle Mitglieder der Versammlung, welche gegen den Verkauf seien, dem Commissionsantrage zustimmen. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Aeußerungen über die finanzielle Lage der Stadt wolle er noch besonders hervorheben, daß die Stadt seiner entschiedenen Ueberzeugung nach auch bei kräftigster Berücksichtigung des finanziellen Standpunktes nicht werde umhin können, ein würdiges Heim für die Schätze ihres Museums zu schaffen. Er bitte also, dem Commissionsantrage zuzustimmen, mit der Modification, daß der Platz vor der Caserne in einen Spielplatz umgewandelt werde.

Herr Meyerhoff will noch besonders hervorheben, daß er nicht gebeten habe, die finanzielle Frage hier nicht zu erörtern, sondern daß ihm nur darum zu thun sei, nicht immer hören zu müssen, die Stadt besäße nichts und man müßte daher sehr sparsam sein. (Widerspruch.) Der Ansicht des Herrn Lange, die Gemäldegallerie hinter das Casernengebäude zu stellen, vermöge er niemals zuzustimmen, da dieses der Stadt nicht zur Ehre gereichen könnte.

Herr Günther steht auf dem Standpunkte der Magistratsvorlage und wünscht außerdem die Einrichtung eines Spielplatzes. Sodann möchte er dafür eintreten, daß der Bau der Gewerbeschule als das Nothwendigste angesehen werde, da es doch nicht darauf ankomme, ob das Museum einige Jahre früher oder später errichtet werde. Am liebsten würde er sehen, wenn die Gewerbeschule vor die Caserne und nicht hinten zwischen die Wohnhäuser zu stehen käme, da aber eine Schule dort nicht stehen könne, füge er sich dem Magistratsantrage. Bezüglich der Bildergallerie stehe er auf dem Standpunkte des Herrn Meyerhoff, daß ein solches Gebäude auch äußerlich einen entsprechenden Anstrich haben müsse. Herr Lange habe bei seiner Aeußerung wohl eine Waschanstalt im Auge gehabt, welche allerdings dort hinten hingehören würde. Außerdem sei er entschieden gegen den Antrag auf Veräußerung der Plätze vor der Caserne, denn so schlimm

stehe es mit der Stadt Braunschweig doch nicht, daß sie die Plätze verkaufen müsse. Schulden habe schließlich jede Stadt und die Nachbarstädte haben noch viel mehr Schulden als Braunschweig. (Zustimmung.)

Herr Wagner ist auch der Meinung, daß das Terrain vor der Caserne vorläufig zurückbehalten werden müsse. Man habe an der Stelle drei Gebäude in Aussicht genommen, nämlich die Gewerbeschule, das Museum und schließlich sei der Wunsch auf Errichtung eines Volksbades geäußert worden. Diese drei Sachen möchte er dort vereinigt sehen, und gebe zur Ausführung des Planes Folgendes zur Erwägung anheim. Vielleicht gelinge es, aus der jetzigen Husaren-caserne durch Umbau die Gewerbeschule zu schaffen; hinter diesem Gebäude an der Ritterstraße könne dann die Badeanstalt errichtet und vorn auf dem Plage vor der neuen Gewerbeschule ein monumentaler Bau aufgeführt werden, in welchem sowohl die Sammlungen des städtischen Museums, als auch die Bildergallerie untergebracht werden könnten. Hierdurch schaffe man eine neue Verschönerung der Stadt, welche für diese von großem Werthe sei.

Herr Rieke ist der Meinung, daß bei Voranstellung der Zweckmäßigkeit zuerst das Museum, aber bei Voranstellung der Nothwendigkeit zuerst die Gewerbeschule erbaut werden müßte. Im Uebrigen sei er auch nicht dafür, jeden Flecken Landes stadtseitig zu verkaufen und nachher für theures Geld Bauterrain wieder zu kaufen. An den Magistrat möchte er die Anfrage richten, ob man nicht erwogen habe, entweder das Museum, oder das Archiv in der oberen Etage des neuen Stadthauses unterzubringen. Diese Etage sei vollständig in Eisen construirt, demnach also ganz feuersicher und habe schöne große Räume. Es lasse sich hier also das Nützliche mit dem Nothwendigen verbinden und könnten dann auch durch den Verkauf des Neustadt-Rathhauses die Mittel für die geplanten Bauten gewonnen werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn es sich lediglich handelte, auf der einen Seite um den Nothstand des Museums und auf der anderen Seite um den Nothstand der Gewerbeschule, so würde sich allerdings darüber streiten lassen, welchem der beiden Institute der Vorrang in Bezug auf den Neubau gebühre; neben dem Museumsbau komme aber wesentlich in Betracht der ganz traurige Nothstand des städtischen Archivs und der mit ihm verbundenen Bibliothek. Beide Institute sollen nach der anderweitigen Unterbringung des Museums so geordnet werden, daß man von demselben überhaupt Nutzen haben könne, den man augenblicklich aus finanziellen Gründen leider entbehren müsse. Dabei betone er aber, daß keineswegs die Erbauung eines Heims für die Gewerbeschule ad calendas graecas, oder nach neuerdings beliebter Wendung, auf den Magistratsweg verschoben werden solle. Der Vorstand der Gewerbeschule sei schon aufgefordert worden, ein bereits früher

aufgestelltes Programm zu revidiren, damit dieses als Unterlage für eine Vorlage dienen könne. Abgesehen von dem magistratsseitig in Vorschlag gebrachten Umbau der Caserne zu einem Museum solle der heutige Beschluß für den Magistrat Bedeutung nur insofern haben, als Letzterer dadurch erfahren wolle, ob die Versammlung wünsche, daß zur Veräußerung des vor der Caserne liegenden Terrains schon jetzt geschritten werden, oder aber der Magistrat in diesem Punkte noch freie Hand behalten solle. Die Verhältnisse, wie sie nach Jahrzehnten liegen werden, lassen sich z. B. noch nicht übersehen und deshalb könne man nicht wissen, ob das Terrain nicht in solche Nothlage gerathen und könne es zu städtischen Zwecken, also vielleicht zum Neubau einer Gemäldegallerie verwenden. Besonders hervorheben möchte er aber, daß der Umbau der Caserne seitens der städtischen Bauverwaltung in Vorschlag gebracht sei, nicht etwa vom einseitigen architectonischen Standpunkte aus, sondern unter Mitwirkung der betheiligten Organe. Insbesondere seien die Vorstände des Museums und der Gewerbeschule hierbei zugezogen und haben Beide erklärt, daß ihnen die örtliche Zusammenlegung der beiden Institute, sowie der für dieselben außersehene Platz zweckmäßig erscheine und ihrer Meinung nach die projectirte innere Einrichtung dem Bedürfnisse für jetzt und die Folgezeit genügen würde. Unter diesen Umständen möchte er bitten, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen und unterscheide sich dieser von dem Commissionsantrage im Wesentlichen nur dadurch, daß Letzterer nach der heute beantragten Modification den Platz vor der Caserne nicht in eine Parkanlage, sondern in einen Spielplatz umgewandelt wissen wolle. Es erscheine zweckmäßig, diese Frage noch offen zu lassen, da die Versammlung doch noch eine besondere Vorlage über die Umgestaltung der Husaren-caserne zu einem Museum erhalte, der heute zu fassende Beschluß demnach nur ein principieller sei. Diese Frage lasse sich also noch in Erwägung ziehen, wenn ihm auch gar nicht in den Sinn wolle, dort einen Spielplatz einzurichten, da er vorläufig nicht absehe, wie sich das machen lasse.

Herr Nieß hat das vorliegende Project so aufgefaßt, daß das städtische Museum im Wesentlichen eine Vorbilderammlung für die Gewerbeschule werde und deshalb auch der Neubau der Gewerbeschule dringend geboten erscheine. Die örtliche Zusammenlegung des Museums mit der Gewerbeschule halte er im Interesse der letzteren Anstalt für einen sehr glücklichen Gedanken. Für eine solche Schule sei aber noch mehr als für eine andere Anstalt eine recht stille Lage erforderlich, man könne deshalb keinen besseren Griff thun, als in die Caserne das städtische Museum mit der Vorbilderammlung und hinter dieselbe die Gewerbeschule zu legen. Was nun die Anlegung einer Badeanstalt auf jenem Terrain anlange, so möchte er Herrn Hauswaldt gern zustimmen, daß in der Gegend eine solche Anstalt

in Aussicht zu nehmen sei, daß hierzu aber gerade ein Theil dieses Grundstücks genommen werden müsse, bezweifle er. Auf der Ritterstraße und deren Umgebung lassen sich so billige Grundstücke für diesen Zweck erwerben, daß dieses Terrain dabei gar nicht in Frage zu kommen brauche. Was die Hineinziehung der Finanzfrage in die Debatte anlange, so habe Herr Hauswaldt recht, daß die Finanzfrage bei jeder größeren Ausgabe geprüft werden müsse, derselbe habe aber nicht recht, wenn er behaupte, daß dieses stets die Hauptfrage sei. Wer niemals mehr thue, als was der Augenblick verlange, der habe niemals genug gethan und sei seines Dankes von vornherein quitt. Bei fortwährender Hervorkehrung der Finanzfrage würde mit Recht der Vorwurf erhoben werden können, daß man zu wenig für die Zukunft gesorgt habe und nicht klug genug gewesen sei, um gut über die nächste Zeit hinwegzukommen. Die Finanzfrage dürfe niemals so discutirt werden, daß sie nach Außen hin schädige und die Stadt zu einer großen Armenanstalt mache. Wenn er auch gern glaube, daß die Mittel zum Bau einer Gewerbeschule nicht flüssig in den Cassen liegen, so wolle er doch darauf hinweisen, daß man sich in Preußen anschide, noch mehr Gewerbeschulen herzurichten, weil dort alljährlich 3000 Schüler wegen Mangel an Platz abgewiesen werden müßten. Diesem Umstand verdanken Holzminden, Nienburg a. d. S. u. f. w. ihre großen Schülerbestände, aber selbst hier ließen sich nicht alle Anmeldungen berücksichtigen. Darum hätte man diesen Umstand schon lange benutzen und hier eine Gewerbeschule errichten sollen; man bessere durch den Zuzug einer erheblichen Zahl von Schülern das Erwerbsleben nur auf. Ebenso stehe es mit dem Museumsbau. Wenn man das städtische Museum mit seinen überpacten Schränken ansehe, so könne man von Niemandem erwarten, daß er seine Sachen diesem Babel anvertraue. Sofern Jemand wisse, seine kostbaren Bilder werden nach seinem Tode auf den Boden gestellt, so verkaufe er sie doch lieber und hinterlasse seinen Erben das baare Geld, als daß er sie den städtischen Sammlungen vermache. Ehe man also nicht zum Neubau einer Gemäldegallerie schreite, habe man auf solche Nachlässe wenig zu rechnen und erkenne außerdem auch den Werth solcher Institute.

Die Besprechung wird sodann geschlossen.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die sämtlichen fünf Anträge des Magistrates nach den Vorschlägen der Statutencommission, unter Streichung der Worte unter 3 „mit Parkanlagen versehen“ angenommen, nachdem der Antrag Hauswaldt (zu 1) abgelehnt war. Auch gelangt die Resolution der Statutencommission wegen des Verkaufs der Baupläze am Siegesplaze mit 18 : 15 Stimmen zur Annahme. Wie der Herr Vorsitzende hierzu erörtert, ist den städtischen Behörden nach Streichung des die Anlegung von Parkanlagen betreffenden Satzes freie Hand gelassen wegen der vorläufigen Verwendung des Platzes vor der Hufarencaferne. Jedenfalls erscheine es wegen der bevorstehenden Bauten nicht thun-

lich, den Platz schon jetzt als Spielplatz einzurichten. Ueber den Antrag des Magistrates, diesen Platz zur Errichtung einer Gemäldegallerie zu verwenden, sei die Beschlußfassung offen gehalten, so daß man darüber ganz freie Hand habe.

XV. Bekrönung der Kaiser-Wilhelm-Brücke.

Nachdem die städtischen Behörden den Beschluß gefaßt hatten, die Summe von 30000 M aufzuwenden, um die Kaiser-Wilhelm-Brücke mit einer künstlerischen Bekrönung zu versehen, ist zur Erlangung von Entwürfen durch den Magistrat ein Preisausschreiben erlassen, das die Einreichung von acht Entwürfen zur Folge gehabt hat. Nach der Ansicht des Preisgerichts und nach dem Gutachten der städt. Bauverwaltung lassen sich einzelne der durch die Entwürfe zur Anschauung gebrachten künstlerischen Ideen zur Ausführung einer angemessenen Ausschmückung der Brücke sehr wohl verwerthen, doch ist zur unmittelbaren Ausführung keiner der Entwürfe geeignet. Der Magistrat ist im Zweifel darüber, wie unter diesen Umständen in der Sache weiter zu verfahren sein möchte und ersucht deshalb, sich damit einverstanden zu erklären, daß einer aus fünf Stadtverordneten und zwei Vertretern des Magistrates zusammengesetzten gemischten Deputation die Aufgabe zugewiesen werde, die zur Verfügung stehenden Modelle einer Prüfung zu unterziehen und den städtischen Behörden Vorschläge über das weiter einzuschlagende Verfahren zu unterbreiten. Im Falle des Einverständnisses mit diesem Vorschlage wird weiter ersucht, die erforderliche Wahl der fünf Stadtverordneten vorzunehmen.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, faßt die Statutencommission die Aufgabe der Deputation dahin auf, daß diese in Bezug auf die Art der Ausschmückung vollständig freie Hand behalte und sie demnach auch in der Lage sei, eine ganz andere Ausschmückung zu empfehlen. Da die Commission es nicht für rathsam erachten könne, von den bisherigen Mitgliedern der Deputation Jemand wiederzuwählen, so schlage sie zu Mitgliedern der neuen Deputation die Herren Blasius, Engelbrecht, Rieß, Wagner und Wolff vor.

Nach kurzer Besprechung dieser Vorschläge werden die genannten fünf Herren zu Mitgliedern der Deputation gewählt.

XVI. Erwerb und Verkauf von Terrain an der Juliusstraße 2c.

Die Bauunternehmer Meiners & Gentel haben die an die Kalandstraße angrenzende Theilfläche des Grundstücks des sogen. Felsentellers an der Juliusstraße erworben, um daselbst Wohnhäuser zu errichten, und haben um Ueberlassung einer dort verfügbar gebliebenen städtischen Fläche von 34 qm gebeten. Der Magistrat hat diesem Ersuchen stattgegeben und gleichzeitig von den Unternehmern zur Verbreiterung der Juliusstraße zwei zusammen 81 qm große Flächen erworben. Der

Preis für die auszutauschenden drei Flächen ist auf 15 M für 1 qm vereinbart worden. Dem Ersuchen des Magistrats, diese Vereinbarung zu genehmigen, stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, zu.

XVII. Unterstützung eines Feuerwehrmannes.

Der bei dem Brande der Futespinnerei durch Quetschung des rechten Daumens verletzte Maler Bruns ist noch nicht wieder erwerbsfähig geworden. Der Magistrat beantragt daher, demselben außer der schon bewilligten Unterstützung von 180 M noch weitere 200 M für entgangenen Arbeitsverdienst zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird dem Antrage stattgegeben.

XVIII. Unterstützung der hiesigen Volksküche.

Der Vorstand der Volksküche ist bei dem Magistrate wegen Ermäßigung des Mietpreises für das Haus Hintern Brüdern Nr. 32 vorstellig geworden und begründet dieses Gesuch damit, daß er mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, um die wohlgemeinte und segensreiche Einrichtung der Stadt zu erhalten. In Folge des immer mehr zurückgehenden Besuches der Volksküche erscheinen die allgemeinen Unkosten immer höher und drückender, ohne daß ihre Ermäßigung im Bereiche der Möglichkeit liege. Wesentlich erhöht seien die Schwierigkeiten noch durch den Umstand, daß es seit 1½ Jahren nicht gelungen sei, die für den Betrieb der Volksküche nicht erforderlichen oberen Räume des Hauses nutzbringend zu verwenden. Aus allen diesen Gründen bittet der Vorstand, die Miethe um 400 M jährlich zu ermäßigen. Der Magistrat muß die für die Ermäßigung angeführten Gründe für stichhaltig anerkennen und ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Miethe für das betr. Grundstück vom 1. April 1896 ab von 900 M auf jährlich 500 M mit dem Beding herabgesetzt werde, daß die im oberen Stockwerke des Hauses befindlichen Räume fortan zur Verfügung der städtischen Behörden zu stellen seien.

Der Vorlage wird auf Befürwortung der Statutencommission, für die Herr Halle berichtet, zugestimmt.

Nachdem sich die Versammlung damit einverstanden erklärt hatte, daß die noch vorliegenden Anträge und Anfragen aus der Versammlung einstweilen zurückgestellt werden sollen,

wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

1896|97.N^o 8.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. November 1896.

Tagesordnung:

I. Befestigung der Schulhöfe	Seite 192
II. Beihilfe für das Männerajyl	" 193
III. Antrag der hiesigen Buchbinderinnung	" 195
IV. Ausbau eines weiteren Theiles der Juliusstraße	" 196
V. Terrainerwerb zur Elmstraße	" 196
VI. Kosten der Ringstraße zwischen Kniaren- und Wabestraße	" 197
VII. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Carl- und Gliesmaroderstraße	" 198
VIII. Versorgung der Stadt mit Quellwasser	" 198
IX. Antrag Bues und Gen.: Maßregelungen hiesiger Einwohner	" 217
X. Antrag Löffigk.: Umsehung einer Anschlagfäule	" 219
XI. Antrag Wollenweber.: Instandsetzung des Regidentenkirchhofes	" 219
XII. Antrag Günther und Gen.: Instandsetzung des Hasenwinkels	" 219
XIII. Anfrage Nieß.: Transport Verstorbener aus dem Krankenhaus	" 220
XIV. Anfrage Ahmann.: Entlassung eines Arbeiters	" 220
XV. Anfrage Kolte.: Säulenvorbau im Bürgerparke	" 222

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Bauermeister und Engelbrecht; später erscheint Herr Wolff.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt der Versammlung zunächst den Eingang folgender Sachen mit:

- 1) Eingabe des Maurermeisters Wiethake um Beschleunigung der Arbeiten zu dem Straßendurchbruch des Hagenringes an der Husarenstraße;
- 2) Eingabe des Kupferschmiedemeisters Görz wegen der Stundung von Straßenbaukosten.

Die beiden Gesuche werden der Bau- bezw. Statutencommission zur Vorberathung überwiesen, und tritt die Versammlung darauf in die Berathung der Tagesordnung ein.

I. Befestigung der Schulhöfe.

Auf Anfordern des Magistrates hat sich die städt. Bauverwaltung in einem eingehenden Berichte über die in der Stadtverordneten-Versammlung — Seite 139 des Berichts — zur Sprache gekommene Befestigung der Schulhöfe gutachtlich geäußert und ist dabei zu folgendem Ergebniß gekommen. Was zunächst das für den Schulhof der Bürgerschule an der Heinrichstraße zur Anwendung zu bringende System der Befestigung anlangt, so sei nicht zu empfehlen, von dem seither für diesen Zweck hier und außerhalb angewandten System der Chauffirung mit Grandbede abzugehen. Die bei diesem System zu Tage getretenen Mängel würden sich verhüten lassen, wenn in Zukunft das Befahren der Schulhöfe mit schwerem Fuhrwerke verboten und außerdem auf die Ausführung der Chauffirung möglichst große Sorgfalt verwendet würde, wozu verschiedene Vorschläge gemacht werden. Eine Verwendung von Pochkies zur Begründung der Schulhöfe empfehle sich nicht, weil dieses Material eine zu lose Beschaffenheit zeige und mit demselben eine feste Oberfläche nicht hergestellt werden könne. Gegen die Verwendung von Cementplatten an Stelle der gepflasterten Wege sei nichts zu erinnern, ebenso empfehle es sich, das Befahren der Schulhöfe mit schwerem Fuhrwerke zu verbieten. Bei guter Ausführung der Chauffirung würde es auch kaum erforderlich sein, unbedingt nothwendige Instandsetzungsarbeiten an den Schulhöfen längere Zeit hinauszuschieben, da hierdurch unter Umständen unangenehme Mißstände entstehen könnten. Was nun speciell die Herrichtung des Schulhofes an der Heinrichstraße betrifft, so wird weiter empfohlen, einen kleinen Theil des Hofes nicht zu chauffiren, sondern mit einer starken Kieselchüttung zu versehen, weil dieser Theil des Platzes sich zu turnerischen Uebungen eigne, welche zu passender Zeit am besten im Freien

vorgenommen würden. Außerdem wird anheimgegeben, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Gassen anders als zuerst vorgeschlagen, angelegt werden.

Die Vorlage wird namens der Baucommission durch Herrn Meyerhoff zur Kenntniß der Versammlung gebracht und hierbei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß auf dem Schulhofe an der Heinrichstraße noch zwei Fallschächte zum besseren Abziehen des Regenwassers angebracht werden möchten.

Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntniß.

II. Beihülfe für das Männerasyl.

Der Vorstand des hiesigen Männerasyls bittet den Magistrat um eine Beihülfe zu den Kosten des im Rohbau vollendeten Stiftsgebäudes an der Heinrichstraße und begründet das Gesuch in folgender Weise. Das Stiftsgebäude ist außer den Straßenbaukosten zu 28000 M veranschlagt und im Rohbau vollendet, ohne daß der Anschlag überschritten wäre. Durch die Straßenbaukosten, die Herrichtung des Bauplatzes als Garten und die erforderliche innere Einrichtung des Gebäudes für 12 alte Männer erhöhen sich die Baukosten auf etwa 33000 M. Das Vermögen der Stiftung betrug am 1. Januar 1896 104329,22 M, wovon 88000 M in Hypotheken belegt sind. Die Einnahmen der Stiftung bis zum 1. April 1897, an welchem Tage das Asyl eröffnet werden soll, sind auf 9000 M veranschlagt, so daß, da die 88000 M als eiserner Bestand für den Betrieb des Asyls zurückgestellt sind, zur Deckung der Kosten etwa 25000 M am 1. April 1897 vorhanden sein werden, während 8000 M ungedeckt bleiben. Der Magistrat giebt anheim, unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse, dem Vorstande für das Männerasyl 300 M aus städtischen Mitteln zu bewilligen, welchem Antrage sich der Herr Vorsitzende anschließt.

Herr Halle glaubt, als provisorischer Cassenverwalter der Stiftung, am ehesten in der Lage zu sein, über die hier in Frage kommenden Verhältnisse Auskunft zu geben. Zunächst müsse er aber seine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, daß der Magistrat beabsichtige, eine, das allgemeine Interesse der Bürgerschaft so lebhaft in Anspruch nehmende Sache in einer so geringfügigen Weise zu unterstützen. Während manche einzelne Person zu dem Asyl 3000—4000 M gespendet habe, müsse es einen unangenehmen Eindruck machen, wenn der Magistrat sich mit einer so geringen Abfindung begnügen wolle. Die Bürgerschaft habe in 15 Jahren ein Capital von 120000 M in freiwilligen Beiträgen zusammengebracht. Von dieser Summe seien 88000 M in festen Hypotheken angelegt und beabsichtige man, von den Zinsen derselben die Zinsen der Stiftung zu unterstützen und die Verwaltung derselben zu besorgen. Nach dem vorläufigen Ueberschlage würden die 12 Insassen der Stiftung, für welche Zahl das Gebäude zunächst eingerichtet sei,

neben freier Wohnung und Heizung noch je 100–150 M. Zuschuß jährlich aus dem Stiftungsvermögen erhalten. Wenn man berücksichtige, daß hier Millionen für Stiftungen angelegt seien, die dem weiblichen Geschlechte zu Gute kommen, während, abgesehen von dem Valentin Heinemann's Hofe, hier keine Stiftung existire, welche alten, alleinstehenden, bedürftigen Männern ein ruhiges Heim biete, so werde man die hier in Frage stehende Einrichtung nicht nur für wünschenswerth, sondern auch für nothwendig halten. Auch im Interesse der Stadt liege die Stiftung, weil die in dieselbe aufgenommenen Männer sonst mehr oder weniger der Stadt zur Last fallen würden. Deshalb habe aber auch die Stadt die Verpflichtung, mit einer namhafteren Summe die Stiftung zu unterstützen. Da auf einen Erlaß der von der Stiftung nur schwer aufzubringenden Straßenbaufosten im Betrage von rund 2500 M. aus formellen Gründen nicht zu rechnen sei, so erscheine es wohl angezeigt, wenn die Stadt wenigstens eine einmalige Beihilfe von 2000 M. verwillige, zumal da auch vom Herzoglichen Staatsministerium eine namhafte Unterstützung in Aussicht gestellt sei. Er beantrage daher, den Magistrat zu ersuchen, der Stiftung des Männerasyls 2000 M. zuzuwenden.

Herr Günther möchte sich die Frage erlauben, welche Bedingungen das Statut über die Aufnahme alter Männer enthalte, ob namentlich hiesige männliche Einwohner ohne Unterschied aufgenommen würden.

Herr Halle erwidert, daß die Stiftung männliche Personen ohne Unterschied der Confession und des Standes aufnehmen und die Aufnahme nur von der Bedürftigkeit und Würdigkeit der Bewerber abhängig machen werde. Wenn auch ein Statut hierüber noch nicht aufgestellt sei, so wisse er doch, daß diese Grundsätze dabei maßgebend sein würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will bemerken, daß der Magistrat die Bedeutung nicht verkenne, welche die Errichtung einer derartigen Stiftung für die Stadt habe. Der Magistrat habe sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß es richtiger gewesen sein würde, wenn die Stiftung mit der Errichtung des Hauses noch ein bis zwei Jahre gewartet hätte, weil sie dann nicht mit Schulden anzufangen brauchte; die Stiftung habe indessen das Haus gern haben wollen, in der Annahme, daß dann die Beiträge noch reichlicher fließen würden. Verschiedene andere Stiftungen, sowie die Stadt selbst befänden sich aber in einer mindestens ebenso schwierigen Lage, indem die Mittel zu den nothwendigsten Bauten fehlten. Beispielsweise sei die Errichtung eines neuen städtischen Krankenhauses wegen Mangels an Mitteln immer noch zurückgestellt worden und auch das Gesuch des Rettungshauses um Gewährung einer größeren Beihilfe zur Errichtung eines nothwendigen Erweiterungsbaues habe abschlägig beschieden werden müssen. Deshalb habe der Magistrat auch im vorliegenden Falle sich nicht für berechtigt erachtet, für eine einzelne Stiftung eine so hohe Summe zu beantragen und glaube er nicht,

daß der Magistrat dem etwa zur Annahme gelangenden Antrage des Herrn Halle zustimmen werde.

Der Antrag Halle auf Bewilligung eines Zuschusses von 2000 M wird darauf einstimmig angenommen.

III. Antrag der hiesigen Buchbinderinnung.

Der Vorstand der hiesigen Buchbinderinnung weist in einer Eingabe darauf hin, daß für die ca. 7000 Kinder der unteren Bürgerschulen die Lehrmittel, welche die Stadt den Kindern umsonst liefert, von der Stadt nur bei einem Händler gekauft werden, der die Bücher von außerhalb beziehe. Hierdurch würden aber die hiesigen Buchbinder schwer geschädigt. Da nun in den letzten Jahren die erdrückende Concurrenz der Großindustrie, die Verlegung der Eisenbahn-Verhörde u. den Verdienst der Buchbinder bedeutend geschmälert habe, auch die Absicht bestehen solle, für die mittleren Bürgerschulen die Lehrmittel ebenfalls seitens der Stadt zu beschaffen, so werde die Versammlung ersucht, den Magistrat zu bestimmen, die Lieferung der Lehrmittel den hiesigen producirenden Buchbindermeistern zuzuwenden.

Wie Herr Blasius namens der Schulcommission berichtet, hat der Magistrat zunächst die Auskunft gegeben, daß es nicht in seiner Absicht liege, die Lehrmittel auch für die mittleren Bürgerschulen zu beschaffen. Was nun die Lehrmittel für die unteren Bürgerschulen betreffe, so sei die Beschaffung der Lehrmittel von einer Handlung s. B. um deswillen angeordnet worden, weil die hiesigen Buchbinder in früheren Jahren nachweislich sehr hohe Preise für die Herstellung von Büchern, Tafeln u. gefordert haben, und die Stadt theilweise 3—4 Mal so hohe Preise hätte zahlen müssen, als der betr. Händler genommen habe. Der Vorsitzende der hiesigen Buchbinderinnung habe ihm jedoch auf bezügliche Anfrage mündlich die Auskunft ertheilt, daß dieselbe bereit sei, die benötigten Lehrmittel zu demselben Preise, in derselben Güte und mit der Verpflichtung rechtzeitiger Lieferung für die Stadt zu beschaffen. Da nun die Versammlung bei anderer Gelegenheit mehrfach der Ansicht Ausdruck gegeben habe, man möchte die für die Stadt benötigten Sachen bei gleichen Preisen und bei gleicher Güte in hiesigen Geschäften kaufen, so ersuche die Commission die Versammlung, dem Magistrate die Petition zur wohlwollenden Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Lord möchte bemerken, daß unter den Lehrmitteln die Schulbücher nicht mit verstanden seien. Allerdings liege die Sache bei diesen ebenso, wie bei den Hefen, denn auch erstere seien lange Jahre von einem einzigen Geschäfte bezogen, obwohl sich hiesige Buchhändler große Mühe gegeben haben, von der Lieferung etwas zu erhalten. Später habe der Magistrat, allerdings in nicht sehr glücklicher Weise, noch zwei weitere Lieferanten zugezogen, nämlich die Verleger

der betr. Lehrbücher, so daß diese einen doppelten Nutzen erzielen. Da es sich um eine Lieferung handelt, die bis zu 10000 M betragen habe, so sei dieses für die Buchhändler immerhin schon ein Object. Er habe das nur zur Information der Versammlung erwähnen wollen.

Herr Günther ist für die Berücksichtigung des Gesuches, möchte dasselbe aber nicht auf die Innungsmeister beschränkt wissen, da es hier noch Buchbinder gebe, welche der Innung nicht angehören. Auch finde er es sonderbar, daß die städtischen Behörden nur aus Gründen der Billigkeit die Hefte von außerhalb bezogen haben. Bei solchen billigen Preisen laufe doch Alles mehr oder weniger auf Lohndruckerei hinaus, deren Nachtheil die Arbeiter zu tragen hätten. Wenn es sich dabei nur um ein paar hundert Mark handle, sollte doch die Stadt bei der Lohndruckerei nicht behülflich sein.

Herr Blasius bemerkt noch, daß nur ein Gesuch der Buchbinderinnung vorliege, so daß er auch nur Veranlassung gehabt habe, mit dieser in Verhandlung zu treten.

Der Antrag der Schulcommission wird sodann angenommen.

IV. Ausbau eines weiteren Theiles der Juliusstraße.

Von dem in Aussicht genommenen Ausbau der zwischen Raland- und Luisenstraße gelegenen Theilstrecke der Juliusstraße hat der Magistrat Abstand genommen, weil von einem Anlieger für die Abtretung seines Vorgartens zc. eine so hohe Forderung gestellt war, daß Bedenken getragen wurde, die verhältnißmäßig kurze Straßenstrecke gesondert auszubauen. Der Magistrat hält vielmehr für angezeigt, die ganze Strecke der Juliusstraße zwischen Raland- und Frankfurterstraße einheitlich auszubauen und ersucht, das hierüber ausgearbeitete Project nebst Kostenanschlag zu genehmigen. Die Straße erhält darnach künftig eine Breite von 13,7 m. Die 8 m breite Fahrbahn soll mit Mansfelder Schlackensteinen gepflastert und jeder der beiden je 2,85 m breiten Fußwege mit einem 1,5 m breiten Plattenbelage versehen werden. Die Grunderwerbskosten sind zu 35 000 M, die Straßenbaukosten zu 53 500 M und die Anliegerbeiträge zu 108,10 M, bezw. soweit die Straße nur einseitig bebaut werden darf, zu 205,15 M für 1 m Frontlänge veranschlagt worden. Unter dem weiteren Ersuchen, die Vertheilungsberechnung zu genehmigen, bemerkt der Magistrat, daß die erforderlichen Mittel in den nächstjährigen Etat eingestellt werden würden.

Nach Befürwortung der Vorlage durch die Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, und durch Herrn Ebeling gelangen die Magistratsanträge zur Annahme.

V. Terrainerwerb zur Elmstraße.

Der Maurermeister Reiners hat beantragt, ihm schon jetzt diejenige Grundfläche seines an der Ecke von Salzdhumer- und Elmstraße gelegenen Grundstücks

abzunehmen, welche zur Verbreiterung der Elmstraße bestimmt ist. Diese Fläche dürfte bei einer Längenausdehnung von 30 m in ihren einzelnen Theilen nicht gleichwerthig sein. Der Magistrat hat deshalb den Preis für die vorderen, an der Salzdhumerstraße gelegenen 20 m auf 20 M, für die an der Elmstraße liegende Restfläche aber auf 12 M für 1 qm bemessen und die 162 qm haltende Gesamtfläche zu diesen Preisen angekauft. Der Antrag auf Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Vertrages

wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, angenommen.

VI. Kosten der Ringstraße zwischen Husaren- und Wabestraße.

Der Magistrat erklärt sich mit dem Beschlusse der Versammlung vom 10. September d. Js. — Seite 155 des Berichts —, im nächsten Jahre nur auf den erforderlichen Grunderwerb zwecks Ausbaues der Ringstraße zwischen Husaren- und Wabestraße Bedacht zu nehmen, einverstanden, hält indessen gleichwohl für erforderlich, daß vorher das betr. Straßenproject nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung öffentlich ausgelegt werde. Das Straßenproject, dem zufolge zu beiden Seiten der 6 m breiten Mittelpromenade eine 8 m breite Fahrbahn und vor den angrenzenden Grundstücken ein je 4 m breiter Fußweg mit einem je 1,5 m breiten Plattenbelage hergerichtet werden soll, hat bereits unterm 21. Februar 1895 — Seite 264 des Berichts — die Genehmigung der Versammlung gefunden. Zuzufolge der (früher noch nicht vorgelegten) Kostenberechnung sind die Grunderwerbskosten zu 340 500 M, die Baukosten zu 110 000 M, die endgiltig seitens der Stadt zu tragenden Kosten (1/3 der Gesamtkosten) zu 60 100 M, endlich aber die seitens der Anlieger zu erstattenden Kosten zu 387 M für 1 m Frontlänge berechnet worden. Es wird um Genehmigung der Kosten- und Vertheilungsberechnung ersucht.

Die Baucommission läßt durch Herrn Meyerhoff die Genehmigung der Vorlage mit der Aenderung empfehlen, daß die in Aussicht genommene Niederlegung des Wedler'schen Hauses, welches nur sehr wenig in die Straße hineinreiche, vorläufig unterbleibe und die hierfür eingestellten 7500 M nicht ausgegeben werden, daß aber trotzdem die Grunderwerbskosten in der veranschlagten Höhe bestehen bleiben.

Herr Rathhe möchte ersuchen, den früher gefaßten Beschluß dahin zu ändern, daß die Theilstrecke von der Husaren- bis zur Kaiser-Wilhelmstraße schon im nächsten Jahre ausgebaut werde, damit hierdurch die von Fuhrwerken stark überlastete H. Hagenstraße etwas entlastet werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erklären, daß nach dem Beschlusse der Versammlung, den Ausbau dieser Straßenstrecke noch nicht vorzunehmen, das ehemals Drunwe'sche Haus bis zum 1. October 1897 noch einmal vermietet sei und

dem Wunsche des Herrn Rathe vor diesem Zeitpunkte daher nicht Rechnung getragen werden könne.

Der Antrag der Baucommission gelangt sodann zur Annahme, nachdem der Herr Vorsitzende erklärt hatte, über den Antrag Rathe in der heutigen Sitzung noch nicht abstimmen lassen zu können.

VII. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Carl- und Gliesmaroderstraße.

Die Holzhändler Sazinger und Severin, sowie der Fabrikant Meyer haben ersucht, auf ihre Kosten die ihre Grundstücke durchschneidende, im Ortsbauplan vorgezeichnete Verbindungsstraße zwischen Carl- und Gliesmaroderstraße als Ortsstraße auszubauen. Da solchem Ausbau Bedenken nicht entgegenstehen dürften, hat der Magistrat mit den Genannten einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Was die Unterhaltungskosten der Straße betrifft, so sind hierfür 396 M jährlich veranschlagt worden. Die Unternehmer haben gebeten, an Stelle dieser jährlichen Unterhaltungskosten eine einmalige Entschädigung von 1000 M zu erheben und hat sich der Magistrat hiermit einverstanden erklärt. Dem vorliegenden Projecte zufolge soll die Fahrbahn in einer Breite von 8 m und jeder Fußweg zu 4 m Breite mit einem je 1,5 m breiten Plattenbelage angelegt werden. Die Grunderwerbskosten sind zu 12500 M, die Straßenbaukosten zu 11500 M und die Anliegerbeiträge zu 152,30 M für 1 m Frontlänge veranschlagt worden. Hierbei ist angenommen, daß die Interessentenschaft für die von ihr abzutretenden 59 qm großen Grabenflächen wiederum eine Entschädigung von 5 M für 1 qm erhält. Dem Ersuchen des Magistrates, welches dahingeht, den abgeschlossenen Vertrag nebst Project und Kosten- und Vertheilungsrechnung zu genehmigen, sowie dem Ankaufe der Grabenflächen zum Einheitspreise von 5 M zuzustimmen, auch sich damit einverstanden zu erklären, daß auf die neue Straße die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden,

wird von der Versammlung entsprochen, nachdem Herr Rieke die Vorlage namens der Baucommission befristwortet hatte.

VIII. Versorgung der Stadt mit Quellwasser.

Die von den städtischen Behörden mit Vornahme von Arbeiten zur Aufschließung von Quellwasser betraute Deputation hat über ihre Thätigkeit einen eingehenden Bericht erstattet, über welchen sich der Oberingenieur Witgau gutachtlich dahin äußert hat, daß seiner Ansicht nach das daselbst aufgeschlossene Wasser nicht der betreffenden Gegend unterirdisch, etwa durch Abzweigung aus der Oker oder einem anderen Flußlaufe zugeführt werde, sondern sich aus Niederschlägen bilde, daß aber die Zuführung des Wassers vom Domesee nach dem Wasserwerke, selbst für den

Fall noch empfohlen werden könne, daß der Betrieb der neuen Anlage zeitweilig wegen mangelnden Zuflusses sollte eingestellt werden müssen.

Auch dieser Meinung gegenüber hat Prof. Dr. Kloos seine früher schon geäußerte Ansicht über den Ursprung des am Domesee aufgeschlossenen Wassers lediglich aufrecht erhalten. Der Witgau'schen Anregung, noch ein weiteres Gutachten eines Spezialisten über den Ursprung des erschlossenen Wassers und die dauernde Ergiebigkeit der Wasser führenden, etwa 20 m tiefen und allseitig als ausgezeichnetes natürliches Filter erachteten Kiebschicht einzuziehen, ist keine Folge gegeben. In einem solchen Gutachten wäre möglicherweise eine dritte Ansicht über den Ursprung des Wassers vertreten worden, aber ein irgendwie sicherer Nachweis darüber, daß eine in der fraglichen Gegend hergerichtete Wasseranlage dauernd ergiebig, oder aber nicht ergiebig sein würde, würde durch das Gutachten doch nicht haben erbracht werden können. Ein solcher Nachweis läßt sich im Voraus überhaupt nicht beschaffen, wenn man nicht vor Ausführung der Anlage nochmals einen sehr kostspieligen und langdauernden Pumpenbetrieb einrichten will. Im Hinblick auf die überaus günstigen Resultate der von der Deputation ausgeführten Arbeiten und auf die Kloos'schen und Witgau'schen Gutachten ist der Magistrat der Ansicht, daß ein solcher Versuch nicht weiter erforderlich ist, daß es vielmehr die städtischen Behörden verantworten können, wenn sie auf Grund der gewonnenen Resultate die Aufwendung der Mittel beschließen, welche erforderlich sind, um das am Domesee aufgeschlossene Quellwasser der Stadt zuzuführen. In dieser Erwägung hat der Magistrat den Oberingenieur Witgau beauftragt, ein bezügliches Project auszuarbeiten, was denn auch geschehen ist. Letzterer empfiehlt, aus — zunächst fünf — in der Nähe des Domesees anzulegenden Brunnen das Wasser einem dort anzulegenden Maschinenhause zuzuführen und von diesem aus auf dem kürzesten Wege durch Pumpenbetrieb dem Reinwasser-Bassin des städtischen Wasserwerks zuzuführen, da die directe Einführung des Wassers in das städtische Rohrnetz um deswillen nicht möglich ist, weil sich die vorhandenen Röhren in umgekehrter Richtung verzweigen, als wie das neue Zuleitungsrohr geführt werden muß. Selbstverständlich wird hierdurch die ganze Anlage, welche einen doppelten Maschinenbetrieb erfordert, nicht unwesentlich vertheuert; aber sie bietet auch den nicht zu unterschätzenden Vortheil einer besonderen Sicherheit für die Stadt insofern, als bei einem etwaigen Versagen der Domeseeanlage der bisherige Filterbetrieb sofort wieder aufgenommen werden kann. Die Vorrichtungen für letzteren sollen daher auch beibehalten und müssen dauernd in gutem Zustande erhalten werden. Die Quellwasser-Deputation hat das Project im Allgemeinen gebilligt, jedoch empfohlen, das Rohr nicht durch die Innenstadt (Wendenstraße, Bohlweg, Stobenstraße u.) zu führen, da die innenstädtischen Straßen ohnehin mit unter- und oberirdischen Anlagen aller Art belastet seien, vielmehr durch die östliche Außenstadt,

auch wenn dadurch die Kosten der Rohrlegung sich erhöhen sollten. Dieser Ansicht hat sich der Magistrat angeschlossen und den Oberingenieur Mitgau zur Umarbeitung des Projectes und Kostenanschlages veranlaßt. In dem letzteren sind die Gesamtkosten zu 574 000 M berechnet, während sie anfänglich nur zu 463 000 M veranschlagt waren, und es hat die Erhöhung wesentlich darin ihren Grund, daß jetzt die Legung eines 600 Millimeter weiten (statt eines 500 Millimeter weiten) Druckrohres in Vorschlag gebracht wird. Der Magistrat hält die Aufwendung auch dieser erhöhten Anlagelkosten für zulässig und zweckmäßig. Die jährliche Mehrausgabe für Beförderung von 1 Cubikmeter Wasser in das Reinwasserbassin ist danach vom Oberingenieur Mitgau auf 0,5 S berechnet und eine Erhöhung des Wasserpreises um 1 S pro Cubikmeter für genügend erachtet, um die bisherigen Ueberschüsse des Wasserwerks (abgesehen vom Privat-Einrichtungsconto) der Stadt zu sichern. Ob diese Annahme zutreffen würde, erscheint zweifelhaft, weil in dem immerhin möglichen Falle, daß der Filterbetrieb demnächst zeitweilig würde wieder aufgenommen werden müssen, die hierdurch entstehenden Kosten (denen dann allerdings wohl eine Ersparniß an Ausgaben für Kohlen in der Domeseeanlage gegenüberstehen würde) nicht mit in Ansatz gebracht sind; aber der Magistrat ist auch weiter der Ansicht, daß bei dem überaus niedrigen Wasserzinse, der hier gegenüber fast allen anderen Städten erhoben wird, dessen Erhöhung um 2 S pro Cubikmeter um so unbedenklicher erscheint, als die Ueberschüsse der städtischen Licht- und Wasserwerke bestimmungsgemäß die Kosten für Schulbauten decken sollen, die Einnahme aus dem Privateinrichtungsconto aber nach beendetem Anschlusse der Einzelgrundstücke an die Straßencanäle ohne Frage nicht unerheblich zurückgehen wird. Es wird deshalb die Erhöhung des Preises für 1 Cubikmeter Wasser, soweit solches durch Wassermesser abgegeben wird, von 10 auf 12 S für zulässig und angezeigt erachtet.

Zum Schlusse soll noch darauf hingewiesen werden, daß die von der Quellwasser-Deputation verausgabten Kosten 27 631 M 10 S betragen und daß somit der für diesen Zweck eröffnete Credit von 15 000 M um 12 631 M 10 S überschritten worden ist. Die Deputation hat in ihrem Berichte schon darauf hingewiesen, weshalb sie nicht früher auf Nachverwilligung einer entsprechenden Summe angetragen habe, und hält der Magistrat dieses Vorgehen nach Lage der Umstände für gerechtfertigt, zumal da die Ueberschreitung in sachlicher Beziehung nicht beanstandet werden könne. Der Magistrat empfiehlt, derselben Deputation auch die Leitung der Arbeiten zur Ausführung des Hauptprojectes mit der Maßgabe zu übertragen, daß ihr die Huziehung eines namhaften Sachverständigen zur Nachprüfung des Projectes in technischer Beziehung überlassen bleibe.

Hiernach ersucht der Magistrat:

- 1) zur Deckung der durch die Bohrversuche am Domesee erwachsenen Mehrkosten die Summe von 12 631,10 M zu verwilligen;

- 2) der Ausführung des oben erwähnten Projectes unter Leitung der Quellwasser-Deputation mit der Ermächtigung dieser zur Zuziehung eines fachverständigen Technikers zuzustimmen, der Deputation auch — vorbehaltlich der Deckungsfrage — einen Credit in Höhe von 574 500 M. zu eröffnen;
- 3) sich damit einverstanden zu erklären, daß für das durch Wassermesser abzugebende Wasser der Preis nach Fertigstellung des in Rede stehenden Projectes von 10 auf 12 S pro cbm erhöht werde.

Nach dem Berichte des Oberingenieurs Witgau ist die Beschaffenheit des aufgeschlossenen Wassers in chemischer und bacteriologischer Hinsicht ohne Tadel und verdient wegen seiner geringen Härte den Vorzug vor den am Elme und bei Mascherode entspringenden Quellwassern, welche in Folge größerer Härte nur für den Genuß angenehm sind. Zweifelhafter sei die dauernde Ergiebigkeit der herzustellen Brunnen, welche durch die 21tägigen Pumpversuche nicht habe festgestellt werden können, wenn sich auch annehmen lasse, daß ein großer Vorrath an Wasser vorhanden sei.

Die Vorlage ist von der Finanzcommission vorberathen worden, namens welcher Herr F ü d e l berichtet. Einzelne Mitglieder der Commission könnten sich, namentlich im Hinblick auf die Schlüßsätze der beiden Gutachten nicht entschließen, ohne Einholung eines weiteren Gutachtens die Zustimmung zu der Vorlage zu erteilen. Die übrigen Commissionsmitglieder stellen sich dagegen auf den Standpunkt der Deputation und des Magistrates, welche sagen, daß die Einholung eines weiteren Gutachtens wohl wünschenswerth sein könnte, daß aber die Entscheidung über die Frage der Herkunft des Wassers eine so schwierige sei, um annehmen zu müssen, sie werde auch durch ein drittes Gutachten ihrer Lösung nicht näher gerückt. Die Frage, auf welche es hauptsächlich ankomme, ob nämlich stets genügende Wassermengen am Dowejee vorhanden sein werden, würde auch ein fernerer Gutachter nicht erschöpfend und sicher beantworten können. Die Deputation stehe auf dem Standpunkte, daß die Dauer eines unterirdischen Wasserbehälters bisher noch nicht wissenschaftlich festgestellt sei. Bei einer größeren Anzahl anderer Städte, welche eine Wasserversorgung haben einrichten müssen, liegen Beweise dafür vor, daß die Gutachten der Sachverständigen sich hinterher als nicht ganz zutreffend erwiesen haben. Bezüglich der formellen Behandlung der Vorlage empfehle es sich, zunächst zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Versammlung wünsche, die Vorlage ohne Einholung eines weiteren Gutachtens zu behandeln, oder ob zuvor noch ein Gutachten eingeholt werden solle. Eine Besprechung der Vorlage unter dem Vorbehalt, daß später noch ein günstiges Gutachten eingehen werde, erscheine bedenklich, weil hinterher schwerlich Jemand werde

entscheiden können, ob das Gutachten so günstig sei, um über die Sache nicht noch einmal verhandeln zu müssen.

Der Herr Vorsitzende muß es auch für richtig halten, zunächst die Frage zu erörtern, ob auf die Vorlage ohne ein weiteres Gutachten eingegangen, oder dieselbe erst auf Grund eines dritten Gutachtens geprüft und behandelt werden solle.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte hervorheben, daß nach der Ansicht des Magistrates die Einziehung eines Gutachtens über die Herkunft des Wassers von keiner besonderen Bedeutung sei. Von Bedeutung würde nur ein Gutachten sein, nach welchem die Stadt darauf rechnen könne, dauernd in der Gegend am Dowesee genügende Wassermengen aufzuschließen. Ein solches Gutachten sei aber auch nach der jetzigen Auffassung des Magistrates von einem zuverlässigen Sachverständigen nicht zu erhalten, weil dieser sich doch nur mit Wenn und Aber helfen werde, indem sich die Frage mit positiver Sicherheit von Niemand beantworten lasse. Da indessen verschiedene Herren den Wunsch auf Einziehung eines weiteren Gutachtens geäußert hätten, so erkläre sich der Magistrat auf Beschluß der Versammlung bereit, ein solches noch einziehen zu lassen. Wenn der Magistrat gleichwohl ersuche, die Vorlage schon heute durchzuberathen, so bestimme ihn dazu der Umstand, daß in der Commission geäußert sei, es erscheine die Schaffung eines so kostspieligen Unternehmens nicht nöthig und ebenso empfehle es sich nicht, den Wasserpreis zu erhöhen. Wenn das aber die Ansicht der Versammlung sein sollte, so würden weitere Verhandlungen hierüber nutzlos sein. Zur Abgabe eines ferneren sachverständigen Gutachtens sei vom Obergeringieur Mitgau event. der Baurath Thiem in Vorschlag gebracht worden. Derselbe habe schon ähnliche Anlagen ausgeführt und sei auch in der Lage, das Project in technischer Beziehung nachzuprüfen.

Herr Rieke macht seine Meinung nicht von einem dritten Gutachten abhängig, kann sich aber nicht entschließen, schon heute die Verausgabung einer Summe von einer halben Million und darüber gutzuheißen, da noch jede Grundlage zur sicheren Beurtheilung der Anlage fehle. Selbst die Verhandlungen über den Preis der maschinellen Anlagen seien noch nicht abgeschlossen, da man noch nicht einmal wisse, welche Sorte von Pumpen genommen werden solle. Auch die in Aussicht genommene Vertheuerung des Wasserpreises erscheine ihm noch nicht genügend geklärt zu sein. Aus allen diesen Sachen gehe hervor, daß die Vorlage noch nicht reif sei und noch einer näheren Prüfung bedürfe. Eine Beschleunigung der Anlage könne nur aus dem Gesichtspunkte für nothwendig erachtet werden, daß die Zuckersabriken gerade in der Herbst- und Winterzeit die Oer verunreinigen. Trotzdem müsse aber in Erwägung genommen werden, ob die Stadt sofort ohne die geringsten Garantien für eine bessere Gestaltung der Wasserverhältnisse eine so hohe Summe werde ausgeben können. Da das Wasser durch die

neue Anlage noch nicht um einen Pfennig vertheuert werde, so erscheine es ihm ungerecht, den Preis desselben um zwei Pfennige erhöhen zu wollen. Aus allen diesen Gründen möchte er bitten, die Vorlage noch einmal zurückgehen zu lassen, damit sie erst ordentlich reif werde.

Herr Lord hat in der Minorität der Finanzcommission den Standpunkt vertreten, welcher sich der Vorlage gegenüber am ablehnendsten verhalte. Für die Versammlung sei es eine große Freude, daß eins ihrer Mitglieder, Herr Lange, für diese so wichtige Sache große Opfer an Zeit und Mühe gebracht und dieselbe so erheblich gefördert habe. Zu dem von ihm eingenommenen ablehnenden Standpunkte bestimmten ihn wesentlich drei Gründe, nämlich ein finanzieller, sowie die allgemeinen Verhältnisse der gegenwärtigen Wasserleitung und endlich das Mitgaulsche Gutachten.

Was nun zunächst die finanziellen Verhältnisse anbelange, so heiße es ja gewöhnlich, man möge zur Durchführung solcher Einrichtungen eine Anleihe aufnehmen. Dieses Ziehen von Wechseln auf die Zukunft habe indessen auch seine Grenzen und wenn man bedenke, daß die Stadt in den letzten 15 Jahren 17 Millionen Mark angeliehen habe, so müsse man sich doch sagen, daß die Zinsen und Amortisationen ganz erheblich auf das Ordinarium der Stadtcasse zu drücken beginnen und es eine Grenze gebe, über welche man nicht hinaus könne. Ob man dieser Grenze nicht schon erheblich nahe gerückt sei, möchte er zur Erwägung anheimgeben. Nach dem Verwaltungsberichte habe sich das Vermögen der Stadt verschlechtert, denn das Activermögen sei in den letzten 5 Jahren von 25 auf 30 Millionen Mark, die Passiven seien dagegen von 14 auf 22 Millionen Mark gestiegen, so daß sich eine Verschlechterung um 2 Millionen Mark ergebe. Diese Sache gebe zu denken, weshalb er bitte, bei derartigen Vorlagen sich prüfend zu fragen, ob dieselben nur wünschenswerth, oder aber nothwendig seien. Wenn man sich nun weiter frage, wie die gegenwärtigen Wasserverhältnisse hier liegen, so müsse jeder Unbefangene zugestehen, daß nach den chemischen und bacteriologischen Untersuchungen das jetzige Leitungswasser allen billigen Anforderungen genüge, da dasselbe als Verbrauchswasser vorzüglich, als Trinkwasser aber gut sei. In der Finanzcommission sei schon zutreffend hervorgehoben, daß es sehr werthvoll sei, die Lebewesen in einer Einheit des Wassers von einer Million auf 500 herunterzudrücken, daß aber nicht viel gewonnen werde, sie von 500 auf etwa 250 herunterzubringen. Ein anderes Ergebnis würde sich aber durch das Quellwasser auch nicht erzielen lassen. Wenn eine Zeitung heute behaupte, daß die Verhältnisse der Oker sich wieder ganz erheblich verschlechtert hätten, so sei die Sache doch nicht so schlimm, wie sie aussehe, denn die jetzt eingetretenen Verhältnisse kämen in dieser Jahreszeit stets vor, sobald die Zuckerfabriken zu arbeiten angingen. Es sei ganz außerordentlich bedauerlich, und er stimme der Schluß-

folgerung des Zeitungsartikels vollständig zu, daß man nicht Mittel und Wege finden könne, die Leute zu zwingen, für die Reinigung ihrer Abwässer besser zu sorgen. Seiner Ansicht nach wäre es eine dringende Aufgabe der zuständigen Behörden, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die renitenten Fabrikleiter gezwungen würden, den Vorschriften in Bezug auf die Reinigung der Fabrikabwässer nachzukommen. Man könnte sich dieserhalb vielleicht an die Herzogl. Polizeidirection wenden, welche neuerdings ein probates Mittel hierfür erfunden habe — *fin de siècle* — und renitente Leute auf 24 Stunden einsperre; vielleicht lasse sie sich herbei, die renitenten Fabrikdirigenten auch einmal auf Wasser und Brot — und zwar auf unverfälschtes verunreinigtes Okerwasser — zu setzen. Gegenüber den jetzt ganz erträglichen Wasserverhältnissen solle das am Dowejee gefundene Wasser noch weicher, also für den Geschmack noch weniger zuzugend sein, als das jetzige Leitungswasser. Was nun das Mitgau'sche Gutachten anlange, so erscheine es ihm unbegreiflich, wie Herr Oberingenieur Mitgau nach diesem Gutachten, welches nur ein einziges abschreckendes Urtheil über die projectirte Trinkwasseranlage darstelle, noch zu einer Empfehlung der Anlage kommen könne. Dieses Ergebniß sei nur von dem Standpunkte aus möglich gewesen, daß Herr Mitgau sich gesagt habe, die Sache werde an maßgebender Stelle einmal gewünscht und könne mindestens keinen Schaden verursachen. Aus dem Gutachten gehe hervor, daß auch die vorzüglichen Lange'schen Versuche nicht ganz ohne Einwand seien, da einige Sachen besser hätten beobachtet werden müssen, so z. B. sei der Abfluß des Dowejees nicht gemessen und außerdem habe man die tiefsten Wasserstände in den Bohrlöchern bei den Versuchen nicht genügend notirt. Besonders stutzig habe ihn aber die in dem Mitgau'schen Gutachten angeführte Stelle aus dem Buche „Die Wasserversorgung der Städte“ von D. Lueger gemacht, nach welcher man, sofern die Pumpversuche nur einige Wochen dauern, bei ähnlichen geognostischen Constellationen, wie am Dowejee, sehr selten darauf rechnen dürfe, eine den Versuchsergebnissen auf die Dauer äquivalent bleibende Wassermenge zu erhalten, weil in solch kurzer Zeit sich noch kein Beharrungszustand herstelle; man thue bei relativ kurzer Versuchszeit wohl daran, nur etwa den dritten oder vierten Theil der nach den Versuchen ermittelten Wasserquantität als bleibendes Ergebniß anzusehen, sofern man nicht aus einem gewissermaßen unerschöpflichen Vorrathe entnehme.

Die Minorität der Finanzcommission habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß vorläufig die Berausgabung von 600 000 M. einen Sprung in's Dunkle bedeute, den sie nicht mitmachen wolle. Sie empfehle daher, den Magistrat zu ersuchen, zunächst noch ein drittes Gutachten einzuholen, um sich auf Grund desselben schlüssig zu machen, ob man in der Sache weiter vorgehen solle oder nicht. Seiner Ansicht nach sei die Sache von keiner zwingenden Eile, da die jetzigen Wasserverhältnisse im Allgemeinen als gute bezeichnet werden könnten.

Herr Schmidt kann nicht verstehen, wie sich der Vorredner auf den Standpunkt stellen könne, es sei eine Besserung in den hiesigen Wasserverhältnissen nicht nöthig, da in solchem Falle der Grund für jede weitere Verathung in der Sache entfalle. Seiner Meinung nach treffe dieses durchaus nicht zu, denn ein kalter Winter genüge schon, um uns nach dem Ausfrieren der Oker die schlechtesten Wasserverhältnisse zu schaffen, namentlich wenn dann die Zuckersabriken mit ihren Verunreinigungen noch eingreifen. Es erscheine ihm deshalb unbedingt nothwendig, zur Besserung der Wasserverhältnisse energische Maßnahmen zu ergreifen, welche die Allgemeinheit zu befriedigen vermögen. Die Stadt habe alle Ursache, das bei den Versuchen gewonnene Wasser festzuhalten und der Stadt zuzuführen. Trotz der Gutachten der beiden Sachverständigen könne man auf Grund der angestellten Versuche im vollen Vertrauen die Anlage bauen, und sei er der Ansicht, daß selbst jeder Privatmann sich nicht scheuen würde, unter den hier vorliegenden Voraussetzungen eine Million oder mehr in eine Anlage, z. B. eine Zuckersabrik zu stecken; wie viel weniger brauche aber eine Stadtgemeinde zurückzuschrecken, wenn es sich darum handle, für das Allgemeinwohl 600 000 M. zu opfern. Das Geld sei niemals weggeworfen, auch wenn die Mitgau'sche Befürchtung eintreffe, daß sich dort nur die Hälfte des Wasserbedarfs werde decken lassen. Die Deckung der anderen Hälfte sei eine Frage der Zeit, welche sich jetzt noch nicht entscheiden lasse. Für die Einziehung eines dritten Gutachtens könne er sich nicht aussprechen, da hierdurch vielleicht nur eine dritte Meinung zum Ausdruck gebracht werde. Er würde sich verpflichten, einem jeden Gutachten ein anderes Gutachten entgegenzusetzen. Bedauerlich erscheine es ihm, daß sich die Sachverständigen auf die Frage über den Ursprung des Wassers eingelassen haben, da sich dieser gar nicht bestimmen lasse. Die Ansicht des Obergeringieurs Mitgau, daß das am Domesee aufgeschlossene Wasser sich aus den Niederschlägen bilde, welche in unmittelbarer Umgebung des Domesees, vielleicht auch östlich in größerer Entfernung in den durchlässigen Sandboden eindringen, sei vollständig haltlos. Das Regenwasser sei gar nicht im Stande, so tief in den Boden einzudringen, daß daraufhin ein Flußlauf geschaffen werden könne. Diese Ansicht theile auch Professor Klooz, welcher indessen annehme, daß die Oker das Wasser für den unterirdischen Flußlauf hergebe. Noch niemals sei es aber vorgekommen, daß ein großer oberirdischer Wasserlauf einen unterirdischen Wasserlauf gespeist habe, wohl aber umgekehrt. Jeder Fluß sei durch eine wasserdichte Schicht nach unten abgeschlossen. So liege es auch beim Domesee, welcher durch Grundwasser von unten gespeist werde. Man möge daher auf die Gutachten in dieser Richtung gar keinen Werth legen, sondern sich streng an die practischen Versuche halten, welche Herr Lange zielbewußt durchgeführt habe. Auch er halte es nicht für ausgeschlossen, daß sich im Laufe der Zeit der Wasserzufluß werde vermindern, denn auf diesem Gebiete sei jedes menschliche Thun zweifelhaft, wie sich das auch

schon in anderen Städten bei Wasseranlagen gezeigt habe. Wenn einige Herren meinen, ihr Gewissen nur salbiren zu können, indem sie noch weitere Pumpversuche befürworten, so wolle er darauf hinweisen, daß hierdurch sehr hohe Kosten erwachsen, welche gar nicht im Vergleich zu dem erzielten Fortschritte stehen würden. Darum solle man auf fernere Gutachten verzichten und sich nicht irre machen lassen, sondern der Magistratsvorlage zustimmen.

Herr Meyerhoff kann die Vorlage noch nicht für reif genug halten, um ihr schon jetzt zuzustimmen, wenn er auch eine Verbesserung des Wassers für durchaus nothwendig halte und nicht so schwarz sehe, um zu behaupten, daß die Finanzen solche Einrichtung nicht erlauben. Wenn außerdem bei der Verbesserung eines so nothwendigen Lebensmittels wie das Wasser wieder die Steuerschraube angefaßt werden solle, ohne daß aus der Vorlage die Berechtigung zu einer solchen Erhöhung hervorgehe, so wäre dies schon ein genügender Grund für ihn, der Vorlage nicht zuzustimmen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß eine Wasserleitung im hygienischen Interesse der ganzen Stadt liege und einen Ueberschuß nicht zu machen brauche. Diese Frage werde sich ja noch klären, da beispielsweise in Breslau seitens einzelner Bürger Klagen wegen zu hohen Wassergeldes eingeleitet seien. Ein fernerer Grund seiner ablehnenden Haltung liege nicht so sehr in dem Wunsche nach einem dritten Gutachten, sondern in der Unzulänglichkeit der Pumpversuche, da ein drei Wochen dauerndes Pumpen einem solchen Unternehmen gegenüber nichts zu bedeuten habe. Es würde doch ein niederdrückendes Gefühl sein, wenn hinterher nach dreijährigem Pumpen man einem ausgepumpten Teiche gegenüberstände, die 600 000 M. also als verloren anzusehen wären und man bei Mascherode wieder anfangen könnte. Die Pumpversuche müßten daher zunächst noch weiter fortgesetzt werden und zwar nicht in den besten Regenmonaten, sondern in der trockenen Jahreszeit. Ein Gutachten könne man bekommen, wie man es wünsche, obwohl jeder Gelehrte dasselbe nach seiner Ueberzeugung abgeben werde. Vorläufig eile es gar nicht, mit gebundener Marschroute noch 600 000 M. zu bewilligen; es liege vielmehr die Pflicht vor, die Vorlage genau zu prüfen. Es empfehle sich, die Pumpversuche noch einmal aufzunehmen und gründlich fortzusetzen, auch könne immerhin noch ein drittes Gutachten abgegeben werden. Bis zum Abschlusse dieser Vorarbeiten komme man aber mit der jetzigen Wasserleitung recht gut aus. Wenn die maßgebenden Behörden, welche sehr viel guten Willen zeigen, die Gesetze von den einzelnen Unterthanen befolgen zu lassen, auch diesen guten Willen gegenüber den Zuckerfabriken beihätigen wollten, so würde eine Verschmutzung der Oker in dem augenblicklichen Umfange nicht wieder vorkommen. Sobald die Behörden nur den guten Willen zeigen wollten, Jeden mit gleichem Maaß zu messen, würde es auch in dieser Beziehung bald anders werden. Man möge darum die Vorlage zunächst ablehnen.

Herr Ebeling steht auf dem Standpunkte, die Vorlage anzunehmen, obgleich er auch für die Einholung eines weiteren Gutachtens stimmen wolle. Es würde ihm allerdings leid thun, wenn sich das dritte Gutachten als eine dritte Meinung herausstellte und sich ablehnend verhielte. Die bis jetzt erzielten Erfolge bei den Pumpversuchen könnten ihn schon veranlassen, die Vorlage zu bewilligen. Jedemfalls stehe aber noch nicht fest, ob durch die neue Anlage eine Vertheuerung des Wassers stattfinden müsse. Da es sich hierbei hauptsächlich um eine Trinkwasseranlage handle, so würde schon ein erheblicher Vortheil entstehen, wenn sich durch die Anlage auch nur die Hälfte des nothwendigen Wassers beschaffen lasse. Das Okerwasser werde voraussichtlich von Jahr zu Jahr schlechter werden, da sich die Anwohnerzahl oberhalb der Stadt auch stetig vermehre und der Oker immer noch mehr Schmutzwasser zugeführt werden würde. Sollte unglücklicherweise oberhalb Braunschweigs einmal eine Epidemie entstehen, könnte Niemand das Okerwasser ohne Gefährdung seiner Gesundheit genießen. In Hamburg habe die Choleraepidemie die Veranlassung zur Anlegung von tausenden von Brunnen gegeben und möchte es sich empfehlen, hier nicht eine ähnliche Veranlassung abzuwarten. Wenn er nun auch schon mit Rücksicht auf das gesunde klare und gesunde Wasser, welches bei dem dort vorhandenen durchgewaschenen Riez auf einen regen Wasserlauf schließen lasse, die geforderte Summe bewilligen würde, so wolle er sich doch zur Beruhigung der Gemüther der Ansicht auf Einholung eines weiteren Gutachtens gern anschließen. Da andererseits aber die Pumpversuche schon sehr viel Geld gekostet haben, so vergehe die Lust, hierfür noch mehr Geld auszugeben, zumal beispielsweise in Wien das Wasser nur zwei Jahre gereicht und dann versagt habe. Ein Gutachten, nach welchem der Wasserzufluß dauernd garantirt werde, könne Niemand abgeben.

Herr Löschigk ist der Ueberzeugung, daß wohl jedes Mitglied der Versammlung den Wunsch hege, der Stadt gutes Trinkwasser zuzuführen, jedoch sei er nicht damit zufrieden, wenn man nur die Hälfte des Wassers am Dowesee gewinne. Er wolle gern eine oder $1\frac{1}{2}$ Millionen bewilligen — denn mit 600000 M werde sich die Anlage doch nicht ausführen lassen — wenn die Stadt nur gutes Wasser bekomme. Einer Vermengung des Quellwassers mit dem Okerwasser vermöge er aber nicht zuzustimmen. Da ihm indessen Niemand die Garantie geben könne, daß am Dowesee ausreichende Wassermengen gefunden werden, auch die bisherigen Pumpversuche nicht als ausreichend anzusehen seien, um solche Summen zu bewilligen, so würde zunächst zu prüfen sein, ob man nicht dieses Wasser der Stadt als Trinkwasser allein zugänglich machen und das bisherige Wasser als Verbrauchwasser beibehalten könne. Da das Straßenpflaster in den nächsten Jahren doch wieder neu gelegt werden müsse (Widerspruch), so komme es auf ein bißchen mehr oder weniger hierbei nicht an. Mit Rücksicht darauf, daß die Wasserleitungsröhren

inwendig total verschmutzt seien, empfehle es sich so wie so nicht, dieses reine Quellwasser den schmutzigen Röhren zuzuführen, noch viel weniger könne er sich aber damit einverstanden erklären, das Quellwasser mit dem Okerwasser zu mischen. Für reines Wasser seien ihm die Mittel nicht zu hoch, aber für ein solches Mischwasser so viel Geld auszugeben erscheine ihm nicht gerechtfertigt. Außerdem hätte er gewünscht, daß bei den Bohrungen ein anderes System der Brunnenabteufung gewählt wäre, indem man statt des Röhrensystems einen größeren Schachtbrunnen genommen hätte. Auf die Gutachten müsse man, entgegen der Ansicht des Herrn Schmidt, sich als Laie doch stützen und dabei habe ihn die Ansicht des Herrn Obergeringieur Wittgan, daß die Wassermenge noch abnehmen könne, stützig gemacht. Aus allen diesen Gründen empfehle er, die Vorlage noch einmal zurückzuverweisen, damit sie nach weiteren Pumpversuchen unter Benutzung einer anderen Brunnenart noch einmal geprüft und der Versammlung später wieder vorgelegt werde. Für die jetzige Vorlage könne er seine Stimme nicht abgeben.

Herr Wolters: Die Vorlage stelle sich principiell auf den Standpunkt, eine neue Brunnenwasserleitung anzulegen, auch wenn das am Domesee gewonnene Wasser allein zur Versorgung der Stadt nicht ausreiche und dasselbe mit dem Okerwasser vermischt werden müsse. Die Versammlung müsse sich nun zunächst darüber klar werden, ob sie dieser Absicht principiell beistimme, also aufs Ungewisse hin die Vorlage bewilligen wolle. Er stehe in dieser Beziehung auf einem abweichenden Standpunkte, indem er eine solche Wassermischung nicht für eine Verbesserung halte, sondern die Gewißheit haben müsse, daß die Wassermenge am Domesee für alle Bedürfnisse der Stadt ausreiche. Das Mischungsverhältniß zwischen dem Brunnen- und dem Okerwasser spiele nicht eine so wesentliche Rolle, wie die Wasser- und Lufttemperaturen bei der Vermischung. Im Hochsommer könne schon eine geringe Menge Flußwasser genügen, um die größere Menge Brunnenwasser zu inficiren, auch sei gerade im Hochsommer die Gefahr einer Infection und einer Wasserarmuth sowohl für das Flußwasser, als für das Grundwasser am schlimmsten. Außerdem würde man genöthigt sein, zwei Wasserwerke neben einander zu unterhalten. Hierdurch entstände aber wiederum eine große Kostspieligkeit und Umständlichkeit, indem das Maschinenwesen, der Betrieb und das Personal an zwei Stellen unterhalten werden müßte, welche Einrichtung den Wasserpreis erheblich beeinflussen würde. Die Frage einer Mischung des Wassers müsse man daher möglichst auszuschließen suchen. Nach seiner Ueberzeugung sei die Ergiebigkeit der Quellen weniger abhängig von dem Ursprunge des Wassers, als von der Schnelligkeit seines Erfasses. Durch wochenlange Pumpversuche habe man constatirt, daß das Wasser qualitativ sich stets gleich bleibe, darum könne man die Frage des Ursprungs des Wassers hierbei völlig auscheiden. Um die Ergiebigkeit der Quellen zu erproben, sei die am Domesee angewandte Art und Weise nicht die richtige gewesen, man würde vielmehr

durch eine andere Constructionsart der Brunnen sehr viel mehr erreicht haben. Wenn man die im Sitzungssaale ausgestellten Kiezproben ansehe und das Gebiet berücksichtige, auf welches hinaus sich die Versuche erstrecken, sowie die Mächtigkeit des Diluviums in Rechnung ziehe, so müsse man zu dem Ergebnisse kommen, daß die für Braunschweig erforderlichen Wassermengen dort dauernd vorhanden seien. Bei einem täglichen Bedarf von vorläufig 8—9000 cbm und später 12—14 000 cbm Wasser würde es darauf ankommen, stündlich 500 cbm Wasser zu beschaffen, welche Menge schon jetzt von einzelnen Brunnen der Stadt gefördert würde. Zu beachten sei die Thatsache, daß beim Pumpen der Wasserspiegel im Brunnen bei nur 7 cbm Förderung so außerordentlich tief, um 7 Meter, abgesenkt sei, und daß zugleich bei der nachgewiesenen, sich weithin erstreckenden Gleichartigkeit der Erdschichten der nur 100 m entfernte, unterirdisch gespeiste Domesee seinen Wasserstand überhaupt nicht geändert habe. Bei der kleinen Tiefe von 20 m gewähren Rohrbrunnen mit ihrer kleinen Peripherie und kleinen Eintrittsfläche einem nicht unter Druck stehenden Wasser keinen bequemen Zulauf. Richtig seien da die mit seitlichem Wasserzutritt construirten Schachtbrunnen, da sie überhaupt eine 3 bis 4 mal größere Zutrittsfläche bieten, vertikal alle Erdschichten, und zwar in einer größeren Peripherie, durch seitlichen Wasserzutritt ausnützen und horizontal die beste Erdschicht, in die das untere Brunnenende hineintrage, durch eine große Bodenfläche ausbeuten. Rohrbrunnen seien Nothbehelfe, wenn es sich um große Tiefen handle, aber bei Beschaffung großer Wassermassen aus kleinen Tiefen könnten nur Schachtbrunnen in Frage kommen. Darum solle man noch einmal die geringen Kosten bewilligen, um weitere Versuche zu machen. Die Einholung eines ferneren Gutachtens sei gar nicht so wichtig, solange es sich auf die jetzt vorliegenden ungünstigen Zahlen der Wasserförderung und Abientung stützen müsse. Wenn man einen Schachtbrunnen bis zu der erforderlichen Tiefe herunterbringe, so werde dieses ca. 12 000 M kosten, und wenn dieser Brunnen dann 5—6 Wochen lang bei gleicher Absenkung dasselbe Quantum Wasser liefere, so könne man annehmen, daß sich diese Wassermenge dauernd halten werde. Deshalb schlage er vor, nochmals bis zu 20 000 M zu bewilligen, um einen solchen Brunnen practisch zu probiren. Die für den Schachtbrunnen ausgegebene Summe sei niemals verloren, weil man denselben später auch neben den Rohrbrunnen gebrauchen könne. Die Personenfrage schließe er hierbei vollständig aus, da für ihn nur die Sache in Frage komme. Seine Anträge lauten:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

- 1) die geplante Brunnenwasseranlage beim Domesee nur dann auszuführen, wenn für den gesammten Bedarf der Stadt nachweislich genügendes Wasser vorhanden ist. Eine spätere Vermischung von Fluß- und Brunnenwasser soll ausgeschlossen sein;

- 2) ein drittes Gutachten nicht einzuholen, dagegen einen neuen Credit bis zu 20000 M zu bewilligen, um durch Anlegung eines Schachtbrunnens über die Wasserergiebigkeit des Gebietes am Domesee weitere Aufschlüsse zu erlangen.

Herr Nieß möchte darauf hinweisen, daß Aeußerungen gefallen seien, welche sich direct widersprächen. Wenn z. B. gesagt sei, daß ein Strom an das umliegende Gelände kein Wasser abgebe, so habe er dem gegenüber Gelegenheit gehabt, jahrelang zu beobachten, daß alle Brunnen in dem Bereiche des westlichen Umfluthgrabens ihr Wasser verlieren, sobald dieser längere Zeit abgelassen werde. Umgekehrt habe er an einem Brunnen auf der früheren Holländ'schen Bleiche, welchen er dort in das Ufer habe bauen müssen, beobachtet, daß das Wasser desselben viel höher gewesen sei, als der angrenzende Wasserspiegel der Oker. In diesem Falle habe also der Brunnen Wasser an den Strom abgegeben. Beide Fälle seien danach möglich, je nach Lage der Sache. Für die Beurtheilung der Ergiebigkeit des Wassers am Domesee hätten müssen umfangreichere Bohrversuche vorgenommen werden, um zu ermitteln, wie weit die Kieselagerung reiche. Dann erst wäre es möglich gewesen, die Menge des vorhandenen Wassers festzustellen. Da diese Versuche nicht gemacht seien, würde die ganze Anlage aufs Gerathewohl ausgeführt werden, weil eine sichere Unterlage fehle. Außerdem werde so häufig von einem Grundwasserstrom gesprochen und möchte er warnen, irgend einen Gedanken an solchen Strom zu knüpfen, denn es sei dies nichts als eine Mythe. Es habe einmal Jemand diese Bezeichnung gebraucht und nun werde sie vielfach nachgesprochen, obwohl den Grundwasserstrom noch Niemand gesehen habe. Alles Wasser habe seinen Ursprung aus Niederschlägen und es falle und steige mit denselben. Wenn das wasserführende Niederschlagsgebiet durch Einführung eines Stollens durchbrochen werde, dann trete natürlich von beiden Seiten das im Niederschlagsgebiete vorhandene Wasser zuströmend hinzu und erwecke künstlich den Schein, als sei dort ein Strom vorhanden. In Wirklichkeit besitze das Wasser ein sehr großes Beharrungsvermögen, so daß von einem Strome nicht die Rede sein könne. Die hier in einer Dauer von drei Wochen vorgenommenen Versuche zur Erprobung der Wasserergiebigkeit haben keine Bedeutung und könne man ein Resultat auf so kurze Versuche nicht bauen. Man habe erlebt, daß das auf dem Nahlenberge bei Wien angeschnittene Grundwassergebiet um die Hälfte seiner Ergiebigkeit zurückgegangen sei, und in Gotha sei es so ähnlich gewesen, indem man dort dem Niederschlagsgebiete durch eine Pumpe erst Wasser habe zuführen müssen. Wenn die Versammlung für die Zukunft einen Beschluß in dieser wichtigen Sache fassen solle, so müsse erst der Beweis beigebracht werden, daß am Domesee sich der ganze Wasserbedarf der Stadt decken lasse. Dieser Beweis sei bis jetzt aber noch nicht erbracht worden. Zweckmäßig würde es ihm dagegen erscheinen, wenn der

Anregung des Herrn Wolters auf Anlegung einer reinen Trinkwasserleitung ausgesprochen werden sollte. Man brauche das Trinkwasser durchaus nicht in die jetzige Rohrleitung überzuführen, sondern es könnten beide Leitungen getrennt behandelt werden, indem das Trinkwasser an 100 oder 150 Stellen der Stadt in öffentlichen Brunnen zugeführt werde. Weshalb wolle man das gute Trinkwasser in die Häuser hineinpumpen, um die Closets damit spülen zu lassen? Das sei durchaus nicht nöthig. Er schließe sich den Anträgen des Herrn Wolters an.

Herr Lange möchte sich zunächst gegen den von Herrn Wolters erhobenen Vorwurf wenden, daß bei den Versuchsarbeiten die Art der Wassergewinnung nicht die richtige gewesen sei. Die Ansichten hierüber gingen allerdings auseinander, aber die Deputation halte das System der Rohrbrunnen für das richtige und habe deshalb dieses angewandt. Ob das System der Schachtbrunnen richtiger sei, müsse erst noch festgestellt werden. Jedenfalls weise er die Behauptung, daß nach einem falschen System gearbeitet sei, als ungerechtfertigt zurück. Auf Details, ob Rohr- oder Schachtbrunnen besser seien, lasse er sich nicht ein, da dieses verfrüht sein würde. Daß die dreiwöchigen Pumpversuche hätten länger dauern können, möge vielleicht zutreffen, jedoch habe man sie wegen der vorgerückten Jahreszeit einstellen müssen, um mit den Arbeiten vor dem Einfrieren zum Abschluß zu kommen. Außerdem seien auch die bewilligten Gelder verbraucht gewesen, so daß schon dieses genügt habe, die Arbeiten zu beendigen. Die Versuche seien indessen mit einer solchen Gewissenhaftigkeit bezüglich der Controle und constanten Wasserentnahme ausgeführt, daß er glaube, zumal sie in einem wasserarmen Jahre und in der wasserärmsten Zeit vorgenommen seien, wohl berechtigt zu sein, darauf Entschlüsse aufzubauen. Es sei auch durch nichts bewiesen, daß eine längere Versuchsdauer als maßgebender hingestellt werden könne. Wenn nach den Angaben des Herrn Rieß in Wien und Gotha die Anlagen nach zwei Jahren versagt haben, so würden ja selbst zweijährige Versuche keine absolut sichere Unterlage gewähren. Diese Ansichten hätte man vorher von sich geben können, nicht aber jetzt, wo Alles fertig sei und die Sache zum Abschluß kommen solle. (Weiterkeit.) Jetzt wisse Jeder etwas und vorher habe kein Mensch ein Wort gesagt, auch Herr Wolters nicht. (Widerspruch des Herrn Wolters.) Das Besserwissen und die Vorwürfe hätte man vorher anbringen sollen, nicht aber jetzt, wo es zu spät sei. (Herr Rieß bemerkt dazwischen, daß er um seine Meinung nicht gefragt worden sei.) Es werde Mancher nicht um seine Meinung gefragt und sage doch etwas zu dieser und jener Sache. (Weiterkeit.) Die Hauptsache sei und bleibe die Frage nach der Nothwendigkeit der Anlage. Werde diese in Abrede gestellt, dann könne man die ganze Sache bei Seite legen. Seiner Zeit sei die Nothwendigkeit der Anlage in den Vordergrund geschoben und gerade die Zeitung des Herrn Lord habe dieselbe in so hervorragendem Maße betont, daß man nicht ver-

stehe, weshalb dieser die Anlage jetzt nicht mehr für nothwendig halte. Redner halte dieselbe auch heute noch für dringend nöthig und nur, wenn solche Nothwendigkeit anerkannt werde, lasse sich über die Anlage überhaupt verhandeln. Die Entnahme des Wassers aus der Oker sei auf die Dauer vollständig unzulässig.

Ebenso verbiete es sich, den Zuckerfabriken noch schärfere Bedingungen für die Reinigung ihrer Abwässer aufzuerlegen, denn die Zuckerfabrikation sei eine der ersten Industrien des Landes und Jeder hänge mehr oder weniger von ihr ab. Man könne diese Fabriken unmöglich zwingen, immer noch größere Ausgaben für die Wasserreinigung zu machen, zumal da man hierdurch doch kein Wasser erhalten werde, wie es nothwendig sei, indem Unreinlichkeiten doch immer wieder in die Oker kommen würden. Außerdem habe der Oberingenieur Mitgau erklärt, er sei mit dem Wasserwerk an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen, weil die zu kleinen Filter nicht mehr genügend functionirten. Es sei hier schon Wasser in der Leitung gewesen, mit dem man sich nicht habe waschen mögen und das man noch viel weniger habe trinken können. Jetzt behaupten nun verschiedene Herren, die Stadt brauche kein besseres Wasser; es müsse also vollständig vergessen sein, welche Sauche man mitunter in den Leitungen gehabt habe. Er bitte dringend, die Vorlage zu genehmigen. Man habe bei den Bohrversuchen am Domesee ein Glück gehabt, wie es sich Niemand habe versprechen können, indem ein großartiges Filterterrain und viel Wasser aufgeschlossen sei. Selbst auf der Herzoglichen Cammer, die doch sonst in diesen Sachen viel wisse, habe man nichts hiervon gewußt. Es sei ein Riesbett von 20 m Tiefe gefunden, welches in einer Breite von 400 m bis zum Bienroder Wege abgebohrt und überall in gleicher Mächtigkeit vorgefunden sei; es stehe Herrn Rieß frei, dort noch weiter zu bohren. Den gefundenen Ries könne man sich als Filterkies gar nicht schöner denken. Das am Domesee erschlossene Wasser sei chemisch und bacteriologisch so großartig, daß Herr Professor Blasius erklärt habe, es wäre bei tausenden von Untersuchungen ihm wohl zum ersten Male passiert, daß er in der Natur steriles Wasser gefunden habe. Das hier zur Probe in Flaschen aufgestellte Wasser sei jetzt, nach $1\frac{1}{2}$ Tagen, noch spiegelblank, während das bei Rüningen gewonnene Wasser vollständig trübe geworden sei. Innerhalb der 3 Wochen habe man mit 3 Bohrbrunnen 7 cbm Wasser in der Minute gewonnen und würde bei Anlegung noch mehrerer Brunnen ein noch höheres Quantum erzielt sein. Man habe beabsichtigt, das Wasser an möglichst vielen Stellen zu entnehmen, was auch nach der Ansicht der Sachverständigen richtig sei. Nach seiner persönlichen Ueberzeugung werde man am Domesee das ganze für die Stadt dauernd erforderliche Wasserquantum finden. Wenn auch Herr Rieß behaupte, es gebe keinen unterirdischen Wasserstrom, so gebe es seiner Meinung nach doch einen solchen, und dieser Wasserstrom beweiße seinen Lauf durch das Ansteigen des Wasserstandes in den verschiedenen Bohrlöchern. Gehe man vom Domesee aus,

so steige der Wasserstand in den sämmtlichen Bohrlöchern ganz constant nach Südosten hin und zwar sei er in dem Bohrloch A² XIV am Bienröder Wege um etwas über 0,75 m höher als in dem Bohrloch II am Dowesee. Dies beweise aber den Wasserstrom und auch Herr Vließ werde schwerlich für den aufsteigenden Wasserstand eine andere triftige Erklärung geben können. Bei nochmaliger Messung der Wasserstände haben sich die früheren Beobachtungen nur bestätigt und es sei auch festgestellt worden, daß in diesem Jahre der gesammte Wasserstand um 310 mm höher sei, als in demselben Zeitabschnitte des Vorjahres. Es habe sich sogar in den Brunnen ein um 640 mm höherer Wasserstand deutlich markirt, welcher sich lange Zeit auf dieser Höhe gehalten haben müsse und woraus hervorgehe, daß im vergangenen Jahre ein ganz gewaltiger Wasserstrom durch das Rieslager gestossen sein müsse. Hierdurch werde aber die Ansicht schlagend widerlegt, daß man es nur mit stagnirendem Wasser zu thun habe. Wenn man alle diese Beobachtungen zusammenfasse, so brauche man selbst als Privatmann nicht einen Augenblick im Zweifel zu sein und könne die Anlage ausführen, selbst wenn noch weniger Wasser vorhanden sein würde.

Was nun die Zugiehung eines dritten Sachverständigen anbelange, so müsse er offen gestehen, daß ihm die beiden Sachverständigen schon vollauf genügen; denn er bilde sich seine Ansicht in dieser Frage nicht nur auf Grund des Urtheils der Sachverständigen, sondern an der Hand seiner eigenen Beobachtungen. Die Sachverständigen könnten die Frage nach dem Ursprunge des Wassers und nach der Mächtigkeit, sowie der dauernden Ergiebigkeit der Wassermassen auch nicht beantworten. Nach seiner Meinung komme das Wasser aus einem ferneren Niederschlagsgebiete und glaube er annehmen zu sollen, daß das Wasser in dem großen Steinfeld bei Wienenburg der Oker entsalle und auf gesondertem Wege durch sehr gute Rieslager nach dem Dowesee gelange, wenn sich dieses auch nicht beweisen lasse. Da indessen beide Sachverständige den Wunsch geäußert haben, noch einen dritten Gutachter zu hören, so wolle er auch nicht dagegen sein, obwohl das Gutachten von practischem Werthe nicht sein werde. Es stehe für ihn fest: nach dem Dowesee gehe die Stadt doch, wenn sie ihre Wasserverhältnisse bessern wolle, denn ein ergiebigeres und besseres Wasserfeld finde sich nirgends.

Herrn Blasius ist es unbegreiflich, daß hier so viele Gegner des Magistratsvorschlages aufgetreten seien. Er habe geglaubt, daß die Frage, ob eine neue Wasserversorgung für Braunschweig nothwendig sei, definitiv erledigt wäre. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Gefahr der Wasserversorgung von Städten durch offene Flußläufe so groß sei, daß man hierbei unmöglich stehen bleiben könne. In gewöhnlichen Zeiten möge das noch angehen, aber wenn einmal oberhalb Braunschweigs, z. B. in Wolfenbüttel eine Cholera- oder eine Typhusepidemie ausbrechen

sollte, würde man sich bei Benutzung von Flußwasser einer großen Gefahr aussetzen; es sei daher Pflicht eines jeden Gemeinwesens, auf eine andere Wasserversorgung Bedacht zu nehmen. Wenn nun dem jetzigen Trinkwasser große Vorwürfe gemacht seien, so könne sich die Versammlung wohl in mancher Beziehung darüber beruhigen, daß die Oser allzusehr verunreinigt sein solle. Die Zuckerfabriken seien gezwungen, ihre Abwässer durch das Verrieselungsverfahren zu reinigen und werde dieses durch die braunschweigischen Verwaltungsbehörden auf seine gute Functionirung strenge controlirt, aber die preußischen Fabriken seien zu solchen Maßnahmen wahrscheinlich nicht angehalten und darauf lasse sich von hier aus ein Einfluß schwer ausüben. Durch die Reinigungsmaßnahmen der braunschweigischen Fabriken sei nun aber ein solcher Zustand erzielt worden, daß man das Leitungswasser für gewöhnlich trinken könne. Er trinke allerdings kein Wasser. (Heiterkeit.) Bei dem Ausbruch einer Epidemie lade die Stadtverwaltung indessen eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie nicht die dargebotene Gelegenheit ergreife, um sich eine so vorzügliche Wasserversorgung zu verschaffen. Wenn nun von Herrn Wolters gesagt werde, ein Schachtbrunnen liefere mehr Wasser als ein Rohrbrunnen, und legerer liefere schon ein ausreichendes Quantum Wasser, so brauche man doch nicht noch einen Schachtbrunnen anzulegen. Im Jahre 1895, also einem der trockensten Jahre, habe sich bei den Pumpversuchen gezeigt, daß sich am Dowesee eine für die ganze Stadt genügende Menge Wasser gewinnen lasse, welcher Umstand für ihn überzeugend genug sei, um fest anzunehmen, die Stadt habe in dem Terrain am Dowesee auf die Dauer genügendes Wasser. Dieses Wasser sei geradezu als ausgezeichnet anzusehen und habe vor anderen Wasserorten einen großen Vorzug wegen seines erfrischenden Geschmacks. Auf das Dringendste möchte er aber warnen, noch Geld für weitere Pumpversuche auszugeben, da hierfür schon Geld genug geopfert sei und man endlich zu definitiven Arbeiten übergehen müsse. Was die Vertheuerung des Wassers anlange, so sei dieselbe ja an sich bedauerlich; es sollten aber doch nur die Zinsen des Anlagecapitals gedeckt werden und lasse sich bei Besserung der Finanzen der Wasserpreis auch leicht wieder heruntersetzen. Wenn sodann empfohlen sei, nach dem Beispiele anderer Städte, z. B. Zürich's, zwei getrennte Wasserleitungen anzulegen, so möchte er davor warnen, weil die doppelte Anlage mit ihrem doppelten Betriebe sehr viel Geld koste und nach dem heutigen hygienischen Standpunkte die Güte des Brauchwassers ebenso wichtig sei, wie die Güte des Trinkwassers, indem auch nicht zum Reinigen der Wohnungen, sowie zum Straßensprengen Wasser, das Krankheitserregende Keime enthalte, genommen werden solle. Da nach den angestellten Versuchen am Dowesee genug Wasser gefunden, durch ein drittes Gutachten vielleicht nur eine dritte Ansicht geschaffen werde, so empfehle er, hiervon abzusehen und die Magistratsvorlage anzunehmen. Wenn da immer gesagt werde, man sei Herrn Lange für seine auf-

opfernde Thätigkeit Dank schuldig, so solle man diesen Dank auch dadurch beweisen, daß man für die Magistratsvorlage stimme.

Herr Koch kann dem Vorredner nicht beistimmen, wenn derselbe meine, es seien so viele Mitglieder der Versammlung gegen eine Trinkwasseranlage; seiner Meinung nach sei Niemand dagegen. Die erhobenen Bedenken richten sich nur gegen die unzureichende Kürze der Versuche, auf Grund welcher man nicht vorzugehen wage. Die Mitglieder der Versammlung müßten sich als Laien auf die Gutachten der Sachverständigen stützen und könnten nicht eine halbe Million bewilligen, obwohl die Sachverständigen noch zweifelhaft über die Mächtigkeit des Wassers seien. Deshalb trete er dafür ein, die Sache noch auf sich beruhen zu lassen und den Forschungen weiter Raum zu geben. Man müsse bei den Wassermessungen auch berücksichtigen, daß in der Regel im Herbst der höchste und im Frühjahr der niedrigste Wasserstand vorhanden sei. (Widerspruch) Er sei also dafür, noch weitere Versuche anzustellen.

Herr Löschigt muß gegen den von Herrn Lange erhobenen Vorwurf Verwahrung einlegen, daß Niemand zur rechten Zeit gesagt habe, er möchte ein anderes Bohrsystem angewendet sehen. Wenn Herr Lange nach Erschöpfung der bewilligten Mittel rechtzeitig weitere Mittel angefordert hätte, würde bei der Gelegenheit der Wunsch auf Errichtung eines Schachtbrunnens aus der Versammlung schon geäußert sein. Herr Lange halte das von ihm angewandte Bohrsystem für gut, aber auch er halte einen Schachtbrunnen für sehr zweckmäßig. Sofern ihm die Sicherheit gegeben würde, daß das am Dowesee gewonnene Wasser für die Allgemeinheit genüge, würde er mit Herrn Blasius gern für die Anlage stimmen, da er gegen eine Vermischung des Wassers sei, aber die für ihn maßgebenden Gutachten wären anderer Ansicht, weshalb er sich gegenüber der Magistratsvorlage abwartend verhalten müsse.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte Herrn Lange gegen die hier gefallene Aeußerung in Schutz nehmen, daß derselbe seinen Credit überschritten habe. Nicht Herrn Lange, sondern der Deputation sei ein Credit von 15 000 M bewilligt worden, und diese habe sich nach Erschöpfung desselben an den Magistrat um Bewilligung eines weiteren Credits gewandt, ohne aber dessen Höhe vorher beziffern zu können. Der Magistrat habe sodann erklärt, es wohl verantworten zu können, die Arbeiten auch ohne Ermächtigung der Versammlung noch eine Zeit lang fortsetzen zu lassen, auf welche Weise die Ueberschreitung dann eingetreten sei. In dieser Beziehung könne also wohl weder dem Magistrate noch der Deputation ein Vorwurf gemacht werden, daß sie die Pumpversuche nicht unterbrochen haben. Im Uebrigen wolle er noch bemerken, daß von der Stadt bis jetzt für Bohrversuche ausgegeben seien bei Mascherode 33 000 M und am Dowesee 15 000 M, wozu dann noch die jetzt angeforderten 12 600 M, sowie eine Forderung des Unternehmers

Osten im Betrage von 8000 M kommen, so daß sich die Gesamtausgabe auf 68 600 M belaufe. Wenn das nun so weiter gehe, komme man bald dahin, die für eine Wasseranlage erforderliche Summe zur Hälfte zu verbohren, wovon er doch warnen möchte. Schließlich bemerkte er noch, daß die Pumparbeiten eingestellt seien, weil man gefürchtet habe einzufrieren. Wenn nun der eine oder andere dilatorische Antrag angenommen werden sollte, so bitte er, wenigstens die unter 1 der Magistratsanträge geforderte Summe, welche sich noch um etwa 40 M für ein Gutachten des Herrn Prof. Kloos erhöhen werde, zu bewilligen, damit definitive Ausgabe-Anweisungen darüber gegeben werden könnten.

Herr Südel kann nicht finden, daß nach den vorliegenden Sachverständigen-Gutachten die am Domesee gefundenen Wassermengen als ungenügend bezeichnet seien, denn in dem Mitgausehen Gutachten heiße es an der betreffenden Stelle wörtlich:

„Dagegen halte ich es für durchaus wahrscheinlich, daß bei der Mächtigkeit und Ausdehnung der durchlässigen, wasserhaltenden Schicht daselbst ein großer Vorrath an Wasser vorhanden ist, welchem während einer längeren, trockenen Zeit eine größere Menge Wasser entnommen werden kann, die in Regenzeiten sich schnell wieder ergänzen wird. Die Grundwassermessungen weisen auch darauf hin, daß in nächster Umgebung des Domesees eine Bewegung des Grundwassers stattfindet, und daß dasselbe sehr wahrscheinlich auch Zuflüsse aus größerer Ferne, namentlich von Osten her (und nicht von Süden, weil der Grundwasserstand in größerer Entfernung nach Süden zu wieder niedriger ist als wie am Domesee) erhält und durch diese auch Ersatz in nicht regenreicher Zeit findet“.

Herr Oberingenieur Mitgau empfehle dann die Anlage, indem er hervorhebe, die Stadt sei auf diese Anlage nicht allein angewiesen und könne stets auf die jetzige Einrichtung ohne besondere Kosten zurückgreifen, sofern die neue Anlage einmal versage. Es sei nöthig, dieses hervorzuheben, um den Magistrat und die Finanzcommission nach Außen hin zu schützen. Die jetzige Wasseranlage werde schon für den kommenden Sommer nicht mehr ausreichen und das Wasserwerk sich in die Lage versetzt sehen, ein neues Klärwerk für 75 000 M anzulegen, sofern nicht anderweit Entlastung geschaffen werde.

Herr Wolters möchte in Bezug auf die finanzielle Seite seines Antrages noch bemerken, daß die Anlagekosten für den Schachtbrunnen niemals verloren gehen würden, da der Brunnen bei der späteren definitiven Anlage bestehen bleibe und daher kein todttes Capital sei. Es würden also nur die Kosten für die Pumparbeiten im Betrage von ca. 8000 M verloren gehen. Man gewinne hierdurch aber eine Sicherheit darüber, ob überhaupt eine genügende Wassermenge an jener

Stelle vorhanden sei und lasse sich durch die Versuche eventuell das gesammte Anlagecapital ersparen. Außerdem gewinne man eine ganz andere Perspective für das maschinelle Material, da eventuell die Kosten für die Maschinen, die Gebäude und die Rohrdimensionen ganz andere werden können. Man opfere also nur etwas Zeit und 8000 M für Pumpversuche, gewinne dadurch aber ein klares Urtheil in der Sache.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Lange wird sodann die Besprechung geschlossen.

Bei der nunmehr folgenden Abstimmung werden zunächst die durch die Pumpversuche entstandenen Mehrkosten im Betrage von rund 12 700 M verwilligt. Sodann lehnt die Versammlung den übrigen Theil der Magistratsvorlage in der vorliegenden Form mit der Anheimgabe ab, demnächst der Versammlung eine neue Vorlage zu machen. Der erste der Wolters'schen Anträge wird darauf ebenfalls — und zwar gegen 3 Stimmen — abgelehnt, dagegen der zweite Antrag des Herrn Wolters auf Bewilligung eines weiteren Credits bis zu 20 000 M unter Verzicht auf ein ferneres Gutachten in getrennter Abstimmung angenommen.

IX. Antrag Bues und Gen.: Maßregelungen hiesiger Einwohner.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, an geeigneter Stelle vorstellig zu werden, damit die fortgesetzten Maßregelungen seitens der Herzogl. Polizei-Direction gegen hiesige Einwohner, speciell Wirths, aufhören, weil dadurch die Steuerkraft und der Ruf der Stadt bedeutend beeinträchtigt werde.“

Zur Begründung führt Herr Bues etwa Folgendes aus: Seit länger als zehn Jahren sei ein Theil der hiesigen Einwohnerschaft, speciell das Gastwirthsgewerbe, durch die Herzogl. Polizeibehörde in eine gewisse Aufregung und in einen gewissen Schaden versetzt worden. Man habe die Sache im Anfange als vorübergehend in den Kauf genommen und auf eine Besserung der Verhältnisse gehofft, indem man meinte, es werde mit der Zeit wohl einmal wieder eine andere Ansicht Platz finden. Das sei aber nicht geschehen, sondern es werde noch fortgesetzt die Steuerkraft der Bürgerschaft in erheblicher Weise geschmälert und gedrückt. Es möge wohl richtig sein, daß Diejenigen, welche ein solches Gewerbe betreiben, möglichst viel Freiheit genießen und möglichst viel Geld verdienen wollen, so daß den oberen Behörden eine gewisse Aufsicht ihnen gegenüber zustehe, jedoch werde wohl Niemand damit einverstanden sein, daß diese Aufsicht in der hier gehandhabten Weise ausgeübt werde. Trotzdem habe man diese Sache immer noch in den Hintergrund gestellt, bis in letzter Zeit ein Vorkommniß eingetreten sei, welches die städtischen Behörden veranlassen müsse, Stellung dazu

zu nehmen, indem die Stadt dadurch geschädigt werde und ihr Ansehen nach Außen hin leide. Ob es nöthig gewesen sei, daß man für eine einfache Uebertretung einen solchen Weg wählte und einen ruhigen, angesehenen Bürger auf offener Straße verhaftete, um der Autorität der Behörde Geltung zu verschaffen, wisse er nicht. Jedenfalls möge die Polizeibehörde nach den bestehenden Gesetzen ein Recht zu diesem Vorgehen gehabt haben. (Widerspruch.) Wenn nun an maßgebender Stelle hervorgehoben werde, der Wirthschaftsbetrieb müsse in hiesiger Stadt eingeschränkt werden, so stehe damit doch im schroffen Widerspruche, daß man von derselben Stelle aus die Errichtung einer Wirthschaft genehmige, welche einem gewissen Vereine zu Gute kommen solle, die aber gleichzeitig für die Oeffentlichkeit geschaffen sei, indem sie dem Logirwesen und dem Wirthschaftsbetriebe diene. Man habe hierdurch also anerkannt, daß noch nicht Wirthschaften genug in der hiesigen Stadt vorhanden seien. Daß die Steuerkraft der Wirths zurückgegangen sei, wüßten die Mitglieder der Einschätzungscommissionen zur Genüge; es könne dreist behauptet werden, daß die Wirths in ihrem Einkommen durchschnittlich auf die Hälfte und noch mehr heruntergedrückt seien und sie trotzdem meist noch mehr Steuer bezahlen, als sie eigentlich nöthig haben. Gegenüber der Behauptung, daß die Wirths renitent seien, wolle er bemerken, daß es wohl entschuldbar erscheine, wenn Jemand, der in seinem innersten Mark gekränkt und in seiner Erwerbsthätigkeit so geschmälert werde, um seinen Ruin vor sich zu sehen, sich dagegen nach Möglichkeit wehre. Das Ansehen der Stadt nach Außen werde durch solche Vorgänge ganz entschieden geschmälert. Man übernehme soviel von Preußen, aber in diesem Punkte richte man sich nicht darnach, denn in Preußen könnten solche Sachen gar nicht vorkommen. Wenn dort sich einmal eine Behörde einen derartigen Uebergriß erlaube, so würde bei dem Oberpräsidenten oder bei dem Ministerium Beschwerde geführt und es träten bald wieder geregelte Verhältnisse ein, wie das Beispiel des Oberpräsidenten von Wolff in Magdeburg gezeigt habe. Es wäre darum wohl an der Zeit, daß die städtischen Behörden in dieser Sache vorstellig würden, da dieses so nicht weiter gehen könne. Wenn Jemand sein Geschäft einwandsfrei führe, so hätten die Behörden die Verpflichtung, den Mann nicht zu chicaniren, sondern ihn nach Möglichkeit zu schützen, und das sei nicht mehr der Fall. Von einem Polizeibeamten solle auch die Aeußerung gefallen sein, man müßte der fortgesetzten Bau-thätigkeit Einhalt thun, damit nicht noch höhere Miethen erzielt würden. Er wisse nicht, ob die Polizei berufen sei, darüber zu wachen, denn dieses sei wohl mehr Sache der Gemeindebehörden, da die Polizei nur für Ordnung zu sorgen habe.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

X. Antrag Böschigt: Umkehrung einer Anschlagssäule.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die von der Altstadttrathhaus-Ecke nach der gegenüberliegenden Ecke gesetzte Anschlagssäule wieder auf den ersteren Platz oder mindestens vom Bürgersteige fortsetzen zu lassen“,

führt Herr Böschigt aus, daß die Anschlagssäule von ihrer ursprünglichen Stelle fortgenommen sei, weil sie dort angeblich den Verkehr hemmen solle, was aber gerade an ihrer jetzigen Stelle zutrefte. Da die Anordnung von einem städtischen Beamten ohne Vorwissen und ohne Genehmigung des Magistrates getroffen sein solle, so müsse er doch wünschen, daß solche Zustände hier nicht einreißen. Er möchte bitten, die Säule wieder auf die andere Seite der Straße, wenn auch auf den Fahrweg, zu setzen. Vielleicht nehme der Magistrat Veranlassung, dem Wunsche schon vor der Beschlußfassung über den Antrag nachzukommen.

Nach genügender Unterstützung wird der Antrag der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XI. Antrag Wollenweber: Instandsetzung des Negidientkirchhofes.

Wie Herr Wollenweber des Näheren ausführt, seien die Zustände auf dem Negidientkirchhofe so trauriger Natur, daß eine Besserung hier dringend nöthig sei. Bei starkem Winde hüllten gewaltige Staubwolken den Platz ein und bei Regenwetter bildeten sich große Pfützen auf demselben. Es würde ein Leichtes sein, den Platz zu befestigen und ihn zu einem Spielplatze einzurichten, ebenso lasse sich ein Fahrweg und ein Plattenweg als Fußweg bald anlegen. Wenn auch einige Anlieger mit solcher Instandsetzung des Platzes wegen der entstehenden Kosten nicht einverstanden sein möchten, so könne darunter doch die Mehrzahl der Anwohner nicht leiden.

Auch dieser Antrag findet ausreichende Unterstützung und wird zunächst an die Statutencommission zur Vorberathung verwiesen.

XII. Antrag Günther u. Gen.: Instandsetzung des Hasenwinkels.

Herr Günther begründet den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seine Zustimmung zur ordnungsmäßigen Herstellung des Fahr- und Fußweges im Hasenwinkel gebe“,

in folgender Weise: Als er sich im Frühjahr dieserhalb mit einer Anfrage an den Magistrat gewandt habe, sei ihm erwidert worden, die Angelegenheit solle in allernächster Zeit geregelt werden, indem man die Interessentschaft anweisen wolle,

den Weg in Ordnung zu bringen. Wenn dieser Aufforderung nicht nachgekommen werde, solle der Weg seitens der Stadt auf Kosten der Interessentschaft in Stand gesetzt werden. In der Zwischenzeit sei nun aber nichts weiter erfolgt, als daß man die größten Löcher der Straße zugestopft und den Fußweg mit Bodasche bestreut habe, welche Maßnahmen für vollständig unzureichend erachtet werden müßten. Da der Zustand an jener Straße der Abhülfe dringend bedürfe, so müsse die Interessentschaft gezwungen werden, endlich einzugreifen und sei es gleichgültig, ob hierzu ihr Capitalvermögen angegriffen werden müsse oder nicht.

Der Antrag wird hierauf der Bau commission zur Vorberathung überwiesen.

XIII. Anfrage Nieß: Transport Verstorbener aus dem Krankenhaus.

Herr Nieß möchte an den Magistrat die Anfrage richten, ob es demselben möglich sei, bei der Herzoglichen Krankenhausverwaltung dahin vorstellig zu werden, daß der Transport Verstorbener nach dem Centrafriedhofe mittelst geschlossenen Wagens geschehe. Es mache einen gar zu traurigen Eindruck, wenn am Tage vom Herzogl. Krankenhause aus ein Todter in einem unbefränzten Sarge ohne Gefolge durch die ganze Stadt auf einem unbedeckten Wagen nach dem Centrafriedhofe befördert werde. Es empfehle sich vielmehr, solche Transporte Abends, oder in verdeckten Wagen stattfinden zu lassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß er eine Erklärung hierauf nicht abgeben könne, da die einzelnen Modalitäten für Begräbnisse festgestellt seien und sich daran schwerlich etwas ändern lasse. Jedenfalls solle diese Sache aber in Erwägung gezogen werden.

XIV. Anfrage Alßmann: Entlassung eines Arbeiters.

Herr Alßmann richtet an den Magistrat die Anfrage, ob es wahr sei, daß ein Arbeiter, welcher bei der Straßenreinigung 5 1/2 Jahre beschäftigt war, deshalb nicht wieder angenommen werden solle, weil er in den letzten 13 Monaten seiner Beschäftigung 61 1/2 Tage wegen Krankheit arbeitsunfähig gewesen sei. Er könne nicht annehmen, daß nur diese Erkrankung nach mehrjähriger Beschäftigung des Arbeiters den Grund für die Entlassung gebildet habe und bitte daher um Aufklärung. Die Arbeit der Straßenreinigung sei immerhin eine schwere und vermöge gesunde Menschen krank zu machen, indem leicht Rheumatismus und Lungenleiden sich entwickeln könnten. Wenn Jemand aber 3 Jahre ununterbrochen bei der Straßenreinigung thätig gewesen sei und dann krank werde, so beweise dieses, daß derselbe eine Krankheit nicht in sich gehabt, sondern sich bei seiner Arbeit im Dienste der Stadt erst zugezogen habe; es liege daher in der Billigkeit, daß solchem Arbeiter die Beschäftigung nicht entzogen werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß dem Magistrate von der Sache nichts bekannt sei, da derselbe sich mit der Annahme und Entlassung der Straßenreinigungsarbeiter nicht zu befassen habe. Nun könnte er allerdings als Mitglied der Straßenreinigungsdeputation Auskunft geben, er sei jedoch im Zweifel, ob dieses angezeigt erscheine. Das Fragerrecht der Stadtverordneten, welches als ein sehr wichtiges Recht bezeichnet werden müsse, sei vorhanden, um Schäden in der Verwaltung der Stadt aufzudecken, nicht aber um etwa einen einzelnen Arbeiter zu schützen. Ganz anders würde der Fall liegen, wenn allgemein die bei der Stadtverwaltung beschäftigten Arbeiter in Erkrankungsfällen entlassen würden, da dann wohl eine Anfrage berechtigt wäre. Im Uebrigen aber müsse er auch erklären, daß, wenn die Versammlung der Ansicht sein sollte, daß die Straßenreinigungsdeputation nicht in der Lage wäre, eine sachgemäße Entscheidung darüber abzugeben, ob ein Arbeiter anzunehmen oder zu entlassen sei, man nur die ganze Deputation aufheben solle. Er möchte also die Auskunft über die Frage verweigern, sofern nicht die Versammlung zu wissen wünsche, weshalb die Entlassung des Arbeiters Vebersdorf erfolgt sei.

Auf Antrag des Herrn Alßmann findet eine Besprechung der Anfrage statt.

Herr Wolff tritt dem Standpunkte des Herrn Bürgermeister Ketemeyer bei. Da die Deputation nicht principiell beschlossen habe, erkrankte Arbeiter zu entlassen, so könne die Versammlung sich mit der Auskunft befriedigt erklären.

Herr Alßmann will nicht verkennen, daß die Straßenreinigungsdeputation sich nicht um die einzelnen Fälle von Annahme und Entlassung der Arbeiter kümmern könne, auch liege es ihm fern, die Deputation für den fraglichen Fall verantwortlich zu machen, wohl aber möchte er wissen, ob die Entlassung nicht mit der Bestrafung zweier städtischen Beamten in Verbindung stehe, welche wegen unberechtigten Verkaufs von Abfallstoffen vom Gerichte mit je 75 M. Strafe belegt seien. Es könnte doch sein, daß die Arbeiter auf den Gedanken kämen, es liege in der Entlassung etwa eine Maßregelung des betr. Arbeiters, weil derselbe zu Ungunsten der bezeichneten beiden Beamten Aussagen gemacht habe. Darum empfehle er der Deputation, die Sache noch weiter zu untersuchen und eventuell Abhilfe zu schaffen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will noch anführen, daß von der Deputation selbstverständlich der Grundsatz nicht eingeführt sei, einen Arbeiter zu entlassen, sobald er krank geworden sei. Was den vorliegenden Fall betreffe, so sei die Entlassung des Arbeiters auf Antrag des Brandmeisters und nicht etwa auf Anregung der bestraften Beamten erfolgt. Seiner Ansicht nach genüge übrigens auch der in dem Schreiben der Deputation angegebene Grund für die Nichtwiedereinstellung des Arbeiters vollständig. Es seien hierfür allerdings auch noch andere Gründe vorhanden gewesen und würde er es im Interesse des Mannes für besser gehalten

haben, darüber hier nicht öffentlich zu verhandeln. Die Straßenreinigung sei eine saure und gefährliche Arbeit für einen schwächlichen Mann, so daß es in dessen Interesse liege, sich nach einer leichteren Beschäftigung umzusehen. Im Uebrigen bemerkte er nochmals, daß die Deputation Herr im Hause bleiben und über die Annahme und Entlassung von Arbeitern selbstständig entscheiden müsse, sonst könne sie ihr Amt nicht ordnungsmäßig verwalten.

Die Besprechung ist damit erledigt.

XV. Anfrage Kolte: Säulenvorbau im Bürgerparke.

Herr Kolte möchte wissen, ob der Magistrat oder die städtische Bauverwaltung beabsichtige, den an der nördlichen Seite des im Bürgerparke errichteten Säulenbaues z. B. stehenden, einem Altare ähnlichen Bau in der jetzigen Gestalt stehen zu lassen. Jeder Besucher des Bürgerparkes werde sich über den dort errichteten schönen Bau gefreut haben und Herr Uhde habe i. B. Recht gehabt, als er sagte, wenn der Bau erst stehe, werde auch Jeder seine Freude daran haben. Dagegen finde den kleinen Vorbau Niemand schön, weil der Gesamteindruck dadurch gestört werde.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß sich der Magistrat mit der Sache officiell noch nicht befaßt habe, es solle indessen nach Fertigstellung der Kostenrechnung darauf zurückgegriffen werden.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7¹/₂ Uhr.

1896/97.N^o 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 3. December 1896.

Tagesordnung:

I.	Änderung im Vertragssentwurfe betr. die elektrische Straßenbahn . .	Seite 224
II.	Festsetzung des Anfangspunktes der Straßenbahn nach Wolfenbüttel . .	" 225
III.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 225
IV.	Antrag Böschigt: Umjegung einer Anichlagänte	" 226
V.	Antrag G ü n t h e r u. Gen.: Instandjegung des Haienwinkels	" 227
VI.	Gesuch um weiteren Ausbau der Ringstraße	" 228
VII.	Anlage einer Goffenbrücke	" 228
VIII.	Kosten der Friedrichstraße	" 228
IX.	Auswechjelung des Wasserrohres in der Spinnerstraße	" 229
X.	Gesuch um einstweilige Befreiung von Straßenbaukosten	" 229
XI.	Ankauf eines Grundstücks an der Pflegehausstraße	" 230
XII.	Antrag K a t h e: Anbringung einer Straßenlaterne und Beieitigung eines Hydranten	" 233
XIII.	Antrag K a t h e: Säunige Förderung der städtischen Bauten	" 234
XIV.	Antrag U h d e: Abkappung von Bäumen	" 235

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Bührmann, Halle, Lange, Löhbecke, Nolte und Weber.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet.

1. Aenderung im Vertragsentwurfe betr. die elektrische Straßeneisenbahn.

Der zwischen der Stadt und der hiesigen Straßenbahngesellschaft vereinbarte Vertrag, betr. die Einführung des elektrischen Betriebes auf der hiesigen Straßeneisenbahn ist vom Herzoglichen Staatsministerium mit der Einschränkung genehmigt worden, daß die Kastanienallee bis auf Weiteres mit einem Straßenbahngleise nicht versehen werde. Der Magistrat hat daher mit der Gesellschaft über eine andere Gestaltung des Schienennetzes für die Linie Friedrich-Wilhelmsplatz—ehem. gr. Exercierplatz verhandelt und es hat sich Letztere auch bereit erklärt, die erwähnte Linie so zu bauen, daß das Gleis dieser Linie von der Straße „am Magnithore“ ab direct über die Leonhardbrücke und in der ganzen Leonhardstraße bis an die Helmstedterstraße fortgeführt werde. Ferner soll dann das Gleis der Linie Madamentweg—Centralfriedhof vom Steinhore ab nicht durch die Abolßstraße, sondern auf der Helmstedterstraße entlang geführt und im Falle der Beseitigung der Hindernisse, welche z. B. der Führung eines Gleises durch die Kastanienallee entgegenstehen, auf Verlangen der städtischen Behörden auch diese Strecke ausgebaut werden. Die Frage, ob bei künftiger Einrichtung der Linie in der Kastanienallee das Gleis in der Leonhardstraße beizubehalten sei oder nicht, würde späterer Entschließung vorzubehalten sein. — Das Herzogl. Staatsministerium hat ferner anheimgegeben, den im §. 4 des Vertrages zwei Mal vorkommenden Ausdruck „städtische Behörden“ zu ersetzen durch die Worte „städtische bezw. staatliche Behörden“, gegen welche Aenderung der Magistrat nichts einzuwenden findet. Die Versammlung wird ersucht, sich mit diesen Aenderungen einverstanden zu erklären. — Dem Ersuchen der Versammlung vom 10. September d. Js. — Seite 152 des Berichts — das Gleis der Linie Westbahnhof—Gliesmaroder Bahnhof nicht durch die Carl-, sondern durch die Gliesmaroderstraße zu führen, hat der Magistrat Folge gegeben.

Namens der Statutencommission berichtet über die Vorlage Herr Wolff: Den von der Straßenbahn-Gesellschaft vertretenen Standpunkt, den Vertrag so schnell als möglich endgiltig fertig zu stellen, theile auch die Commission und empfehle dieselbe um deswillen, die Magistratsvorschläge zu genehmigen. Was den von dem Herzogl. Staatsministerium gewünschten Zusatz „staatliche Behörden“ zum §. 4 des Vertrages anlangt, so entspreche derselbe den Beschlüssen der Ver-

sammlung an anderer Stelle. Andererseits habe die Commission Folgendes erwogen Die Gründe, welche nach dem Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums der Genehmigung zur Befahrung der Kastanienallee hindernd im Wege stehen — zu schmale Fahrbahn, sowie Verbindungsglied zwischen Stadt und ehem. gr. Exercierplatz — können von der Statutencommission in keiner Weise als stichhaltig anerkannt werden. Die Commission meine, daß keine Thatfachen denkbar seien, die dem öffentlichen Interesse auf Anlegung der fraglichen Strecke hindernd in den Weg gesetzt werden können. Man sei vielmehr der Meinung, daß durch entsprechende Gestaltung des Schienennezes und des Betriebes sich eine solche Gestaltung der Dinge auf der Kastanienallee ermöglichen lasse, die geeignet sei, alle berechtigten Wünsche zu befriedigen. In Rücksicht hierauf empfehle die Commission, neben Genehmigung der Vorlage den Magistrat zu ersuchen, zuständigen Orts um Genehmigung der Strecke über die Kastanienallee nochmals dringend vorstellig zu werden.

Die Vorlage wird mit diesem Antrage einstimmig angenommen.

II. Festsetzung des Anfangspunktes der Straßenbahn nach Wolfenbüttel.

Auf das Ersuchen des Herzoglichen Eisenbahn-Commissariats, über den der Festsetzung noch vorbehaltenen Anfangspunkt der Verbindungsbahn auf der Wolfenbüttlerstraße eine definitive Erklärung abzugeben, empfiehlt der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß als Anfangspunkt der staatsseitig zu concessionirenden und demgemäß auch zu überwachenden Straßenbahn nach Wolfenbüttel die Eisenbahnbrücke im Zuge der Wolfenbüttlerstraße bestimmt und daß dieser wesentlichen Vereinfachung entsprechend der zweite Satz unter X der Bedingungen, unter denen die Benutzung der Wolfenbüttlerstraße gestattet ist, gestrichen werde.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Wolff der Ansicht, daß die Vorschläge durchaus vernünftig und annehmbar erscheinen und deshalb empfohlen werde, denselben beizutreten,

was ohne weitere Besprechung geschieht.

III. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Der Sattler Becker und der Gärtner Seute haben um Erlass der Steuer für einen Wachhund gebeten, jedoch giebt der Herr Vorsitzende anheim, beide Gesuche der bisherigen Gepflogenheit gemäß abzulehnen.

Herr Bauermeister bittet, das Seute'sche Gesuch zu genehmigen, da die Leute einsam am Domesee wohnen und einen Wachhund nothwendig gebrauchen, die Steuer sie aber bei ihrer Bedürftigkeit drücke.

Der Herr Vorsitzende möchte warnen, dem Antrage stattzugeben, wenn nicht die Versammlung mit ähnlichen Gesuchen überschüttet werden wolle.

Beide Gesuche werden darauf abgelehnt.

Dagegen genehmigt die Versammlung das Gesuch des Forstaspiranten Diekmann um Erlaß der Steuer für einen Jagdhund, welchen sich der Genannte in der Annahme angeschafft hatte, daß der Hund nach § 65, Abs. 2 des Verwaltungstatuts steuerfrei sei und welcher nach Richtigstellung dieser irrigen Annahme sofort wieder abgekauft worden ist.

IV. Antrag Löschigt: Umsetzung einer Anschlagssäule.

Der in der vorigen Sitzung begründete Antrag — Seite 219 des Berichts — ist von der Baucommission vorberathen worden. Wie Herr Nieß namens derselben berichtet, ist zunächst der gegen den betreffenden Baubeamten gerichtete Vorwurf des Herrn Löschigt unbegründet, da den Beamten kein Vorwurf treffe und lediglich ein Irrthum zu Grunde liege. Was den Antrag selbst betreffe, so sei die Commission übereingekommen, der Versammlung zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, daß die Anschlagssäule von der jetzigen Stelle beseitigt und es der Zeit überlassen werde, bis sich ein geeigneterer Platz für sie finde, indem beide Plätze für die Säule nicht für zweckmäßig gehalten würden.

Herr Löschigt will auch seinerseits die gegen den betr. Baubeamten irrtümlicherweise erhobene Beschuldigung zurücknehmen.

Auf die Frage des Herrn Lord, ob die Stadt bei gänzlicher Beseitigung der Säule nicht mit dem Unternehmer Wilke in Conflict komme, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß denselben in dem Vertrage eine bestimmte Anzahl Säulen nicht zugesichert sei und man daher solche Befürchtung nicht zu hegen brauche.

Herr Günther ist der Meinung, daß sich auf dem Altstadtmarkte ein geeigneter Platz für eine Anschlagssäule finden müsse.

Herr Nieß kann ein Bedürfniß, die Säule auf einem anderen Plage des Altstadtmarktes sofort wieder unterzubringen, nicht anerkennen, da in der unmittelbaren Nähe desselben genug Anschlagssäulen vorhanden seien.

Herr Müller möchte bei dieser Gelegenheit nochmals dem Wunsche Ausdruck geben, daß auch die Säule am Steinwege gegenüber dem Theater endlich vom Fußwege beseitigt würde, da sie den sehr lebhaften Fußgängerverkehr erheblich beenge und viel zweckmäßiger gegenüber dem Theaterparke südlich vom Theater stehen würde.

Herr Rieke kann nicht finden, daß die betr. Säule am Steinwege einen so ungünstigen Platz habe. Vielleicht komme man hier auch noch einmal dahin, daß man die Anschlagssäulen wie in Magdeburg zur Aufnahme der electrischen Drähte für die Feuermelder zc. mit verwende.

Der Antrag der Baucommission wird darauf angenommen.

V. Antrag G ü n t h e r und C e n . : Instandsetzung des Hafenwinkels.

Wie Herr Meyerhoff namens der Baucommission über den in der letzten Sitzung begründeten Antrag — Seite 219 des Berichts — berichtet, treffe die städtischen Behörden an der Verzögerung der Instandsetzung des Hafenwinkels keine Schuld, da die Verwaltungsdeputation der Feldmarksinteressentschaft Hagen schon am 24. December 1895 eine Aufforderung erhalten habe, den Weg zu bessern und in den Monaten Juli, August und September 1896 an die Erledigung erinnert worden sei. Als dieses nichts geholfen habe, sei der Vorsitzende der Verwaltungsdeputation in Strafe genommen worden und habe dieses endlich dahin geführt, daß der Weg nunmehr in zufriedenstellender Weise hergerichtet sei. Leider seien aber keine gepflasterten Gassen vorgesehen, auch müßte unten am Berge ein Einlaufschacht angelegt werden. Die Baucommission beantrage daher, den Weg als ordnungsmäßig in Stand gesetzt anzusehen, dabei aber den Magistrat zu ersuchen, möglichst dahin zu wirken, daß auf der einen Seite des Weges eine gepflasterte Gasse und an betreffender Stelle ein Einfallschacht angelegt werde.

Herr Kieke ist mit diesem Antrage einverstanden, möchte aber wünschen, daß die Feldmarksinteressentschaft Hagen gegenüber dem wenig pünktlichen Vorgehen ihres Vorsitzenden Weinschenk einmal energisch auftrete. Eine Gasse lasse sich mit wenig Kosten von alten Kieselsteinen bald herstellen und würde dann die Flickerei dort aufhören.

Herr Rathe muß es für zu weitgehend halten, von der Interessentschaft noch gepflasterte Gassen und Einfallschächte zu verlangen. Das Wasser fließe vom Andreaskirchhofe derartig stark auf diesen Weg, daß derselbe niemals länger als zwei Jahre in Ordnung bleiben werde. Andererseits sei schon im Januar berichtet worden, daß dort ein Hydrant so hoch stehe, daß Jedermann darüber falle, aber es sei bis heute in der Sache noch nichts geschehen. Im Uebrigen habe sich der Weg in demselben guten Zustande befunden, wie der Weg am H. Exercierplatz und an der Parkstraße und wenn die Anlieger des Hafenwinkels zu den Straßenbaukosten sollten herangezogen werden, würden sie mit ihrem Wege schon zufrieden sein. Von der Interessentschaft könne Niemand verlangen, daß sie auf ihren Wegen Trottoirplatten lege, sondern es könne nur eine ordnungsmäßige Instandsetzung erwartet werden. Wenn er auch zugeben wolle, daß der Vorsitzende der Interessentschaft die Magistratschreiber pünktlicher hätte erledigen können, so müsse er doch zu bedenken geben, daß die Vorstandsmitglieder ihr Amt ohne jede Entschädigung verwalten und sie davon recht viel Mühe haben. Den Anwohnern müsse aber bei Strafe untersagt werden, Schutt auf die Straße zu werfen, sonst helfe die ganze Instandsetzung nichts.

Herr G^unt^her möchte bitten, auch die Beleuchtungsverhältnisse der Straße in Rücksicht zu ziehen und dort noch einige Laternen aufzustellen, damit in der Dunkelheit Niemand zu Schaden kommen könne.

Die Versammlung stimmt sodann dem Antrage der Baucommission zu.

VI. Gesuch um weiteren Ausbau der Ringstraße.

Der Maurermeister Wiethake ist bei der Versammlung dahin vorstellig geworden, daß die Arbeiten des Hagenring-Durchbruches an der Husarenstraße beschleunigt werden möchten, weil sich sonst die Wohnungen in seinem dort neu errichteten Hause schlecht vermietthen lassen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, wird über das Gesuch zur Tagesordnung übergegangen.

VII. Anlage einer Gassenbrücke.

Die Firma R. Rittmeyer & Co. ersucht, vor dem Thorwege des Hauses „an der Martinikirche N^o 1“ wegen des vielen Ein- und Ausfahrens eine Gassenbrücke anlegen zu lassen, und giebt der Magistrat anheim, diesem Antrage unter Bewilligung von 120 M zuzustimmen.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt, die Ausgabe zu bewilligen, wenn auch aus dem Gesuche nicht klar hervorgehe, ob die Firma Rittmeyer die Kosten etwa selbst tragen wolle.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob nach dem Pachtvertrage vielleicht derartige geringe Kosten von der Firma Rittmeyer zu tragen seien.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß solche Bestimmung im Vertrage nicht enthalten sei. Da nun allseitig anerkannt werde, daß die betreffende Einfahrt durch die neue Pflasterung verschlechtert sei, so liege es in der Billigkeit, diese Kosten stadtseitig zu übernehmen.

Nachdem sich noch die Herren Seele und Blasius für die stadtseitige Uebernahme der Kosten ausgesprochen hatten, wird die Vorlage genehmigt.

VIII. Kosten der Friedrichstraße.

Von den Anliegern der Friedrichstraße sind nach den aufgestellten Berechnungen für den Straßenausbau Beiträge in Höhe von 20,90 M zu entrichten und giebt der Magistrat anheim, diese Kosten in der berechneten Höhe festzusetzen,

was nach Befürwortung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, geschieht.

IX. Auswechselung des Wasserrohrs in der Spinnerstraße.

Gelegentlich des Feuers, durch welches im Juni d. Js. ein Theil der hiesigen Jutespinnerei zerstört wurde, hat sich herausgestellt, daß die Wasserzuführung durch das städtische Wasserwerk zur Bewältigung eines größeren Feuers in dem Etablissement nicht ausreichend sei. Wenn auch die inzwischen angestellten Ermittlungen ergeben haben, daß durch das vorhandene Wasserrohr 3—4 Schlauchlagen gespeist werden können und daß die Wasserzuführung für den laufenden Bedarf als genügend zu erachten ist, so empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrates dennoch, auf die Legung eines 200 mm weiten Wasserrohrs an Stelle des 100 mm weiten Rohres in der Spinnerstraße Bedacht zu nehmen und zwar unter der Bedingung, daß die Fabrik die Hälfte der entstehenden Kosten übernimmt. Der Magistrat beantragt daher, die Auswechselung des Rohres zu genehmigen und die Hälfte der anschlagsmäßigen Kosten mit 2137,50 M zu verwilligen.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, angenommen.

X. Gesuch um einstweilige Befreiung von Straßenbaukosten.

Der Kupferschmiedemeister Hugo Görz hat die Versammlung gebeten, dahin wirken zu wollen, daß er bis zu einer weiteren Bebauung seines am Wendenthore Nr 1 gelegenen Grundstücks, oder bis dahin, daß das Grundstück in anderen Besitz übergehen sollte, von Zahlung der Straßenbaukosten im Betrage von 4750,55 M befreit bleibe.

Wie Herr Blasius namens der Statutencommission berichtet, hat der Antragsteller angenommen, sich durch Unterzeichnung eines Protocolles gegen die sofortige Zahlung der Straßenbaukosten gesichert zu haben, zumal da seiner Nachbarin, der Wittve Daubert, eine gleiche Vergünstigung eingeräumt sei. Nach der Ansicht der Commission sei der Zugang zu dem Görz'schen Grundstück, speciell zu dem Pferde-
stalle, durch den Straßenbau thatsächlich erschwert, so daß es sich wohl empfehle, dem Bittsteller entgegenzukommen. Es werde deshalb vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, den vorstehenden Betrag von 4750,55 M auf das Görz'sche Grundstück zinsfrei eintragen zu lassen und den Betrag erst dann zu erheben, wenn das Grundstück ganz oder theilweise neu bebaut werde oder in andere Hände übergehe.

Dieser Antrag wird nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Lord angenommen.

XI. Anlauf eines Grundstücks an der Pflegehausstraße.

Um eine stärkere Inanspruchnahme und eine den hygienischen Anforderungen entsprechendere Benutzung des städtischen Krankenhauses zu ermöglichen, sind die bisher in Räumen des Krankenhauses untergebrachten durchschnittlich 25 arbeitsfähigen weiblichen Pfleglinge seit dem 1. April d. Js. in dem zu diesem Zwecke für den Jahresmiethpreis von 1400 M gepachteten, an der Pflegehausstraße № 17 gelegenen Grundstück des Bautechnikers Meyer einquartiert. Da der Eigentümer mit der Absicht umgeht, dieses Grundstück zu verkaufen, so empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrates, dasselbe für die Stadt zu erwerben. Der Magistrat ersucht demzufolge, sich mit dem Erwerbe des Grundstücks zu dem als angemessen anerkannten Preise von 23500 M einverstanden zu erklären und wird dabei bemerkt, daß im Falle des Grundstückserwerbes die als nothwendig anerkannten Erweiterungsbauten des Pflege- und Krankenhauses noch um etwas hinausgeschoben werden und daß die Stadt das Grundstück für diesen Preis jederzeit wird weiter verkaufen können.

Die Finanzcommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Fiedel den Anschauungen des Magistrates an und empfiehlt die Genehmigung der Vorlage.

Herr Ebeling muß das Pflegehaus auch für so überfüllt erachten, daß weitere Pfleglinge dort nicht untergebracht werden können. Dennoch möchte er aber warnen, das Meyer'sche und das Hilgenbag'sche Haus dauernd als Aushülfe zu verwenden, weil die Zustände dort in sittlicher Beziehung sehr zu wünschen übrig lassen. Es seien in dem Hause weibliche Personen untergebracht worden, welche den ehrenwertheften Charakter nicht haben und die außerdem theilweise in Folge von Verstümmelungen einen schlechten Eindruck machen, so daß das hart an der Straße liegende Haus sich hierzu nicht eigne. Wenn man nun berücksichtige, daß die Personen Abends fast ohne Aufsicht seien, da die eine Oberin sie nicht in Bänden halten könne, und daß vom gegenüber liegenden Pflegehause regelmäßig Abends verschiedene Insassen vor dem Hause Aufstellung nehmen und mit den weiblichen Pfleglingen sich über die Straße weg unterhalten, so müsse man doch befürchten, daß hierdurch die ganze Gegend etwas in Verruf komme. Außerdem mache der Verkehr der in dem Hause untergebrachten Pfleglinge nach und von dem Pflegehause über die Straße weg einen schlechten Eindruck, da es schon öfter vorgekommen sei, daß die eine oder andere dieser Personen auf der Straße niedergefallen sei und widerliche Scenen hervorgerufen habe. Wenn sich die Stadt bei dem Erwerbe des Hauses auch jährlich um mehrere hundert Mark besser stehe, als bei der Ermietzung, so möchte er doch anheimgeben, das Haus vorläufig noch miethweise weiter zu benutzen und von dem Ankaufe desselben abzugehen. Er bitte also um Ablehnung der Vorlage.

Herr Koch tritt diesen Ausführungen vollständig bei, da ihm von sachkundigen Leuten auch empfohlen sei, das Haus nicht anzukaufen, weil dasselbe zu nahe im Verkehre liege. Es solle sich bei den Insassen um 22, theilweise schwachsinige, weibliche Personen handeln, welche durch Lärm und Schlägereien häufig einen Menschenauflauf erregen. Darum bitte er, den Kauf einstweilen noch zurückzustellen, da die Stadt über kurz oder lang doch vor einem Erweiterungsbau des Pflegehauses, bezw. einem Neubau des Krankenhauses stehe. Dazu komme noch, daß die Aufsicht in diesem Hause eine mangelhafte sein müsse und dasselbe bald so wie so nicht mehr ausreiche.

Herr Stadtrath Meyer möchte darauf hinweisen, daß es sich bei diesem Erwerbe darum handle, der Stadt aus der Verlegenheit zu helfen: das Pflegehaus sei überfüllt und das Krankenhaus so belegt, daß es billigen Anforderungen kaum noch entspreche. Man habe deshalb zuerst das Hilgendag'sche und später dieses Meyer'sche Grundstück, letzteres miethweise, zu Hülfe genommen. Nun wolle aber der Eigentümer desselben das Haus verkaufen und die Armenverwaltung wisse dann nicht, wo sie diese Pfleglinge unterbringen solle. Seiner Ueberzeugung nach mache man mit dem Kaufe ein ausgezeichnetes Geschäft und handle es sich hierbei auch keineswegs darum, in Folge des Erwerbs den Erweiterungsbau beim Pflegehause ins Ungewisse hinauszuziehen. Die Vorlage wegen eines Neubaus sei nur vorläufig in Folge der nicht sehr glänzenden finanziellen Verhältnisse der Stadt noch vertagt worden. Die von den Herren Ebeling und Koch erhobenen Vorwürfe über die schlechte Haltung der Leute komme ihm überraschend, weshalb er sich darüber nicht äußern könne. Die 25 Personen, welche meistens einen kleinen Mangel in körperlicher oder geistiger Beziehung besäßen, würden übrigens während des Tages im Pflegehause beschäftigt und könnten zu Klagen nur am frühen Morgen und späten Abend Veranlassung gegeben haben, jedoch sei hierbei zu berücksichtigen, daß den Pfleglingen eine Art Oberin vorgesetzt sei, welche doch auch auf Ordnung halten werde. Wenn daher hier von einem Mißstande gesprochen werde, der der ganzen Gegend einen schlechten Ruf gebe, so könne er dieses um so weniger begreifen, als das Meyer'sche Haus der Wohnung des Pflegehaus-Inspectors Bodt gegenübertiege und dieser als eine Persönlichkeit bekannt sei, die Ordnung aufrecht erhalten könne. Es möge wohl sein, daß dort öfter Unterhaltungsgepräche über die Straße weg gepflogen seien, aber von einer Störung der öffentlichen Ordnung könne wohl nicht die Rede sein. Er gebe dringend anheim, diesem sehr günstigen Kaufe zuzustimmen.

Herr Stadtrath Zievers kann sich nicht denken, daß der Zustand ein so schlimmer sei, wie ihn die Herren Ebeling und Koch geschildert haben. Als Rechnungsführer des dicht daneben gelegenen Luchtmann'schen Waisenhauses komme er sehr

häufig in die Gegend, habe aber bislang Klagen von der Waisenmutter noch nie gehört

Herr Blasius ist durch die Mittheilungen der Herren Ebeling und Koch ebenfalls überrascht und würde wegen des Häuserwerbes doch bedenklich werden, namentlich wenn der Magistrat beabsichtige, das Haus als ein Definitivum zu benutzen. Er halte es gegen alle Grundsätze über die Pflege solcher geistig oder körperlich defecten Personen, daß man sie in Räume unterbringe, welche durch eine Straße von dem Hauptgebäude getrennt liegen, und komme dieses auch weder in Pflegehäusern noch in Krankenhäusern vor. Andererseits müsse er aber zugeben, daß hier momentan ein Nothfall vorliege. Deshalb möchte er beantragen, die Vorlage nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß die Unterbringung der Pfleglinge in dem Hause ein Provisorium bilde und bald dauernde Abhülfe geschaffen werde. Bei einem Besuche des Pflegehauses habe er dort eine musterhafte Ordnung vorgefunden und sei es kaum zu begreifen, wie der Inspector Bock die Leute bei den geringen Raumverhältnissen noch so gut unterbringe. Jedenfalls müsse aber nach einigen Jahren durch neue Baulichkeiten auf dem Grundstücke des Hauptgebäudes mehr Raum geschaffen werden.

Herr Oberbürgermeister Bockels möchte erwähnen, daß es durchaus nicht in der Absicht weder der Pflegehausverwaltung, noch der Armendirection, noch des Magistrats liege, dieses Meyer'sche Haus dauernd zu dem Zwecke der Belegung mit alten Frauen zu benutzen, sondern es sich nur um die Abstellung einer augenblicklichen Nothlage handle. Daß übrigens das Krankenhaus in seiner gegenwärtigen Verbindung mit dem Pflegehause auf die Dauer den Anforderungen nicht mehr entsprechen könne, sei schon des Oefteren erörtert worden. Bei Festlegung der von der Stadt zu befriedigenden Bedürfnisse sei magistratsseitig auch schon der Neubau eines Krankenhauses in Aussicht genommen. Die Schwierigkeit der Aufstellung des Planes für ein neues Krankenhaus liege einmal darin, daß man bei den beteiligten Organen noch immer im Zweifel darüber sei, ob einem vollständigen Neubau mit Trennung beider Abtheilungen ein Ergänzungsbau vorzuziehen sei, und außerdem in dem Umstande, daß aus den Leihmitteln der Stadt augenblicklich kein Geld zur Verfügung stehe. Mit den angeliehenen 6 Millionen Mark wolle man für 8 Millionen Mark Bedürfnisse befriedigen und gedenke, den Rest durch Veräußerung von realisirbaren Grundstücken zu beschaffen. Da dieses sich erst in den nächsten Jahren ausführen lasse, so seien augenblicklich keine Mittel vorhanden und wegen einer Summe von 1 000 000 M. könne man doch nicht an den Markt gehen, um neuen Credit zu bekommen. Das Haus solle also nur so lange Zeit im Besitze der Stadt hege die Ueberzeugung, daß die Stadt bei dem demnächstigen Wiederverkaufe keinen Schaden machen werde.

Herr Ebeling versichert, daß seine vorherigen Angaben aus zuverlässiger Quelle stammen. Er selbst habe beobachtet, daß die Frauenzimmer aus den Fenstern hingen und mit durchgehenden Spinnereiarbeitern pouffirt haben; es seien bei dieser Gelegenheit ganz unpassende Redensarten gefallen, die jede anständige Dame veranlassen müßten, eine solche Gegend zu meiden. Wenn er auch die Zwangslage der Stadt einsehe, so möchte er doch bitten, sich die Sache erst noch reiflich zu überlegen, aber auf keinen Fall eine Hinausschiebung des Neubaus eines Krankenhauses durch den Kauf zu bewirken.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte noch anführen, daß das zu Pflegehauszwecken mit benutzte Hilgendag'sche Haus nicht mehr lange stehen bleiben könne, da dasselbe der sehr nothwendigen Verbreiterung der Straße zum Opfer fallen müsse. Wenn die Frauen im Meyer'schen Hause sich ungebührlich benähmen, könnte dem Hinausgucken derselben aus den Fenstern durch deren Veränderung leicht abgeholfen werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage unter der Bedingung angenommen, daß die Unterbringung der Pfléglinge im Meyer'schen Hause nur eine provisorische sein solle.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich mit dieser Einschränkung namens des Magistrates einverstanden.

XII. Antrag Rathe: Anbringung einer Straßenlaterne und Beseitigung eines Hydranten.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung eruchet den Stadtmagistrat um recht baldige Anbringung einer Straßenlaterne an der Ecke der Tauben- und Spargelstraße;

sowie ferner um Beseitigung oder Verlegung des Büstenweg Nr. 58 ca 50 cm im Fußwege liegenden Hydranten, um die Passanten vor Unfällen zu schützen, oder um Anbringung einer Laterne daselbst“.

Zur Begründung führt Herr Rathe aus, daß der sehr rege Personen- und Fuhrwerkverkehr in der Taubenstraße die bessere Beleuchtung derselben nothwendig mache, um die Passanten vor Unfällen zu bewahren. Der am Büstenwege im Fußwege liegende obenbezeichnete Hydrant müßte aber beseitigt oder beleuchtet werden, weil die Passanten sonst sehr leicht darauf zulaufen und sich verletzen können.

Der Antrag wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen und der weitere Antrag des Herrn Rathe auf sofortige Berathung des vorstehenden Antrages abgelehnt.

XIII. Antrag Rathe: Säumige Förderung der städtischen Bauten.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung spricht ihr Mißfallen aus über die säumige Förderung der städtischen Bauten (Markthalle und Gebäude am städtischen Fuhrparke) und ersucht den Stadtmagistrat um Aufklärung, wodurch eine derartige Verschleppung dieser Arbeiten habe eintreten können;“

bemerkt Herr Rathe, daß er sich für den Markthallenbau besonders interessirt und gefunden habe, derselbe werde zu langsam gefördert. In der Bürgerschaft erzeuge es allgemeines Mißfallen, daß die Markthalle immer noch nicht fertig sei, obwohl in Aussicht gestellt sei, sie zum 1. October d. Js. unter Dach und Fach zu haben. Es gewinne bald den Anschein, als wenn bei der städtischen Bauverwaltung hier und da ohne Disposition gearbeitet und ein Bau angefangen werde, ohne daß man die Ausführung desselben schon genau erwogen habe. Beispielsweise habe er gesehen, wie die städtischen Pferde ca. 3000 cbm Erde von dem Bauplätze fortgefahren haben, welche sie jetzt wieder hinfahren müssen, nachdem, wie es heiße, Herr Bürgermeister Metemeyer einen erleuchteten Gedanken gehabt haben solle, der die Veranlassung zu der Aenderung gegeben habe. Wenn das ein Privatmann thue, so würde es zu seinem Ruin führen, aber die Stadt habe ja einen großen Geldbeutel. Außerdem führe man erst das Fundament-Mauerwerk zu den letzten Säulen aus, nachdem schon mit der Dachconstruction begonnen sei, während dieses sonst bei jedem Bau die erste Arbeit sein müsse. Endlich habe man nun das Dach glücklich oben, da wisse man nicht, wo man mit den Abwässern bleiben solle, wahrscheinlich weil bei Aufstellung des Bauprojectes nicht daran gedacht sei, und jetzt müsse erst ein Nothbehelf eingerichtet werden, damit man das Wasser los werde. Auch habe er sich überzeugt, daß dort bei 3° Kälte noch gemauert werde, obwohl das doch sonst die Baupolizei untersage, und daß man erst aufgehört habe, nachdem die Wasserleitung eingefroren sei. Alle diese Sachen erscheinen so drastisch, daß man sollte glauben, sie könnten gar nicht vorkommen. Von der Deputation habe er bei ihrer Wahl geglaubt, sie werde den Bau energisch fördern, er habe sich aber sehr getäuscht. Bei den Bohrungen nach Wasser haben Mitglieder der Deputation ohne Zustimmung des leitenden Ingenieurs bohren lassen und Erfolg dabei gehabt, aber hier scheine der leitende Baumeister den Herren überlegen zu sein, denn sie haben sich gescheut,

energisch dagegen vorzugehen und es solle auch seit einem halben Jahre keine Sitzung der Deputation stattgefunden haben. Zum Schluß könne er noch die freudige Mittheilung machen, daß es den Anstrengungen der Herren Bürgermeister Metemeyer und Stadtbaurath Winter gelungen sei, den großartigen Bau in der Taubenstraße in einem Jahre glücklich zum Beziehen fertig zu bringen, einen Bau, den eine leistungsfähige Firma in acht Wochen fertiggestellt hätte. Solchen Verzögerungen gegenüber müsse man der Verwaltung das Mißfallen aussprechen und bitte er deshalb, seinen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XIV. Antrag Uhde: Abkappung von Bäumen.

Der Antrag, welcher lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die beiden Baumreihen in der Jerusalemstraße auf eine Höhe von 5 bis 6 Metern abgekappt werden“; wird von Herrn Uhde in folgender Weise begründet: Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Anliegern der Neuen Promenade wegen Bichtung der dort stehenden Baumreihen zu einer Einigung nicht geführt haben, empfehle es sich, einmal einen Versuch mit dem einen Tractus von Bäumen auf der Jerusalemstraße zu machen. Man habe hier gar zu verschiedene Ansichten über die Bepflanzung der Straßen mit Bäumen. Einige Arten von Bäumen, wie auf dem Wenden- und Altwiekinge, würden als Kugeln gezogen, andere lasse man frei wachsen und zu diesen bevorzugten Bäumen gehörten die Kastanien und Platanen. Man erlaube also gerade den Bäumen, welche am schnellsten wachsen, daß sie den Anliegern Luft und Licht nehmen. Auf der Gaußstraße könne man sich hiervon am besten überzeugen, indem dort vier Reihen Kastanienbäume dicht hinter einander stehen, welche, da man sie wachsen lasse, 9 bis 10 Meter hoch seien, aber eine Höhe von 16 bis 20 Metern erreichen können. Ziehe man diese Bäume wie eine Palme, so werde der Kopf die unteren Räume der anliegenden Grundstücke stets beschatten. Er müsse es als einen zu starken Eingriff in die Privatrechte der Bürger ansehen, wenn man auf der einen Straße die Bäume beliebig wachsen lasse und ihnen auf der anderen Straße den Kopf abschneide. Die Baucommission, von welcher der vorstehende Antrag eingebracht werde, sei der Meinung, daß man einmal versuchen möchte, auf der Jerusalemstraße die Bäume abzuschneiden; es geschehe dieses in sehr practischer Weise, wenn man die Bäume von der Seite wachsen lasse und ihnen den Kopf abschneide, da sie dann einen 2 bis 3 Meter breiten Laubengang bilden, wie sich solche Anlagen in Gmunden, Baden, Lindau 2c. finden. Er bitte, sich dem Antrage anzuschließen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in welcher Herr Vord erklärt, daß man staunen müsse, wie ein Anlieger der Neuen Promenade habe einen Antrag auf Beseitigung der Bäume stellen können, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Der Herr Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung.

Dauer von 4 bis nach 5 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1896|97.

Nr 10.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. Januar 1897.

Tagesordnung:

I.	Antrag Bues u. Gen.: Maßregelungen hiesiger Einwohner	Seite 238
II.	" Wollenweber: Instandsetzung des Regidentkirchhofes	" 241
III.	" Mathe: Anbringung einer Laterne und Beseitigung eines Hydranten	" 242
IV.	Antrag Mathe: Säumige Förderung städtischer Bauten	" 242
V.	Antrag Uhlde und Gen.: Abkappen von Bäumen	" 255
VI.	Kosten der Chemnitzstraße	" 258
VII.	Verlängerung des Straßencanals zc. in der Gellerstraße	" 258
VIII.	Instandsetzung der St. Andreas- und der St. Martinikirche	" 258
IX.	Einrichtung von Wasserclojets für eine Bürgerschule	" 260
X.	Terrainerwerb für einen Kirchenbau	" 260
XI.	Ausbau eines Theiles der Kohnstraße	" 261
XII.	Kosten des ausgebauten südlichen Theiles der Uhldestraße	" 261
XIII.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 261
XIV.	Terrainerwerb zur verl. Ufermannstraße	" 262
XV.	Kosten der ausgebauten Wabeistraße	" 262
XVI.	Ausbau der Meßtwete	" 262
XVII.	Terrainentschädigung für das neue Gaswerk	" 262

XVIII.	Benutzung des Holländischen Gartens	Seite 263
XIX.	Ausbau eines Theiles der Juliusstraße	" 264
XX.	Errichtung einer mittleren Mädchenbürgerchule	" 265
XXI.	Anfrage Löblich: Beseitigung der Anschlagssäule auf dem Markt- markte	" 267
XXII.	Antrag Uhlde: Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek. . .	" 268

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Blasius und Löbbecke.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler, theilt derselbe zunächst ein Schreiben des Vorstandes des Architekten- und Ingenieur-Vereins mit, in welchem gebeten wird, ein früheres Schreiben des Vereinsvorstandes, betr. die Ausschreibung eines Wettbewerbes zu den bevorstehenden beiden Kirchenbauten, der Versammlung gelegentlich der Vorlage bei Punkt X der Tagesordnung erneut zur Kenntniß zu bringen, was damit geschehen sei.

Sodann wird zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen.

I. Antrag Bues u. Gen.: Maßregelungen hiesiger Einwohner.

Der in der Sitzung vom 12. November 1896 gestellte und begründete Antrag — Seite 217 des Berichts — lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, an geeigneter Stelle vorstellig zu werden, damit die fortgesetzten Maßregelungen seitens der Herzogl. Polizei-Direction gegen hiesige Einwohner, speciell Wirthe, aufhören, weil dadurch die Steuerkraft und der Ruf der Stadt bedeutend beeinträchtigt werde.“

Die unmittelbare Veranlassung zu diesem Antrage bot, wie Herr Wolff namens der Statutencommission berichtet, die Verhaftung des Restaurateurs Lüh hieselbst. Das weitere, von dem Stadtverordneten Bues theils in der Versammlung, theils in der Commission vorgebrachte Material gipfete in verschiedenen Beschwerdepunkten, welche sich in folgender Weise zusammenfassen lassen: Zunächst sei vorgebracht worden die angeblich wechselnde Behandlung von Wirthen wegen der Polizeistunde — ohne Verschiedenheit der unterliegenden Verhältnisse — und zwar je nachdem der Polizei-Director oder sein erster Hülfbeamter, Regierungs-Assessor Koch, verfügt habe; auch sei das dabei beobachtete Verfahren gerügt worden. Sodann sei erfolgt die Rüge der angeblich unterschiedlichen Behandlung seitens des Polizei-Directors einerseits und des ersten Hülfbeamten andererseits, und zwar

gegenüber einem Wirth, der auf Rath des Polizei-Directors sein Café in ein Restaurant mit Café erweitert habe, um wegen der Polizeistunde als Restaurateur behandelt zu werden, alsdann aber nach Erweiterung des Betriebes in seinen Erwartungen fehlgegangen sei. Ferner habe man gerügt das angebliche Verhalten des ersten Hülfbeamten wegen Behandlung eines Wirthes, der angeblich veranlaßt sei, die Beschwerde gegen eine Haftverfügung zurückzuziehen und solches in der Annahme, er werde dann wegen der Polizeistunde besser behandelt, gethan, sich aber in seinen Erwartungen hinterher getäuscht gesehen habe. Außerdem sei gerügt die angeblich ohne Rechtsgrund versuchte und nur auf energischen Widerspruch unterbliebene zwangsweise Schließung eines Theaters.

Diese Beschwerden seien mit den schriftlichen Versicherungen der Betheiligten vorgelegt, in einem Falle unter Angabe von Zeugen. Sodann habe Herr Bues unter Bezugnahme auf seine eigene Wissenschaft und auf ein kürzlich gegen ihn ergangenes freisprechendes Erkenntniß des Schöffengerichts, sowie auf die auch sonst angeblich leicht mögliche Feststellung der Thatfachen gerügt die angebliche Benützung von Spiegeln bei Controlirung von Tanzmusiken und das Verfahren hierbei seitens des Polizeiinspectors, ferner das angebliche Verhalten der Polizei gegenüber den Tanzvergünungen im Allgemeinen unter Klage unsachgemäßer und ungleichmäßiger Behandlung bei der Erlaubniß und der Höhe der Tanzgelder. Alle diese Fälle seien bislang auf ihre Thatsächlichkeit und die begleitenden Umstände nicht untersucht worden, weshalb ein Urtheil über sie nicht gefällt werden könne. Andererseits liege kein Grund vor, dieselben von vornherein als unwahr zu behandeln. Unter diesen Umständen glaube die Commission sachgemäß zu handeln, wenn sie der Versammlung empfehle — abgesehen von einem des Weiteren zu erörternden Punkte — das gesammte Material dem Stadtmagistrate zur weiteren Prüfung zu überweisen und zwar mit dem Ersuchen, da, wo sich Mißstände ergeben sollten, die zur Abstellung derselben zweckdienlichen Schritte zu ergreifen. Die Commission gehe dabei von der Erwägung aus, daß, soweit die mitgetheilten Beschwerden sich bewahrheiten sollten, den betheiligten Beamten der Herzoglichen Polizei-Direction der Vorwurf mangelnder Einheitlichkeit in der Leitung und auch mangelnder Sachlichkeit nicht eripart bleiben könne. Bevor indessen diese Feststellungen genau getroffen seien, entziehe sich naturgemäß die Voraussetzung dieses Ausspruches der Cognition der Versammlung und deshalb empfehle sich die Ueberweisung des Materiales an den Magistrat.

In einer Hinsicht glaube jedoch die Commission weiter gehen zu müssen und zwar betreffe dieses die Verhaftung des Restaurateurs Lutz. Es sei in der Commission eine Uebereinstimmung der Meinungen über die Frage, ob im vorliegenden Falle die Haftstrafe bei richtiger Gesetzesanwendung überall hätte angewendet werden dürfen, nicht erzielt worden. Aber selbst bei Anerkennung der grund-

sächlichen Zulässigkeit dieser Strafe erscheine im Fragefalle die Anwendung derselben auch dann nicht angemessen, wenn, wie es den Anschein habe, Herr Luz den Anordnungen wegen der Polizeistunde sich geüffentlich widersezt habe. Bei einem derartigen Verhalten wäre die Herzogliche Polizei-Direction in der Lage gewesen, sowohl — nach vorgängiger Vietung der Polizeistunde — das Local des Herrn Luz räumen zu lassen, als auch die gerichtliche Bestrafung desselben bis zu einer Geldstrafe von 60 M. und Haft bis zu 14 Tagen herbeizuführen, oder endlich, wie in Theorie und Praxis anerkannt sei, die Entziehung der Concession gegen Luz zu beantragen. Diese verschiedenen Möglichkeiten hätten die Herzogliche Polizei-Direction von der Anwendung der Haftstrafe abhalten sollen, da die Verhängung der polizeilichen Haftstrafe gegen einen Bürger unter allen Umständen als das äußerste Schuzmittel angesehen werden müsse, von dem die Herzogliche Polizei-Direction nur im äußersten Nothfalle Gebrauch machen dürfe. So lange der Herzoglichen Polizei-Direction noch derartige Mittel zu Gebote stehen, erscheine es nach der einstimmigen Ansicht der Commission unzulässig, von der Haftstrafe Gebrauch zu machen, indem die Anwendung einer solchen Strafe nach der heutigen Entwicklung des Rechtsbewußtseins unnöthig und verwerflich erscheine. Mit Rücksicht hierauf gehe der Beschluß der Commission des Weiteren dahin, den Magistrat zu ersuchen, mit allen ihm zugänglichen Mitteln gegen die Wiederholung derartiger Maßregeln Stellung zu nehmen. Dieser Antrag beziehe sich also allein auf den Fall Luz, während im Uebrigen das Material erst von dem Magistrate geprüft werden solle.

Nun könne es scheinen, als wenn der Antrag nicht allein auf unrichtige, tadelnswerthe Maßregeln der Polizei im Einzelfalle abziele, sondern überhaupt die Bekämpfung polizeilicher Maßregeln gegen Wirthe, welche auf allgemeinen Grundsätzen beruhen, bezwecke. Es sei nun bekannt, daß die Polizeistunde durch das Polizeistrafgesetz auf 11 Uhr für die hiesige Stadt festgelegt worden sei und alle darüber hinausgehende Erlaubniß von dem Ermessen der Herzoglichen Polizei-Direction abhängige. Gegen diese principielle Bestimmung von Seiten der Stadtverordneten-Versammlung anzugehen, erscheine der Commission nicht angezeigt. Man werde sich den in dieser Beziehung gegenwärtig herrschenden principiellen Anschauungen des Herzoglichen Staats-Ministeriums, welche sich mit denen der Herzoglichen Polizei-Direction decken, zu fügen haben. Er hebe dieses um deswillen hervor, weil es nach der Ansicht der Commission absolut nicht angezeigt erscheine, in der Weise, wie es Herr Luz gethan habe, Opposition zu machen gegen grundsätzlich berechnete Maßregeln der Polizei. Es sei ein ganz verkehrtes Mittel, einer auf anerkannten Grundsätzen beruhenden und im Einzelfalle aus besondern Gründen nicht zu beanstandenden Maßregel dadurch zu begegnen, daß man gegen sie bewußte Opposition mache und dabei etwa glaube, durch Bestre-

bungen Schutz zu finden, welche auf eine Beunruhigung des Publicums hinaus laufen. Man habe sich vielmehr allen polizeilichen Anordnungen, soweit sie sachlich und gesetzlich seien, zu fügen. So gut die zahlreiche, durch die noch tiefer einschneidende Verordnung über die Sonntagsruhe betroffene Classe der Gewerbetreibenden sich den bezüglich, sie theils schwer beeinträchtigenden Maßnahmen zu fügen haben, so gut müssen auch die Wirthe die sachlichen und auf dem Boden des Gesetzes sich bewegenden Maßregeln der Polizei wegen der Polizeistunde respectiren. Nur dann, wenn in der Handhabung von Einzelfällen solche Mißstände sich wirklich ergeben sollten, wie sie hier gerügt seien, würde es Sache der Stadtverordneten-Versammlung sein, dagegen im Namen der Bürgerschaft Schutz bei dem Magistrate zu suchen. (Beifall.) Er empfehle daher, folgendem Antrage zuzustimmen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt:

- 1) daß in der Versammlung und in der Commission vorgebrachte Material dem Magistrate zur weiteren Prüfung zu überweisen mit dem Ersuchen, da, wo sich Mißstände ergeben sollten, die zur Abstellung derselben zweckdienlichen Schritte zu ergreifen,
- 2) daneben aber wegen der gegen den Restaurateur Lutz vollzogenen Haftstrafe den Magistrat zu ersuchen, mit allen ihm zugänglichen Mitteln gegen die Wiederholung derartiger Maßregeln Stellung zu nehmen“.

Dieser Antrag wird ohne weitere Besprechung angenommen.

II. Antrag Wollenweber: Instandsetzung des Aegidienkirchhofes.

Ueber den in der Sitzung von 12. November 1896 — Seite 219 des Berichts — gestellten und begründeten Antrag berichtet namens der Statutencommission Herr Engelbrecht: Die Instandsetzung des Aegidienkirchhofes sei schon seit langer Zeit gewünscht worden, jedoch lägen die Rechtsverhältnisse hinsichtlich des Platzes so verwickelt, daß eine Einigung mit den theilhaftigen staatlichen Organen vor der Inangriffnahme der Arbeiten habe erzielt werden müssen. Diese Einigung sei dem Magistrate schon vor längerer Zeit gelungen und man habe auch berechnet, welche Beiträge die Anlieger zu leisten haben würden. Als damals den Anliegern, unter Angabe der Höhe der Beiträge zu 2359 M., mitgetheilt worden sei, daß die Instandsetzung des Platzes erfolgen könne, seien die Bitten um diese Instandsetzung vollständig verstummt. Jetzt habe sich nun der Magistrat der Sache von Neuem angenommen und die Anlieger, unter Mittheilung der auf sie entfallenden Kosten, zu einer Erklärung aufgefordert. Die Folge hiervon sei gewesen, daß 7 Anlieger, welche 1228 M. Beiträge zu leisten haben würden, sich ablehnend verhielten, während 5 Anlieger mit 697 M. Beitrag die Instandsetzung gewünscht hätten. Die Statutencommission empfehle bei dieser Sachlage

Uebergang zur Tagesordnung, da keine Veranlassung vorliege, jene Kosten stadtseitig zu verauslagen und auch ein öffentliches Interesse zur Instandsetzung des Regidientkirchhofes nicht anerkannt werden könne.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

III. Antrag Rathe: Anbringung einer Laterne und Beseitigung eines Hydranten.

Wie Herr Wagner namens der Finanzcommission über den in der Sitzung vom 3. December 1896 gestellten Antrag — Seite 233 des Berichts — berichtet, hat der betr. Oberflurhydrant am Büldenwege allerdings einen schlechten Platz, indem er sehr weit in den Fußweg hineingerückt sei. Eine Beseitigung oder Verlegung des Hydranten halte man aber nicht für unbedingt nothwendig, sondern man glaube, daß eine auffallende Kennzeichnung desselben genüge, um Unfälle zu vermeiden. Wenn der jetzt vorgenommene Anstrich des Hydranten mit weißer Farbe sich bei Schneefall nicht genug abhobe, wie der Antragsteller gemeint habe, so könnte ja eine andere Farbe gewählt werden. Die Commission empfehle daher der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, die Angelegenheit noch einmal einer Prüfung zu unterziehen. Der erste Theil des obigen Antrages habe dagegen inzwischen schon seine Erledigung gefunden, indem an der Ecke der Tauben- und der Spargelstraße eine Petroleumlaterne angebracht sei.

Der Commissionsantrag gelangt zur Annahme.

IV. Antrag Rathe: Säumige Förderung städtischer Bauten.

Der in der Sitzung vom 3. December 1896 eingebrachte und begründete Antrag — Seite 234 des Berichts — hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung spricht ihr Mißfallen aus über die säumige Förderung der städtischen Bauten (Markthalle und Gebäude am städtischen Fuhrparke) und ersucht den Stadtmagistrat um Aufklärung, wodurch eine derartige Verschleppung dieser Arbeiten habe eintreten können.“

Ueber diesen Antrag berichtet namens der Baucommission Herr Uhde: Die Baucommission habe unter dem Beisitz des Herrn Rathe gestern zwei Stunden über den Antrag berathen und mit Hilfe des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer alle einschlägigen Acten von Anfang an durchgesehen und daraus besonders entnommen, daß der Markthallenbau von seinem Anfang an, und nach seiner ganzen historischen Entwicklung wohl eine der schwierigsten Bau-Unternehmungen sei, welche unsere Stadt ausgeführt habe, und zwar besonders deshalb, weil der Bauplatz wegen der zu hohen Forderungen dieses und jenes Anliegers nicht von vornherein habe angekauft werden können, sondern beispielsweise die Häuser am Werder erst während

des Baues angekauft seien, und eine Schwierigkeit mit dem Nachbar Diedrich sogar bis auf den heutigen Tag noch nicht vollständig habe regulirt werden können. Es würde daraus haben folgen müssen, daß der Markthallenbau eigentlich bis heute noch nicht hätte angefangen werden dürfen, aber man hätte seitens des Magistrates den Vorschlag gemacht, den Bau zu beginnen, und diesen Vorschlag habe die Versammlung auch genehmigt. Man werde sich erinnern, daß noch während des Baues Aenderungen und Verbesserungen an dem Bauplane vorgenommen seien, daß also die städtische Bauverwaltung auch mit der Umänderung der verschiedenen Projecte die größten Schwierigkeiten gehabt habe, indem alle diese Sachen zu den größten Weiterungen Veranlassung gegeben haben. So habe sich die Sache jahrelang hingezogen. Indem von der Commission nun Datum für Datum in den Acten nachgesehen sei, habe sie freilich auch gefunden, daß die städtische Bauverwaltung einmal einen Termin versäumt habe, indem von dem Tage an, wo von ihr verlangt worden sei, ein neues Project aufzustellen, bis zu der Ablieferung desselben ein halbes Jahr hingegangen sei, und das müsse gerügt werden. Nach allen diesen weitläufigen Besprechungen habe sich die Commission zu folgendem Beschlusse geeinigt:

„Herr Rathe erkennt an, bei der Begründung seines Antrages im Eifer des Gefechtes eine scharfe Form gewählt zu haben. Die Baucommission erkennt an, daß zwar die Einreichung des Projectes sechs Monate früher hätte geschehen können, daß aber bei Ausführung des genehmigten Projectes im Allgemeinen ordnungsmäßig verfahren ist, und Verzögerungen sowie unnöthige Arbeiten — soweit solche vorgekommen — durch Aenderungen des Projectes gegenüber dem Vorprojecte und durch hinterherige, zweckmäßig erachtete Grunderwerbungen veranlaßt sind, und giebt deshalb Uebergang zur Tagesordnung anheim“.

Herr Lange will annehmen, daß das eine oder andere vom Herrn Referenten Vorgetragene zutreffe und daß man demselben zustimmen könne, aber im Ganzen genommen könne man sich doch des Gefühls nicht erwehren, daß der Markthallenbau recht, recht langsam vor sich gegangen sei. Dieses Gefühl sei in der ganzen Bürgerschaft verbreitet und lasse sich durch nichts wieder beseitigen. (Zustimmung.) Ein so langsamer Bau sei aber einfach unerhört. Wenn man die Ansicht des betreffenden städtischen Baubeamten darüber höre, so sage dieser allerdings, es sei sogar etwas ganz außerordentlich Großartiges geleistet; das sei aber nur eine Ansicht, die Ansicht Anderer sei eben eine andere. Diese andere Ansicht werde auch nicht nur in der hiesigen Bürgerschaft getheilt, sondern sie sei bereits außerhalb zur Geltung gebracht, indem beispielsweise in der Magdeburgischen Zeitung vom 5. d. M. über die Verzögerungen hiesiger städtischer Bauten geschrieben werde. Von dem Stadthausbau wolle er nichts sagen, denn das sei ein Monumentalbau, und

der werde auch noch zeitig genug fertig, aber die Verzögerung des Markthallenbaues — einfache vier Wände mit einem Dach darauf — sei unbegreiflich, auch wenn man den schlechten Untergrund in Rücksicht ziehe. Auch die Magdeburgische Zeitung klagte über den ungemein langsam fortschreitenden Markthallenbau, so daß diese Meinung nicht nur hier, sondern auch außerhalb der Stadt vertreten sei. (Zuruf: „Hiesiger Berichterstatter!“) Es könne ja möglich sein, daß der betreffende Herr der städtischen Bauverwaltung mit Arbeiten überbürdet sei, aber dann sollte man eben nicht zugeben, daß er noch Privatbauten übernehme, denn diese Zubilligung sei ihm doch nur gewährt worden in der Annahme, daß er Zeit dazu habe und die städtischen Bauten ihn nicht ganz beschäftigen. Wenn diese ihn indessen voll und ganz in Anspruch nehmen, so sollte man ihm die Erlaubniß nicht mehr zubilligen, sondern der Magistrat müsse Einsicht thun; denn zuerst kämen doch unsere städtischen Bauten. Er möchte deshalb folgenden Antrag stellen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, in Erwägung ziehen zu wollen, ob es nicht zweckmäßig sein würde, die seiner Zeit einzelnen Beamten der städtischen Bauverwaltung gewährte Vergünstigung, Privatbauten mit Genehmigung des Magistrats ausführen zu dürfen, zurückzuziehen und nöthigenfalls durch eine Gehaltserhöhung zu ersetzen“.

Zu dem Vorschlage einer Entschädigung sei er gekommen in der Annahme, daß die Erlaubniß zur Ausführung von Privatbauten doch wohl ertheilt worden sei, damit die Herren sich dadurch noch einen anderweitigen Verdienst verschaffen können; für den Fortfall dieser Nebeneinnahmen als Ersatz einen Zuschlag zum Gehalte zu bewilligen, erscheine ihm nicht mehr als recht und billig.

Herr Löschigt will darauf hinweisen, wie selbst vom Herrn Referenten anerkannt sei, daß der Markthallenbau um 6 Monate rascher hätte gefördert werden können. Niemand werde bestreiten können, daß bei dem Bau Schwierigkeiten vorgelegen haben, und ebenso werde es sich herausstellen, daß der Maurermeister dabei keine Seide spinnen werde, wenn er seine Leute jahrelang bei dem Bau halten müsse. Da er Gelegenheit gehabt hätte, die Submissionsbedingungen über die Eisenconstruktionen des Markthallenbaues einzusehen, so hätte er sich um so mehr wundern müssen, daß die Eisenconstruktionen entgegen den Bedingungen in vollem Schlackerwetter montirt und genietet seien. Sogar als Laie müsse er sich sagen, daß mit jedem Riet Wasser einschlage, wenn die Sachen bei Regenwetter zusammenmontirt werden, und daß hierdurch Rost erzeugt werde, der dann später von weßen, nicht zu dulden, daß die Sachen bei solchem Wetter montirt würden. Auf seine Frage, weshalb das Markthallengebäude noch nicht abgedeckt würde, sei ihm die Antwort geworden, man wisse noch nicht, wohin man mit dem Wasser solle.

Wenn nun auch vielleicht nicht alles von Herrn Rathe Vorgebrachte begründet sein sollte (Widerspruch), so sei doch jedenfalls im Allgemeinen die Thatsache, daß der Bau zu langsam vorgeschritten sei, nicht wegzuleugnen. In dem Antrage des Herrn Lange sei dasselbe zum Ausdruck gebracht, was die Versammlung schon vor zwei Jahren angestrebt habe und was bei dem neuen Stadtbaumeister auch durchgesetzt worden sei, daß derselbe nämlich keine Privatarbeiten übernehmen solle. Es sei damals von Herrn Lange auch schon ein entsprechender Antrag eingebracht, und er freue sich, daß heute wieder ein derartiger Antrag gestellt sei. Wenn man in der Bürgerschaft von dem Mißtrauensvotum gegen die städtischen Baubeamten höre, so müsse man doch sagen: wir begreifen nicht, wie es möglich ist, daß die Herren noch so viele Privatarbeiten machen können, wenn ihnen so wenig Zeit für die städtischen Arbeiten übrigbleibe. Er möchte deshalb bitten, den Antrag des Herrn Lange scharf zu unterstützen.

Der Herr Vorsitzende will nicht unterlassen, hervorzuheben, daß der Antrag der Baucommission zu einem Beschlusse der Versammlung erhoben werden solle. Wenn aber die Versammlung beschließen solle, daß Herr Rathe eine scharfe Form gewählt habe, so müsse er doch darauf hinweisen, daß er während seiner Thätigkeit als Vorsitzender der Versammlung einen ähnlichen Antrag noch nie habe fassen lassen und er glaube, daß das auch heute nicht geschehen dürfe. Die übrigen Theile des Commissionsantrages lassen sich halten und möge zunächst dahingestellt bleiben, ob die Begründung zutrefte; er würde aber nicht zur Abstimmung bringen lassen, daß Herr Rathe anerkenne, eine scharfe Form gebraucht zu haben, denn das sei allein dessen Sache und gehe die Versammlung heute nichts mehr an.

Herr Lord ist der Meinung, daß die an sich recht zahmen und vorsichtigen Ausführungen des Herrn Referenten doch zwischen den Zeilen lesen ließen, daß in der städtischen Bauverwaltung recht Vieles nicht in Ordnung sei, und es erscheine ihm daher nicht verwunderlich, daß darauf nur die einzige Antwort folgen konnte, welche Herr Lange gegeben habe, indem er die alte Forderung der Stadtverordneten-Versammlung von Neuem erhebe, daß den städtischen Baubeamten die Ausführung von Privatbauten für die Zukunft nicht mehr gestattet werden solle. Diese in der Finanzcommission früher schon einmal eingebrachte Forderung sei bislang ohne Folge geblieben, weil der Herr Oberbürgermeister später erklärte, er könnte sich der Sache nicht mehr erinnern. Der Antrag Lange sei ihm indessen nicht scharf genug. Die Gelegenheit, welche sich jetzt zur Regelung der Angelegenheit biete, kehre so leicht nicht wieder: er möchte deshalb über den Antrag Lange hinausgehen und folgenden Antrag stellen:

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, den städtischen Baubeamten für die Zukunft jede Privatbauthätigkeit zu untersagen“.

(Zustimmung.) Früher sei von den Baubeamten die Ausübung privater Bau- thätigkeit damit motivirt worden, daß sie sagten, die monotone Beschäftigung bei der städtischen Bauverwaltung nöthige sie, um in ihrer Kunst vorwärts zu kommen, auch zur Privatbauthätigkeit zu greifen. Das sei jetzt aber ein längst über- wundener Standpunkt, indem den städtischen Baubeamten ganz hervorragende Bauten, wie das Rathhaus, haben übertragen werden können und sich hierzu bei den noch bevorstehenden Kirchenbauten weitere Gelegenheit biete. Dieser Grund sei also jetzt vollständig hinfällig geworden.

Herr Halle schließt sich den Ausführungen des Herrn Lord an, indem auch er wünsche, daß man sich in der Weise ausdrücke, daß die heutige Versammlung beschliesse, den Magistrat zu ersuchen, die seiner Zeit den städtischen Baubeamten ertheilte Erlaubniß zur Ausführung von Privatbauten ein für allemal zurück- zuziehen. Aus den ganzen heutigen Verhandlungen gehe hervor, daß man zu der Ueberzeugung komme, die Herren haben für ihre eigentlichen und nächstliegenden Aufgaben zu wenig Zeit. Vielleicht seien dieselben nach Durchführung dieses Wunsches der Versammlung in der Lage, sich mehr den städtischen Bauten zu widmen, und er glaube daher, ein solcher Antrag würde den Herren nur angenehm sein. Die Genehmigung zur Ausführung von Privatarbeiten sei den Beamten nicht ertheilt worden, um ihnen dadurch eine höhere Einnahme zu ermöglichen, sondern es sollte dadurch eine Ablenkung von der monotonen dienstlichen Thätigkeit erzielt werden. Aus diesem Grunde könne eine Gehaltserhöhung hierbei vollständig aus- geschlossen werden.

Herrn Hauswaldt ist noch nie eine solche Abwiegung vorgekommen, wie sie heute der Herr Referent vorgenommen habe. Seiner Meinung nach liege der ganze Fehler im System, denn die Vertheilung der städtischen Bauarbeiten sei vollständig verkehrt. Es sei unmöglich, die städtischen Bauarbeiten so zu ver- theilen, daß der eine Herr nur die geisttödtenden Arbeiten der Baupolizei, der andere die anregenden künstlerischen Arbeiten der Hochbauten, der dritte die Canäle erhalte u. Man müsse jedem der Architekten einen Theil der Hochbauten mitgeben und müsse eine Einteilung der Stadt in Bezirke vornehmen, so daß jeder Bau- beamte alle Arbeiten seines Bezirks, vielleicht mit Ausschluß des Wegebaues, aus- zuführen habe. Diejenigen Herren, welche lange genug im Stadtbauamte als Mitglieder geseßen haben, würden ihm darin recht geben, daß die verschiedene Ver- theilung der Arbeiten als ein großer Mangel zu bezeichnen sei. Es lasse sich sehr wohl begreifen, wenn ein Baubeamter sich aus der öden Thätigkeit der Baupolizei heraussehne zu einer Thätigkeit für den Hochbau. Ein Beamter, wie der Stadt- baumeister Röttger, müßte einmal bauen, denn wenn er weiter nichts thue, als Pläne zu corrigiren, dann verliere er das Interesse an der städtischen Sache.

Die Schwierigkeit liege also im System und ehe man hier nicht Wandel schaffe, würden alle Anträge wenig nützen.

Herr Rathe will, nachdem er mit seiner Anregung erreicht habe, was er wollte, seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Lord zurückziehen. In der gestrigen langen Commissionsitzung habe er klar gesehen, daß er in vieler Beziehung mehr als recht habe. Er freue sich, daß der Antrag Lord eingebracht sei und möchte ersuchen, denselben einstimmig gutzuheißen. Es werde damit der Zweck erreicht, und die Bürgerschaft werde das mit Freuden begrüßen.

Herr Lange möchte seinen Antrag nochmals als die mildere Form zur Annahme empfehlen, denn er habe das Vertrauen zu dem Magistrate, daß derselbe nach der heutigen Anregung der Sache genügend nähertreten und der Versammlung mit dem richtigen Antrage selbst kommen werde. Seine Information gehe nicht so weit, um zu wissen, was den Herren überhaupt zugebilligt sei, aber ob nun sein oder der Lord'sche Antrag angenommen werde, jedenfalls möchte er bitten, daß eine Entschädigung eintrete für das, was den Herren genommen werden solle. Es erscheine ihm zweifellos, daß ihnen etwas als Ersatz zugebilligt werden müsse und deshalb eine Gehaltserhöhung anzustreben sei.

Herr Lord würde den Lange'schen Eventualantrag nur dann für gerechtfertigt halten, wenn man die Empfindung hätte, daß die städtischen Baubeamten überhaupt zu schlecht bezahlt werden. Das könne er aber nicht zugestehen, denn die Baubeamten würden genügend bezahlt und könnten keine Ansprüche darauf erheben, daß sie wegen Entfallens der Privatbauthätigkeit eine ganz besondere Entschädigung zugebilligt erhalten. Er finde einen solchen Antrag unerhört. Außerdem wolle er bemerken, daß der vor einer Reihe von Jahren von Herrn Lange eingebrachte gleiche Antrag gar keinen Erfolg gehabt hätte. Sein Antrag liege wesentlich im Interesse der städt. Bauverwaltung, denn man habe erlebt, daß gesagt sei, die Pläne von städt. Baubeamten würden zu Ungunsten der von Privatarchitekten gefertigten Pläne genehmigt, und wenn diese Behauptung auch zum allergrößten Theile unbegründet gewesen sei, so gehe man doch derartigen Beschuldigungen dann überhaupt aus dem Wege.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß für die ordnungsmäßige und rechtzeitige Ausführung der von den städtischen Behörden beschlossenen Bauten der Versammlung gegenüber der Magistrat verantwortlich sei, welcher sich dann eventuell mit der städtischen Bauverwaltung abzufinden habe. Aus diesem Grunde wolle er darauf verzichten, sich über den vorliegenden Antrag zu äußern, zumal da er ein Antrag an die Versammlung sei und nicht etwa eine Anfrage an den Magistrat. Was die Anträge Lange und Lord betreffe, so möchte er zur Erwägung verstellen, ob es nicht richtiger sei, die Anträge als selbständige von der Beschlußfassung heute auszuschließen und einer Commission zu überweisen. Die Genehmi-

gung zur Uebernahme von Privatarbeiten sei von den städtischen Behörden bei der Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten beschlossen worden und es sei mit Rücksicht auf die Nebenarbeiten der städtischen Baubeamten, soweit er sich erinnere, auch das Gehalt derselben bemessen worden.

Herr Wolff möchte die letzteren Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters ausdrücklich bestätigen. Nach dem etwaigen Wegfall der Privatarbeiten müßten die Gehälter der zweiten und dritten Baumeister als ungenügend erscheinen. Diese Empfindung habe er bei jedesmaliger Besprechung der Angelegenheit gehabt.

Der Herr Vorsitzende möchte betonen, daß bei den früheren Verhandlungen das pecuniäre Interesse niemals hervorgehoben sei, sondern man als wesentliches Moment die künstlerische Weiterbildung der Baubeamten bezeichnet habe und demnach eine Verpflichtung zur Erhöhung des Gehalts nicht bestehe.

Herr Halle muß es nach seiner Erinnerung in Abrede stellen, daß in der von den Herren Wolff und Lange bezeichneten Weise die Privatthätigkeit der Baubeamten von der Versammlung anerkannt worden sei. Als man seiner Zeit dem Stadtbaurath Winter gestattet habe, Vorlesungen im Polytechnicum zu halten, sei als Grund angegeben worden, daß derselbe hierdurch von seiner übrigen Thätigkeit einmal abgelenkt werden sollte. Der Grund, ob nicht den Beamten eine Entschädigung zuzubilligen sei, habe auch schon früher vorgelegen und sei darauf gebührend Rücksicht genommen. Durch den früher gefaßten Beschluß, daß die städtischen Baubeamten nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Magistrates Privatarbeiten ausführen dürfen, wollte man der privaten Thätigkeit der Beamten einen Kiegel vorschieben, indem man dieselbe von der Zustimmung des Magistrates abhängig machte. Deshalb könne er der Ansicht nicht zustimmen, daß man mit der Annahme des Antrages auch eine moralische Verpflichtung übernehme, die Baubeamten in ihren Gehältern aufzubessern.

Herr Nieß hat das Gefühl, als wenn hier zwei Sachen zusammengeworfen würden, die nicht zusammengehören, indem von Herrn Rathe eine Kritik in Bezug auf die Zeitdauer bei der Ausführung städtischer Bauten geübt sei und hieran nun die Frage der Erlaubniß zur Ausführung von Privatbauten geknüpft werde. Diese beiden Sachen ständen aber in gar keinem Zusammenhange. (Unruhe.) Er behaupte trotz des Widerspruchs, daß zwischen den beiden Sachen gar keine Beziehung bestehe und sie nur ganz nebensächlich mit einander verknüpft seien. Denn wer von den Vorrednern habe den Beweis dafür erbracht, daß der von dem Stadtbaumeister Osterloh ausgeführte Privatbau von Langerfeldt die Verzögerung des Markthallenbaues verursacht habe? Die Vorredner hätten sich in Bezug auf diesen Punkt in allgemeinen Redensarten bewegt, aber nicht die Spur eines Beweises dafür beigebracht. Uebrigens wolle er noch bemerken, daß der verstorbene Stadtbaumeister Meyer ihm erklärt habe, er würde sich das Recht zur Ausführung von Privat-

arbeiten nicht nehmen lassen, weil ihm dieses in seinem Dienstvertrage gewährleistet sei. Er beantrage die Anträge Lange und Lord zunächst einer Commission zur näheren Berathung zu überweisen.

Herr Nolte möchte auch bitten, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Es müsse allerdings etwas geschehen, denn es seien Verzögerungen eingetreten, welche sich nicht gehörten, aber es würde vorläufig doch genügen, wenn man den Magistrat ersuchte, dafür zu sorgen, daß solche Verzögerungen nicht mehr eintreten könnten. Wenn später die Sache trotzdem sich nicht bessern sollte, so könnte man immer noch mit strengeren Maßregeln vorgehen. Es würde deshalb ein Antrag etwa folgenden Inhalts gerechtfertigt sein:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, in Zukunft bei Ertheilung von Erlaubniß an die städtischen Baubeamten zur Anfertigung von Privatarbeiten besonders vorsichtig zu verfahren“.

Besonders wichtig erscheine es ihm, den Baubeamten nicht die Möglichkeit zu nehmen, ihr Können auch nach Außen hin zu bethätigen, weil sie sonst die Freude am Berufe verlieren würden. Dies könne für die Stadt nur schädigend wirken; dieselbe habe also ein großes Interesse daran, daß ihren Beamten die Möglichkeit der Uebernahme von Nebenarbeiten nicht absolut genommen werde. Sache des Magistrats werde es dann sein, dafür zu sorgen, daß die Erlaubniß nicht übermäßig ausgenutzt werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß in dem letzteren Antrage für den Magistrat den Vorwurf erblicken, daß derselbe bisher bei der Ertheilung der Erlaubniß an die städtischen Baubeamten zur Anfertigung von Privatarbeiten nicht besonders vorsichtig zu Werke gegangen sei. Diesen Vorwurf müsse er mit Entschiedenheit in Abrede stellen und sei er bereit, den Herren in der Commission die Acten vorzulegen, aus welchen sie die Ueberzeugung gewinnen würden, daß der Magistrat hierbei schon immer mit besonderer Vorsicht verfahren sei.

Herr Nolte erwidert, daß es ihm durchaus fern gelegen habe, einen solchen Vorwurf gegen den Magistrat zu erheben. In der Versammlung sei constatirt worden, daß thatsächlich Verzögerungen in der Fertigstellung von Bauprojecten vorgekommen seien; es erscheine ferner zweifellos, daß der Magistrat auch die Erlaubniß zu Privatarbeiten ertheilt habe und deshalb wolle er nur bitten, in Zukunft bei derartigen Erlaubnissen ganz penibel zu verfahren, wogegen er nicht behauptet habe, daß der Magistrat bislang unvorsichtig verfahren sei.

Herr Niese möchte zunächst seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß Herr Niesß nicht in der Commissionsitzung zugegen gewesen sei. Bezüglich der Sache selbst habe er gedacht, es sei besser, daß solche Dinge einmal in der eigenen Familie besorgt würden, als wenn er es gethan hätte. Es erwecke bei ihm allerdings den Anschein, als wenn bei Herrn Rathe die Neue über sein Vorgehen schon eingetreten

sei. (Heiterkeit.) Hier werde aber im Interesse der Bürgerschaft verhandelt und sei im Auftrage derselben allgemein das Mißfallen über ein zu langsames Fortführen der Markthalle geäußert worden. Wenn das Mannschaftsgebäude in der Taubenstraße, an welchem acht Wochen gebaut worden, heute noch feucht sei, so liege das daran, weil die städtischen Baubeamten gewissermaßen auf der einmal vorgefaßten Meinung verharren und keinen Rath annehmen, indem sie ein in sich abgeschlossenes Pöschathum bilden, und nicht zu bewegen seien, Isolirsichten anzuwenden. Bei dem Markthallenbau, der mit Verblendsteinen ausgeführt sei, dürfe man nicht auf den Mann so und so viele Cubikmeter rechnen, da es seine Schwierigkeit habe, lothrechte Fugen zu erhalten. Nun komme noch dazu, daß nicht von vornherein über den Platz habe disponirt werden können, so daß der Bauverwaltung die allergrößten Schwierigkeiten erwachsen seien, und sie bei dem Bau einer Schule im freien Felde eine viel einfachere Arbeit habe. Wenn er in gewisser Beziehung die städtische Bauverwaltung bezüglich des Markthallenbaues in Schutz nehme, so geschehe das, weil es seiner Meinung nach keine Baubehörde gebe, die so gebiegen baue, wie die hiesige, und weil dieselbe sich auch bemühe, den heutigen Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Sobald die Herren auf die anderen, oben erwähnten Sachen noch einmal besonders hingewiesen würden, würden sie auch jene Sachen ordentlich machen. Als f. B. der Stadtbaurath Winter um die Erlaubniß gebeten habe, Vorlesungen im Polytechnikum halten zu dürfen, habe derselbe die Genehmigung des an ihn ergangenen Rufes selbst davon abhängig gemacht, daß kein Mitglied der Versammlung gegen sein Besuch wäre. Wenn man aber in der Stadt ein solches Institut wie das Polytechnikum habe, so müsse jeder Bürger ein Interesse daran haben, daß dieses Institut auf der Höhe der Zeit stehe und einen Weltrauf besitze, so daß Niemand gegen den Antrag hätte sein können, denn es würde nichts als Tyrannei sein, den Stadtbaurath Winter zu verhindern, an dem Institut mitzuwirken, wenn er als der geeignetste Mann für das Hochbaufach außersehen wäre. Natürlich dürften die städtischen Bauten durch irgend welche Nebenbeschäftigungen nicht vernachlässigt werden. Herr Rieß habe f. B. erklärt, daß den Baugewerkmeistern und Privatarchitekten durch die Privatthätigkeit der städtischen Baubeamten ihre Beschäftigung und damit ihr Verdienst beschritten würde, zumal da die Meinung herrsche, daß die von den Baubeamten angefertigten Pläne vom Stadtbauamte eher angenommen würden, als wenn solche von Privatpersonen angefertigt seien. Damals sei aber besonders hervorgehoben, daß man einen städtischen Baumeister nicht auf sein Ressort beschränken dürfe, sondern ihm Gelegenheit geben müsse, sich noch weiter auszubilden, während von einer Gehaltserhöhung niemals die Rede gewesen sei. Herr Rathe habe mit seinem Antrage bezwecken wollen, daß die hier gerügten Mängel sich im Interesse des Gemeinwohls nicht wiederholen und könne hierbei die Form

des Antrages und der Begründung gleichgültig sein. Trotzdem stehe Redner aber nicht auf dem Standpunkte, daß den städtischen Baubeamten die Privatthätigkeit vollständig zu versagen sei, jedenfalls liege die Zeit zur Regelung dieser Angelegenheit aber jetzt namentlich auch mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kirchenbauten sehr günstig.

Herr Nieß muß annehmen, daß die von ihm der Baucommission vorgelegte Entschuldigung Herrn Niese nicht bekannt geworden sei, sonst würde derselbe die betr. Worte im Eingange seiner Rede wohl nicht gebraucht haben. (Zuruf: Herr Niese ist in der Commission erst später erschienen!) Redner habe sich wegen einer Sitzung der deutschen Bauberufsgenossenschaft in Berlin entschuldigen müssen. Zur Sache selbst möchte er bemerken, daß der Antrag Rathe, wenn auch zurückgezogen, doch vielleicht nicht ohne Consequenzen bleiben werde. So habe ihm der Maurermeister Fröhlich gesagt, daß ihm das Hineinziehen der Firma Fröhlich & Baumbauff in die Debatte außerordentlich unangenehm sei und der Maurermeister Wipper wolle sich noch überlegen, ob er Herrn Rathe nicht wegen Geschäftschädigung verklagen werde, da nachgewiesen sei, daß Herr Wipper seine contractlichen Verpflichtungen auf Förderung der übernommenen Bauarbeiten voll und ganz erfüllt habe. . .

Der Herr Vorsitzende bittet den Redner, zur Sache zu sprechen.

Herr Nieß fortfahrend, bemerkt, daß man jetzt den kleinen Bau an der Taubenstraße mit als Anlaß benutzt habe, den Antrag einzubringen, während noch vor einigen Jahren in der Versammlung es als wünschenswerth bezeichnet sei, alle Neubauten nach Fertigstellung des Rohbaues 3—6 Monate liegen zu lassen, ehe sie in Putz gebracht würden. Damals habe man beklagt, daß eine Regelung dieser Angelegenheit durch die städtische Gesetzgebung nicht möglich sei und jetzt werde die städtische Bauverwaltung getrieben, wenn sie einen Bau erst austrocknen lassen wolle.

Herr Engelbrecht möchte auch bitten, die Privatarbeiten der städtischen Baubeamten nicht mit dem vorliegenden Antrage zu verquicken, da Fälle denkbar seien, welche die Erlaubniß zu Privatarbeiten wünschenswerth erscheinen ließen. Mit der allgemeinen Untersagung von Privatarbeiten würde man den Baubeamten auch verbieten, bei Preisconcurrenten ein Project einzureichen und das dürfe man doch einem begabten Baumeister niemals untersagen. Man könne auch nicht verlangen, daß der Beamte durch den Magistrat erst die Genehmigung der Stadtverordneten einhole, weil dieses unter Umständen zu lange Zeit in Anspruch nehmen würde, sondern der Magistrat müsse in der Lage sein, über ein solches Gesuch selbstständig zu befinden. Im Ganzen sei er allerdings auch dafür, die Privatarbeiten möglichst zu beschränken und auszuschließen, aber dem discretionären Ermessen des Magistrates müsse die Entscheidung über etwa eingehende Anträge überlassen bleiben. Wenn heute schon eine Abstimmung vorgenommen werden solle, so möge man es bei dem bisherigen

Verfahren belassen, da der Beweis nicht geführt sei, daß durch Privatarbeiten irgend ein städtischer Bau verzögert, oder daß überhaupt während der betreffenden Zeit ein Privatproject von einem Baubeamten bearbeitet worden sei. Es erscheine ihm richtig, diesen Punkt noch einmal sorgfältig zu überlegen, da kein Grund vorliege, von der bisherigen Uebung abzuweichen, wonach das discretionäre Ermessen des Magistrates bei dieser Frage entscheidend sei.

Herr Meyerhoff will nur constatiren, daß Herr Rathe mit dem Antrage der Baucommission einverstanden gewesen sei. Aus den Acten zc. sei auch nicht im Geringsten festzustellen gewesen, daß durch die Privatthätigkeit eines Beamten eine Verzögerung in der Fertigstellung eines städtischen Baues eingetreten sei. Deshalb finde er gar keinen Zusammenhang zwischen den beiden Sachen und stimme Herrn Engelbrecht zu, daß der Beweis für solche Behauptung nicht erbracht sei. Die Bauzeichnungen zum Markthallenbau haben die Zeit vom September bis zum April in Anspruch genommen, aber es sei durch nichts bewiesen, daß an dieser Verzögerung die Privatthätigkeit eines Baubeamten die Schuld trage.

Herr Ahmann kann nicht verkennen, daß thatsächlich eine weite Unzufriedenheit über die Concurrrenz der städtischen Baubeamten in der Anfertigung von Bauzeichnungen zc. herrsche. Wenn es sich um eine geistige Thätigkeit der Baubeamten, wie bei den Vorlesungen des Stadtbauraths Winter, oder um das Entwerfen von Plänen handle, so liege es im allgemeinen Interesse und auch im speciellen Interesse der Betheiligten, daß man den städtischen Baubeamten solche Thätigkeit nicht verbiete, aber anders würde es liegen, wenn ein städtischer Baumeister auch zugleich die Leitung eines Privatbaues übernehme. Mit einer solchen Beaufsichtigung gehe ein großer Theil des Tages verloren und das erscheine ihm im Interesse des städtischen Dienstes nicht angezeigt. Man höre auch Privatunternehmer sagen, es sei schon schlimm genug, wenn man bei den städtischen Bauarbeiten von dem Stadtbaumeister abhängen, und es halte noch schwerer, einmal städtische Arbeiten zu bekommen, wenn man auch bei Privatbauten von ihnen abhängen solle. Es sei ja erklärlich, daß der Kreis der bei der Stadt Arbeit suchenden Baugewerkmeister nur ein kleiner sein werde, wenn der Kreis Derjenigen, welche die Arbeit zu vergeben haben, nur ein verhältnißmäßig kleiner sei. Eine Verdächtigung städtischer Beamten dürfe in diesen Auslassungen nicht erblickt werden. Indem er sich für den Antrag Lord erkläre, würde er es doch bedauern, wenn dadurch die private Thätigkeit des Stadtbauraths Winter beeinträchtigt werden sollte, aus welchem Grunde er empfehlen möchte, die Angelegenheit noch einmal in einer Commission vorüberathen, damit derartige Sachen von dem Verbote ausgeschlossen werden könnten, während die Thätigkeit bei Privatbauten ferner nicht mehr geduldet werden dürfte.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Rathe möchte mit Rücksicht auf die hier gegen ihn gefallenen Aeußerungen noch Folgendes constatiren. Bei den Verathungen in der Baucommission hätten deren Mitglieder kaum auf seiner Seite gestanden und erscheine es ihm zweifelhaft, ob es ein glücklicher Griff gewesen sei, gerade die Baucommission mit dieser Sache zu beauftragen. Dagegen könne er mit Genugthuung den wohl seltenen Fall constatiren, daß das Magistratsmitglied ihm in der Commission zur Seite gestanden habe. Die aus den Acten und durch den Herrn Bürgermeister Ketemeyer ihm gewordene Aufklärung hätten ihn voll und ganz überzeugt, daß der Markthallenbau pünktlicher und besser hätte gefördert werden können, wenn die städtische Bauverwaltung ihre Schuldigkeit gethan und das Project innerhalb 4—5 Wochen eingereicht hätte . . .

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß zu dem Antrage Rathe nicht mehr gesprochen werden könne, weil derselbe zurückgezogen sei.

Herr Rathe, fortfahrend, führt weiter aus, daß die städtische Bauverwaltung in ihrem Berichte vom 26. März sage, die Baubeamten wären in der Zeit vom September bis zum März so stark mit Arbeiten beschäftigt gewesen, daß sie nicht im Stande gewesen seien, das Markthallenproject bearbeiten zu können. In der Commissionsitzung seien nun verschiedene Wortklaubereien zu Tage gefördert worden, welche ihm im Drange des Gefechts aus dem Munde gefahren sein sollen, die aber nach seinem Dafürhalten nicht der Erwähnung werth seien, indem sie wenig zur Sache beitrügen, obwohl sie seiner Ausdrucksweise eine gewisse Schärfe verliehen haben möchten. Wenn die städtische Bauverwaltung aber schon in den Wintermonaten so stark beschäftigt sei, um ein so nothwendiges Project nicht fertigstellen zu können, so wisse er nicht, wie es erst im Sommer werden solle, wo doch die wirkliche Bauhätigkeit und die Beaufsichtigung der Bauten stattfinde. Er empfehle unter allen Umständen, nur dem Antrage Lord zuzustimmen und den städtischen Baubeamten jede Privathätigkeit zu untersagen, denn nur hierdurch werde man den Wünschen der Allgemeinheit entgegenkommen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß beistimmen, Herrn Rathe bei der Begründung seines Antrages zur Seite gestanden zu haben. Die Sache verhalte sich so, daß nach der Verlesung des anlässlich des Antrages Rathe eingeforderten Berichts der städtischen Bauverwaltung Herr Rathe die Schuld an der Verzögerung des Markthallenbaues dem Magistrate und der Baudeputation zugeschoben habe, worauf Redner Veranlassung genommen hätte, den Beweis zu führen, daß diesen eine Schuld nicht beizumessen sei. Uebrigens fänden alle die Vorwürfe, welche Herr Rathe in der vorigen Sitzung über den Markthallenbau als solchen vorgebracht habe, in den Acten durchaus keine Begründung. Herr Rathe habe nicht etwa auf die Verzögerung des Projectes, sondern auf Fehler bei der Ausführung des Baues selbst hingewiesen und darüber sei Redner nicht orientirt gewesen.

Herr Löschigt möchte warnen, der Ansicht des Herrn Engelbrecht zuzustimmen, da anerkannt worden sei, daß die Baubeamten im Winter überbürdet gewesen seien und die Privatarbeiten nicht Schuld an der Verzögerung gewesen wären. Der Vorwurf der Säumigkeit in der Fertigstellung der städtischen Bauarbeiten bleibe aber doch bestehen. Er habe sich gewundert, daß Herr Niese in einem Athemzuge die Baubehörde in Schutz nehme und ihr gleich darauf vorwerfe, daß sie nicht trocken bauen könne. Wenn Herr Meyerhoff meine, daß Herr Rathe für seine Behauptungen keinen Beweis erbracht habe, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß Legterer ankündigte, in der Commission noch weiteres Material vorbringen zu wollen. Er sei fest überzeugt, daß die ganze Bauleitung und die thatsächliche Ausführung

Der Herr Vorsitzende muß wiederholt darauf aufmerksam machen, daß der Antrag Rathe nicht mehr zur Besprechung stehe, sondern es sich nur noch um die Anträge Lange, Lord und Nolte handle.

Herr Löschigt will zum Schluß noch bemerken, daß auf die Vorkommnisse in der Commission der Antrag Lange die allein richtige Antwort gebe und man nicht nach dem Wunsche des Herrn Engelbrecht die Sache noch einmal überlegen müsse. Gerade bei der heutigen Stimmung der Versammlung müsse man die Gelegenheit zur Regelung der Sache wahrnehmen, denn diese Stimmung kehre wahrscheinlich so leicht nicht wieder.

Herr Meyerhoff möchte die Baucommission gegen die Angriffe des Herrn Rathe verwahren, da dieselbe, wie auch aus der Erklärung des Herrn Bürgermeisters Netemeyer hervorgehe, vollständig objectiv vorgegangen sei.

Herr Südel bemerkt, daß ihn die letzten Worte des Herrn Löschigt, nach welchen derselbe die augenblickliche Stimmung der Versammlung benutzen wolle, um den immerhin wichtigen Antrag zur Abstimmung zu bringen, zwingen, zu bitten, von einer Abstimmung heute abzusehen und die vorliegenden Anträge in eine Commission zu verweisen.

Herr Oberbürgermeister Pöckel: Wenn er die Aeußerungen des Herrn Löschigt richtig verstanden habe, so habe derselbe erklärt, es sei von ihm früher, gewissermaßen zur Entschuldigung der städtischen Baubeamten, angenommen, daß die vermeintlichen Verzögerungen bei den städtischen Bauten durch Ueberbürdung und Privatarbeiten der Baubeamten herbeigeführt seien, es hätte sich indessen herausgestellt, daß keine Ueberbürdung stattgefunden habe, so daß die betreffende Verzögerung nur als Säumigkeit der Beamten bezeichnet werden könne. Gegen eine solche Aeußerung müsse er protestiren, und sei er der Meinung, daß Herr Löschigt gar nicht im Stande sei, darüber zu urtheilen, ob die städtische Bauverwaltung in

der Erfüllung ihrer Pflichten säumig sei oder nicht, da derselbe die Totalität jener Pflichten gar nicht kenne. Die Aufgaben der städtischen Bauverwaltung seien in der letzten Zeit ganz außerordentlich groß gewesen und in anderen Stadtverwaltungen verfüge man über eine erheblich größere Zahl von Beamten, so daß die Leistungen der hiesigen Beamten als vollständig ausreichend angesehen werden müßten. Wenn der Magistrat sich nicht gesagt hätte, daß die große Arbeitslast der Baubeamten als ein Uebergang anzusehen wäre, hätte er schon zu einer Vermehrung der Beamten schreiten müssen. Er protestire also dagegen, daß die städtische Bauverwaltung sich einer Säumigkeit schuldig gemacht habe, zumal Herr Löschigt dieses gar nicht zu beurtheilen vermöge.

Herr Riese will sich gegen die von Herrn Löschigt angedeutete Unterstellung verwahren, als ob er sich vorhin widersprochen hätte. Er sei gewohnt, Jedem sein Recht zu geben und wenn es sein ärgster Feind wäre. Auf der einen Seite habe er bei der städtischen Bauverwaltung bemängelt, daß sie sich nicht zu der Verwendung von Isolirschriften verstehen könne, während er dieser Behörde sonst uneingeschränktes Lob habe zu Theil werden lassen. Darin liege aber durchaus kein Widerspruch.

Die Besprechung wird hierauf geschlossen.

Persönlich bemerkt Herr Löschigt noch, daß der Herr Oberbürgermeister ihn mißverstanden haben müsse. Er habe gerade bemerkt, daß die Verzögerung aus der Ueberbürdung der Baubeamten hervorgegangen sein müsse, da dieselben während der betreffenden Zeit Privatarbeiten nicht gehabt hätten.

Der Herr Vorsitzende will noch hervorheben, daß während seiner Thätigkeit derartige Verhandlungen wohl schon 4—5 Mal vorgekommen seien und immer denselben Verlauf genommen hätten.

Die Versammlung beschließt nunmehr, die Anträge Lange, Vord und Nolte an die Commission zurückzuberweisen und überweist der Herr Vorsitzende dieselben der Statutencommission zur Vorberathung.

V. Antrag U h d e und Gen : Abkappen von Bäumen.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten Antrag — Seite 235 des Berichts — berichtet namens der Statutencommission Herr Halle: Nach einem Gutachten des Friedhofsinstructors Heumann empfehle sich die Abkappung der in der Jerusalemstraße stehenden Kastanienbäume nicht, weil Kastanienbäume zu saftreich seien und man nicht dafür einstehen könne, daß ein Versuch gelingen werde. In der Commission sei anerkannt worden, daß solche Baumreihen, besonders von Kastanien, wenn sie eine gewisse Höhe erreichen, für die angrenzenden Grundstücke keine Annehmlichkeit bieten. Deshalb empfehle die Commission, den Magistrat zu ersuchen, in der Jerusalemstraße ein um den anderen Baum zu fällen und dafür eine andere

Baumart, vielleicht Spitzahorn, hinzupflanzen. Denselben Vorschlag mache die Commission bezüglich der Neuen Promenade, da hier die Verhältnisse ähnlich liegen wie in der Jerusalemstraße.

Herr Bültmann muß auf Grund von Gutachten verschiedener Sachverständigen ein Abklappen von Kastanienbäumen trotz des Heumann'schen Gutachtens für möglich halten, so daß dieses kein Hinderniß bilde, dem Uhde'schen Antrage näher zu treten. Da man indessen mit dem Commissionsantrage den beabsichtigten Zweck auch erreiche, so schließe er sich diesem Antrage an.

Herr Rieke erklärt sich gegen den Commissionsantrag, weil bei dem Fortnehmen jedes zweiten Baumes möglicherweise gerade diejenigen Bäume stehen bleiben, welche die Anlieger zuerst beseitigt wissen möchten und weil außerdem vielleicht gerade die schlechtesten Bäume stehen bleiben. Man möge doch in Zukunft solche Baumsorten wählen, welche sich für Straßenpflanzungen eignen und nicht solche Staken hinstellen, über welche die Bürgerchaft ihre Unzufriedenheit ausdrücken müsse.

Herr Meyerhoff ist schon früher gegen das Wegnehmen von Bäumen gewesen, weil es sich häufig dabei treffe, daß die besten Bäume weggenommen würden und die Krüppel stehen bleiben. Das Wort „Kappen“ gebe aber zu Irrthümern Veranlassung, indem man darunter häufig nicht ein Zurückschneiden der Bäume verstehe, sondern das Wegschneiden der Krone. (Widerspruch.) Das werde aber gar nicht beabsichtigt, sondern man wolle die Bäume nur zurückschneiden, damit sie nicht in den Himmel wachsen und die Häuser nicht übermäßig beschatten. Von dem Commissionsantrage verspreche er sich nichts und empfehle er, dem Antrage Uhde zuzustimmen, zumal da man selbst Hecken aus Kastanien solle ziehen können.

Herr Lord will sich mit dem Commissionsantrage einverstanden erklären, weil derselbe das Kappen der Bäume vermeide. Bedauert habe er, den Antragsteller in der Gesellschaft Derjenigen zu sehen, welche im vorigen Jahre den monströsen Antrag eingebracht hätten, die Neue Promenade zu verhandiren. Herr Uhde wolle mit seinem Antrage nichts weiter bezwecken, als aus Kastanienbäumen Kugelformen zu machen und es wundere ihn, daß aus dem Munde eines der begabtesten und hervorragendsten Architekten der Stadt ein derartiger stiller Antrag kommen könne. Gerade an der Jerusalemstraße erscheine ihm ein Zurückschneiden der Bäume am wenigsten nothwendig zu sein, da dieselben in keinem Falle bis an die Stadterie der Vorgärten reichen. Es sollte ihm leid thun, wenn man später auf die Frage eines Fremden nach der Bedeutung der eigenartigen Erscheinung abschätzend erwidern müsse „Stil Uhde“. (Heiterkeit.) Daher bitte er, dem Commissionsantrage zuzustimmen und abwechselnd eine Platane einzustellen, um später dann an Stelle der jetzt stehen gebliebenen Kastanienbäume ebenfalls Platanen zu pflanzen. Es lasse sich darüber streiten, ob die Kastanie sich zur Straßenbepflanzung eigne.

Wenn man dem Antrage U h d e Folge geben wollte, würden die hiesigen Holzpreise erheblich gedrückt werden, so viel Zweige würde man abzuheben haben. Die Anwohner vieler anderer Straßen seien bei ihren noch viel dichteren Bäumen erheblich schlimmer daran, als die Anwohner der Jerusalemstraße und wenn man den Wünschen aller Stadtbewohner in dieser Beziehung nachkommen wollte, würde dieses eine vollständige Zerstörung der hiesigen Promenaden zur Folge haben.

Herr U h d e möchte zur Vermeidung von Mißverständnissen noch Folgendes anführen: Die Baumalleen in den städtischen Straßen sollen für die Passanten ein grünes Laubdach bilden, um dieselben vor der Sonne zu schützen, dagegen sollen sie nicht die Häuser und deren Inwohner belästigen und Letztere in ihren Rechten beschränken. Nach beiden Richtungen hin würde sich Abhülfe schaffen lassen, wenn sein Vorschlag zur Annahme gelangte. Mit dem Abkappen wolle man nichts anderes bezwecken, als die Krone in ihrer Höhe von 3—3½ m zu belassen, und dann wolle man die Bäume nicht etwa kugelförmig ziehen, sondern sie oben zusammenwachsen lassen, damit sie ein grünes Dach bilden. In Gmunden habe man auf solche Weise einen ganzen Platz unter Schatten gesetzt und die Häuser seien dort über dieses Laubdach hinweg. In Lindau, Constanz und anderen Orten finde man ähnliche Einrichtungen. Man könne aber nicht einzelne Bäume stehen lassen, weil dieses für jeden Anwohner einer solchen Allee sehr unangenehm sei, und deshalb möchte er bitten, seinem Antrage und nicht dem Antrage der Statutencommission zuzustimmen, also zu genehmigen, daß die Bäume an der Jerusalemstraße versuchsweise auf 6 m gekappt werden.

Herr Koch möchte empfehlen, an den sämtlichen Bäumen der Straßen und Promenaden nichts zu ändern, weil man so hohe Bäume nicht so schnell wieder erhalte. Da er an dem Monumentsplatze mit seinen noch viel höheren Bäumen wohne, so wisse er aus Erfahrung, daß hohe Bäume auch manches Gute an sich haben. Wenn einzelnen Anliegern von mit Bäumen besetzten Straßen das Studirzimmer durch die Bäume zu sehr verdunkelt werde, so möchten diese Herren ihren Studirraum nach der Gartenseite verlegen, wo sie durch die Straßenbäume nicht belästigt würden. Die Anlieger der Jerusalemstraße könnten sich aber am allerwenigsten durch die Baumreihen belästigt fühlen, weil letztere von den Häusern so weit abständen, daß sie in keiner Weise incommodiren. Jeder Braunschweiger solle sich überhaupt freuen, daß so schöne Promenadenstraßen vorhanden seien und deshalb erkläre er sich gegen jeden Antrag auf Kappen und Beseitigen von Straßenbäumen.

Herr Wülte mann muß sich jetzt gegen den Commissionsantrag, welchen er zuerst falsch verstanden habe, erklären. Der Versuch, ein um den anderen Kastanienbaum durch einen Spitzahornbaum zu ersetzen, werde fehlschlagen, weil die Kastanien-

bäume so starke Wurzeln schlagen, daß sie zwischen sich keinen Baum aufkommen lassen. Außerdem würden die jetzt stehenbleibenden Kastanienbäume, sobald sie Luft und Licht erhalten, derartig wachsen, daß sie oben mit ihren Zweigen wieder zusammenstoßen und jeden jungen Baum zwischen sich ersticken. Sodann komme noch dazu, daß bei Durchführung des Commissionsantrages vielleicht gerade die schlechtesten Bäume stehen bleiben.

Die Versammlung lehnt bei der nun folgenden Abstimmung sowohl den Antrag der Commission, als auch den Antrag Uhde ab.

VI. Kosten der Chemnitzstraße.

Dem Ersuchen des Magistrates, die von der städtischen Bauverwaltung ermittelten Kosten für den Ausbau der Chemnitzstraße im Betrage von 148,58 M für 1 m Frontlänge gutzuheißen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, zu.

VII. Verlängerung des Straßencanals in der Cellerstraße.

Der Conservenfabrikant Heinrich Meinecke hat gebeten, den Anschluß seiner an der Cellerstraße auf Delper Feldmark gelegenen Gebäude an den städtischen Straßencanal zu gestatten und für das Grundstück auch die Lieferung von Gas und Wasser zu übernehmen. Letzteres würde sich leicht ausführen lassen, weil vor dem Grundstück ein Gasrohr und ein Wasserrohr liegt. Zur Ermöglichung der Entwässerung würde indessen die Verlängerung des Straßencanals um ca. 25 m erforderlich, was einen Kostenaufwand von 580 M bedeuten würde. Nach der Ansicht des Magistrates empfiehlt es sich jedoch, den Canal gleich bis zur Zuckersabrik Eichthal weiterzuführen, da der Anschluß derselben nur eine Frage der Zeit sei. Die Kosten würden sich dann auf zusammen 2100 M belaufen. Die Versammlung wird ersucht, der Verlängerung des Straßencanals in der Cellerstraße bis zur Zuckersabrik Eichthal unter Verwilligung der Kosten zu 2100 M, und dem Anschlusse des Meinecke'schen Grundstücks, sowie der Abgabe von Gas und Wasser für dasselbe zuzustimmen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Brückmann mit der Vorlage im Allgemeinen einverstanden, sie wünscht indessen, dem Vertrage noch die Bedingung hinzuzufügen, daß Herrn Meinecke kein Beschwerderecht zustehen solle, wenn etwa die Gas- und Wasserleitung nicht den gehörigen Druck haben sollte.

Dieser Antrag wird angenommen.

VIII. Instandsetzung der St. Andreas- und der St. Martini-Kirche.

Nachdem das Innere der übrigen Stadtkirchen während der letzten Jahrzehnte eine gründliche und würdige Instandsetzung erfahren hat, sind in dieser Beziehung

nur noch die Kirchen zu St. Andreas und zu St. Martini rückständig, zu deren Restauration nunmehr geschritten werden kann, sobald die, allerdings nicht unerhebliche Schwierigkeiten bietende Kostenfrage ihre Erledigung gefunden haben wird. Die Kosten der Ausführung belaufen sich anschlagsmäßig für die St. Andreas-Kirche auf 115 600 M., für die St. Martini-Kirche auf 140 000 M. Diese Kosten umfassen die Beschaffung von Centralheizungsanlagen, sowie neuen Gestühls etc. und, bezüglich der St. Martini-Kirche, auch die Anschaffung einer neuen Orgel.

Das verfügbare Vorrathsvermögen der Gemeinde-Kirchen-Casse, zu deren Lasten die Restaurationsarbeiten auszuführen sind, beziffert sich auf 7200 M., so daß dieselbe zur Ausführung der beiden Restaurationsprojecte eines Zuschusses von 248 400 M. bedarf. Zur Beschaffung dieser Summe soll auf vom Kirchen-Cassen-Collegium genehmigte, übrigens noch der Höchsten Bestätigung bedürftige Beschlüsse der Kirchenvorstände zu St. Andreas und zu St. Martini vorweg das in Werthpapieren angelegte Vermögen der beiden Gemeinden, welches im Nennwerthe bei St. Andreas 72 380 M. und bei St. Martini 35 200 M. beträgt, gegen Verpflichtung der Gemeinde-Kirchen-Casse, diese Capitalien mit jährlich $3\frac{1}{2}$ % zu verzinsen und mit jährlich mindestens 1 % zu tilgen, zur Verwendung gebracht werden; die Restsumme von insgesammt rund 140 800 M. will das Stiftungs-Cassen-Collegium, vorbehaltlich der Höchsten Genehmigung, aus dem bei der Gemeinde-Stiftungs-Casse angesammelten Vorrathsvermögen unter der vom Kirchen-Cassen-Collegium angenommenen Bedingung vorleihen, daß dieses bedarfsmäßig zu realisirende Darlehn mit jährlich $3\frac{1}{2}$ % verzinst und mit jährlich mindestens 1 % getilgt, dabei auch dem Stiftungs-Cassen-Collegium das Recht eingeräumt werde, eine verstärkte Tilgung oder auch die Rückzahlung des ganzen Darlehnsbetrages in dem Falle, jedoch nur auf vorgängige einjährige Anmeldung zu fordern, daß die Gemeinde-Stiftungs-Casse des Geldes zu eigenen Bauzwecken bedürfen sollte.

Der Gemeinde-Kirchen-Casse werden durch Verzinsung und Tilgung der von den beiden Kirchengemeinden vorzustreckenden Bausummen und der von ihr bei der Gemeinde-Stiftungs-Casse anzuleihenden Capitalien Ausgaben erwachsen, zu deren Tragung dieselbe ohne eine, vielleicht nur durch Erhöhung der Gemeinde-Kirchensteuer zu ermöglichende Vermehrung ihrer laufenden Einnahme nicht im Stande sein dürfte; daher über die Nothwendigkeit der geplanten Restaurationsarbeiten und über die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel auch die Stadtverordneten zu befinden haben. Das Kirchen-Cassen-Collegium hat darnach bei dem Magistrat den Antrag gestellt, die Zustimmung der Versammlung dazu einzuholen,

daß zu planmäßiger Instandsetzung der St. Andreas-Kirche die Summe von 115 600 M., zu derjenigen der St. Martini-Kirche aber eine solche

von 140 000 M aufgewandt werde, und daß die Gemeinde Kirchen-Casse den ihr zur Deckung der veranschlagten Bausummen fehlenden Bedarf nach Maßgabe der obigen Vorschläge anleihe.

Nach Ansicht des Gesetzes Az 30 vom 26. Juni 1892 giebt der Magistrat der Versammlung anheim, nach Maßgabe dieses Antrages zu beschließen.

Wie Herr Wolff berichtet, empfiehlt die Statutencommission, der Vorlage zuzustimmen, da eine Instandsetzung der beiden Kirchen nothwendig erscheine.

Herr Brückmann möchte bitten, auch das Aeußere der Martini-Kirche nach der Nordseite zu mit in Stand zu setzen, da sich dasselbe in einem traurigen Zustande befinde.

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierzu bemerken, daß die Restauration der alten Stadtkirchen in ihrem Aeußern aus Fonds geschehe, welche der Stadt anderweitig zur Verfügung gestellt würden. Mittelfst dieser Fonds und des noch vorhandenen Borrathsvermögens würden auch die St. Martini- und die St. Andreas-Kirche soweit erforderlich in ihrem Aeußeren wieder hergestellt werden. Diese Arbeiten hätte man schon vorgenommen, wenn nicht die Verhandlungen wegen des Inneren der Kirchen eine Verschiebung herbeigeführt hätten. Es werde also Alles in Stand gesetzt werden, voraussichtlich ohne daß die Stadt davon Lasten zu tragen haben würde.

Die Magistratevorlage gelangt hierauf zur Annahme.

IX. Einrichtung von Wasserclosets für eine Bürgerschule.

Für die Anlegung von Closets mit Wasserspülung in den Abortgebäuden der Bürgerschule an der Reichenstraße werden vom Magistrate 3050 M gefordert, und giebt Herr Meyerhoff namens der Baucommission anheim, diese Kosten zu bewilligen.

Herr Lange möchte die Anfrage an den Magistrat richten, wie weit die früher angeregte Anlage eines Brausebades in dieser Schule gediehen sei. Es würde sich jetzt eine sehr passende Gelegenheit bieten, der Anlage näherzutreten.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist augenblicklich nicht in der Lage, die Frage zu beantworten, will jedoch in der nächsten Sitzung darauf zurückkommen.

Die Versammlung stimmt darauf der Magistratevorlage zu.

X. Terrainerwerb für einen Kirchenbau.

Zu dem für die Kirche der St. Johannisgemeinde ausgewählten Bauplatze an der Capellen- und der Leonhardstraße sind insgesammt 53,87 a zu erwerben, von denen etwa 33,57 a auf den Kirchenbauplatz und 20,30 a auf die denselben umgrenzenden Straßen entfallen. Von dieser gesammten Fläche gehören zum Cammergute 51,34 a. Herzogliche Cammer hat sich bereit erklärt, dem Herzogl. Staats-

ministerium den Verkauf dieser Fläche an die Stadtgemeinde zum Einheitspreise von 15 M pro qm und unter der Bedingung zu empfehlen, daß die Stadt sich verpflichte, die westliche Grenze des Grundstücks mit einer wehrhaften Umfriedigung zu versehen und selbige in einem guten Zustande zu erhalten. Der Magistrat hält diese Forderung für angemessen und beantragt, den Erwerb der Fläche gutzuheißen. Da der Zeitpunkt des Beginnes des Kirchenbaues noch nicht angegeben werden kann, so hat der Magistrat in Aussicht genommen, eine Vereinbarung mit Herzoglicher Cammer dahin anzustreben, daß die Grundfläche im Herbst d. J. der Stadt in Pacht gegeben und ihr zu Eigenthum erst dann übergeben werde, wenn solches behufs der darauf aufzuführenden Bauten erforderlich werden sollte.

Die Finanzcommission empfiehlt durch Herrn Hauswaldt, dem Ankaufe zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

XI. Ausbau eines Theiles der Roßstraße.

Es wird beabsichtigt, die Roßstraße zwischen der Hildesheimerstraße und der Nordgrenze des Grundstücks der Braunschweigischen Mühlenbauanstalt von Amme, Giesecke & Ronegen mit einem Kostenaufwande von 52500 M auszubauen. Dem Antrage des Magistrates, das vorgelegte Project nebst der Kosten- und Vertheilungsberechnung, nach welcher der Anliegerbeitrag auf 56 M für 1 m Frontlänge angenommen ist, zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, zu.

XII. Kosten des ausgebauten südlichen Theiles der Umlandstraße.

Die von der städtischen Bauverwaltung vorgelegte Kosten- und Vertheilungsberechnung für die Anlage der südlichen Theilstrecke der Umlandstraße wird der Versammlung mit dem Ersuchen überreicht, dieselbe zu genehmigen und den Anliegerbeitrag auf 84,31 M für 1 m Frontlänge festzusetzen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Wiltmann berichtet, geschieht.

XIII. Hundesteuer - Erlassgesuche.

Das Gesuch der Händlerin Stahl um Befreiung von der Steuer für einen Ziehund wird genehmigt und das Gesuch der Ehefrau des Milchhändlers Gentel, welche ihren Hund erst im Laufe des Jahres abgeschafft hat, als sie zur Zahlung der Steuer herangezogen werden sollte, wird verworfen.

XIV. Terrainerwerb zur verl. Olfermannstraße.

Zur Anlegung der verlängerten Olfermannstraße ist von der Interessentschaft Hagen eine Grabenfläche von 58 qm erforderlich, deren Erwerb zum Einheitspreise von 5 M der Magistrat anheimgibt,

und die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, gutheißt.

XV. Kosten der ausgebauten Wabestraße.

Die Baukosten der Wabestraße zwischen dem Hagenring und der Bodestraße sind von der städt. Bauverwaltung derart ermittelt worden, daß der Anliegerbeitrag sich auf 90,822 M für 1 m Frontlänge beläuft. Dem Antrage des Magistrates, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Riecke berichtet, zu.

XVI. Ausbau der Westwete.

Der oberirdische Ausbau der Westwete, welchen auszuführen die Stadt vertraglich übernommen hat, würde bei der Wahl einer Asphaltfahrbahn 15 000 M, bei der Wahl einer Pflasterfahrbahn aber 13 500 M und bei der Anwendung von Pflasterschladen 12 500 M kosten. Da der Magistrat die Asphaltirung der Fußwege und die Pflasterung der Fahrbahn mit Basalt- oder Gabbro-Pflastersteinen für das Zweckmäßigste hält, so ersucht derselbe, dieses Project unter Verwilligung eines Kostenaufwandes von 13 500 M zu genehmigen.

Herr Meyerhoff erklärt sich namens der Baucommission mit der Vorlage einverstanden, wenn er persönlich auch gern gesehen hätte, daß die Fahrbahn gleichfalls asphaltirt würde.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XVII. Terrainentschädigung für das neue Gaswerk.

Anlässlich der Errichtung des Verwaltungshofes für das städtische Abfuhrwesen im Jahre 1891 war beschlossen worden, diejenige Theilfläche des Grundstücks der neuen Gasanstalt an der Taubenstraße, auf welcher der für den städtischen Fuhrpark eingerichtete ältere Pferdestall steht, vom Grundstücke des Gaswerks abzutrennen und unter die Zahl der Cämmereigrundstücke aufzunehmen. Die Höhe der hierfür dem Gaswerke zu zahlenden Entschädigung ist auf 3895,85 M festgestellt

worden und beantragt der Magistrat, diese Summe als Entschädigung für das neue Gaswerk zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Meyer berichtet, geschieht.

XVIII. Benutzung des Holländ'schen Gartens.

In dem Testamente des am 12. November 1845 verstorbenen früheren Besitzers des jetzigen Holländ'schen Gartens, Kaufmann Dieblich Wilhelm Krause, befindet sich folgende Vorschrift:

„Es ist sodann mein innigster Wunsch, daß meine Erbin das am Augustthore hieselbst von mir neu erbaute Wohnhaus nebst den dazu gehörigen Gebäuden und Gärten . . . bei ihren Lebzeiten nicht veräußere, sich vielmehr die fernere Unterhaltung und Verschönerung jenes mir und meiner verstorbenen Gattin so lieb gewordenen Grundstücks stets angelegen sein lasse, und den Garten zur Sommerzeit auf die bisherige oder von mir künftig zu beobachtende Weise wenigstens an dreien Tagen in jeder Woche zur freien Promenade für das Publicum, so lange dasselbe sich dieser Vergünstigung durch Mißbrauch nicht verlustig machen wird, offen halten möge. Ferner wünsche ich, daß meine Erbin Demjenigen, welchem sie dereinst das erwähnte Grundstück hinterlassen wird, . . . neben der Verbindlichkeit, dem Publicum an dreien Tagen in der Woche die freie Promenade im Garten unter den vorerwähnten Bedingungen zu gestatten, auch die Verbindlichkeit auflegen möge, weder das vorerwähnte Grundstück noch die Delgemälde bei seinen Lebzeiten zu veräußern, da es mein Lieblingsgedanke ist, daß diese . . . Gegenstände möglichst lange ungetrennt im Besitze meiner Erben und Nachfolger bleiben“.

Von der durch den Erblasser dem hiesigen Publicum eingeräumten vorerwähnten Berechtigung hat dasselbe lange Jahre Gebrauch gemacht, und es würde sich, selbst wenn die jetzigen Eigenthümer des Grundstücks durch die testamentarische Vorschrift nicht mehr gebunden zu sein glauben sollten, möglicher Weise für die durch den Magistrat vertretene Gesamtheit der Einwohner aus einer fortgesetzten Rechtsausübung im Wege der Erfindung ein Anspruch auf fernere Benutzung des Gartens im Sinne des Erblassers ableiten lassen. In der letzten Zeit sind nun seitens der Erben des Rechtsanwalts Hollandt verschiedene Maßregeln getroffen, die als eine Störung des dem Publicum zustehenden Rechtsanspruchs aufgefaßt werden könnten. Insbesondere ist, wie Beobachtungen ergeben haben, der Garten häufiger, als die testamentarische Bestimmung es zuläßt, dem Publicum nicht zugänglich gewesen. Der Magistrat hat sich deshalb am 20. Juni 1896 mit den Erben in Verbindung gesetzt. Namens derselben hat Frau Majorin Helene Hörstel

geb. Hollandt am 3. Juli erwidert, daß die vorstehend dargelegte Rechtsauffassung weder von ihren Eltern noch von ihrem Bruder, dem verstorbenen Rechtsanwalt Wilhelm Hollandt, für zutreffend gehalten sei, daß sie sich aber weitere Erklärungen insbesondere auch über die angeblich in neuerer Zeit vielfach vorgekommenen groben Ungehörigkeiten, deren sich das Publicum bei Benutzung der Promenade in dem Garten schuldig gemacht haben soll, bis nach Rücksprache mit ihrem derzeit ver-
reisten Sohne, dem Referendar Hörstel, vorbehalten wolle. Auf entsprechende Erinnerung hat der Letztgenannte am 16. September die baldige Einreichung einer ausführlichen Antwort in Aussicht gestellt, ist jedoch dieser Zusicherung, ungeachtet wiederholter Aufforderung, bisher nicht nachgekommen.

Bei dieser Sachlage legt der Magistrat in Anbetracht der Bedeutung, welche die in Frage stehende Nutzungsberechtigung für die hiesige Einwohnerschaft hat, vor weiteren Schritten Werth darauf, die Ansicht der Versammlung über die Angelegenheit zu erfahren, und spricht deshalb das Ersuchen aus, ihn mit Mittheilung über die Beurtheilung der Rechtsverhältnisse zu versehen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Wolff bei ihren Verathungen zu dem Ergebnisse gekommen, daß es nicht angezeigt erscheine, zur Zeit der eigentlichen rechtlichen Natur des fraglichen Verhältnisses näher zu treten; die Commission empfehle vielmehr, die Erwartung auszusprechen, daß die Hollandt'schen Erben nach ruhiger Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände den Bestimmungen des Testaments nachkommen werden, zumal etwaiger Unfug als Folge der Offenhaltung des Gartens nur in geringem Maße vorgekommen und eventuell auch mit Leichtigkeit zu verhindern sein dürfte. In dieser Erwartung empfehle die Commission, zur Zeit von einer Prüfung des Rechtsverhältnisses abzusehen.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Commissionsantrage ohne weitere Besprechung einverstanden.

XIX. Ausbau eines Theiles der Juliusstraße.

Verschiedene Anlieger der Juliusstraße zwischen Kaland- und Frankfurterstraße haben gebeten, den beschlossenen Ausbau dieser Straßenstrecke zu unterlassen, weil sie nicht im Stande seien, die Beiträge zu zahlen und auch ein Bedürfniß zum Ausbau bestritten werden müsse. Nach dem Daseinhalten des Magistrates liegt ein solches Bedürfniß aber dennoch vor, weshalb derselbe den Ausbau für erforderlich hält. Was die Höhe der Kosten betrifft, so ersucht indessen der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Anliegerbeiträge nur entsprechend denjenigen Kosten angefordert werden, die erwachsen würden, wenn die Fahrbahn nicht gepflastert, sondern chaussirt werden sollte. Gegenüber den früheren Ansätzen von 108,¹⁰ M und bezw 205,¹⁵ M würde der Anliegerbeitrag sich auf 90 und bezw. 170 M für 1 m Front belaufen. Die hiernach ungedeckt bleibenden Kosten stadt-

seitig zu übernehmen, erscheint dem Magistrate zulässig und giebt derselbe anheim, diesem Verfahren zuzustimmen, im Uebrigen aber das Gesuch zu verwerfen.

Die Baucommission läßt die Genehmigung dieser Vorlage durch Herrn Meyerhoff empfehlen.

Herr Lange will darauf hinweisen, daß sich auch hier der z. B. in der Parkstraße bei noch ganz anderen Leuten beobachtete Fall wiederhole, daß die Anlieger nach Bekanntgabe der zu tragenden Kosten Weiterungen wegen des Straßenausbauens machen, obwohl das Bedürfniß desselben von allen Seiten anerkannt sei. Nun lasse sich aber nicht verkennen, daß namentlich die Besitzer der Häuser N. 22 und 23 durch den Ausbau in harte Bedrängniß gerathen, weil die beiden Häuser so klein seien, daß die entstehenden Kosten kaum durch die Miethen gedeckt würden. Bei diesen beiden Anliegern dürfte daher wohl der §. 12 des Ortsbaustatuts in Anwendung kommen können, daß die Anlieger ganz oder theilweise von den Straßenbaukosten zu entbinden seien, wenn ihnen durch solche Kosten eine unverhältnißmäßige Last erwachsen würde. Daher möchte er beantragen, in diesen beiden Fällen die Anlieger von den Straßenbaukosten ganz oder zu einem großen Theile zu befreien.

Herr Bürgermeister Netemeyer möchte bitten, diesen Antrag nicht aufrecht zu erhalten, weil es das erste Mal sein würde, daß die städtischen Behörden den §. 12 des Ortsbaustatuts mit Rücksicht auf die Verhältnisse eines einzelnen Anliegers anwendeten, und dieses auf eine schiefe Ebene führen müßte. Er wolle indessen zugeben, daß gerade diese beiden Anlieger durch den Ausbau hart betroffen würden und dieselben kaum in der Lage wären, die Kosten zu zahlen. Deshalb habe der Magistrat auch schon in Aussicht genommen, die beiden Anlieger mit der Zahlung der Kosten bis zur Veräußerung oder Neubebauung ihrer Grundstücke zu befristeten.

Nachdem Herr Lange daraufhin seinen Antrag zurückgezogen hatte, wird der Magistratsantrag angenommen.

XX. Errichtung einer mittleren Mädchenbürgerschule.

Zum Zweck der abermaligen Erweiterung der unteren Bürger Schulen bringt der Schulvorstand in Vorschlag, eine 2classige mittlere Mädchenbürgerschule in der westlichen Außenstadt und zwar auf einem Theile des zum städtischen Pflegehause gehörenden Gartens zu errichten, in dieses Gebäude eine mittlere Mädchenbürgerschule der Innenstadt — entweder die am Südklinte oder die am Prinzenwege gelegene Schule — zu verlegen, und das von der letzteren alsdann geräumte Schulhaus der neu zu errichtenden achten unteren Bürger Schule zu überweisen. Der Magistrat erblickt in diesem, eingehend begründeten Vorschlage des Schulvorstandes, sowohl vom Standpunkte der Schule aus, als auch im Hinblick auf den damit ver-

bundenen Kostenaufwand, eine günstige Lösung der vorliegenden Schulhausbaufrage, und ersucht, den Plan der Errichtung einer 24klassigen mittleren Mädchenbürgerschule auf dem bezeichneten Terrain, vorbehaltlich der Feststellung der Lage und Größe dieses Bauplatzes, sowie des dafür zu zahlenden Preises zu genehmigen.

Wie Herr Nolte berichtet, hat die Schulcommission beschlossen, die Vorlage zur Genehmigung zu empfehlen. Es werde hierdurch auch dem dringenden Bedürfnis nach Schaffung von Räumen für die unteren Bürgerschulen in der Innenstadt abgeholfen werden. Die in der Commission aufgeworfene Frage, ob es auch wohl zweckmäßig sei, in der unmittelbaren Nähe der an der Sidonienstraße bestehenden unteren Bürgerschule ein neues Schulgebäude zu errichten, sei unbedenklich bejaht worden, weil die Kinder der beiden Schulen zum großen Theile aus ganz anderen Gegenden der Stadt kommen.

Herr Meyerhoff will gegen das Project im großen Ganzen nichts einwenden, muß sich aber vom finanziellen Standpunkte aus dagegen erklären, diesen Platz zur Errichtung eines Schulgebäudes zu benutzen. Wenn man von der Sidonienstraße nach der Pflegehausstraße zu einen neuen Straßenzug anlege, könnte man auf dem Platze bequem 20 Wohnhäuser errichten und für den Grund und Boden recht gut 260 000 M aufnehmen. Da nun andererseits der ganze Westen der Stadt immer noch vergebens auf Anschließung warte, so finde er es durchaus angebracht, die Schule weiter nach Westen, also nach der Kreuzstraße zu anzulegen, zumal hierdurch die meisten Kinder keinen weiteren Weg zu gehen haben würden. Deshalb erscheine es ihm angezeigt, sich vorerst noch einmal umzusehen, ob sich dort nicht ein billigerer Bauplatz beschaffen lasse. Er möchte mit Rücksicht hierauf bitten, das vorliegende Project als solches zu genehmigen, aber den Magistrat zu ersuchen, noch weitere Erhebungen nach einem billigeren Bauplatze für die Schule anzustellen, den großen Platz am Pflegehause aber zu Gelde zu machen.

Herr Löschigt bittet dagegen, der Magistratsvorlage zuzustimmen, da in erster Linie die Gesundheit der Kinder in Frage komme und diese nicht noch einen weiteren Schulweg zugewiesen erhalten dürften. Alle Kinder, welche aus der Innenstadt der Schule zugeführt würden, müßten aber bei dem vom Vorredner entwickelten Plane einen dreifachen Weg gegen jetzt machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte Herrn Meyerhoff erwidern, daß es nicht so leicht sei, in der von diesem gewünschten Gegend einen geeigneten Schulbauplatz zu bekommen, indem die mit verschiedenen Grundbesitzern gepflogenen Verhandlungen erfolglos gewesen seien. Uebrigens erscheine es nicht nöthig, mit dem Schulgebäude direct an die Straße zu gehen, sondern man könne den Platz recht gut aus minderwerthigem Hinterlande des Gartens herauszuschneiden und das Vorterrain verkaufen.

Herr Nolte will gegenüber den Bedenken des Herrn Meyerhoff noch besonders darauf hinweisen, daß bei der Wahl des vom Magistrate in Vorschlag gebrachten Bauplatzes auch die Erbauung einer Turnhalle erspart werden könne, indem die Turnhallen der benachbarten Schulen mit benutzt werden sollen.

Herr Brückmann würde es für bedenklich halten, eine Schule in die Nähe des Krankenhauses zu setzen, weil das Geräusch in den Schulpausen zu störend für die Kranken sein dürfte. Vielleicht ließe sich für die Schule der Platz des jetzigen Siechenhauses in Verbindung mit dem benachbarten Königsdorfschen Platz wählen.

Herr Halle möchte die von Herrn Meyerhoff angeregte Idee, das Grundstück des Pflegehauses zu parcelliren, nicht von der Hand weisen. Trotzdem lasse sich aber Beides mit einander vereinigen. Er spreche sich dafür aus, diesen Platz unter möglichster Benutzung von Hinterland zu dem Schulhausbau zu benutzen und die übrigen, sehr werthvollen Bauplätze zu verkaufen. Jedenfalls möchte er empfehlen, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen und dabei die Erwartung auszusprechen, daß der Versammlung über die Lage der Schule nochmals eine Vorlage zugehen werde, in welcher die Anregung des Herrn Meyerhoff möglichste Berücksichtigung finde.

Herrn Meyerhoff liegt es fern, auf ein Grundstück in der unmittelbaren Nähe der Innenstadt Rücksicht zu nehmen, er habe vielmehr an die Querstraße gedacht, welche hinter dem vierten oder fünften Hause rechter Hand an der Kreuzstraße vorgesehen sei. Es müßte im Westen der Stadt wirklich mehr als bisher geschehen, nachdem der Osten vollständig aufgeschlossen sei, und wäre es sehr schön, wenn dort mit dem Bau einer Schule begonnen würde. Herrn Löschigt gegenüber wolle er noch bemerken, daß nur die wenigen Kinder aus der Innenstadt einen um 3 Minuten weiteren Weg haben würden, während es für die vielen aus der Richtung von der Frankfurterstraße kommenden Kinder gleich sei, ob sie nach dem Pflegehausgarten oder nach der Kreuzstraße zu gehen hätten. Auch wegen der Turnhalle brauche an dem Plane nichts geändert zu werden, weil von der Kreuzstraße aus die Turnhalle der Schule am Hohenstiege benutzt werden könne. Er wünsche einen billigeren Bauplatz und empfehle deshalb, das Bauproject im Ganzen zu genehmigen, die Platzfrage aber offen zu halten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit 17:16 Stimmen angenommen.

XXI. Anfrage Löschigt: Beseitigung der Anschlagssäule auf dem Altstadtmarkte.

Auf die Anfrage, weshalb die Anschlagssäule am Altstadtmarkte — s. Seite 226 des Berichtes — immer noch nicht beseitigt sei, erwidert

Herr Stadtrath Meyer, daß er heute nicht in der Lage sei, darauf zu antworten, und sich vorbehalte, in der nächsten Sitzung darauf zurückzukommen.

XXII. Antrag U h d e: Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek.

Der Antrag lautet:

„Nachdem das im Bau begriffene Rathhaus so weit vorgeschritten ist, daß spätere größere Aenderungen nur mit bedeutenden Unkosten erzielt werden können, spricht die Versammlung den Wunsch aus: Der Magistrat wolle von der städtischen Bauverwaltung bald möglichst einen Kostenüberschlag über die Beschaffung von Räumen zur Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek in den Dachräumen des neuen Rathhauses anfertigen, zugleich aber diejenigen Kosten und ev. Umbauten feststellen lassen, welche erforderlich sind, um das Archiv und die Stadtbibliothek im jetzigen Gebäude belassen zu können“.

Herr U h d e führt zur Begründung des Antrages aus, daß die Dachconstruction des Stadthauses auf Beschluß der Versammlung mit entsprechend hohen Hohlräumen ausgestattet sei, welche sich für städtische Zwecke bestens verwenden lassen. Die von dem Magistrate für Instandsetzung der ehemaligen Husarencaferne geforderte Summe von 140 000 M bezweckte die Unterbringung des städtischen Museums in diesem Gebäude, um dadurch im Neustadt-Rathhause Platz für Archiv und Bibliothek der Stadt zu gewinnen. Da nun aber durch den dann erforderlich werdenden Umbau des Neustadt-Rathhauses voraussichtlich sehr hohe Kosten erwachsen würden, so wünsche sein Antrag, festzustellen, ob diese Kosten höher sein würden, als wenn das Archiv und die Bibliothek in den Dachräumen des neuen Stadthauses untergebracht würden. Auf Grund der beiden Kostenanschläge könnte sich dann die Versammlung schlüssig machen, ob es nicht rathsam wäre, das Neustadt-Rathhaus leer stehen zu lassen und Archiv und Bibliothek in das neue Stadthaus zu verlegen.

Der Antrag wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen und damit die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¼ Uhr.

1896|97.Nr 11.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. Januar 1897.

Tagesordnung:

I.	Gesuch der Fleischer-Innung um Ausdehnung des Schlachthauszwanges .	Seite 270
II.	Erweiterung des Wirthschaftsgebäudes im Stadtparke	" 279
III.	Kosten der Eulen- und Gartenstraße	" 280
IV.	Anträge Lange, Lord und Nolte: Privatbauthätigkeit der städt. Baubeamten	" 280
V.	Baulichkeiten im Wirthschaftsgebäude des Bürgerparks	" 283
VI.	Erweiterung der Gasanstalt an der Taubenstraße	" 287
VII.	Verkauf von Bauplätzen am Augustplage	" 288
VIII.	Aufnahme eines Vorschußdarlehns und Courzsefestsatzung für Obligationen	" 291
IX.	Änderungen in dem projectirten Straßenbahnneze	" 291
X.	Errichtung von Arbeiterwohnungen auf dem Nieselgute	" 292
XI.	Ausschließung von Quellwasser	" 293
XII.	Verzinsung zurückgezahlter Straßenkosten	" 294
XIII.	Kosten eines Theiles der Rußbergstraße	" 295
XIV.	Anlage eines Brausebades in der Schule an der Reichenstraße	" 295
XV.	Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen	" 295
XVI.	Terrainerwerb zur verlängerten Bodestraße	" 296
XVII.	Anfrage Böschigt: Beseitigung einer Anschlagäule	" 296

XVIII.	Anfrage Löschigt: Stand der Vorarbeiten für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung	Seite 296
XIX.	Anfrage Kiefe: Lagerung der Schneemassen	" 296
XX.	Antrag Wollenweber: Ausdehnung des Schlachthauszwanges	" 297

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg. Entschuldigt die Herren Seele und Weber; später erscheint Herr Semler. Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

I. Gesuch der Fleischer-Innung um Ausdehnung des Schlachthauszwanges.

Der Vorstand der hiesigen Fleischer-Innung hat, veranlaßt durch die Verlegung einiger größeren Schlachtereien in die Umgebung der Stadt, unter eingehender Begründung folgende Anträge an die Versammlung gerichtet:

- 1) zu beschließen, daß der hierorts geltende Schlachthauszwang ausgedehnt werde auf alle betreffenden Gewerbetreibenden im Umkreise von 10 km;
- 2) anzuordnen, daß Fleischwaaren, die aus Orten herrühren, in denen kein öffentliches Schlachthaus besteht, und auch überseeisches hier in den Handel gebrachtes Fleisch, ausnahmslos der städtischen Controle unterworfen werden;
- 3) zu bestimmen, daß behufs Erschwerung der Einfuhr zweifelhaften Fleisches den von auswärts zur Untersuchung gestellten frisch geschlachteten Thieren einerseits Lunge, Herz und Leber anhafte und andererseits die Milz sowie der Kopf mit anhaftender Zunge mit zur Stelle gebracht werde.

Wegen der letzteren, durchaus nöthigen Forderung stehe die Innung nach ihrer eigenen Mittheilung in Widerspruch mit dem maßgebenden Beamten des hiesigen Veterinärwesens, dem Hof- und Kreis-Thierarzt Vies, nach dessen Gutachten es nicht nöthig sein solle, die vorangeführten inneren Organe beizubringen.

Wie Herr Blasius berichtet, war man in der Statutencommission allgemein der Ansicht, daß sich bei dem jetzigen Stande der braunschweigischen Gesetzgebung in Bezug auf den ersten Punkt der Eingabe nichts machen lassen würde und deshalb der Versammlung nur empfohlen werden könne, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen. Hinsichtlich des zweiten Punktes habe man in der Commission die Ansicht vertreten, daß durch das demnächst zu erwartende Landesgesetz über das Untersuchen von Fleisch vielleicht eine bessere Controle in der gewünschten Richtung geschaffen werden könne, zumal da die Absicht bestehe, durch das Gesetz in allen Ortsgemeinden des Herzogthums eine Controle der Schlachtungen ein-

zuführen und es angezeigt erscheine, erst den Erlaß dieses Gesetzes abzuwarten, also auch über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

Was den dritten Punkt anlange, so habe die Commission, in der Ueberzeugung, daß bei Durchführung des Antrages allerdings eine größere Garantie für gutes eingebrachtes Fleisch geschaffen werden könne, beschlossen, in Vorschlag zu bringen, den Magistrat zu ersuchen, in dieser Beziehung eventuell selbst, oder unter Zuziehung der Herzoglichen Polizeidirection das Schlachthausstatut in der Richtung zu ändern, daß bei eingebrachtem Fleische auch die inneren Theile der geschlachteten Thiere dem untersuchenden Thierarzte mit zur Ansicht vorgeführt werden.

Herr Wollenweber möchte auf die beiden ersten Punkte der Eingabe zurückkommen, in welchen zunächst beantragt sei, einen Ring zu ziehen. Es erscheine ganz selbstverständlich, daß solche Geschäfte, welche ihren Betrieb außerhalb Braunschweigs, aber immer noch in die Nähe der Stadt verlegt haben, billiger arbeiten, als wenn sie in der Stadt ihre Fabrik betreiben, denn sie seien außerhalb keinem Schlachthauszwange unterworfen, haben dort bedeutend billigere Wohnräume, brauchen nicht so erhebliche Steuern zu bezahlen und haben noch in mancher anderen Beziehung erhebliche Vortheile gegenüber den hier wohnenden Schlachtern. Jedemfalls werde es auch nicht lange dauern, daß den außerhalb bestehenden drei größeren Fabriken noch andere größere Etablissements nachfolgen werden, wenn nicht endlich ein Kiegel davor geschoben würde, ja selbst mehrere kleinere Schlächter würden sich vielleicht zusammenthun und sich draußen gemeinsam anbauen, um hierdurch der drückenden Concurrenz der größeren Schlachtereien zu begegnen. Seines Wissens haben auch der Herr Minister Hartweg und der Herr Bürgermeister Ketemeyer dem Vorsitzenden der Fleischer-Innung erklärt, daß es sehr wohl möglich sei, einen solchen Ring zu ziehen. Ursprünglich hätten sämtliche Fleischfabrikate, welche hier zum Verkauf gestellt werden sollten, nach dem Schlachthause zur Untersuchung gebracht werden müssen, jedoch in neuerer Zeit habe z. B. die Firma Denecke & Himmel nur diejenigen Sachen zur Untersuchung in das Schlachthaus schaffien lassen, welche sie in ihrer hiesigen Filiale zum Verkauf stellen wollte, während sie alle anderen Waaren direct nach ihrem Bestimmungsorte abgefertigt und sie der Schlachthauscontrolle entzogen habe. Derartige Fälle bedürften aber der Abstellung.

Was den zweiten Punkt betreffe, so dürfte man die Sache mit den hier eingeführten überseeischen Fleischwaaren nicht so leicht nehmen, weil diese der städtischen Controle nothwendig unterworfen werden müßten. Beispielsweise habe eine große hiesige Firma das überseeische Fleisch ladungsweise zur Wurstfabrikation bezogen, ohne daß die auswärtig domicilirte Firma verpflichtet sei, das Fleisch im Schlachthause untersuchen zu lassen.

Hinsichtlich des dritten Punktes hätten sich die Interessenten schon lange gewundert, daß bei der Untersuchung eingebrachten Fleisches hier niemals die inneren

Theile des geschlachteten Thieres beigebracht werden müßten, aber die Verwundung sei noch mehr gestiegen, als man vernommen habe, daß der Medicinalassessor Dies als Sachverständiger befundet habe, daß solche Weibbringung nicht nothwendig sei. Dem gegenüber müßte aber doch wohl einleuchten, daß manche Krankheit ohne die inneren Organe des Thieres sich gar nicht feststellen lasse. Man müsse sich über ein solches Gutachten wirklich wundern, da er nicht glaube, daß der jüngste, soeben von der Thierarzneischule entlassene Thierarzt sich demselben anschließen werde. Außerdem unterbleibe bei der Untersuchung des eingebrachten Fleisches die Prüfung desselben auf Finnen, was ebenfalls als ein großer Fehler angesehen werden müsse. Sobald jezt das Fleisch eines Thieres als genießbar erklärt werde, gehe dasselbe in den vollen Handel über, auch wenn es nur minderwerthig sei. Früher sei solches Fleisch von hier nach Magdeburg gegangen, jezt aber werde die hiesige Stadt von allen Seiten damit belastet, indem sich nach hier der ganze Handel mit solchem Fleisch concentrirte. Daraus gehe zur Genüge hervor, daß die hier bestehenden Vorschriften nicht ausreichend seien, und etwas zur Verschärfung derselben geschehen müsse. Wenn der Antrag auf Ziehung eines Ringes um Braunschweig nicht angenommen werden sollte, werde er hinterher einen Antrag einbringen, nach welchem sämmtliches hier zum Consum oder zum Angebot kommende Vieh hier im Schlachthause geschlachtet werden müsse.

Herr Ebeling hat seinen früheren Antrag auf Stellungnahme gegen die Verlegung hiesiger größerer Schlachtereien nach außerhalb — Seite 134 des Berichts — nicht aus Rücksichten der Concurrenz eingebracht, weil sich die auf allen gewerblichen Gebieten geltend machende Concurrenz nicht bekämpfen lasse, sondern aus dem Grunde, weil ihm die Untersuchung in den Privatschlachthäusern doch bedenklich erschienen sei gegenüber der Untersuchung im städtischen Schlachthause. In jenen Schlachthäusern bringe man die Leber zc. zur Verarbeitung, ohne daß sie die Untersuchungsstelle passirt habe. Ueberhaupt handle es sich dort immer nur um eine Privatcontrole, die er gegenüber der amtlichen Controle im städtischen Schlachthause nicht gelten lassen könne. Wenn über die Privatschlachthäuser nicht eine schärfere Controle eingeführt werde, könne man gewärtigen, daß immer noch weitere größere Schlachtereien nach außen verlegt werden. Man müsse hierbei also den Hauptwerth auf die sanitären Verhältnisse legen. Was nun den zweiten Punkt, die Marktzufuhr anlange, so müsse man sich allerdings wundern, daß diese Zufuhr immer größer werde, und sei er der festen Ueberzeugung, daß sich darunter eine Masse Fleisch befinde, welches nicht dorthin gehöre und das im städtischen Schlachthause wenn nicht verworfen, so doch für minderwerthig erklärt würde. Deshalb müßte hier endlich eine Freibant geschaffen werden. Durch die Verzögerung dieser Einrichtung würden die Landwirthe dazu getrieben, ihr nicht ganz vollwerthiges Vieh nicht dem Schlachthause, sondern den Pollschlächtern zuzuführen, welche das

Fleisch dann als vollwerthig einführen und dasselbe von den Consumenten, also hauptsächlich von den kleinen Leuten, sich zum vollen Preise bezahlen lassen. Hierdurch leide der Verkäufer des Viehes erheblichen Schaden und der Consument des Fleisches gewinne auch nichts dabei, wogegen der Pollschächter einen ganz erbärmlichen Preis für das Vieh zahle. Das Vieh werde von diesem in einzelnen Vierteln nach dem Markte gebracht und Niemand wisse, was dem Thiere gefehlt habe. Das einzige Erfreuliche hierbei sei nur, daß die Leute das Schlachthaus scheuen und sich mit Thieren, welche nicht ganz gesund seien, nicht in dasselbe wagen. Hinsichtlich des dritten Punktes stelle er sich auch auf den Standpunkt, daß die inneren Organe nothwendig seien zur Beurtheilung des Gesundheitszustandes eines Thieres, da namentlich Lunge und Herz in dieser Beziehung einen wichtigen Fingerzeig gäben. Es müßte der Einwohnerschaft eine Gewähr dafür geboten werden, daß sie gutes Fleisch erhalte. Die auswärtigen Schlachter könnten das Vieh durchaus nicht billiger einkaufen, als die hiesigen Schlachter, und sei es ersteren nur möglich, billigeres Fleisch an den Markt zu bringen, wenn sie minderwerthiges Vieh einkaufen. Da die Möglichkeit, einen Rayon für die Gewerbetreibenden zu ziehen, welche hier Fleisch einführen wollen, auch von maßgebender Stelle zugestanden sei, so solle man diese Sache nicht außer Acht lassen und die Bestimmung treffen, daß das Vieh aus einem gewissen Umkreise auch hier im Schlachthause geschlachtet werden müsse. Wenn ein Gesetz über obligatorische Fleischschau eingeführt werden solle, so komme es wesentlich darauf mit an, welchen Leuten die Fleischschau übertragen werden solle. Bedenken müsse man hierbei, daß ein Thierarzt auf dem Lande mehr oder weniger abhängig von den Landwirthen sei und doch wohl hier und da einmal etwas durchgehen lassen könne, während die Thierärzte des städtischen Schlachthauses als besoldete Beamte unabhängiger daständen. Es empfehle sich doch vielleicht, ein städtisches Statut zu erlassen, um darauf zu halten, daß nur tadellose Waare hier eingeführt und daneben minderwerthiges Fleisch zu einem billigeren Preise zum Verkauf gestellt werde.

Herr Aßmann ist der Meinung, daß das ganze Vorgehen der Schlachtersinnung dem Concurrenzneide entsprungen sei, indem dieselbe glaube, die Concurrenz der auswärtigen Schlachter nicht mehr aushalten zu können und die städtischen Behörden sich nun dazu hergeben sollen, der Innung genehme Bestimmungen zu schaffen. Die Versammlung müsse sich indessen von höheren Zielen leiten lassen und dürfe den geäußerten Wünschen nicht ohne Weiteres nachgeben. Wenn man Gelegenheit habe, zu beobachten, wie die heutigen statistischen Bestimmungen häufig befolgt werden, so könne man doch zweifelhaft sein, ob nicht neue Bestimmungen zu noch größeren Wirrnissen führen würden. Es würde an und für sich vieles dagegen einzuwenden sein, einen Ring um Braunschweig zu ziehen, wenn dieses überhaupt durchführbar wäre; es lasse sich das aber nicht anders machen,

als daß man hinter jedes zu schlachtende Schwein einen Polizisten stellte, weil sich sonst nicht constatiren lasse, ob das Schwein auch wirklich innerhalb des Rayons geschlachtet sei. Bei dem eingeführten Fleische lasse sich leicht feststellen, ob das Thier gesund gewesen sei, aber bei der Wurst sei die Sache schon viel schwieriger oder gar unmöglich. Dazu komme, daß die bestehenden statistischen Bestimmungen heute schon für Einzelne zu Quälereien geworden seien, für die Gesamtheit indessen nichts nützen, wenn man den Einen zwingt, seine eingeführten Fleischwaaren untersuchen zu lassen, den Anderen aber hiervon befreie. Auch die Geschäfte von Großschlachtern führen hier und da schlechte Waaren, denn das Wurstmachen gerathe nicht immer. Außerdem könne man auch nicht wissen, ob das bei Nacht und Nebel eingeführte Fleisch untersucht worden sei. Wenn man also nicht alle Fleischwaaren untersuchen könne oder wolle, so solle man es nur ganz lassen. Er könne es nicht für richtig halten, daß z. B. einem Wurstverkäufer in der Wilhelmstraße gestattet sei, seine Waare nicht untersuchen zu lassen. Jedenfalls liege in der Behauptung, daß die Thierärzte auf dem Lande zu abhängig seien, um ein zutreffendes Urtheil über die Güte von Fleischwaaren in allen Fällen abgeben zu können, eine gewisse Mißachtung oder gar eine Verurtheilung dieser Leute, die sie nicht in allen Fällen verdient haben, wenn er auch zugeben wolle, daß die Schlachthaus-Thierärzte weniger abhängig seien. Die Untersuchung der hier eingeführten fremden Fleischwaaren werde jetzt überhaupt in einer Art gehandhabt, daß man sich auch von einer Verschärfung der Vorschriften keinen Erfolg versprechen könne. Zudem gewinne es den Anschein, als ob man die einzuführenden Fleischwaaren nur durch eine neue Steuer vertheuern wolle, damit die hiesigen Innungsmeister dann mit ihren Preisen wieder in die Höhe gehen könnten. Die hiesigen Schlächter können aber, wie hier früher schon einmal behauptet sei, mit ihren Preisen recht gut aus und wenn dieselben durch die Höhe der Fleischpreise den Zuzug von außen gefördert haben, so mögen sie sich die Schuld daran selbst beimessen. Die Versammlung habe also gar keine Ursache, den Vorschlägen der Fleischer-Innung zuzustimmen und müsse bei der Schaffung neuer statistischer Vorschriften genau erwägen, ob sich dieselben auch durchführen lassen.

Was die Einrichtung einer Freibant betreffe, so habe er sich s. B. dagegen ausgesprochen, und möchte er wohl wissen, wie man eine Konsequenz darin erblicken könne, wenn man gekochtes minderwerthiges Fleisch für genießbar erklären wolle, während eingeführtes Pflaumenschmalz, welches doch auch gekocht sei und keine Krankheitserreger mehr in sich haben könne, mit dem Eingangszolle von 2 S belegt werde. Man dürfe die Einführung fremder Fleischwaaren nicht zu sehr erschweren, wenn man billige Preise haben wolle; deshalb müßte die Untersuchungsstelle aus dem Schlachthause, also von der Peripherie mehr nach der

Mitte der Stadt, wie das Statut es vorschreibe, verlegt und an einen geeigneteren Ort, vielleicht später nach der Markthalle, gebracht werden. Da nun eine gesetzliche Regelung der Sache schon zum 1. April in Aussicht stehen solle, so möge man diese Sache wenigstens so lange ruhen lassen, bis das Gesetz in Kraft getreten sei und nicht jetzt noch Ausnahmen schaffen. Es sei jedenfalls eine Thatsache, daß die jetzige Untersuchung der eingeführten Wurst- und Fleischwaaren in sanitärer Hinsicht nicht genüge und sie hauptsächlich darauf hinauslaufe, für das Pfund 2 $\frac{1}{2}$ Gebühr einzuziehen. Den Einen belaste man durch die jetzige Einrichtung, indem man von ihm trotz bester thierärztlicher Atteste noch eine Untersuchung verlange, und den Anderen lasse man frei durchgehen; das sei nicht der richtige Weg, sondern alle statistischen Bestimmungen müssen durchführbar und dann aber auch für Alle bindend sein. Bei der jetzigen Gepflogenheit müsse es fast den Eindruck gewinnen, als wenn man nur die große Masse besteuern wolle und einzelne Geschäfte davon ausnehme. Es frage sich dem gegenüber sehr, ob bei Stichproben auf die Güte hiesiger und hier eingeführter Wurst- und Fleischwaaren die ersteren den Sieg davon tragen, denn die Behauptung, daß von auswärts schlechtere Waaren als man sie in hiesigen Geschäften erhalte, eingeführt werden, erscheine ihm schon lange hinfällig.

Herr Blasius möchte gegenüber dem Vorredner besonders darauf hinweisen, daß die Commission nur deshalb vorschlage, die beiden ersten Punkte von der Tagesordnung abzusetzen, weil augenblicklich keine gesetzliche Unterlage vorhanden sei, um in entsprechender Weise vorzugehen und weil der Erlaß eines Gesetzes über die obligatorische Fleischschau in Aussicht stehe. Wenn Herr Wollenweber seine Mahnung, die Sache nicht so leicht zu nehmen, auf die Statutencommission beziehe, so müsse er sich namens derselben dagegen verwahren, da die Sache in der Commission reiflich und gründlich berathen sei, letztere aber sich überzeugt habe, daß sich bei dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung nichts weiter in der Sache thun lasse. Redner stehe der Angelegenheit persönlich sehr sympathisch gegenüber und möchte den Untersuchungszwang möglichst geschärft sehen, jedoch lasse sich z. B. in der Sache nichts thun. Letzteres müsse er auch gegenüber dem ihm schriftlich vorgetragenen Wunsche eines Mitgliedes der hiesigen Schlachtersinnung, welches nur Fleisch von im hiesigen Schlachthause geschlachteten Thieren hier verkauft sehen möchte, besonders betonen. Die Statutencommission habe sich bei ihrer Beschlussfassung auf den Standpunkt gestellt, daß die sanitären Verhältnisse hierbei in erster Linie zu berücksichtigen seien.

Herr Ebeling ist der Ansicht, daß das Schlachthaus seinen ursprünglichen Zweck, der hiesigen Stadt nur gutes Fleisch zu liefern, nicht mehr erfüllen könne, wenn man sich gegen die jetzt hier eingerissenen Verhältnisse nicht durch Landesgesetz, oder auf statutarischem Wege zu schützen wisse. Herrn Ahmann gegenüber wolle er bemerken, daß sich die zu verschärfenden statutarischen Bestimmungen recht

gut überwachen ließen, weil jeder Einwohner seinen Nachbar daraufhin leicht controliren könne, ob derselbe in seinem Hause schlachte. Schon jetzt schlachteten die Einwohner verschiedener Ortschaften alles Vieh im hiesigen Schlachthause, um zu zeigen, daß sie nur gutes Vieh schlachten. Von Herrn Ahmann vermisse er auch den Nachweis darüber, daß das Fleisch von abgemagerten oder solchen Thieren, deren Fleisch nicht so durchwachsen sei, wie bei einem Oldenburger Grasochsen, schädlich sei. Jedenfalls liege für den Arbeiter und kleinen Beamten ein Vortheil darin, wenn er solches Fleisch durch die Freibant zu einem billigen Preise erhalten könne, und deshalb möchte er die Freibant eingeführt sehen, damit die Consumenten einerseits gegen schädliches Fleisch geschützt seien und andererseits auch minderwerthiges Fleisch zu einem angemessenen, von der Schlachthausverwaltung zu bestimmenden Preise erhalten.

Herr Böschigt möchte constatiren, daß die Schlachter-Innung berechtigt sei, gegen die jetzigen Einrichtungen vorzugehen, da sie gezwungen sei, im Schlachthause zu schlachten, um der Bürgerschaft eine Garantie für gesundes Fleisch zu bieten. Der Import von auswärtigem Fleisch habe sich jetzt aber so erheblich gesteigert, daß der Wunsch auf Schaffung einer Freibant berechtigt sei. Von den hiesigen Schlachtern dürfe man nicht härtere Controlmaßregeln verlangen, als von auswärtigen Schlachtern, welche hier Fleisch einführen und es nur die Untersuchungsstelle auf dem Markte passiren lassen. Letztere möge früher wohl ausreichend gewesen sein, aber jetzt bei den gewaltigen Einführungen von Fleisch reiche sie nicht mehr hin. Vor dem Gesetze müßten Alle gleich sein und es sei deshalb nicht richtig, einen Ochsen in die Säure zu bringen, wenn er krank werde, während andererseits solche Thiere von auswärts unbeanstandet eingeführt werden dürften. Die Einrichtung einer Freibant, welche billiges, aber sonst einwandfreies Fleisch liefern werde, würde er mit Freuden begrüßen. Den Schlachtern könne man es durchaus nicht verdenken, wenn sie für ihre Interessen kämpften, denn das müsse ein Jeder thun. Er bitte, den dritten Punkt zu genehmigen und gleichzeitig den Magistrat zu ersuchen, alle nur möglichen Controlmaßregeln vielleicht durch Verstärkung des Personals zu treffen, um eine größere Sicherheit dafür zu schaffen, daß nur gutes Fleisch auf den Markt komme, weil es ein öffentliches Geheimniß sei, daß größere Massen minderwerthigen Fleisches hier auf dem Markte feilgehalten werden. Da indessen diese Fleischverkäufe schon längere Zeit und nicht seit gestern und heute stattfinden, so empfehle er den hiesigen Schlachtern, ohne auf die Ursachen der fortwährenden Steigerung dieser Verkäufe eingehen zu wollen, recht vorsichtig zu sein und mit gutem Beispiele voranzugehen, denn es sei nur zu bekannt, daß die hiesigen Schlachter zu einem guten Theile von den auswärtigen Schlachtern Fleisch beziehen, also von denselben Leuten, welche heute hier bekämpft werden sollen. Wolle man aber ein solches Uebel auszrotten, so dürfe man dem Bürger keine

Veranlassung zu Beschwerden gegen die eigene Person geben. Wenn er nun auch gern zugestehet, daß es auswärts ebenfalls gute Wurst gebe, so möchte er doch vor Allem dahin streben, daß unsere Vaterstadt mit ihrer berühmten Wurstindustrie weiter blühen und berühmt bleiben möge. Er bitte also um Annahme des dritten Punktes, jedoch mit dem Hinzufügen, daß der Magistrat ersucht werde, der Versammlung Vorschläge zu einer intensiveren Marktcontrolle zu machen.

Herr Rieß ist nicht Fachmann genug, um auf Einzelheiten einzugehen, er möchte aber doch seine Bereitwilligkeit aussprechen, mitzuhelfen, daß der alte Ruf der Braunschweiger Fleisch- und Wurstfabrikation aufrecht erhalten bleibe. Es sei durchaus nicht einerlei, wenn es den Leuten leicht gemacht werde, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, da man dann bald auf Braunschweig als einen Ort hinweisen werde, an welchem man Fleischwaaren unterbringen könne, die sich anderwärts nicht verwerthen ließen. Als ein hiesiger Thierarzt in einem benachbarten Dorfe auf die Frage, ob das Fleisch eines kranken Thieres wohl zu genießen wäre, geantwortet habe, er empfehle, das Fleisch zu kochen, sei ihm erwidert worden, das wäre nicht nöthig, weil das Fleisch nach der Stadt geschafft werden solle. Wenn Herr Ahmann meine, die hiesigen Fleischer wollten sich auf Kosten Anderer mästen, so sei das nicht correct. Mit der Gründung des Schlachthauses habe die Stadt den Schlachtern Unkosten auferlegt und dürfe man diesen Standpunkt nicht verlassen, sondern müßte die Schlächter auch gegen die auswärtige Concurrenz zu schützen suchen. Er werde deshalb dem Antrage der Commission zustimmen, sowie fernerhin auch jeder Maßregel, die geeignet sei, die Braunschweiger Fleischfabrikation hochzuhalten.

Herr Wollenweber möchte besonders hervorheben, daß er der Statutencommission keinen Vorwurf habe machen, sondern nur betonen wollen, man möchte über die beiden ersten Punkte nicht so ohne Weiteres hinweggehen.

Herr Stadtrath Meyer will sich nicht allgemein über die vorliegende Frage verbreiten, sondern nur zwei Punkte hervorheben, um darüber eine falsche Auffassung zu zerstreuen. Sowohl das Schlachthaus, als auch die Untersuchung des eingeführten Fleisches sei geschaffen, um das Publicum vor genußuntauglichem Fleische zu schützen. Wenn nun gesagt werde, man könne über den Wunsch der Fleischer-Innung auf Ausdehnung des Schlachthauszwanges auf einen Umkreis von 10 km zur Tagesordnung übergehen, weil ein Gesetz zu erwarten sei, welches eine Unterlage schüfe, um die bestehenden statutarischen Bestimmungen in dieser Richtung auszubauen, so sei das nicht ganz richtig, weil es sich in dem Gesetze seines Wissens nur darum handle, eine Fleischschau obligatorisch für das ganze Herzogthum einzuführen. Ein solches Gesetz würde also einen wesentlichen Fortschritt nur insofern bieten, als man dadurch die Sicherheit erhalte, daß alles hier eingeführte Fleisch auch eine Untersuchungsstelle passirt habe. Von dem Magistrate

sei früher der Antrag der Fleischer-Zunftung abgelehnt worden, weil derselbe gemeint habe, es müßte unbillig erscheinen, Personen, die nicht innerhalb des städtischen Bezirks wohnen, den Vorschriften der Stadt zu unterwerfen. Wenn Herr Löschigt meine, es beständen hier so starke Mißstände bei der Untersuchung des eingebrachten Fleisches, daß es die höchste Zeit wäre, entsprechende statutarische Bestimmungen zu treffen, so wolle er hervorheben, daß allerdings schon seit Jahren speciell von hiesigen Fleischern über eine laze Art der Untersuchung geklagt worden sei, daß aber dem Magistrate noch nicht ein einziger Fall bekannt geworden sei, in dem eine ungenügende oder schlechte Untersuchung des Fleisches zu unglücklichen Folgen geführt hätte. Den Antrag 3 habe der Magistrat bereits einmal der Herzoglichen Polizei-Direction zur Genehmigung unterbreitet, jedoch sei Letztere nicht darauf eingegangen, weil der sachverständige Thierarzt erklärt habe, daß er bei den bisherigen Unterlagen im Stande sei, das Fleisch genügend untersuchen zu können. Trotzdem habe der Magistrat sich vorgenommen, die Sache weiter zu prüfen und sie bei Eröffnung der Markthalle in ein anderes Fahrwasser zu lenken.

Herr Meyerhoff möchte empfehlen, sich auf dem Wege der statutarischen Gesetzgebung frühzeitig gegen alle die landesgesetzlichen Bestimmungen zu schützen, welche nicht in den Rahmen des hiesigen Schlachthauses passen. Da schon verschiedene auswärtige Schlächter freiwillig in dem hiesigen Schlachthause schlachten, so wäre es doch wohl möglich, dieses zwangsweise auf alle Schlächter auszubehnen. In der Stadt Leipzig sei jeder Verkäufer gehalten, in dem städtischen Schlachthause zu schlachten, wenn er Fleisch in der Stadt Leipzig verkaufen wolle. Was dort möglich sei, müsse man auch hier durchführen können. Wenn man eine Untersuchung der amerikanischen Fleischwaaren nicht für nöthig halte, so sei das schlimm genug, aber das frische Fleisch müsse man doch mindestens dem Zwange unterwerfen.

Herr Löschigt will Herrn Stadtrath Meyer gegenüber hervorheben, daß er nicht von Mißständen bei der Untersuchung des Fleisches gesprochen, sondern nur gemeint habe, die jetzige eine Untersuchungsstelle reiche bei der starken Zufuhr eingebrachten Fleisches nicht aus und es müßte vielleicht noch eine zweite Kraft angestellt werden.

Herr Aßmann muß sich zunächst gegen den ihm von Herrn Nieß untergeschobenen Ausdruck „Mästen der hiesigen Schlächter“ verwahren, da er nur gesagt habe, die Herren kämen recht gut aus. Gegen den Vorschlag des Herrn Meyerhoff wolle er nichts einwenden, weil er sich gegen die richte, für die er gemacht werden solle, nur müßten dann alle Schlächter gleichmäßig behandelt werden. Wenn man den Zwang auch auf alles frischgeschlachtete Fleisch ausbehnen könne, so müsse man doch das Schmalz davon ausnehmen, weil man sonst zu Maßnahmen

gegen Einzelne komme. Sobald bestimmt werde, alle hier zum Verkaufe kommende Wurst im Schlachthause anzufertigen, werde man bald sehen, wo die hiesige Wurstindustrie bleibe, ja es könne durch das Ziehen einer chinesischen Mauer dahin kommen, daß die jetzt so berühmte Braunschweiger Wurst mit der Zeit berüchtigt werde. Wolle man alles Vieh hier schlachten lassen, so würden es die Schlachtermeister in der Hand haben, Wurst zu liefern, wie sie ihnen, nicht aber der Einwohnerschaft passe, und das liege doch wohl nicht im allgemeinen Interesse.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge der Statutencommission angenommen. Ein nach Schluß der Besprechung eingebrachter Antrag des Herr Brückmann auf Ueberweisung der ganzen Eingabe an den Magistrat kann nicht zur Abstimmung gebracht werden.

— Herr Semler übernimmt den Vorsitz. —

II. Erweiterung des Wirthschaftsgebäudes im Stadtparke.

Der gesteigerte Verkehr in der Stadtparkwirthschaft läßt nach der Ansicht des Magistrats eine Erweiterung des Wirthschaftsgebäudes daselbst angezeigt erscheinen. Es ist deshalb die Einrichtung folgender Räume in Aussicht genommen: 2 Säle mit zusammen 167,5 qm Grundfläche, 2 geschlossene Veranden mit zusammen 120 qm Grundfläche, 2 offene Veranden mit zusammen 90 qm Grundfläche, Vergrößerung der Küche, Anlegung einer Spülküche und einer Speisekammer, 2 Aborträume nebst Vorraum, Beschaffung eines größeren Herdes etc. Der Magistrat ersucht, das Project zu genehmigen und die dafür geforderten 31300 M zu verwilligen. Der mit dem Pächter Jäger abgeschlossene Vertrag, während dessen Dauer das Capital durch diesen mit 5 % zu verzinsen ist, läuft noch bis zum 30. April 1900.

Wie Herr Nieß berichtet, empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Veranden 2½—3 m breiter angelegt werden, als sie projectirt seien, weil dann erheblich mehr Personen darunter Platz finden könnten, der Preis sich aber nicht wesentlich höher stelle.

Herr Bürgermeister R e t e m e y e r möchte gegen eine so erhebliche Verbreiterung der Veranden das Bedenken geltend machen, daß den Sälen dann zu viel Licht genommen werden würde, wenn man nicht Glasdächer anbringen wolle. Das Bedürfniß nach einer weiteren Vergrößerung der Veranden wolle er aber durchaus nicht bestreiten.

Herr Nieß entgegnet, daß sich der geringe Abschnitt von Licht leicht durch eingelegtes Oberlicht ersetzen lasse. Die Verbreiterung der Veranden sei aber zur Schaffung ausreichender Räume nothwendig.

Herrn Lange erscheint die Verzinsung und Amortisation mit 5 % zu niedrig. Da man in den früheren Jahren Schwierigkeiten wegen der Schwammverhältnisse

in dem Stadtparkgebäude gehabt habe, so gebe er außerdem zu bedenken, ob es sich empfehle, noch einen Anbau an ein schwammdurchsetztes Haus zu stellen.

Herr Föbel ist ebenfalls der Ansicht, daß ihm eine Verzinsung und Amortisation mit 5 % zu niedrig gegriffen sei.

Herr Bues schließt sich dieser Ansicht an. Das Stadtparkgebäude sei zu einer Zeit errichtet und verpachtet worden, als die unmittelbare Verbindung mit der Stadt durch die Theaterbrücke noch nicht vorhanden gewesen sei, und später habe man den Vertrag um sechs Jahre verlängert; wenn man nun die Gebäude in einer Weise erweitere, daß sie zu einem doppelten Betriebe ausreichen, so könnten 5 % nicht genügen. Bei einem Wirthschaftsetablissement sei außerdem die Abnutzung bedeutender, als bei einem Privathause, so daß recht gut 6 % angerechnet werden könnten. Hierbei könne auch der Pächter Jäger sehr gut zurecht kommen und werde sich derselbe über zu hohe Abgaben nicht zu beklagen haben.

Herr Nieß erwidert, daß auch diese Frage in der Commission besprochen und die Feststellung des Procentsatzes in der Erwägung geschehen sei, daß nach der Erläuterung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels der Pächter während der ganzen Bauzeit in seinem Gewerbe ganz außerordentlich gestört werde und in seiner Pachtzeit eigentlich nur noch zwei ungestörte Jahre habe. Unter solchen Verhältnissen sei der Zinssatz als ausreichend angesehen worden.

Herr Halle möchte auch bitten, dem Satze von 5 % zuzustimmen, zumal da seines Wissens in dem Vertrage mit Herrn Jäger dieser Satz bei Verbesserung der Einrichtungen vorgesehen sei. Dem Vorschlage der Commission auf Verbreiterung der Veranden bitte er zuzustimmen, da sonst doch nichts Ordentliches geschaffen werde. Die Zimmer des Stadtpark-Gebäudes seien stets so überfüllt, daß es wünschenswerth erscheine, dort mehr Platz zu schaffen.

Der Antrag der Baucommission wird darauf genehmigt.

III. Kosten der Eulen- und Gartenstraße.

Die von der städtischen Bauverwaltung auf 133,60 M für 1 m Frontlänge berechneten Baukosten der Eulenstraße und des zwischen dieser und der Maschstraße gelegenen Theilstückes der Gartenstraße ersucht der Magistrat in dieser Höhe festzusetzen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

IV. Anträge Lange, Lord und Nolte: Privatbauthätigkeit der städt. Baubeamten.

Die in der letzten Sitzung gestellten Anträge — Seite 244, 245 und 249 des Berichts — sind nach dem Berichte des Herrn Wolff in der Statutencommission

durchberathen und hat dieselbe, nachdem Herr Nolte im Laufe der Besprechung seinen Antrag zurückgezogen habe, beschloffen, den Magistrat zu ersuchen, im Sinne des Lord'schen Antrages den städtischen Baubeamten für die Zukunft jede Privathäuslichkeit zu untersagen, jedoch vorbehaltlich eines abweichenden Beschlusses der städtischen Behörden in besonderen Fällen. Mit diesem Beschlusse der Commission haben sich alle Antragsteller einverstanden erklärt. Die Commission wolle hierbei aber constatiren, daß diese Beschlusfassung nicht aus dem Antrage Rathe herausgewachsen sei, sondern daß die Commission erwogen habe, es sei mit der Stellung der städtischen Baubeamten unvereinbar, Privathauarbeiten auszuführen. Dabei constatiere die Commission besonders, daß selbstverständlich die bereits erteilten Genehmigungen in ihrem vollen Umfange hiervon nicht berührt würden.

Der Herr Vorsitzende hat der Versammlung mitzutheilen, daß von den Herren Wolters, Rieß, Meyerhoff, Engelbrecht und Löbbbecke folgender Antrag eingebracht sei:

„Die Versammlung wolle beschließen, die Verhandlungen über Punkt IV der Tagesordnung auf die nächste Sitzung zu verschieben und den Magistrat zu bitten, zur nächsten Sitzung gemäß dem nach §. 60, Abs. 2 der Städteordnung ihm zustehenden Rechte, den Leiter der städtischen Bauverwaltung zu deputiren, damit dieser sich äußere über den Vorwurf säumiger Förderung städtischer Bauten und über die Berechtigung der städtischen Behörden, den Stadtbaumeistern Privathauarbeiten zu untersagen.“

Indem er diesen Antrag mit zur Berathung stelle, wolle er sich persönlich die Bemerkung erlauben, daß von der Statutencommission der Vorwurf säumiger Förderung städtischer Bauten nicht erhoben worden sei.

Herr Wolff will nochmals hervorheben, daß der Commissionsantrag mit der Begründung des Antrages Rathe nichts gemein habe, indem die Commission davon abgesehen habe, die säumige Förderung städtischer Bauten in den Kreis ihrer Berathungen zu ziehen. Der Antrag weiche also von dem Standpunkte der Commission völlig ab.

Der Herr Vorsitzende ist der Meinung, daß es nicht angängig erscheine, wenn der Leiter der städtischen Bauverwaltung über die Berechtigung der städtischen Behörden sprechen solle, da diese ihre Rechte und Pflichten selbst kennen müßten.

Herr Wolters möchte zur Begründung des Antrages bemerken, daß aus den Verhandlungen der Versammlung, sowie aus den Berichten der Commission heute und früher, ferner durch die Tagespresse und sonst im Allgemeinen die Meinung in der Bürgerschaft vertreten sei, daß thatsächlich der den städtischen Baubeamten gemachte Vorwurf, die städtischen Bauten säumig gefördert zu haben, berechtigt

gewesen sei. Früher sei es nun wohl Sitte gewesen, daß man zu allen solchen Fragen den betr. Beamten hinzugezogen habe, um sich selbst zu äußern über Sachen, die ihm gegenüber vorgebracht seien. Auch in den einzelnen Commissionen habe man in allen Fällen, wo ein Sachverständigenurtheil nothwendig gewesen sei, den betreffenden Beamten zugezogen. In dem vorliegenden Falle erscheine es ihm als eine Nothwendigkeit, daß man den schwer angegriffenen städtischen Baubeamten die Möglichkeit verschaffe, innerhalb der Sitzung sich selbst über die Sache zu äußern, denn es sei eine allgemein gültige Rechtsanschauung, daß man über Jemand nicht ungehört urtheilen dürfe, sondern ihm Gelegenheit geben müsse, die wider ihn erhobenen Vorwürfe zu widerlegen. Das sei bisher nicht geschehen und deshalb habe auch können die Meinurg aufkommen, daß die hier gemachten Vorwürfe berechtigt gewesen seien. Man möchte also den Beamten Gelegenheit geben, sich über die Sache selbst zu äußern, um die erhobenen Angriffe zu zerstreuen. Was nun die Berechtigung der städtischen Baubeamten zur Ausführung von Privatbauarbeiten betreffe, so sollen nicht nur Dienstverträge vorliegen, sondern es sollen auch außerhalb der schriftlichen Dienstverträge private Abmachungen über diese Frage getroffen sein, so daß die Herren ein Recht zur Ausführung von Privatarbeiten zu haben glauben. Jedenfalls solle man über die Ehre von Beamten nicht ungehört beschließen. . . .

Der Herr Vorsitzende muß diesen Ausdruck als ungehörig zurückweisen, da der Referent nichts Derartiges vorgebracht habe.

Herr Wolters hat mit seinen Worten Niemand einen Vorwurf machen wollen und hat dieselben auf die früher über diesen Gegenstand gepflogenen Verhandlungen bezogen.

Herr Oberbürgermeister Pockels macht darauf aufmerksam, daß der von den Antragstellern angezogene Paragraph 60 der Städteordnung etwas Anderes enthalte, als dieselben aus dem Paragraphen herausgelesen haben und daß letzterer nicht hierher passe. Von persönlichen Angriffen auf einzelne Beamte könne heute keine Rede sein und würde der Magistrat, wenn solche Angriffe erhoben wären, die Beamten schon selbst vertreten haben. Jedenfalls würde der Magistrat keine Veranlassung nehmen, seine Baubeamten hierher zu citiren, um sich über die gegen sie erhobenen Vorwürfe zu äußern, er würde auch sonst gezwungen sein, das gesammte Baupersonal in die Versammlung zu citiren. Die leidige Debatte über diesen Gegenstand hoffe er dadurch abkürzen zu können, wenn er Namens des Magistrates hiermit die Erklärung abgebe, daß derselbe im Principe mit dem Antrage der Commission einverstanden sei. (Beifall.)

Herr Wolff: Die Antragsteller haben übersehen, daß der Antrag Rathe erledigt sei und daß nur gelegentlich der Berathung desselben Anträge gestellt seien, welche hier zur Verhandlung stehen, sowie daß die Statutencommission aus

rein sachlichen Gründen, welche mit Vorwürfen über geschehene Dinge nichts zu thun haben, zu dem Ergebniß ihrer Berathung gekommen sei, indem sie es mit der Stellung städtischer Beamten für unvereinbar halte, Privatbauarbeiten auszuführen. Sachlicher könne doch wohl kein Antrag motivirt werden.

Herr Wolters möchte nochmals betonen, daß er dem Referenten einen Vorwurf nicht habe machen wollen, indem der Antrag und dessen Begründung nur habe bezwecken sollen, die durch den Antrag Rathe angegriffenen Baubeamten möglichst zu schützen. Im Uebrigen ziehe er den Antrag zurück.

Herr Rieße hält den Standpunkt des Herrn Wolters für unthunlich, weil man den Zweck schon hätte erreichen können, wenn das in den Acten befindliche Schreiben des Chefs der städtischen Bauverwaltung zur Verlesung gebracht wäre. Im Uebrigen möchte er noch rathen, dafür einzutreten, daß Niemand das Recht habe, Stadtverordneter zu sein, wenn er mit Vorliebe städtische Arbeiten übernehme. (Zustimmung).

Der Antrag der Statutencommission gelangt hierauf zur Annahme.

V. Baulichkeiten im Wirthschaftsgebäude des Bürgerparks.

Es hat sich das Bedürfniß herausgestellt, in dem Wirthschaftsgebäude des Bürgerparks verschiedene Baulichkeiten auszuführen, deren Kosten sich auf zusammen 2180 M belaufen. Der Magistrat giebt anheim, diesen Betrag in den nächstjährigen Etat einzustellen. Da verschiedene dieser Arbeiten bereits ausgeführt sind, so bittet die städtische Bauverwaltung bei Ueberreichung des Kostenanschlages, behufs Aufrechterhaltung der Ordnung darüber Bestimmung zu treffen, daß, sofern die bauliche Unterhaltung des Wirthschaftsgebäudes von der städtischen Bauverwaltung ausgeführt werden solle, ähnliche eigenmächtige Eingriffe dritter Personen, wie sie im vorliegenden Falle der Stadtverordnete Lange sich erlaubt habe, in Zukunft unterbleiben. Bei diesen Baulichkeiten handelt es sich hauptsächlich um die Verlegung der Aborte, Umwandlung des Treppenraumes in zwei Zimmer, Verlegung der Waschküche in das Nebengebäude, Tapezieren und Anstreichen der Wände und Decken im Hauptgebäude u.

Die Baucommission läßt durch Herrn Rieße die Genehmigung der Vorlage empfehlen.

Herr Halle kann der von der städtischen Bauverwaltung ausgesprochenen Bitte nur zustimmen, da man nicht wisse, wohin es führen solle, wenn jeder Stadtverordnete in die Verwaltung eingreifen und Aenderungen an städtischen Gebäuden u. vornehmen lassen wollte. So sehr er Herrn Lange und dessen Tüchtigkeit achte, müßte er doch dafür eintreten, solche Sachen zu vermeiden, selbst wenn Herr Lange bei seinem Vorgehen von der besten Absicht geleitet gewesen sei.

Herr Lange muß sich zunächst gegen den Vorwurf der Eigenmächtigkeit auf das Schärffste verwahren, da es ihm gar nicht eingefallen sei, irgend welche Bestimmungen zu treffen. Er habe nur ein besonderes Interesse an dem Gebäude und komme ab und zu dorthin, um zu hören, wie sich die Wirthschaft mache und sich zu freuen, wenn Alles gut gehe. Bei solcher Gelegenheit trage ihm dann wohl der Pächter diesen und jenen Wunsch vor, doch habe er demselben stets erwidert, daß ihn das nichts angehe. Er sei dann einmal bei dem Bürgermeister Ketemeyer vorgegangen und habe demselben die Wünsche des Pächters vorgetragen, worin doch keine Eigenmächtigkeit erblickt werden könne. Um das Etablissement habe sich Niemand bekümmert und der Pächter wisse gar nicht, an wen er sich zu halten habe. Wenn man eine Deputation eingesetzt, oder den Aufbau des Gebäudes der städtischen Bauverwaltung übertragen hätte, würde das Gebäude sich wohl nicht in sechs Jahren bezahlt gemacht haben. Die hier in Vorschlag gebrachten Aenderungen und Verbesserungen hinsichtlich der Aborte, Defen, Küchen &c. seien nothwendig und kosteten nur eine geringe Summe, so daß man derselben wohl zustimmen könne. Vor allen Dingen möchte er sich den Ausdruck „Eigenmächtigkeit“ in Bezug auf seine Handlungen verbitten und müsse er ersuchen, daß Derjenige, welcher den Ausdruck gebrauchen wolle, sich erst darüber orientire, wer dort Anordnungen getroffen habe.

Herr Rieke kann es Herrn Lange nicht übel nehmen, wenn derselbe sich vertheidige. Für die Stadt wäre es aber besser, wenn das alte Schützenhaus irgendwo im Felde als Kornspeicher stünde, als hier im Bürgerparke. Wenn man im Bürgerparke etwas Ordentliches haben wolle, müsse man dort ein ganz anderes Haus hinstellen, sonst müsse sich die Stadt schämen. Es kämen in die Decken und Fenster fortwährend Risse, so daß es durch die Fenster durchschneite, die Defen seien das Hinfsetzen nicht werth gewesen &c. Deshalb sei die Segnung, mit der Herr Lange hier die Stadt beglückt habe, den Eifer nicht werth, welchen derselbe daran gewandt habe; es sei doch nur immer an dem Gebäude herumzuflicken. Im Stadtparke lägen die Verhältnisse viel günstiger, so daß man einen Vergleich gar nicht ziehen könne, namentlich nachdem man die schlechten Kellerverhältnisse dort beseitigt habe. Leider baue die Stadtverwaltung solche Gebäude immer zu klein, indem sie mit Braunschweig rechne, als es noch keine Hütte außerhalb der Umfluthgräben gehabt habe. Die für das Gebäude im Bürgerparke geplanten Aenderungen seien in gesundheitlicher Beziehung sehr anzuerkennen. Im Uebrigen habe seiner Meinung nach jeder Stadtverordnete das Recht und die Pflicht, sich um die städtischen Anlagen zu kümmern, und sei dieses auch seine Manier, wenn er auch den Leuten nichts in ihre Sachen hineinrede, sondern etwaige Wünsche in der Versammlung vorbringe.

Herr Lord muß es für sehr bedauerlich halten, daß ein Theil der beantragten Reparaturen bereits ausgeführt sei. Schon in einem früheren Falle habe er

einmal gesagt, daß es für einen Referenten entwürdigend sei, über eine Vorlage zu berichten, welche bereits ausgeführt sei. Die Finanzcommission, welche über jenen Fall zu referiren gehabt habe, sei damals zu einem wohlmeinenden und vorsichtig abgefaßten Beschlusse gekommen, der für Herrn Lange eine gewisse Ermahnung hätte sein sollen. Der von Herrn Halle, gestützt auf die Auslassung des Stadtbauraths Winter, erhobene Vorwurf sei, wenn man den früheren Vorhalt mit in Betracht ziehe, nicht unberechtigt, und wenn jetzt Herr Lange ableugne, unberechtigt eingegriffen zu haben, so müßte es doch irgend Jemand gewesen sein. Jedenfalls wolle Redner zum Ausdruck bringen, daß er Herrn Lange hinsichtlich seiner Thätigkeit für die Stadt schätze, daß er aber für die Institution sogenannter ausführender Stadtverordneter nicht die geringsten Sympathien habe.

Herr Nieß will noch besonders hervorheben, daß er seinen Bericht genau nach der Anweisung der Baucommission erstattet und demselben nichts hinzugefügt habe.

Herr W e s muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß man über diese Sache in solcher Weise herfalle, da man doch dem besonderen Interesse des Herrn Lange zu danken habe, daß überhaupt eine Wirthschaft im Bürgerparke vorhanden sei. Man habe ursprünglich dort nur eine Erfrischungshalle errichten wollen, zu welchem Zwecke man doch nicht einen großen Bau hätte aufführen können. Das Gebäude habe seine Kosten durch die Pacht bereits aufgebracht, so daß die Stadt recht zufrieden sein könne. In dem Vorgehen des Herrn Lange, der nichts Anderes gethan, als sich um die Erziehung seines Kindes bekümmert habe, könne er durchaus nichts finden.

Herr Halle ist mit den geplanten Aufwendungen vollständig einverstanden und erkennt auch gern an, daß das alte Schießhaus, auf welches er Herrn Lange s. Z. erst aufmerksam gemacht habe, sich schon selbst bezahlt habe. Dagegen könne er den Herrn Lange vorhin gemachten Vorwurf, fußend auf den Bericht des Stadtbauraths Winter, nicht zurücknehmen, da Herr Lange doch wohl etwas eigenmächtig vorgegangen sei.

Herr Bürgermeister Netemeyer hat aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen, als ob Herr Lange eine eigenmächtige Handlungsweise nicht bekundet habe. Die Sache werde sich wohl folgendermaßen abgepielt haben. Der Pächter habe sich mit seinen Wünschen an Herrn Lange gewandt und mit diesem sei die Sache besprochen; hieraus könne aber Herr Lange ein Vorwurf schon in der Erwägung nicht gemacht werden, daß derselbe, unter Ablehnung des von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Projectes, s. Z. ermächtigt sei, das alte Schießhaus in den Bürgerpark zu stellen. Nun sei es aber gewiß nichts Ungeheuerliches, wenn der Pächter angenommen habe, daß Herr Lange nach wie vor der Disponent über das Gebäude sei. Der Magistrat habe inzwischen aber schon beschlossen, Herrn

Lange zu bitten, die städtische Bauverwaltung dort allein wirken zu lassen, und das werde auch geschehen. Was nun die einzelnen Aufwendungen betreffe, so sei der Magistrat der Ansicht gewesen, daß dem Pächter, der glänzende Geschäfte in dem Parkhause doch noch nicht gemacht habe, die Ausgaben für die gemachten nothwendigen Verbesserungen billigerweise zu ersetzen seien, obgleich derselbe correcter verfahren haben würde, wenn er zuvor die Genehmigung der städtischen Behörden eingeholt hätte.

Herr Lange muß Einspruch erheben gegen den von Herrn Lord ihm gegenüber gebrauchten Ausdruck „ableugnen“, da er nichts abgeleugnet, sondern nur Thatfachen vorgetragen habe. Die Behauptung, daß er keine Anordnungen getroffen habe, müsse er aufrecht erhalten und alle Vorbeschaffungen der Eigenmächtigkeit des Pächters zuschreiben. Letzterer sei auch in einer üblen Lage gewesen und hätte die Neubeschaffungen selbst auf die Gefahr hin ausgeführt, daß er sie aus seiner Tasche zu bezahlen habe. Man werde indessen nicht verlangen wollen, daß der Pächter sein Geld bei dem städtischen Eigenthume zusehe, auch wenn derselbe voreilig gewesen sei. Er selbst habe durchaus keine Eigenmächtigkeit ausgeübt und möchte die Versicherung abgeben, daß die Ermahnungen bei dem Volksbade nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen seien, da er sich verdammt hüten werde, sich wieder in solche städtischen Sachen zu mischen. Im Uebrigen könne das Parkhaus von der Bildfläche ganz verschwinden, denn es habe der Stadt noch keinen Pfennig Unkosten zugefügt, da es seine Kosten durch die Pacht vollständig gedeckt habe.

Herr Hauswaldt fühlt sich durch die ganze Art und Weise, wie hier gegen Herrn Lange vorgegangen sei, persönlich unangenehm berührt, umsomehr als derselbe, selbst wenn er etwas über seine Competenz hinausgegangen wäre, doch für das allgemeine Wohl aufgetreten sei und deshalb wohl verdiene, in der öffentlichen Versammlung besser behandelt zu werden. Er würde bedauern, wenn Herr Lange nach diesem Vorgehen ein Haar finden würde in seiner ferneren Thätigkeit für die Stadt, obwohl man es demselben nicht verdenken könnte. Nach der Aeußerung des Herrn Bürgermeisters Stetemeier bestche für ihn überhaupt kein Schatten des Vorwurfs mehr, denn wenn sich der Pächter des Parkhauses mit seinen Wünschen an Herrn Lange wende und dieser sie einem Mitgliede des Magistrates vortrage, so könne man hieraus nicht die Spur einer Eigenmächtigkeit für Herrn Lange herauslesen. Er bedaure, daß einem so verdienten Mitgliede der Versammlung ein solcher Vorwurf gemacht werde, da Herr Lange mindestens die Lust verlieren werde, noch ferner im Interesse der Stadt etwas zu unternehmen, zumal da immer etwas hängen bleibe.

Herr Ebeling kann das Wirthschaftsgebäude im Bürgerparke nur als ein Provisorium ansehen, da dasselbe zu der ganzen schönen Umgebung nicht recht passe. Ueber die Nothwendigkeit der Anschaffungen brauche man nicht weiter zu

verhandeln, da die Reparaturen durchaus nothwendig seien und das Haus sich in einem traurigen Zustande befinde. Der Pächter habe ihm auch schon Klagen darüber vorgetragen. Wünschen möchte er, daß die Versammlung ihr Wohlwollen dem Bürgerparke mehr als bisher zuwendete, da es ein schöner und bedeutamer Erholungspunkt für die ganze Gegend der Stadt sei.

Herr Brückmann möchte im Anschlusse an die Worte des Herrn Hauswaldt an den Magistrat die Bitte richten, die Mitglieder der Versammlung gegen derartige unbegründete Vorwürfe der städtischen Bauverwaltung zu schützen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will zunächst Herrn Ebeling erwidern, daß der Pächter sich mit seinen Wünschen doch lieber an den Magistrat hätte wenden sollen, als daß er einzelne Stadtverordnete dieserhalb in Anspruch nähme. Herrn Brückmann gegenüber müsse er den Leiter der städtischen Bauverwaltung insofern in Schutz nehmen, als der erhobene Vorwurf in sachlicher Beziehung durchaus begründet sei, wenn die Bauten der städtischen Bauverwaltung unterstehen sollen. In dem vorliegenden Falle scheine die Schuld an dem Pächter zu liegen und werde demselben auch entsprechender Vorhalt gemacht werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

VI. Erweiterung der Gasanstalt an der Taubenstraße.

Seit Erbauung des Gaswerkes an der Taubenstraße im Jahre 1888 ist der jährliche Gasverbrauch bis zum 1. April 1895 von 3 640 540 cbm auf 4 744 380 cbm gestiegen und hat damit die Grenze der Leistungsfähigkeit der beiden städtischen Gaswerke erreicht. Da nun am 23. December 1895, dem Tage des bisherigen größten Gasverbrauches, das in einem Tage fertig zu stellende höchste Quantum von 26 500 cbm bis auf 190 cbm verbraucht worden, nach den gesammelten Erfahrungen aber im letzten Jahre der Gasverbrauch um 3,4 % gestiegen ist und sich eine weitere Steigerung dieses Verbrauchs annehmen läßt, so wird eine Erweiterung der Gaserzeugung nothwendig. Auf der alten Gasanstalt an der Bahnhofstraße ist solches nicht möglich, wohl aber empfiehlt es sich, eine Erweiterung auf der Gasanstalt an der Taubenstraße einzurichten, da hier fast sämtliche Räume so groß angelegt sind, daß sie noch die Aufstellung der erforderlichen Apparate gestatten. Es wird nun vom Magistrat beabsichtigt, einen neuen Gasbehälter für einen nutzbaren Inhalt von 7000 cbm mit eisernem Bollbassin über der Erde aufstellen zu lassen, und empfiehlt der Magistrat, die Ausführung der Neuanlage der hiesigen Dampffessel- und Gasometerfabrik von vorm. A. Wille & Co., als der mindestfordernden Firma, um den Preis von 145 160 M zu übertragen. Die Firma Berlin = Anhaltische Maschinenbau = Actien = Gesellschaft in Moabit hat 148 510 M und die Firma F. Neumann in Eschweiler 155 580 M gefordert. Zu den vorstehenden Kosten kommen noch 12840 M für Nebenarbeiten, wie: Ein-

mauerung des Dampffessels, Gas-, Wasser- und Dampfleitungen etc. hinzu, so daß ein Gesamtbetrag von 158 000 M erforderlich wird. Die Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß der neue Gasbehälter mit diesem Kostenaufwande aufgestellt werde, und soll wegen Deckung der Summe noch weitere Vorlage erfolgen. Am 1. April 1896 waren in dem Erneuerungs- und Reservefonds des Gaswerkes bereits 116 566,53 M vorrätzig.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr L ö b b e berichtet, angenommen.

VII. Verkauf von Bauplätzen am Augustplatz.

Dem Ersuchen der Versammlung in der Sitzung vom 22. October 1896 — Seite 187 des Berichts — den früher abgelehnten Verkauf der Bauplätze am Augustplatz von Neuem in die Wege zu leiten, ist der Magistrat nachgekommen, hat jedoch von einer abermaligen Versteigerung der Plätze Abstand genommen, weil vor der am 15. Februar 1896 erfolgten Versteigerung, bei der für das ganze Grundstück das Höchstgebot 121 500 M betrug, unter der Hand bereits mehr geboten war und erst bei den nach der Versteigerung mit dem Höchstbietenden, Bauunternehmer Albert Rosenthal, gepflogenen Verhandlungen ein annehmbares Gebot, nämlich 115 000 M für die drei vorderen, an der Promenade gelegenen Bauplätze erzielt wurde. Der für die frühere Ablehnung des Verkaufs mit maßgebende Grund, daß vielleicht auf dem Grundstücke ein massiver Circusbau werde errichtet werden, kann kaum noch in Betracht kommen, weil dem Magistrate entsprechende Anträge bis jetzt nicht unterbreitet sind. Letzterer hat deshalb in dieser Sache nochmals mit Herrn Rosenthal verhandelt und ist derselbe bereit, sein früheres Gebot von 115 000 M für die drei vorderen Bauplätze aufrecht zu halten, weshalb anheimgegeben wird, den erneut mit Rosenthal abgeschlossenen Vertrag nunmehr zu genehmigen. Wegen Verwerthung des an der Mönchstraße gelegenen Bauplatzes IV behält sich der Magistrat weitere Anträge vor.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn U h d e mit der Sache befaßt und ist zu dem Beschlusse gekommen, die Versammlung zu bitten, den Verkauf zu verweigern. Wenn auch der Magistrat der Meinung sei, daß sich im Augenblicke keine geeignetere Verwendung für den Platz finden lasse, so könne sich doch schon im Verlaufe weniger Jahre ein Zweck für die Verwendung herausstellen, der würdiger und besser sei, als wenn dort drei einzelne Miethscasernen errichtet würden. In der näheren Umgebung von Braunschweig werde man keinen Platz wieder bekommen, der für einen edlen Zweck besser und schöner wäre, als dieser. Die Commission ersuche einstimmig, die Vorlage abzulehnen.

Herr Koch ersucht gleichfalls um Ablehnung des Verkaufs, da die Stadtverwaltung ausgelacht werden würde, wenn sie die drei vorderen Plätze allein verkaufe.

Herr Löschigt bittet, bei Wiederholung dieser Vorlage einen kleinen Plan beizugeben, damit man sehen könne, wie der Platz bebaut werden solle.

Herr Bürgermeister Metemeyer will noch darauf hinweisen, daß gegen die Verkaufsbedingungen an sich noch kein Einwand erhoben sei und die Versammlung den Magistrat besonders ersucht habe, die Plätze zu verkaufen.

Herr Meyerhoff tritt für den Commissionsvorschlag ein. Der scheinbar erwachsende Verlust an Zinsen komme wieder ein, auch wenn der Platz noch zwei bis drei Jahre liege. Man befinde sich in der Zeit der Erbauung größerer Etablissements, massiver Circus- oder Concerthallen etc., woran es hier noch fehle, und glaube er, daß der Platz zu solchem Zwecke doch noch Verwendung finden könne. Einen Platz in so glücklicher Lage werde man nicht wieder finden und wenn man Millionen ausgeben wolle.

Herrn Hauswaldt scheint es, als ob die Baucommission für finanzielle Gründe nie zu haben sei, sondern ihr nur allgemeine künstlerische und sonst erfreuliche Gesichtspunkte maßgebend sein könnten. Die Commission habe nicht nachgewiesen, daß die Stadt den Platz einmal zu einem bestimmten Zwecke nöthig haben könnte, sondern es sei nur die Möglichkeit einer besseren Verwendung betont worden. Wie könne aber eine Stadt etwas thun, was sich höchstens Privatleute mit eigenem Gelde nicht, aber mit anderer Leute Geld erlauben können. Die Stadt habe den Platz erworben, und sei verpflichtet, ihn wieder zu veräußern, sobald er nicht gebraucht werde, denn die Stadt dürfe nicht speculiren. Daß der Werth des Platzes nicht wachse, ersehe man am besten daraus, daß der Käufer jetzt nur genau denselben Preis biete, welchen er auch schon im vorigen Jahre habe bezahlen wollen; aber wenn sich später auch für den Platz ein um 5000—6000 M. höherer Preis werde erzielen lassen, so habe die Stadt in Folge Zinsverlustes doch nichts dabei gewonnen. Nachdem die Versammlung das Ersuchen an den Magistrat gerichtet habe, den Platz zu veräußern, widerspreche es aller Logik, wenn die Vorlage jetzt wieder abgelehnt werden solle, und könnte man es dem Magistrate dann nicht verdenken, wenn er sich nicht weiter um die Veräußerung des Platzes bemühte. Die Stadt habe alljährlich einen Zinsverlust von 4000—5000 M. zu erleiden. Es sei ihm ganz unverständlich, die Vorlage aufs Ungewisse hin abzuweisen und bitte er dringend, derselben zuzustimmen.

Herr Lange spricht sich ebenfalls für den Verkauf aus und glaubt, daß der Bauunternehmer Rosenthal noch mehr als 130000 M. für den ganzen Platz bezahlen würde, wenn er geschlossen bauen dürfte.

Herr Uhde will seinem Bericht noch hinzufügen, daß in dem Bebauungsplane Vorgärten vorgesehen seien.

Herr Löblich muß sich gegen den Verkauf aussprechen, da die Aussichten auf eine bessere Verwerthung des Platzes gar nicht so schlecht seien und der hier gebotene Preis noch mit Zinsen und Zinseszinsen herauskommen werde, indem der Grund und Boden hier immer noch im Werthe gestiegen sei.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte den Verlauf der Sache noch näher darlegen. Der Bauunternehmer Rosenthal habe zuerst 145 000 M für den ganzen Platz geboten, welcher Preis dem Magistrate zu gering erschienen sei, weshalb derselbe den freihändigen Verkauf abgelehnt habe. Bei dem dann ausgeschriebenen meistbietenden Verkaufe habe Herr Rosenthal als Höchstbietender mit 121 500 M den Zuschlag natürlich auch nicht erhalten, worauf derselbe hinterher sein Gebot allmählich bis auf 130 000 M erhöht habe. Da stellte sich heraus, daß auf dem Platz an der Mönchstraße möglicherweise eine dingliche Last ruhe insofern, als ein Nachbar in seinem Hause Fenster nach dem Platz zu habe. Da hierüber erst mit der Militärbehörde in Verhandlung getreten werden mußte, so habe der Magistrat zunächst die drei vorderen Plätze zu dem als angemessen zu erachtenden Preise von 115 000 M zum Verkaufe gestellt. Die Sache habe nun wieder ein Jahr geruht und sei der Magistrat der Ansicht, daß nunmehr der Platz wohl verkauft werden könnte.

Herr Halle möchte bitten, der Magistratevorlage zuzustimmen, da man in dieser Sache doch nun endlich zu einem Entschlusse kommen müsse. Er vermuthet fast, daß die Versammlung durch die Baucommission mit einem Projecte über die bessere Verwerthung des Platzes überrascht werden solle.

Herr Niese will noch darauf hinweisen, daß die Baucommission allein von dem Gesichtspunkte ausgegangen sei, es lasse sich der Platz für die Stadt noch besser verwerthen, da solche Plätze doch recht selten seien. Wie man in solchem Falle von Speculation reden könne, begreife er nicht. Wenn man darauf rechne, für Braunschweig bessere Verkehrsverhältnisse zu erhalten, so werde sich auch die Nachfrage nach größeren Etablissements steigern, so daß sich schon ein Unternehmer finden werde, der den Platz angemessen verwerthen könne. Ebenso sei es nicht ausgeschlossen, daß der Staat den Platz für eine höhere Lehranstalt u. dgl. erwerben könne. Den heute gebotenen Preis erhalte man noch in fünf Jahren, deshalb solle man den Platz vorläufig behalten.

Die Magistratevorlage wird sodann gegen 10 Stimmen abgelehnt.

VIII. Aufnahme eines Vorschußdarlehns und Coursfestsetzung für Obligationen.

Zur Bestreitung eines Theiles derjenigen, zumeist aus der Einführung des Kieselsterns erwachsenden außerordentlichen Ausgaben, welche definitiv zum 1. April d. J. durch Verkauf von Schuldverschreibungen des Kreiscommunalverbandes de 1895 gedeckt werden sollen, bedarf der Magistrat schon jetzt eines Capitals von 150 000 M. Derselbe ersucht daher, die Aufnahme eines Vorschußdarlehns von dem Herzogl. Finanzcollegium gegen $5\frac{1}{2}$ % jährlicher Zinsen und mit Beding der Rückzahlung am 1. April d. J. zu genehmigen. Außerdem beantragt der Magistrat, die Finanzcommission zu ermächtigen, den Ausgabecours für die zur Rückzahlung dieses Darlehns, sowie zur Deckung der durch den Stadthaushaltsetat für 1896/97 bewilligten sonstigen außerordentlichen Ausgaben, zum 1. April zu verkaufenden 800 000 M Obligationen aus der 1895er Anleihe mit dem Magistrate zu vereinbaren.

Die von Herrn F ü d e l namens der Finanzcommission empfohlene Vorlage wird von der Versammlung gutgeheißen.

IX. Aenderungen in dem projectirten Straßenbahnneze.

Nachdem vom Herzogl. Staatsministerium die Genehmigung des Vertrages, betreffend die Einführung des elektrischen Betriebes auf der hiesigen Straßenbahn unter der Einschränkung erteilt war, daß die Linienführung durch die Kastanienallee aufgegeben werde, hatten die städtischen Behörden beschlossen, an Stelle der Linie in der Kastanienallee das Gleis auf der Helmstedterstraße bis zur Einmündung der Leonhardstraße fortzuführen und die Entscheidung darüber, ob bei späterer Freigabe der Kastanienallee das Gleis auf der Leonhardstraße beizubehalten sei, aufzuschieben. Die Straßenbahn-Gesellschaft hat sich mit dem Beschlusse in dem Sinne einverstanden erklärt, daß bei dem Ausbau der Linie in der Kastanienallee entweder das Gleis auf der Helmstedterstraße oder dasjenige in der Leonhardstraße, nicht aber beide bestehen bleiben sollten, und hat dabei dringend gebeten, ungeachtet dieser noch zu erledigenden Frage den Vertrag abzuschließen. Der Magistrat erklärte sich hiermit einverstanden und stellte einen Antrag bei der Versammlung in Aussicht. Inzwischen hat sich die Sachlage nun aber insofern geändert, als das Herzogl. Staatsministerium die gegen die Nichtfreigabe der Kastanienallee gerichtete Vorstellung des Magistrates zurückgewiesen, gleichzeitig aber anheimgegeben hat, das fragliche Gleis durch die Landstraße, den Altemiekring, die Grünstraße und den Hopfengarten bis an die Kastanienallee zu führen. Mit diesem Vorschlage hat sich die Straßenbahn-Gesellschaft ebenfalls einverstanden erklärt. Es würde hiernach die Linie Madamenweg—Centralfriedhof unverändert

bleiben, dagegen die frühere Linie Friedrich-Wilhelmsplatz—ehem. gr. Exercierplatz von der Steinhörbrücke ab auf der Helmstedterstraße entlang durch die vorerwähnten Straßen bis zur Kastanienallee fortgeführt werden. Der Magistrat findet hiergegen nichts einzuwenden und giebt anheim, dieser Aenderung des Projectes zuzustimmen.

Namens der Statutencommission empfiehlt Herr Wolff, die Vorlage zu genehmigen, da sich die Versammlung bei solcher Sachlage damit abzufinden habe, daß die Linie durch die Kastanienallee nicht genehmigt werde und der jetzt gemachte Vorschlag unter diesen Verhältnissen noch als der relativ am wenigsten ungünstige erscheine.

Herr Meyerhoff möchte zur Erwägung vorstellen, ob es nicht vorzuziehen sei, an Stelle dieses Zickzackurses die Linie über den Ribdagshäuserweg zu verlegen, da sie dann dem Verkehre nach dem Grünen Jäger besser dienen könne.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß eine Linie nach dem Grünen Jäger noch nicht in Aussicht genommen sei und diese sich auch vielleicht besser mit der vom Madamenweg kommenden Linie über die Leonhardstraße verbinden lasse. Nach dem Vorschlage des Herrn Meyerhoff würden die Um- und Anwohner der Kastanienallee niemals eine Straßenbahn zu erwarten haben, was doch bedauert werden müßte. Er halte daher die vom Magistrate beantragte Linie noch für die beste.

Herr Günther hält diesen Vorschlag für außerordentlich unpractisch und bittet, es bei dem früheren Beschlusse zu lassen, also abzuwarten, bis die Kastanienallee befahren werden dürfe. Dem Vorschlage des Herrn Meyerhoff würde er noch den Vorzug vor der Magistratevorlage geben.

Die Magistratevorlage gelangt darauf zur Annahme.

X. Errichtung von Arbeiterwohnungen auf dem Mieselgute.

Die auf dem Mieselgute Steinhof-Hülperode vorhandenen Wohnungen für verheirathete Tagelöhner sind bei der gegen früher auf das Doppelte vorgenommenen Vergrößerung des zu bearbeitenden Complexes nicht mehr ausreichend und müssen zur Erhaltung eines guten Stammes landwirthschaftlicher Arbeiter um 8 Wohnungen vermehrt werden, zumal da geeignete Wohnungen in der Nähe des Gutes nicht zu haben sind. Das zur Errichtung solcher Wohnungen vorgelegte Programm geht dahin, die 8 Wohnungen in einem einstöckigen Barnsteingebäude zu vereinigen und in Leptorem für jede Familie eine Stube, 2 Kammern, Küche, Kellergelaß und Bodenraum vorzusehen; daneben soll, vom Wohngebäude getrennt, für jede Familie

ein Stall und ein Abort errichtet werden. Die Ausführung dieses Programmes soll unter drei leistungsfähige hiesige Bauunternehmer in Generalentreprise vergeben werden und ist die Rieseldeputation der Ansicht, daß der Bau einen Aufwand von höchstens 24000 M erfordern werde. Es wird nun alsbaldige Beschlußfassung darüber mit der Erklärung anheimgegeben, daß die Preisforderungen der zum Mitbewerbe aufgeforderten Unternehmer binnen Kurzem nachgeliefert werden.

Herr Bültmann empfiehlt namens der Baucommission, die Zustimmung zu der Vorlage zu ertheilen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte noch darauf hinweisen, daß in Folge verschiedener nachträglicher Aenderungen an dem Programme, bestehend namentlich in einer Vergrößerung der Küchen, Dachräume u., die von der Rieseldeputation geschätzte Summe zu 24000 M kaum hinreichen würde, um den Bau ordnungsmäßig auszuführen, aus welchem Grunde der Magistrat, ohne die Preisforderungen schon definitiv mittheilen zu können, anheimgeben möchte, den Credit vielleicht auf 30000 M zu erhöhen.

Die Versammlung stimmt der Vorlage mit diesem Zusatzantrage zu.

XI. Aufschließung von Quellwasser.

Wegen Belassung des auf dem Plane des Gärtners Bäse befindlichen Rohrbrunnens und Controlbrunnens hat der Magistrat mit dem Eigenthümer verhandelt und verlangt dieser, nachdem er für das vorige Jahr 100 M Entschädigung erhalten hat, für das Jahr 1897 zusammen 250 M Entschädigung. Der Rohrbrunnen nimmt eine Fläche von 1,20 a, der Controlbrunnen aber nur eine handgroße Fläche des Terrains in Anspruch. Diese Forderung erscheint dem Magistrat so übertrieben hoch, daß derselbe ihre Bewilligung ablehnen muß und zwar umso mehr, als voraussichtlich die Anbringung noch weiterer Controlbohrlöcher erforderlich werden wird. Diese Anlagen werden veranlaßt durch ein Unternehmen, das für das allgemeine Wohl von höchster Bedeutung ist, und hält sich der Magistrat deshalb überzeugt, daß das Herzogl. Staatsministerium in allen Fällen, in welchen der eine oder andere Eigenthümer die Anbringung der Anlagen überhaupt nicht gestatten, oder versuchen sollte, aus der Zulassung einen nach Lage der Verhältnisse ungerechtfertigten Gewinn zu erzielen, der Stadt das Expropriationsrecht dahin verleihen wird, daß die Gestattung der in Rede stehenden vorübergehenden Benutzung der Grundstücke auf höchstens drei Jahre gegen volle Entschädigung erzwungen werden kann. Unter der Annahme, daß die Anwendung dieses Mittels im Allgemeinen nicht nöthig sein wird, ersucht der Magistrat, ihn zu ermächtigen,

die Verleihung des Expropriationsrechtes behufs einstweiliger Erhaltung der Anlagen auf den beiden Baise'schen Plänen und ebenso in allen denjenigen Fällen, in denen solches bei Ausführung weiterer Arbeiten zur Anschließung von Quellwasser angezeigt erscheinen sollte, zu beantragen.

Was das gesammte Unternehmen selbst betrifft, so hofft der Magistrat, der Versammlung schon in nächster Zeit einen angemessenen Vorschlag unterbreiten zu können, wobei bemerkt werden soll, daß die durch Anlegung eines Schachtbrunnens und Wiederaufnahme des Pumpbetriebes für hundert Tage erwachsenden Kosten zu 36 356 M. ermittelt worden sind, so daß der zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellte Betrag von 20 000 M. nicht ausreicht. Um nun aber die inzwischen thatsächlich verausgabten Kosten endgiltig verrechnen zu können, bemerkt der Magistrat Folgendes: In der früheren Vorlage ist es versäumt worden, 3463,⁸³ M. für Bohrversuche bei Mascherode, Stöckheim und Broickem nachzufordern. Außerdem hat die Deputation auf die Forderung des Bohrunternehmers Otten im Gesamtbetrage von 8450,⁴³ M. bereits 2400 M. abschlägig angewiesen. Endlich sind inzwischen gezahlt 8,⁴⁰ M. an Gebr. Grahe für Flurbeschädigung und 41,⁵⁰ M. an Prof. Kloos für dessen zweites Gutachten. Es bleiben demnach überhaupt noch zu decken 5913,⁷³ M. und unter Hinzurechnung der in der früheren Vorlage erwähnten 12 631,¹⁰ M. überhaupt 18 544,⁸³ M. Verwilligt sind dagegen, abgesehen von den 20 000 M. für neue Bohrversuche, nur 12 700 M., so daß noch ein Betrag von 5844,⁸³ M. und, wenn dem Bohrunternehmer Otten die Fertigstellung der beiden vorhandenen Brunnen nicht übertragen werden sollte, noch von weiteren 640 M. zu decken ist. Demnach ersucht der Magistrat, die beiden Beträge von 5844,⁸³ M. und event. 640 M. nachzuverwilligen.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Hauswaldt die Genehmigung der gesammten Vorlage befürworten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bittet, den Magistrat zur Zahlung weiterer noch in Aussicht stehender Entschädigungen an Grundeigenthümer, soweit die Forderungen als berechtigt anerkannt werden, zu ermächtigen.

Auf die Frage des Herrn Wolters, ob in der Vorlage berücksichtigt sei, daß die Rohrbrunnen, sofern man sich für dieselben nicht entscheiden sollte, wieder aus der Erde gezogen und dem Bohrunternehmer Otten belassen werden können, erwidert Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß dieses schon Berücksichtigung gefunden habe.

Die Vorlage gelangt darauf mit dem Zusatzantrage des Magistrates zur Annahme.

XII. Verzinsung zurückgezahlter Straßenkosten.

Nach dem Beschlusse der städtischen Behörden vom 3. December 1896 sollte von Erstattung der für die Sophienstraße im Jahre 1890 stadtseitig gemachten

Aufwendungen durch die Straßenanlieger abgesehen werden. In Folge dessen sind die von denselben schon früher eingeforderten Beträge zurückgezahlt worden. Den von den betr. Anliegern jetzt gestellten Antrag auf Zahlung von Zinsen für diese Capitalien im Betrage von gegen 200 M ersucht der Magistrat aus Billigkeitsrücksichten zu genehmigen, da die Capitalien stadtseitig thatsächlich genutzt worden sind.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, angenommen.

XIII. Kosten eines Theiles der Ruffbergstraße.

Der Beitrag der Anlieger zu den Straßekosten der Ruffbergstraße zwischen Rosenstraße und Hauptgraben ist von der städt. Bauverwaltung auf 80,233 M für 1 m Frontlänge berechnet worden. Dem Antrage des Magistrates, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, zu.

XIV. Anlage eines Brausebades in der Schule an der Reichenstraße.

Es wird magistratsseitig beabsichtigt, in der unteren Bürgerschule an der Reichenstraße ein Brausebad anzulegen, dessen Kosten auf 4200 M berechnet worden sind. Der Magistrat ersucht, die Anlage unter Verwilligung der Kosten gutzuheißen, was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Kieke berichtet, geschieht.

XV. Verpachtung der Eisenbütfler Mühlen.

Die Firma Habekost & Hahn hat die Eisenbütfler Mühlen bis zum 1. April 1897 gepachtet, beabsichtigt aber nicht, den Pachtvertrag zu verlängern, weshalb eine anderweitige Verpachtung erforderlich wird. Mit Rücksicht darauf, daß trotz öffentlicher Aufforderung ein weiteres Gebot nicht vorliegt, ersucht der Magistrat, die Mühlen an den bei der genannten Firma seit Jahren beschäftigten Obermüller Finke zu einem Jahrespreise von 1000 M zu verpachten. Die für die Entnahme von Wasser bislang von der Firma C. Wolters & Co. an die Pächter gezahlte Entschädigung von 250 M jährlich ist vom 1. April d. J. ab direct an die Stadt zu zahlen, so daß durch die Neuverpachtung nur ein Ausfall von 350 M jährlich entstehen wird.

Der Antrag wird nach Befürwortung durch die Finanzcommission, für welche Herr Föbel berichtet, gutgeheißen.

XVI. Terrainerwerb zur verlängerten Hofestraße.

Zur Anlegung der Verbindungsstraße zwischen Husaren- und Rußbergstraße hat der Maurermeister Philipps eine Grundfläche von 4 a 3 qm abzutreten. Der Magistrat ersucht, hierfür einen Preis von 10 M pro Quadratmeter zu verwilligen, was geschieht, nachdem Herr Bültemann den Antrag namens der Baucommission zur Annahme empfohlen hatte.

XVII. Anfrage Böschig: Beseitigung einer Anschlagssäule.

Auf die in der vorigen Sitzung gestellte und damals nicht beantwortete Anfrage — Seite 267 des Berichts — erwidert Herr Stadtrath Meyer, daß der Magistrat der Fortnahme der Säule zugestimmt und inzwischen auch das Einverständnis des Eigenthümers der Säulen eingeholt und erhalten habe. Wenn Herr Kreisbauinspector Vieff dem Ersuchen des Magistrates um Beseitigung der Säule noch nicht entsprochen habe, so würden wohl die Witterungs- oder andere Verhältnisse daran Schuld sein, aber fortgenommen würde die Säule dort werden.

XVIII. Anfrage Böschig: Stand der Vorarbeiten für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung.

Herr Böschig möchte bei dem Magistrat anfragen, wie weit die Vorarbeiten für die elektrische Beleuchtung resp. für die Versorgung der Stadt mit elektrischem Lichte gediehen seien. Da die Versammlung in dieser Sache bereits einen principiellen Beschluß gefaßt habe, so empfehle es sich, dieselbe möglichst zu fördern. Es seien nach dieser Beschlußfassung schon wieder einige größere Stationen entstanden, welche die Stadt nur schädigen, indem dieselbe von der einzurichtenden Centralstation einen Gewinnantheil erhalte, welcher durch Anlage von Privatstationen fortwährend vermindert werden würde. Je länger man mit der Ausführung der Anlage warte, desto größer werde der Ausfall durch Privatstationen sein und halte er es für eine durchaus berechnete Forderung, die Anlage bis zum nächsten Winter fertiggestellt zu sehen. Er behalte sich die Stellung besonderer Anträge in dieser Richtung vor.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß die gemischte Deputation vier Gesellschaften aufgefordert habe, die Centrale zu errichten, und seien darauf drei Anträge schon eingegangen, während die vierte Antwort noch ausstehe. Sobald letztere eingelaufen sein werde, trete die Deputation, bei welcher die drei ersten Antworten schon circulirt haben, zur Beschlußfassung zusammen.

XIX. Anfrage Niede: Lagerung der Schneemassen.

Wie Herr Niede bemerkt, sind viele Hausbesitzer bei dem furchtbaren Schneefalle in der üblen Lage, den Schnee von ihren engen Höfen nicht los werden zu

können; er möchte sich deshalb die Anfrage an den Magistrat erlauben, ob derselbe in der Lage sei, den Hausbesitzern einen Platz anzuweisen, auf den sie den Schnee von ihren Höfen hinschaffen können. Die früher diesem Zwecke offengehaltenen Plätze, wie der Monumentsplatz, der Leonhardplatz u. seien geschlossen und empfehle es sich vielleicht, zu gestatten, daß der Schnee in die Oker geworfen werde, da er hier keinen Schaden anrichte.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß der Magistrat kein Recht habe, das Stürzen von Schnee in die Oker zu gestatten, da hierüber die Herzogliche Polizeidirection und die Herzogliche Baudirection zu befinden haben. Es sei aber nichts dagegen zu erinnern, wenn die Schneemassen der Grundbesitzer auf dem Terrain des erweiterten Bürgerparkes abgeladen würden.

XX. Antrag Wollenweber: Ausdehnung des Schlachthauszwanges.

Der Antrag lautet:

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, anzuordnen, daß sämtliches Vieh (Ochsen, Rinder, Schweine, Hammel, Kälber), dessen Fleisch hier in der Stadt consumirt, resp. zum Verkauf angeboten wird, im städtischen Schlachthause zu schlachten ist, und daß sonstige Fleischwaaren, welche von Orten eingeführt werden, in denen sich kein öffentliches Schlachthaus befindet, der Controle des hiesigen städtischen Schlachthauses unterworfen werden“.

Zur Begründung will Herr Wollenweber, unter Bezugnahme auf die Verhandlungen bei Punkt I der Tagesordnung nur noch anführen, daß er einheitliche Schlachtvorschriften für alles hier zum Verlaufe kommende Fleisch erstrebe, da sich nur hierdurch gesundes Fleisch erzielen lasse. Bei Einführung der obligatorischen Fleischschau würde sich die Calamität wiederholen, weil dann alles außerhalb der Stadt untersuchte Fleisch hier nicht mehr untersucht zu werden brauchte.

Der Antrag wird nach ausreichender Unterstützung der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Zum Schluß bringt der Herr Vorsitzende noch folgende Eingänge zur Kenntniß der Versammlung:

- 1) Der Rentier Salle rügt in einem Schreiben die Anlage des Weges am bösen Hunde und ersucht die Versammlung um Abstellung der Mißstände.

Da indessen die Versammlung sich unmöglich mit den Eingaben einzelner Bürger befassen könne, so werde er dieselbe nicht zur Berathung stellen, sondern wolle sie circuliren lassen; es sei dann jedes Mitglied der Versammlung in der Lage, den vorgetragenen Wunsch als Antrag einzubringen.

- 2) Der Professor Häfeler hat als Vorsitzender des Architekten- und Ingenieurvereins an die Versammlung vor einiger Zeit die Bitte gerichtet, für den Bau der beiden neuen Kirchen einen öffentlichen Wettbewerb auszuschreiben, und ersucht derselbe nun ebenfalls, die Sache der Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Die Sache liege hier ebenso wie unter N^o 1, es bleibe also den Mitgliedern der Versammlung überlassen, den Antrag aufzugreifen.

Herr Blasius steht auf dem Standpunkte, daß über die Bauten von Kirchen die Ansichten der Architekten nicht übereinstimmen und es sich daher empfehle, einen öffentlichen Wettbewerb auszuschreiben. Aus diesem Grunde möchte er den Antrag aufnehmen.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen,
und sodann die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4¹/₂ bis 7³/₄ Uhr.

1896|97.N 12.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. Februar 1897.

~~~~~

### **Tagesordnung:**

|                                                                                                      |           |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Antrag U h d e: Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek. . .                            | Seite 300 |
| II. Neupflasterung der Straße „Hintern Brüdern“ etc. . . . .                                         | „ 302     |
| III. Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplaze . . . . .                                                | „ 303     |
| IV. Anlage von Spielplätzen im Bürgerparke . . . . .                                                 | „ 304     |
| V. Mittel zur Herausgabe einer Festschrift . . . . .                                                 | „ 306     |
| VI. Mittel zur Besoldung neuer Lehrkräfte. . . . .                                                   | „ 307     |
| VII. Kosten der Marthastrasse . . . . .                                                              | „ 307     |
| VIII. Einsprache gegen die Abänderung des Ortsbauplanes für die nordöstliche<br>Außenstadt . . . . . | „ 307     |
| IX. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke im Jahre<br>1895/96. . . . .              | „ 308     |
| X. Kosten einer Straße am Friedrichplaze . . . . .                                                   | „ 309     |
| XI. Verkauf und Verpachtung von Grundflächen an der Sabestraße. . . . .                              | „ 310     |
| XII. Aenderung des Ortsbauplanes für die Helenenstraße. . . . .                                      | „ 310     |
| XIII. Anordnung von Vorgärten für die Lejewitzstraße . . . . .                                       | „ 310     |
| XIV. Credit zur Feier des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelm's I. . . . .                              | „ 311     |
| XV. Verkauf von Bauplätzen des alten Marktplazes . . . . .                                           | „ 312     |
| XVI. Antrag Blasius: Öffentlicher Wettbewerb für die beiden neuen<br>Kirchen. . . . .                | „ 312     |



|                                                                                                 |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XVII. Anfrage Koch: Ausbau der st. Vertramstraße . . . . .                                      | Seite 313 |
| XVIII. Antrag Koch: Plattenbelag auf der Campestraße . . . . .                                  | " 313     |
| XIX. Antrag Brückmann u. Gen.: Beihilfe für die kaufmännische Fort-<br>bildungsschule . . . . . | " 313     |

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herrn Löbbbecke, Nieß, Semler und Uhde.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet und geleitet.

### I. Antrag Uhde: Unterbringung des Archivs und der Stadtbibliothek.

Der in der Sitzung vom 7. Januar d. J. eingebrachte und begründete Antrag — Seite 268 des Berichts — ist von der Finanzcommission vorberathen worden; namens derselben berichtet Herr Lord: Bei der Berathung des Antrages seien die Ansichten der Commissionsmitglieder zuerst auseinandergegangen; die Mehrzahl hätte den Antrag ohne Weiteres ablehnen wollen; es seien aber auch Stimmen laut geworden, welche den Vorschlag, das Archiv und die Stadtbibliothek in dem Dachgeschoße des neuen Stadthauses unterzubringen, nicht ohne Weiteres von der Hand weisen wollten, indem man meinte, daß so umfangreiche und große Räume nicht todt liegen bleiben könnten, sondern sich zur Benutzung wohl eigneten, sofern die Beantwortung der zu stellenden Vorfragen günstig ausfallen würde. Es seien nun daraufhin drei Gutachten eingefordert worden und zwar vom Stadtbaurath Winter, vom Kreisbranddirector Weiblich und vom Stadtarchivar Hänselmann. Ersterer habe sich auf Veranlassung des Magistrates über folgende drei Punkte geäußert: 1) Wie hoch sich der Kostenaufwand der beabsichtigten Einrichtung belaufen würde; 2) ob die Fertigstellung des neuen Stadthauses durch solchen Umbau des Obergeschoßes beeinträchtigt werden könnte und 3) ob sich eine wesentliche Störung des Betriebes im Stadthause ergeben würde, wenn etwa später noch beliebt werden sollte, eine derartige Einrichtung vorzunehmen. Bei der Beantwortung dieser Fragen erkenne auch der Stadtbaurath Winter an, daß die Sache nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen sei, wenn er auch zugeben müsse, daß die Unterbringung eines derartig werthvollen Bestandes an Büchern und Acten im Dachgeschoß eines Gebäudes etwas Ungewöhnliches sein würde, indem solche Sammlungen sonst im Hauptgeschoße von Gebäuden Unterkunft fänden. In Wiesbaden sei wohl eine ähnliche Einrichtung getroffen, jedoch handle es sich dort nur um ein einzelnes Zimmer im vierten Geschoß des Rathhausturmes, welches solche Sachen beherberge. Was die Kosten betreffe, so würde die Einbauung derartiger Räumlichkeiten mit feuer sichereren Wänden und Decken,

sowie mit Oberlicht die Summe von 25 000 *M* erfordern. Außerdem würde die Beschaffung einer Dampfniederdruckheizung, vorausgesetzt, daß die zur Heizung des Stadthauses projectirten Kessel hierfür mit ausreichen, 7000 *M* kosten, sodaß rund 32 000 *M* zu verausgaben sein würden. Die zweite Frage beantwortete der Stadtbaurath Winter dahin, daß eine Verzögerung in der Ausführung des Rathhauses durch einen derartigen Einbau nicht erfolgen werde, sofern ein entsprechender Beschluß rasch gefaßt werden würde. Ein späterer Einbau könnte aber im Betriebe des Rathhauses erhebliche Störungen veranlassen und sehr unbequem werden.

Ueber die etwaige Feuergefährdung äußerte sich der Kreisbranddirector Weidlich, daß an und für sich im neuen Rathhause die Sammlungen des Archivs und der Stadtbibliothek feuersicherer untergebracht werden könnten, als wie das gegenwärtig im Neustadt-Rathhause der Fall sei, welches in einem engen Stadtviertel liege und bei einem in der Nachbarschaft ausbrechenden Schadenfeuer leicht in Mitleidenchaft gezogen werden könne. Hingegen ließen sich die Lösungs- und Bergungsarbeiten mit größerer Sicherheit und Raschheit in dem jetzigen Gebäude bewerkstelligen, als im neuen Rathhause, woselbst die Zugänge sehr beschränkt seien und die Räumlichkeiten so hoch lägen, daß das Meiste verloren gehen würde. Herr Weidlich wies auf den Brand der Kreuzkirche in Dresden hin, bei welchem das Feuer in erheblicher Höhe aufgekommen sei und die Feuerwehr demselben ziemlich machtlos gegenübergestanden habe, so daß sie den Thurm habe müssen herunterbrennen lassen. Sämmtliche Führer der Feuerwehr hätten sich dahin ausgesprochen, daß sie vor einer Unterbringung der Sammlungen im neuen Rathhause dringend und ernstlich warnen müßten. Das Gutachten des Professors Hänselmann beziehe sich im Allgemeinen auf die in Aussicht genommenen Räumlichkeiten, welche niedrig, sehr ausgedehnt, weitläufig und schwer zu erreichen sein würden, ferner auf die Verhältnisse, welche im Sommer unter dem Dach des Rathhauses entstehen würden, wo Menschen nur schwer und unbequem existiren könnten. Auch Velterer vertrete mit aller Entschiedenheit die Ansicht, daß nicht allein den Beamten kaum zugemuthet werden könne, in diesen Räumen zu arbeiten, sondern daß auch das Interesse des Publicums an den Sammlungen bald erlahmen würde, wenn es auf gewundenen Treppen die Räume erklimmen und oben sich sehr unbehaglich fühlen müßte. Außerdem würden die Schränke auf den engen Wendeltreppen gar nicht zu transportiren sein, so daß neue Mobilien angefertigt werden müßten. Die Lichtverhältnisse würden im Winter sehr mangelhaft sein und man könnte bei Schneefall in ewiger Finsterniß, oder doch wenigstens in fortwährender Dämmerung sitzen.

Die Finanzcommission habe sich nun der Ansicht nicht entziehen können, daß die beiden letzteren Gutachten so erhebliche Mängel einer derartigen Anlage aufweisen, daß man sich doch sehr bedenken müsse, dem Uebd'schen Antrage Folge zu

geben. Deshalb sei die Finanzcommission einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung die Ablehnung des Uhde'schen Antrages zu empfehlen.

Die Versammlung stimmt dem Commissionsantrage zu.

## II. Neupflasterung der Straße „Hintern Brüdern“ etc.

Da die Neupflasterung der Straße „Hintern Brüdern“ in Aussicht genommen ist, so legt der Magistrat ein entsprechendes Project zur Genehmigung vor. Von den zu insgesammt 54865 M veranschlagten Kosten würden 9795 M den Anliegern, der Rest zu 45070 M aber dem allgemeinen Pflasterfonds und hiervon wieder der Stadt 7511,67 M zufallen. Nach dem Projecte sollte die jetzt an der Nordseite der Brüdernkirche befindliche Bedürfnisanstalt unter Aufwendung von 350 M an die Westseite der Kirche verlegt werden. Diese Maßregel erscheint dem Magistrate schon wegen der Reparaturbedürftigkeit der Anstalt nicht zweckmäßig, er ist vielmehr in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizeidirection der Ansicht, daß eine neue Anstalt zu errichten wäre, und diese ihre passendste Stelle an der Nordost Ecke des Platzes an der Westseite der Kirche finde. Die Kosten der neuen Anstalt würden sich nach Abzug jener 350 M auf 2100 M stellen. Der Magistrat ersucht, der Ausführung dieses Pflasterungsprojectes, sowie der Errichtung einer neuen Bedürfnisanstalt an der bezeichneten Stelle unter Verwilligung der Kosten zuzustimmen.

Wie Herr Meyerhoff berichtet, giebt die Baucommission anheim, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Auf die Anfrage des Herrn Blasius, ob die auf dem Platze stehenden Bäume in Folge der Neupflasterung beseitigt werden müßten, erwidert

Herr Meyerhoff, daß allerdings ein Theil der Bäume fallen würde, weil ein Theil des Platzes als Ausbiegestelle dienen solle und eine solche bei der Enge der Straße durchaus nothwendig sei, denn es gebe dort sonst kaum eine Stelle, wo sich zwei Wagen ausbiegen könnten.

Herr Blasius muß seinem Bedauern Ausdruck geben, daß die schönen Bäume fallen sollen. Wenn man auch plane, dort sofort neue Bäume zu pflanzen, so dauere es doch zu lange, ehe dieselben groß wären. Zu einer Verbreiterung der Straße liege seines Erachtens kein dringendes Bedürfniß vor, da dort recht gut zwei Wagen sich ausbiegen könnten. Aus diesem Grunde bitte er, die Beseitigung der Bäume abzulehnen, im Uebrigen aber die Vorlage anzunehmen.

Herr Bürgermeister Metemeyer ist der Ansicht, daß man sich auf diesen Standpunkt nicht stellen dürfe. Die städtischen Behörden hätten bei dieser Straßenpflasterung wohl ein Mitwirkungsrecht insofern, als sie ein Sechstel der Kosten bewilligen, die ausführende Behörde sei aber die Herzogliche Baudirection und die wesentlich bestimmende Behörde die Herzogliche Polizeidirection. Beide Behörden

hätten aber die Verbreiterung für nothwendig erklärt, und glaube auch er, daß ein solches Bedürfniß vorliege. Man könne dort mit einem kleinen Kutschwagen wohl umwenden, aber die dort stark verkehrenden Lastwagen kämpften mit erheblichen Schwierigkeiten. Es sei wohl bedauerlich, daß einige Bäume beseitigt werden müßten, aber es lasse sich nicht vermeiden.

Herr Günther hält die Verbreiterung der Straße im Interesse des Wagenverkehrs auch für nothwendig, wenn er auch bedauern müsse, daß deshalb einige Bäume zu beseitigen seien. Es lasse sich durch Anpflanzen junger Bäume aber bald Ersatz schaffen.

Herr Blasius will noch hervorheben, daß die Anwohner solche Verbreiterung auch nicht für nöthig hielten und daß es sich empfehle, gerade in der Stadt so schöne Bäume zu schonen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage unverändert angenommen.

### III. Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplatze.

Anläßlich einer Eingabe des Bürgervereins hat der Magistrat die städtische Bauverwaltung aufgefordert, ein Project für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Leonhardplatze einzureichen. Nach Maßgabe des nunmehr vorliegenden Projectes bringt der Magistrat in Vorschlag, eine sechsständige Anstalt nach dem Muster der am Steinhore befindlichen Anstalt in die nächst der Ringstraße und der Leonhardstraße gelegene nordöstliche Ecke des Platzes zu stellen und hierfür 2400 M zu verwilligen. Die städtische Bauverwaltung macht noch darauf aufmerksam, daß in den Voranschlägen zum Etat für 1897/98 die schon früher angeregte Frage, in den stärker bebauten und verkehrsreichen Theilen des außerhalb der Umfluthgräben gelegenen Stadtgebiets einige Bedürfnisanstalten aufzustellen, aufs Neue erörtert und für fünf neue Anstalten ein Betrag von 12000 M eingestellt worden sei.

Die Finanzcommission läßt nach dem Berichte des Herrn Wagner empfehlen, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Koch möchte bitten, die Anstalt den Anwohnern nicht dicht vor die Häuser, sondern etwas abseits zu setzen, da es unangenehm sei, wenn man immer auf solche Anstalt sehen müsse.

Herr Wagner hält den Platz für durchaus geeignet, da derselbe den Häusern der Leonhardstraße nicht zu nahe liege und man solche Anstalt nicht zu weit ab von einer verkehrsreichen Straße errichten dürfe. Außerdem würde die Anstalt auch noch durch die an jener Stelle stehenden Bäume verdeckt.

Herr Bültemann will sich auch für den in Aussicht genommenen Platz aussprechen und daran die Bitte knüpfen, daß die Anstalt mit Gebüsch umpflanzt

werde, in welchem Falle die Anlieger mit der Wahl des Platzes ebenfalls einverstanden sein würden.

Herr Günther möchte vorschlagen, für die Anstalt das Muster der am Bohlwege und nicht der am Steinhore befindlichen Anstalt, welche zu klein sei, zu wählen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

#### IV. Anlage von Spielplätzen im Bürgerparke.

Im vorigen Jahre ist versuchsweise der südlich vom Parkhause gelegene große Rasenplatz in einzelnen Abschnitten zwecks Abhaltung von Tennisspielen vom Magistrat verpachtet worden, weil derselbe die Schaffung derartiger Spielplätze aus sanitären Rücksichten für wünschenswerth erachtet. Der Versuch hat sich aber insofern nicht bewährt, als der Rasen an einzelnen Stellen sehr gelitten hat und der betr. Platz deshalb zu jenem Zwecke nicht wieder freigegeben werden kann.

Nach einem Projecte des Promenadeninspectors Kreiß sollen dagegen südlich von der verlängerten Hennebergstraße zehn unmittelbar an einander stoßende Tennisplätze in üblicher Größe, von denen jeder mittelst eines Drahtzaunes einzufriedigen wäre, angelegt, sowie angemessen befestigt und entwässert werden. Die Parkdeputation hat die Ausführung dieses Projectes mit der Maßgabe empfohlen, daß für die directe Zugänglichkeit jedes einzelnen Platzes von Außen her Sorge getragen werde, die sämmtlichen zehn Plätze gleichzeitig angelegt und mit einem 3 m hohen Drahtzaun umgeben werden, sowie für je einen Platz ein Pachtpreis von 100 M jährlich erhoben werden möge, mit der Ermächtigung des Pächters, die Benutzung des von ihm gepachteten Platzes auch dritten Personen zu überlassen. Der Magistrat hat sich mit diesen Vorschlägen in der Erwägung einverstanden erklärt, daß die zu rund 10 000 M veranschlagten Instandsetzungskosten, die zum Theil übrigens auch bei parkartiger Instandsetzung der fraglichen Fläche aufzuwenden sein würden, durch die aufkommenden Pachtgelder sich alsbald gut verzinsen werden, und ersucht deshalb um Genehmigung des Projectes.

Nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht empfiehlt die Statutencommission die Genehmigung der Vorlage, da das Anlagecapital sich durch die Verpachtung der Plätze sehr gut verzinsen werde und man solche Spiele zu fördern suchen müsse.

Herr Rieke will im Allgemeinen sich nicht ablehnend gegen das Princip, Spielplätze gegen Entschädigung zu vermieten, verhalten, möchte jedoch bitten, derartige Verpachtungen nicht zu weit auszudehnen, weil vom Bürgerparke nichts übrig bleibe, wenn man Alles außer den Wegen verpachten wolle. Der Bürgerpark solle doch dazu mit dienen, daß dort auch die Mädchen mit den Kinderwagen sich bewegen und die Kinder spielen können. Nun habe man aber diese zuerst auf den

Platz seitwärts vom Parkhause beschränkt, und jetzt sei dieser Platz auch schon durch einen Drahtzaun gesperrt, weil der Rasen zu sehr gelitten haben solle. Das sei nicht richtig und man möge lieber in dem einen Jahre den einen Platz zum Spielen freigeben und den anderen Platz pflegen, im nächsten Jahre aber mit der Freigabe der Plätze wechseln. Den Bürgerpark habe man zum großen Theil mit aus Gesundheitsrücksichten für die Jugend angelegt, deshalb solle man etwas liberaler verfahren, wie das in anderen Städten auch geschehe. Man könne einen Theil der Plätze gegen Entschädigung vermieten, aber man solle auch der unbemittelten Bevölkerung Gelegenheit zum Spielen geben, da die Spielplätze bei den Schulen hierzu nicht ausreichten. Da dieses nicht in genügendem Maße geschehe, könne er sich mit der Vorlage nicht einverstanden erklären.

Herr Bürgermeister Kete meyer erwidert, daß in dem fertiggestellten Theile des Bürgerparkes ein Spielplatz für kleinere Kinder eingerichtet sei, den man im vorigen Sommer aber zeitweilig habe sperren müssen, weil die Grasnarbe durch das Betreten des Platzes stark gelitten habe. Wenn Herr Kiele sage, daß für Unbemittelte ausreichende Spielplätze nicht geschaffen seien, so wolle er dem gegenüber darauf hinweisen, daß rings um die Stadt Plätze angelegt seien, und man nicht noch die Rasenplätze im fertiggestellten Theile des Bürgerparkes als Spielplätze freizugeben brauche. Der Rasen vertrage außerdem das viele Betreten der Plätze nicht. Im Uebrigen handle es sich nur um eine verhältnißmäßig kleine Fläche von ungefähr 40 a.

Herr Böschigt begrüßt die neue Anlage mit Freuden, will aber auch seinem Bedauern Ausdruck geben, daß der große Platz neben dem Parkhause im vergangenen Jahre für das Spielen der Kinder gesperrt gewesen sei. Man könnte recht gut die beiden Plätze abwechselnd in Ordnung bringen.

Herr Altmann hat gegen die Verpachtung von Spielplätzen im Bürgerpark nichts einzuwenden, wenn nicht dadurch für die große Masse der Einwohnerschaft die Gelegenheit zum Spielen eingeschränkt werden sollte. Man dürfe bei der Verpachtung der Plätze den Pächtern nicht das Recht einräumen, die Plätze auch während ihrer Nichtbenutzung in Anspruch zu nehmen, wie das im vorigen Jahre geschehen sei, wo ihm der Parkwächter das Niederlassen auf einer freien Bank eines der Plätze untersagt habe, obwohl die Spiele längst beendet gewesen seien. Auf entsprechende Anfrage habe der Wärter erklärt, eine bestimmte Anweisung in dieser Richtung vom Magistrat erhalten zu haben. Der Magistrat dürfe nicht dulden, daß seitens der Pächter Bänke auf den Plätzen aufgestellt würden, wenn deren Eigenthümer nicht gestatten wollen, daß während der spielfreien Zeit sich andere Besucher des Parks einmal auf eine solche Bank setzen dürfen. Besser wäre es dann schon, wenn der Magistrat dort selbst Bänke aufstellen ließe.

Herr Bürgermeister Kete meher kann darauf erwidern, daß der Magistrat dem Wärter eine solche Anweisung nicht ertheilt habe und dieses auch schon deshalb nicht habe thun können, weil Niemand ermächtigt worden sei, dort Bänke aufzustellen und dieses nur aus Eigenmächtigkeit der Pächter geschehen sein könne.

Herr Hauswaldt möchte bemerken, daß es sich in der Theorie schön anhöre, wenn die Kinder auf Rasenplätzen spielen sollen, daß dieses aber in der Praxis eine Unmöglichkeit für unsere Gegend sei, weil in unserem Klima der Rasen sich niemals halten könne, wenn auf demselben gespielt werde. Man müsse entweder den Rasen immer wieder umgraben lassen, oder es seien zweckmäßiger Sand- oder Kiesspielplätze anzulegen. Was die Frage der Verpachtung von Tennisspielplätzen anlange, so geschehe dieses überall und könne dadurch das Publicum nur gewinnen, indem es den hübschen Spielen zusehen und sich darüber amüsiren könne. Wollte man das Betreten dieser Plätze in der spielfreien Zeit gestatten, würden dieselben für die Tennisspiele bald vollständig unbrauchbar werden.

Herr Aßmann will noch daran erinnern, daß Herr Kiese einmal im vorigen Jahre auf den Uebelstand hinsichtlich der nicht zu benutzenden Bänke hingewiesen habe, so daß dem Magistrate dieser Umstand wohl bekannt gewesen sein dürfte.

Herr Löschigk will noch bitten, den Parkwärter anzuweisen, daß er als seine Hauptthätigkeit die Beaufsichtigung des Parkes und nicht etwa die Hülfeleistung auf den Spielplätzen anzusehen habe.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

## V. Mittel zur Herausgabe einer Festschrift.

Die für die 69. Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte eingesetzten Ausschüsse haben es nach einer an den Magistrat gerichteten Eingabe für erwünscht gehalten, wenn die Stadt Braunschweig, unter Verzichtleistung auf eine kostspielige Bewirthung der hier in diesem Jahre stattfindenden Versammlung, den Theilnehmern als Ehrengabe eine Festschrift darböte, welche sich hauptsächlich mit den naturwissenschaftlich = medicinisch = hygienischen Verhältnissen der Stadt und ihrer näheren Umgebung zu beschäftigen habe. Zur unentgeltlichen Herstellung des Textes einer solchen Festschrift haben sich schon genügend zahlreiche Mitglieder der hiesigen naturwissenschaftlichen, ärztlichen und hygienischen Vereine bereit erklärt. Die städtischen Behörden werden deshalb ersucht, für die Drucklegung einer solchen Festschrift eine Summe bis zu 6000 M zu bewilligen. Die Schrift dürfte für die Stadt selbst einen dauernden Nutzen stiften, so daß die dafür aufgewendeten Kosten dadurch reichlich aufgewogen würden. Der Magistrat giebt anheim, dem Antrage auf Bewilligung eines Credits in Höhe bis zu 6000 M zuzustimmen.

Wie Herr Blasius berichtet, hat die Statutencommission beschlossen, die Genehmigung dieses Antrages zu befürworten. Von der für die Stadt sehr wichtigen Schrift würde sich der Magistrat eine Anzahl von Exemplaren reserviren lassen, um dieselben als Tauschobjecte verwenden zu können.

Der Antrag des Magistrates gelangt darauf zur Annahme.

#### VI. Mittel zur Besoldung neuer Lehrkräfte.

In den städtischen Bürgerschulen sind mit dem kommenden Schuljahre 9 neue Schulclassen einzurichten, für welche 10 provisorische Lehrer und 1 provisorische Lehrerin mit einer Gesamtausgabe von 11 900 M einzustellen sind. Dem Ersuchen des Magistrates, diesen Betrag zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Ersuchen der Schulcommission, für welche Herr Müller berichtet, zu.

#### VII. Kosten der Marthastrafe.

Die Kosten des Ausbaues der Marthastrafe zwischen der Körner- und der Leonhardstrafe sind zu 18 555 M berechnet worden und beträgt hiernach der Einheitsfuß für 1 m Frontlänge 72,306 M, dessen Festsetzung der Magistrat anheimgibt

und die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, beschließt.

#### VIII. Einsprachen gegen die Abänderung des Ortsbauplanes für die nordöstliche Außenstadt.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Abänderung des Ortsbauplanes für die nordöstliche Außenstadt haben folgende Einwohner Einsprache erhoben:

- 1) der Zimmermeister Johann Behrens, weil die Anordnung von Vorgärten an der von der Gliesmaroderstrafe nach Norden abzweigenden Strafe ihn hindere, den Brandgiebel des Nachbargebäudes in voller Tiefe für seinen etwaigen Neubau auszunutzen und weil überdies beide Gebäude einen unschönen Winkel bilden würden. Der Magistrat ist der Ansicht, daß diese Einsprache der genügenden Begründung entbehre;
- 2) die Ehefrau des Tischlermeisters Nordmann, weil in dem jetzigen Ortsbauplane eine Strafe vorgesehen sei, die ihr nördlich von der Gliesmaroderstrafe gelegenes Grundstück durchschneide, weil ferner jene künftige Strafe jetzt aufgegeben sei und hierdurch ihr Grundstück an Werth verliere. Auch diese Eingabe muß der Magistrat für unbegründet halten,



- weil die Gemeinden jederzeit in der Lage seien, den Ortsbauplan zu ändern, ohne daß der einzelne Anlieger ein solches Vorgehen hindern könne;
- 3) der Hofzimmermeister E. Gerecke, weil er in der Ausnutzung seines vom Wültenwege, der Spargelstraße und der Nordstraße begrenzten Grundstückes beeinträchtigt werde. Mit dem Stadtbauamte erachtet der Magistrat diesen Einwand in sachlicher Beziehung für unbegründet, derselbe werde schon aus dem formellen Grunde hinfällig, weil die von Herrn Gerecke beanstandete anderweite Gestaltung des Eingangs zur Spargelstraße schon in dem jetzigen Ortsbauplane vorgeesehen sei;

dasselbe gelte zwar 4) von der Einziehung der Vorgärten der an der Nordseite des kl. Exercierplatzes gelegenen Gartengrundstücke, deren Eigenthümer um Belassung jener Vorgärten gebeten haben. Der Magistrat ist jedoch mit dem Stadtbauamte der Ansicht, daß diesem Gesuche unbedenklich Folge gegeben werden könne und zwar umsomehr, als dadurch der Stadt bei dem Ausbau des östlichen Theiles der Nebenstraße nicht unerhebliche Kosten erspart werden. Der Magistrat hält es auch für zulässig, Vorgärten für die zwischen dem Wültenwege und der nördlichen Ausbuchtung des Platzes gelegenen Grundstücke in einer Breite von etwa 5 m anzuordnen. Die Anordnung von Vorgärten bedinge jedoch eine Verschiebung der im Ortsbauplane vorgeesehenen östlichen Fortsetzung der Nebenstraße um 5 m nach Süden und es ist deshalb ein entsprechend geänderter Ortsbauplan aufgestellt worden.

Die Anträge des Magistrates gehen nun dahin, diesen Ortsbauplan zu genehmigen und sich mit der Verwerfung der unter 1—3 erwähnten Einsprachen einverstanden zu erklären.

Die Baucommission läßt durch Herrn Kieke empfehlen, die Anträge des Magistrates bis auf die erste Einsprache zu genehmigen, bezüglich dieser Einsprache jedoch den Magistrat zu ersuchen, die projectirte Straße auf 14 m zu verschmälern, oder aber, wenn derselbe sich hiermit nicht einverstanden erklären könne, die Breite der Straße auf 16 m festzusetzen, jedoch von der Anordnung von Vorgärten in diesem Falle abzugehen.

Diese Anträge der Baucommission werden von der Versammlung genehmigt.

## IX. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke im Jahre 1895/96.

Unter Uebersendung des Berichtes über die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke, sowie der Neustadtmühle für das Jahr 1895/96 ersucht der Magistrat, der rechnungsführenden Direction der Licht- und Wasserwerke wegen Verwaltung dieser Werke während des bezeichneten Finanzjahres unter dem Vorbehalt,

daß die Uebereinstimmung der Rechnungsabschlüsse mit den Büchern noch festzustellen bleibe, Entlastung zu ertheilen.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, hat die Finanzcommission die einzelnen Punkte prüfen lassen, auch die Salden in den Hauptbüchern des Licht- und Wasserwerkes mit dem Hauptbuche in der Stadthauptcasse verglichen und dabei Alles so klar und übersichtlich geordnet gefunden, daß man darüber hinweggehen könne. Was nun im Einzelnen den Betriebsabschluß der städtischen Gaswerke anlange, so spreche die Commission den Wunsch aus, daß die Obligationenanleihen I—III nicht wie bisher gruppenweise zusammengezogen, sondern in einzelnen Anleihen genau so auseinander gehalten werden, wie sie im Hauptbuche der Cämmereicasse aufgeführt würden, damit man die einzelnen Salden besser ermitteln könne. Ferner schlage die Finanzcommission vor, von dem diesjährigen Gewinn- und Verlustconto zu 186 240,22 M das verlorene Agio von 38 750 M zu entnehmen und in den Verpflichtungen dem Conto der Kreiscommunalcasse zuzufügen, so daß dieses nicht 461 250 M, sondern 500 000 M betrage, welche Summe ja demnächst voll zurückzuzahlen sei. Das Gewinn- und Verlustconto beziffere sich demnach auf 147 490,22 M.

Hinsichtlich des Betriebsabschlusses des städtischen Wasserwerkes empfehle er, der besseren Uebersicht wegen, den Strich auf Seite 39 zu entfernen und auf Seite 38 vor den Worten „Die Rückstellungen für den Erneuerungsfonds . . .“ anzubringen, weil bis dahin die Generalüberblicke reichen. Was die Bilanz auf den Seiten 46 und 47 anlange, so seien allerdings die im letzten Jahre beschlossenen Buchungen in diesem Jahre nicht vollständig erfolgt, jedoch solle die Position im nächsten Jahre verschwinden. Unter den Activen befinde sich ein Posten von 10 000 M für Aufschließung von Quellwasser. Wenn das Wasserwerk diesen Betrag in gewisser Weise auch nur vorgeschossen habe, so empfehle es sich doch nicht, denselben noch ferner unter den Activen zu führen, da er in Wirklichkeit ausgegeben sei. Die Commission schlage vor, um dieses scheinbare Activum nicht mehr anwachsen zu lassen, den diesjährigen Gewinn von 94 033,13 M um 10 000 M zu kürzen und den Activposten von 10 000 M zu streichen. Im Uebrigen könne die Entlastung ausgesprochen werden.

Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen der Finanzcommission einverstanden und spricht gleichzeitig die Entlastung aus.

#### **X. Kosten einer StraÙe am Friedrichplaze.**

Der Beitrag der Anlieger zu den Kosten des Ausbaues der StraÙe an der Nordwestseite des Friedrichplatzes ist auf 148,444 M, bei einem Gesamtaufwande von 6932,34 M berechnet worden und ersucht der Magistrat, die Kosten- und Verteilungsrechnung zu genehmigen.

was geschieht, nachdem Herr Bültmann den Antrag namens der Baucommission zur Annahme empfohlen hatte.

#### **XI. Verkauf und Verpachtung von Grundflächen an der Wabestraße.**

Von dem gelegentlich des Ausbaues der Wabestraße angekauften Seekamp'schen Grundstücke ist eine 7,68 a große Theilfläche entbehrlich, während der Rest des Grundstückes zu Straßenzwecken bestimmt ist. Die erstere Fläche hat der Magistrat zum Einheitspreise von 9 M pro qm an die Anlieger Seekamp und Peflow verkauft, auch sind gleichzeitig die auf dem Gesamtgrundstücke stehenden alten Gebäude an die Genannten zu 155 M auf Abbruch verkauft worden. Endlich sind dem p. Seekamp unter Aufhebung des zwischen ihm und der Stadt z. B. bestehenden Miethvertrages wegen des ganzen ehemals Seekamp'schen Grundstückes die zu Straßenanlagen später erforderlichen beiden Theilflächen des Letzteren vom 1. April d. Js. an zum Preise von 15 M jährlich verpachtet worden. Dem Ersuchen des Magistrates um Genehmigung des dieserhalb abgeschlossenen Vertrages

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Lord, berichtet, zu.

#### **XII. Aenderung des Ortsbauplanes für die Helenenstraße.**

Der Fabrikant Förster ist wegen des Ausbaues der Helenenstraße bis zur Blumenstraße vorstellig geworden. Da nach dem bestehenden Bauplane das Förster'sche Haus beseitigt werden müßte, so ist das Stadtbauamt ersucht worden, dem Eingange zur Helenenstraße eine solche Richtung zu geben, daß das betr. Wohnhaus dauernd beibehalten werden kann. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, die entsprechend geänderten Baulinien gutzuheißen,

welchen Antrag Herr Kieke namens der Baucommission zur Genehmigung empfiehlt.

Herrn Ebeling wäre es lieber gewesen, wenn man die alte Baulinie beibehalten hätte, weil dann der Anschluß nach der Bergfeldstraße hin besser gewesen wäre. Da aber das Förster'sche Haus noch lange stehen könne, so lasse sich eben die alte Baulinie ohne erhebliche Kosten nicht durchführen. Er bitte aber den Magistrat, die Aenderung recht bald vorzunehmen, weil die Verhältnisse an der Straße eine Besserung erheischen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

#### **XIII. Anordnung von Vorgärten für die Leisewitzstraße.**

Um der Leisewitzstraße ihren durch die Verbindung offener Bauweise mit Vorgartenanlage bedingten Character einer freundlichen Wohnstraße dauernd zu erhalten, erscheint es dem Stadtbauamte erwünscht, für dieselbe neue Baulinien

unter Annahme von 3 m breiten Vorgärten anzuordnen. Der Magistrat erklärt sich hiermit einverstanden und ersucht die Aenderung der Baulinien zu genehmigen, was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, geschieht.

#### XIV. Credit zur Feier des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelm's I.

Zur Feier der 100. Wiederkehr des Geburtstages Kaiser Wilhelm's I. werden dem Vernehmen nach Höchsten Orts für den 21. März Gottesdienst und für den Vormittag des 22. März Schulfeiern angeordnet werden. Zur Veranstaltung sonstiger Festlichkeiten in hiesiger Stadt ist ein Festausschuß gebildet, der nachstehendes Programm aufgestellt hat: am 22. März Vormittags Hauptfeier in der Regidienhalle, am Abend desselben Tages nach vorgängigem Festgeläute unter freiem Himmel und zwar auf dem Altstadtmarkte und dem Burgplatze Ansprachen bei festlicher Beleuchtung der Plätze, daran anschließend Festcommesse in der Regidienhalle und im Wilhelmsgarten. Die allgemeinen Kosten dieser Festlichkeiten, soweit dieselben nicht staatsseitig übernommen werden, sind vom Festausschuße auf 1000—1500 M veranschlagt worden und werden in dieser Höhe aus Stadtmitteln erbeten.

Die Versammlung wird ersucht, einen bedarfsmäßigen Credit bis zu 1500 M für diesen Zweck zu bewilligen.

Die Statutencommission empfiehlt diesen Antrag nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht zur Annahme, indem sie der Ansicht sei, daß der Antrag seine genügende, vollwerthige Begründung in sich selbst trage.

Herr Günther will sich, zugleich namens seiner Freunde, gegen die Verwilligung erklären. Wenn auch bei einer solchen Summe die Finanzlage der Stadt nicht so sehr in Betracht kommen könne, so seien doch für ein freiheitsliebendes Volk nicht gerade die besten Erinnerungen aus der Zeit jenes Kaisers vorhanden. Bedenke man das 48er Jahr und das schmachvolle Socialistengesetz, unter welchem tausende von Menschen unter diesem Kaiser ins Elend gestürzt und dem Ruin überantwortet seien, so sei er und mit ihm alle freiheitsliebenden Männer nicht in der Lage, für die Vorlage zu stimmen. Er nehme es Keinem übel, der für die Verwilligung stimme, aber er und auch andere freiheitsliebende Männer hätten keine Veranlassung, für ein solches Fest etwas zu bewilligen. (Unruhe.)

Herr Oberbürgermeister Pockels: Das deutsche Volk will durch die Feier seine Dankbarkeit und seine nationale Gesinnung bekunden (lebhafteste Zustimmung); wer nicht national fühlt, der stehe bei Seite! (Zustimmung)

Der Herr Vorsitzende hält sich trotz der Unparteilichkeit seines Amtes für verpflichtet, sich diesen Ausführungen namens der Versammlung anzuschließen.  
(Zustimmung.)

Die Vorlage wird darauf angenommen.

### XV. Verkauf von Bauplänen des alten Maschplatzes.

Von dem der Stadt gehörigen alten Maschplatz sind fünf Baupläne verfügbar geblieben, von welchen der Magistrat in öffentlicher Versteigerung vier am Wenderinge gelegene Plätze in einer Gesamtgröße von 24 a 73 qm veräußert hat. Hierbei ist von dem Maurermeister Spengler für eine dritte Person das Höchstgebot mit 35 500 M und von dem Bauunternehmer Rosenthal das zweithöchste Gebot mit 35 100 M abgegeben worden. Da Herr Spengler hinterher erklärt hat, daß sich die Verhandlungen mit seinem Mandanten zerschlagen hätten, so giebt der Magistrat anheim, dem Bauunternehmer Rosenthal den Zuschlag zu erteilen,

was auf Empfehlung des Herrn Meyerhoff, welcher für die Baucommission berichtet, geschieht.

### XVI. Antrag Blasius: Öffentlicher Wettbewerb für die beiden neuen Kirchen.

Wie Herr Wolff berichtet, hat die Statutencommission diesen von Herrn Blasius in der Sitzung vom 28. Januar d. Js. — Seite 298 des Berichts — aufgenommenen Antrag des hiesigen Architekten- und Ingenieurvereins berathen. Nach Rücksprache mit verschiedenen Architekten und nach dem Studium der einschlägigen Litteratur, insbesondere der Verhandlungen des Congresses über den Kirchenbau des Protestantismus habe sich ergeben, daß allerdings die Anforderungen an ein wirklich evangelisches, würdiges und praktisches Gotteshaus unter den Architekten, oder in den sonst beteiligten Kreisen keineswegs so feststehen, daß in dem vorliegenden Falle nicht eine sogenannte Skizzenconcurrentz wünschenswerth wäre. Die Kosten einer solchen Concurrentz würden 1,8 % des Baucapitals der beiden Kirchen zu St. Johannis und St. Pauli nicht übersteigen. Es handle sich bei solcher Concurrentz auch nicht etwa darum, die Ausführung der Bauten einem der concurrirenden Architekten zu übertragen und der städtischen Bauverwaltung zu entziehen, sondern es handle sich nur um die Beschaffung von Skizzenmaterial. Die Statutencommission erachte deshalb den vorgeschlagenen Weg für gangbar und empfehle der Versammlung, dem Magistrate den Wunsch zu unterbreiten, eine Skizzenconcurrentz auszuschreiben.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

## XVII. Anfrage Koch: Ausbau der kl. Vertramstraße.

Zur Begründung der Anfrage, ob ein vollständiger Ausbau der kl. Vertramstraße bald zu erwarten sei, bemerkt Herr Koch, daß des einen Anliegers wegen, der eine zu hohe Forderung für die Abtretung seines Terrains stelle, der schauerhafte Zustand der Straße unmöglich noch länger bestehen bleiben könne. Sollte der betr. Anlieger auch ferner noch auf seiner Forderung bestehen, so empfehle er, das Expropriationsverfahren einzuleiten.

Herr Bürgermeister Kete meyer erwidert, daß der Magistrat bereits eine entsprechende Vorlage fertiggestellt habe.

## XVIII. Antrag Koch: Plattenbelag auf der Campestraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Bürgersteig an der nördlichen Seite der Campestraße provisorisch mit Platten zu belegen“.

Wie Herr Koch ausführt, habe die Versammlung schon vor mehreren Jahren beschlossen, dort provisorisch Platten legen zu lassen und sei auch von keinem Anlieger dagegen Widerspruch erhoben worden, trotzdem sei aber nichts in der Sache geschehen. Bei dem jetzigen grauenhaften Zustande jenes Fußweges erscheine ihm dringend nöthig, endlich zu der Legung von Platten zu schreiten, zumal da die Besitzer der Häuser N. 19—26 b jetzt die schriftliche Erklärung abgegeben haben, daß sie gegen den vor Jahren gefaßten Beschluß der Versammlung, den Bürgersteig vor ihren Grundstücken provisorisch mit Platten zu belegen, keinen Einspruch erhoben hätten.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Baucommission zu Vorberathung überwiesen.

## XIX. Antrag Brückmann und Gen.: Beihilfe für die kaufmännische Fortbildungsschule.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, der Bewilligung einer Beihilfe für die kaufmännische Fortbildungsschule für das Jahr 1897/98 von 1500 M. aus einem zur Verfügung der städtischen Behörden stehenden Dispositionsfonds seine Zustimmung zu geben“.

Wie Herr Brückmann zur Begründung ausführt, hat sich bei der kaufmännischen Fortbildungsschule ergeben, daß von den jungen Leuten, welche dieselbe besuchen, eine erschreckend große Zahl sich in einem zahlungsunfähigen Zustande

befinde und das Schulgeld nicht aufbringen könne. Während man bei der Aufstellung des Stats auf 4—5 % Ausfall gerechnet habe, betrage dieser in Wirklichkeit 12—15 %. Bei dem Erlasse des Statuts sei als selbstverständlich angenommen worden, daß seitens der Stadt auch dieser Schule, ebenso wie den übrigen Fortbildungs- und Gewerbeschulen, eine Zuwendung gemacht werden würde; da solches aber nicht eingetreten sei, so habe sich der Vorstand der Schule an das Herzogliche Staatsministerium gewandt, welches die Zusage eines Zuschusses davon abhängig gemacht habe, daß auch die Stadt einen Zuschuß leiste.

Den Antrag erhält die Statutencommission zur Vorberathung.

Nachdem noch die Versammlung in Folge Aufforderung des Herrn Vorsitzenden das Andenken an ihr jüngst verstorbenes Mitglied, Herrn Weber, durch Erheben von den Sitzen geehrt hatte,  
wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6 Uhr.

1896/97.N<sup>o</sup> 13.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. März 1897.

---

### Tagesordnung:

|                                                                    |           |
|--------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Der Stadthaushaltäplan für 1897/98 . . . . .                    | Seite 316 |
| II. Erhebung einer Grundsteuer und einer Steuer vom Bier . . . . . | „ 331     |
| III. Baulinie für einige Grundstücke der Schuhstraße . . . . .     | „ 351     |

---

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Ahmann und Uhde; später erscheint Herr Lange.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst Herrn Lupprian, welcher für den verstorbenen Stadtverordneten Weber in die Versammlung gewählt worden ist, als neues Mitglied willkommen. Sodann theilt der Herr Vorsitzende den Eingang folgender Sachen mit:

- 1) Eingabe des Gastwirthsvereins, betr. die Ablehnung der Biersteuer,
- 2) Eingabe eines Districtsvereins, betr. die Ablehnung der Grundsteuer,
- 3) Eingabe der Fleischerinnung, welche Stellung nimmt gegen verschiedene falsche Auffassungen, welche gegenüber dem Standpunkte der Innung in Bezug auf die Einbringung von Fleisch zum Ausdruck gekommen sind.

Die Eingänge werden den Berichterstattern über die betr. Vorlagen überwiesen.



Darauf schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

## I. Der Stadthaushaltsplan für 1897/98.

Der vom Magistrat vorgelegte und jedem einzelnen Stadtverordneten in einem Druckeremplare zugestellte Haushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1897/98 ist von der Finanzcommission in Gegenwart einer weiteren Anzahl von Stadtverordneten durchberathen worden. Ueber das Ergebniß dieser Berathung berichtet Herr Fiedel: Die Finanzcommission habe nur eine ganz unwesentliche Aenderung am Etat vorzuschlagen, da die Ausgaben so bemessen seien, daß eine Herabsetzung derselben nicht in Frage kommen könne.

### 1. Etat der Cämmereicasse.

#### A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

##### Cap. I. Cämmereivermögen:

Einnahme 172 233,86 M.      Ausgabe 579 095,95 M.

Auf Seite 12 müsse die Position 19 um 10 M., also auf 971,25 M. erhöht werden und ersuche er, zum Ausgleich die Position 28 um 10 M., also auf 2580 M. zu ermäßigen. — Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Cap. II. wird vorläufig unausgefüllt geführt.

##### Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 399 210,20 M.      Ausgabe 1 087 160,20 M.

Die Abstimmung hierüber wird nach der Durchberathung der zugehörigen Specialetats vorgenommen.

##### Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme 6000 M.      Ausgabe 18 612,55 M.

##### Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 142 000 M.      Ausgabe 387 600 M.

Die Feststellung dieses Capitels erfolgt nach der Erledigung des zugehörigen Specialetats.

##### Cap. VI. Gesundheitswesen:

Einnahme 3200 M.      Ausgabe 5940 M.

##### Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,87 M.      Ausgabe 2057,17 M.

##### Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 24 090 M.      Ausgabe 78 790 M.

Herr Schmidt will daran erinnern, daß aus dem Vorjahre ein Beschluß vorliege, nach welchem der Magistrat ersucht worden sei, Alles aufzubieten, um den Zuschuß der Landesbrandversicherungsanstalt möglichst zu erhöhen. Da nun trotzdem

der Etat wiederum erhebliche Mehrausgaben für das Feuerlöschwesen einsehe, ohne daß eine Erhöhung des Zuschusses von 6000 M eingetreten sei, so bitte er um Auskunft, ob der Magistrat den von der Versammlung gewünschten Versuch gemacht habe. Die städtische Feuerwehr habe auch für die Herzogliche Landesregierung ein sehr kostbares Gut zu vertheidigen, ohne daß dieser Leistung ein entsprechendes Mehr entgegengesetzt werde. Jedenfalls komme der Stadt ein wesentlich höherer Theil der für diesen Zweck ausgelegten Summe zu, als ihr überwiesen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat der Landesregierung gegenüber den Wunsch ausgedrückt habe, die Beihilfe in einem möglichst hohen Betrage zu bekommen; die Regierung sei indessen gebunden, weil der Landtag ihr nur eine gewisse Quote zu derartigen Unterstüzungen zur Verfügung gestellt habe. Auch in diesem Jahre solle der Versuch gemacht werden, eine erhöhte Beihilfe zu erhalten. Augenblicklich halte er eine derartige Anregung insofern für inopportun, als die Regierung die Kosten einer neuen Dampfpriße mit 20 000 M erst kürzlich allein getragen habe.

Herr Schmidt möchte dazu bemerken, daß die Dampfpriße eine bedeutende Summe, welche er in diesem Jahre auf 10 000 M schätze, kosten werde. Wenn die Regierung nach einem Gesetze vom Jahre 1895 für solche Zwecke jährlich nur 25 000 M aussehe, so könne die Stadt hiervon wenigstens nach Maßgabe der gezahlten Rente oder des Versicherungsbeitrages einen Antheil verlangen. Die Regierung lege aber von der Summe noch einen Reservefonds an, der bereits auf 35 000 M angewachsen sei. Die Stadt wäre also auch nach dieser Richtung hin in der Lage, eine Erhöhung des Zuschusses zu wünschen.

Auf die Bemerkung des Herrn Löschigt, daß ihm die Summe von 1500 M für die Anschaffung neuer Geräthe gegenüber den sonstigen Ausgabenposten für solche Zwecke sehr reichlich bemessen zu sein scheine, erwidert

Herr Südel, daß es sich dabei um einen Ersatz für abgängig gewordene Geräthe handle, der im Interesse der Feuerficherheit der Stadt nothwendig erscheine.

Herr Vord möchte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den Erlaß des Kaiserlichen Telegraphenamtes vom 4. März d. Jrs. richten, in welchem den Theilnehmern an der Fernsprecheinrichtung mitgetheilt worden sei, daß eine Verbindung mit der städtischen Feuerwehr zur Nachtzeit nur dann noch stattfinden könne, wenn von dem betr. Theilnehmer jährlich 32 M Gebühren gezahlt würden. Diese Maßregel müsse man tief beklagen, weil dadurch die Schlagfertigkeit der Feuerwehr vermindert werde, denn während jetzt mehr als tausend Theilnehmer Nachts ein Feuer sofort melden können, werde von der neuen Einrichtung naturgemäß sehr wenig Gebrauch gemacht werden. Seines Wissens sollen nur einige größere Etablissements außerhalb der Thore den Anschluß beantragt haben. Bei

solcher Einrichtung müßten aber die fiskalischen Interessen in den Hintergrund treten. Wenn die Verfügung auch für das ganze Reich erlassen sei, so hätte sich das Reichs-Telegraphenamt doch erst mit den Interessenten, also den Landesregierungen, den Städten und den Feuerversicherungs-Gesellschaften, ins Vernehmen setzen sollen, ehe es eine so einschneidende Anordnung trafe. Er habe die Gelegenheit benutzen wollen, um seine Mißbilligung über die Verfügung zum Ausdruck zu bringen.

Herr **Jüdel** erwidert, daß auch die Handelskammer sich mit dieser Frage schon beschäftigt habe. Bei der bisherigen Einrichtung habe in dem Telephonraume eine Glocke ertönt, sobald gerufen sei, welche dem dienstthuenden Beamten die Thatsache des Anrufens erkenntlich gemacht habe; die neue Einrichtung arbeite dagegen geräuschlos, so daß eine ständige Wache zur Hand sein müßte, was unmöglich verlangt werden könne. Aus diesem Grunde werde jetzt nicht mehr die Fernsprechstelle, sondern direct die Feuerwehr angerufen. Man habe auch die Frage schon angeregt, ob es nicht zweckmäßiger wäre, einen ständigen Dienst der Fernsprechstelle einzurichten; der hiesige Telegrapheninspector habe dazu gemeint, daß dieses wohl angängig wäre, wenn entsprechende Anträge von einer größeren Anzahl von Städten gestellt und die entstehenden Kosten gedeckt würden.

Herr **Lord** will darauf noch bemerken, daß der Vorredner das bestätigt habe, was von ihm getabelt sei, daß nämlich die neue Einrichtung aus fiskalischen Rücksichten getroffen sei. Er müsse dieses bedauern, weil derartige Wohlfahrts-einrichtungen von solchen Interessen nicht betroffen werden sollten.

Herr **Löschigk** möchte anfragen, ob für die reichsfiskalischen Gebäude vielleicht ein höherer Zuschuß zu den Feuerlösch-einrichtungen, z. B. der Thurm-wache, gezahlt werde.

#### Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 35 732 M.

Ausgabe 360 430 M.

Herr **Günther** will an den Magistrat die Anfrage richten, ob es sich bewahrheite, daß die Polizei die Nachwächter dazu verwende, aufzupassen, ob in den Schanklokalen wirklich um 11 Uhr geschlossen werde. Er glaube nicht, daß die von der Stadt angestellten Nachwächter zu derartigen Polizeidiensten verwandt werden dürfen, eventuell möchte er bitten, Vorkehrungen zu treffen, daß diese Maßregel geändert werde. Wohin solle es denn führen, wenn die Nachtwächter dazu verwendet würden, in den Wirthschaften zu recherchiren, ob noch Gäste da seien. Im Café Wagner solle es z. B. vorgekommen sein, daß sich die Nachtwächter überzeugt haben, ob noch Publicum sich im Locale befinde.

Herr **Stadttrath Meyer** erwidert, daß allerdings den Nachtwächtern gewisse polizeiliche Befugnisse übertragen seien, daß dem Magistrate indessen nicht bekannt

sei, ob die Herzogliche Polizei-Direction den Nachtwächtern einen solchen Auftrag ertheilt habe.

Herr Bues beantragt, die im Etat für die Controle über das Nachtwachewesen vorgeiehene Summe von 750 M in Abſatz zu bringen, weil ſich die Verhältniſſe in dieſer Beziehung verſchoben hätten. Nicht die Polizei beaufſichtige die Nachtwächter, ſondern die Nachtwächter beaufſichtigen die Polizei. Solange man nämlich die Oberauſſicht dem Polizei-Inſpector Buſſenius übertragen habe, ſei die Weiſung ergangen, daß die Nachtwächter-Controleure auch darauf achten, ob die Polizei-Patrouillen ihre Schuldigkeit thun. Die Stadt habe alſo nicht an die Herzogliche Polizei-Direction einen Betrag für die Controle über das Nachtwachewesen zu zahlen, ſondern Letztere müſſe an die Stadt einen Beitrag für die Beaufſichtigung des Polizeicorps entrichten.

Herr Müller möchte den Magiſtrat bitten, dafür zu ſorgen, daß die Bedürfnißanſtalt am Theater recht bald zur Ausführung gebracht werde.

Herr Oberbürgermeiſter Pockels bemerkt, wenn Herr Bues einen Antrag auf Streichung des Poſtens ſtellen wolle, ſo könne man abwarten, was daraus werde. Für den vorliegenden Etat ſei es aber ohne Einfluß, weil dieſe Pauſchalvergütung auf einem Uebereinkommen zwiſchen Polizei und Stadt beruhe.

Herr Bürgermeiſter Netemeyer erwidert Herrn Müller, daß der Platz für die Anſtalt am Theater bereits ausgeſucht, aber die Genehmigung deſwegen verſchoben ſei, weil man den Theil des Theaterparkes mit als Platz für das Herzog Wilhelm-Denkmal in Ausſicht genommen habe und hierüber eine Entſcheidung noch ausſtehe.

Herr Günther kann ſich mit der ihm vom Magiſtrate gewordenen Auskunft nicht zufriedengeben, ſondern ſtellt den Antrag:

„Die Stadtverordneten-Verſammlung wolle beſchließen, den Stadt-Magiſtrat zu erſuchen, bei der Herzoglichen Polizeidirection Erkundigungen einzuziehen, ob die ſtädtiſchen Nachtwächter beauftragt ſind, in den Gaſtwirthſchaften bezüglich Einhaltung der Polizeistunde zu recherchiren, und im Bejahungsſalle auf Abſtellung hinzuwirken“.

Der Antrag kommt nicht zur Abſtimmung, weil ſich Herr Oberbürgermeiſter Pockels bereit erklärt, die gewünſchten Erkundigungen einzuziehen.

Herr Bues will ſeinen Antrag auf Streichung der 750 M zurückziehen, weil ein ſolcher Beſchluß für das vorliegende Jahr doch keine Wirkung haben könne; er bitte indeſſen den Magiſtrat, ſich der Sache einmal anzunehmen.

Herr Stadtrath Meyer weiſt noch darauf hin, daß die Herzogliche Polizeidirection die 750 M für die Leitung des geſammten Nachtwachewesens und nicht etwa für die Controle der Nachtwächter erhalte. Die Controle-Nachtwächter habe man in der Hauptsache zur Ueberwachung der Neben-Nachtwächter eingeführt.

Herr Müller möchte bitten, in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt, z. B. dem Damme, der Schuhstraße etc., Schilder mit der Bezeichnung „Rechtsgehen“ anzubringen, durch welche der Verkehr geregelt und erleichtert werde.

Herr Löschigk bittet den Magistrat ebenfalls, dahin zu wirken, daß die Straßenpolizeiordnung in Bezug auf den Straßenverkehr etwas intensiver gehandhabt werde, wenn er auch nicht ein so schneidiges Vorgehen der Polizeibeamten wünsche, wie dieselben gleich nach Erlaß der Straßenpolizeiordnung bethätigt haben. Heutzutage rüge kein Polizeibeamter mehr einen Verstoß des Publicums gegen das Rechtsgehen auf den Straßen. Bei der Feier für Kaiser Wilhelm I. wäre es sehr angebracht gewesen, wenn vorher von der Polizei darauf hingewiesen wäre, daß die Leute in den Straßen rechtsgehen müßten.

#### Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 130 580 M.      Ausgabe 224 200 M.

#### Cap. XI. Gemeindesteuern:

Einnahme 1 907 100 M.      Ausgabe 3 200 M.

Die Beschlußfassung hierüber wird zunächst noch zurückgestellt.

#### Cap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 178 720 M.      Ausgabe 38 290 M.

#### Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 31 775 M.      Ausgabe 235 090,22 M.

#### Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 19 602,47 M.      Ausgabe 17 644,11 M.

#### Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 2 696 900 M.

### B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe:

#### Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 1 925 162,55 M.      Ausgabe 58 562,55 M.

#### Cap. II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme —      Ausgabe 750 000 M.

#### Cap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke und Berechtigungen:

Einnahme 108 37,45 M.      Ausgabe 10 554,88 M.

#### Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, bezw. Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme: 330 000 M.      Zusammen 1 446 882,57 M.

Zu dem Posten: „Umgestaltung des Mannschaftsgebäudes der vormaligen Husarencaferne am Magnithore zu einem Museumsgebäude, erste Rate 42 000 M.“, fragt Herr Löschigk an, ob der Umbau gleich nach dem Auszuge der Mannschaften des Leibbataillons vor sich gehen, oder noch eine Vorlage erfolgen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Versammlung noch eine Vorlage erhalten werde.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 2 266 000 M.

## 2. Etats der mit der Cämmereicasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

### I. Städtisches Kieselgut Steinhof:

Einnahme 131 060 M.

Ausgabe 120 060 M.

Anhang: Betriebsplan der Abwässer-Pumpstation:

Einnahme und Ausgabe 25 270 M.

Fehlbetrag 24 670 M.

### II. Städtische Ober-Realschule:

Einnahme und Ausgabe 100 100 M.

Fehlsumme 45 800 M.

### III. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 95 140 M.

Fehlsumme 27 500 M.

Herr Meyerhoff möchte die Anfrage an den Magistrat richten, ob der Schuldirector Sommer dem Magistrate von seiner Absicht, das bei der Centenarfeier der höheren Mädchenschule aufgenommene Eintrittsgeld der deutschen Flotte zu überweisen, vorher Kenntniß gegeben habe. Eine politische Spitze solle in dieser Anfrage nicht liegen, jedoch wünsche er, die Leiter städtischer Schulen darauf aufmerksam gemacht zu sehen, daß sie sich vor solchen Veranstaltungen mit dem Magistrat in Verbindung setzen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß es sich in dem vorliegenden Falle nicht um eine Schulfestlichkeit, sondern um eine Feier gehandelt habe, welche ein Schuldirector unter Mitwirkung von Schülerinnen einerseits und andererseits von ehemaligen Schülerinnen und Seminaristinnen veranstaltet habe. Auf solche Veranstaltungen habe der Magistrat oder der Schulvorstand keine Einwirkung.

Der Herr Vorsitzende will dazu bemerken, daß der Magistrat und bezw. der Schulvorstand doch wohl eine Einwirkung auf derartige Veranstaltungen einer städtischen Schule haben müsse. Dem Schulvorstande liege die Oberaufsicht über derartige Maßnahmen des Directors ob, aber im vorliegenden Falle habe, wie es scheine, der Magistrat eben keine Kenntniß von der Absicht des Directors gehabt und deshalb auch nicht geprüft, ob ein Einschreiten geboten sei.

Herr Günther macht darauf aufmerksam, daß die Feier unter der Firma der Schule veranstaltet sei. Durch ganz Deutschland gehe die Notiz, daß die hiesige städtische Mädchenschule eine Centenarfeier zu Gunsten der Flotte veranstaltet habe. Wenn nun auch nicht die ganze Schule als solche genommen sich an der Feier betheiligt haben möge, so sei es doch nicht Aufgabe des Schuldirectors, solche Festlichkeiten zu veranstalten.

Herr Löschigt steht in dieser Sache auf einem anderen Standpunkte. Wenn Director Sommer eine solche Festlichkeit als Schuldirector begehre, so sei das etwas anderes; wenn derselbe indessen mit seinen Schülerinnen ein Fest in Brüning's Saalbau, also nicht einmal in der Schule, veranstalte und wenn er dieses unglücklicherweise für die Flotte thue, was Mancher nicht für richtig anerkenne, so sei das seine Sache. Wenn er sich dabei nachher blamire, so müsse er dieses als Privatmann hinnehmen. Als Privatmann dürfe er machen, was er wolle, ebenso wie sich die Stadtverordneten zusammenthun und eine Festlichkeit begehen können, ohne daß die Versammlung als Corporation etwas dagegen unternehmen könne.

Herr Lord möchte hierzu bemerken, daß die Feier ausdrücklich als Schulfest der höheren Mädchenschule bezeichnet worden sei, und er daher die Auffassung des Vorfigenden theile, daß Herr Dr. Sommer, wenn er nicht Director der höheren Mädchenschule wäre, überhaupt nicht in der Lage gewesen wäre, dieses Fest zu veranstalten. Deshalb wundere er sich, daß der Herr Oberbürgermeister nicht einfach geantwortet habe: „Ich habe Kenntniß von der Sache gehabt oder nicht, resp. ich werde den Herrn auffordern, in Zukunft vorher mit mir Rücksprache zu nehmen oder nicht“, dann wäre die Sache wenigstens klar.

#### IV. Städtische Mädchenschule:

|                                   |                     |
|-----------------------------------|---------------------|
| Einnahme und Ausgabe 63 801,20 M. | Fehlsumme 30 800 M. |
|-----------------------------------|---------------------|

#### V. Lehrerinnen-Seminar:

|                              |                   |
|------------------------------|-------------------|
| Einnahme und Ausgabe 6000 M. | Fehlsumme 4800 M, |
|------------------------------|-------------------|

welche je zur Hälfte aus der Klosterreinertragscasse und der Cämmereicasse getragen wird.

#### VI. Bürgerschulen:

|                                 |                      |
|---------------------------------|----------------------|
| Einnahme und Ausgabe 773 919 M. | Fehlsumme 640 100 M. |
|---------------------------------|----------------------|

Zur Deckung der Fehlsumme werden Zuschüsse geleistet:

|                                          |           |
|------------------------------------------|-----------|
| aus der Herzogl. Klosterreinertragscasse | 61 000 M  |
| „ „ Casse der Abgabe für Hunde .         | 4 700 „   |
| „ „ Cämmerei-Casse . . . . .             | 574 400 „ |

zusammen 640 100 M.

Herr Löschigt bittet den Magistrat um Auskunft, wie weit derselbe der Anregung der Versammlung in der Sitzung vom 12. November v. Js. — Seite 196 des Berichts — in Betreff der Beschaffung von Lehrmitteln aus den Geschäften der hiesigen Buchbinder entgegengekommen sei. Nach einer Mittheilung des Vorstandes der Buchbinderinnung solle sich Schuldirector Schaarschmidt in nicht sehr lobenswerthen Aeußerungen über den Beschluß der Versammlung ergangen und gesagt haben, er würde nach wie vor nicht darnach handeln, sondern darnach streben, im neuen Stadthause größere Räume zu erhalten, um dort Regale aufstellen und

die von ihm beschafften Lehrmittel darin unterbringen zu können. Wenn auch die Versammlung in der Sitzung vom 12. November davon abgesehen habe, einen Beschluß in dieser Hinsicht zu fassen, so glaube er doch, daß der Magistrat den Wünschen der Versammlung insoweit entgegenkommen werde, als er die Steuerkraft hiesiger Bürger nicht weiter schädigen lassen wolle, wenn dieselben die Bücher ebenso gut und billig, wie auswärtige Händler liefern. Der ausführende Beamte habe aber einen Beschluß der städtischen Behörden zu respectiren und sich nicht in solcher Weise darüber zu äußern. Außerdem wolle man doch nicht einem Gewerbe, das durch den Großbetrieb schon besonders schwer leide, eine solche Einnahmequelle verschließen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, der Magistrat habe s. Z. den Antrag dem Schulvorstande mitgetheilt und dieser habe den Schuldirektor zum Bericht aufgefordert. Aus dem Bericht gehe allerdings hervor, daß der gewünschten Neueinrichtung auch ein sehr erhebliches finanzielles Interesse gegenüberstehe. Gleichwohl sei die Angelegenheit dem Schulvorstande überwiesen worden, aber dort noch nicht zum Abschluß gelangt. Ein praktischer Anlaß dazu habe auch noch nicht vorgelegen, weil solche Anschaffungen immer erst zu Beginn des neuen Schuljahres gemacht würden, und demnach der Antrag der Buchbinderinnung, abgesehen von ganz geringfügigen Summen, erst im nächsten Schuljahre seine Wirkung haben könne.

Auf die Bemerkung des Herrn Fiedel, daß er davon abgesehen habe, eine Berechnung darüber aufzustellen, wie hoch sich der Zuschuß der Stadt für jedes die Bürgerschulen besuchende Kind belaufe, da ihm die wirkliche Gesamtzahl der Kinder nicht bekannt sei, entgegnet

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß unmittelbar nach Beginn des Schuljahres die unteren Bürgerschulen von 7630 Kindern und die mittleren Bürgerschulen von 6045 Kindern besucht seien, so daß sich die Gesamtziffer auf 13675 Kinder belaufe.

Der von Herrn Löschigt inzwischen eingebrachte Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß bei der Beschaffung von Lehrmitteln für Schulen auch die hiesigen Buchbinder berücksichtigt werden“,

wird darauf angenommen.

Herr Rathe möchte den Magistrat bitten, mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen, von Jahr zu Jahr sich steigenden Aufwendungen für die städtischen Schulen Erwägungen anzustellen, ob nicht, namentlich bei der Oberrealschule und den mittleren Bürgerschulen eine Erhöhung des Schulgeldes angezeigt erscheine. Wenn es auch dem idealen Standpunkte nicht entspreche, das Schulgeld zu erhöhen, so erscheine ihm dasselbe hier doch nicht so hoch zu sein, daß nicht diese



Frage näher geprüft werden könne. Von der Stellung eines Antrages wolle er absehen, da er nur eine Anregung habe geben wollen.

#### VII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 48 200 M.

Fehlsumme 39 200 M.

Zur Deckung der Fehlsumme tragen bei:

die Herzogl. Haupt-Finanz-Casse 17 150 M

„ Casse der Abgabe für Hunde 15 000 „

„ Cämmerei-Casse . . . . 7050 „

---

zusammen 39 200 M.

#### VIII. Armencasse nebst Anhang:

Einnahme und Ausgabe 387 600 M.

Fehlsumme 245 600 M.

#### IX. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 170 100 M.

Fehlsumme 128 000 M.

Herr Meyerhoff möchte erwähnen, daß in Folge des früheren Beschlusses der Versammlung die Anlieger vor den Thoren jetzt verpflichtet seien, bei Glatteis zu streuen und unter Umständen auch das Trottoir zu reinigen. Diese Anordnung solle schon mehr als 2000 polizeiliche Strafmandate im Gefolge gehabt haben, welche man bei einem Durchschnitts-Strafbetrage von 2 M auf mindestens 4000 M schätzen könne. Wenn man hierzu noch den Aerger rechne, welcher wohl dreimal so hoch anzuschlagen sei, so ergebe das eine Summe von 16 000 M. Dem gegenüber erscheine es ihm wohl erwägenswerth, noch dazu da im Winter so viele beschäftigungslose Leute vorhanden seien, ob sich nicht das Straßenreinigungs-Institut dieser Aufgabe mit unterziehen könne. Es würden dadurch die vielen Conflicte mit der Polizei, welche meistens durch Uebereifer und Unverständnis der Polizeibeamten entstanden, beseitigt. Die Polizeibeamten müßten allerdings einschreiten, weil sie von Oben herunter getreten würden. Es erscheine ihm sein Vorschlag wohl erwägenswerth, auch wenn die Hauseigenthümer pro Meter Frontlänge ihres Grundstückes eine Entschädigung zahlen müßten. Wenn darauf eingewendet würde, daß sich dieser Vorschlag in Folge des Haftpflichtgesetzes nicht durchführen lasse, so bemerke er, daß es bis dahin doch auf den Promenaden und vor den Thoren gegangen sei. Außerdem habe sich auch schon jetzt jeder verständige Grundbesitzer gegen Haftpflicht versichert und wer das nicht thue, der möge seine Haut zu Markte tragen. Es wäre eine Wohlthat für die ganze Stadt, wenn die Chicanen aufhörten und sein Vorschlag sich durchführen ließe.

Herr Bürgermeister Metemeyer entgegnet, der Magistrat habe, bevor er die Herzogliche Polizei-Direction ersucht habe, die Streupflicht vor den Thoren den Anliegern aufzuerlegen, die Versammlung um eine Aeußerung hierüber ersucht.

Darauf sei der Antrag, die Streupflicht auch auf die Außenstadt auszudehnen, soweit er sich entfinne, einstimmig angenommen worden, da sich Niemand dagegen ausgesprochen habe. Uebrigens habe es keinen praktischen Zweck, dem Straßenreinigungs-Institute diese Sache aufzuerlegen, weil dasselbe nur in der inneren Stadt zu wirken habe und der Magistrat nicht in der Lage sein werde, die Befugnisse der Straßenreinigungs-Deputation auf die ganze Stadt auszudehnen.

Herr Rathe will gegenüber dem im Etat vorgesehenen Ausgabeposten von 47500 M für die Müllabfuhr zur Erwägung verstellen, ob es nicht zweckmäßig erscheine, hierfür den Interessenten etwas zu berechnen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß darauf hinweisen, daß eine solche Maßnahme doch auch ihre Schattenseiten haben würde, wenn sich auch nicht verkennen lasse, daß ein Beitrag für die Müllabfuhr von den Hausbesitzern leicht einzuziehen sei. Wenn man für das Haus 10 M Beitrag erhöhe, so ließen sich hiermit die Kosten der Kehrichtabfuhr decken. Da aber kein Zwang für die Hausbesitzer vorhanden sei, den Beitrag zu bezahlen, so würde der Eine die städtische Kehrichtabfuhr benutzen, der Andere nicht. Nur sanitäre Interessen haben s. B. die Veranlassung geboten, die Müllabfuhr städtischerseits zu übernehmen und deshalb solle man an der jetzigen Einrichtung nicht rütteln.

Herr Meyerhoff fürchtet, bei Durchführung des Rathe'schen Wunsches auf die früheren Zustände, bei welchen auf den Höfen große Schmutzhaufen gebildet seien, zurückzukommen. Die Berliner Einrichtung der Müllgruben passe für eine Großstadt ebenfalls nicht. Da nun außerdem der Hausbesitzer die Müllabfuhr unmöglich auch für seine Miether bezahlen könne, so solle man es bei der bisherigen bewährten Einrichtung ruhig belassen.

Herr Löschigk hat zu seinem Bedauern aus dem Begleitschreiben zum Etat entnommen, daß eine größere Zahl von städtischen Straßen nicht mehr täglich, sondern nur vier Mal wöchentlich gereinigt werden solle. Wenn auch Braunschweig immer zu den Städten gehört habe, welche auf Reinlichkeit Werth legen, so dürfe man sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, jetzt weniger reinigen zu wollen. Die Fahrdämme einzelner Straßen könnten vielleicht weniger gereinigt werden, aber die Fußwege müßte man eher noch intensiver als bisher reinigen. Im Interesse der Wohlfahrt der hiesigen Bevölkerung bitte er, es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen.

Herr Günther findet es unbegreiflich, daß man die Zahl der ständigen Straßenreinigungs-Arbeiter um zehn vermindern wolle, da im Interesse der Reinlichkeit hier das Sparen am wenigsten angebracht sei. Schon aus sanitären Gesichtspunkten solle man diese geringe Mehrausgabe nicht scheuen. Es sei außerdem als eine Härte zu bezeichnen, wenn man Arbeiter entlasse, die schon längere Zeit in städtischen Diensten stehen. Unter den gekündigten Arbeitern befinde sich auch

einer, welcher  $\frac{3}{4}$  blind sei und der anderwärts nicht so leicht ein Unterkommen finden werde. Er bitte deshalb, die Herabsetzung der Arbeiterzahl abzulehnen und die Reinigung der Straßen in bisheriger Weise ausführen zu lassen.

Herr Rieke ersucht, aus hygienischen und sanitären Zwecken die bisherige tägliche Reinigung der sämtlichen Straßen beizubehalten. Sofern man der Deputation überlassen wolle, die wichtigeren Straßen für die tägliche Reinigung auszuwählen, so könnte dieselbe darauf verfallen, die Straßen, an denen höhere Personen wohnen, für die wichtigeren und alle anderen Straßen für die unwichtigeren zu halten. Wenn man in der Entwicklung nicht auf Schöppenstedt zurück wolle, so dürften keine Arbeiter entlassen, sondern es müßten eher noch mehr Arbeiter angenommen werden, um recht oft den Schmutz von den Trottoirplatten beseitigen zu lassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, die Deputation sei der Ansicht gewesen, daß die seit einigen Jahren durchgeführte tägliche Reinigung des ganzen Stadtgebietes nicht nöthig sei, da es hier eine ganze Menge Straßen gebe, welche, wie z. B. der Ritterbrunnen, so wenig befahren werden, daß eine tägliche Reinigung nicht nöthig erscheine. Daß aber die Deputation sich nicht von solchen Rücksichten leiten lasse, wie sie Herr Rieke dargelegt habe, sei schon aus dem Umstande zu schließen, daß der Deputation auch zwei Stadtverordnete angehören. Wenn die städtischen Behörden beschließen sollten, sämtliche Straßen allnächtlich reinigen zu lassen, so werde das natürlich geschehen. Der Vorschlag der Deputation, verschiedene Straßen nur vier Mal wöchentlich reinigen zu lassen, solle nur ein Versuch sein, da man erst sehen müsse, ob diese Neuernng zweckmäßig sei und ob sich an den betreffenden vier Tagen auch die erforderliche Zahl von Arbeitern werde beschaffen lassen. Sollte sich der Vorschlag nicht bewähren, werde ein Antrag gestellt werden, die mehr erforderlichen Mittel nachzuverwilligen. Deshalb bitte er, es bei dem Magistratsvorschlage zur Zeit bewenden zu lassen.

Herr Günther möchte ersuchen, diese Etatsposition abzulehnen. Auf ständige Arbeiter könne sich die Deputation wohl verlassen, nicht aber auf Hülfsarbeiter, denn sobald Letztere eine bessere Beschäftigung finden, werden sie den städtischen Dienst verlassen, so daß man bei der Straßenreinigung stets neue ungeschulte Arbeitskräfte haben werde. Auch erscheine es ihm unbillig, von Arbeitern zu verlangen, daß sie vier Tage von der Stadt und in der übrigen Zeit anderwärts beschäftigt werden sollen. Was die Straßenreinigung vor den Thoren und die Müllabfuhr anlange, so theile er die Ansicht des Magistrates, daß es bei der bisherigen Einrichtung bewenden möchte. Es wäre jedenfalls ein großer Fehler, wenn sich die Stadt die Müllabfuhr bezahlen ließe. Sein Antrag gehe dahin, den Magistrat zu ersuchen, den Etat um so weit zu erhöhen, daß die für sämtliche Straßen bis-

her vorgesehene tägliche Reinigung auch in dem neuen Finanzjahre beibehalten werde.

Dieser Antrag wird von der Versammlung abgelehnt.

Städtische Gaswerke:

Einnahme 986 500 M.      Ausgabe 809 000 M.

Ueberschuß 177 500 M.

Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 309 400 M.      Ausgabe 251 850 M.

Ueberschuß 54 550 M.

Anhang: Neustadtmühle:

Einnahme und Ausgabe 28 500 M.

Herr Löschigt möchte anfragen, ob es vielleicht das Interesse der Stadt erheische, das Grundstück der Neustadtmühle, welches doch an der Promenade liege, zu verkaufen oder anderweitig zu verwenden, da es eine Rente nicht mehr abwerfe und in Zukunft vielleicht noch einen Zuschuß erfordere.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß das Grundstück s. B. gekauft sei, um die Gewalt über das Wasser zu haben. Wenn man jetzt zu einem Verkaufe des Grundstücks als Mühle schreite, so würden die früheren Unannehmlichkeiten und Unbequemlichkeiten von Neuem entstehen. Bei einem Verkaufe des Grundstücks zu Banplätzen würde sich die Stadt aber schlecht stehen. Uebrigens habe die Mühle immer noch einen Ueberschuß abgeworfen und auch in dem vorliegenden Etat seien wiederum 5000 M. dem Reservefonds zugeschrieben, so daß er anheim geben möchte, von einem Verkaufe vorläufig abzusehen.

Die bisher zurückgestellten Cap. III Unterrichtswesen, Cap. V. Armenpflege und Cap. XI. Gemeindesteuern werden nunmehr — letzteres jedoch vorbehaltlich der Deckung des Fehlbetrages — ebenso wie der Stadthaushaltungsplan im Ganzen genehmigt.

### 3. Hauptabschluß

des ordentlichen Stadthaushaltes für 1. April 1897/98 einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

| Cap.  | Verwaltungsweig                         | Einnahme |    | in Pro-<br>centen | Ausgabe  |    | in Pro-<br>centen | Ueberschuß |    | Fehlsumme |    |
|-------|-----------------------------------------|----------|----|-------------------|----------|----|-------------------|------------|----|-----------|----|
|       |                                         | M        | ℳ  |                   | M        | ℳ  |                   | M          | ℳ  | M         | ℳ  |
| I.    | Cämmereivermögen<br>(im engeren Sinne)  | 172 233  | 86 | 6,39              | 579 095  | 95 | 21,49             | —          | —  | 406 862   | 09 |
| II.   | Kirchenwesen . .                        | —        | —  | —                 | —        | —  | —                 | —          | —  | —         | —  |
| III.  | Unterrichtswesen .                      | 187 250  | —  | 6,95              | 887 950  | —  | 32,87             | —          | —  | 700 700   | —  |
| IV.   | Kunst und Wissen-<br>schaft . . . .     | 6 000    | —  | 0,22              | 18 612   | 55 | 0,69              | —          | —  | 12 612    | 55 |
| V.    | Armenpflege . . .                       | —        | —  | —                 | 245 600  | —  | 9,11              | —          | —  | 245 600   | —  |
| VI.   | Gesundheitswesen .                      | 3 200    | —  | 0,12              | 5 940    | —  | 0,22              | —          | —  | 2 740     | —  |
| VII.  | Vereinswesen und<br>Volksfeste . . .    | 616 67   | —  | 0,02              | 2 057    | 17 | 0,08              | —          | —  | 1 440     | 50 |
| VIII. | Feuerlöschwesen .                       | 24 090   | —  | 0,89              | 78 790   | —  | 2,92              | —          | —  | 54 700    | —  |
| IX.   | Ortspolizei . . .                       | 35 732   | —  | 1,33              | 360 430  | —  | 13,38             | —          | —  | 324 698   | —  |
| X.    | Straßenbau . . .                        | 130 580  | —  | 4,85              | 224 200  | —  | 8,32              | —          | —  | 93 620    | —  |
| XI.   | Gemeindesteuern u.                      | 1907 100 | —  | 70,69             | 3 200    | —  | 0,12              | 1903 900   | —  | —         | —  |
| XII.  | Staatszuschüsse u.<br>Staatsbedürfnisse | 178 720  | —  | 6,63              | 38 290   | —  | 1,42              | 140 430    | —  | —         | —  |
| XIII. | Stadtverwaltung .                       | 31 775   | —  | 1,18              | 235 090  | 22 | 8,73              | —          | —  | 203 315   | 22 |
| XIV.  | Insgesam . . .                          | 19 602   | 47 | 0,73              | 17 644   | 11 | 0,65              | 1 958      | 36 | —         | —  |
|       | Zusammen                                | 2696 900 | —  | 100<br>%          | 2696 900 | —  | 100<br>%          | 2046 288   | 36 | 2046 288  | 36 |

#### 4. Voranschlag

über die Verwaltung des Schulhausbaufonds im Jahre 1897/98.

Zugang 326 400 M. Abgang 193 250 M.

Bestand 133 150 M.

#### 5. Anhang.

Canalbaucasse.

A. Neubau.

Einnahme und Ausgabe 539 750 M. Aufzunehmende Anleihen 539 700 M.

Zu der Position k des Cap. V „Lüftungsvorrichtungen 7500 M.“ möchte Herr Löschigt anfragen, ob darunter die Lüftung über die Häuser fort, oder die Absperrung der Canäle verstanden sein solle.

Herr Bürgermeister Kete Meyer erwidert, daß darunter die Rohre zu verstehen seien, welche an Häusern und Bäumen zur Entlüftung der Canäle angebracht seien. Ein Versuch, ein solches Rohr mit einer kleinen Gasflamme zur Erwärmung der schweren Canalluft zu versehen, sei noch nicht abgeschlossen.

Herr Löschigt bittet, die Canalverschlüsse so einzurichten, daß dieselben nur im Nothfalle Gase ausströmen lassen, damit der furchtbare Gestank aus den Canälen aufhöre. Die Canalverhältnisse lägen hier insofern ungünstig, als die Fabrikabwässer aus dem Wilhelmthorbezirke eine lange Strecke weit durch die Stadt geleitet würden und auf ihrem Wege einen unangenehmen Geruch verbreiteten.

Herr Lange möchte der Canalbauverwaltung ans Herz legen, in dieser Sache recht energisch vorzugehen, damit der furchtbare Geruch endlich aufhöre. Besonders vor den Dülfern pflege sich ein starker Geruch anzusammeln und der lasse sich nur durch einen scharfen Abzug mittelst Schornsteins beseitigen. Nach dieser Richtung hin müßte der Sache nähergetreten und darnach gestrebt werden, daß man einen Schornstein in der Nähe erhalte, an dessen warmer Außenwand ein Abzugsrohr in die Höhe geleitet werde. Sollte dieses unzulässig sein, so wäre das Rohr direct in den Schornstein zu führen.

Herr Bürgermeister Kete Meyer erwidert, daß die Deputation in der Sache nicht energischer habe vorgehen können. Verschiedene Fabrikbesitzer hätten es abgelehnt, ihre Schornsteine für solche Entlüftungsvorrichtungen herzugeben, weil sie ihren Zug im Schornsteine nicht gefährden wollten. Der Verschuß der Canaldeckel sei aber absolut unzulässig. Im Uebrigen seien die Oeffnungen der Canäle nicht bestimmt, um die Canäle zu entlüften, sondern um ihnen gute Luft zuzuführen, weil sie sonst behufs Reinigung nicht begangen werden können. Da schon alle möglichen Versuche in dieser Sache angestellt seien, so bitte er, der Deputation Vorschläge zu derartigen Einrichtungen zu machen.

## B. Unterhaltung:

Einnahme und Ausgabe 188000 M.

Beitrag der Cämmereicasse 62000 M.

Der Magistrat beantragt hierzu, daß die Canalabgabe für das Jahr 1897/98 wiederum auf den Betrag von 2 % des Grundsteuercapitals festgestellt und sodann der Etat der Canalbaukasse genehmigt werde, was geschieht.

## Städtisches Schlachthaus:

Einnahme und Ausgabe 171 820 M.

Tilgungsbetrag 16 599,27 M.

Auf die Anfrage des Herrn Schmidt, wie weit die Garantiebedingungen des Fabrikanten wegen der Maschinen in der Kühlhausanlage gegangen seien, erwidert

Herr Stadtrath Meyer, daß die Abnahme der Maschinen noch ausstehe.

Herr Löschigt bittet, die Frequenz von fremden Leuten im Schlachthause möglichst einzuschränken, da sonst deren Ueberwachung durch das Aufsichtspersonal erschwert werde. Wenn es heiße, daß im Schlachthause viel gestohlen werde, so geschehe das wohl meistens durch die Gesellen selbst, nicht aber, wie in Schlachtereien angenommen werde, durch die Schlachthausbummler. Man könnte deren Zahl leicht einschränken, wenn man den berechtigten Besuchern des Schlachthauses Einlaßkarten aushändigte und von jedem fremden Besucher ein Eintrittsgeld von 25—50 S. erhöhe. Er bitte die Schlachthaus-Deputation, diese Anregung in Erwägung zu nehmen.

Herr Wollenweber ist der Ansicht, daß die Ausgabe von Eintrittskarten wohl etwas Gutes für sich, aber auch manches Unangenehme gegen sich habe. Jeder, der das Schlachthaus besuchen wolle, müsse die Erlaubniß des Directors haben und der solle schon Manchen abweisen. Uebrigens glaube er, daß die Stehlereien von gewissenlosen Gesellen, nicht aber von gelegentlichen Besuchern des Schlachthauses herrühren und werde es schwer halten, diesem Uebelstande abzuhelpfen.

Herr Meyerhoff hält die Löschigt'sche Anregung für sehr beachtenswerth, umsomehr, als auch in den Schlachthäusern anderer Städte ein Eintrittsgeld von Fremden genommen werde.

Herr Löschigt möchte zu den „Fremden“ alle Diejenigen gezählt wissen, welche in dem Schlachthause nichts zu thun haben, auch wenn sie Einwohner der hiesigen Stadt seien. (Zustimmung).

Herr Gebeling muß die Ausführung des Löschigt'schen Vorschlages so lange für bedenklich halten, als im Schlachthause auch Stallungen an Private vermietet werden, welche doch wohl berechtigt seien, das Schlachthaus zu betreten. (Sie man

mit diesem Zustande nicht gebrochen habe, lasse sich auch kein Eintrittsgeld für das Betreten des Schlachthaus'es erheben.

Der Schlachthaus-Etat wird darauf genehmigt.

Casse der Abgabe für Hunde:

Einnahme und Ausgabe 31900 M.

Zur Verfügung 315 M.

Der Etat gelangt zur Annahme.

Kreis-Communal-Casse:

Einnahme und Ausgabe 3444200 M.

Zur Verfügung 1359,33 M.

Auch dieser Etat wird genehmigt und damit die Etatsberatung geschlossen.

## II. Erhebung einer Grundsteuer und einer Steuer vom Bier.

Der Magistrat legt der Versammlung je einen Statutentwurf, betr. die Erhebung einer Gemeinde-Grundsteuer und einer Gemeindesteuer vom Bier vor, mit dem Ersuchen, die Zustimmung zum Erlaß der beiden Statuten zu ertheilen. Nach dem ersteren Statutentwurfe soll bis zum 31. März 1899 eine Gemeinde-Grundsteuer in Höhe von  $1\frac{2}{3}$  % der in das Grundsteuercataster der Stadt eingetragenen Steuercapitale je zur Hälfte im November und im December erhoben werden. Der andere Statutentwurf bezweckt die Erhebung einer Gemeindesteuer von allem innerhalb des Stadtbezirks zum Verzehr oder Verbrauch kommenden Bier in Höhe von 65 A für das Hektoliter.

Die Vorlage, betr. die Einführung einer Grundsteuer ist von der Finanzcommission und die Vorlage wegen der Erhebung einer Biersteuer von der vereinigten Finanz- und Statutencommission vorberathen worden. Namens beider Commissionen berichtet Herr Lord in folgender Weise: „Wir stehen vor der schwierigen und wenig erfreulichen Aufgabe, das Deficit von 153300 M, welches an der Deckung des diesjährigen Haushaltsplanes fehlt, durch neue Mittel zu beschaffen. Der Magistrat schlägt zu diesem Zwecke zwei Steuern vor, nämlich eine Grundsteuer, welche zu 67000 M geschätzt ist, und eine Biersteuer mit einem zu 86300 M geschätzten Aufkommen. Wie Sie sich erinnern werden, ist die letztere Steuer im vorigen Jahre zu 108000 M angenommen worden und ist es nicht bekannt, weshalb der Magistrat diese Steuer jetzt niedriger schätzt. Wie die Begleitschrift des Magistrates zu dem Haushaltsplane mittheilt, ist das Deficit zunächst dadurch entstanden, daß die Einnahmen aus der progressiven Einkommensteuer mit 1750000 M gegen die mit einiger Sicherheit aus dem Ertragnisse des Vorjahres resultirende Summe von 1773000 M um 23000 M zurückgeblieben sind, obwohl man die Steigerung der Einnahmen auf 33000 M jährlich schätzen konnte. Dieser auffällige Rückgang ist im Wesentlichen veranlaßt worden durch die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes, nach welchen die Actiengesellschaften bei der sogenannten Voraussteuer das eingezahlte Actiencapital um  $3\frac{1}{2}$  %



ermäßigen. Der hierdurch für die Stadt eingetretene Einnahmeausfall beträgt rund 60000 M. Ich wünsche den Bestrebungen, welche im Gange sind, um der Stadt diese 60000 M zu retten, den besten Erfolg. Sodann ist, ebenfalls veranlaßt durch die Reform der Staatseinkommensteuer, die Zuschlagsteuer, welche bisher 5000—8000 M eingebracht hat, in Wegfall gekommen. Ferner ist das diesjährige Resultat lebhaft dadurch beeinflusst worden, daß die Mehrausgaben, welche im Vergleich zu den Einnahmen um jährlich 53000 M wachsen, hinzukommen. In der vereinigten Statuten- und Finanzcommission sind nun Unklarheiten über die Wirkung des neuen Einkommensteuergesetzes aufgetreten, so daß ich es nicht für überflüssig halte, mit wenigen Worten darauf einzugehen. Die Jahre 1897/98 und 1898/99 sind Uebergangsjahre. Der Staat hat beschlossen, für dieselben eine Einkommensteuer auszuscheiden und wird dafür von der Grund- und Gewerbesteuer zwei Zwölftel des Gesamtbetrages außer Hebung lassen, und die Personalsteuer vollständig in Wegfall bringen. Es wird Sie interessieren, die Summe zu erfahren, um welche die Stadt auf diese Weise höher besteuert werden wird. Diese Summe läßt sich an der Hand der der Regierungsvorlage beigegebenen Tabelle leicht berechnen. Die Grundsteuer kann hiernach auf 402000 M geschätzt werden, während die Gewerbesteuer zu 170000 M zu veranschlagen ist, das macht zusammen 572000 M, wovon zwei Zwölftel rund 95000 M ausmachen. Davon würden abgehen 150000 M an Personalsteuer und die eben bezeichneten zwei Zwölftel mit 95000 M, macht zusammen 245000 M. Der Staat rechnet aus den Erträgen der Einkommensteuer in diesen beiden Jahren auf einen Ertrag von 1300000 M aus dem ganzen Lande und würde hiervon die Stadt Braunschweig ungefähr 548000 M beizutragen haben. Demnach stellt sich die Mehrleistung der Stadt für die beiden Jahre auf 303000 M. Erst im Jahre 1901 tritt, wenn alle hieran geknüpften Voraussetzungen sich erfüllen, nach einer zwischen der Landesregierung und der Ständeversammlung getroffenen Verabredung die Einkommensteuer voll in Kraft und ist geplant worden, neben derselben eine Ergänzungssteuer einzuführen. Die Erträge, welche man von diesen beiden Steuern erwartet, sind, vorausgesetzt, daß zwei Einheiten der Steuerscala erhoben werden, auf zwei Millionen Mark beziffert worden und würde hiervon die Stadt 1100000 M beizutragen haben. Auch in den folgenden Jahren soll die Personalsteuer erlassen werden und wird der Staat den Gemeinden  $\frac{3}{4}$  von der Gewerbesteuer überweisen, mit dem eventuellen Zwange, diese Steuer auszunutzen. In der Praxis wird sich die Sache so gestalten, daß die Stadt Braunschweig die gesammte Steuer gegen eine Vergütung von 6 % der Nettoeinnahmen einzieht und hiervon  $\frac{1}{4}$  dem Staate zur Verfügung stellt, während sie  $\frac{3}{4}$  für sich behält.

In der längeren Aussprache, welche sich über diesen Gegenstand in der vereinigten Finanz- und Statutencommission entspann, wurde zunächst von einer

Seite der Vorschlag gemacht, daß man für die beiden Uebergangsjahre 1897/98 und 1898/99 die eine der beiden Steuern, nämlich die Biersteuer, erheben, für die Grundsteuer aber Deckung aus den Mitteln der Gas- und Wasserwerke beschaffen sollte. Diesem Vorschlage wurde, meiner Meinung nach mit Recht, entgegengehalten, daß die Sache doch sehr bedenklich erscheinen müßte; wenn wir erst einmal diese schiefe Ebene beträten, so würde ein immer weiteres Hinabgleiten auf derselben vorauszu sehen sein. Zudem würden für das nächste Etatsjahr aus den Gas- und Wasserwerken die Mittel kaum disponibel sein, da die Schulbauten etwa 250 000 M in Anspruch nehmen würden. Der Vorschlag wurde darauf nicht weiter verfolgt. Die Freunde und Gegner der Vorlagen vertheilten sich ziemlich gleichmäßig unter den anwesenden Mitgliedern der Commissionen. Um Ihnen nun ein getreues Bild der Verhandlungen in der Commissionsitzung zu geben, möchte ich mir gestatten, von meinen Notizen Gebrauch zu machen, und glaube ich, daß dadurch vielleicht manches Ueberflüssige in der Debatte abgeschnitten wird.

Was zunächst die Grundsteuer betrifft, so führten die Freunde derselben aus, daß die Grundbesitzer die verhältnißmäßig geringe Steuer wohl tragen könnten, zumal die meisten Aufwendungen, welche die Stadt mache, in erster Linie dem Grundbesitz zu Gute kommen und dessen Werth steigern, und daß diese Aufwendungen einen dauernden Vortheil für die Grundbesitzer erzielen, während die Nichtangesehnen nur einen vorübergehenden Vortheil von solchen Einrichtungen zögen. Man solle umsomehr von einer vorübergehenden Entlastung des Grundbesitzes absehen, als vom Jahre 1900 ab ja die vollen  $\frac{12}{12}$  der Steuer von den Grundbesitzern wieder getragen werden müßten. Hätte aber erst einmal eine Ermäßigung stattgefunden, würde der Wegfall derselben dann doppelt drückend empfunden werden. Es wurde besonders betont, man könne mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Staatseinkommensteuer einen höheren Betrag liefern werde als die angenommenen 1 300 000 M und daß dann nach der Zusicherung der Regierung eine weitere Entlastung des Grundbesitzes eintreten werde. Zwar sei das Gesamteresultat der Einschätzung noch nicht bekannt, aber Einzelergebnisse, die ermittelt seien, ließen darauf schließen, daß die Erträgnisse den Voranschlag übersteigen würden. Man solle also die Grundbesitzer nicht in Illusionen wiegen, aus denen sie 1900 dann sehr unsanft aufgerüttelt werden würden. Die Gegner führten dagegen aus, daß der Grundbesitz in der Stadt nicht auf Rosen gebettet sei, und daß derselbe an einer neuen Steuer schwer zu tragen haben werde. Aus dem Einschätzungsgeschäft erhele, daß ein nicht unerheblicher Procentsatz aller Grundbesitzer überhaupt keinen Ertrag aus seinem Besitze zöge. Zudem sei zu bedenken, daß, wenn die Stadt die vom Staate erlassenen zwei Zwölftel beanspruche, die Grundbesitzer mit der Hälfte der Steuer, also 33 500 M, höher belastet würden, als seither, da der Staat in den letzten Jahren überhaupt nur elf Zwölftel erhoben habe. Die Aufwendungen

der Stadt kämen den Grundbesitzern nicht höher zu Gute, als den übrigen Einwohnern, denn wir erfreuten uns mit Ausnahme der Arbeiter einer festhaften, nicht aber einer fluctuirenden Einwohnerschaft. Die Wahrscheinlichkeit, daß höhere Einnahmen als angenommen, erzielt werden, sei durch nichts zu erweisen. Den wenigen günstigen Ergebnissen aus einigen Orten stehen andere bekannt gewordene ungünstige gegenüber. Der Gensdarm oder Lehrer sei oft der Höchstbesteuerte im Dorfe. Man könne also höchstens mit einer Möglichkeit rechnen, die Regierung sei weit skeptischer in dieser Beziehung. Im Begleitschreiben zum Staatseinkommensteuergesetz sage sie am Schlusse: „Es ist vielleicht zu hoffen, daß der Ertrag der Steuer aus den Landgemeinden höher ausfallen und die Gesamtsumme den Bedarf von 1 300 000 M annähernd decken werde. Ebensovohl ist es aber auch möglich, daß diese Summe nicht erreicht wird“. Für so ganz wahrscheinlich hält also die Regierung höhere Einnahmen nicht. Treten sie aber ein, und wir Alle müssen es wünschen, so werden sie auch nach diesen beiden Uebergangsjahren anhalten. Da aber die Fürsorge der Regierung für den Grundbesitz wie ein rother Faden durch die Gesetzesmotive geht, so ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß die Regierung ihre entbehrlichen Ueberschüsse auch von 1900 ab in erster Linie dem Grundbesitze zukommen lassen wird. Wenn also der Staat seine Fürsorge für den Grundbesitz überall zu erkennen giebt, so sollte man nicht erwarten, daß die Stadt das, was der Staat giebt, und dazu noch  $\frac{1}{12}$  mehr, ihm wieder entzieht. Das waren die Gesichtspunkte, welche hinsichtlich der Grundsteuer in den Vordergrund gestellt sind.

Bezüglich der Biersteuer beschränkte sich die Debatte auf wenige Gesichtspunkte, wahrscheinlich unter Hinblick auf die vorjährigen ausführlichen Verhandlungen. Es wurde die leichte, fast kostenlose Durchführung der Steuer betont, hervorgehoben, wie sie in vielen anderen Städten eingeführt sei und wie Jedermann dort damit zufrieden sei. Schließlich werde es doch so kommen, daß die Wirthhe, wenn sie wirklich an der Steuer hängen blieben, durch etwas größere Halsbinden ihrem Schaden wieder beizukommen suchen würden. Auch eine Abwälzung auf das Publicum sei nicht ausgeschlossen, denn es erscheine sehr wohl möglich, wie in Bayern 11, 16 oder 21 S für ein Glas Bier zu nehmen. Die Gegner beschränkten sich auf die Widerlegung des Gesagten. Wenn behauptet wäre, daß anderwärts Jeder zufrieden, so sei das sehr natürlich, da die von der Steuer Betroffenen einen kleinsten Bruchtheil bildeten und die überwältigende Majorität ihnen zurufen könne: Ruhe in der Minderheit. Das beweise also gar nichts. Der Rath an die Wirthhe, die Steuer durch größere Halsbinden einzubringen, sei doch kaum ernst zu nehmen. Daß sich hier Pfennigaufschläge von den Wirthhen erzielen lassen, sei sehr zu bezweifeln. Zudem würde der Aufschlag von 1 S für  $\frac{1}{10}$  Liter dem Publicum den vierfachen Betrag der Steuer auferlegen. Durch diesen Vorschlag, wenn er ausführbar wäre, was er eben nicht sei, würden die Wirthhe allerdings ein brillantes

Geschäft machen. Ich will nur noch erwähnen, daß inzwischen, wie Ihnen Allen bekannt ist, sich hier ein Ring gebildet hat, der die Brauereien bei hoher Conventionalstrafe verpflichtet, die Steuer in keiner Form auf sich zu nehmen. Es scheint also, wenigstens für die nächste Zeit, ganz ausgeschlossen, daß diese die Steuer oder auch nur einen Theil derselben tragen werden. Der Vollständigkeit wegen erwähne ich noch, daß in Bromberg und Bielefeld die Steuer zum vierten Male abgelehnt ist, daß sie aber in einigen anderen Städten inzwischen neu eingeführt wurde. Eine Eingabe des Vereins Braunschweiger Gastwirthe behauptet ferner, daß man in einigen kleineren Städten mit der Absicht umgehe, die Steuer wieder abzuschaffen. Ich habe diese Behauptung auf ihre Richtigkeit hin nicht prüfen können. — In Bezug auf beiden Steuern gemeinsame Gesichtspunkte wurde hervorgehoben, daß der Staat, wenn er auf die Einkommensteuer als Finanzquelle mit angewiesen sei, sich diese Einnahme durch hohe communale Zuschlagssteuern nicht wieder schmälern lassen könne. Es könnte also die Möglichkeit eintreten, daß die Regierung nach Ablehnung der beiden Steuern uns sagte: Ihr versteht das Steuergeschäft nicht, wir werden Euch deshalb einen Zwangsetat aufgeben. Das würde aber als eine Blame für die städtischen Behörden anzusehen sein. Die Minderheit führte aus: es handle sich um eine Uebergangszeit von nur zwei Jahren. Die späteren Verhältnisse ließen sich in keiner Weise übersehen und es sei deswegen im Princip schon bedenklich, von der progressiven Einkommensteuer jetzt abzugehen. Man glaube von der Einführung von Real- resp. indirecten Steuern z. B. absehen zu müssen und schlage als das nach der Meinung der Minorität Bessere und jedenfalls bei Weitem Gerechtere die Erhebung eines 12. Simplums zur Deckung des Fehlbetrags vor. Man glaube das um so mehr thun zu können, als Braunschweig, das noch im Jahre 1893 die vorletzte Stufe unter 24 Großstädten in Bezug auf die Anspannung der Steuerkraft eingenommen habe, auch bei Erhebung von 12 Simpla mit noch nicht 16 M Steuern auf den Kopf der Bevölkerung, immer erst etwa die sechste Stelle unter den zum Vergleich gestellten Großstädten einnehme, selbst wenn die nun hinter Braunschweig stehenden sechs Städte inzwischen die Steuerkraft ihrer Einwohner nicht auch mehr angepannt hätten. — Wie sich die Ueberweisungsverhältnisse im Jahre 1900 gestalten werden, geht aus einer bereits erwähnten Tabelle hervor, welche dem Staatseinkommensteuergesetz beigegeben ist. Schätzen wir die Grundsteuer in der Stadt Braunschweig in diesem Jahre auf 450 000 M, die Gewerbesteuer auf 190 000 M, so ergibt das 640 000 M. Es ist das eine Schätzung, welche Anspruch auf ziemliche Sicherheit erheben kann. Die drei Viertel, welche der Staat in diesem Jahre der Stadt als Steuerquelle überweisen will, betragen also aus beiden Steuern 480 000 M. Davon würden abziehen sein die seitherigen Zuwendungen, welche die Stadt vom Staate erhalten hat und die von da ab in Wegfall kommen sollen. Es würde

dann für die Stadt eine Einnahme von nicht ganz 300 000 M. entstehen. Selbst für den vorauszusetzenden Fall, daß die Bedürfnisse der Stadt bis dahin wieder gewachsen sind, ließe sich das jetzt erhobene zwölfte Simplum im Jahre 1900 bequem wieder absetzen. Der Hinweis auf eine Retrogrirung des Etats erscheint mir beinahe als ein Appell an die Furcht, der hoffentlich in Ihren Herzen keinen Widerhall findet. Die Regierung wird sich zu diesem Schritte in Hinblick auf die Stufe, welche Braunschweig unter den Großstädten hinsichtlich seiner Steuerquote einnimmt, kaum entschließen. Thut sie es, falls die Steuern abgelehnt werden, so sehe ich, wie ich in der Commission ausführte, keine Blame, weder für den Magistrat, der ja seine Schuldigkeit im Sinne der Regierung gethan hat, noch für die Stadtverordneten, welche nach Pflicht und Gewissen ihre Entscheidung getroffen haben.

Ich hoffe, möglichst objectiv die Gründe und Gegengründe dargestellt zu haben, und stelle die Steuerfrage Namens der Commissionen Ihrer Entscheidung anheim.

Die Finanzcommission empfiehlt Ihnen mit 3 gegen 3 Stimmen die Ablehnung, oder sagen wir auch Annahme der Grundsteuer.

Die vereinigte Finanz- und Statutencommission empfiehlt Ihnen mit 5 gegen 4 Stimmen die Annahme der Biersteuer."

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Bei der vorjährigen Einbringung der Biersteuervorlage habe ich Ihnen einen rechnungsmäßigen Ueberblick gegeben darüber, wie hoch in dem letzten Jahrzehnt im Durchschnitt alljährlich das Wachsen der laufenden Ausgaben der Cämmereicasse gegenüber dem Wachsen der Einnahmen derselben sich beläuft, und ich bin dabei zu dem Resultat gekommen, daß alljährlich das Wachsen der Ausgaben dasjenige der Einnahmen um rund 52 000 M. übersteigt. Ich habe dabei den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß dieses Mißverhältniß zwischen dem Steigen der Einnahmen und Ausgaben auch noch in Zukunft fortbestehen würde. Insbesondere was den Etat für das jetzt beginnende Finanzjahr anbelangt, so habe ich darauf hingewiesen, daß im laufenden Jahre der Mehraufwand von 52 000 M. um das Doppelte erhöht werden müsse, weil inzwischen das Kieselgut mit in die laufende Verwaltung aufgenommen worden ist. Ich will nun heute auseinanderzusetzen versuchen, wie nach meiner Ueberzeugung unser städtischer Haushalt in den nächstfolgenden Jahren sich gestalten wird, auf der Grundlage des zehnjährigen Durchschnitts und dem Wachsen der Ausgaben um jährlich 52 000 M. Dabei will ich voraussetzen, daß der heute hier berathene Etat in seiner Ausführung balanciren wird, obwohl ich dies bezweifeln muß, weil neuerdings nach der Aufstellung des Etats die Anforderungen einzelner Verwaltungszweige weit über das etatsmäßige Soll hinausgehen, namentlich der Etat für das Armenwesen und für das Straßenreinigungsinstitut; andererseits ist auch zu befürchten,

daß Einnahmeposten nicht in der Höhe eingehen werden, wie sie etatisirt sind, namentlich in Bezug auf die Gemeinde-Einkommensteuer. Ich will aber annehmen, der Etat werde balanciren und bitte nun, meine Zahlen zu controliren. Es wird nach zehnjährigem Durchschnitt, die Einführung der Bier- und Grundsteuer vorausgesetzt, im Jahre 1898/99 ein Betrag von 52000 M und somit im Jahre 1899/1900 ein solcher von 104000 M ungedeckt bleiben. In dem darauf folgenden Jahre 1900/01 wird eine sehr erhebliche Verschiebung unserer Einnahmen und Ausgaben stattfinden: die Einnahmen werden sich dann dadurch steigern, daß der Staat  $\frac{3}{4}$  der Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuern) den Gemeinden überweist, das sind 450000 M, und nach Absatz der  $\frac{2}{11}$  Grundsteuer, welche wir jetzt schon erheben wollen, 390000 M. Meine Zahlen weichen von denen des Herrn Lord ab, vermuthlich weil derselbe die Soll-Einnahmen genommen hat, ich dagegen die Ist-Einnahmen, was einen bedeutenden Unterschied ausmacht. Hierzu kommen noch 40000 M Erhebungsgebühren für die Staatssteuern, das ergibt also an neuen Einnahmen 430000 M. Dagegen kommen gleichzeitig in Wegfall die Ueberweisungen von Staatseinnahmen an die Gemeinden und Kreiscommunalverbände, die betragen gegenwärtig 210000 M, so daß sich also eine Nettomehreinnahme von 220000 M ergibt. Mit dieser Mehreinnahme werden wir nun, wenn wir unsere jetzigen elf Einheiten der Gemeinde-Einkommensteuer forterheben, zunächst 1900/01 diejenigen beiden Fehlsommen von zusammen 104000 M decken können, welche wir in den Vorjahren ungedeckt lassen mußten. Dann würden wir 1901 in der Lage sein, außer dieser Deckung des Deficits aus dem Vorjahre noch die alljährlich um 52000 M mehr wachsenden Ausgaben zu begleichen, so daß wir dann in der Lage wären, in das folgende Jahr einen Ueberschuß von 64000 M mit hinüber zu nehmen. Das wäre eine sehr angenehme Lage, in der wir uns leider seit Jahren nicht mehr befunden haben. In diesem letzten Jahre beginnt aber dann die Tilgung der 1895er Kreisanleihe, welche allerdings nur 15000 M ausmacht; dazu kommt das jährliche Mehrwachsthum der Ausgaben um 52000 M, so daß wir wohl schon 1902/03 an eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer werden denken müssen. Von einer demnächstigen Herabsetzung der jetzigen 11 Einheiten, wovon in einzelnen Kreisen der Bürgerschaft die Rede ist und was auch im Hausbesitzerverein als eine unzweifelhafte Folge der Ueberweisungen hingestellt worden ist, kann meiner Ueberzeugung nach keine Rede sein. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einige Worte hier mittheilen gegenüber der aus den Kreisen des Hausbesitzervereins in einer Eingabe, oder einem Artikel der Fachzeitschrift ausgesprochenen Behauptung, daß die Gemeinde-Einkommensteuer in Braunschweig gegenüber der in anderen größeren Städten sehr gering sei, und deshalb noch eine weitere Anspannung erfahren könne. Das ist vollständig unrichtig. Es ist offenbar diese Ansicht hergeleitet aus einer mißverstandenen Mittheilung des letzten Verwaltungsberichtes.

Dort ist die Gesamtheit der directen und indirecten Steuern aus verschiedenen großen Städten zusammengestellt, und daraus ergiebt sich, daß in den vorhergehenden Jahren Braunschweig in Bezug auf die Gesamtheit der Steuern hinter weitaus den meisten Großstädten zurückblieb. Aber ganz anders ist es in Bezug auf denjenigen Theil der Gemeindeabgaben, welchen wir auf das Einkommen legen, da stehen wir nicht am Ende, sondern da marschiren wir an der Spitze. Das hat darin seinen Grund, daß alle anderen Städte jetzt ihre Bedürfnisse nicht lediglich befriedigen durch Besteuerung des Einkommens, sondern vorweg dadurch, daß sie Grundsteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Miethssteuer, Biersteuer, kurz indirecte Steuern aller Art ausschreiben. Diese indirecten Steuern werden alle Tage namentlich in den preussischen Städten mit einer ungeheuren Geflossenheit geradezu neu erfunden. Um zu verstehen, wie wir in Bezug auf die Einkommensteuer stehen, will ich einige Ziffern aus dem Statistischen Jahrbuch deutscher Städte, und zwar für das Jahr 1890 — für die folgenden Jahre stehen mir die Ziffern nicht zur Verfügung — mittheilen. Berlin erhob demnach insgesammt 33 Millionen, davon durch Einkommensteuer 15 Millionen. Doch ich will nur Städte nennen, die etwa in gleichem Verhältniß mit Braunschweig stehen. Es erhoben die Städte:

davon fallen auf das Einkommen:

|           |            |             |             |
|-----------|------------|-------------|-------------|
| Altona    | insgesammt | 2 600 000 M | 1 139 000 M |
| Stuttgart | "          | 3 500 000 " | 1 122 000 " |
| Halle     | "          | 1 397 000 " | 653 000 "   |
| Cassel    | "          | 1 210 000 " | 526 000 "   |
| Kiel      | "          | 1 080 000 " | 691 000 "   |
| Wiesbaden | "          | 1 515 000 " | 600 000 "   |
| Potsdam   | "          | 889 000 "   | 503 000 "   |

Sie sehen daraus, wenn wir auch in Bezug auf den Gesamtbetrag der Gemeindesteuer eine günstige Stellung unter den größeren deutschen Städten einnehmen, wir doch in Bezug auf die Belastung der Einkommen den übrigen Städten voraus sind.

Nun möchte ich übergehen zur Begründung der beiden Steuervorlagen, und zwar zunächst der Vorlage wegen Erhebung der Grundsteuer. Die zwischen Regierung und Landtag im Princip vereinbarte Reform der Staatssteuern geht von dem Grundgedanken aus, daß der Staat für alle seine Angehörigen im Großen und Ganzen eine gleich hohe Bedeutung habe, und daß er deshalb nicht allein berechtigt, sondern gewissermaßen auch verpflichtet sei, seinen Steuerbedarf nach Verhältniß der Leistungsfähigkeit des Einzelnen zu vertheilen, mithin unter Einführung einer den Staatsbedarf im Großen und Ganzen deckenden Einkommensteuer auf die Realsteuern so weit möglich zu verzichten. Nun sagt sich aber der Staat, wenn ich diese neue Einkommensteuer einführe und wenn dann gleichwohl auch die Ge-

meinden nach wie vor ihren Steuerbedarf hauptsächlich aus dieser einen Steuerquelle schöpfen werden, so würde das Einkommen zu schwer belastet und auch die Ergiebigkeit der Staatssteuer dadurch gefährdet werden. Aus diesem Grunde will der Staat den Gemeinden zur Erleichterung der Gemeinde-Einkommensteuern  $\frac{3}{4}$  der Realsteuern als Steuerquelle überweisen. Hierfür ist auf Seiten des Staats die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Gemeinde im Großen und Ganzen einen wirthschaftlichen Verband bildet, und daß in solchen wirthschaftlichen Verbänden bei der Besteuerungsart in Frage kommt, wem die Leistungen der Gemeinde zu Gute kommen, und wer für die Leistung der Gemeinde die Gegenleistung in Form von Abgaben zu gewähren hat. Nun ist es von der Steuerlehre und überhaupt der neueren Gesetzgebung allseitig als unzweifelhaft anerkannt, daß der größte Theil der Gemeindeausgaben vorwiegend, sei es unmittelbar oder mittelbar, dem Grundbesitz zu Gute kommt. Es muß zugegeben werden, daß unsere außergewöhnlichen Aufwendungen für Straßenbauten, Reichthabfuhr, Straßenreinigung, Entwässerung, Stadthausneubau und alle möglichen sonstigen Wohlfahrts Einrichtungen auch den nicht angefessenen Einwohnern zu Gute kommen, aber sie genießen doch deren Vortheile höchstens so lange, als sie sich hier aufhalten, während die Vortheile dem Grundbesitz dauernd zu Gute kommen unter Steigerung seines Werthes. Eine solche Werthsteigerung wird, namentlich in einer Eingabe des Grundbesitzersvereins bestritten, aber mit Unrecht. Ich glaube, daß Diejenigen, welche eine solche Werthsteigerung in Abrede stellen, den Grundwerth mit der Grundrente verwechseln. Der Grundwerth ist bei uns in den letzten zehn Jahren bedeutend gestiegen, das beweisen schon die Preise bei unseren Expropriationen. Die Grundrente ist gefallen aber auf der anderen Seite ist auch die Rente vom mobilen Capital gefallen und sind hierfür andere Ursachen zu suchen. Wir sind beim Magistrate hiernach der Ansicht, daß die Heranziehung des Grundbesitzes zu den Gemeindefasten an sich gerechtfertigt sei, und da wir uns sagen müssen, in zwei Jahren wird uns diese Heranziehung zur Pflicht gemacht, so liegt es nahe, den Grundbesitz in dieser zweijährigen Zwischenzeit heranzuziehen, insoweit als er vom Staate freigelassen wird. Wir wollen nicht etwa eine neue Belastung des Grundbesitzes einführen, sondern wir fordern nur, daß der Grundbesitz das, was er von jeher dem Staat hat opfern müssen, der Gemeinde opfert.

Nun möchte ich noch einige Worte zur Begründung unserer Vorlage wegen Einführung der Biersteuer sagen. Ich habe schon vorhin angedeutet, daß eigentlich alle großen und größeren Städte die Biersteuer seit längerer oder kürzerer Zeit eingeführt haben. Dieselbe hat den Vorzug unter den indirecten Steuern, daß sie bei ausgiebigem Ertrage nur geringe Erhebungskosten fordert, und daß sie in solch außerordentlich kleinen Beträgen zur Erhebung kommt, daß sie den Betroffenen kaum fühlbar wird. Nun wird ja gesagt, man dürfe das Bier aus dem



Grunde nicht besteuern, weil es zum gewohnheitsmäßigen, nothwendigen Lebensunterhalte gehöre. Die Richtigkeit dieser Ansicht ist sehr zweifelhaft und ist dieselbe auch schon von Herrn Blasius vor einem Jahre bestritten worden; es handelt sich nicht so sehr um ein Nahrungsmittel, als um ein Genußmittel; ein Genußmittel, was eigentlich sehr oft über das zuträgliches Maß hinaus genossen wird und von dem sich der Einzelne ohne Beeinträchtigung seiner Gesundheit fern halten kann. Nun wird allerdings noch weiter von derselben Seite angeführt, daß die Biersteuer namentlich den kleinen Mann beschwere. Dagegen ist geltend zu machen, daß der hauptsächlichste Bierconsum sich vertheilt auf die erwachsene männliche Bevölkerung, mit anderen Worten, daß bei gleichem Einkommen der Mann mit zahlreicher Familie nicht härter belastet wird, wie sein Nachbar, der keine zahlreiche Familie hat. Was die Beiträge des kleinen Mannes, also des Arbeiters anlangt, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß auch der kleine Mann von seinem Einkommen etwas der Stadt opfern soll; jetzt bringt er bei einem Einkommen von 800 M. der Stadt kein weiteres Opfer als 8 M. jährlich, denken Sie daran, was ihm die Stadt für diese 8 M. bietet; wenn er nur ein einziges Kind in die unteren Bürgerschulen schickt, so kostet das der Stadt 48 M. jährlich, abgesehen von den Kosten für Verzinsung und Amortisation des Schulhausbaucapitals. Daß der Arbeiter zu diesen indirecten Lasten mit beisteuert, halte ich schon aus dem Grunde für bringend nothwendig im Interesse der Wohlfahrt der Gemeinde, weil der Arbeiter, wenn er belastet wird, zum Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Stadt gebracht wird, und wir ihn gegen die Meinung schützen, daß er nur Rechte, aber keine Pflichten hätte. Sodann wird gegen die Steuer geltend gemacht, es würden von ihr nur einzelne Gewerbe, nämlich die Brauereien und die Schankwirthe betroffen. Das kann ich ebenfalls nicht zugeben. Ich habe auch nicht erfahren, daß in anderen Städten diese Steuer so aufgefaßt worden ist, als ob sie die Brauer oder Wirthe ganz oder zum Theil tragen müßten. Die Brauer werden sich zu helfen wissen, indem sie entweder das Bier leichter einbrauen, oder indem sie die Steuer auf die Wirthe abwälzen und die Wirthe werden sie auf das Publicum weiter wälzen, indem sie durch Erhöhung des Bierpreises, oder auf irgend eine andere Weise ihrem Schaden nachzukommen suchen, wie es sich auch in anderen Städten so gestaltet hat. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir Alle, die wir Bier trinken, demnächst unsern Antheil an der Steuer tragen werden, und ich bitte, beide Steuern anzunehmen“.

Herr Nieß: „Bei der Rede des Herrn Oberbürgermeisters hat mich ein pessimistisches Gefühl beschlichen, so daß ich Neigung habe, zu sagen, weshalb sollen wir uns schon jetzt ein Bild vorstellen von den Steuern, welche vielleicht im Jahre 1906 oder 1912 erhoben werden; ich habe hierbei das Gefühl, zu sagen: Nach uns die Sündfluth! (Vorsitzender: „Ein bedenklicher Grundsatz!“) Ich gehöre zu den

Gegnern der Grundsteuer und zwar nicht erst von dieser Vorlage aus, sondern schon von früher her und immer, weil die Grundsteuer meiner Meinung nach eine sehr ungerechte Steuer ist. Die Grundsteuer wird hier erhoben, ohne Rücksicht darauf, ob und eventuell wie das Grundstück belastet ist und ohne Rücksicht darauf, ob dasselbe den eingeschätzten Ertrag ergiebt oder nicht. In der Grundsteuer liegt auch eine zweimalige Besteuerung, da einmal die Steuer direct von dem Eigenthümer des Grundstücks und dann noch einmal in Form der Einkommensteuer erhoben wird. Woher aber die Berechtigung kommt, gerade einen Grundbesitzer zwei Mal zu veranlagern, verstehe ich nicht; der einzige Grund kann darin erblickt werden, daß man ihn bequemer fassen kann, weil er nicht in der Lage ist, seinen Platz zu wechseln. Die uns vorgeschlagene Veranlagung zur Grundsteuer entspricht aber auch anderen Voraussetzungen nicht. Ich habe im Landtage, als die neue Staatseinkommensteuer berathen wurde, meine Bedenken gegen die Grundsteuer als solche geltend gemacht und bin auch nachher in der commissarischen Verathung mit zugegen gewesen. Dabei hatte ich angenommen, daß das nächste Ergebniß der Einführung einer neuen Staatseinkommensteuer die völlige Aufhebung der Grundsteuer sein würde. Statt dessen wurde uns aber in Aussicht gestellt, daß die Grundsteuer beibehalten würde und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil ohne die Beibehaltung der Grundsteuer das in der Verfassung des Herzogthums liegende Wahlsystem sich nicht aufrecht erhalten ließe und bei der Zusammenziehung des Landtages ein anderes Wahlsystem, welches nicht auf der Grund- und Gewerbesteuer basirte, sich nicht einführen ließe. Aus diesem Grunde wurde die Grundsteuer beibehalten und zugleich in Aussicht genommen, den Gemeinden 75 % ihres Ertrages zuzuführen. Von einer Anzahl Landtagsabgeordneten wurde gleichzeitig betont, daß sie bei endgültiger Einführung der Staatseinkommensteuer verlangen würden, daß auch die letzten 25 % den Gemeinden überwiesen würden, sei es direct, oder durch Erlaß von Staatssteuern. Auf die erhobene Einsprache gegen die Grundsteuer wurde auch die Versicherung abgegeben, daß mit der endgültigen Einführung der Staatseinkommensteuer und der Ueberweisung der Grund- und Gewerbesteuer an die Gemeinden in Form eines Gemeindesteuer-Erhebungsgesetzes den Gemeinden Gelegenheit gegeben werden sollte, die an diesen Realsteuern haftenden Ungerechtigkeiten im Wege der communalen Gesetzgebung zu beseitigen. Und jetzt wird uns zugemuthet, wir sollen, ohne daß eine dieser Vorbedingungen erfüllt wurde, in eine Erhebung der Grundsteuer mit allen ihren Fehlern einwilligen. Dazu kann ich mich nicht verstehen. Ehe nicht von den Staatsbehörden die zugesagten Vorbedingungen erfüllt sein werden, kann ich meine Stimme nicht dazu geben, daß von der Stadt eine Grundsteuer erhoben und den schwebenden Ungerechtigkeiten eine neue hinzugefügt wird. Ich kann auch nicht zugeben, daß der Grundbesitzer einen ganz besonderen Vortheil von den städtischen Einrichtungen

haben soll, denn solche Einrichtungen werden meiner Meinung nach immer in Bezug auf das Wohl der Gesamtheit beschlossen, und habe ich etwas Anderes noch nicht gefunden. Im Gegentheil ist die gedrückte Lage des Grundbesitzes Schuld, daß sich nicht mehr Leute zum Grundbesitz drängen weil die Miether viel leichter in der Lage sind, alle halbe Jahre eine neue Wohnung zu beziehen und dem Hausbesitzer das Nachsehen zu lassen. Aus allen diesen Gründen kann ich mich nicht entschließen, die Lasten der Hausbesitzer seitens der Stadt noch zu vermehren“.

Herr Meyerhoff: „Ich will mich nicht weiter darüber auslassen, ob die Grundsteuer gerecht oder ungerecht ist, aber ich möchte doch zu Gemüthe führen, woher sich die Realsteuern eigentlich schreiben. Wenn Herr Oberbürgermeister Pockels anführte, daß manche Gelehrte behaupten, es müsse auf Realsteuern zurückgegriffen werden, so bin ich der Meinung, daß in fünfzig Jahren kein Mensch mehr daran denkt, Realsteuern zu erheben. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß in Braunschweig eine Steigerung des Werthes von Gebäuden nur an einzelnen bevorzugten Plätzen stattgefunden hat, während beispielsweise von der Echtern- bis zur Schützenstraße eine Steigerung des Grund und Bodens nicht vorgekommen ist. Man kann also auch nicht sagen, daß die städtischen Neueinrichtungen hauptsächlich den Grundbesitzern zu Gute kommen. Andere Gelehrte stehen auf dem Standpunkte, daß Realsteuern verwerflich seien, weil Alles, was der Allgemeinheit zu Gute komme, auch von ihr getragen werden solle. Der Herr Oberbürgermeister führte an, es sei etwas Anderes mit dem Staate, als mit der Stadt, die Stadt bilde eine große Familie und mit den Nichtangeseffenen, welche bald hierhin, bald dahin ziehen, könne man nichts machen. Ich hätte wohl gewünscht, die Bürgerrolle wäre hier zur Hand, um festzustellen, wie viele Einwohner zu solchen Nichtangeseffenen gezählt werden können. Dieser Ausdruck verfängt nicht bei mir, denn der Bruchtheil der von hier wegziehenden Einwohner ist ein verschwindend geringer, so daß man mit diesen nicht zu rechnen braucht. Was nun die Frage der Belastung der Grundbesitzer betrifft, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Hauseigenthümer schon 123000 M Canalsteuern zahlen. In dieser Beziehung ist früher schon einmal erwähnt worden, wenn wir einmal in der glücklichen Lage wären, Steuern entbehren zu können, so solle die Canalsteuer zuerst wegfallen, leider sind wir aber immer noch nicht in der glücklichen Lage. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Rathe, die Bildung vertheuern zu wollen, aber es ist doch betrübend, zu sehen, daß für jeden Schüler der Oberrealschule jährlich 95 M, für jede Schülerin der höheren Töchterschule 42 M und der mittleren Töchterschule 64 M zugezahlt werden müssen. Diese Zahlen sprechen doch auch. Wenn wir auf das Schulgeld nur 10 % Erhöhung legen würden, so hätten wir dadurch schon 60000 M gewonnen. Ich bin weit

davon entfernt, mich hier als Steuergräber aufzuspielen, aber es lassen sich doch wohl noch andere Steuerquellen finden. Der Ausspruch des Herrn Nieß „Nach uns die Sündfluth“, ist wohl etwas schroff, aber wozu sollen wir jetzt neue Steuern bewilligen, wenn wir im Jahre 1901 nach Deckung des bis dahin entstandenen Deficits noch einen thatsächlichen Ueberschuß von 64 000 M. haben. Ich bezweifle, daß es Braunschweig nöthig hatte, sich mit der Einführung der Staatseinkommensteuer auf den Steuerpfad des preussischen Finanzministers Miquel zu begeben, wir machen leider Preußen in solchen Dingen zu viel nach, aber in Preußen ist bei der Staatssteuerreform besonders betont worden, daß die Staatseinkommensteuer zur Entlastung des Grundbesitzes dienen sollte, und wir wollen hier den Grundbesitz von Neuem belasten, das wäre doch wohl eine verkehrte Maßregel. Die Gewerbe- und die Grundsteuer ist uns erst für einen und dann für zwei Monate vom Staate erlassen worden und jetzt schlägt der Magistrat vor, diese zwei Monate an die Stadt zu bezahlen. Trifft es dann aber nicht bei jedem Einzelnen von uns zu, daß er für den Erlaß der Personalsteuer schon einen viel höheren Betrag an Einkommensteuer bezahlen muß, tragen wir nicht schon einen großen Theil mehr an Steuern, als früher bei der Personalsteuer? Ich empfehle deshalb, den Vorschlag des Magistrates abzulehnen und darauf zu verweisen, daß wir in den beiden Uebergangsjahren das Deficit durch Mehrerhebung eines Simplums zu decken suchen. Lehnen Sie daher die Grundsteuer ab“.

Herr Löschigt: „Ich bin ebenfalls ein Gegner der Grundsteuer. Es handelt sich hier um Leistung und Gegenleistung. So lange ich mich aber nicht auf den Standpunkt stellen kann, daß den Grundbesitzern ein besonderes Aequivalent durch die Stadt geboten wird, so lange muß ich bitten, die Grundsteuer abzulehnen“.

Herr Wolters: „Ich möchte mich bei meinen Ausführungen auf die nächsten zwei Jahre beschränken. Von dem Herrn Referenten ist darauf hingewiesen worden, daß die Mehrbelastung der Stadt 303 000 M. betragen würde, während ich nur auf eine Summe von 181 900 M. gekommen bin. Die Stadt Braunschweig wird an Staatseinkommensteuer im nächsten Jahre ungefähr 548 000 M. aufzubringen haben, dagegen fallen fort 16 200 M. als zwei Zwölftel der Gewerbesteuer, 33 500 M. als ein Zwölftel der Grundsteuer, 156 400 M. an Personalsteuer und 31½ % der Aktiengesellschaften, nämlich 60 000 M., so daß eine Mehrbelastung von 181 900 M. übrig bleibt. Diese Summe kann sich noch vermindern, wenn die Staatseinkommensteuer mehr als 1 300 000 M. einbringen sollte. Dem Vernehmen nach wird deren Ertrag auf 1 900 000 M. geschätzt und würde ein etwaiger Ueberschuß zur weiteren Herabsetzung der Grund- und Ge-

werbesteuer verwendet werden. Ferner ist vom Herrn Oberbürgermeister darauf hingewiesen worden, daß dem sogenannten kleinen Manne sehr wohl zugemuthet werden könne, die Biersteuer mit zu tragen, da derselbe manche Gegenleistungen, so z. B. freie Schulen u. von der Stadt zu empfangen habe. Wenn hierbei auf Preußen geblickt werde, so dürfte es interessant sein, zu prüfen, wie sich die unteren Steuerclassen Braunschweigs gegen diejenigen Preußens verhalten. Die Stadt Braunschweig umfaßt 43 142 Steuerzahler, davon sind fast die Hälfte, nämlich 20 475 Personen in den drei untersten Steuerclassen von 600—800 M. Gerade diese Classen kommen aber für den Bierconsum am meisten in Frage. Während nun hier für ein Jahreseinkommen von 600 M = 6,60 M, von 700 M = 7,70 M und von 800 M = 8,80 M an Communalsteuern erhoben werden, betragen die betreffenden Steuersätze in Preußen nur 2,40 M, 3,60 M und 3,60 M, vorausgesetzt, daß die betreffende preußische Gemeinde 100 % der Staatseinkommensteuer erhebt. In der Stadt Braunschweig hat diese Hälfte der Steuerzahler 150 773 M aufgebracht, während in Preußen bei 100 % 63 823 M, bei 150 % 91 290 M und bei 200 % 127 646 M aufkommen würden. Wenn man die preußischen Verhältnisse den braunschweigischen gleichstellen wollte, müßte man einen Gemeindefzuschlag von 236 % der Staatseinkommensteuer erheben. Da nun gerade die für den Bierconsum in Frage kommenden Classen hier schon erheblich schwerer getroffen werden, als in Preußen, so ist der Hinweis auf dieses Land keineswegs zutreffend. Von dem Herrn Referenten ist bereits hervorgehoben worden, daß im vorigen Jahre 86 000 M als Ergebnis der Biersteuer in den Etat eingesetzt waren, während dieselbe jetzt nur auf 56 000 M veranschlagt worden ist. Der Grund dieser Abweichung ist nicht bekannt gegeben worden, wahrscheinlich hat man jetzt die Erhebungsgebühren abgesetzt und den Netto-Steuertrag eingestellt; jedenfalls ist der vorjährige Betrag zu hoch und der diesjährige zu niedrig bemessen worden. Die Bruttoeinnahme von 108 000 M des Vorjahres würde in diesem Jahre 113 000 M betragen, der Abzug des üblichen Viertels von 27 000 M würde aber nur zutreffen, wenn die hiesigen Bierbrauereien sich der freiwilligen Anzeige unterwerfen, sonst würden sich die Unkosten auf 43 000 M erhöhen und könnte dann nur ein Nettoertrag von 70 000 M übrig bleiben. Maßgebend ist hierbei aber der Brutto-Steuerbetrag, welchen im Wesentlichen die dritte Classe zu tragen haben würde. Den Gastwirthen wird es allerdings jetzt ebenso wenig als im vorigen Jahre gelingen, die Steuer abzuwälzen, und wenn man 16, 17 oder 21 S, als Bierpreis festsetzen würde, so ist dieser Betrag leicht zu erheben, aber wie soll man ihn auf den Ausschank vertheilen? Es ist eine absolute Unmöglichkeit 65 S, auf ein Hektoliter so zu vertheilen, daß der Wiederverkäufer selbst zurecht kommt, ohne den Abnehmer in ungehöriger Weise zu belasten. Man muß aber auch berücksichtigen, daß von den ungefähr 190 hiesigen Schankwirthen nur 3 nicht der dritten Wahl-

klasse angehören, so daß unmöglich diesen Leuten die Steuer aufgebürdet werden kann. Darum würde eine entsprechende Erhöhung der Gemeindesteuer, welche im Verhältniß von 1 : 6 eingreift, verhältnißlicher wirken. Uebrigens stand man im Magistrate der Idee, eine zwölfte Steuereinheit zu erheben, früher nicht so feindselig gegenüber, als jetzt, wie der letzte Verwaltungsbericht des Magistrates auf Seite 235 ausweist. (Widerspruch am Magistratsstische.) Außer den bereits bekannt gewordenen Ablehnungen der Biersteuer in anderen Städten möchte ich noch folgende Städte nennen: Cöpenick, Viefelfeld, Bromberg und Herford. In Cöpenick wurde die Biersteuer fast einstimmig abgelehnt und selbst der Magistrat sprach sich gegen die Einführung derselben aus. Derselbe verwies auf die Zeit der tiefsten Erniedrigung von Preußen, wo die Thoraccise im Jahre 1810 eingeführt sei, und jetzt wolle man mitten im Frieden mit ähnlichen Maßnahmen kommen. In Cöpenick werden bereits 140 % der Staatseinkommensteuer als Gemeindeeinkommensteuer erhoben und jetzt will man diesen Satz sogar auf 170 % erhöhen. Wenn auch die Motivirung der Steuerablehnung eine mangelhafte sein mag, so ist doch die in Cöpenick zum Ausdruck gebrachte Meinung die richtige.“

Herr Wues: „In Bezug auf die Grundsteuer möchte ich bemerken, daß dieselbe in Preußen leichter zu tragen ist, als hier. Man sieht immer so gern nach dem preußischen Muster, aber in dieser Beziehung hat man doch davon Abstand genommen. In Preußen wird die Grundsteuer von demjenigen Betrage erhoben, der für den Hauseigenthümer wirklich vorhanden ist, so daß z. B. leerstehende Wohnungen ausgeschlossen werden, hier muß aber die volle Steuer bezahlt werden und wenn das ganze Haus leer steht. Ferner hat man hier die leistungsfähigeren Eigenthümer außer Ansatz gelassen, indem das Kleingewerbe die Grundsteuer bezahlen muß, wogegen das Großgewerbe von derselben befreit ist. Wo liegt da die Gerechtigkeit? Eine Actiengesellschaft, die jährlich 200 000 M. erübrigt, braucht keine Grundsteuer zu bezahlen, aber der kleine Gewerbetreibende muß sie zahlen. Die Fabriken bringen uns doch aber nicht so besonders große Vortheile, daß diese Maßnahme gerechtfertigt erscheint, sondern wir haben Fabriken, die der Stadt so erhebliche Lasten auferlegen, daß das städtische Deficit fast verschwinden würde, wenn wir dieselben gar nicht hätten. So würde z. B. der Armenetat erheblich niedriger sein, wenn wir die Zutespinnerei hier nicht hätten. Wie es aber kommt, daß man gerade Diejenigen, welche am wenigsten leistungsfähig sind, zu dieser Steuer heranziehen will, weiß ich nicht. Wenn nicht auch in Regierungskreisen der Glaube herrschte, daß der Grundbesitz stark belastet sei, würde man nicht die zwei Zwölftel der Grundsteuer erlassen haben. Jetzt sollen nun diese zwei Zwölftel, weil sie auf diese Weise sehr bequem zu erheben sind, den am wenigsten leistungsfähigen Grundbesitzern auferlegt werden; das ist eine Härte, welche am besten gegen die ganze Steuer spricht.“

In Betreff der Biersteuer ist schon genügend geredet und ich glaube, die Herren werden noch auf dem vorjährigen Stadtpunkt stehen. Wenn der Herr Oberbürgermeister anführt, daß es nicht drückend sei, diese Steuer zu tragen, so möchte ich erwähnen, daß sie nur für Diejenigen leicht ist, die nichts dazu zu zahlen haben. Man müßte bei ihrer Einführung gewärtig sein, schon des Morgens zwischen 6 und 7 Uhr den Executor im Hause zu haben, um die Bücher revidiren zu lassen. Ich bin nicht so optimistisch, um anzunehmen, daß die Steuer von den Behörden sehr leicht gehandhabt wird und ich erinnere hierbei nur an die polizeilichen Maßnahmen: die Polizei sucht die Stellen aus dem Geseze heraus, bei denen sie ihre Macht am besten entfalten kann. Denken Sie an die Belästigung der Wirthe, wenn am anderen Morgen der Controleur nachsehen will, was am Abend vorher ausgeschenkt ist. In anderen Städten, welche die Biersteuer eingeführt haben, werden die Beschlüsse wohl von Personen herrühren, welche mit der Sache nichts zu thun haben. Außerdem lauten die uns aus solchen Städten zugegangenen Berichte über die Steuer so traurig wie möglich. Die Anführung eines Vorredners mit den größeren Halsbinden habe ich als Spaß aufgefaßt, denn der Nichtstrich ist dazu angebracht, daß das Glas bis dahin gefüllt werden muß. Ich kann also nicht begreifen, wie die Steuer von den Wirthen herausgeschlagen werden soll, und deshalb empfehle ich Ihnen, auf dem Standpunkte vom vorigen Jahre stehen zu bleiben“.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

Herr Günther: „Ich bin ein Gegner der Grundsteuer, obwohl sie ein großer Theil der Grundbesitzer noch tragen kann, einmal weil sie eine Classensteuer ist und dann besonders, weil sie eine indirecte Steuer ist, welche die Hausbesitzer auf die Miether abwälzen, wie das schon geschehen ist, wenn es auch heute nicht mehr so leicht geht, wie vor 10—15 Jahren, weil die Wohnungsnoth nicht mehr in der Weise vorhanden ist. In der inneren Stadt ist die kleine Bevölkerung auch heute noch schlimm genug daran, da die Wohnungen für 30—50 Thaler selten genug sind, so daß die Hausbesitzer die Grundsteuer auf die Miether schon abwälzen können. Was die Biersteuer betrifft, so ist mein Standpunkt bekannt und ich nehme den vorjährigen wieder ein. Die Biersteuer ist als indirecte Steuer entschieden zu verwerfen und wenn wir erst angefangen haben, indirecte Steuern einzuführen, so werden wir Schritt vor Schritt weiter kommen. Es würden dann bald andere Nahrungs- und Gebrauchsmittel zur Besteuerung herangezogen werden, wie der Schnaps, das Petroleum &c. Wenn nun gesagt worden ist, es würde den kleinen Mann, der etwas zur Steuer beitragen könne, mit einem gewissen Stolz erfüllen, so ist das nicht der richtige Weg, denn der Armste wird zu hart davon betroffen. Gegenüber der Behauptung, daß das Bier kein Nahrungsmittel sei, will ich bemerken, daß dasselbe von vielen Aerzten als Nahrungsmittel bezeichnet

worden ist. Der arme Mann würde unter der Biersteuer am härtesten zu leiden haben, weil die Wirths dieselben nicht tragen können und wollen und sie daher auf die Consumenten abwälzen müßten; die Brauereibesitzer wollen sie auch nicht tragen, so daß nur der Consument sie tragen würde. Eine gewisse Zahl von Arbeitern ist aber geradezu gezwungen, Bier zu trinken, das sind die Feuerarbeiter, die Former, die Maschinenarbeiter, im Hochsommer auch die Bauarbeiter und verschiedene andere Kategorien. Wenn ich auch zugeben will, daß das Bier hier und da im Uebermaß genossen wird, so werden Sie das auch nicht abwenden, wenn Sie eine Steuer darauf legen. Der Arbeiter wird sich dem Genuß doch hingeben und wird versuchen, auf irgend eine andere Weise, und sei es durch Hunger, das Geld für das Bier zu erübrigen. Der Schnaps ist doch auch kein Nahrungsmittel, wenn man aber dem Arbeiter das Bier vertheuern würde, so müßte er zum Schnaps greifen, was bedeutend verwerflicher wäre, als der Biergenuß. Ich möchte Sie also ersuchen, das Bier nicht durch indirecte Steuern zu vertheuern, um den Arbeiter nicht zu zwingen, Schnaps zu trinken. Aus diesem Grunde ist die indirecte Steuer zu verwerfen. Sodann ist erwähnt worden, daß durch die Steuer das Bewußtsein der Arbeiter gestärkt werden soll, indem doch die Stadt für jedes Kind der unteren Bürgerschule einen Zuschuß von 48 M jährlich zu zahlen habe. Dieser Grund ist aber nicht stichhaltig, weil ja für jedes Kind der besitzenden Gesellschaftsclassen ein noch viel höherer Zuschuß zur Schule gezahlt werden muß. Aus allen diesen Gründen bitte ich, beide Steuern abzulehnen“.

Herr Meyerhoff: „Herr Oberbürgermeister Pockels führte aus seinem statistischen Materiale an, daß Braunschweig unter einer Anzahl von größeren Städten, wie Halle a. S., Cassel, Altona etc., in Bezug auf die Höhe der Einkommensteuer an sechster oder siebenter Stelle marschire; in diesen Kundgebungen vermiße ich indessen, welches Nebeneinkommen diese Städte besitzen. Es giebt Städte, welche, wie eine Stadt in Thüringen, so viel Grundbesitz etc. haben, daß sie ihren Bewohnern noch Geld zugeben. Was bringt z. B. der Hafen der Stadt Altona ein? Solche Vergleiche hinken also. Die Höhe der Realsteuern oder der Einkommensteuer aus den verschiedenen Städten anzugeben, ist für mich nicht stichhaltig, weil das Bild oft ein ganz anderes wird, wenn man auf die Verhältnisse näher eingeht. Sodann möchte ich auch noch darauf hinweisen, daß hier die Furcht zu herrschen scheint, das Herzogliche Staatsministerium werde den städtischen Etat nicht genehmigen, wenn die Communalsteuer noch um ein Simplum erhöht würde. So furchtsam bin ich aber nicht, denn wenn die Versammlung einen solchen Beschluß faßt, wird das Herzogliche Staatsministerium auch den Verhältnissen Rechnung tragen und zwar schon aus dem Grunde, weil man bei der Einführung der Einkommensteuer den Grundbesitz entlasten wollte. Mit dem neuen



Einkommensteuergesetze hat man Preußen nachgestrebt, aber die städtischen Grundbesitzer stehen sich hier, wenn die Maßregel aufrecht erhalten bleibt, so schlecht gegenüber den ländlichen Grundbesitzern, welche eine so verschwindend geringe Grundsteuer zahlen, daß es in der Folge unmöglich so bleiben kann. Wir werden deshalb nach zwei Jahren so wie eine Revision des Grundsteuergesetzes haben, sonst würde sich das Unrecht immer weiter spinnen und wir kämen aus der Traufe unter ein Sturzbad, was noch viel schlimmer wäre. Auf dem Lande war die Grundsteuer immer noch sehr gut zu ertragen, da von einer Gebäudesteuer keine Rede war. Wir können also unmöglich beschließen, dem großen Unrecht, welches der Steuer anhaftet, noch ein neues hinzuzufügen und von den Grundbesitzern eine weitere Steuer zu erheben. Ich bitte deshalb nochmals um Ablehnung der Vorlage..

Herr Semler: „Es könnte den Anschein gewinnen, als wenn Niemand für die beiden Steuervorlagen wäre, ich will deshalb einige Worte dazu sprechen. Nach meiner Meinung kommen die Gründe, welche die Herren Wolters und Bues gegen die Biersteuer vorgetragen haben, sehr wenig in Betracht. Ich kann mir denken, daß, wenn vielleicht eine Steuer auf das Führen von Processen gelegt würde, ich mich auch dagegen sperren würde, aber ich würde darum auf keinen Fall Anspruch darauf machen, daß meinen Ausführungen ein bedeutendes Gewicht beigelegt würde. Deshalb erlaube ich mir, das Gewicht der Ausführungen der Herren Wolters und Bues zu bezweifeln. Es ist auch unrichtig, wenn Herr Rieß sich auf den Standpunkt stellt, daß uns die spätere Entwicklung der hiesigen Steuerverhältnisse nichts angehe. Das ist verkehrt und gefährlich, wenn es auch bei den modernen Principien sehr nahe liegt, mit Rücksicht auf den billigen Zinsfuß Ausgaben über Ausgaben zu machen, ohne daran zu denken, daß die Amortisation der Ausgaben naturgemäß folgen muß. Hier ist das aber jetzt der Fall: das Borgen ist ganz gut, aber leider ist es auch mit der Verpflichtung der Rückzahlung verbunden. Ich halte es für durchaus nothwendig, bei Erschließung neuer Steuerquellen auch die Verhältnisse der Zukunft zu betrachten. Wenn das Bild unserer Finanzlage so wenig erfreulich ist, wie Herr Oberbürgermeister Pöckels es geschildert hat, so ist es für jeden Stadtverordneten dringend geboten, zu überlegen, ob er die Ablehnung wohl verantworten kann. Dieselbe ist vielleicht sehr populär, aber nicht im Interesse der Stadt. Es ist gesagt worden, wir könnten hier eine eigene Steuerpolitik treiben und brauchten nicht Alles nachzumachen, was in Preußen geschieht, und Herr Meyerhoff meint, es sei vielleicht nicht gut gewesen, daß wir im Landtage für das neue Gesetz gewirkt haben. Das kann Herr Meyerhoff doch nur in völliger Unkenntniß der Verhandlungen behaupten, sonst würde er wissen, daß der große der Stadt zuwachsende Vortheil der ist, daß wir die Grundsteuer für die Stadt selbst gerettet haben. Es war eine große Ungerechtigkeit

keit, daß die in Folge der Einrichtungen der Stadt immer wachsende Grundsteuer in die Staatscasse floß. Wenn dieselbe der Stadt zufällt, liegt darin auch eine Entlastung des Grundbesitzes insofern, als die Einkommensteuer nicht so gesteigert wird, als sie gesteigert würde, wenn die Grundsteuer dem Staate vorbehalten bliebe. Also für die Stadt Braunschweig liegt darin durchaus keine Schädigung. Wenn Jemand gesagt hat, in 50 Jahren werden wir keine Real- und Grundsteuern mehr haben, so möchte ich das bezweifeln, die Grundsteuer ist eine Besitzsteuer, und das ganze Streben der Zeit geht dahin, neben dem Einkommen auch den Besitz einer Steuer zu unterwerfen. Das ist vollständig in der Ordnung, insbesondere, wenn der Grundbesitz durch seine Zugehörigkeit zu einem Localverbande im Werthe steigt. Wenn Sie heute in Braunschweig ein Haus bauen und Sie Credit dafür haben, so verdanken Sie das den Einrichtungen des Localverbandes Braunschweig, nämlich daß diese Gemeinde seit hundert Jahren und länger durch ihre Aufwendungen den Grundbesitz zu einer, allerdings vielleicht oft schwindelhaften Höhe emporgehoben hat. So wie das Haus steht, liegt in dem Hause auch mit ein großes Capital von Aufwendungen, welches die politische Gemeinde darin eingebaut hat, indem sie ihre öffentlichen Wohlfahrts-Einrichtungen dem Hause zu Gute kommen läßt. Es ist principiell durchaus richtig, wenn die Commune von den von ihr geschaffenen Werthen einen Theil in Form einer Steuer erhebt, und es ist ein durchaus unrichtiges Princip, Alles auf das Einkommen zu schlagen, mindestens wird man daneben auch eine Besitzsteuer erheben müssen, wie es auch die Grundsteuer ist. Sie werden deshalb selbst von dem schroffsten Gesichtspunkte aus dazu kommen, die Grundsteuer für die Stadt nicht zu verwerfen. Die Herren erkennen selbst an, daß es nicht geht, Alles auf das Einkommen zu legen. Wenn Sie aber einem vorhin gemachten Vorschlage entsprechend das Schulgeld, namentlich in den mittleren und unteren Bürgerichulen erhöhen wollten, so würden Sie gerade dadurch diejenigen Familien am härtesten belasten, welche durch reichen Kindersegen schon an und für sich mehr Lasten als Andere haben. Beide vorgeschlagenen Steuern können wir aber mit gutem Gewissen acceptiren. Von der Biersteuer sagt man einerseits, sie sei nicht zu ertragen, auf der anderen Seite sagt man, sie sei eine solche Bagatelle, daß sie nicht übertragen werden könne. Ich bin der Meinung, weder die Brauereien noch die Wirthhe, sondern allein das große Publikum wird sie bezahlen, auch der kleine Mann, das schadet nichts, die Stadt leistet ihm doch unendlich mehr als er ihr, wenn sie für jedes seiner schulpflichtigen Kinder allein 48 Al. Zuschuß zahlt, wogegen er außer den geringfügigen Gemeindesteuern nur einige Pfennige zahlen soll, die er nicht merkt. Außerdem geht die ganze Gegnerschaft gegen die Biersteuer von der Fiction aus, daß der Bierpreis eine unveränderliche Werthgröße sei. Dem ist aber nicht so; die Productionskosten und die Conjunctionen ändern sich, die Rohmaterialien wechseln im Preise, weshalb

soll man einen solchen Artikel als noli me tangere behandeln, zumal da er einen so geringen Preisaufschlag recht gut vertragen kann. Warum müssen die Liter immer das Gleiche kosten? Ich bitte, die Steuern anzunehmen, Sie werden damit im Interesse der Stadt handeln und den Finanzen eine solide Grundlage schaffen, die dringend wünschenswerth ist, und außerdem bedenken Sie, daß die Grundsteuer nach zwei Jahren doch kommen muß. Sie thun der Stadt einen großen Dienst, wenn Sie die beiden Steuern annehmen“.

Herr Böschigk: „Bei Beurtheilung der Biersteuervorlage müssen wir den vorjährigen Ausführungen noch hinzufügen, was wir inzwischen gelernt haben. Wir haben von zehn Städten gehört, daß sie sich bei der Biersteuer wohl fühlen, weil nämlich die Majorität der städtischen Vertreter nichts dazu beizutragen hat. Früher wurde die Branntweinsteuer eingeführt, um den Branntweinconsum zu ermäßigen, der Branntwein wird aber nach wie vor getrunken, wenn auch der Consum nicht so sehr gestiegen ist. Nun soll die Biersteuer herangezogen werden und ist auch von Herrn Blasius hervorgehoben, daß das Bier im Uebermaße getrunken werde.

(Herr Semler übernimmt wieder den Vorsitz.)

Man sollte aber doch von einer solchen Begründung absehen, denn nicht nur Bier und Branntwein wird im Uebermaß getrunken, sondern auch Wein, der keiner Steuer unterliegt. Wir brauchen Geld für unsere Verwaltung und müssen es in dem Maße schaffen, wie sie es nöthig hat. Aus den Ausführungen, auch der Gegner der Biersteuer, ist mir noch nicht klar geworden, daß diese indirecte Steuer auch Denjenigen treffen wird, den sie treffen soll, nämlich den Consumenten. Der Wirth ist nicht in der Lage, weniger Bier als bisher zu geben, es würde sich höchstens der Flaschenbierhändler schadlos halten können. Wer trägt nun aber die Steuer, wenn der Consument sie nicht übernimmt? Die Brauereien wissen, daß sie sie in erster Linie tragen müssen, aber sie tragen sie nicht. Die Wirthe möchten sie abwälzen, können es aber nicht, also eine dieser beiden Kategorien werden die Steuer tragen müssen und auf den Consumenten kommt sie nicht. Darum handelt es sich um eine indirecte Steuer für die Wirthe oder die Bierbrauer. Wir sind aber nicht da, um solche Sondersteuern zu erheben. Ich stehe auf dem Standpunkte, Leistung und Gegenleistung zu berücksichtigen und ist mir hierbei Grundbesitzer und Miether vollständig gleich. So lange wir directe Steuern erheben können, sollen wir es thun; sobald mir aber bewiesen wird, daß wir nicht mehr in der Lage sind, directe Steuern, speciell auch für diese beiden Jahre, zu erheben, werde ich vielleicht anderer Meinung sein. Heute bin ich aber noch nicht in der Lage, zu erkennen, daß wir mit den directen Steuern nicht auskommen können. Ich bitte deshalb um Ablehnung der Vorlagen“.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird, nachdem Herr Kiefe gegen den Schluß gesprochen hatte, mit 22 : 11 Stimmen angenommen.

Auf genügend unterstützten Antrag findet eine namentliche Abstimmung statt und zwar über die principielle Frage ob die Grundsteuer und die Biersteuer angenommen werden soll oder nicht.

Für die Annahme der Grundsteuer stimmen die Herren:

Bäsecke, Blasius, Voller, Brückmann, Engelbrecht, Kathe, Lange, Löbbecke, Meyer, Nolte und Seele.

Gegen dieselbe die Herren:

Bauermeister, Bührmann, Bültemann, Bues, Ebeling, Günther, Halle, Hauswaldt, Jüdel, Koch, Löschigt, Lord, Lupprian, Meyerhoff, Müller, Nieß, Rieke, Schmidt, Wagner, Wolff, Wollenweber und Wolters.

Die Grundsteuer ist demnach mit 22 : 11 Stimmen abgelehnt worden.

Für die Biersteuer stimmen die Herren:

Bäsecke, Blasius, Voller, Brückmann, Bührmann, Engelbrecht, Lange, Löbbecke, Lupprian, Meyer, Nolte, Seele und Wolff.

Gegen dieselbe die Herren:

Bauermeister, Bültemann, Bues, Ebeling, Günther, Halle, Hauswaldt, Jüdel, Kathe, Koch, Löschigt, Lord, Meyerhoff, Müller, Nieß, Rieke, Schmidt, Wagner, Wollenweber und Wolters.

Die Biersteuer ist also mit 20 : 13 Stimmen ebenfalls abgelehnt worden.

### III. Baulinie für einige Grundstücke der Schuhstraße.

Der Kaufmann Brasch beabsichtigt, das an der Schuhstraße unter Nr. 2623—2624 gelegene Grundstück neu zu bebauen und hat deshalb um Feststellung der Baulinie gebeten. Mit der von dem Stadtbauamte auf Antrag in Vorschlag gebrachten Baulinie, nach welcher die Schuhstraße auf der fraglichen Theilstrecke durchweg eine Breite von 9 m erhalten würde, kann sich der Magistrat, so wünschenswerth ihm auch eine solche Verbreiterung erscheint, der ganz erheblichen Kosten wegen nicht einverstanden erklären. Ebenso muß sich der Magistrat aus dem gleichen Grunde gegen die weiter von dem Stadtbauamte in Vorschlag gebrachte Linie, nach welcher die Straße 8 m breit werden würde, aussprechen und giebt deshalb anheim, eine anderweite von ihm in Vorschlag gebrachte Linie gutzuheißen, welche mit dem Schatz'schen Hause abschließen würde.

Die Baucommission ist nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff zu dem Entschlusse gekommen, die vom Stadtbauamte an letzter Stelle in Vorschlag gebrachte Baulinie zu empfehlen, wenn auch das Ehlers'sche Haus dann um 30—40 cm eine

kleine Ecke bilden würde. Diese Linie würde den Vortheil haben, daß die directe Krümmung der Straße in Wegfall käme. Der Magistratsvertreter habe in der Commissionsitzung die Zusicherung gegeben, einen etwaigen Beschluß der Versammlung in Erwägung nehmen zu wollen.

Herr Hauswaldt möchte dringend bitten, dem Vorschlage des Magistrates zuzustimmen. Die ganz weite Baulinie könne nur für eine Stadt Sinn haben, welche Geld habe und sich solchen Luxus erlauben könne. Deshalb müsse man sich bei Feststellung der Baulinie das Ehlers'sche Haus als Richtschnur dienen lassen, zumal da sonst die häßliche Ecke auf längere Zeit erhalten bleiben würde. Schon in Ansehung der Kosten bitte er um Genehmigung des Magistratsvorschlages.

Herr Lange möchte um Genehmigung des Commissionsantrages ersuchen. Die Schuhstraße sei eine Hauptverbindungsstraße der Stadt und wenn man jetzt versäume, die Gelegenheit zu ihrer Verbreiterung zu benutzen, so sei die Baulinie auf ewige Zeiten festgelegt. Jeder wisse aber, daß eine Verbreiterung dieser Straße dringend geboten erscheine.

Herr Rathe wünscht die Schuhstraße auf 10 m verbreitert zu sehen und bedauert, daß die Stadt das Geld zu solcher Verbreiterung nicht zur Verfügung habe. Die Neuestraße und der Gutfiltern würden namentlich durch die Straßenbahn erheblich in Anspruch genommen, so daß eine Verbreiterung der Schuhstraße nothwendig sei.

Herr Löschigt tritt für den Commissionsantrag ein. Die Altstadt sei stets ein Stiefkind gewesen und man werde die Mittel für diese Verbreiterung wohl auch noch finden.

Nachdem Herr Meyerhoff nochmals für den Antrag der Baucommission eingetreten ist,

wird derselbe angenommen,  
und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 $\frac{1}{4}$  Uhr.

